Manfred Weißbecker

Geschichte & Gesellschaft

Vorträge, Aufsätze, Rezensionen 1970-1979

Jena 2025

Manfred Weißbecker

Vorträge, Aufsätze, Rezensionen

1970-1979

Jena 2025

Inhaltsverzeichnis

Die Partei siegt mit den Ideen Lenins 4
Es begann mit dem Krieg gegen das eigene Volk 7
Sozialdemokratismus und Geschichte 10
Schüsse von rechts – Schüsse gegen Fortschritt und Verständigung (I) 13
Schüsse von rechts – Schüsse gegen Fortschritt und Verständigung (II) 14
Antifaschistische Volksfront – Schlüsselwort einer politischen Biographie 16
Vielseitige II. Jenaer Studententage 19
Radikalkur gegen links?! 20
Zur Erforschung und Darstellung des antifaschistischen Widerstandskampfes nichtproletarischer demokratischer Kräfte 1933-1945 23
Das Maß eines Vierteljahrhunderts 30
Karl Liebknecht 33
Frieden ist kein kostenloser Sündenablaß 37
Im Kampf geboren – im Kampf bewährt: die Partei 40
Lektion für Leute, die nichts aus der Geschichte gelernt haben 42
Verfechter einer neuen, einer aufstrebenden Welt 43
Tiefgreifende Wirkungen der Oktoberrevolution als Ausgangspunkt 45
Unsere Realität und einige sozialdemokratische Illusionen 49
Es begann im Schein der Nazifackeln 52
Das Rad der Geschichte rollt über Aggressionskriege und -gelüste hinweg 55
Hochschule und Neofaschismus 58
Die Unverletzbarkeit der Grenzen ist eine Kernfrage der Sicherheit 60
„Wir werden einmal zu euren Freunden gehören“ 63
Gift aus der Mottenkiste 66
„„... Amboß oder Hammer sein!“ 69
Unveräußerlicher Bestandteil unseres Geschichtsbildes 72
Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und Faschismus-Theorie 74
Rezension 88
Friedliche Koexistenz – heute weltweit erreichbares Ziel 90
Ihr Vermächtnis lebt in unseren Taten 93
„... denke daran, daß doch die Sieger sind“ 95
Widerhall welthistorischer Veränderungen 97
Markstein auf dem Weg in die Zukunft 99
Die Befreiung des deutschen Volkes vom Joch der Hitlerdiktatur und der antifaschistische Widerstandskampf 1933 bis 1945 102
Entteufelung der braunen Barbarei 109
Er stellte sein Leben in den Dienst der Arbeiterklasse 160
Der Tag der 21000 162
Es siegten die Waffen des Sozialismus und des Friedens 165
Zwei historische Chancen und ihre Realitäten 168

Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus 171
„... um etwas Neues, Größeres und Stärkeres zu schaffen“ 184
10 : 1 – aber für wen? 187
Unsere Weltanschauung – unser zuverlässiger Kompaß 189
Thesen zur Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus 192
Der Schoß ist fruchtbar noch 206
Die Welt des Profits nährt den Faschismus 209
Arbeitskreis III (ab 1917) 211
Bemerkungen zur Rolle der NSDAP im politischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus 213
Rezension 220
Rezension 222
Rezension 224
Rezension 227
Zu einigen Ergebnissen, Problemen und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Faschismusanalyse 229
Imperialistische Herrschaftsformen und extrem reaktionäre Organisationen 241
Neofaschistische „Karriere“ für Profit des Monopols 257
Aufbruch in die Zukunft der Menschheit 259
„... aber ausgerechnet den?! 262
Rezension 264
Neofaschismus – eine ernste und reale Gefahr 268
Der Traum vom wahren Vaterland, er wurde wahr 270
Die Kommunisten wählten sich einen sicheren Kompaß 272
Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien 275
Die Menschheit besitzt heute die reale Chance, einen Weltkrieg zu verhindern 288
Rezension 291
Rezension 293
Personenregister 296

Die Partei siegt mit den Ideen Lenins

Gedanken zum bevorstehenden 24. Jahrestag der Gründung der SED

Das notwendige und nützliche Gespräch von Erfurt – von allen Völkern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt – zeigte erneut, welche große Bedeutung unserem Staat für die Sicherung des europäischen Friedens zukommt. Die DDR war es wieder einmal, die mit ihrer Initiative und ihrem Entgegenkommen der Sehnsucht der Völker nach Taten zur Gewährleistung des Friedens im Herzen Europas entsprach.

In der an die Zeit des „kalten Krieges“ erinnernden Berichterstattung der Springer-Presse über das Treffen von Genossen Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der DDR, und Herrn Brandt, Kanzler der westdeutschen Bundesrepublik, war mitunter auch ein wehleidiger Ton vernehmbar. Die Zeit arbeite für Ulbricht, so hieß es z. B. in einer dieser Gazetten.

Wer arbeitet für uns?

.Vielleicht ist es für einen Journalisten dieser Provenienz bereits eine Leistung, das Erscheinungsbild der Tendenzen unserer Gegenwart richtig zu formulieren. Dennoch muß dem Manne geholfen werden! Er sollte noch erkennen, welche Faktoren für uns „arbeiten“!

Die Zeit?

Ein mystisches Schicksal?

Nichts stimmt davon! Die Ursachen unserer Erfolge sind falsch dargestellt. Es ist die weltweite revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die unaufhaltsam und gesetzmäßig den Gang der geschichtlichen Uhr bestimmen. Geführt von den marxistisch-leninistischen Parteien sorgen die sozialistischen Staaten für Frieden und Menschlichkeit in der Welt, dabei die Kräfte der Aggressoren und der Barbarei Schritt für Schritt zurückdrängend. Die Arbeiterklasse führt ihren unversöhnlichen Kampf gegen Imperialismus und Militarismus nicht spontan, da so die kapitalistische Produktionsweise nicht zu beseitigen ist. Es kann auch keine spontane Evolution hin zu Sozialismus und Frieden geben. Die bewußte Tätigkeit der revolutionären Arbeiterpartei, fußend auf den wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus, ist selbst ein notwendiges Moment des objektiven historischen Prozesses. Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei sind es also, die die „Zeit“ für uns „arbeiten“ lassen.

Unterpfand unserer Erfolge

Die Geschichte der am 21. und 22. April 1946, vor 24 Jahren, gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist lebendiges Beispiel und unwiderlegbarer Beweis für die Richtigkeit der Ideen jenes Mannes, dessen 100. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern. Lenin war es, der insbesondere die Rolle der proletarischen Partei neuen Typus als Verkörperung der Einheit von Theorie und Praxis, als Führerin der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten bestimmt hat; mit dem theoretischen und ideologischen Rüstzeug des Leninismus versehen, entwickelte sich unsere Partei zur stärksten politischen und gesellschaftlichen Kraft in Deutschland.

Die Gründung der SED war ein Sieg des Marxismus-Leninismus, beendete sie doch erstmals in einem hochindustrialisierten Land auf revolutionärer Grundlage die jahrzehntelange verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterklasse. Die historische Einigung der Arbeiterbewegung, der Zusammenschluß von Kommunisten, Sozialdemokraten und jungen Antifaschisten erwuchs aus der Konsequenz, mit der die Arbeiterklasse nach dem 8. Mai 1945 die Lehren der Geschichte verwirklichte. Sie war die bis dahin größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse, zugleich bot sie die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse in einem Teil Deutschlands ihre historische Mission erfüllen konnte. Mit der SED war auch ein nationales Kraftzentrum für die Einigung aller deutschen Patrioten entstanden.

Die Kraft der Einheit

Auf revolutionärer Grundlage und in bewußter, schöpferischer Anwendung der Lehren von Marx, Engels und Lenin begann im April 1946 eine neue Etappe in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. ja in der Geschichte des deutschen Volkes. Blicken wir auf die vierundzwanzigjährige Entwicklung der Partei zurück, so ist festzustellen: Die Führung der geeinten Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten durch die SED ermöglichte Errungenschaften von großer historischer Tragweite. Die Partei hat keine Mühen und Anstrengungen gescheut, um zu verhindern, daß von deutschen Boden noch einmal ein Krieg ausgeht: sie hat ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, in einem Teil Deutschlands Imperialismus und Militarismus für immer zu beseitigen sowie die Menschen der DDR aus den geistigen Fesseln des barbarischen Ideologie des Imperialismus zu befreien. Ihr ist die Schaffung eines starken, unantastbaren Staates der Arbeiter und Bauern zu danken, in dem sich die sozialistische Menschengemeinschaft entwickelt hat.

Die einheitlich handelnde Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Führungskraft haben erreicht, daß in der DDR zum erstenmal in der deutschen Geschichte das werktätige Volk zum selbstbestimmenden Gestalter seines Schicksals wurde. Gegen den Mißbrauch gerade der Losung vom Selbstbestimmungsrecht gerichtet, mit deren Hilfe bestimmte Kräfte in Westdeutschland nationalistische Illusionen und Stimmungen hochpeitschen wollen, erklärte Prof. Norden auf der 16. Tagung der Volkskammer: „Die Entmachtung und Enteignung der schuldbeladenen Räuber, die mit Hitler zur Eroberung Europas ausgezogen waren, und die Errichtung der Macht des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse – das war ein entscheidende Sieg der Volkssouveränität auf deutschem Boden."

Weltanschauliche Geschlossenheit

Die SED entwickelte eine von Opportunismus und Dogmatismus gleichermaßen freie, prinzipienfeste Politik. Sie erarbeitete vom Standpunkt des Leninismus aus ihre Strategie und Taktik, die ihre Bewährungsprobe bestanden haben und täglich neu in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen und anderen antisozialistischen Ideologien bestehen. Lenins Werk, von allen Mitgliedern der Partei immer und immer wieder gründlich studiert, lehrte und lehrt uns, daß die entschlossene ideologische Tätigkeit der Partei der Arbeiterklasse für die Vorbereitung, Entwicklung und Reinheit der Theorie der Arbeiterklasse und des Sozialismus wichtigste Parteiarbeit ist. In dieser Hinsicht unterscheidet sich jede marxistisch-leninistische Partei grundlegend von der Sozialdemokratie, vom Revisionismus und vom Anarchismus.

Eine der entscheidenden Leistungen der SED besteht daher darin, daß sie keine – von bürgerlichen und revisionistischen Ideologen oft angepriesene – Trennung zwischen Politik und Theorie oder gar eine „weltanschauliche Neutralität“ zugelassen hat. Die Geschichte der Sozialdemokratie beweist, daß eine weltanschauliche „Offenheit“ der Partei identisch war sowohl mit dem Eindringen der bürgerlichen Philosophie in die Arbeiterbewegung als auch mit dem Hinausdrängen der marxistischen Philosophie aus der Partei der Arbeiterklasse. Die prinzipienfeste Treue zum Marxismus-Leninismus wappnet die revolutionäre Partei auch für die zunehmende Verschärfung des ideologischen Kampfes i zwischen Sozialismus und Imperialismus in der Gegenwart.

Stolz und Siegesgewißheit

Die Geschichte der SED darauf blicken wir im Leninjahr mit besonderem Stolz – ist untrennbar mit den beiden größten Revolutionen in der Geschichte des deutschen Volkes verbunden, die nach der Befreiung Deutschlands vom hitlerfaschistischen Joch in unserem Staat vollbracht wurden. Sie ist gleichzeitig mit der Zukunft verbunden!

Überall in unserer Republik schicken sich die Werktätigen an, Bilanz ihres Wettbewerbes zu Ehren des 100. Geburtstages von W. I. Lenin und des 25. Jahrestages der Befreiung zu ziehen. Auch diese Bilanz wird positiv sein, wie jede andere in der über zwanzigjährigen Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Das sozialistische Vaterland zu stärken – dieser Gedanke prägt das harte Ringen um Planerfüllung und Überwindung der Folgen eines furchtbaren Winters. Das Ansehen ihres

Staates in der internationalen Öffentlichkeit zu vergrößern, war Grundlage des bewußten Handelns der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung am Tage der erfolgreichen Kommunalwahlen. Das eindeutige Ja für die Kandidaten der Nationalen Front manifestierte einmal mehr die Einheit zwischen dem sozialistischen Staat und den Bürgern, zwischen der Partei und den Menschen aller Klassen und Schichten.

Diese Einheit weist in die Zukunft, die uns gehören wird, nicht weil die „Zeit“ für uns arbeitet, sondern weil wir sie gestalten.

Volkswacht, 04.04.1970, S. 6.

Es begann mit dem Krieg gegen das eigene Volk

In einigen Tagen feiern wir den 25. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus und würdigen damit die gewaltige Befreiungstat des ersten sozialistischen Staates für die gesamte Menschheit, den Sieg der wahrhaft menschlichen Ordnung über die Barbarei des Imperialismus, den Sieg des Marxismus-Leninismus über die antihumanistische Ideologie des Imperialismus.

Der zweite Weltkrieg, vom faschistischen Deutschland langfristig vorbereitet und skrupellos entfesselt, forderte das Leben von über 50 Millionen Menschen. Das ist die heutige Bevölkerung der DDR, ČSSR, Polens und der skandinavischen Länder zusammengenommen! In seinem Ergebnis wurden ferner neben dem unermeßlichen menschlichen Leid allein in Europa 23,6 Mill. Wohnhäuser zerstört sowie 14,5 Mill. öffentliche Gebäude und Industrieanlagen vernichtet. Gewaltige materielle und andere Schäden belasten das Schuldkonto des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Wie es dazu kam

Es ist notwendig, sich zu erinnern. Wenn der Kanzler der westdeutschen Bundesrepublik, Willy Brandt, in Erfurt die Bevölkerung der DDR glauben machen wollte, geschichtliche Reminiszenzen seien unnütz, so kann dies keine Grundlage eines wissenschaftlichen und exakten Denkens sein. Es ist sogar außerordentlich notwendig – z. B. zwingen dazu die besorgniserregenden Taten eines Helmut Schmidt in der von Brandt geführten Regierung –, alle Lehren auch aus der Geschichte der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges zu ziehen.

In den Thesen des Zentralkomitees der SED zum 25. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus wird dies getan. Es handelt sich bei diesem neuen Dokument gleichsam um die historisch-politische Legitimierung der Erklärung des Genossen Stoph in Erfurt, die dadurch in der Gegenüberstellung zu Brandts sophistischem Gerede noch klareres Profil gewinnt. Eine der vielen geschichtlichen Wahrheiten lautet dabei in nüchternen Werten:

„Der deutsche Imperialismus und Militarismus hatte nach der Übertragung der Staatsmacht an die Faschisten zuerst den Krieg gegen das eigene Volk begonnen. Die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung sowie aller Demokraten und Antifaschisten im Inneren des Landes legte den Weg für die Aggression nach außen frei."

Wer denkt bei diesen Sätzen nicht sofort an die Prozesse, mit denen im Wilhelminischen Reich vor 1914 die Linken der deutschen Arbeiterbewegung mundtot und ihr antimilitaristischer Kampf unwirksam gemacht werden sollten? Wer denkt nicht an den Terror der Gestapo, die Folterungen und Morde in nazistischen Konzentrationslagern? Wer denkt nicht an den antikommunistischen Unrat, mit dem die demokratischen Kräfte in Westdeutschland beispielsweise von der Springer-Presse überschüttet werden? Die Liste dieser Fragen ließe sich beliebig verlängern. Alle Antworten bestätigen, daß immer erst das eigene Volk geknechtet werden mußte, bevor es von den deutschen Monopolherren und Militaristen in den Krieg gezerrt werden konnte.

Monopole auf Kriegskurs

Zweimal in unserem Jahrhundert rüstete der deutsche Imperialismus zum Krieg, zweimal führte er ihn unter Aufbietung aller Kräfte, die er für diese Verbrechen am deutschen Volke mobilisieren konnte. Sein Ziel war immer die Neuaufteilung der Welt und ihrer Reichtümer, war die Gewinnung von Kapitalanlagesphären, Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Arbeitskräften für das macht- und profitgierige deutsche Finanzkapital. Mit nationalistischen und revanchistischen Forderungen, extrem antikommunistisch begründet, entwickelte der Hitlerfaschismus die übersteigerte, zielgerichtete imperialistische Aggressivität nach außen.

Viele historische Dokumente – teils Grundlage für das Nürnberger Tribunal der Völker, teils durch die geschichtswissenschaftliche Forschung danach entdeckt – entlarven die monopolkapitalistischen Praktiken, die zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges führten. So beriet z. B. ein Auschuß des Kriegsministeriums am 14. Juni 1917 (!) über den Aufbau und die Aufgaben einer Wirtschaftsorga-

nisation für den kommenden Krieg. Die Niederlage im ersten Weltkrieg vor Augen, wurde bereits kaltschnäuzig das zweite Völkermorden geplant!

Auch in der Zeit, in der Gustav Stresemann, langjähriger Außenminister der Weimarer Republik, überall mit großen Reden über den Frieden und die Notwendigkeit einer friedlichen Völkerverständigung hervortrat, gab es keinen Stillstand in der Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus, in seinen kriegsvorbereitenden Taten. Stresemann selbst, dessen „historische Größe" in westlichen Gefilden gern zum Vergleich zur heutigen westdeutschen Politik der „Verständigung" mit der DDR herangezogen wird, machte „feine" Unterschiede zwischen dem offiziellen freundlichen Auftreten und sorgfältig als Geheimnis behüteten inoffiziellen Bekenntnissen. Erinnert sei hier nur an den berüchtigten Kronprinzenbrief vom Anfang September 1925, in dem Stresemann unverblümt „die Korrektur der Ostgrenzen" und den Schutz (!) der „10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben" versprach.

Man muß aber auch daran erinnern, daß damals die kommunistische Partei auf Grund ihrer wissenschaftlichen Theorie hinter den modifizierten, verfeinerten Methoden den Pferdefuß imperialistischer Kriegspolitik erkannte. Die Richtigkeit ihrer Losung zu den Reichspräsidentenwahlen von 1932 „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg" ist von der geschichtlichen Entwicklung blutig bewiesen worden: dagegen entsprach die Losung der SPD „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler" nicht den Erfordernissen.

Offensichtliche Kontinuität

So sehr sich das faschistische Hitlerdeutschland bemühte, sich von der Weimarer Republik zu distanzieren, so wenig unterschied sich seine Rüstungs- und Kriegsvorbereitungspolitik von der, die Weimarer Kanzler und Minister betrieben hatten. Alte Pläne standen lediglich dank der gewachsenen Macht des deutschen Imperialismus unmittelbar vor ihrer Ausführung. Auch in den Methoden sind wenig Unterschiede feststellbar. 1938 beklagte Hitler bitter den Zustand, jahrelang gezwungen gewesen zu sein, vom „Frieden" sprechen zu müssen und im geheimen noch das Gegenteil tun zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt erschien es aber dem deutschen Imperialismus als möglich, nachdem er die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte brutal unterdrückt, sein Wirtschaftspotential ausgeweitet und dank der wesentlichen Befriedigungspolitik auch politisch in eine für seine Ziele „günstige" Ausgangsposition gekommen war, die Maske der pazifistischen Heuchelei endgültig abzuwerfen. Der seit 1917 langfristig und kontinuierlich geplante neue Aggressionskrieg konnte entfesselt werden! Österreich wurde im März 1938 im Rahmen einer sogenannten innerdeutschen Aktion annektiert, die Tschechoslowakische Republik im September 1938 zunächst zerstückelt und dann im März 1939 liquidiert, schließlich der Überfall auf Polen und damit der Beginn des zweiten Weltkrieges organisiert.

Das alles war unter anderem auch deshalb möglich, weil es Illusionen gab, man könne den deutschen Imperialismus und Militarismus mit Zugeständnissen an seine Revancheziele zu einer tatsächlichen Friedenspolitik zwingen. Die Geschichte lehrt jedoch – und auf diesen aktuellen Aspekt weisen die Thesen des ZK der SED zum 25. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus eindringlich hin –, daß die deutschen Monopolherren niemals den Status quo in Europa und in der Welt anerkannt haben, sondern „nur durch den entschlossenen Kampf der Arbeiterklasse und aller antiimperialistischen Kräfte sowie durch ein von den friedliebenden Völkern getragenes Sicherheitssystem zur Anerkennung der Grenzen und der territorialen Integrität anderer Völker gezwungen werden" können.

Welche Konzeption siegte?

In verschiedenen Krisensituationen retteten rechte sozialdemokratische Führer die Machtpositionen des deutschen Imperialismus. Der Burgfrieden und die Bewilligung der Kredite für den ersten Weltkrieg machten sie mitverantwortlich für die imperialistischen Verbrechen am deutschen Volk. In krassem Gegensatz zu allen wirklich menschlichen Interessen, vornehmlich im Interesse an der Erhaltung und Sicherung des Friedens, unternahmen die rechten sozialdemokratischen Politiker sowohl

in der Weimarer Republik als auch in der Emigration nach 1933 alles, um die Herausbildung einer einheitlichen antifaschistischen Kampffront der Arbeiterklasse und der breiten Volksfront gegen Hitler und Krieg zu verhindern.

Ihre Konzeption richtete sich auf die Zusammenarbeit mit einigen bürgerlichen Oppositionellen und mit den imperialistischen Führungen der Westmächte. Sie verbreiteten auch nach der Zerschlagung der Weimarer Republik parlamentarische Illusionen und solche von einer „allgemeinen“ Demokratie, in der jeder Mensch gleichberechtigt neben dem anderen stehe. Damit waren aber die Lebensfragen des deutschen Volkes nicht zu lösen.

Diese nicht realisierbare, einem abstrakten Humanismus entsprungene Konzeption leistete keinen Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus, sie ermöglichte im Gegenteil die erneute Restauration der ökonomischen. politischen und auch der militärischen Macht in Westdeutschland.

Die Konzeption des Sozialdemokratismus hat bereits mehrmals vor der Geschichte versagt, sie hat zu Ergebnissen geführt, die das ganze Gegenteil von „Menschlichkeit“ darstellten. Woher soll heute eigentlich der Sozialdemokratismus die Kraft nehmen, um die Zukunft doch nach seinen Wünschen gestalten zu können? Wer wie wir die dialektische Verknüpfung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sieht, kann ihm kein Vertrauen entgegenbringen!

Gesiegt hat 1945 nur die Konzeption des Sozialismus, die von den kommunistischen Parteien und allen aktiven Widerstandskämpfern vertretene echte Menschlichkeit. Geleitet von der Lehre des Marxismus-Leninismus bewiesen die Kämpfer der Sowjetarmee, die in der Antihitlerkoalition die größte Last zu tragen hatten, die Überlegenheit des Sozialismus. In diesem Sinne kann in den bereits zitierten Thesen mit voller Berechtigung und auch mit Stolz erklärt werden:

„Im Sozialismus, vor allem in der Sowjetunion, besitzt die gesamte Menschheit ihren konsequentesten Verfechter für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt. Die Verteidigung des Sozialismus und seine unaufhörliche Stärkung liegen im Interesse des Menschheitsfortschritts.

Volkswacht, 29.04.1970, S. 5.

Sozialdemokratismus und Geschichte

Mahnende Erinnerungen an unrühmliche Traditionen

Am 19. März dieses Jahres standen sich in Erfurt – und in Kassel wird es nicht anders sein! – in direkter Konfrontation zwei weltanschauliche Konzeptionen gegenüber. Die völlig vom Marxismus-Leninismus durchdrungene Erklärung des Genossen Willi Stoph stieß auf den Sozialdemokratismus der Brandtschen Ausführungen, deren eklektischer, sophistischer und letztlich unverbindlicher Charakter unverkennbar ist. Inzwischen hat sich Brandt in seinem bekannten Interview „Idee und Wirklichkeit“ um eine Zusammenfassung seiner theoretischen .Ausgangspositionen bemüht. Herausgekommen ist etwas sehr Widersprüchliches! Auf der einen Seite vertritt er die Formel, man solle die Geschichte nicht für politische Entscheidungen der Gegenwart bemühen, auf der anderen Seite soll die Geschichte sowohl die Kontinuität als auch die „Lebenskraft“ des Sozialdemokratismus für die Zukunft beweisen.

Wie steht es wirklich um das Verhältnis des Sozialdemokratismus zur Geschichte?

Lehrmeisterin oder Anlaß für Abschiedsgedanken?

Vor über 35 Jahren, am 28. Januar 1934 – 12 Monate nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland – bekannte sich der damalige sozialdemokratische Parteivorstand zur Aufgabe, Lehren aus. der Geschichte, insbesondere aus den eigenen Fehlern im inkonsequenten, gefährlichen Verhalten gegenüber der Konterrevolution zu Beginn und während der Weimarer Republik zu ziehen. Unter dem Druck der proletarischen und anderen oppositionellen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie rückten die Mitglieder des Parteivorstandes in ihrem „Prager Manifest“ (das sie heute gern aus ihrer Geschichte streichen möchten!) von der verderbenbringenden, damals den Faschismus und heute den Neonazismus fördernden Koalitions- und Spaltungspolitik ab.

Herbert Wehner dagegen stellte am 10. September 1967 fest, gleichsam als historisch-weltanschauliche Krönung der seinerzeitigen rechtssozialdemokratischen Koalitionspolitik mit der CDU/CSU, daß die Geschichte keine „Lehrmeisterin“ sei, ja, daß die Geschichte die Bonner Politiker „im Stich“ lasse. Bezeichnenderweise verwandte er dabei nicht einmal eigene Gedanken, sondern die seines damaligen Kanzlers.

Dieser hatte schon früher verlauten lassen, man müsse „Abschied von der bisherigen Geschichte“ nehmen. Tatsächlich ist die deutsche Monopolbourgeoisie heute mehr als jemals zuvor gezwungen, einen solchen „Abschied“ den Massen vorzutäuschen, um hinter einer Nebelwand der psychologischen Kriegsführung gegen die westdeutsche Bevölkerung die Kontinuitätslinie ihrer Machtpolitik wahren zu können.

Keinerlei eigene Gedanken

Statt sich darauf zu besinnen, welche revolutionären Traditionen einst in der Sozialdemokratie lebendig waren. greifen Wehner, Brandt u. a. auf Leitbilder zurück, die den Marxismus verfälschten und entstellten und die – was besonders schwer wiegt – in Vergangenheit und Gegenwart noch keinen einzigen Beweis für ihre Richtigkeit erbringen konnten. Die Lobpreisungen des sogenannten Sozialdemokratismus, eines angeblich demokratischen Sozialismus-Modells, enthalten ebenfalls kaum eigene Gedanken. Sie sind von Bernstein, Hilferding und vor allem von Kautsky entlehnt, deren Theorien nicht zuletzt die politische Spaltung der deutschen Arbeiterklasse vertieften und so dem Hitlerfaschismus den Weg ebneten. Sie fußen auf jenen Traditionen, die nach dem Sieg des Opportunismus in der Sozialdemokratie begründet wurden und die die sozialdemokratische Bewegung ins Fahrwasser der bürgerlichen, der angeblich „reinen“ Demokratie überleiteten.

Greifen wir hier einmal die auch der berüchtigten „neuen Ostpolitik“ dienstbar gemachte Konvergenztheorie heraus:

Es zeigt sich, daß die Sozialdemokratie sozusagen die längste Tradition in der Entwicklung der konvergenztheoretischen Auffassungen und „Lehren“ besitzt. Sie konnte und mußte immer neue Ele-

mente dieser Theorie entwickeln, weil sie sich selbst immer stärker den Positionen des Imperialismus angenähert hat, bis schließlich ihre rechten Führer völlig auf die Positionen der westdeutschen Monopolbourgeoisie übergegangen waren.

Eine der theoretischen Grundlagen dieser „sozialdemokratischen Konvergenz“ ist die Negierung des Klassencharakters des bürgerlichen Staates im imperialistischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus. Diese Grundidee reicht von Bernstein und Kautsky bis zu den heutigen rechten sozialdemokratischen Ministern. Der bürgerliche Staat wird als ein über den Klassen stehendes „allgemein gesellschaftliches Instrument“ ausgegeben. Der Schritt zum Predigen eines imaginären Klassenfriedens ist von dieser These nicht weit.

Historische Fehlleistungen des „dritten Weges“

Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution lieferte vor allem Karl Kautsky die Theorie vom „dritten Weg“, von einem Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Auf ihn stützen sich im Grunde heute alle Konvergenztheoretiker. Kautsky orientierte statt auf den revolutionären Kampf mit der Bourgeoisie um die Macht auf die bürgerliche Demokratie und auf parlamentarische Wahlen. Seither hat jeder Versuch, diesen „dritten Weg“ zu begehen, immer wieder, ja mit gesetzmäßiger Konsequenz zur Unterordnung der Arbeiterklasse, zur Durchsetzung und letztlichen Sicherung der arbeiterfeindlichen und antinationalen Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus geführt. Der „dritte Weg“ hatte immer als Ergebnis das Paktieren der sozialdemokratischen Führung mit der imperialistischen Bourgeoisie, den Antikommunismus sowie die Spaltung der sozialistischen und demokratischen Kräfte.

Die Grundidee sozialdemokratischer Konvergenzauffassungen beraubt die Arbeiterklasse ihrer historischen Mission und soll dem Sozialismus seine wesentlichen und systembestimmenden Züge nehmen. Um eine Synthese der jeweils „positiven“ Eigenschaften des Kapitalismus und des Sozialismus vornehmen zu können, sind vor allem zwei grundsätzliche Axiome notwendig:

1. Der Imperialismus und insbesondere die bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsvariante sind als die „reine“ Demokratie zu beschönigen, zu verabsolutieren. Das bedeutet praktisch: Konservierung des staatsmonopolistischen Systems.

2. Der Sozialismus ist zu diskreditieren, insbesondere die politische Macht der Werktätigen im Staate, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, das System der wissenschaftlich fundierten Planung in der Ökonomie sowie im gesamtgesellschaftlichen Bereich, und ferner vor allem die wachsende Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei. Das bedeutet in der Praxis der westdeutschen sozialdemokratischen Führer: Kampf gegen den Sozialismus in der DDR, gegen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Seitdem es in der deutschen Arbeiterbewegung Opportunismus und Revisionismus gibt, versuchen sozialdemokratische Theoretiker Elemente der kapitalistischen Gesellschaftsformation in die sozialistische zu „transplantieren“. Sie ignorieren seit eh und jeh den Klassencharakter des gesellschaftlichen Gesamtsystems. Das war so, als die Einführung der Lebensmittelrationierung im ersten Weltkrieg als „Sozialismus, wohin wir blicken“ ausgegeben wurde: das war auch so, als die rechten sozialdemokratischen Führer in der Weimarer Republik den staatsmonopolistischen Kapitalismus als „organisierten Kapitalismus“ feierten, weil er das organische Hineinwachsen in den Sozialismus ermögliche.

Leugnung des Sozialismus

Heute werden von rechtssozialdemokratischen Führern strukturelle und politische Veränderungen des Imperialismus in eine lautstark verkündete, nichtsdestoweniger aber falsche Prognose eingeordnet, die den Kapitalismus und den Sozialismus als zwei Varianten eines Weges zu einer einheitlichen Industriegesellschaft bzw. einer sog. nachindustriellen Wohlstandsgesellschaft in der angeblich „entideologisierte Fachidioten“ herrschen, ausgeben. Ihre Propaganda impliziert eine Scheinperspektive, die helfen soll, dem überlebten imperialistischen System einen ewigen Bestand zu sichern. Das be-

deutet die Leugnung des Sozialismus als historisch-gesetzmäßiger Alternative zum Imperialismus. Das beinhaltet den Versuch, eine angebliche Überlebtheit der sozialistischen Revolution und der führenden Rolle der Partei nachzuweisen. Das führt heute sogar soweit, wie Leonid Breschnew in seiner bedeutsamen Rede auf der Moskauer Beratung 1969 erklärte, daß große Teile der sozialdemokratischen Führer den Kommunismus und die sozialistischen Länder als ihren Hauptfeind betrachten.

Kooperation statt Klassenkampf

Die Geschichte unseres Jahrhunderts erscheint demzufolge als ein Prozeß der Harmonisierung zwischen den Klassen, als fortschreitender Abbau des Klassenkampfes. Die Beziehungen zwischen den Klassen (für die im Rahmen der Theorie vom politischen Pluralismus gern der Begriff Gruppe gesetzt wird) seien durch „Wettbewerb und Nacheifern, nicht durch Konflikte“ gekennzeichnet. Kooperation statt Klassenkampf und Partnerschaft statt Konkurrenz – das ist die von rechten Sozialdemokraten willig propagierte Devise des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die Geschichte unseres Jahrhunderts hat aber gerade eindeutig bewiesen, daß sich die Krise der reformistischen Konzeptionen der rechten Sozialdemokratie, von der im Moskauer Hauptdokument gesprochen wird, gesetzmäßig vertieft, wenn Kollaboration mit dem staatsmonopolistischen System und antikommunistische Spalterpolitik betrieben werden. Sie hat bewiesen, wie Frieden, Demokratie und gesellschaftlicher Fortschritt zu gewährleisten sind: durch den einheitlichen antiimperialistischen Kampf aller Teile der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, jener Weltanschauung, in der bürgerliche Theorien aller Spielarten keinen Platz haben.

Volkswacht, 15.05.1970, S. 5.

Schüsse von rechts – Schüsse gegen Fortschritt und Verständigung (I)

Iwan Iwanowitsch Stscherbak, Soldat der Sowjetarmee, liegt schwer verletzt in einem Berliner Krankenhaus; jüngstes Opfer einer langen Kette imperialistischer Verbrechen und Provokationen, jüngstes Opfer zugleich einer inkonsequenten Politik, die nichts Ernsthaftes gegen den Revanchismus und den wachsenden Neonazismus unternimmt.

Faschistische Provokationen und Terroraktionen sind keine „Verbrechen wie jede anderen", sie sind von besonderer, weil politischer und weitreichender Bedeutung. Geschichtliche Erfahrungen vermögen das eindrucksvoll und klar zu belegen.

Imperialismus führt von Verbrechen zu Verbrechen

Die deutsche Bourgeoisie, gepaart mit dem preußischen Militarismus, scheute nie vor Mord und brutaler Gewaltanwendung zurück. Bedenkenlos entfesselte sie, seit sie die Bühne der Geschichte als handelnder Akteur betreten hat, getrieben von Profitgier und unermeßlichen Herrschaftsträumen mehrere Kriege, denen unzählige Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Ohne Skrupel wurden andere Völker ausgerottet. Monopolherren und Militaristen zögerten auch nie mit dem Schießbefehl gegen die deutsche Arbeiterklasse, wenn ihnen im Kampf der Klassen eine Niederlage drohte.

Vergebliche Mühe jedoch, damit das Rad der Geschichte aufhalten zu wollen! Der Machtbereich des deutschen Imperialismus ist in unserem Jahrhundert immer kleiner geworden. Landkarten zeigen deutlich jene Grenzveränderungen, deren sich die deutsche Monopolbourgeoisie schuldig gemacht hat. Auf der Grundlage historischer Gesetzmäßigkeiten – und keineswegs zufällig oder infolge subjektiven Versagens, falscher Planungen und „Führer", wie das bürgerliche Ideologen in Büchern und Zeitschriften immer wieder propagieren – hat der deutsche Imperialismus immer nur verloren, wo er zu gewinnen hoffte. Sowohl der erste als auch der zweite Weltkrieg führten nicht nur von Verbrechen zu Verbrechen, sondern auch von Niederlage zu Niederlage.

Imperialistische Kriege sind die größten Verbrechen an der Menschheit, an ihren objektiven Interessen, an ihrem Wunsch, in Ruhe und Frieden den gesellschaftlichen Fortschritt zu schaffen. Imperialistische Kriege sind aber bisher immer durch eine Vielzahl „kleinerer" Verbrechen vorbereitet, eingeleitet und ausgelöst worden. Diese gehören daher zwangsläufig in das von uns zu enthüllende „Geheimnis, in dem Kriege geboren werden".

Die Reaktion greift zu Mord und Terror

Auf dem Boden monopolkapitalistischer Machtverhältnisse, dem reaktionären Wesen des Imperialismus entsprechend, wuchsen und wachsen natürlich auch solche revanchistischen, extrem reaktionären und abenteuerlichen Organisationen, die ihr Heil (und damit das des imperialistischen Systems!) in Provokationen und im individuellen Terror suchen.

Allein in den Jahren von 1919 bis 1922, für die exakte Zahlen vorliegen, kommen mindestens 376 nachweisbare politische Morde auf das Konto nationalistisch-revanchistischer Schlägerkolonnen und ihrer alldeutsch-faschistischen Hintermänner. Diese Zahlen enthalten nicht die vielfältigsten terroristischen Anschläge, die ebenfalls von den etwa 200 in Deutschland legalen und illegalen völkisch-militaristischen Gruppen ausgingen.

Der sozialdemokratische Reichskanzler des Jahres 1919 wurde mit einem Blausäure-Attentat bedroht, bei Sprengstoff-Attentaten wurden 1922 in Hamburg die Wohnung Ernst Thälmanns und das Gebäude der „Hamburger Volkszeitung" beschädigt. Bekannte Namen finden wir bei einer historischen Rückschau unter den Opfern: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Matthias Erzberger, Walther Rathenau u. a. m.

Volkswacht, 10.11.1970, S. 2.

Schüsse von rechts – Schüsse gegen Fortschritt und Verständigung (II)

Verweilen wir ein wenig beim letzten Namen und fragen: Weshalb mußte Rathenau am 22. Juni 1922 sterben? Sein Wagen, mit dem er stets zum Dienst ins Außenministerium der Weimarer Republik fuhr, wurde am Morgen jenes Tages von einem anderen überholt, Schüsse peitschten, und die dumpfe Explosion einer Handgranate zerriß die Stille eines gewöhnlichen Sommertages in Berlin-Grunewald.

Die Mörder trafen nicht nur einen Menschen, einen Politiker, sie wollten eine Politik und damit jenen Vertrag treffen, der genau neun Wochen zuvor in Rapallo abgeschlossen worden war. Deutschland hatte mit diesem Vertrag – nach Rathenaus Worten – erste Schritte auf einem „Weg der Zukunft" getan. Rathenau konnte sich persönlich weder einen Freund des neuen Rußland nennen, noch war er irgendwelcher antiimperialistischer Aktionen verdächtig. Aber er sah den Vorteil, der sich für die Weimarer Republik aus einem Vertrag mit Sowjetrußland auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung und der Gleichberechtigung ergab. Rapallo bedeutete einen, wenn auch nur zeitweiligen, Sieg für das sozialistische Prinzip der friedlichen Koexistenz, das den bewaffneten Kampf zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausschließt und die Einhaltung solcher Bedingungen fordert wie Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sowie Verzicht auf imperialistische Versuche, die Konterrevolution zu exportieren. Es ging dabei zugleich um das allgemein demokratische Ziel: Gewährleistung des internationalen Friedens und Entfaltung, der Zusammenarbeit zwischen den Völkern.

Gegen diesen „Geist von Rapallo" schossen die Mitglieder der Fememordbande „Organisation Consul", Kern und Fischer, deren Gräber auf der Burg Saaleck später ständig Blumen und Kränze schmückten, als es der Reaktion gelungen war, die faschistische Diktatur in Deutschland zu errichten.

Der Feind steht rechts

Damals, im Jahre 1922. gebrauchte Joseph Wirth, der gemeinsam mit Rathenau den Weg der Vernunft zu gehen versuchte, das bekannte Wort: „Der Feind steht rechts!" Es hat noch nichts von seiner Bedeutung verloren, das lehren gerade die Auseinandersetzungen der letzten Monate und Wochen in der westdeutschen Bundesrepublik.

Erneut gelten die Schüsse, die ausgerechnet wenige Stunden vor dem 53. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution abgefeuert wurden, nicht allein dem einzelnen auf Wache stehenden Sowjetsoldaten. Sie galten wiederum dem Fortschritt, der auf dem Wege der Vernunft mit dem Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD vom 12. August dieses Jahres erreicht werden konnte. Sie sollen den im Interesse aller friedliebenden Menschen notwendigen Schritt zu einer echten Minderung der Spannungen auf dem europäischen Kontinent aufhalten. Sie sollen provokatorisch in Frage stellen, daß strittige Probleme, selbst wenn sie kompliziert und scharf sind, in Verhandlungen gelöst werden können und müssen. Die Schüsse in der Nacht zum 7. November 1970 sind eine haßerfüllte Absage an Entspannung und Frieden, sind ein Bekenntnis zu Revanchismus und Faschismus.

Die Schüsse im Berliner Tiergarten müssen als logische Konsequenz der jüngsten Entwicklung des Rechtsblocks in der Bundesrepublik und in Westberlin erscheinen. Nationalistische Hetztiraden von Strauß, Becher, Barzel, Zoglmann und vielen anderen überschlugen sich gerade in den letzten Wochen, gerichtet vor allem gegen eine Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD. Schüsse aus selchen Kreisen, die sich – um nur ein Beispiel herauszugreifen – am 31. Oktober in Würzburg zusammenrotteten und faschistische Parolen brüllten wie „Fegt ihn weg, den roten Dreck" oder „Macht den Volksverrätern Dampf, nationaler Freiheitskampf", verwundern und überraschen nicht, sangen doch die Angehörigen der „Organisation Consul" zunächst auch „Knallt ab den Walter Rathenau, die gottverdammte Judensau", bevor sie den Abzugshahn ihrer Waffen drückten. Die Veranstaltung der „Aktion Widerstand" in Würzburg war eine organisierte nationalistische Aufforderung zum politischen Mord, die nun auf einen fruchtbaren Boden fiel.

Strauß lobt neonazistische NPD

Erst kürzlich lobte Strauß, der seine Partei als rechte „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ und sich als deren Führer anbietet, die offen neonazistische NPD, da sie „mannhaft die schwarz-weiß-rote Fahne“ hochhalte. „Mannhaftigkeit“ im Sprachgebrauch von Imperialisten und Militaristen bedeutet aber stets nur das eine: Bereitschaft zum Einsatz aller Mittel einschließlich von Provokationen und des Terrors gegen den gesellschaftlichen Fortschritt! Daran sollten in der Bundesrepublik und in Westberlin vor allem jene Kräfte denken, die meinen, eine Partei wie die NPD sei allein durch die Wähler zu schlagen und deshalb ihr Verbot hintergehen, und die glauben machen wollen, ein energischer Kampf gegen links sei ein sicherer „Schutz“ vor der rechten Reaktion. Das Rechtskartell, das die Verantwortung auch für diesen neuen Anschlag trägt, muß mit anderen, historisch bewährten Mitteln, bekämpft werden.

Volkswacht, 11.11.1970, S. 2.

Antifaschistische Volksfront – Schlüsselwort einer politischen Biographie

Zum 100. Geburtstag Heinrich Manns

Unsere ganze Republik begeht in diesen Tagen und Wochen den 100. Geburtstag eines Dichters und Politikers, der einen festen Platz in den geschichtlichen Traditionslinien des sozialistischen deutschen Nationalstaates einnimmt. Der Name Heinrich Mann steht für den „beispielhaften Übergang vom bürgerlichen zum sozialistischen Humanismus“, wie Walter Ulbricht in seiner Rede auf der konstituierenden Sitzung des Heinrich-Mann-Komitees der DDR erklärte. In der gleichen Beratung hob Prof. Alfred Kurella hervor, daß wir Heinrich Mann ehren, „um hier den Weg den Bürgerlich-Intellektuellen zum Sozialisten zu zeigen, ein Problem, das, wie wir wissen, in sehr vielen Ländern heute wieder von größter Aktualität ist und das hier mit seinen auch widersprüchlichen und schwierigen Eigentümlichkeiten gezeigt werden kann“.

Entwicklungsweg und Entwicklungsbedingungen

Es ist hier nicht das Amt des Geschichtswissenschaftlers, die hohen und Maßstäbe setzenden künstlerischen Leistungen zu würdigen; es seien lediglich einige politische Aspekte seiner Biographie, seiner Leistungen auf politischem Gebiet dargestellt. Das Großartige seines Entwicklungsweges, der ihn an die Seite der Arbeiterklasse und ihrer konsequentesten revolutionären Interessenvertreter führte, wird deutlich bei einem Blick auf die historische Situation vor allem in den zwanziger und dreißiger Jahren und die objektiven Entwicklungsbedingungen jener gesellschaftlichen Gruppen und Schichten, die sozialökonomisch und politisch zwischen der Arbeiterklasse und der Monopolbourgeoisie stehen.

Der Faschismus, von Heinrich Mann im „Untertan“ schon als Ergebnis imperialistischen Ungeistes vorgeahnt, konnte große Teile der städtischen Mittelschichten, der Bauern wie auch der Intelligenz für seine, den verbrecherischen Zielen des deutschen Imperialismus und Militarismus dienende Massenbasis einbeziehen. Diese sozialen Schichten und Gruppen boten weitgehend der faschistischen Demagogie einen fruchtbaren Boden. Die Nazis orientierten sich mit ihren Parolen und windigen Versprechungen vielfach am Bewußtseinsstand dieser Kreise, die sich subjektiv unter dem Einfluß der Ideologie deutscher Monopolherren und ihrer Apologeten zunehmend von den demokratischen und progressiven Traditionen der bürgerlichen deutschen Nation entfernt hatten. In Anknüpfung u. a. an feudale Ständeordnungen traten diese Kreise häufig für die Ersetzung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie durch eine „Ständeordnung“ ein, über deren Inhalt es zwar keine klaren und festumrissenen Vorstellungen gab, von der man aber erwartete, sie könnte die Auswirkungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus mildern und weitere soziale Konflikte vermeiden.

Natürlich spielte auch die in Kreisen humanistisch denkender Kräfte verbreitete Enttäuschung über die Weimarer Republik sowie über die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1933 eine große Rolle, wobei deren Ursachen in der Regel verkannt wurden. Es versteht sich, daß die Losungen der rechten sozialdemokratischen Führer, die faschistische Diktatur werde sich „abwirtschaften“ und rasch an den inneren Widersprüchen zerbrechen, gerade auf große Teile der Mittelschichten und nichtproletarischer demokratischer Kräfte destruktiv wirken, deren Hang zum Fatalismus verstärken mußten.

Heinrich Manns Beispiel

Im aktiven Kampf gegen den faschistischen deutschen Imperialismus vollzog Heinrich Mann den Übergang von bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Positionen zu einem sozialistischen Humanismus, der schließlich seinen konsequenten Ausdruck im Aufruf „Ein Wort an Berlin“ von 1945 fand. Hier formulierte er programmatisch, mahnend und heute noch zutreffend: „Verlangt wird mehr als eine einmalige revolutionäre Handlung. Eine revolutionäre Gesinnung, die standhaft bleibt ...“

Heinrich Mann konnte im Wirken für die antifaschistische Volksfront nach 1933 über seinen für die Weimarer Zeit charakteristischen allgemeindemokratischen bürgerlichen Antiimperialismus hinausgehen. Ich darf hier die bedeutsamen Sätze aus der bereits erwähnten Rede Walter Ulbrichts zitieren:

„Daß und wie er dann aber die Niederlage der Weimarer Republik und damit seine eigene überwunden hat, wie er die historischen Widersprüche seines eigenen Denkens und Handelns in einer höheren Erkenntnis aufzuheben verstanden hat, das ist das Beispielhafte im Wesen und in der Größe dieses Schriftstellers. Er war schon ein Mann den Sechzigern, als er die entscheidende weltanschauliche Wende vollzog, die Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik und dem schmählichen Versagen des sozialdemokratischen Reformismus zog. Das leuchtende Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ließ in dieser Periode die volle Erkenntnis reifen, wer die neue historische Kraft darstellt und auf wen er als treuen Verbündeten rechnen konnte: die Arbeiterklasse ...“

Folgerichtig läßt sich dieser Weg der Erkenntnis und zum Bündnis mit der revolutionären Arbeiterbewegung an einigen politischen Stationen im Leben Heinrich Manns charakterisieren:

– 1936 bis 1938 war er Vorsitzender des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ (bekannt auch als „Lutetia-Kreis“) in Paris. In dieser Funktion bemühte er sich unermüdlich und aufopferungsvoll, der Einigung von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern zu dienen: Er wußte: Wie weiland dem Antäus aus der Berührung mit der Mutter Erde, erwuchsen der Arbeiterklasse aus ihrer Einigung unbezwingbare Kräfte, erwuchsen neue Möglichkeiten für die notwendige Einigung aller Hitlergegner. Daher nahm Heinrich Mann die schwere Bürde dieser Funktion auf sich. Unter dem Druck solcher bürgerlicher Kräfte wie Leopold Schwarzschild und Georg Bernhard, unter dem Druck einiger rechter sozialdemokratischer Führer, aber auch trotzkistischer Elemente, die zunächst am 21. Dezember 1936 alle den berühmten gemeinsamen Aufruf zur Bildung der deutschen Volksfront unterzeichnet hatten, brach der von ihm geleitete Ausschuß auseinander. Heinrich Mann ließ sich nicht auf fruchtlose Pläne ein, die Volksfront zu einer Sammelbewegung der Emigration, unter bürgerlicher Führung auszunutzen. Er erkannte die Volksfront, die 1935 theoretisch und politisch vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und von der Brüsseler Konferenz der KPD begründet worden war, als die einzige mögliche Alternative des Kampfes gegen Faschismus und Kriegsgefahr; daher führte sein Weg weiter.
– 1943 bis 1945 leitete er als Ehrenpräsident die Bewegung „Freies Deutschland“ in Lateinamerika. Die Bewegung „Freies Deutschland“ repräsentierte das von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführte neue demokratische Deutschland. Als sich die einzelnen (insgesamt 17) Landesbewegungen zum Lateinamerikanischen Komitee der Freien Deutschen vereinten, war das ein Erfolg der Politik der KPD, ein Beweis mehr für die Richtigkeit der Orientierung auf Einheit der Arbeiterklasse und auf antifaschistische Volksfront. Als Heinrich Mann an die Spitze trat, ging auch er persönlich erneut einem wichtigen Schritt seines Entwicklungsweges. Hatte er 1933 den Faschismus noch als eine kleinbürgerliche Bewegung bezeichnet, so erkannte er nun in ihm die Diktatur der Monopole und in der Arbeiterbewegung den Garanten für eine friedliche und gesicherte Zukunft seines Vaterlandes.
– Die logische Konsequenz seines bürgerlich-humanistischen Denkens führte Heinrich Mann zu politischen Ansichten und Handlungen, die in allen wesentlichen Fragen mit der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse übereinstimmten. Sie führte ihn kurz vor seinem Tode zu jenem eindeutigen Bekenntnis zu unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Hemmnisse und neue Freunde

Einen ähnlichen Weg wie Heinrich Mann gingen viele aufrechte antifaschistische Kämpfer, einen Weg, der – bildlich gesprochen – oft einem Zweifrontenkrieg glich. Sie wehrten sich gegen die faschistische Unterdrückung und Kriegspolitik; sie mußten sich gleichzeitig auch über die Hemmnisse hinwegsetzen, die ihr eigentlicher sozialer Lebens-, Umgangs- oder Freundeskreis errichtet hatte. Die Palette dieser Hemmnisse war groß. Der Schritt in den aktiven antifaschistischen Widerstandskampf war für solche Menschen, die nicht aus der Arbeiterklasse kamen oder mit ihrer revolutionären Partei nur geringe Verbindungen besessen hatten, zugleich das Suchen nach neuen Lebensidealen und Lebensnormen, welche die eigene Klasse oder Schicht nicht mehr vermitteln konnte, weil sie diese verloren oder auch niemals ihr eigen hatten nennen können. Der Schritt an die Seite der besten und konsequentesten Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, zum Bündnis mit der marxistisch-leninistischen und die Widerstandsbewegung führenden Partei war für viele Menschen bürgerlicher und

kleinbürgerlicher Herkunft auch im ganz persönlichen Sinne ein Suchen nach neuen, aufrichtigen Freunden.

In der antifaschistischen Volksfront und der Bewegung „Freies Deutschland“ fand Heinrich Mann seine wahren Freunde. Andere fanden sie in der revolutionären Partei der Arbeiterklasse mit ihm und nach ihm. Sein Vorbild, wie wir wissen, war von außerordentlicher Wirksamkeit.

Heinrich Manns Beispiel kündet zugleich von der Gesetzmäßigkeit eines historisch bedingten und unvermeidbaren Prozesses, den die Monopolherren wie auch die rechten sozialdemokratischen Führer gern mit allen Mitteln aufhalten und umfunktionieren möchten. Die Logik der Geschichte erzwingt das immer festere Bündnis der Arbeiterklasse mit allen jenen Schichten und sozialen Gruppen, die objektiv vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. In der Geschichte unserer Deutschen Demokratischen Republik trug die Bündnispolitik der marxistisch-leninistischen Partei, beruhend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung, ihre schönen Früchte. Heinrich Manns Traum vom „wahren Deutschland“ erfüllt sich in der Menschengemeinschaft des sozialistischen deutschen Nationalstaates.

Volkswacht-Beilage, 26.03.1971, S. 5.

Vielseitige II. Jenaer Studententage

„Volkswacht“: Am Montag beginnen die II. Studententage der Sektion Philosophie. Welches Anliegen haben sie?

Genosse Prof. Weißbecker: Diese Studententage bilden für uns den Höhepunkt des gegenwärtigen Studienjahres und sollen einen Beitrag zur großen demokratischen Volksaussprache vor dem VIII. Parteitag der SED darstellen. Dieser Beitrag wird sehr vielgestaltig sein und alle Gebiete unserer ideologischen, politischen, wissenschaftlichen, geistig-kulturellen und sportlichen Tätigkeit erfassen. Unsere Studierenden haben sich im Kollektiv der Partei und. des sozialistischen Jugendverbandes so intensiv darauf vorbereitet, daß wir sicher sein können, daß von jeder Veranstaltung viele Impulse und Anregungen für die weitere Arbeit aller Studenten und Hochschullehrer der Sektion ausgehen werden. Studenten unserer Sektion unterbreiteten der Universitätsleitung auch den Vorschlag, im nächsten Jahr Studententage der gesamten Universität durchzuführen.

„Volkswacht“: Nennen Sie uns bitte die wichtigsten Veranstaltungen.

Genosse Prof. Weißbecker: Das gesamte Programm der Studententage umfaßt 18 Veranstaltungen. Jede wäre es wert, daß über sie gesprochen wird. Hervorheben möchte ich die Studentenkonferenz, die sich mit einer solch wichtigen Frage wie der Stellung der Arbeiterklasse zu Krieg und Frieden sowie zum antimilitaristischen Kampf nichtproletarischer Kräfte beschäftigen wird. In Seminaren und Zirkeln haben sich die Studenten großes Wissen angeeignet, das jetzt öffentlich dargelegt und für einen Sammelband, als Ziel eines langfristigen FDJ-Forschungsobjektes, aufbereitet werden soll. Ein Arbeitskreis untersucht darüber hinaus vor allem philosophisch-weltanschauliche Aspekte der Ideologie und Politik der rechten sozialdemokratischen Führer und des Revisionismus.

Am 21.5. treffen sich unsere Lehrerstudenten mit Absolventen der Sektion, die seit vielen Jahren erfolgreich im Bereich der Volksbildung arbeiten. Wir versprechen uns auch viel von einem Klubgespräch zu Problemen der Entwicklung und des Kampfes der SED, an dem die Veteranen Lydia Poser, Heinrich Hoffmann und Alfred Weißköppel sowie voraussichtlich auch Genossin Erika Richter, 1. Sekretär der Kreisleitung Jena-Stadt der SED, teilnehmen werden. Natürlich wird es auch den obligatorischen Ball geben!

„Volkswacht“: Die Studententage wurden mit einer Solidaritätsaktion für die kämpfenden Völker Indochinas verbunden ...

Genosse Prof. Weißbecker: Ja, diese Aktion wird mit einer großen Solidaritätsveranstaltung heute abend 19 Uhr in der Aula der Universität abgeschlossen. Viele Gäste, auch die Bürger unseres Patenwohnbezirks „Mühltal“, sind eingeladen. Mit großer Begeisterung und Initiative bereiteten die Philosophiestudenten des 1. Studienjahres diese Veranstaltung vor, mit der wir gegen den unmenschlichen Krieg des USA-Imperialismus protestieren. Wir werden Spenden – über 2000 Mark allein aus unserer Sektion – übergeben und damit unsere Solidarität in der Praxis beweisen.

Wir hoffen, daß diese Veranstaltung zugleich ein großes Ereignis für alle Freunde und Anhänger der Singebewegung wird. Neben dem Berliner Lyrik-Song-Klub hat Hartmut König vom „Oktoberklub“ seine Mitarbeit zugesagt. Auftreten wird auch die Singegruppe „Spartakus“ aus unserem Bezirk.

Volkswacht, 14.05.1971.

Radikalkur gegen links?!

Hintergründe und historische Aspekte der „Aktion Vogel“

Die Tatsachen sind bekannt: Die sozialdemokratischen Führer in der BRD streben nach rechts. Unerheblich ist dabei, ob sie tatsächlich glauben, damit auch den Standort von rechts bestimmen zu können. Nachdem im Herbst des vergangenen Jahres die Parteispitze in München (ausgerechnet dort!) entgegen der politischen Überzeugung vieler Mitglieder den berüchtigten Beschluß faßte, jeden Kontakt mit Kommunisten verbieten zu wollen, trat nunmehr der Münchner (!) Oberbürgermeister H.-J. Vogel auf den Plan. Mit einem spektakulären Auftritt kündigte dieser SPD-Mann am 18. Februar dieses Jahres in einer Pressekonferenz an, er wolle bei den Kommunalwahlen 1972 nicht mehr für das Amt des Oberbürgermeisters kandidieren. In einer Stellungnahme trat Vogel in massiver Form gegen fortschrittliche SPD-Mitglieder, besonders gegen die Jungsozialisten Münchens, auf und behauptete, „linksradikale Kräfte“ hinderten ihn, in dieser Funktion seinen politischen Kurs zu verfolgen.

Vogel ist nicht irgendwer, nein, der „Tagesspiegel“ bescheinigte ihm am 21. Februar 1971 sogar, „einer der tüchtigsten jungen Männer der deutschen Sozialdemokratie“ zu sein. Seit seinem ganz offensichtlich von langer Hand vorbereiteten und terminlieh exakt bestimmten Auftritt rauscht es Zustimmung über Zustimmung durch den von Springer & Co. beherrschten Blätterwald der BRD. Eilmeldungen jagen einander. Mancher will die Wogen glätten, mancher die Auseinandersetzungen weiter anheizen. Was steckt dahinter?

Vom Lob der Tüchtigkeit

Es kann kein Zufall sein, daß nur zwei Wochen vor Vogels Termin ein anderer rechter Sozialdemokrat ob seiner großen Tüchtigkeit allerorten lauthals gepriesen wurde. Man nutzte den 100. Geburtstag Friedrich Eberts, des ersten Präsidenten der Weimarer Republik, dazu weidlich aus. Wer sich in der Geschichte vor allem der Novemberrevolution und des Staates von Weimar etwas auskennt und weiß, welche konterrevolutionäre Rolle gerade Friedrich Ebert gespielt hat, ist jetzt mehr als erstaunt. Die „Süddeutsche Zeitung“ (3.2.1971) lobt z. B. Eberts ausgesprochen „pragmatischen Sinn für das Organisatorische“ sowie das Bemühen, „ein Mann der Mitte und Vermittlung“ zu sein. Er habe dem Amt des Präsidenten „bleibendes Ansehen“ verschafft! Die tonangebende Zeitung „Das Parlament“ wurde am 30. Januar 1971 noch deutlicher. Hier hieß es in einem längeren Artikel: „Die subtile Mischung aus organisationsbezogener Strategie und improvisationsgebundenem taktischen Kalkül – darauf beruhte Eberts Ruf ...“ An anderer Stelle wird gelobt, Ebert sei „keineswegs unkämpferisch, wohl aber pragmatisch-besonnen, solide-hartnäckig“ gewesen, und das Leben Eberts wäre sogar als „exemplarisch deutsch“ zu bezeichnen.

Gilt das Lob der „Stuttgarter Zeitung“ (30.1.1971) von der „handfesten Durchschnittlichkeit“ und der „opportunistischen Tagestüchtigkeit“ eigentlich Ebert? Oder soll damit nicht eher ein Leitbild der rechten sozialdemokratischen Führer in der BRD manipuliert werden? Auf Vogel, von dem ja hier die Rede sein soll, trifft jedenfalls alles zu. Das Gesicht der von ihm regierten künftigen Olympia-Stadt beweist es zur Genüge.

Normaler Klärungsprozeß?

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Wienand, versuchte jetzt, die lebhaften Auseinandersetzungen über die Aktion des Münchener Oberbürgermeisters als einen „normalen Klärungsprozeß“·hinzustellen, den jede Partei von Zeit zu Zeit durchstehen müsse. Das ist schlicht gelogen, zumindest unbegreiflich, wenn von „jeder“ Partei gesprochen wird. Aber das Bagatellisieren hilft nichts. Vogels Schritt gehört in die Kette der Aktionen des Sozialdemokratismus in der BRD gegen fortschrittliche Mitglieder der SPD, gegen die ganz im Sinne der Antikommunismus-Beschlüsse des Parteirats ein verschärftes Kesseltreiben entfacht werden sollte.

Damit soll erneut die „Tüchtigkeit“ der rechten sozialdemokratischen Führer für die Monopolbourgeoisie sichtbar gemacht werden, deren Presseorgane unverblümt fordern: „Die Sozialdemokraten

müssen über jeden Zweifel klar machen, was und wer unter ihrer Flagge nicht segeln darf.“ Der Übergang der SPD auf die Positionen einer staatsmonopolistischen „Volkspartei“ genügt schon nicht mehr, sie soll nun auch die rechtesten, reaktionärsten Positionen ansteuern. Dies hat mit einem normalen Prozeß nichts zu tun, dies ist gegen die geschichtlichen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten gerichtet und daher reaktionär. Eine andere Einschätzung ist nicht möglich.

Vom Arzt am Krankenbett des Kapitalismus

Der Antikommunismus hat auch der SPD immer nur zum Schaden gereicht. Wohin führte denn der Kurs Friedrich Eberts? Auf dem thüringischen Bezirksparteitag d er SPD, der im März 1931, vor genau 40 Jahren, in Gotha stattfand, erklärte der damalige Bezirksvorsitzende Georg Dietrich: „Es sei noch einmal gesagt: So groß die Gefahr der faschistischen Bewegung ... ist, ich sehe diese Gefahr nur als eine Gefahr des Tages, als eine akute Gefahr, mit der die Arbeiterschaft in der Lage ist, fertig zu werden. Die dauernde Gefahr sehe ich bei den Kommunisten.“ Das Ende ist bekannt.

Auf dem Parteitag der SPD, der im gleichen Jahr in Leipzig stattfand, leitete damals ein rechter Sozialdemokrat ebenfalls einen neuen Schritt der Partei nach rechts ein. In seinem Referat über wirtschaftliche Probleme in der Krisenzeit gebrauchte Fritz Tarnow ein demagogisches Bild, dessen schlagwortartige Verkürzung „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ berühmt-berüchtigt geworden ist. Es sei hier aber einmal ausführlich zitiert. Tarnow erklärte:

„Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch – ja, was soll ich sagen? – als Arzt, der heilen will?, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und mit Gift am liebsten noch etwas nachhelfen möchte? In diesem Bild drückt sich unsere ganze Situation aus. Wir sind nämlich, wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft helfen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen zu wollen. Diese Doppelrolle, Arzt und Erbe, ist eine verflucht schwierige Aufgabe. Wir könnten uns in der Partei manche Auseinandersetzung ersparen ...“

Auch das ist Kontinuität

Das Bild ist wirklich demagogisch, denn wer verweigert schon gern einem kranken Menschen die lindernde Medizin. Aber hier geht es ja nicht um einen menschlichen Patienten, sondern um ein menschenfeindliches Gesellschaftssystem. Immerhin wollte die damalige Führung der SPD neben der eindeutigen Entscheidung für die Rolle des „Arztes“ noch das Gefühl (mehr allerdings nicht!) der Rolle eines .Erben aufrechterhalten. Heute hat man sich auch davon getrennt. Die Logik der Geschichte führt aber dazu, daß alle die diese „Trennung“ nicht mitmachen, von der rechten sozialdemokratischen Parteiführung bekämpft werden müssen. Heute – und darin ist wohl einer der wichtigsten Aspekte der Vogelsehen Aktion zu sehen – geht man dazu über, gegen diese Kräfte eine „Radikalkur“ einzuleiten.

Auch das ist Kontinuität, eine Kontinuitätslinie im gesetzmäßigen Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus, die direkt dazu geführt hat, daß der Sozialdemokratismus eine Variante der imperialistischen Ideologie geworden ist, daß die Brandt/Scheel-Regierung das schmutzige Geschäft des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD betreibt. Mit dieser Ideologie kann es keine Kompromisse, keine Kooperation und kein Miteinander geben, sie steht im Verhältnis zur Ideologie der Arbeiterklasse auf einer völlig entgegengesetzten Position.

Dies erneut deutlich gemacht zu haben, ist sogar ein gewisses, wenn auch nicht beabsichtigtes Verdienst Vogels.

Die wirklichen Absichten Vogels werden deutlich, wenn man sich daran erinnert, daß Franz Josef Strauß in der Haushaltsdebatte des Bonner Parlaments Anfang dieses Jahres die Regierungsparteien als ein „Linkskartell“ zu verteufeln suchte und den Vorwurf erhob, die SPD grenze sich nicht mehr deutlich genug vom Kommunismus ab. Entgegen aller Wahrheit – aber die ist ja wohl noch nie seine

starke Seite gewesen! – behauptete Strauß im Bundestag, bei der SPD habe „eine große Drift nach links“ eingesetzt.

Konzertierte Aktion

Zwar sprang Brandt sofort in die Bresche und erinnerte an das Münchener Antikommunismus-Papier der SPD. Und wie zur Bekräftigung ließ Vogel wenige Tage später diesen Worten seine Tat folgen. Zufall? Nur Naivlinge können daran glauben. Eine große Parteiverfahren- und Ausschlußkampagne hat eingesetzt. Mitglieder der SPD, die sich u. a. für die Ratifizierung der Verträge zwischen der UdSSR bzw. der Volksrepublik Polen und der BRD einsetzen, die gemeinsam mit allen Demokraten getreu der geschichtlichen Lehre „Der Feind steht rechts“ handeln, werden mundtot gemacht, in den Parteiorganisationen isoliert und verfemt. Natürlich reicht Vogels Aktion auch in einer anderen Hinsicht über die Stadtgrenzen Münchens hinaus. Einige Wahlen stehen vor der Tür. Vogel ist als Redner vorgesehen. Haben die rechten sozialdemokratischen Führer nun, wie der „Tagesspiegel“ schrieb, einen Redner manipuliert, der „die rücksichtslose Bekämpfung neomarxistischer Anbiederungen an Ideologie und Praxis des Kommunismus auf seine Fahnen geschrieben hat“?

Brandts „Treueerklärung“

Am. 26.2.1971 haben nunmehr, „allseitig vorbereitet, der Parteirat, der Parteivorstand und die Kontrollkommission der SPD den Antikommunismus-Beschluß vom 14. November des vergangenen Jahres endgültig bestätigt. Alle Änderungsanträge und Proteste wurden vom Tisch gewischt. Brandt, Wehner, Schmidt usw. usw. halten die Zeit für gekommen, die rechte „Ordnung in der Partei durchzusetzen. Am gleichen Tage referierte Brandt auch vor der westdeutschen Unternehmervereinigung „Industrie- und Handelstag, wobei er besonders betonte, seine Partei und seine Regierung stünden unbeirrbar auf dem Boden der „marktwirtschaftlichen Ordnung“, d. h. des staatsmonopolistischen Systems der BRD.

Das indirekte (vielleicht sogar direkte?) Komplott von Strauß uns Vogel macht aber auch deutlich, daß die fortschrittlichen Kräfte in der SPD und in ihrer Wählerschar nicht so einfach zum Schweigen gebracht werden können. Die Anwendung eines solchen risikoreichen Mittels kann auch dazu führen, daß der Schuß nach hinten losgeht.

Volkswacht, 16.03.1971, S. 5.

Zur Erforschung und Darstellung des antifaschistischen Widerstandskampfes nichtproletarischer demokratischer Kräfte 1933-1945[1]

Nicht nur für den, der sich bisher kaum eingehender mit der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes der deutschen Arbeiterklasse sowie mit den Verbrechen des Hitlerfaschismus beschäftigt hat, öffnet sich mit dem Thema „Die anti-faschistische Volksfront und der Kampf nichtproletarischer demokratischer Kräfte gegen Hitler und Krieg“ ein weites Feld komplizierter Fragen. Die vielfältigen Probleme zu erkennen und schrittweise zu beantworten, wird Aufgabe unserer Forschungsarbeit seine bei der wir uns sowohl auf die grundlegenden Dokumente der KPD bzw. der SED als auch auf einige spezielle Probleme behandelnde Darstellungen stützen können, bei der Jedoch insgesamt ein umfangreiches wissenschaftliches Neuland zu bearbeiten ist. An dieser Stelle seien lediglich einige der wesentlichsten Probleme angeführt, auf die wir uns zu konzentrieren haben:

- Die Veränderungen in der sozialökonomischen und politischen Situation der ländlichen Kleinproduzenten und städtischen Mittelschichten, der Intelligenz und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie sowie der nichtproletarischen demokratischen Kräfte nach der Errichtung der faschistischen Diktatur.
- Die Folgen des faschistischen Terrors und der nationalsozialistischen Demagogie in den sozialen Schichten zwischen den Hauptklassen. Der Widerspruch zwischen der Rolle der Mittelschichten in der faschistischen Massenbasis und dem Kampf der nichtproletarischen fortschrittlichen Kräfte. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der Emigration.
- Die Auswirkungen der strategischen und taktischen Neuorientierung der KPD sowie der Politik rechter sozialdemokratischer Gruppen auf die gegen Hitler und Krieg kämpfenden nichtproletarischen demokratischen Kräfte.
- Wesen und Formen der allgemein demokratischen Bewegung gegen Faschismus und Krieg unter den Bedingungen der Herrschaft des faschistischen deutschen Imperialismus.
- Probleme, Methoden und Grenzen des antifaschistischen Kampfes nichtproletarischer demokratischer Kräfte. Die Stellung dieser Kräfte zum Problem der notwendigen Organisiertheit ihres Kampfes. Das Verhältnis zur bürgerlichen Opposition gegen Hitler.
- Der Entwicklungsprozeß (einschließlich der ihn hemmenden Faktoren) der nichtproletarischen demokratischen Kräfte in den einzelnen Etappen zwischen 1933 und 1945. Der historische Platz des antifaschistischen Widerstandskampfes im gesamten Entwicklungsprozeß der demokratischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Kräfte in Deutschland.
- Die Lehren des Kampfes um die antifaschistische Volksfront für die Bündnispolitik der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse.

Der folgende Beitrag will sich mit einigen ausgewählten Fragen beschäftigen und kann auf Grund des Forschungsstandes kein abgerundetes Bild vermitteln.

In der über hundertjährigen Entwicklung und im Prozeß des Reifens nichtproletarischer demokratischer Kräfte nimmt die Zeit der zwölf Jahre hitlerfaschistischer Diktatur einen spezifischen Platz ein.

Charakterisiert wird dieser Platz vor allem

a) durch die Tatsache einer erneuten „Verengung“[2] des Kampfes nichtproletarischer demokratischer Kräfte vor allem während der ersten Jahre der faschistischen Herrschaft, wenn man ihn insbesondere mit der relativen Breite in der Weimarer Republik vergleicht;
b) durch die Tatsache, daß sich die potentielle und ab 1941/42, verstärkt ab 1943 auch die reale Basis des Kampfes nichtproletarischer demokratischer Kräfte erweiterte, und zwar infolge der wachsenden objektiven Gegensätze zwischen dem faschistischen deutschen Imperialismus einerseits und den ländlichen Kleinproduzenten, den städtischen Mittelschichten, der Intelligenz, ja auch der

---

1 Geringfügig überarbeiteter Beitrag, der auf der Arbeitstagung der Sektion Philosophie und Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität vom 27.1.1971 gehalten wurde.

2 Mit dem Begriff der „Verengung“ ist vor allem ein quantitativer Aspekt verbunden, der allerdings nicht verabsolutiert werden darf. Ob der Begriff den tatsächlichen historischen Erscheinungen und Prozessen adäquat ist, werden die weiteren Untersuchungen erweisen.

nichtmonopolistischen Bourgeoisie andererseits, infolge aber auch der außerordentlich starken sozialen Mobilität während des zweiten Weltkrieges.

c) durch die Tatsache, daß ungeachtet aller Schwierigkeiten wesentliche Grundlagen für einen qualitativen Umschlag des Kampfes nichtproletarischer demokratischer Kräfte gelegt wurden, der sich nach der Befreiung des deutschen Volkes auf dem Gebiet unserer Deutschen Demokratischen Republik vollzog.

Aus der dialektischen Verflechtung dieser drei wesentlichen Faktoren ergibt sich aber auch die große Bedeutung des Zeitabschnittes 1933 bis 1945 für den Entwicklungsprozeß jener Kräfte, die im antifaschistischen Widerstandskampf direkt oder indirekt, bzw. in mehr oder weniger großem Maße an die Seite der revolutionären Arbeiterbewegung fanden. Dabei spielte eine große Rolle, in welchem Maße die Notwendigkeit der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse erkannt und begriffen werden konnte.

* * *

Wenn wir über den von mir zuerst genannten Gesichtspunkt sprechen, wird von der Tatsache auszugehen seins daß der Faschismus gerade große Teile der städtischen Mittelschichten, der Bauern und der Intelligenz in seine Massenbasis hatte einbeziehen können. Diese sozialen Schichten und Gruppen boten einen fruchtbaren Boden für die faschistische Demagogie, die sich ja vorwiegend am Bewußtseinsstand dieser Kreise orientierte. Manfred Ohlsen ist völlig zuzustimmen, wenn er in seiner Dissertationsschrift formuliert: „Die demokratischen Traditionen der kleinen und mittleren Bourgeoisie erfreuten sich bei weiten Kreisen von ihnen im Jahre 1933 keiner Beliebtheit mehr. In Anknüpfung an feudale Ständeordnungen trat sie häufig für die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie und der Gewerbefreiheit durch eine ständische Ordnung ein, über deren Inhalt es zwar keine klaren und festumrissenen Vorstellungen gab, von der man aber erwartete, daß sie vor den Auswirkungen der Entwicklung der Großindustrie und sozialen Konflikte schützen werde.“[3] Insgesamt geht diese Tendenz weit über die von Ohlsen unmittelbar gemeinten sozialen Gruppen und Schichten hinaus. Ähnliches trifft auf die Bauern und die städtischen Mittelschichten zu.

Damit war den nichtproletarischen demokratischen Kräften nach 1933 nicht nur ein Wirkungsfeld entzogen, sondern zugleich in starkem Maße die Möglichkeit zur „Rekrutierung“ genommen.

Hinzu kamen eine neue Zersplitterung sowie eine gewisse Dezimierung dieser Kräfte durch den Terror von SA und Gestapo, begleitet von der damit verbundenen außerordentlich wirksamen Einschüchterung. Die neue Phase des Kampfes erforderte mehr Mut, persönliche Einsatzbereitschaft und Disziplin, d. h. Eigenschaften, die in diesem Maße noch nicht herausgebildet sein konnten. Die deutsche Arbeiterklasse hat die größten Opfer im antifaschistischen Widerstandskampf gebracht; nur ein im Vergleich dazu geringer Teil der Ermordeten kam aus den Reihen der Mittelschichten. In der Emigration sah es jedoch offensichtlich gerade umgekehrt aus. Nehmen wir z. B. die Angaben von Kurt R. Großmann, die trotz der ungenügenden wissenschaftlichen Sicherung und trotz der verwendeten unexakten sozialen Kriterien aussagekräftig sind. Danach sah im Jahre 1933 die soziale Zusammensetzung der Emigration in Prag wie folgt aus:

40% Kaufleute
34% Arbeiter und Handwerker
11% Schriftsteller und Journalisten
10% Freie Berufe
5% verschiedener Herkunft.[4]

---

[3] Manfred Ohlsen, Die Austragung des Gegensatzes zwischen Monopolkapital und kleinen und mittleren Unternehmen zu Beginn der faschistischen Herrschaft in Deutschland 1933-1934 (unter besonderer Berücksichtigung der Umwandlung der Unternehmerverbände in staatsmonopolistische Regulierungsorgane des Faschismus). Phil. Diss. Jena 1971, S. 43.

[4] Vgl. Kurt R. Grossmann, Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933-1945, Frankfurt a. M. 1969, S. 318.

Erwähnt sei zum besseren Verständnis für Größenordnungen, daß von den annähernd eine Million Emigranten nur ein kleiner Teil im antifaschistischen Kampf tätig war.[5]

Die von mir zunächst konstatierte „Verengung“ trifft vor allem für die ersten Jahre der faschistischen Diktatur zu. Natürlich spielte auch die in diesen Kreisen verbreitete Enttäuschung über die Niederlage der Arbeiterklasse im Jahre 1933 eine große Rolle, wobei deren Ursachen vielfach verkannt wurden. Es versteht sich, daß die Losungen der rechten sozialdemokratischen Führer, die faschistische Diktatur werde sich „abwirtschaften“ und rasch sowie von allein an den inneren Widersprüchen „zerbrechen“, gerade auf nichtproletarische demokratische Kräfte destruktiv wirken, deren Drang zum Fatalismus verstärken mußten.

Die zeitweilige „Verengung“, von der wir hier sprechen, war jedoch mit einer neuen Stufe im Differenzierungsprozeß der nichtproletarischen demokratischen Kräfte verbunden. Heinrich Manns Beispiel kündet vom vollzogenen Übergang von bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Positionen zu einem sozialistischen Humanismus, der seinen konsequenten Ausdruck in dem – auch in der Rede Walter Ulbrichts auf der konstituierenden Sitzung des Komitees zur Vorbereitung des 100. Geburtstages von Heinrich Manns erwähnten[6] – Aufruf „Ein Wort an Berlin“ von 1945 fand. In diesem hieß es: „Verlangt wird mehr als eine einmalige revolutionäre Handlung. Eine revolutionäre Gesinnung, die standhaft bleibt ...“[7] Heinrich Mann konnte nach 1933 über seinen für die Weimarer Zeit charakteristischen allgemeindemokratischen bürgerlichen Antiimperialismus hinausgehen. Ich darf hier die für unser Thema so bedeutsamen Sätze aus der schon erwähnten Rede Walter Ulbrichts zitieren: „Daß und wie er dann aber die Niederlage der Weimarer Republik und damit seine eigene überwunden hat, wie er die historischen Widersprüche seines eigenen Denkens und Handelns in einer höheren Erkenntnis aufzuheben verstanden hat, das ist das beispielhafte im Wesen und in der Größe dieses Schriftstellers. Er war schon ein Mann in den Sechzigern, als er die entscheidende weltanschauliche Wende vollzog, die Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik und dem schmählichen Versagen des sozial demokratischen Reformismus zog. Das leuchtende Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ließ in dieser Periode die volle Erkenntnis reifen, wer die neue historische Kraft darstellt und auf wen er als treuen Verbündeten rechnen konnte: Die Arbeiterklasse ...“[8]

Folgerichtig läßt sich dieser Weg der Erkenntnis und zum Bündnis mit den politischen Stationen im Leben Heinrich Manns charakterisieren: 1936 bis 1938 Vorsitzender des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront in Paris[9], am Ende des zweiten Weltkrieges Ehrenpräsident der Bewegung Freies Deutschland in Lateinamerika[10] und kurz vor seinem Tode das Bekenntnis zu unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Einen ähnlichen Weg gingen auch andere aufrechte antifaschistische Kämpfer, einen Weg, der – bildlich gesprochen – einem Zweifrontenkrieg glich. Sie wehrten sich gegen die faschistische Unterdrückung und Kriegspolitik; sie mußten sich gleichzeitig auch über die Hemmnisse hinwegsetzen, die ihr eigentlicher sozialer Lebens-, Umgangs- oder Freundeskreis errichtet hatte. Die Palette dieser Hemmnisse ist groß und uns noch weitgehend unbekannt, sie reicht auch in sozialpsychologische Probleme hinein. Die Widerstandskämpfer aus den Reihen der Arbeiterklasse und ihrer revolutionä-

---

5 Vgl. Ursula Langkau-Alex, Deutsche Emigrationspresse (auch eine Geschichte des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ in Paris), in: International review of social history, Amsterdam, Volume XV, 1970, Part 2, S. 167 die von 15.000-18.000 spricht. Diese Zahlen sind zweifellos zu niedrig.

6 Er hat mit uns seinen Traum in die Tat umgesetzt. Eröffnungsrede des Präsidenten des Heinrich-Mann-Komitees, Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR auf der konstituierenden Sitzung des Heinrich-Mann-Komitees am 21. Januar 1971, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 22.1.1971.

7 Heinrich Mann, An das Volk von Berlin, in: Heinrich Mann und das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen. Ein bisher unbekannter Briefwechsel mit Alexander Abusch, Paul Merker und Ludwig Renn, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 9. Jg. (1967), H. 1, S. 95.

8 Er hat mit uns seinen Traum in die Tat umgesetzt ..., a. a. O.

9 1938/39 leitete Heinrich Mann den „Ausschuß der Deutschen Opposition“ in Paris.

10 Der Bewegung Freies Deutschland in Lateinamerika waren 17 Landesbewegungen angeschlossen. Vgl. Heinrich Mann und das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen ..., a. a. O., S. 64-105.

ren Partei setzten ihren Klassenkampf unter neuen Bedingungen und in neuen Formen fort. Für die nichtproletarischen demokratischen Kräfte war der Schritt in den antifaschistischen Widerstand, wie Kurt Pätzold schreibt, zugleich „das Suchen nach neuen Lebensidealen und Lebensnormen, welche die eigene Klasse oder Schicht nicht mehr vermitteln konnte, weil sie diese verloren oder nie besessen hatte. Der Schritt in die antifaschistische Widerstandsbewegung war für viele Menschen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Herkunft auch im ganz persönlichen Sinne ein Suchen nach neuen, aufrichtigen Freunden."[11]

Diese Tatsachen machten für viele, die gleich Heinrich Mann den Weg über die gemeinsame antifaschistische Volksfront und die Bewegung Freies Deutschland gingen, die Entwicklung widersprüchlich und führten zu schwierigen Eigentümlichkeiten. Sie hemmten aber auch bestimmte Kreise der nichtproletarischen demokratischen Kräfte, die in der Weimarer Republik einen bestimmten Grad ihrer Entwicklung erreicht hatten, nach 1933 die richtigen Lehren aus den Ereignissen zu ziehen und ihren politischen Standort – vom weltanschaulichen sei gar nicht erst die Rede – auf der richtigen Seite zu finden. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ergaben sich weitere Ursachen dafür aus der Tatsache, daß zwar ein Sammlungsprozeß der antifaschistischen Kräfte begonnen hatte, dieser aber nicht direkt zur Einigung der Opposition führte. Dieser Prozeß, so erklärte Walter Ulbricht am 5. Februar 1939, vollziehe „sich in komplizierten Auseinandersetzungen zwischen den Kräften, die die Einheitsfront der Arbeiter als Grundlage der Einigung der antifaschistischen Kräfte und die Schaffung der Volksfront wollen, und jenen, die unter Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse vor allem die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kreisen in Deutschland und mit bürgerlichen Regierungen im Ausland erstreben. Einerseits zeigt sich im Lande eine Annäherung der Antifaschisten, aber andererseits zeigen die verschiedenen politischen Gruppen zunächst das Bestreben, ihre eigenen Kräfte selbständig zu organisieren und zu stärken."[12]

Der Differenzierungsprozeß unter den nichtproletarischen demokratischen Kräften war während der Zeit der faschistischen Diktatur im wesentlichen ein Polarisierungsprozeß. Heinrich Mann ging nach links, wie wir gesehen haben; nun aber ein gegenteiliges Beispiel, das weniger bekannt sein dürfte: Ludwig Quidde veröffentlichte 1937 in der Zeitung „Der Europäer. Organ der Europa-Union. Bewegung für die Einigung Europas" Erinnerungen an Hellmuth von Gerlach, in denen er sich klar von diesem abgrenzte. Ausgangspunkt war dabei die unterschiedliche Einschätzung der Situation, in der es damals bei Ludwig Quidde mehr als zweifelhafte Illusionen gab. Es heißt u. a. in seinem Artikel über sein Verhältnis zu Hellmuth von Gerlach nach 1933: „In der Beurteilung der außenpolitischen Lage gingen wir bald weit auseinander. Gerlach hatte Anlaß, wieder ‚entsetzt' zu sein über Artikel, die ich in schweizerischen Zeitungen veröffentlichte, denn ich vertrat die Überzeugung, daß – trotz Hitlers ‚Mein Kampf' – die nationalsozialistische Regierung nicht bewußt auf einen Krieg hinsteuere und daß man versuchen müsse im Einvernehmen mit ihr ernstlich abzurüsten. Gerlach war entgegengesetzter Meinung ..."[13] Ähnlich schrieb Walter Schücking an Hans Wehberg mit Datum vom 18. Dezember 1934: „Außenpolitisch sehe ich die Dinge also keineswegs so schwarz an, in dem Sinne, daß wir demnächst einen Krieg hätten ..."[14]

Der bürgerliche Pazifismus, so sehr sein Kampf gegen die Restauration des Militarismus in der Weimarer Republik Anerkennung verdient, erwies angesichts der forcierten Politik des faschistischen deutschen Imperialismus zur Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges seine Untauglichkeit, ja seine desorientierende Gefährlichkeit. Die Kreise um Ludwig Quidde, Hans Wehberg und Walter Schücking verstärkten ihren Gegensatz zum Pazifismus der Kriegsdienstverweigerung und unterließen, wie Ludwig Quidde am 5. Februar 1936 an Hans Wehberg schrieb, „alles Polemische

---

11 Kurt Pätzold, Rezension zu: Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe. 2 Bde., Berlin 1970, in: ZfG 1970, H. 10, S. 1368.

12 Walter Ulbricht, Einige Probleme des antifaschistischen Kampfes in Deutschland. Beantwortung der vom Genossen Manuilski gestellten Fragen. 5. Februar 1939, in: ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933-1946, Zusatzband, Berlin 1966, S. 112.

13 L. Quidde, Der gute Kamerad. Meine Erinnerungen an Hellmuth von Gerlach, in: Der Europäer. Organ der Europa-Union. Bewegung für die Einigung Europas, Basel, Januar 1937.

14 Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Wehberg, Nr. 80.

gegen nat.-soz. Auffassung.“[15] Stattdessen bekräftigten sie antisowjetische Auffassungen und Tendenzen – ganz im Sinne der sogenannten Befriedigungspolitik der als demokratisch glorifizierten imperialistischen Westmächte – und grenzten sich von den für die antifaschistische Volksfront kämpfenden Emigranten ab. So schrieb Walter Schücking an Hans Wehberg am 7. Oktober 1934: „Denn ich möchte unbedingt aus den politischen Tageskämpfen herausbleiben.“

Damit begründete er seine Korrektur eines Artikels, der „nicht ohne weiteres von der Emigrantenpresse übernommen“ werden dürfe.[16] In direkter Anlehnung an ähnliche Begriffsbildungen rechter sozialdemokratischer Führer bezeichnet daher Utz-Friedebert Taube in seiner Arbeit über Quidde die von diesem vertretene Strömung als den „demokratischen Pazifismus, den er sowohl dem religiösen als auch dem Pazifismus des utopischen Sozialismus entgegenstellt.“[17]

Die Folgen des von mir nur kurz skizzierten Polarisierungsprozesses innerhalb der nichtproletarischen demokratischen Kräfte vor allem in den dreißiger Jahren beeinträchtigten natürlich auch die Bemühungen der Kommunistischen Partei Deutschlands um die Herstellung einer einheitlichen antifaschistischen Volksfront. Die Gegensätze zwischen den unterschiedlichen Gruppen, Strömungen und Auffassungen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Emigranten, die beispielsweise für die Situation in Paris kennzeichnend waren, bewirkten letztlich auch das Scheitern des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. In dieser Zeit wurde die antifaschistische Volksfrontpolitik noch nicht als die einzig mögliche und einzig reale Alternative erkannt, wobei die nichtproletarischen demokratischen Kräfte weitgehend unter dem Einfluß bürgerlicher Pläne standen, die Volksfront lediglich für die eigenen klassenegoistischen Ziele zu nutzen. Die positive Haltung zur antifaschistischen Volksfront verlangte einen Klärungsprozeß hinsichtlich der Anerkennung der führenden Rolle der revolutionären Arbeiterpartei im Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur sowie für den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands. Im Nichtbewältigen dieser Probleme bestehen m.E. auch die tieferen Ursachen der Streitigkeiten um das „Pariser Tageblatt“ sowie um seine Umwandlung in die „Pariser Tageszeitung“.[18] Die Ursachen des Austritts von Leopold Schwarzschild Ende 1936 aus dem „Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ gehen nicht auf seine Aversion gegen Bernhard zurück, wie schließlich die Tätigkeit des von ihm, Jacob und Dreyfus im Juni 1937 gegründeten Bundes „Freie Presse und Literatur“ zeigte, Schwarzschild sprang von den Volksfrontplänen ab, als diese nicht zu einer Sammlung der Emigration unter bürgerlicher Führung beitrugen.[19] Um eine Volksfront zu verhindern, in der die revolutionäre marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse ihre führende Rolle realisiert, wurde von den gleichen Kräften auch der „Verband deutscher Journalisten in der Emigration“ gespalten und der erwähnte Bund als Konkurrenzorganisation zum „Schutzverband Deutscher Schriftsteller“ aufgebaut. Die „Deutsche Freiheitspartei“ erklärte als ihr Ziel, an die Stelle der „Volksfront von Moskau die Volksfront aller freiheitsliebenden Deutschen“[20] zu setzen. Die Wirkungen der sogenannten „sozialistischen Konzentration“ sind in diesem Zusammenhang auch einer näheren Untersuchung wert.

In einer äußerst begrenzten Sicht und in allzu plumper Manier hat Günter Plum in seiner jüngsten Publikation gemeint, diese Gegensätze seien erklärbar, weil „in den Gruppen der Zwang wegfiel, um der propagandistischen Wirkung willen geschlossen aufzutreten“, womit nach seiner Auffassung auch zentrifugale Tendenzen und sektiererische Verhärtungen‘ entstanden wären.[21] Hier wird deutlich, wie versucht werden soll, die große historische Bedeutung des im Grunde gesetzmäßigen Hinwendungsprozesses nichtproletarischer demokratischer Kräfte im Rahmen des Kampfes der KPD für

---

15 Ebenda, Nr. 70.

16 Ebenda, Nr. 80.

17 Utz-Friedebert Taube, Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland. Kallmünz Opf. 1963, S. 121 ff.

18 Vgl. Ursula Langkau-Alex, a. a. O., S. 178 ff.

19 Vgl. ebenda, S. 182 f.

20 Zit. in: Ebenda, S. 184; Vgl. auch Beatrix Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus. Phil. Biss. Frankfurt a. M. 1969.

21 Günter Plum, Volksfront, Konzentration und Mandatsfrage. Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933 1939 in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 18. Jg. (1970), H. 4, S. 410.

die Schaffung der Volksfront zu bagatellisieren, obwohl ihm verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Man versucht, wie einige bürgerliche Kräfte in der damaligen Zeit, erneut die Frage nach der sogenannten „Ehrlichkeit" der Kommunisten hochzuspielen. Ursula Langkau-Alex betont im Zusammenhang mit ihrer rein deskriptiven Beschreibung aller Streitereien um die Presse der Emigranten in Frankreich, daß die „ihrer Herkunft nach zumeist bürgerlichen Intellektuellen in das Extrem der Überparteilichkeit" geraten seien.[22] Ihre politische Grundorientierung führt zur Verdammung der „Überparteilichkeit", wenn diese in einen aktiven Beitrag zur Volksfront mündete, dagegen wird sie zustimmend befürwortet, wenn unter dem Mantel der „Überparteilichkeit" lediglich die einheits- und volksfrontfeindlichen Bestrebungen rechter sozialdemokratischer Führer gestärkt werden sollten. Plum äußert sich unverblümt: „Vielleicht hätte die Sopade andere Fakten schaffen, die Entwicklung beeinflussen können. Eine größere taktische Flexibilität und die aktive Beteiligung an den Bemühungen um Einheits- und Volksfront hätte nicht nur eine integrierende Funktion innerhalb des sozialdemokratischen Exils, sondern wahrscheinlich auch eine konzentrierende Wirkung auf andere sozialistische Exil-Gruppen ausgeübt. Eine geschlossene nicht-kommunistische Gruppe innerhalb der Volksfront hätte aber nicht nur diese gestärkt, sondern auch den kommunistischen Einfluß relativiert. Die Volksfront wäre mit einer starken und einheitlichen SPD-Gruppe auch ein politischer Faktor gewesen, wenn sich die KPD hinaustaktiert hätte. Andererseits wären durch eine solche Situation – da der KPD an Beteiligung und Einfluß wohl nicht wenig lag – notwendig die Kräfte im kommunistischen Lager gestärkt worden, die den Zusammenschluß auf der Basis echter Gleichberechtigung wollten."[23]

Grundsätzlich geht es beiden genannten Autoren um eine historische Legitimation des Bündnisses von rechtssozialdemokratischen Politikern und bürgerlichen „Linken", das antikommunistisch orientiert ist und „flexible" bürgerliche Politik betreibt. Erkennbar ist auch das Bemühen, für diese Richtung selbst auch die Zustimmung einzelner Kommunisten „einzuholen" und Spaltungstendenzen in der KPD zu konstruieren.[24] Zum Abschluß ihres Artikels faßt Ursula Langkau-Alex entgegen den historischen Tatsachen ihre Meinung mit den Worten zusammen: Die Zusammensetzung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront „aus weltanschaulich heterogenen Kräften mit sehr unterschiedlichen Zielstellungen" – gemeint ist die Zusammenarbeit mit den Kommunisten – „verhinderte eine kollektive Willensbildung, die über das Minimum eines Minimalprogramms hinausgegangen wäre."[25]

Wie ich eingangs bereits darlegte, steht neben der „Verengung" des Kampfes nichtproletarischer demokratischer Kräfte aber die unbestreitbare Tatsache der potentiellen Erweiterung der Basis dieses Kampfes, die vor allem während des zweiten Weltkrieges reale Gestalt annahm. Die Kommunistische Partei Deutschlands konzentrierte sich darauf, die „besten Formen und Methoden für die Verwirklichung der Zusammenarbeit" aller demokratischen Kräfte beim Kampf gegen Faschismus und Krieg sowie für die Errichtung einer neuen demokratischen Ordnung zu finden.[26] Es ist hier nicht Platz und Gelegenheit, auf den großen Anteil kleinbürgerlicher und bürgerlicher Kräfte am Nationalkomitee Freies Deutschlands an der Bewegung Freies Deutschland sowie am Kampf der großen und unter der Führung der KPD stehenden Widerstandsgruppen in Deutschland einzugehen. Ich will nur vier Faktoren nennen, die m. E. diese potentielle und schließlich auch reelle Erweiterung bedingten:

---

22 Ursula Langkau-Alex, a. a. O., S. 170.

23 Günter Plum, a. a. O., S. 435.

24 Es ist unverkennbar, daß sich unter dem Einfluß bürgerlicher Emigranten einige Mitglieder der KPD von ihr entfernten, aus ihr austraten, z.B. der Schriftsteller Gustav Regler, oder aus der Partei ausgeschlossen werden mußten wie z.B. Willi Münzenberg.
In seiner Diskussionsrede auf der Delegiertenkonferenz der KPD in Paris erklärte Walter Ulbricht am 11. Juli 1937 zu diesem Problem: „Auch in den Emigrantenkomitees waren Genossen, die so handelten, als seien sie Parteilose. Das kann dazu führen, daß sie das wirklich werden, Parteilose, die zu uns kommen, werden wir begrüßen, aber eine umgekehrte Entwicklung ist nicht gut." Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933-1946, Zusatzband, Berlin 1966, S. 34.

25 Ursula Langkau-Alex, a. a. O., S. 200 f.

26 Gerhard Roßmann, Die Idee der Volksfront und ihre Verwirklichung in der Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 3. Jg. (1965), H. 3, S. 402.

1. Die objektiv wachsenden Gegensätze im Rahmen des Grundwiderspruchs zwischen der Monopolbourgeoisie und den Volksmassen sowie die starken sozialen Umschichtungen im Gefolge von Krieg und Rüstungswirtschaft;
2. die krisenhafte Entwicklung des faschistischen Herrschaftssystems während des zweiten Weltkrieges und insbesondere nach dem Scheitern des „Blitzkrieges“ gegen die Sowjetunion;
3. der Reifeprozeß der Kommunistischen Partei Deutschlands und insbesondere die Weiterentwicklung ihrer Bündnispolitik, deren spezifische Form unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur die Volksfrontpolitik war, auf der Grundlage der Ergebnisse der Brüsseler und der Berner Konferenz;
4. die immer stärker werdende Abgrenzung nichtproletarischer demokratischer Kräfte von der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, die sich nicht zuletzt in einer wachsenden Verklammerung des politischen Kampfes mit der Klärung weltanschaulicher Fragen widerspiegelte.

Es ist daher kein Zufall, wenn es während des zweiten Weltkrieges im wesentlichen keine selbständigen Widerstandsorganisationen nichtproletarischer demokratischer Kräfte gab. Ausnahmen bilden z. B. die „Europäische Union“, die „Weiße Rose“ und vorwiegend christlich orientierte Kreise; in der Regel wurde der antifaschistische Widerstandskampf gemeinsam mit den besten Vertretern der Arbeiterklasse geführt, sei es in den Widerstandsorganisationen, in den Konzentrationslagern, im Nationalkomitee bzw. in der Bewegung „Freies Deutschland“.

Das Schwergewicht einer Darstellung des Entwicklungsprozesses nichtproletarischer demokratischer Kräfte 1933 bis 1945 liegt zweifellos in den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges. Sowohl quantitativ als auch qualitativ führte die Volksfrontpolitik der KPD zu größeren Ergebnissen. Viele Angehörige der Klassen und Schichten, die wir näher zu untersuchen haben, sahen sich angesichts der verbrecherischen Kriegspolitik unmittelbar gezwungen, den – wie Luitpold Steidle sogar ein Kapitel seines Buches „Entscheidung an der Wolga“ überschreibt – „argen Weg der Erkenntnis“ zu gehen. Waren im Pariser Volksfrontausschuß vorwiegend Vertreter der Intelligenz Adressat der Bündnispolitik der revolutionären Partei, so wurden vor allem nach 1941 Soldaten, Bauern, Teile der Mittelschichten und der Intelligenz, patriotische Kreise des Bürgertums, christliche Kreise und auch Kriegsgefangene und ausländische Arbeiter zu Partnern in der von der KPD geführten antifaschistischen Widerstandsbewegung.

Von den Tatsachen her, obwohl sie hier nur angedeutet werden können, ist die in die Geschichte und Gegenwart unserer Deutschen Demokratischen Republik hineinreichende Wirksamkeit der Traditionen des Bündnisses aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu erklären, deren Grundlagen auch im gemeinsamen Kampf gegen Hitler und Krieg geschaffen wurden.

Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 29, Juni 1971, S. 66-82.

Das Maß eines Vierteljahrhunderts

Der Historiker mißt geschichtliche Prozesse in der Regel mit der Elle von Jahrhunderten und Epochen. In unserer großen demokratischen Volksaussprache vor dem VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in der Diskussion über den Entwurf der „Direktive des ZK zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975“, spielt die Bilanz unserer Arbeit seit der Gründung der Partei vor nunmehr 25 Jahren eine große Rolle. Ein historisch kurzer Abschnitt – aber welch tiefer Inhalt!

Wir können auf Fortschritte zurückblicken, die uns weit über die bisherige, mehr als tausendjährige Geschichte des deutschen Volkes erheben. Die Verwirklichung des Programms der Partei führte in unserer Republik zu all dem Schönen und Guten, das geschaffen werden konnte und das unsere in 25 Jahren unter Führung der Partei gewachsene Wirklichkeit charakterisiert. Die Republik ging entscheidende Schritte auf dem Wege zum sozialistischen deutschen Nationalstaat, der brüderlich mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern verbunden und zu einem wichtigen, den Frieden in Europa sichernden Faktor geworden ist.

Geschichtliche Erfahrungen und neue Probleme

Sich der Einigung der Arbeiterklasse und der 25jährigen Entwicklung der SED zu erinnern, ist keine Angelegenheit einer bloßen Rückschau; vielmehr geht es um die Diskussion und Beratung von Grundproblemen unserer Zeit und des soeben angelaufenen Fünfjahrplanes an Hand wichtiger geschichtlicher Erfahrungen und Zusammenhänge.

Mit hohem Staatsbewußtsein richtet unser Volk unter Führung der Arbeiterklasse, mit der historisch erprobten marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze, seine Anstrengungen darauf, die feste und unerschütterliche Position der DDR weiter auszubauen, die sie in brüderlichem Bund mit der Sowjetunion als zuverlässiges Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft inne hat.

Eine Fülle komplizierter Probleme ist zu meistern. Jeder kennt sie und hat tagtäglich mit ihnen zu tun. Wir werden aber auch die neuen Probleme lösen, dessen sind wir sicher, so wie wir auch bisher alle Probleme – und seien sie noch so kompliziert gewesen – gelöst haben. Die Geschichte der SED ist reich an Situationen, in denen es galt, neue Widersprüche zu erkennen, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung konkret zu erfassen sowie darauf aufbauend die richtige Strategie und Taktik herauszuarbeiten bzw. weiter zu vervollkommnen.

Mit hohem Verantwortungsbewußtsein und Elan, mit Standhaftigkeit und Beharrlichkeit lernt unsere ganze Partei, ständig die bisher und auch in Zukunft notwendige sozialistische Lei-Gesetzmäßigkeit weiter zu entwickeln. Das heißt in erster Linie, die Arbeit mit den Menschen zu qualifizieren, die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit noch wirksamer zu gestalten, überzeugende Antworten auf alle Fragen der Werktätigen zu geben. So wird unsere Partei ihrer wachsenden Führungsrolle gerecht und erzieht alle ihre Mitglieder, bei allen Aufgaben als Vorbild und Initiator voranzugehen.

Die SED hat ihr Programm erfüllt

„Grundsätze und Ziele“ lautete der Titel des ersten programmatischen Dokuments, das die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD im April 1946 beschloß. In diesem Programm flossen Erfahrungen und Lehren eines Jahrhunderts der Geschichte der deutschen wie auch der internationalen Arbeiterbewegung zusammen. Es wurden die unmittelbaren Ziele der antifaschistisch-demokratischen Revolution umrissen und zugleich die zukünftigen Perspektiven der Entwicklung zum Sozialismus gezeigt, jener Gesellschaftsordnung, die Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin prognostizierten und die seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Geschichte in die Tat umgesetzt wurden.

Entsprechend dem Programm der Partei wurde in unserem Lande die Diktatur der Monopole und des Militarismus beseitigt, und es gelang eine starke Macht der Arbeiter und Bauern zu errichten. Das Volk befreite sich von Unterdrückung und Knechtschaft, aus seiner geistigen Enge und konnte nunmehr seine schöpferische Initiative frei entfalten. Beherrschten unmittelbar nach dem Sieg der Roten

Armee über den deutschen Faschismus Depression und Ausweglosigkeit das Denken von Millionen Menschen, so ergreifen heute die Ideen des sozialistischen Programms immer tiefer die Massen, werden sie immer stärker zur materiellen Gewalt.

Vieles müßte hier noch angeführt werden, wozu jedoch kein Raum bleibt. Ein kurzer Blick in den Abschnitt „Die Hauptergebnisse der volkswirtschaftlichen Entwicklung 1966 bis 1970“ im Entwurf der Direktive für das neue Planjahrfünft wird für jeden die Leistungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten deutlich werden lassen.

Über unsere Bilanz müssen wir immer wieder, ja ständig sprechen und beraten. Wie wollen wir sonst, im großen wie im kleinen, wie will unsere Partei die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft bewältigen, ohne stets die geschichtlichen Erfahrungen unseres bisherigen Weges zu sammeln und die Ergebnisse der bisherigen Arbeit zu analysieren?

Geschichtliche Leistungen und ihre Wurzeln

Die wissenschaftliche und organisatorische Leistung unserer Partei in 25 Jahren ist unbestritten. Unter ihrer Führung gelang es, die historische Mission der Arbeiterklasse in der DDR zu realisieren.

Die Partei konnte dies vor allem erreichen, weil sie die Partei der geeinten Arbeiterklasse ist. Aus der Einheit der Arbeiterklasse erwuchsen ihr wie weiland jener Gestalt der griechischen Sagenwelt, dem Antäus, aus der Berührung mit der Mutter Erde unbezwingbare Kräfte. Kommunisten und Sozialdemokraten lernten voneinander und lernten gemeinsam, die marxistisch-leninistische Lehre über den Imperialismus und die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft sowie die grundmodellartigen Erfahrungen der KPdSU auf die spezifischen Verhältnisse unseres Landes schöpferisch anzuwenden.

Die Partei konnte ihr Programm verwirklichen, weil sie stets und konsequent nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus gehandelt hat. Unsere Erfahrung lehrt, daß allein die wahrhaft wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Weltanschauung die Arbeiterklasse und ihre Partei in die Lage versetzt, die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft erfolgreich zu führen.

Der Marxismus-Leninismus bot und bietet die Grundlage dafür, daß in unserer Partei die wissenschaftliche Ausarbeitung aller neuen gesellschaftlichen Probleme den ihr gebührenden hohen Rang einnimmt, daß die wissenschaftliche und politisch-ideologische Arbeit stets mit der Lösung der lebendigen, aktuellen Aufgaben verbunden war.

Fest mit den Massen verbunden

Die Partei konnte ihre Ziele auch deswegen erreichen, weil sie dank ihrer Massenpolitik, dank ihrer Bündnispolitik in der Arbeiterklasse und im gesamten werktätigen Volk fest verwurzelt ist, weil sie eine eng mit den Massen verbundene marxistisch-leninistischen Politik betrieben hat. Das Hauptanliegen von Programmatik und praktischer Politik der Partei war und ist immer die Arbeit mit den Menschen. Sie handelte ständig im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels, die bereits in der „Deutschen Ideologie“ den kleinbürgerlichen Gedanken als Utopismus verwarfen, die Errichtung der neuen Gesellschaft sei ein exklusives Experiment, das sozusagen hinter dem Rücken der Gesellschaft vor sich gehen könne. Die Partei formte in jeder Situation das politische Bewußtsein der Menschen nach dem Leninschen Grundsatz, daß „es die Bewußtheit der Massen (ist), die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.“ (Lenin, Bd. 26, S. 246)

Die zentrale Losung des 15. Parteitages der KPD, der dem Vereinigungsparteitag vorausging, lautete: „Alles durch das Volk! Alles für das Volk!“ Widerspiegelt sich nicht gerade in der Kontinuität dieser Losung die Kontinuität der Parteiarbeit, die Kontinuität ihres menschlichsten aller Ziele?

Gerechtigkeit und Macht sind eins

Der französische Mathematiker und Philosoph Blaise Pascal, der im 17. Jahrhundert lebte, forderte einmal: „Gerechtigkeit und Macht müssen eins werden, damit die Gerechtigkeit Macht und die Macht Gerechtigkeit werde. Mit Recht können wir von unserer Gesellschaft behaupten, daß in ihr dank der

Macht der Arbeiterklasse, die sie im Bunde mit allen Werktätigen und unter Führung ihrer revolutionären Kampfpartei ausübt, jede Diskrepanz zwischen Macht und Geist, zwischen Staat und Gerechtigkeit, zwischen Gesellschaft und Menschlichkeit aufgehoben worden ist. Dafür legen auch die zahlreichen Erklärungen und Initiativen von Kollektiven und Persönlichkeiten Zeugnis ab, die den Beschlüssen des 16. Plenums des Zentralkomitees der SED zustimmen und sie zur Richtschnur ihres Handelns zur Vorbereitung des VIII. Parteitages machen.

Volkswacht, 03.06.1971.

Karl Liebknecht

Sein Name ist den Arbeitern aller Länder bekannt!

23. OKTOBER 1918. Gegen 15 Uhr wird in den Berliner Betrieben bekannt: Karl Liebknecht ist frei! Den Kerkermauern entronnen ist jener Mann, der 1916 während der von der Spartakusgruppe organisierten Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz verhaftet und von willfährigen Richtern wegen „versuchten Kriegsverrats in Tateinheit mit erschwertem Ungehorsam im Felde sowie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ mit vier Jahren und einem Monat Zuchthaus und der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von sechs Jahren bestraft worden war!

Der Zeitpunkt seiner Ankunft in Berlin sollte – so wollten es jene Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie, die dafür gesorgt hatten, daß er ins Zuchthaus Luckau kam – geheimgehalten werden. Dennoch bereiteten ihm etwa 20.000 Arbeiter, Soldaten, Frauen und Jugendliche vor dem Anhalter Bahnhof einen triumphalen Empfang. Es bildete sich – allen polizeilichen Maßnahmen zum Trotz – ein gewaltiger Demonstrationszug, der sich mit Karl Liebknecht an der Spitze zum Potsdamer Platz bewegte, wo er wiederum zur Revolution aufrief und das Beispiel der russischen Klassenbrüder pries.

Mit seinem Eintreffen in Berlin begann tatsächlich eine neue Etappe, gab es einen wirkungsvollen Auftakt zur verstärkten Mobilisierung der Arbeiterklasse in Berlin für die Revolution.

Nahende Revolution öffnet Zuchthaustore

Unter der ganzen organisierten Arbeiterschaft Deutschlands rief die Freilassung Karl Liebknechts einen bewegenden Widerhall hervor. Persönlich und in Gedanken empfingen ihn die revolutionären Massen, auf deren Druck hin Karl Liebknecht freigelassen werden mußte. Das kaiserlich-imperialistische Regime war so stark angeschlagen, daß es mitten in einer revolutionären Situation jenen Arbeiterführer vorzeitig auf freien Fuß setzen mußte, der als der konsequenteste und geschworene Feind des Imperialismus und Militarismus galt. Man hatte ihn weder ehrlos noch mundtot machen können; jetzt spekulierte die letzte Regierung „von Kaisers Gnaden" – angeregt vom rechtssozialdemokratischen Führer Philipp Scheidemann – auf eine „beruhigende“ Wirkung solcher Amnestie. „Demokratisierung“ und „reformerische“ Aktivität sollten vorgetäuscht werden, die nach Meinung der um ihre Macht bangenden Monopolherren allein den Ausbruch der nahenden Revolution hätte verhindern können. Jedoch ließen sich in der damaligen Situation die revolutionären Arbeiter und Soldaten keinen Sand in die Augen streuen.

Von großer Bedeutung war vor allem ein Begrüßungstelegramm des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), das Karl Liebknecht am 24. Oktober bei einem Empfang in der sowjetischen Botschaft überreicht wurde. Darin hieß es: „Die Befreiung des Vertreters der revolutionären Arbeiter Deutschlands aus dem Gefängnis ist das Zeichen einer neuen Epoche, der Epoche des siegreichen Sozialismus, die sich jetzt Deutschland wie auch der ganzen Welt eröffnet.“ Mit diesen Worten brachte Lenin zum Ausdruck, was in Sowjetrußland allerorts Arbeiter, Bauern und Soldaten bewegte, was ihnen der deutsche Revolutionär Karl Liebknecht bedeutete.

Wem galten diese hohen Ehrungen? Warum besaß Karl Liebknecht das Vertrauen des revolutionären Proletariats? Woher rührte seine Popularität? Sein 100. Geburtstag ist mehr als ein äußerlicher Anlaß, sich diese Fragen gerade jetzt, da wir in unserer Deutschen Demokratischen Republik mit aller Kraft darangehen, die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED zu verwirklichen, zu stellen und zu beantworten.

Anwalt der Armen und Unterdrückten

Der am 13. August 1871 in Leipzig geborene Karl Liebknecht, Sohn des bekannten Arbeiterführers Wilhelm Liebknecht, war nach seinem Studium und der Promotion (Thema der Dissertation: „Compensationsvollzug und Compensationsvorbringen nach gemeinem Rechte“) sowie nach der Eröffnung eines Rechtsanwaltsbüros im Jahre 1900 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden. Karl Liebknecht galt bald als der „Anwalt aller Armen und Unterdrückten“, als ein Rechtsanwalt, der von der Reaktion am meisten gefürchtet wurde.

Als „politischer“ Anwalt unterstützte er die russische Arbeiterbewegung in vielfältiger Weise insbesondere durch Rechtsbeihilfe. 1904 entlarvte er im Königsberger Prozeß den russischen Zarismus und seine deutschen Lakaien, bekannte er sich standhaft zu den Hilfs- und Solidaritätsaktionen deutscher Sozialdemokraten für ihre russischen Klassenbrüder, die von der preußischen Klassenjustiz mit der Anschuldigung des „Hochverrats“, der „Zarenbeleidigung“ und der „Geheimbündelei“ verfolgt wurden.

Auf der Seite der Linken

Karl Liebknecht stand von Anfang an gemeinsam mit Rosa Luxemburg und vielen anderen auf der Seite der revolutionären Sozialdemokraten und entwickelte sich zum einflußreichsten und populärsten Vertreter der Linken, zum Repräsentanten jener Strömung in der deutschen Sozialdemokratie, die energisch und offen den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus sowie gegen den wachsenden Einfluß des Opportunismus in der Arbeiterbewegung führten. Von 1902 bis 1913 gehörte Karl Liebknecht der Berliner Stadtverordnetenversammlung an. Nach mehr mehreren knappen Niederlagen gewann er schließlich 1912 im Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland, einer Hochburg des Militarismus, und wurde Mitglied des Reichstages. Seit 1904 nahm er an fast allen Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie teil. Diese Gelegenheiten nutzte Karl Liebknecht mehrfach dazu, die Entwicklung einer besonderen antimilitaristischen Propaganda der Partei sowie die Schaffung einer selbständigen proletarischen Jugendorganisation zu beantragen. Für beide Aufgaben setzte er sich voll und ganz ein; kämpfend, vorwärtstreibend und in revolutionärer Konsequenz.

Unbezähmbarer Kampf gegen Militarismus

Karl Liebknecht veröffentlichte im Februar des Jahres 1907 eine Schrift, die ihn noch weiter bekannt und der Reaktion verhaßt machen sollte. Ihr Titel: „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“. Sein auch heute noch sehr lesenswertes Werk bereicherte die theoretischen Erkenntnisse der Arbeiterbewegung über den Militarismus.

Liebknecht beantwortete die Frage nach der Rolle des antimilitaristischen Kampfes im Ringen der Arbeiterklasse um die Gewinnung der politischen Macht. In dieser Schrift – ihretwegen verurteilte ihn das Reichsgericht zu eineinhalb Jahren Festungshaft – wurden der Zusammenhang von Kapitalismus und Militarismus begründet, das Wesen und die Funktionen des Militarismus dargestellt und eine spezielle antimilitaristische Taktik des Proletariats herausgearbeitet.

Für Liebknecht stellte der Militarismus die Summe und den Extrakt „aller friedensstörenden Tendenzen des Kapitalismus“ dar, er sei gleichbedeutend mit Antihumanismus und Antidemokratismus. Jede revolutionäre proletarische Partei, so schlußfolgerte er, müsse zugleich eine antimilitaristische Partei sein. Schwächung und Beseitigung des Militarismus bezeichnete er als einen entscheidenden Bestandteil des proletarischen Emanzipationskampfes.

Die wachsende Gefahr eines Weltkrieges veranlaßte Karl Liebknecht, in seinen wissenschaftlichen und politischen Untersuchungen die Ursachen des Rüstungswettlaufs genauer zu untersuchen. 1913/14 prangerte er von der Tribüne des Reichstages den „Fall Krupp“, einen üblen Bestechungsskandal, an und bewies in anklagenden Reden, wie die deutschen Rüstungsmonopole den Krieg um die Neuverteilung der Welt vorbereiteten. Im Profitstreben der Monopole erkannte er die wahre Ursache des schrankenlosen Wettrüstens in Europa.

Schon vor dem Krieg war der Name Karl Liebknechts zu einem Symbol und zu einem Programm der Friedenskämpfer der ganzen Welt geworden. Gerade sein antimilitaristischer Kampf offenbarte die unzerstörbare dialektische Einheit von Patriotismus und proletarischem Internationalismus. Ganz im Sinne dieser marxistischen Maxime schleuderte er seinen Richtern im Jahre 1916 die Sätze entgegen:

„Ich habe mich nicht zu verteidigen ... Wenn aber schon von Landesverrat gesprochen werden soll, so möge man sich gesagt sein lassen: Der Landesverrat war seit je ein Privilegium der herrschenden Klassen, der Fürsten und Aristokraten, zu deren vornehmster Geschichtstradition er gehört. Die wirklichen Landesverräter sitzen heute noch nicht auf der Anklagebank, sondern in den Kontoren der

Schwerindustrie, der Rüstungsfirmen, der Großbanken, auf den Rittergütern der agrarischen Junker ... Die wirklichen Landesverräter, ... das sind diejenigen, die die Menschheit in ein Chaos barbarischer Gewalt gestürzt haben, die Europa in Schutt und Wüste verwandeln und in eine Atmosphäre der Lüge und Heuchelei hüllen, in der die Wahrheit erblindet und erstickt: und die dieses infernalische Treiben fortsetzen wollen und werden, bis ihnen die blutenden und geknechteten Massen der Völker in die Arme fallen."

Fest an der Seite der Jugendbewegung

Das besondere Interesse Karl Liebknechts galt der Gewinnung der Jugend für den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus. Sein Motto lautete: „Wer die Jugend hat, der hat die Armee." Auf der ersten internationalen Konferenz der Sozialistischen Jugendorganisationen, die in Verbindung mit dem Stuttgarter Sozialisten-Kongreß 1907 durchgeführt wurde, hielt er das Hauptreferat gegen den Militarismus. So wurde er Mitbegründer der Sozialistischen Jugendinternationale, deren Präsident er bis zu seiner Ablösung durch den österreichischen Opportunisten Robert Danneberg im Jahre 1910 war. Die Verbindung zur Jugend hielt er auch in der Zeit des ersten Weltkrieges.

Wer einmal das Karl-Liebknecht-Haus in der Jenaer Zwätzengasse besucht, wird nacherleben können, wie mutig und klar orientierend er am 23. und 24. April 1916 auf der illegalen Konferenz der oppositionellen sozialistischen Jugend über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und über die schwankende Haltung der Zentristen sprach.

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Fritz Globig, der an der Seite Liebknechts stand, berichtet davon, daß es keine wichtige Zusammenkunft und keine wesentliche Konferenz gegeben habe, in der die Jugendfrage nicht auf der Tagesordnung gestanden hätte. Aus dem Zuchthaus heraus ermahnte er die Genossen der Spartakusgruppe: **Jugend! Jugend!** Jetzt und in Zukunft nicht alles tun, die Jugend für uns, für die Internationale zu gewinnen, sie unlöslich in sie hineinzuschmelzen, wäre ein verhängnisvoller Fehler, der die Zukunft unserer Bewegung in Frage stellen kann ... Die Jugendfrage ist für uns eine Lebensfrage, ja **die** Lebensfrage."

Als der erste Weltkrieg entfesselt worden war, trat Karl Liebknecht entschieden gegen die „Burgfriedenspolitik" der rechten sozialdemokratischen Führer auf. Die öffentliche Ablehnung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914 – auf einsamer Höhe im Reichstag stehend – gab dem Antikriegskampf der Linken machtvollen Auftrieb. Er zerschlug die opportunistische These, daß es für die deutsche Arbeiterklasse notwendig sei, einmütig den Krieg der herrschenden Klasse gegen „äußere" Feinde zu unterstützen. Sein „Nein" wurde gleichzeitig zum Signal für die Sammlung aller Kriegsgegner in Deutschland.

Unter seinem maßgeblichen politischen und ideologischen Einfluß formierte sich die Gruppe „Internationale", seit 1916 als Spartakusgruppe bekannt, die sich zur Keimzelle der revolutionären marxistisch-leninistischen Kampfpartei in Deutschland, der KPD, entwickelte. 1915, mitten in den grausamen Schlachten des ersten Weltkrieges, verfaßte Karl Liebknecht im Auftrag der Gruppe „Internationale" das programmatische Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"·Wenige Worte daraus lassen bereits die hervorragende Bedeutung dieses wichtigen Dokuments in der Geschichte der Arbeiterbewegung erkennen:

„Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht." Und weiter heißt es: „... – nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzen und Falkenhayns." ... „Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der getretenen Menschheit willen!"

Karl Liebknecht erwarb sich ein unvergängliches Verdienst bei der Ausarbeitung der antiimperialistischen Taktik zur revolutionären Beendigung des Krieges, die der Leninschen Taktik der Umwandl-

ung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg nahe kam. Seine Losung „Burgkrieg, nicht Burgfriede! ... internationaler Klassenkampf für den Frieden, für die sozialistische Revolution“ wurde von Lenin lebhaft begrüßt.

Bannerträger der Revolution

Nachdem die revolutionären deutschen Arbeiter seine vorzeitige Freilassung erzwungen hatten, begann auch für Karl Liebknecht eine neue Etappe seines Lebens und Wirkens. Die Novemberrevolution 1918 wurde zum Höhepunkt seines Ringens um den historischen Fortschritt des Sozialismus in Deutschland.

Karl Liebknecht hatte großen Anteil an der ideologischen und organisatorischen Vorbereitung der Novemberrevolution, er drängte in den Sitzungen des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute, in dem er gemeinsam mit Wilhelm Pieck und Ernst Meyer die Politik der Spartakusgruppe vertrat, zu entschiedenerem Handeln. Während der Revolution, deren Grundfragen er klar erkannte und in Massenversammlungen von Betriebsarbeitern und Soldaten geduldig erläuterte, kämpfte er für eine grundlegende Veränderung der politischen Machtverhältnisse. Der Bannerträger der Revolution orientierte auf ihre Weiterführung, auf die Sicherung des Erreichten und entlarvte den konterrevolutionären Charakter der rechtssozialdemokratischen Politik.

Gemeinsam mit Rosa Luxemburg krönte Karl Liebknecht sein revolutionäres Lebenswerk Ende Dezember 1918, als er die organisatorische Trennung des Spartakusbundes von der USPD und die Notwendigkeit einer selbständigen revolutionären Kampfpartei begründete.

Glühende Überzeugungstreue und grenzenlose Energie

Karl Liebknecht gehört zu den besten, hervorragenden Kämpfern und Führern, die die deutsche Arbeiterklasse hervorgebracht hat. Die Autorität und Beliebtheit, die er unter den organisierten Arbeitern, aber auch in anderen Schichten des werktätigen Volkes besaß, war ein Ergebnis seines konsequenten und unerschrockenen Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Nichts vermochte seine feste Verbindung mit den Massen zu lösen.

Seine glühende Überzeugungstreue und die grenzenlose Energie, mit der er für die Sache der Arbeiter und ihrer Verbündeten eintrat, bewirkten seine große Popularität, wie sie auch am 23. Oktober 1918 und in der ganzen Zeit der Novemberrevolution zum Ausdruck kam. Er lernte von den Massen und lernend wurde er deren lehrendes, überzeugendes Sprachrohr. Die Anerkennung weiter Kreise des deutschen Volkes galten seiner beispielhaften Treue zur Arbeiterbewegung und seiner tiefen Liebe zum deutschen Volk. Dies meinte Lenin, als er nach der Ermordung Karl Liebknechts am 21. Januar 1919 schrieb: „Karl Liebknecht, dieser Name ist den Arbeitern aller Welt bekannt ... Überall ... ist dieser Name zum Symbol der Ergebenheit eines Führers für die Interessen des Proletariats, der Treue zur sozialistischen Revolution geworden ... Dieser Name ist das Symbol des unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus, eines Kampfes nicht in Worten, sondern in Taten.“

So ist es nicht verwunderlich, daß sich noch heute an der Stellung zu Karl Liebknecht die Geister scheiden. Die Sozialistische Einheitspartei wahrt sein Erbe und führt auf seinem Weg zum Ziel. Sie verkörpert auch damit die Kontinuität in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung; sie wird der Größe Karl Liebknechts im täglichen revolutionären Tun gerecht. Und eine solche Feststellung treffen zu können ist sicher die beste Würdigung, mit der Karl Liebknecht anläßlich sein es 100. Geburtstages geehrt wird.

Volkswacht-Beilage, 13.08.1971, S. 2.

Frieden ist kein kostenloser Sündenablaß

Gedanken über neuere Thesen imperialistischer Ideologen zu den Ursachen von Kriegen und Aggressionen

In einer Zeit, die zwar unser, in der aber der Imperialismus noch gefährlich ist, müssen wir die Macht haben, den Frieden zu erzwingen und zu schützen – militärisch, ökonomisch, politisch und auch ideologisch. Ja, gerade auch im Bereich ideologisch-theoretischer Fragen muß – tagtäglich und unermüdlich – für den Frieden gestritten werden.

So kann es uns z. B. nicht gleichgültig sein, wie in der von Antikommunismus, Antisowjetismus und Nationalismus gezeichneten bürgerlichen Ideologie die Ursachen von Kriegen und Aggressionen verfälscht werden. Immer wieder finden wir, vor allem in der Presse einer bestimmten Richtung, eine Fülle von Verdrehungen und Entstellungen dieser Ursachen, die natürlich immer mit einer entsprechenden Verleumdung der Außenpolitik der sozialistischen Länder Hand in Hand geht.

Mär von der natürlichen Aggressivität des Menschen

Die folgenden Beispiele erscheinen vielleicht als etwas simpel, als leicht widerlegbar. Sie betreffen den Mißbrauch von Psychologie und Zoologie, von Anthropologie und Genetik für die Manipulation der Massen. Dieser zeitigt jedoch Erfolge, die natürlich nicht von Dauer sein, dennoch gefährliche Konsequenzen nach sich ziehen können. Nur mit dem klaren Blick für den Charakter und die Entwicklungsgesetze unserer Epoche vermag man sich mit solchen Fälschungen glaubwürdig und überzeugend auseinanderzusetzen!

So behauptete Charles Yost, Vertreter der USA in der UNO, in seinem vor zwei Jahren veröffentlichten Buch: „Die Unsicherheit der Nationen“, das größte Hindernis auf dem Wege zum Weltfrieden sei „nicht der Kapitalismus, nicht der Imperialismus, nicht der Nationalismus“, sondern „einfach das menschliche Verhalten“. Die Aggressivität sei ein unabänderlicher menschlicher Charakterzug, ein Produkt der tierischen Abstammung, sei instinktiv und dem Menschen sozusagen in die Wiege gelegt.

Von Bergfinken und Bussarden

Ein Schwarm von Bergfinken, den ein Autor der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 16. April d. J. zu ähnlichen Überlegungen mißbrauchte, offenbare „zwar das Bedürfnis nach gegenseitiger moralischer Erwärmung, ja auch Unterstützung, Richtunggabe, Gesellschaftsspiel und hierarchischer Einordnung ..., aber auch das Bedürfnis nach Streit, Sieg, Bemächtigung, Sich-in-der-Rangfolge-Emporstemmen, Sich-am-Schwächeren als-der-Stärkere-Fühlen“.

Wenn im Menschen der Bergfink erwache, locke ihn die Lust zu Kampfzielen, zu Zank und Streit. Das würde mit sich bringen, „daß alle entfesselten Urgewalten aufeinander losbrechen, alles, was noch steht, zusammenhauen, in ein brodelndes Chaos umstürzen, und daß dann aus den letzten Tiefen der Gottheit heraus von selber das Neue, Endgültige, Allerlösende strahlend hervortritt.“

Mit Klassen, Klassenkampf und Ideologie habe die Aggressivität des Menschen natürlich nichts zu tun.

Übrigens sei noch vermerkt, daß Hitler als ein lediglich zum Bussard entarteter Bergfink, a!s ein „einmaliger Irrgast“ unter den Bergfinken bezeichnet wird!

Gleicht dieser Wirrwarr an Gedanken in der „Theorie“ von der sogenannten instinktiven Aggressivität des Menschen nicht in vielfältiger Weise einem kostenlosen Sündenablaß? Der Mensch kann brennen, rauben, morden – es ist nicht seine Schuld, eher sein Unglück.

Und vor allem: Niemand kann zur Verantwortung gezogen, werden, denn Schuld an den Kriegen trügen ja nur die weitentfernten behaarten Vorfahren, schuldig werde auch der nicht, der sich am Völkermorden beteilige.

Hier offenbart sich schändlicher Mißbrauch von Wissenschaft und Weltanschauung. Hier wird pauschal von den Menschen gesprochen, als gäbe es die seit über 50 Jahren existierende historische

Wahrheit nicht, daß unter sozialistischen Bedingungen ein anderes, neues Verhältnis zu Krieg und Frieden entstanden ist. Es ist einfach nicht möglich und hat mit Wissenschaftlichkeit nichts zu tun, die Destruktivkraft des Imperialismus irgend einem abstrakten Individuum zuzuschreiben. Wer aber die Kriegs- und Aggressionsprobleme der Gegenwart allgemeinmenschlich statt klassenbedingt sieht, stört und gefährdet jene nicht, die Kriege anzetteln, Aggressionen ausüben und weitere vorbereiten!

Die wahren Ursachen

Die Ursachen von Aggressionen und Kriegen liegen in Wirklichkeit auf ganz anderem Gebiet. Sie liegen im Charakter der antagonistischen ökonomischen Gesellschaftsformationen, in deren Klassenstruktur sowie in der Politik bestimmter herrschender Klassen und Staaten, Kriege, Aggressions- und Gewaltakte, Anschläge auf die Freiheit der Völker – all das hat heute seinen Ursprung in der Politik und letztlich der Ökonomie der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Nehmen wir als Modellfall die USA. Seit sie existieren, haben sie 160mal, wie es in einem jüngst veröffentlichten offiziösen Bericht heißt, „zur Wahrnehmung meist wirtschaftlicher Interessen militärisch im Ausland“ interveniert, davon mindestens 90mal in Lateinamerika. Hierbei handelte es sich meist um kurz- und mittelfristige Ziele der Profitmaximierung für das USA-Kapital, manchmal auch nur im Interesse einzelner Monopolgesellschaften, wie der Erdölkonzerne, der United-Fruit-Companie usw.

Nach 1945, in der Zeit also, in der es dem Sozialismus gelungen ist, die Menschheit vor einem erneuten Weltkrieg zu bewahren, hat es etwa 30 Kriege und Aggressionen gegeben. Sie alle wurden vom Imperialismus angezettelt und ausgelöst, gleich ob es sich um Frankreichs blutige Kolonialkriege gegen Madagaskar und Algerien handelt, gleich ob wir an die US-Interventionen gegen die nationale Befreiungsbewegung auf den Philippinen, in Guatemala, Panama oder Santo Domingo denken, gleich ob wir uns die heutigen Brandherde in Indochina oder im Nahen Osten vergegenwärtigen.

Die historische Wahrheit gebietet aber eindeutig zu sagen, daß dieser aggressiven Politik – einschließlich der sie verbrämenden Ideologie – ständig zunehmende und feste Grenzen gezogen sind. Die Mittel des Imperialismus erweisen sich mehr und mehr als untauglich, wenn auch noch nicht als ungefährlich.

Neue Grenzen imperialistischer Politik und Ideologie

Das Erstarken des sozialistischen Lagers und der demokratischen, friedliebenden Kräfte in aller Welt, haben es dem Imperialismus in den letzten Jahrzehnten unmöglich gemacht, seine strategische Linie gegen das sozialistische Lager frontal durchzusetzen.

An seinen Zielen änderte sich nichts, wohl aber wurde das Schwergewicht von der Methode der atomaren Erpressung mehr auf den Einsatz ökonomischer und psychologischer Mittel verlagert, wobei gleichzeitig die Politik lokaler Kriege und konterrevolutionärer Vorstöße verschärft wurde.

Das Arsenal neuer Varianten reicht vom „begrenzten Krieg“ und der „subversiven Aktion“ bis zur sogenannten „flexiblen Ostpolitik“. Politische Schwäche soll durch ausgewählte und gezielt eingesetzte militärische Mittel wieder ausgeglichen werden. Aber auch diese Politik der Intervention erweist sich als brüchig und selbst für den Imperialismus als gefährlich.

Das wird unter anderem auch deutlich, wenn wir nach den Ergebnissen der 30 Kriege und Aggressionen in den letzten 25 Jahren fragen:

- 7 brachten dem Imperialismus zeitweilige Erfolge.
- 4 Interventionen erreichten die gesteckten Ziele nicht.
- 10mal erlitt der Imperialismus eindeutige Niederlagen und
- auf den Kriegsschauplätzen, auf denen gegenwärtig noch gekämpft wird, befinden sich die imperialistischen Kräfte in einer sich ständig verschlechternden Position.

Der Imperialismus mobilisiert auch in der Gegenwart gewaltige militärische Mittel. So unterhält allein das Pentagon 375 Haupt- und 3000 Nebenbasen in aller Welt; außerhalb der USA sind 1.001.600

Soldaten stationiert. Und dennoch: Der selbstgewählten Rolle eines „globalen Ordnungsfaktors“ werden die USA-Monopole immer weniger gerecht, die Aggressoren bekommen immer wieder die Grenzen ihrer Macht zu spüren. Das ist allerdings nicht das Ergebnis frommer Sprüche oder schöner Reden, denn Friedensliebe allein vermag dem Menschen den Frieden nicht zu gewähren. Die Kraft des Sozialismus und aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt hat ihn zu erzwingen. Jedoch kann nur der diesen Kampf erfolgreich führen, der um Ursachen und Zusammenhänge weiß!

Unser Friedensprogramm liegt im Interesse aller Menschen

Der XXIV. Parteitag der KPdSU, der VIII. Parteitag der SED und die höchsten Gremien anderer Bruderparteien haben ein komplexes Friedensprogramm der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft erarbeitet. Jeder spürt täglich: Dies Programm ist in Aktion, und keiner kann sich seiner Wirkung, seiner Logik und Konstruktivität entziehen.

Die den Beitrag der DDR zur Sicherung des Friedens in Europa charakterisierenden fünf Punkte des VIII. Parteitages und ebenso die Vierseitige Vereinbarung über Westberlin sind organisch in dieses Programm des Friedens und der Abrüstung eingefügt. Es entspricht den grundlegenden Interessen der gesamten Menschheit und stellt eine realistische demokratische Plattform für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz dar.

Aus diesen Gründen stellen sich immer mehr Menschen in aller Welt hinter das Friedensprogramm des Sozialismus. Auf dieser Grundlage gewinnt unsere sozialistische Außenpolitik eine starke moralische Kraft, erhöht sich das Vertrauen in ihre Geradlinigkeit und Unbeirrbarkeit, erringt diese in wachsendem Maße Sympathie.

Die Sehnsucht nach Frieden und gesichertem Leben – das entspricht der menschlichen Natur und unserer sozialistischen Gesellschaft. Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Wesen des Menschen wird auch in Zukunft dem ideologisch-theoretischen Gedankenwust von Apologeten des Krieges und aggressiver Politik weit überlegen sein. Dies hat der VIII. Parteitag mit der erneuten Formulierung unserer Hauptaufgabe bekräftigt, dem Wohle der Menschen, der Befriedigung ihrer Bedürfnisse und der Sicherheit ihres Lebens zu dienen.

Volkswacht-Beilage, 08.10.1971, S. 2.

Im Kampf geboren – im Kampf bewährt: die Partei

Zum 53. Jahrestag der Gründung der KPD

Wir kennen viele Daten großer Ereignisse in der Geschichte und wissen um ihre Bedeutung. Die letzten Tage eines jeden Jahres erinnern uns jedoch an ein Ereignis besonderer Art, an die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die zu einem herausragenden Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes werden sollte. Im Feuer der Novemberrevolution des Jahres 1918 entstanden und im Feuer harter, opferreicher Klassenschlachten gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gewachsen – so entwickelte sie sich zur führenden Kraft, unter deren Banner die Einheit der Arbeiterklasse geschmiedet und der Weg zum Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik beschritten werden konnte. Weder Verbot und Terror noch die Beeinflussungsversuche bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Ideologen haben es verhindern können, daß aus dem zahlenmäßig kleinen Häuflein von damals jene geschichtsbildende Kraft von heute entstand, die im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft einen aktiven und progressiven Einfluß auf den Lauf der Geschehnisse in der Welt auszuüben hilft.

Seit ihrer Konstituierung als Partei haben sich die deutschen Kommunisten als Teil der internationalen Arbeiterbewegung, hat sich ihre revolutionäre Weltanschauung, der Marxismus-Leninismus, im Kampf für das Wohl des Menschen. für das Glück des Volkes. für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen immer und ständig neu bewährt. Auch im Jahre 1971, das nun zu Ende geht, wurde dies zur historischen Wahrheit. Mit Fug und Recht konnte Erich Honecker in seinem Schlußwort auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED unter dem Eindruck der Ereignisse seit dem XXIV. Parteitag der KPdSU und dem VIII. Parteitag der SED hervorheben, daß „der Sozialismus seinen historischen Vormarsch unaufhaltsam fortsetzt, daß die sozialistische Gemeinschaft ihre Festigkeit und Kraft eindrucksvoll erweist und daß sie immer nachdrücklicher auf die internationalen politischen Prozesse einwirkt“.

Erinnerungen sind mit Fragen verknüpft, in der Regel sogar mit vielen. Dennoch ist es sicher nicht zufällig, wenn der 53. Jahrestag der Gründung der KPD insbesondere Anlaß bietet, nach der Rolle des proletarischen Internationalismus in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung zu fragen.

Bündnis ist oberster Grundsatz

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist es oberster Grundsatz unserer Partei, das brüderliche Bündnis mit der KPdSU und der Sowjetunion zu realisieren, das den objektiven Gesetzmäßigkeiten des historischen Entwicklungsprozesses zu Frieden und Sozialismus entspricht, das immer das wichtigste Kriterium der Treue zum Marxismus-Leninismus darstellt. Für die deutschen Kommunisten bedeutete der proletarische Internationalismus wie für die Kommunisten aller Länder und Nationen ein unumstößliches Prinzip im Kampf um die Lösung der Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, im Ringen um eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die bedeutendsten Persönlichkeiten unter den Gründern der KPD, formulierten schon damals: „Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes.“ Sie konnten zu dies er auch heute noch voll und ganz zutreffenden Wahrheit gelangen, weil sie von der Erkenntnis ausgingen, daß der Klassengegensatz zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse international ist und seine Beseitigung nur im internationalen Kampf gegen den Imperialismus erreicht werden kann.

Gerade der konsequente Internationalismus von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg dient den Gegnern der Arbeiterklasse immer wieder als Vorwand, die deutschen Kommunisten einer Politik zu bezichtigen, die sich angeblich gegen das eigene Volk richte. Bürgerliche und rechtssozialdemokratische Ideologen wellen und können nicht verstehen, daß die Arbeiterklasse einerseits ihre internationalistische Pflicht am besten im Kampf gegen den Feind im eigenen Land erfüllen kann, daß die Arbeiterklasse andererseits ihren Gegner im eigenen Land zu besiegen vermag, wenn sie sich als

Bestandteil einer weltweiten Front zur Verwirklichung der internationalen historischen Mission der Arbeiterklasse organisiert.

Heute existiert ein unlösliches Bündnis von KPdSU und SED, gibt es feste freundschaftliche Beziehungen der Völker unserer beiden Länder. Vergessen wir jedoch nicht, daß diese in unserer Gegenwart so selbstverständliche Tatsache hart erkämpft werden mußte! Vergessen wir nicht: daß große Teile des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus zu Werkzeugen antikommunistischer und antisowjetischer Politik degradiert werden konnten, daß der Antisowjetismus auch gegenwärtig den Kern aller imperialistischen und antisozialistischen Ideologien bildet. Das Bündnis unserer Tage ist somit eine wahrhaft geschichtliche Errungenschaft, die auf dem Vertrauen der KPdSU in die Kraft der deutschen Arbeiterklasse sowie auf dem konsequenten Kampf der SED für die deutsch-sowjetische Freundschaft, gegen den Antisowjetismus in allen seinen Spielarten beruht.

Die letzten Monate des sich neigenden Jahres 1971, das als das Jahr der großartigen Friedensoffensive des Sozialismus in die Geschichte eingehen wird, haben erneut bewiesen, wie stark uns das Bündnis mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern macht. Die Imperialisten können vor allem in Europa nicht mehr nach eigenem Belieben walten und schalten. Die Aufgabe einiger unhaltbar gewordener Positionen entspringt aber keinem „Sinneswandel“ imperialistischer Politiker, wie manche glauben machen und Illusionen erzeugen wollen, sondern dem Zwang zur Anpassung an die gewachsene Macht des Sozialismus. In diesem Sinne konnte Erich Honecker vor wenigen Tagen erklären: „Immer mehr Menschen überall auf unserem Erdball begreifen heute besser denn je, daß Sozialismus und Frieden eine Einheit bilden, ja mehr noch: daß es gerade die politische, ökonomische und militärische Macht des Sozialismus und vor allem der Sowjetunion ist, die dem Imperialismus Zügel anlegt.“

Karl Liebknecht bemerkte einmal in der Auseinandersetzung mit solchen Arbeiterführern, die während des ersten Weltkrieges durch sozialpazifistische und sozialchauvinistische Parolen Verwirrung in der deutschen Arbeiterklasse stifteten, mit großer Deutlichkeit: „Der internationale Sozialismus kann seinem sozialistischen und seinem internationalen Wesen nach (d. h. als Sozialismus und Internationalismus) einen Widerspruch zwischen seiner inneren und äußeren Politik durchaus nicht kennen und ertragen ... Homogenität und Kontinuität seiner inneren und äußeren Politik sind ihm unbedingte Postulate. Von beiden fordert er den gleichen sozialistischen, internationalen, revolutionären Geist.“ Solche Grundsätze und ihre strikte Einhaltung machten und machen die Partei der Arbeiterklasse stark; sie erheben zugleich deren geschichtliche Erfahrungen in den Rang von unumgänglichen, weil zukunftsträchtigen und zukunftssicheren Lehren.

Volkswacht, 30.12.1971, S. 4.

Lektion für Leute, die nichts aus der Geschichte gelernt haben

Viele Gedanken bewegen mich beim wiederholten Lesen und Durchdringen der Rede des Genossen Erich Honecker, die er in Leipzig gehalten und die seitdem zahlreiche zustimmende konstruktive Diskussionen hervorgerufen hat.

Nach dem Beschluß des Politbüros über die weiteren Aufgaben der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftler der DDR besitzt diese Rede eine weitere Fülle von Material, Impulsen und Anregungen für die eigene Arbeit. Jeder sollte seinen Aufgabenbereich einordnen in den Kampf um die weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, zugunsten des Bestrebens, die Menschheit vor der Gefahr eines neuen Weltkrieges zu bewahren, Kriegsherde zum Erlöschen zu bringen und wirksame Entscheidungen für Frieden und Sicherheit in Europa durchzusetzen.

Es wäre viel zu der Rede zu sagen, ich greife jedoch nur die Tatsache heraus, die mich stark beeindruckt [haben]: Genosse Honecker hat unsere allseitig konstruktive Politik erläutert, die zu einem friedlichen Nebeneinander zwischen der DDR und der BRD führen kann und wird. Er hat dabei jene Kräfte entlarvt, die im Zusammenhang mit der Ratifizierungsdebatte im Bonner Bundestag erneut ihr altes unverändertes Konzept der Revanche verfolgen, die in den Schützengräben des kalten Krieges verharren und nicht bemerkt zu haben scheinen, daß „diese Zeit längst vorbei ist".

Jene Kräfte, gegen die wir den Hauptstoß des Klassenkampfes richten, erhielten eine kluge, fundierte Lektion!

Antikommunisten und Nationalisten aller Spielart versuchten bekanntlich in unserer Epoche schon oft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Immer dann, wenn die Kräfte des Sozialismus und des Friedens ganz offensichtlich auf dem Vormarsch waren, wurde die Hetze gegen die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, gegen die UdSSR, gegen alle progressiven Kräfte verstärkt. Niemals führte das zum Wohl der Völker, aber es führte auch nicht zum Erfolg des Imperialismus! Dieser wissenschaftlichen Zuversicht können wir auch heute Ausdruck verleihen, sie bestimmt den Grundzug unserer gesamten Politik!

Volkswacht, 22.03.1972, S. 2.

Verfechter einer neuen, einer aufstrebenden Welt

Zum 30. Jahrestag der Hinrichtung von Harro Schulze-Boysen und anderer Widerstandskämpfer

Wenn wir – wie es Genosse Erich Honecker erst vor wenigen Tagen auf dem 8. Plenum des Zentralkomitees der SED hervorhob – das Werk des Sozialismus vollbringen und dies im festen Bündnis mit der Sowjetunion tun können, dann stehen wir fest und zuversichtlich, sozusagen mit beiden Beinen in der Gegenwart. Zugleich stehen wir aber auch auf den Schultern ganzer Generationen revolutionärer Arbeiter und ihrer Verbündeten.

In diesem Sinne gehen unsere Gedanken morgen, am 22. Dezember, 30 Jahre zurück. Bilder des Grauens tauchen auf, Erinnerungen an faschistische Kerker, hinter deren Mauern so viele der Besten ihr Leben opfern mußten. In den Morgenstunden des Tages vor 30 Jahren wurden zum Richtplatz in Berlin-Plötzensee, zur Stätte unzähliger nazistischer Untaten geführt:

Harro Schulze-Boysen

Arvid Harnack

Hans Coppi

John Graudenz

Horst Heilmann

Albert Hößler

Kurt Schulze

Kurt Schumacher

Elisabeth Schumacher

Ilse Stöbe

Sie waren zehn. Zehn von rund 600 Im August und September 1942 verhafteten und von über 50 hingerichteten Angehörigen einer großen antifaschistischen Widerstandsorganisation, die in Übereinstimmung mit dem Programm der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD für den Sturz der Hitlerregierung und für die Beendigung des Krieges kämpfte. Der DEFA-Film „KLK an PTX – Die Rote Kapelle“ brachte uns vieles nahe, widerspiegelte das unerhörte Ringen aufrechter Antifaschisten, die sich ihrer historischen Verantwortung bewußt waren und dieser gerecht wurden.

Weitverzweigte Volksfrontorganisation

Oberleutnant Harro Schulze-Boysen, Mitarbeiter des faschistischen Luftfahrtministeriums, und Dr. Arvid Harnack, Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, hatten bereits vor dem zweiten Weltkrieg Gleichgesinnte um sich geschart, kleine antifaschistische Gruppen gebildet, die sich im Herbst 1939 mit anderen Gruppen zu einer großen zentralisierten Organisation zusammenschlossen. Die „Rote Kapelle“ besaß in Berlin und vielen anderen Städten Stützpunkte, einige auch im Ausland. Sie unterhielt enge Kontakte zur Uhrig-Gruppe, zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, zur Europäischen Union sowie zu den Geschwistern Scholl. Die von ihr in illegalen Druckereien hergestellten Flugblätter und Zeitungen fanden den Weg in die großen Berliner Betriebe, ausländische Zwangsarbeiter wurden mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken unterstützt. Gegen eine Flut nazistischer Lügen verbreiteten die Widerstandskämpfer die Wahrheit über den faschistischen Terror, über den Charakter des Krieges und über die Ziele der Antifaschisten, um die Menschen aufzurütteln und für den Kampf um eine neue Ordnung der menschlichen Gesellschaft zu gewinnen.

Patrioten und Internationalisten

Den politischen Kern der Widerstandsgruppe bildeten führende kommunistische Funktionäre wie Hans Coppi, Wilhelm Guddorf, Walter Husemann, John Sieg und andere, denen der Beauftragte des

Zentralkomitees der KPD Albert Hößler zur Seite stand. Unter Führung der Partei kämpften die Vertreter der verschiedensten Bevölkerungsschichten in einer gemeinsamen Front. Nach unvollständigen Angaben der Gestapo waren von den Verhafteten 13 Prozent Arbeiter und Handwerker, 29 Prozent Akademiker und Studenten, 21 Prozent Künstler, Schriftsteller und Journalisten und über 20 Prozent Berufssoldaten, Beamte und Staatsangestellte.

Nach dem 22. Juni 1941, nach dem wortbrüchigen überfall auf die Sowjetunion verstärkte auch die „Rote Kapelle“ den antifaschistischen Kampf. Ihre Mitglieder hatten schon zuvor große Anstrengungen unternommen, um die Regierung der UdSSR vor der großen Gefahr, die ihr drohte, warnen zu können. Getragen von hohem Verantwortungsbewußtsein nahm die Leitung der Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack Verbindungen zu sowjetischen Nachrichtenorganen auf und informierte diese über ihr bekannt gewordene Absichten der Faschisten für die weitere Kriegführung. Darunter waren auch mehrere Funksprüche, in denen die verschiedenen Daten des geplanten Überfalls auf die UdSSR übermittelt wurden.

Damit erfüllten die Antifaschisten der „Roten Kapelle“ in einer Zeit des Nationalismus und Chauvinismus die hohen internationalistischen Verpflichtungen eines jeden klassenbewußten Arbeiters, eines aufrechten Patrioten. Das war kein „Landesverrat“ – wie imperialistische Ideologen noch heute behaupten –, das war Ausdruck der tiefen Erkenntnis, daß die Sowjetunion als einziger Staat konsequent die Befreiung der Menschheit von Krieg, Imperialismus und Faschismus auf ihr Programm gesetzt hatte. Der Faschismus wurde richtig begriffen als eine tödliche Bedrohung der größten Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse, der Sowjetunion. Sie verstanden, daß nach dem Überfall Hitlerdeutschlands und dem Eintritt der UdSSR in den zweiten Weltkrieg der antifaschistische Widerstandskampf in Deutschland und der Befreiungskampf der Völker der UdSSR zu einem einheitlichen, gemeinsamen Anliegen verschmolzen.

Im Tagebuch von Ruth Andreas-Friedrich, einer Angehörigen des mit der „Roten Kapelle“ indirekt verbundenen Steglitzer Kreises bürgerlich-humanistischer Intellektueller finden sich unter dem 22. November 1942 die dieser Tatsache entsprechenden Zeilen: „Jede deutsche Niederlage bedeutet einen Schritt näher zum Frieden ... Das Schlagwort von der Verteidigung des Vaterlandes ist unser gefährlichster Feind ... Jeder, der von nationaler Verpflichtung spricht, verwechselt das Vaterland mit der Person des Herrn Hitler.“ Das war, wenn auch verbunden mit der Reduzierung der Schuld auf eine Person, eine Widerspiegelung der politischen Linie der KPD, deren Zentralkomitee im Aufruf vom 24. Juni 1941 erklärt hatte: „Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.“

Wurzeln der Kraft und des Mutes

Auf diesem Hintergrund wird die große geschichtliche Leistung eines Harro Schulze-Boysen und eines Arvid Harnack deutlich. Wieviel menschliche Größe eines Patrioten und Internationalisten ist zu spüren, wenn wir im Abschiedsbrief Walter Husemanns den ergreifenden Satz lesen: „Besser für die Sowjetunion sterben, als für den Faschismus zu leben.“ Hier werden die Wurzeln der Kraft, des Mutes und der Standhaftigkeit solcher Antifaschisten spürbar, die sich fest mit der Sowjetunion und damit mit der Zukunft verbunden wußten. Arvid Harnack fand dafür in seinen letzten Zeilen die Worte: „In den nächsten Stunden scheide ich aus dem Leben ... Vor allem aber denke ich daran, daß die Menschheit sich im Aufstieg befindet.“

Wir erleben und gestalten heute diesen Aufstieg, bei dem wir auch die Opfer des 22. Dezember 1942 nicht vergessen werden.

Volkswacht, 21.12.1972.

Tiefgreifende Wirkungen der Oktoberrevolution als Ausgangspunkt

Zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR

Weltgeschichtliche und weltanschauliche Faktoren im Entwicklungsprozeß nichtproletarischer Kräfte seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Unser marxistisch-leninistisches Geschichtsbild, das von der historischen Mission der Arbeiterklasse ausgeht, ist nicht national und auch nicht regional begrenzbar, sondern es ist ein internationalistisches. Die Dialektik von Nationalem und Internationalem beeinflußt natürlich auch die Bündnispolitik der revolutionären Arbeiterpartei und muß sich mit Notwendigkeit in Haltung und geschichtlicher Entwicklung der Bündnispartner widerspiegeln. Der internationalistische Charakter proletarisch-revolutionärer Politik bestimmt auch die Klassenbeziehungen zu realen und potentiellen Bündnispartnern, und zwar sowohl auf sozialökonomischem, politischem als auch auf ideologischem Gebiet.

Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft hat vornehmlich den Nachweis zu führen, daß der innere Gang der Menschheitsgeschichte, der Weltgeschichte, gesetzmäßig zu Sozialismus und Kommunismus führt. Dazu sind die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten der ganzen bisherigen Geschichte, der Geschichte aller Klassen und sozialen Schichten, aller Bewegungen und Kräfte aufzudecken, so wie Karl Marx und Friedrich Engels in der „Deutschen Ideologie“, gegen die idealistischen Positionen der Junghegelianer polemisierend „... eine Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate ..., die sich aus der Betrachtung der historischen Entwicklung der Menschen abstrahieren lassen“, forderten.[1]

Und Lenin schrieb, „daß jeder, der an spezielle Fragen herangeht, ohne vorher die allgemeinen gelöst zu haben, unweigerlich auf Schritt und Tritt, ohne sich dessen bewußt zu sein, über diese allgemeinen Fragen ‚stolpern‘ wird. Und wenn man in jedem einzelnen Falle blindlings über sie stolpert, so heißt das, seine Politik zu den schlimmsten Schwankungen und zur Prinzipienlosigkeit verurteilen.“[2]

Die deutsche Geschichte, insbesondere die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, aber auch die anderer Bewegungen, darunter die der proletarischen Bündnispartner und ebenso die des Klassengegners, sind ein konkreter Teil der weltgeschichtlichen Entwicklung. Vorrangig gilt dies für die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitete gegenwärtig welthistorische Epoche. Verständnis für die Geschichte der nichtproletarischen demokratischen Kräfte seit 1917 wird daher nur aufbringen, wer von den tiefgreifenden Wirkungen der Oktoberrevolution und der Entwicklung des ersten sozialistischen Staates auszugehen versteht.

Suche eines Weges zwischen den Fronten war aussichtslos

Mit dem Beginn einer neuen Epoche in der Menschheitsgeschichte nahm auch eine neue Etappe in der Entwicklung der nichtproletarischen demokratischen Kräfte in Deutschland ihren Anfang. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, Hauptinhalt unserer Epoche, war und ist von bestimmendem Einfluß auf die Entwicklung jener gesellschaftlichen Kräfte, die zwischen der Monopolbourgeoisie und der Arbeiterklasse stehen. Gegenüber der Zeit vor 1917 haben sich die objektiven Bedingungen des Kampfes demokratischer Kräfte grundlegend verändert, wurden die Bündnismöglichkeiten mit der Arbeiterklasse immer breiter.[3] In zunehmendem Maße konnten sich die nichtproletarischen demokratischen Kräfte auf die Arbeiterklasse orientieren, deren wissenschaftliche Weltanschauung nicht länger bloße Idee geblieben war, sondern reale Gestalt angenommen hatte. Dies beeinflußte die Herausbildung, Festigung und Weiterführung antiimperialistischer Grundhaltungen, die Entwicklung von Alternativvorstellungen, in denen Illusionen und utopische „Weltverbesserei“ immer weniger Platz einnahmen.

---

1 Karl Marx und Friedlich Engels, Werke, Berlin 1956, Bd. 3, S. 27.

2 W. I. Lenin, Werke. Berlin, Bd. 12, S. 492.

3 Vgl. Werner Fritsch, Zu einigen Grundfragen der Herausbildung und Entwicklung nichtproletarischer demokratischer Kräfte in den Jahren 1917 bis 1933, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 26/27 (Juni 1970), S. 50.

Der weltgeschichtliche Einschnitt der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte für die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in Deutschland – nach 1945 wiederholt sich im Grunde dieser Prozeß auf einer höheren Stufe – eine ganz wesentliche Konsequenz: Die Lösung vom Einfluß des Imperialismus, das Ausbrechen aus den Ketten des Monopolkapitals, das Stellungnehmen gegen Militarismus und staatsmonopolistische Gewalt verband sich für sie objektiv mit der Notwendigkeit, ein positives Verhältnis zur revolutionären Arbeiterbewegung zu finden. Endgültig erwies sich jeder Versuch, auch jeder subjektiv ehrliche Versuch, einen Weg zwischen den Fronten der Hauptklassen zu finden, als aussichtslos, ja als gefährlich und selbstbetrügerisch. Damit schränkte sich zugleich die Möglichkeit einer relativen Selbständigkeit in ideologisch-theoretischen und weltanschaulichen Fragen ein, wobei gesagt werden muß, daß; es diese relative Eigen- und Selbständigkeit weltanschaulicher Positionen bei nichtproletarischen demokratischen Kräften auch heute im Annäherungsprozeß an die Arbeiterklasse geben kann, daß sie geradezu ein Merkmal proletarischer Bündnispartner darstellt. Wer völlig auf die Positionen der marxistisch-leninistischen Ideologie übergeht, hat sich im Grunde als nichtproletarische demokratische Kraft aufgehoben, hat einen Abschluß seines Entwicklungsprozesses gefunden. Die Annäherung in weltanschaulichen Fragen ist nicht identisch mit einem völligen und allseitigen Anerkennen des Marxismus-Leninismus, sie macht jedoch die weitestgehende Form der Stufe des Annäherungsprozesses aus. Weltanschauliche Annäherung bedarf, entsprechend dem konkreten Charakter der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, sozialökonomischer und politischer Grundlagen. Der von uns bereits oft festgestellte hohe Grad an Differenziertheit unter den nichtproletarischen demokratischen Kräften in imperialistischen Ländern erklärt sich vielfach aus den mannigfaltigen Unterschieden ihrer weltanschaulichen Positionen. Wenn die Monopolbourgeoisie alle Anstrengungen unternimmt, um einen Keil zwischen die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner zu treiben, benutzt sie vornehmlich „Argumente“ aus dem ideologischen und weltanschaulichen Bereich.

Bündnispartner der Arbeiterklasse

So gesehen, spielen weltanschauliche Faktoren im Entwicklungsprozeß nichtproletarischer demokratischer Kräfte eine unterschiedliche Rolle. Einerseits können sie hemmend in Erscheinung treten, vor allem dann, wenn die dialektischen Spannungen zwischen ihnen und den politischen Aktivitäten solcher Kräfte zu groß werden; andererseits sind sie es, die eigentlich erst den Entwicklungsprozeß dieser Kräfte, in der Regel nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, zu einem Abschluß führen helfen, zur dialektischen Aufhebung. Daß darin gerade das konsequente, weitgespannte Ziel dieses Entwicklungs- und Annäherungsprozesses an die Arbeiterklasse liegen muß, erweckt sicher keinen Zweifel, obgleich unsere Bündnispolitik niemals primär davon ausgehen kann und darf. Die Geschichte der nichtproletarischen demokratischen Kräfte ist einzuordnen in die Geschichte des Klassenkampfes, sie steht nicht isoliert von der Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hin zu Sozialismus und Kommunismus. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte haben also seit 1917 eine historische Aufgabe zu verwirklichen, wobei damit ein Kriterium ihrer Bewertung gegeben ist, das in hohem Maße ideologisch-theoretische und weltanschauliche Faktoren in ihrer Entwicklung zu berücksichtigen verpflichtet. Natürlich wäre es falsch, die wesentlichsten Aussagen der marxistisch-leninistischen Lehre von der historischen Mission der Arbeiterklasse auf die nichtproletarischen demokratischen Kräfte übertragen zu wollen: wir können und dürfen keine historische Mission der Klassen, Schichten und sozialen Gruppen konstruieren, deren objektive Aufgabe es ist, Bündnispartner der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Vorwärtsschreiten zu Demokratie, Frieden und Sozialismus zu sein. Von einer objektiven Aufgabe, von bestimmten geschichtlichen Funktionen bzw. Funktionen dieser Kräfte für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft muß aber gesprochen werden, und zwar konkret für jede Situation und unter Vermeidung von Über- oder Unterforderung.

Seit 1917 haben sich die historischen Aufgaben der nichtproletarischen demokratischen Kräfte im einzelnen von Periode zu Periode verändert, sind Vertreter des Kleinbürgertums, der Mittelschichten ihrer Funktion in wachsendem Maße gerecht geworden. Daraus kann jedoch keine Schlußfolgerung für einen mehr oder weniger automatischen Entwicklungsprozeß gezogen werden. Dieser war

schwierig und für viele auch qualvoll, nur in wenigen Fällen läßt sich die kontinuierliche Grundtendenz auch biographisch fassen. Neue Widersprüche und Hemmnisse taten sich vor den nichtproletarischen demokratischen Kräften auf, z. B. in Gestalt von Problemen, die aus der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seines vielgestaltigen Herrschaftsmechanismus, aus seinen Versuchen zur Liquidierung und Bekämpfung des ersten sozialistischen Staates der Welt, aus den Tendenzen seiner Anpassung an die neuen Bedingungen des Klassenkampfes resultierten, in Gestalt des Antikommunismus und des Antisowjetismus als der Grundlage aller imperialistischen und proimperialistischen Ideologie.

Ich will die Bedeutung weltgeschichtlicher und weltanschaulicher Fragen für den Entwicklungsprozeß nichtproletarischer demokratischer Kräfte etwas eingehender am Beispiel ihrer Stellung zur Idee des proletarischen Internationalismus, insbesondere anhand ihres Verhältnisses zur Sowjetunion, darlegen, eines Kriteriums, dessen Aktualität wohl unverkennbar ist.

Kriterium: Verhältnis zur SU

Am Ende des ersten Weltkrieges sowie in den 20er Jahren standen die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in dieser Hinsicht hauptsächlich vor der Aufgabe, dem Friedensdekret der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, das auch von der Mehrheit aus ihren Reihen freudig begrüßt wurde, zum Durchbruch zu verhelfen. Das schloß die Aufgabe ein, Sowjetrußland bzw. nach 1922 die UdSSR als einen realen Faktor in der Außenpolitik der Weimarer Republik anzuerkennen. Dabei herrschten vielfach Auffassungen über die Zeitweiligkeit eines Bündnisses mit der Sowjetunion sowie pragmatische Erwägungen vor. Eine qualitativ höhere Anforderung, die in jener Zeit ebenfalls an die nichtproletarischen demokratischen Kräfte zu stellen war, bestand darin, die Ergebnisse der revolutionären Prozesse im Sowjetland kennenzulernen und Vorbehalte gegen innenpolitische Maßnahmen abzubauen, aber auch eigene utopische Illusionen, elitäre Standpunkte und einen gewissen revolutionaristischen Verbalismus zu überwinden.

In den 30er Jahren ging es für die nichtproletarischen demokratischen Kräfte vorwiegend darum, die sowjetische Politik der kollektiven Sicherheit sowie die Maßnahmen zur Verteidigung der Sowjetunion gegen drohende imperialistische Aggressionen zu unterstützen. Im Unterschied zur Aktion „Hände weg von Sowjetrußland“, an der sich zu Beginn der 20er Jahre auch zahlreiche Vertreter der Mittelschichten in Stadt und Land beteiligten, war die Unterstützung der Politik der kollektiven Sicherheit mehr als ein Defensivkampf. Das Ringen um den Frieden (ebenso natürlich auch der Kampf um die Rettung des deutschen Volkes vor der Katastrophe einer erneuten Kriegsniederlage!) verband sich noch enger mit den großen Problemen der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, und dies sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Klare Positionen in den Fragen des Krieges und des Kampfes gegen die Kriegsgefahr erforderten mehr und mehr eine klare Stellung im Klassenkampf, eine verstärkte Orientierung auf die Arbeiterklasse einschließlich ihrer Theorie und Weltanschauung. Konsequente antifaschistische Positionen und das theoretische Erfassen der Tatsache, daß der Faschismus außenpolitisch den Hauptstoß gegen die Sowjetunion und innenpolitisch gegen die Arbeiterklasse richtete, führten dazu, daß die Verteidigung der Sowjetunion die internationalistische Orientierung auf die Sowjetunion als ein grundlegender Bestandteil des antifaschistischen Kampfes begriffen werden mußte.

In den Jahren des zweiten Weltkrieges wurde nach meiner Auffassung das Verhältnis der nichtproletarischen demokratischen Kräfte zum Internationalismus der Arbeiterklasse vor allem durch die Tatsache bestimmt, dass nach dem Überfall Hitlerdeutschlands und dem Eintritt der UdSSR in den Zweiten Weltkrieg der antifaschistischer Widerstandskampf in Deutschland und der Befreiungskampf der Völker der UdSSR zu einem einheitlichen gemeinsamen Anliegen verschmolzen.[4]

Im Tagebuch von Ruth Andreas-Friedrich, einer Angehörigen des Steglitzer Kreises bürgerlich-humanistischer Intellektueller, finden sich unter dem 22. November 1942 die dieser Tatsache entsprechenden Sätze: „Jede deutsche Niederlage bedeutet einen Schritt näher zum Frieden ... Das Schlag-

[4] Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 5, S. 299.

wort von der Verteidigung des Vaterlandes ist unser gefährlichster Feind ... Jeder, der von nationaler Verpflichtung spricht, verwechselt das Vaterland mit der Person des Herrn Hitler.“[5] Das war, wenn auch verbunden mit der Reduzierung der Schuld auf eine Person, eine Widerspiegelung der politischen Linie der Kommunistischen Partei Deutschlands, deren Zentralkomitee im Aufruf vom 24. Juni 1941 erklärt hatte: „Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.“[6] Auf diesem Hintergrund wird die große geschichtliche Leistung eines Harro Schulze-Boysen und eines Arvid Harnack deutlich. Auf diesem Hintergrund entsteht eine richtige Bewertung aller nichtproletarischen Angehörigen der großen Bewegung „Freies Deutschland“. Viele von ihnen waren nicht freiwillig gekommen, sammelten aber rasch neue Erfahrungen. Eine magnetische Anomalie im Kursker Eisenerzgebiet hatte den auf den Kompaß seines Flugzeuges vertrauenden Major Egbert von Frankenberg gegen seinen Willen „angezogen“, danach begann er aber, wie er in seinen Erinnerungen beschreibt, über die Fragen zu grübeln, ob dies ein Zeichen oder ein sinnloser Zufall gewesen sei. Und er befand: „Eine in diesem Land verborgene Kraft hatte mich aus meinem ‚Blindflug‘ gerissen. Ich war wirklich frei geworden zum Sehen.“[7] Die neue Sicht, erleichtert durch die Aktivität der Kommunistischen Partei Deutschlands in den Kriegsgefangenenlagern auf dem Boden des ersten sozialistischen Staates der Welt führte zu neuen Erkenntnissen.

Versuchten viele bürgerlich-demokratische Antifaschisten in den dreißiger Jahren – oft unter Einfluß bestimmter Splittergruppen der Arbeiterbewegung – sich als „Schiedsrichter“ über die Arbeiterklasse zu erheben, so spielte ein solches Bestreben im Nationalkomitee Freies Deutschland keine Rolle mehr, wurde hier im wesentlichen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei anerkannt. Darüber hinaus ergab sich auch die wachsende Notwendigkeit im Bündnis mit der Sowjetunion die Grundlage für die gesamte weitere Entwicklung Deutschlands nach der Beseitigung der faschistischen Diktatur zu sehen. Ganz in diesem Sinne ist Heinrich Manns Äußerung zu verstehen: „Verlangt wird mehr als eine einmalige revolutionäre Handlung. Eine revolutionäre Gesinnung, die standhaft bleibt ...“[8]

Der Problemkomplex, den ich hier herausgegriffen und zu behandeln versucht habe, zeigt m. E., daß seit 1917/18 die Anforderungen an die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in ihrem Grundcharakter gleich geblieben sind, weil sich die ihnen in unserer Epoche gestellte Aufgabe nicht veränderte, daß aber die Anforderungen vor allem in weltanschaulicher, erkenntnistheoretischer Hinsicht gewachsen sind. Damit nahmen die entsprechenden Kriterien an Gewicht zu, mit deren Hilfe wir den Annäherungsprozeß der nichtproletarischen demokratischen Kräfte an die Arbeiterklasse darstellen, messen und werten.

Seit dem welthistorischen Ereignis der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat die Geschichte überzeugend bewiesen, daß die marxistisch-leninistische Weltanschauung die geistige Waffe im Kampf der Arbeiterklasse, ihrer Partei und auch ihrer Verbündeten gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung ist, daß sie zugleich ihre Lebensfähigkeit und Stärke als konstruktive gesellschaftsbildende Kraft bestätigt und damit immer neue ökonomische soziale politische und geistige Kräfte – auch aus den Reihen der Verbündeten – freigesetzt hat.

Sozialistische Universität, [Nr. 12,] 31.12.1972.

5 Ruth Andreas-Friedrich, Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945. Mit einem Nachwort von Klaus Drobisch, Berlin 1972, S. 89.

6 Zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 5, S. 293.

7 Vgl. Egbert von Frankenberg. Meine Entscheidung, Berlin 1963, S. 22 und 42.

8 Zit. in: Wolfgang Kießling, Heinrich Mann und das Lateinamerikanische Komitee der Freien Arbeiterbewegung, 9. Jg. (1967), H. 1, S. 93.

Unsere Realität und einige sozialdemokratische Illusionen

Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ verwandelte den Sozialismus aus einer Utopie in Wissenschaft. Seither bildet es die theoretische Grundlage der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, gehört es zu den unveräußerlichen Bestandteilen unseres Programms für den politischen und ideologischen Kampf gegen jegliche Ausbeutung und Unterdrückung sowie für die Errichtung der neuen Ordnung, die an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft zu setzen die historische Aufgabe der Arbeiterklasse darstellt.

Der 125jährige Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist undenkbar ohne die Grundlage des Manifestes, ohne seine ständige Anwendung. In jeder Situation – im folgenden sei nur eine herausgegriffen – konnte sich die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei darauf stützen.

Es war nur zu verständlich und natürlich, daß nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Faschismus der KPD-Verlag „Neuer Weg“ im Herbst 1945 als erste Publikation jene Schrift herausgab, in der die objektiven Gesetzmäßigkeiten enthüllt wurden, die das soziale Zusammenleben bestimmen und die die Arbeiterklasse zur führenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung prädestinierten. Die Neuausgabe wurde im Zentralorgan der KPD, in der „Deutschen Volkszeitung“, mit folgenden Worten gewürdigt:

„Wenn als erstes Buch zu dem neuentstehenden deutschen Geistesleben gerade diese fast hundert Jahre alte Kleinod der Arbeiterklasse der ganzen Welt beigesteuert wird, dann deshalb: Damit das ganze deutsche Volk selbst sich seiner heutigen historischen Situation bewußt zu werden, die Kräfte der geschichtlichen Entwicklung zu erkennen und sich aus dieser Erkenntnis heraus eine sinnvolle, fortschrittliche Zukunft zu gestalten vermag.“ Die gleiche Zeitung formulierte auch: „Wie zum materiellen Aufbau Ziegelsteine, Zement und Holz notwendig sind, so sind es für die Überwindung der nazistischen Ideologie und für die geistige Neuwerdung Bücher, Bücher und immer wieder Bücher.“

Und das galt vor allem für die Werke des wissenschaftlichen Sozialismus, deren klassisches Dokument, eben das „Manifest“, wieder und wieder studiert wurde. In 700.000 Exemplaren wurde es allein in der Zeit vom November 1945 bis zum Juni 1946 verbreitet. Mit dieser Neuausgabe des Kommunistischen Manifests begann die größte Massenverbreitung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, konnten die entscheidenden ideologischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß sich im April 1946 Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer Partei vereinigten.

Brücke zu einer neuen Zeit

Im Januar 1946 begann der Verlag „Vorwärts“ der SPD seine Buchproduktion ebenfalls mit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“. Das kennzeichnete die Rückbesinnung der sozialdemokratischen Arbeiter auf Marx und Engels, das war Ausdruck der sich entwickelnden und sich festigenden Aktionseinheit zwischen allen Teilen der Arbeiterklasse auf der Grundlage der von ihr begründeten Weltanschauung.

Otto *Grotewohl* schrieb als Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD ein Geleitwort. In ihm brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Mitglied- und Anhängerschaft der Sozialdemokratie mit Hilfe des Manifests „... die Brücke findet zu unserer neuen Kampfzeit“.

Das Studium des Kommunistischen Manifests führte Millionen von Werktätigen zur aktiven Teilnahme an der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, zur Anerkennung und Unterstützung der Tatsache, daß die Arbeiterklasse in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone mehr und mehr die Leitung der Gesellschaft übernahm. Im gemeinsamen Ringen um die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Kampfpartei, im Ringen um die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus wurden sich Kommunisten und Sozialdemokraten in wachsendem Maße der Bedeutung der revolutionären Theorie bewußt.

In offener Konfrontation zur Schumacher-Gruppe, deren antikommunistische Konzeption gegen die Vereinigung von KPD und SPD gerichtet war und lediglich der Restauration der Macht des Imperia-

lismus in den Westzonen diente, bekräftigte Otto Grotewohl auf dem 40. Parteitag der SPD im April 1945 die Grundsätze des Kommunistischen Manifests und erklärte:

„Wir haben sehen einmal in der deutschen Arbeiterbewegung eine Strömung erlebt, die glaubte, sich von den Grundsätzen des klassenkämpferischen Marxismus lösen zu können ... Ich meine den Revisionismus. Die deutsche Arbeiterbewegung und besonders die Sozialdemokratische Partei hat diesen revisionistischen Kurs ... bitterböse bezahlt. Wir brauchen heute keine neuen sozialistischen Theorien, wir brauchen nur die Theorie des Marxismus."

Zum programmatischen Leitsatz der Sozialistischen Einheitspartei konnte nach dem Studium der Klassiker, nach der „Beratung mit den Klassikern", erhoben werden, daß die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in der „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse" besteht. Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei wurde verwirklicht, was von Marx und Engels im Manifest formuliert worden war: „Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat."

Voraussicht wurde Realität

Heute haben die Ideen des Kommunistischen Manifest überall festen Fuß gefaßt. Auf drei Kontinenten unseres Erdballs existieren sozialistische Länder, und keiner vermag in Zweifel zu ziehen, daß 125 Jahre nach dem Erscheinen des Manifests der Sozialismus zur revolutionären Hauptkraft unserer Epoche geworden ist. Unser Wirken hat die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Voraussicht der Klassiker unserer Weltanschauung wieder und wieder bestätigt. Der Verlauf der Geschichte wird vom Sozialismus und den mit ihm verbündeten revolutionären und antiimperialistischen Kräften bestimmt!

Jede andere Theorie, die sich nicht auf die objektive Tendenz der Geschichte, auf die sie bewegenden Widersprüche und die sich daraus für die Arbeiterklasse ergebenden unumgänglichen Erfordernisse gründet, endet beim flachen Subjektivismus, bei Aufgabenstellungen, die sich gegen die Arbeiterklasse, gegen den gesellschaftlichen Fortschritt richten.

Konzentriertes Feuer sozialdemokratischer Apologeten

Das war in der Vergangenheit so, das ist heute nicht anders. Die vielen Theorien, mit deren Hilfe in den letzten 125 Jahren das „Manifest" aus den Angeln gehoben werden sollte, ist unermeßlich. Wer spricht heute noch von ihnen?

Nicht anders steht es um die Ideologie des Sozialdemokratismus. Auf seine Vertreter ist in unserer Zeit auch jener Teil des Manifests anzuwenden, in dem sich Marx und Engels präzis und nicht ohne Sarkasmus mit dem „Bourgeoissozialismus" ihrer Zeit auseinandersetzten und formulierten:

„Die Bourgeoisie stellt sich die Welt, worin sie herrscht, natürlich als die beste Welt vor."

Gegen die „beste Welt" der Bourgeoisie haben *revolutionäre* Sozialdemokraten immer gekämpft, der *Sozialdemokratismus* hat sie jedoch zur eigenen gemacht. Wen wundert es, daß gerade in der letzten Zeit versucht wurde, mit Hilfe der Theorie vom „demokratischen Sozialismus" den Antikommunismus zu verstärken und gegen den realen Sozialismus, der in unserer Republik, in unserem Lager auf der Grundlage des Manifests wächst und gedeiht, zu Felde zu ziehen?

Die Ideologen der sozialdemokratischen Führung in der BRD tun alles, um die Widersprüche des Kapitalismus zu verschleiern, seine Gebrechen zu mildern und durch „Reformen" zu verschönern. Alles in allem: sie wollen den gesetzmäßigen Niedergang der alten Gesellschaftsordnung aufhalten. Ihr gesellschaftspolitisches Konzept geht davon aus, daß angeblich der Kapitalismus zum Fortschritt hin wandelbar sei und damit für die Werktätigen erträglicher werde. Wie in der Nr. 1/1971 der „Neuen Gesellschaft" behauptet wurde, sei der Kapitalismus nicht etwas, „das man stürzen könne, sondern man müsse sich um dessen Veränderung kümmern." Das staatsmonopolistische System soll möglichst konfliktarm stabilisiert werden, es soll „humaner, demokratischer und moderner" erscheinen.

An die Stelle der vermeintlich hinfälligen Klassenkampftheorie des Marxismus-Leninismus wird die These von der „breiten Dynamik der gesellschaftlichen Evolution“ gesetzt.

Eine „sozial“ und „demokratisch“ aufgeputzte Variante

Unter der Losung des „demokratischen Sozialismus“ werden die Interessen des Monopolkapitals wahrgenommen. Diese sind jedoch durch eine Vielzahl von komplexen Bedingungen gekennzeichnet, weil angesichts der Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, angesichts des wachsenden Einflusses der sozialistischen Welt, der Profit nicht allein im Produktions- und Verwertungsprozeß realisiert werden kann.

Das Monopolkapital benötigt für seinen Profit die Verbreitung des Antikommunismus. scheindemokratische Losungen, Zugeständnisse in Betrieb und Gesellschaft, den kulturlosen „Modernismus“ und vieles andere mehr. Seiner Krise kommt die Theorie des Reformkapitalismus sehr entgegen, und sicher ist es nicht zufällig, daß gerade jetzt der Sozialdemokratismus in neuer Blüte steht. Die rechten Sozialdemokraten können mit gutem Grund auf ihre Traditionen, ihre Erfahrungen als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ verweisen sowie darauf, daß sie schon lange die Reformbedürftigkeit, die „Verbesserung“ des Imperialismus predigen, ohne ihm „schaden“ zu wollen.

In keinem Land der Erde ist bisher die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ verwirklicht worden – an dieser Tatsache ändern weder die Lautstärke noch die Selbstgefälligkeit etwas, mit denen sie propagiert wird. Dagegen hat das „Manifest der Kommunistischen Partei“ in den Ländern des Sozialismus seine praktische Bewährungsprobe mit großem und mit wachsendem Erfolg bestanden.

Was also gilt?

Diese Frage ist von der Geschichte längst beantwortet!

Volkswacht-Beilage, 02.02.1973, S. 4.

Es begann im Schein der Nazifackeln

Vor 40 Jahren wurde die faschistische Diktatur des deutschen Imperialismus errichtet

Wer kennt nicht die Bilder jener SA-Leute, die im Schein brennender Fackeln durchs Brandenburger Tor zogen, vorbei am Gebäude der Reichskanzlei, in das Adolf Hitler Einzug hielt. Das ist nun schon 40 Jahre her, und dennoch wird wohl im Gedächtnis der Völker für immer haften bleiben, daß am 30. Januar 1933 der damalige Reichspräsident Paul von Hindenburg – einer der Hauptkriegsverbrecher des ersten Weltkrieges – die Regierungsgewalt in die Hände eines vom Naziführer geleiteten Kabinetts legte, dessen Ziel in der Vorbereitung und Entfesselung eines zweiten Weltkrieges bestand.

Aus unserer Erinnerung ist nicht zu verwischen: Diesem Ereignis folgte Untat auf Untat, Verbrechen auf Verbrechen, bis schließlich der neue Revanchekrieg erreicht und am 22. Juni 1941 auch die Sowjetunion überfallen wurde. Erst brannten nur die Fackeln, dann brannte das Reichstagsgebäude, womit eine Pogromstimmung gegen die Kommunisten angefacht wurde, und schließlich die ganze Welt: Auf das Blutkonto des deutschen Imperialismus und Militarismus kamen in den zwölf Jahren über 50 Millionen ermordete und erschossene Menschen., kamen Zerstörungen und Schäden von riesigem Ausmaß.

Generalangriff der Reaktion

Trotz des aufopferungsvollen Kampfes von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen antifaschistischen Kräften konnte die Errichtung der faschistischen Diktatur nicht verhindert werden. „Hitler – das ist der Krieg!“ – mit diesen Worten hatte die KPD immer und immer wieder vor den Konsequenzen gewarnt, die eine faschistische Regierung mit sich bringen würde.

Der deutschen Monopolbourgeoisie war es gelungen, zu einer neuen Form ihrer Machtausübung überzugehen, neue Ziele ins Visier zu nehmen, für deren Realisierung die Zeit endlich reif zu sein schien. Dieser neue Generalangriff der imperialistisch-junkerlichen Reaktion auf die 1918/19 gegründete Weimarer Republik sollte solche innen- und außenpolitischen Voraussetzungen schaffen, die dem wiedererstarkten deutschen Imperialismus einen neuen Anlauf zum „Griff nach der Weltmacht“ ermöglichten.

Monopolherren als Drahtzieher

Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland bildet eine der schlimmsten Seiten im großen Schuldbuch des deutschen Imperialismus. Er zeichnete in seiner Gesamtheit dafür verantwortlich. Alle Monopolherren wollten die für ihr Profitsystem nicht gerade günstigen Ergebnisse des ersten Weltkrieges revidieren – darin bestand die erklärte strategische Zielsetzung der herrschenden Klasse, darin lag der objektive Nährboden für die Entwicklung des Faschismus. Mit allen Kräften und ohne Scheu vor hohen Kosten hatten vor allem die Monopolherren der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie die Nazipartei gepäppelt und gehätschelt, denn diese entsprach mit ihrem blindwütigen Antikommunismus, ihrem brutalen Chauvinismus. mit ihrer sozialen und nationalen Demagogie am besten den Klasseninteressen der reaktionärsten Kräfte des deutschen, aber auch des internationalen Monopolkapitals.

Im Herbst 1932 und Anfang 1933 verstärkten die extrem reaktionären Kräfte ihren Druck, ihr politisches Intrigenspiel, ihren Einfluß auf Hindenburg und seine Kamarilla – und all das in der Furcht, den richtigen Zeitpunkt für den Einsatz der Nazipartei zu verpassen. Da schrieb man Briefe, in denen Hitler als der einzig mögliche Reichskanzler „empfohlen“ wurde, da fanden unzählige Besprechungen hinter verschlossenen Türen statt und wurden die Details ausgehandelt.

Der Bankier Kurt von Schröder, neben Franz von Papen eine der Schlüsselfiguren in der Organisation des Todesstoßes gegen die Weimarer Republik, betonte nach 1945 in seinen Aussagen, daß die Unterstützung der NSDAP zu dieser Zeit „eine Sache von besonderer Dringlichkeit“ geworden war. Der Zulauf zu den Nazis stagnierte, der antifaschistische Kampf unter Führung der KPD hatte sich verstärkt. Bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932 verloren die Nazis zwei Millionen Stimmen. Solche Monopolherren wie Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen, Kurt von Schröder, Albert Vögler, Paul

Reusch, Fritz Springorum und viele andere beschleunigten daher den Faschisierungsprozeß, sie organisierten die Übergabe der Regierungsgeschäfte an die Nazi-Partei.

Ziel: der Revanchekrieg

Am 30. Januar 1933 vollzog sich mehr als ein bloßer Wechsel von Regierung zu Regierung, wie das schon so viele Male in der Weimarer Zeit passiert war. Mit diesem schwarzen Tag begann eine neue Periode in der Geschichte des deutschen Imperialismus, in der die unmittelbare ökonomische, politische, militärische und ideologische Vorbereitung eines Revanchekrieges im Vordergrund stand. Für diese Politik erwies sich der Rahmen einer bürgerlich-parlamentarischen Republik als nicht mehr geeignet. Hitler erklärte den Befehlshabern von Heer und Marine am 3. Februar 1933 in einer Geheimberatung, daß die neue politische Macht für die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung" genutzt werden müsse, wozu die „völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände" Voraussetzung wäre.

In dieser Zielsetzung waren sich alle Mitglieder dieses „Kabinetts der nationalen Konzentration" einig, unabhängig davon, daß zunächst nur Hitler, Göring und Frick der Nazipartei angehörten und die Mehrheit der DNVP nahestand. Der Hauptschlag galt der organisierten Arbeiterbewegung, galt den Kommunisten und ihren Verbündeten. Diese wurden in die Illegalität gedrängt, verfolgt und drangsaliert. Die Schlägerkolonnen der SA, der SS und des „Stahlhelms" fungierten praktisch als Staatsgewalt und tobten sich in Zuchthäusern und schnell geschaffenen Konzentrationslagern an den Antifaschisten aus. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, die SPD verboten. Die Politik ihrer rechten Führer, sich in eine loyale Opposition zu retten, zahlte sich also nicht aus: sie hatte nur die Reihen der zum antifaschistischen Kampf Bereiten desorientiert und geschwächt.

Von Dimitroff entlarvt

An die Errichtung der faschistischen Diktatur knüpften sich sofort unzählige verfälschende Erklärungen über ihre Ursachen, über das Wesen des Faschismus. Diese sollten die wissenschaftliche Einschätzung des Faschismus durch die Kommunisten widerlegen, wonach es sich um die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals handelt. Es war Georgi Dimitroff, der diese bekannte und heute noch gültige Definition auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vortrug und erklärte: „Aber welche Maske der Faschismus auch aufsetzen, in welchen Formen er auch auftreten und auf welchem Wege auch immer er zur Macht gelangen mag; der Faschismus – das ist die grausamste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen: der Faschismus – das ist der zügelloseste Chauvinismus und Raubkrieg; der Faschismus – das ist die wütende Reaktion und Konterrevolution; der Faschismus – das ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen!"

Demgegenüber erfaßten die sozialdemokratischen und bürgerlichen Theorien von ihrer Entstehung in den zwanziger und dreißiger Jahren an immer nur einige Merkmale faschistischer Bewegungen und Regimes, etwa den Rassismus und den Nationalismus, die soziale Demagogie und die kleinbürgerliche Massenbasis, den Terrorismus oder das militaristische Führer-Gefolgschafts-Prinzip. Zum Wesen des Faschismus drangen diese Theorien nicht vor. So ist es in der bürgerlichen Geschichtsschreibung aller Spielarten bis zum heutigen Tag geblieben. Noch immer geistern solche Auffassungen umher, denen zufolge der Faschismus eine Form der Staatsmacht gewesen sei, die über den Klassen, also auch über der Monopolbourgeoisie gestanden habe. Noch immer wird der Faschismus als eine Erscheinung des aufständigen Kleinbürgertums dargestellt, das sich mit terroristischen Mitteln des Staatsapparates zu bemächtigen versucht habe. Noch immer wird der Faschismus mit seiner Funktion als „Speerspitze gegen den Kommunismus" gerechtfertigt.

Die Wurzeln der Barbarei

Vielfach wird auch heute noch die These von der Alleinschuld Hitlers vorgebracht. Natürlich fällt auf das persönliche Konto Hitlers und das seiner engsten Spießgesellen die unmittelbare Verantwortung für die grausamen Verbrechen der Nazibarbarei. Aber dieses Regime hatte selbstverständlich auch reale und faßbare gesellschaftliche Wurzeln. Es war doch so, daß sich seit dem Beginn der allgemei-

nen Krise des Kapitalismus die objektiven Tendenzen zur Negation der Demokratie, zur politischen Reaktion, eng mit dem Streben nach einem „starken“ Staat und einem „starken“ Mann verbanden. In allen imperialistischen Ländern tauchten Parteien und Bewegungen auf, die das Führerprinzip auch zur Grundlage des politischen und gesellschaftlichen Lebens machen wollten. Der Kult um Hitler erfüllte eine ähnliche objektive Funktion wie der offene Terror, wie die nationale und soziale Demagogie und wie die anderen Elemente des faschistischen Herrschaftsmechanismus.

Ursache der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges ist der Imperialismus. Wer das bestreitet, spricht die Monopolherren, die Militaristen und die Diener des faschistischen Staates von ihrer Verantwortung für den 30. Januar 1933 sowie für alle folgenden Verbrechen frei. Davon zeugen die historischen Tatsachen.

Neues Deutschland, 03.02.1973, S. 15.

Das Rad der Geschichte rollt über Aggressionskriege und -gelüste hinweg

So gewiß wie sich die Erde um die Sonne dreht, so gewiß rollt das Rad der Geschichte über alle imperialistischen Macht-·und Kriegsgelüste hinweg. In unserer Zeit ist das sowjetische Friedensprogramm eine entscheidende und bewegende Kraft dieses Rades: in dessen Speichen die Völker der sozialistischen Staatengemeinschaft, die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder und die national- und kolonial unterdrückten Völker und Schichten greifen. Und doch scheint für manche nur eine Phrase, eine leere Formel zu sein, daß es in der Geschichte noch keine Periode gegeben hat, in der die Völker eine so reale Möglichkeit zur Errichtung eines festen Fundaments für ein gesamteuropäisches Friedenssystem besaßen wie heute. Ist dieser Gedanke richtig?, fragten wir Genossen Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Direktor der Sektion Geschichte.

*

Ich glaube ja, denn es läßt sich beweisen, handelt es sich doch um Tatsachen und nicht nur um schöne Wunschvorstellungen. Trotz der Meinungsverschiedenheiten über das Wesen eines europäischen Sicherheitssystems, trotz der komplizierten Verhandlungen und trotz aller gegenteiliger Bemühungen gewisser reaktionärer Kräfte konnten die gewaltigen Anstrengungen vor allem der Sowjetunion um eine Lösung des Problems der europäischen Sicherheit von Erfolg zu Erfolg führen. Ich will nicht aufzählen, welche Verträge abgeschlossen oder vorbereitet wurden, die sich schon jetzt positiv auszuwirken beginnen. Heute können im Interesse der Völker Fragen gelöst werden, die ohne die Macht und ohne den Einfluß der UdSSR unlösbar wären. Dank der sowjetischen Friedensoffensive – erinnert sei an den XXIV. Parteitag der KPdSU – sind Tatsachen geschaffen worden, die uns zu begründetem Optimismus berechtigen. Gilt unser Blick der Zukunft, ist es beruhigend und aktivierend zugleich, wenn wir wissen, in welch hohem Maße das sowjetische Friedensprogramm, der Kampf um Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zu einem wirksamen Faktor der Weltpolitik geworden ist.

Zunächst ein Blick zurück

Die europäische Geschichte verzeichnet rund 450 Kriege, in denen Menschen aus ihrem Leben gerissen und viele Werte sinnlos zerstört wurden – und das lediglich im egoistischen Interesse der herrschenden Klassen. Europa ist aber nur ein Teil der Welt, einer von fünf Kontinenten unserer Erde. Vor einigen Jahren gab die norwegische Akademie der Wissenschaften eine Forschungsstudie heraus, in der sogar folgende erschreckende Feststellungen getroffen werden mußten:

– Seit dem Jahre 3600 vor unserer Zeitrechnung waren bis heute lediglich 292 (!) Jahre in der Welt ohne Krieg und militärische Auseinandersetzungen;

– Seit der gleichen Zeit wurden ca. 14.500 kleine oder größere Kriege geführt;

– In diesen Kriegen kamen 3,6 Milliarden Menschen um – so viel leben etwa heute auf unserem Planeten, so daß man sagen könnte, die Menschheit sei bereits einmal von allen Ausbeutern und Unterdrückern ausgerottet werden;

– Für die durch alle Kriege entstandenen Zerstörungen und ihre Kosten könnte um die Erde, also in einer Länge von 40.000 km, ein Reifen aus purem Gold gelegt werden, der 156 m breit und 10 m hoch wäre! Wenn man bedenkt, daß allein der zweite Weltkrieg 61 Staaten und über 75 Prozent der Erdbevölkerung in seinen todbringenden Strudel einbezog, werden in gewissem Umfang die mutmaßlichen Dimensionen eines dritten Weltkrieges deutlich. Dieser neue Krieg wäre eine globale Katastrophe, deren Folgen alles, was die Menschheit je zuvor erlebte, überstiegen.

Vertrauen in unsere Kraft rechtfertigt Optimismus

Angesichts solcher Tatsachen wiegt die Erkenntnis, von der wir heute ausgehen können, besonders schwer: Bewaffnete Kollisionen sind in unserer Zeit vermeidbar, Kriege sind für den Sieg des Sozialismus nicht notwendig. Die in Weltgeschichte und Weltpolitik der jüngsten Zeit eingetretenen Veränderungen machen die friedliche Koexistenz der Länder des Sozialismus und des Imperialismus zu einer historischen Notwendigkeit, zu einem erstrangigen Faktor des internationalen Geschehens. Seit

der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vertreten die Kommunisten die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und haben damit für Frieden und Fortschritt schon viel erreicht. Man stelle sich folgendes bitte richtig und mit aller Konsequenz vor: Nach 1917 wurde diese Politik mit dem Ziel betrieben, einem Land – der UdSSR – die günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu sichern. Heute geht es darum, durch die friedliche Koexistenz günstige Bedingungen für den Frieden und für den Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab zu schaffen! Der Zusammenhang mit der Vertiefung der gegenwärtigen weltweiten revolutionären Prozesse liegt auf der Hand, obwohl sich manche „Linken" – beeinflußt von Maoismus und Trotzkismus – ereifern, daß dem nicht so sei. Lenin hat ihnen im Grunde bereits eine klare und übertragbare Antwort erteilt, als er in „Was tun?" die revolutionären Arbeiter Rußlands auf die Notwendigkeit der Bündnispolitik hinwies: „Nur wer zu sich selbst kein Vertrauen hat, kann sich vor vorübergehenden Bündnissen, und sei es auch mit unzuverlässigen Leuten, fürchten ..."

Neue Normen der Beziehungen

So groß wie die Zahl der Kriege ist für den Historiker beinahe auch die der Friedensverträge, an die viele Menschen immer wieder ihre Hoffnungen knüpften. Bekannt sind u. a. der Westfälische Frieden, der Tilsiter Frieden oder der Friedensvertrag von Versailles aus dem Jahre 1919; in allen lag jedoch bereits der Keim zu neuen Kriegen, sie waren in der Regel ein Mittel zur Ausplünderung und Versklavung der besiegten Völker. Erst seit sich sozialistische Länder an Friedensverträgen beteiligen, ist die Herstellung eines dauerhaften Friedens, sind neue Normen in den Beziehungen der Länder möglich. Nicht zuletzt deshalb boykottierten die imperialistischen Westmächte nach 1945 alle Vorschläge und Versuche, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erreichen.

Inzwischen mußten darauf aufbauende Pläne in den Papierkorb geworfen oder der neuen Situation angepaßt werden. In den Beziehungen zwischen den europäischen Ländern hat sich eine gewisse Wende abgezeichnet und praktisch gibt es keinen Staat, der die Idee der Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz nicht unterstützen würde. Die zur Zeit in Helsinki stattfindenden multilateralen Verhandlungen zur unmittelbaren Vorbereitung der Konferenz im Jahre 1973 sind dafür sinnfälliger Ausdruck. Die Sowjetunion und die sozialistischen Länder haben schon oft die Initiative ergriffen und zahlreiche Vorschläge unterbreitet, um zu Frieden und Sicherheit gelangen zu können. Viele Jahre lang stieß das auf schroffe Ablehnung – erst jetzt setzt sich ein Realismus in der Sicht des wahren Kräfteverhältnisses durch. Das gilt nicht nur für Europa, auch dort, wo die Brandherde imperialistischer Kriege schwelen, bekommen die Aggressoren zu spüren, wie die Völker der sozialistischen Länder und alle Fortschrittsmächte in der Welt ihre Energien vereinigen – inspiriert vom Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU – und ihnen ein machtvolles Halt gebieten.

Natürlich paßt diese Entwicklung nicht in den Streifen imperialistischer Politiker aller Schattierungen. Und trotzdem können sie sich dem Sog der Zeit nicht entziehen, müssen sie sich dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt anpassen. Den Imperialisten gefällt die Welt von heute nicht mehr, erklärte Genosse Erich Honecker am 20. Oktober 1972 auf der Funktionärkonferenz der FDJ. Sie sind gezwungen, auch eine Politik der friedlichen Koexistenz zu betreiben, wollen diese aber in ihrem Interesse ausnutzen. Damit haben wir zu rechnen. Die sozialistischen Länder wären schlecht beraten, wollten sie dies übersehen. Werden auch militärische Auseinandersetzungen mehr und mehr aus dem Kampf der gesellschaftlichen Systeme ausgeschlossen, so tobt der Klassenkampf auf anderen Gebieten – dem diplomatischen, dem ideologischen und dem ökonomischen – umso heftiger. Für die Strategie und Taktik unserer Politik der friedlichen Koexistenz werden unsere Vorstellungen ständig zu präzisieren sein, ist jeweils detailliert festzulegen, in welchen Bereichen der Beziehungen mit den imperialistischen Mächten entschiedener Kampf, in welchem der Wettbewerb und wo Zusammenarbeit möglich, ja auch wünschenswert ist.

Der Frieden ist einheitlich und unteilbar

Die Erfahrungen zeigen, daß dauerhafte Friedensregelungen und wahrhaft friedliche Bedingungen auf dem europäischen Kontinent zu den wichtigsten Elementen des Friedens gehören. Insofern tragen die europäischen Völker eine große historische Verantwortung gegenüber der ganzen Welt, denn der

Frieden ist einheitlich und unteilbar. Der Kampf um die friedliche Koexistenz – d. h. die Einhaltung der Prinzipien der Souveränität, der Gleichberechtigung und der territorialen Integrität jedes Staates; die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder; die Achtung des Rechtes aller Völker, ihre sozialökonomische und politische Ordnung frei zu wählen; die Regelung ungelöster internationaler Fragen auf politischem Wege – entscheidet über das Schicksal des Friedens auf der ganzen Erde, das Schicksal der Sicherheit aller Völker.

Das sowjetische Friedensprogramm geht jedoch nicht nur von den Notwendigkeit aus, sondern auch von den großen neuen Möglichkeiten für die Aktivierung aller sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt, gegen die Politik der Aggression und des Krieges. Adressaten unseres Programms sind daher nicht nur die Regierungen, der Ruf gilt allen Völkern, allen gesellschaftlichen Organisationen und Strömungen, die zur Verteidigung der Sache des Friedens bereit sind. Diese Kräfte können sich heute auf die starke und weiter erstarkende sozialistische Staatengemeinschaft stützen, an deren Spitze die UdSSR steht, das Kraftzentrum des Friedens und des Fortschritts in der Welt von heute. Die Sowjetunion trägt die Hauptlast des Friedenskampfes, und von ihrem prinzipienfesten und elastischen Handeln, von ihrer Umsicht und Ausdauer hängt entscheidend ab, ob es gelingt, „... politische Lösungen und friedliche Regelungen durchzusetzen und dem Imperialismus keinen Ausweg aus seinen Widersprüchen in Krieg und Gewalt zu gestatten bzw. die Brandherde auszutreten, die er entfacht hat, wie es im Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED hieß. Wir können aber auch sagen, daß das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU bereits zum Programm der gesamten sozialistischen Gemeinschaft geworden ist. Und diese potenziert ihre Kräfte, sowohl durch ökonomische Integration als auch durch die sorgfältig koordinierte Außenpolitik.

Humanistisches Anliegen der Friedensoffensive

Wir erleben heute, wie dieses Programm Zug um Zug verwirklicht wird, wie es zu einem unumstößlichen Faktor der Weltpolitik geworden ist. Wir erleben seine Realisierung jedoch nicht nur, wir helfen – jeder an seinem Platz – durch unsere Arbeit es mit Leben zu erfüllen. Jeder weiß, daß die Kräfte der Aggression und des Militarismus beträchtlich zurückgedrängt und eingeschränkt sind, aber es ist noch nicht gelungen, sie völlig unschädlich zu machen. Die Gefahren eines neuen Krieges sind noch nicht restlos gebannt. Daher sprechen wir mit Recht von unserer „Friedensoffensive“, wobei es zunächst vielleicht erstaunlich ist, daß das Wort Frieden mit einem Begriff aus dem militärischen Bereich gekoppelt wird. Der Begriff ist jedoch gut gewählt, denn: Wer die Aggressoren zügeln will, darf seine Hände nicht in den Schoß legen und abwarten, er muß offensiv, d. h. aktiv und organisiert und in breiter Front gegen sie vorgehen. Aus der Stärke des Sozialismus erwachsen Kraft und Perspektive des Friedenskampfes, der kein vorübergehender oder gar konjunkturbedingter Faktor ist, sondern den Wesensinhalt unserer gesamten Politik widerspiegelt. Das entspricht, wie Genosse Werner Lamberz vor der jüngsten Konferenz des Zentralkomitees der SED betonte, dem „humanistischen Wesen unserer Gesellschaftsordnung“.

Sozialistische Universität, Nr. 2, 13.02.1973.

Hochschule und Neofaschismus

Ludwig Elm, Hochschule und Neofaschismus, Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD, Akademieverlag, Berlin 1972, 299 Seiten.

Bürgerliche und rechtssozialdemokratische Historiker haben mit großer Intensität immer wieder nachzuweisen versucht, daß der Faschismus 1945 – angehlieh vor allem mit dem Selbstmord Hitlers – zu Ende gegangen sei und die Lehren des Kampfes gegen den Faschismus demzufolge heute keine Aktualität mehr besäßen. Faschistische Kräfte und Bewegungen existieren jedoch in fast allen imperialistischen Ländern, wenngleich sie nicht unmittelbar mit dem „klassischen" Faschismus identisch zu sein brauchen. Nach wie vor bildet der staatsmonopolistische Kapitalismus die objektive Quelle faschistischer Entwicklungstendenzen. Allerdings sind diese in der Gegenwart stärker als in den ersten beiden Perioden der allgemeinen Krise des Kapitalismus Gegenwirkungen ausgesetzt, die den Absichten und Zielen der herrschenden Kreise entgegenstehen und die in der Lage sind, solche von den Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus ausgehenden Tendenzen zu durchkreuzen.

Zu dieser alle Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens berührenden Frage, die in der wachsenden ideologischen Klassenauseinandersetzung einen nicht unerheblichen Platz beansprucht, nimmt ein neues Buch Stellung, das vor kurzem vom Akademie-Verlag in Zusammenarbeit mit der Redaktion der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität herausgegeben wurde. Sein Verfasser, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften unserer Universität, Prof. Dr. Elm, behandelt in sechs Kapiteln – bezeichnet als zeitgeschichtliche Studien – ausgewählte Probleme der Hochschulpolitik in der BRD, in denen sich ihr Verhältnis zum Faschismus und Neonazismus widerspiegelt. L. Elm legt eine imponierende Fülle von Material über Personen, Organisationen, Publikationen, Zeitungen und einzelne Aktionen dar, die eindeutig den Neofaschismus, sein Potential und seine Entwicklungstendenzen im Hochschulwesen der BRD charakterisieren. In der Darstellung überwiegt ein dokumentarischer, sachlich-nüchterner Stil, bei dem das Graubuch sowie die Bücher von Brüdigam und Seeliger unverkennbar Pate standen, der sich aber zugleich durch größte Wissenschaftlichkeit und konsequente marxistisch-leninistische Parteilichkeit auszeichnet. Der Verfasser zwingt den Leser zum Mitdenken und führt den Beweis seiner Thesen schlüssig und mit großer Überzeugungskraft. Alles Gerede von singulären, zufälligen oder rudimentären Erscheinungen, mit dem der Neonazismus in der BRD mit ihrem Hochschulwesen bagatellisiert und gleichzeitig begünstigt werden soll, wird für den Leser der vorliegenden Arbeit gegenstandslos. Vor ihm entsteht das makabre Bild eines Hochschuhwesens, das durch den imperialistischen Charakter der BRD geprägt ist, gleich welcher parteilichen Provenienz auch die jeweiligen Bundeskanzler entstammen mögen.

Der Untersuchungsgegenstand ist in den großen Rahmen der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus gestellt. Mit Recht geht der Verfasser von Einschätzungen und Auffassungen der Moskauer Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 aus, womit er sein Anliegen unterstreicht, einen Beitrag im ideologisch-theoretischen Kampf gegen den Imperialismus leisten zu wollen. Es geht ihm um den Nachweis, daß eine demokratische Alternative in der Hochschulpolitik der BRD antifaschistisch sein muß – wie das erst im Februar d. J. wieder von der Hamburger Konferenz des MSB Spartakus gefordert wurde. Es ist L. Elm völlig zuzustimmen, wenn er im Vorwort bemerkt: „Mit der Frage nach dem Verhältnis zu Faschismus und Neonazismus sind elementare Erfordernisse und Maßstäbe demokratischen und humanistischen Denkens und Handelns angesprochen worden." (S. VII) Das Buch gliedert sich in sechs Kapitel. Das erste befaßt sich mit der Hochschule und dem Neofaschismus in der BRD als zeitgeschichtlichem Gegenstand sowie als einer hochschulpolitischen Aufgabe. Danach wird die Rückkehr belasteter faschistischer Wissenschaftler, der sogenannten „amtsverdrängten" und „131er" Lehrkräfte an die Hochschulen als typisches Zeichen der Restaurationsprozesse behandelt. Das dritte Kapitel bietet außerordentlich reiches Material zu den Verfälschungen der historischen Wahrheit über den deutschen Faschismus und den zweiten Weltkrieg durch die „Deutsche Hochschullehrer-Zeitung", jenem berüchtigten Organ rechtsextremer Gruppen, das von Herbert Grabert herausgegeben wird. Im Kapitel IV wird den Diskussionen um die „braune Universität" und um die „Bewältigung der Vergangenheit" im Hochschulwesen der BRD nachgegangen, anschließend wurden die Rechtskräfte verschiedenster Schattierungen an den Univer-

sitäten und Hochschulen der BRD analysiert. Von besonderem Interesse sind dabei die Seiten über den Bund „Freiheit der Wissenschaft“, der im November 1970 entstand und eine neue Stufe im Prozeß der Sammlung aller reaktionären Hochschullehrer verkörpert. Abschließend werden die Ergebnisse formuliert, mündend in einer Darlegung wichtiger Grundfragen des Kampfes um die antiimperialistisch-demokratische, antifaschistische Alternative in Bildung und Wissenschaft.

Es ist hier nicht Platz und Gelegenheit, dem Buch eine ausführliche Würdigung zu geben, alle seine Forschungsergebnisse darzustellen oder die ihm anhaftenden geringfügigen Schwächen zu nennen. Das Buch gehört in die Hände recht vieler Hochschullehrer und Studenten, die es – dessen bin ich gewiß – mit großem Gewinn lesen werden.

Sozialistische Universität, Nr. 7, 17.04.1973.

Die Unverletzbarkeit der Grenzen ist eine Kernfrage der Sicherheit

Gedanken zum Vorabend einer historischen Konferenz

In einigen Tagen beginnt die erste Phase jener gesamteuropäischen Staatenkonferenz, die praktische Maßnahmen zur Gewährleistung der friedlichen Zukunft unseres europäischen Kontinents beraten und vereinbaren wird. Damit befinden wir uns nicht nur am Vorabend einer geschichtlich ohne Beispiel und Vorbild durchzuführenden Konferenz, sondern am Vorabend neuer politisch wichtiger Ereignisse, die von historischer Tragweite sein können.

Aus der Vielzahl breit gefächerter Aspekte der europäischen Sicherheit sei hier noch einmal einer besonders herausgegriffen: der Aspekt der Unverletzbarkeit der Grenzen Dies ist eine der Kernfragen der Sicherheit in Europa. Als solch hat es die Prager Deklaration vom 26. Januar 1972 formuliert, als solche wurde sie immer wieder von der Sowjetunion und den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages gestellt. Für ihre Lösung unternahm und unternimmt die sozialistische Staatengemeinschaft zahlreiche und vielfältige Bemühungen.

Wer sich in der Geschichte etwas auskennt, der weiß, daß vor allem die Anerkennung des Prinzips der Unverletzbarkeit der Grenzen die Grundlage von Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Staaten bildet. Waren es nicht gerade immer wieder die imperialistischen Forderungen nach Revision vorhandener Grenzen, die zu Spannungen, Konflikten und schließlich auch zu Aggressionskriegen führten? Keine noch so jesuitische Verdrehungskunst bürgerlicher Historiker kann diese Tatsache vergessen machen!

Imperialismus seit eh und je contra Grenzen

Dem Imperialismus sind der Drang nach der Erweiterung der Grenzen seines jeweiligen Machtbereiches, der Drang nach territorialer Eroberung und Annexion wesenseigen, seit die Grenzen zwischen den bürgerlichen Staaten in erbitterten, langwierigen Kämpfen entstanden sind. In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache zu sehen, daß im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die territoriale Aufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten vollzogen und beendet wurde, was Lenin bekanntlich als eines der Merkmale des Imperialismus bezeichnete.

Vom ersten, seinem Charakter nach imperialistischem Krieg – dem Krieg der USA gegen Spanien von 1898, der mit der Inbesitznahme der Philippinen, Guams, Kubas und Puerto Ricos durch die USA endete – bis zur Aggression in Indochina und im Nahen Osten, immer ging es um den Bruch des Völkerrechts, immer setzte sich der Imperialismus über die Anerkennung der Grenzen und der territorialen Integrität anderer, als schwächer eingeschätzter Länder hinweg. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt wurde mit allen ökonomischen, politischen und militärischen Mitteln geführt, er war und ist ein Ausdruck imperialistischer Raubgier und Aggressivität. Denken wir nur an das Programm der „Neuordnung Europas“, für dessen Realisierung das deutsche Finanzkapital die faschistische Diktatur errichtete und den zweiten Weltkrieg entfesselte – letzteres übrigens wiederum in enger Verbindung mit Grenzprovokationen und territorialen Ansprüchen. Die hitlerfaschistische Variante der „Neuordnung Europas“ bedeutete auf politischem Gebiet entweder die direkte Annexion ehemals souveräner Staaten, die Bildung profaschistischer Regierungen in den okkupierten Ländern, die Einrichtung von Reichskommissariaten oder die Bildung von neuen Satellitenstaaten mit reaktionären Regierungen.

Längere „Wartezeiten“ ändern nichts am Charakter

Überblickt man ein wenig solche historischen Zusammenhänge, wird man leicht entscheiden können, daß unsere Orientierung auf sichere Grenzen wirklich ein Kardinalproblem berührt und jene Politiker und Ideologen zwielichtige Ziele verfolgen, die die Grenzen und ihre Anerkennung umgehen wollen – und sei es auch nur in Form einer „friedlichen“ Revision im Rahmen eines Modus vivendi. Die gegenwärtig von den Imperialisten kalkulierte längere Wartezeit auf Grenzveränderungen ändert nichts am Klassenwesen des Imperialismus!

Sichere und völkerrechtlich anerkannte Grenzen können heute allein der Ausgangspunkt für erfolgversprechende Bemühungen um ein Übereinkommen zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und zur Gewährleistung der Sicherheit auf unserem Kontinent sein. Alle Maßnahmen und praktischen Schritte, die demnächst in Helsinki beschlossen bzw. eingeleitet werden, beruhen auf dem Bestreben der Länder unserer sozialistischen Staatengemeinschaft, Grenzprovokationen und territoriale Streitigkeiten auszuschließen und eine völkerrechtlich verankerte Sicherung der bestehenden Grenzen zu erreichen. Hier wäre beispielsweise an das Hauptdokument der Internationalen Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 zu erinnern, in dem für Europa vorrangig die Aufgabe gestellt wurde, die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen, insbesondere der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der DDR und der BRD, zu erkämpfen.

Europa war in unserem Jahrhundert schon zweimal Ausgangspunkt und Schlachtfeld von Weltkriegen in riesigen Ausmaßen. Jetzt steht es, wie Leonid Breschnew bei seinem letzten Freundschaftsbesuch in der DDR erklärte, an der Wende vom kalten Krieg zur Entspannung. Auf dem Wege zu dieser Wende bildeten die Verträge von Moskau und Warschau zwischen der UdSSR bzw. der Volksrepublik Polen und der BRD entscheidende Marksteine, nicht zuletzt deshalb, weil ihr Kern in der völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten, wie sie im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa entstanden sind, zu sehen ist.

Eine grundlegende Bedingung für den Frieden

Auch der Berliner Vertrag zwischen der DDR und der BRD, der vor wenigen Tagen von der Volkskammer gebilligt wurde und nun in Kraft trat, geht davon aus, „daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind“. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Otto Winzer, begründete den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD u. a. auch mit der unbestreitbaren Tatsache, daß das vereinbarte Gewaltverbot seine Wirkung nur dann uneingeschränkt auszuüben vermag, wenn es mit einer ebenso verbindlichen völkerrechtlichen Fixierung der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten im Zusammenhang steht. Er führte aus: „Nach den leidvollen Erfahrungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts haben die europäischen Völker alle Ursache, auf der Wahrung dieses Zusammenhangs zu bestehen ... Die in maßgeblichen Kreisen der BRD vertretene These von der Möglichkeit ‚friedlicher‘ Aufhebung von Grenzen durch Vereinbarung geht an den politischen Realitäten vorbei.“ Die Anerkennung der Grenzen muß unwiderruflich sein, anders geht es nicht!

In den Artikeln 4 und 6 des Berliner Vertrages wird bekräftigt, daß keiner der beiden Staaten über sein Staatsgebiet hinausreichende Hoheitsgewalt ausüben und keiner den anderen international vertreten kann. Das klingt normal und selbstverständlich, aber es erhält seine spezifische politische und rechtliche Bedeutung durch die bisherige Politik der BRD gegenüber der DDR, in der diese Völkerrechtsgrundsätze bislang mißachtet wurden. Die Gebietsansprüche der Regierungen unter Adenauer, Erhard und Kiesinger waren es, die zu Spannungen in Europa führten. Jetzt muß der bankrotte Revanchismus beiseite geräumt werden, jetzt kann die Regierung der BRD nicht länger die Realitäten der weltpolitischen Entwicklung ignorieren.

Obwohl heute mit Fug und Recht festgestellt werden kann, daß die Politik des kalten Krieges gescheitert ist, daß sich die Politik der friedlichen Koexistenz durchsetzt, müssen wir jene Bestrebungen berücksichtigen, die nach wie vor von der berüchtigten „Politik der Stärke“ auszugehen versuchen. So forderte erst kürzlich der Militärausschuß der NATO auf seiner Tagung in Brüssel den Ausbau der Rüstung und die Erweiterung des imperialistischen Militärpotentials. Dies erfolgte in enger Verbindung mit der Verfälschung unserer sozialistischen Friedenspolitik. Die alte These von der „Bedrohung aus dem Osten“ – mit ihr gingen schon die Nazis ans Werk der Vorbereitung und Entfesselung eines Krieges – soll neu genährt und geschnürt werden.

Ein alter Popanz und die neue Krakentheorie

Eine große westdeutsche Zeitung hat dafür sogar eine neue Theorie, die sogenannte Theorie vom sozialistischen Kraken, entwickelt. Sie schreibt, der „... kommunistische Osten (hat) uns nur vorübergehend aus dem Auge gelassen, um uns in Sicherheit zu wiegen. Er gibt sich scheu, defensiv – am Ende aber, wenn wir eingelullt sind, wird er um so unerbittlicher zupacken und uns in seine Saugnäpfe reißen.“ Nach dieser Theorie – man wagt beinahe nicht, den guten Begriff dafür zu verwenden! – sei die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten „... eine unanstößigere Taktik als die des direkten, überfallartigen Krakenzugriffs“ sowie „... nichts anderes als ein Beleg für die unabänderliche Zielsetzung der Bolschewiken, die Nichtkommunisten aufzuhängen – und sei es an Stricken, zu denen diese selber den Hanf liefern“.

Mag der Autor Theo Sommer, stellvertretender Chefredakteur der „Zeit“, sich davon in einigen ironischen Worten distanzieren wollen, den Popanz der „Bedrohung“ erhebt auch er! Wozu eigentlich? Was soll das in unserer jetzigen Entwicklungsphase, wo sich die Politik der Entspannung immer mehr Bahn bricht? Sollen damit nicht die Weiterführung des riesigen Rüstungsprogramms gerechtfertigt und die Entspannung behindert werden?

Auch daraus ergibt sich, daß die Grenzen endgültig durch völkerrechtlich wirksame Verträge gesichert werden müssen, daß aber gleichzeitig der enge Zusammenhang mit unserem Ringen um die starke Verteidigungskraft der sozialistischen Staatengemeinschaft nicht übersehen werden darf. Denn die Entspannung resultiert nicht aus einem Wandel des Imperialismus, aus seinem Verzicht auf mehr Profit, sondern aus der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus. Genosse Heinz Hoffmann betonte auf dem 9. Plenum des Zentralkomitees: „Die Gesetze der imperialistischen Ökonomie sind noch in Kraft, gebären Gewalt und erzeugen Gewaltmittel, täglich und stündlich.“ Dies nicht mehr sehen zu wollen, hieße die Sicherheit der Grenzen zwischen Sozialismus und Imperialismus, hieße letztlich den Frieden der Völker aufs Spiel setzen.

Volkswacht, 27.06.1973.

„Wir werden einmal zu euren Freunden gehören“

Gedanken zum 30. Jahrestag der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“

Juli 1943, Krasnogorsk. Verwundert, neugierig und nicht frei von Mißtrauen betrachten die Einwohner der kleinen, westlich von Moskau gelegenen Stadt die vielen Gruppen von Soldaten und Offizieren, in den Uniformen der verhaßten faschistischen Wehrmacht. Ohne Bewachung marschierten sie durch die Straßen. Die Blicke, die ihnen folgten, waren nicht immer freundlich, sie konnten es nicht sein, galten sie doch Deutschen, die wortbrüchig in ihr Land eingefallen waren und seit zwei Jahren einen barbarischen Krieg führten.

Einer der Delegierten schrieb später seine damaligen Gedanken nieder. Max Emendörfer, deutscher Kommunist und geflüchteter Soldat, empfand: „Laßt euer Mißtrauen, hätte ich den Menschen am liebsten zugerufen. Hier braucht ihr es nicht! Diese Deutschen sind hier, weil sie dasselbe erreichen wollen wie ihr! Ihnen könnt ihr vertrauen. Sie werden einmal zu euren Freunden gehören!“ Diese Gedanken bewegten viele von denen, die am 12. und 13. Juli 1943 in Krasnogarsk zusammengekommen waren, um ein Komitee von großer und weitreichender Bedeutung zu gründen, ein Komitee, das – von echtem Patriotismus und proletarisch-humanistischem Internationalismus getragen – in die Geschichte der brüderlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk eingehen sollte.

Aufklärungsarbeit der Kommunisten

Wenn heute vom heldenhaften antifaschistischen Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse, von ihrem Ringen um den Sturz des Hitlerfaschismus und die Beendigung des zweiten Weitkrieges gesprochen wird, erinnert man sich zwangsläufig und vor allem an das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, an die von ihm geleitete weltweite Bewegung „Freies Deutschland“, an seinen aktiven Beitrag zur Befreiung des deutschen Volkes. Das NKFD – die häufige Verwendung dieser Abkürzung spricht auch für seine große Bedeutung – gehört zur Traditionslinie in Geschichte und Gegenwart der Arbeiterbewegung, zu den unvergeßlichen und unvergessenen Höhepunkten des Klassenkampfes.

Wie kam es zu seiner Gründung? In allen Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion waren seit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR emigrierte deutsche Kommunisten tätig, die im Auftrage des Zentralkomitees ihrer Partei und mit Unterstützung der sowjetischen Genossen eine umfangreiche antifaschistische Aufklärungsarbeit leisteten. Die zahllosen Gespräche mit kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren der faschistischen Wehrmacht zeigten, welch starken Einfluß die antikommunistische und chauvinistische Lügenpropaganda der Nazis auf das Denken und Handeln dieser Menschen ausübte. Doch das war kein Hinderungsgrund, galt es doch, auch sie für den Kampf um eine neue demokratische Republik, für eine breite Volksfront gegen Hitler zu gewinnen.

Unter der Last des Erlebten

Vom 8. bis 10. Oktober des Jahres 1941 fand im Kriegsgefangenenlager Nr. 58 eine erste Beratung kriegsgefangener deutscher Soldaten mit Vertretern der KPD statt, in deren Ergebnis 158 Soldaten einen „Appell an das deutsche Volk“ beschlossen. Unter denen, die sich von der Last der erlebten Verbrechen des deutschen Faschismus befreiten und einen neuen Weg zu gehen bereit waren, befanden sich 113 Arbeiter, 13 Landarbeiter, 11 Bauern, 9 Angestellte sowie Angehörige der Mittelschichten und freier Berufe.

Dieser Appell leitete die antifaschistische Bewegung in den Kriegsgefangenenlagern auf dem Gebiet der UdSSR ein. Kaum jemand kam umhin, zu den Auffassungen der 158 Soldaten Stellung zu nehmen, neue Überlegungen anzustellen. In scharfen Streitgesprächen und langwierigen, an Komplikationen reichen Diskussionen hielten die faschistischen Argumente immer weniger stand. Der tiefen Wahrheit jener Worte „Hitlers Niederlage ist unvermeidlich! Hitlers Sturz ist des deutschen Volkes Rettung!“ aus dem Appell der 153 konnte man sich immer weniger entziehen.

Um den wachsenden antifaschistischen Widerstand in Deutschland wie auch außerhalb des Hilterschen Machtbereichs weiter zu fördern und ihn noch mehr zu verbreitern, war es mehr und mehr

notwendig geworden, alle Anstrengungen zu zentralisieren. Daher orientierte das Politbüro des Zentralkomitees der KPD, z. B. mit dem Beschluß von Anfang April 1942, auf die Vorbereitung einer großen Konferenz von Kriegsgefangenen und Emigranten aus allen Klassen und Schichten. Diese Konferenz sollte einen vorbereitenden Ausschuß für die Gründung eines Nationalkomitees oder gleich ein solches Nationalkomitee wählen.

Der arge Weg der Erkenntnis

Von diesem Beschluß bis zur Gründung des NKFD war ein weiter Weg. Beratungen und Kundgebungen, Aufrufe und Diskussionen erforderten ein hartes Arbeitsmaß von denen, die sich anschickten, alle Voraussetzungen für die Bildung eines Zentrums der breiten antifaschistischen Bewegung zu schaffen.

Mit direkter und unermüdlicher Hilfe der sowjetischen Genossen gelang es, die Mehrheit der kriegsgefangenen Soldaten und Offiziere zum Nachdenken zu bringen und damit zum ersten Schritt hin zu neuen Erkenntnissen.

So beschreibt der ehemalige Oberst Luitpold Steidle, der bei Stalingrad in Gefangenschaft geriet, sein erstes Gespräch mit einem sowjetischen Menschen: „Das erste Gespräch mit Professor Arnold endete bei Einbruch der Dunkelheit. Ein wirkliches Ende hatte es nie; es hinterließ eine Fülle von Fragen, die mich beschäftigten. Erlebnisse aus den beiden Weltkriegen drängten sich wieder in die Erinnerung ... Als ich noch der Begegnung mit Prof. Arnold ... der Unterkunft zustrebte, fühlte ich mich zum erstenmal seit langem wieder froh gestimmt. Kein oberflächliches Gerede ... lag hinter mir. Ein herausforderndes, irgendwie befreiendes und weiterhelfendes Gespräch war es gewesen ...“

Ähnliches ist in allen Erinnerungen und Darstellungen zu lesen, die von solchen bekannten Persönlichkeiten unserer Republik wie Wilhelm Adam („Der schwere Entschluß“), Egbert von Frankenberg („Meine Entscheidung“), Heinrich Homann („Der Weg in die Wahrheit“), Bernt von Kügelgen, Otto Kerfes, Hermann Lewerenz u. a. m. veröffentlicht worden sind.

Viele, die sich im Nationalkomitee und in der Bewegung „Freies Deutschland“ zusammenfanden, waren nicht freiwillig gekommen, sie sammelten aber rasch neue Erfahrungen. Eine magnetische Anomalie im Kursker Eisenerzgebiet hatte den auf den Kompaß seines Flugzeuges vertrauenden Major Egbert von Frankenberg gegen seinen Willen „angezogen“, danach begann er aber über die Frage zu grübeln, ob dies ein Zeichen oder ein sinnloser Zufall gewesen sei. In seinen Erinnerungen befand er schließlich: „Eine in diesem Land verborgene Kraft hatte mich aus meinem Blindflug gerissen. Ich war wirklich frei geworden zum Sehen.“

Die neue Sicht, erleichtert durch die Aktivität der sowjetischen und deutschen Kommunisten, führte zu neuen Erkenntnissen. Dazu trug in besonderem Maße bei, daß in den Kriegsgefangenenlagern und auf den antifaschistischen Schulen viele die Möglichkeit erhielten, ihre eigene Vergangenheit zu durchdenken und Lehren aus der Geschichte zu ziehen. In den Antifa-Schulen konnten sie sich zum größten Teil erstmalig mit den Klassikern des Marxismus-Leninismus und mit der demokratisch-humanistischen Literatur beschäftigen.

Deutsche Volksfront auf sowjetischem Boden

Die Gründung des NKFD erfolgte nicht zufällig auf dem Gebiet der UdSSR. Unter dem Einfluß der großen Schlachten und Wendepunkte des zweiten Weltkrieges brachten nicht wenige Soldaten und Offiziere die Unzufriedenheit der verschiedensten Klassen und Schichten des deutschen Volkes mit dem Naziregime und dem Hitlerkrieg sowie eine wachsende Sehnsucht nach Frieden mit in die Gefangenschaft. An der deutsch-sowjetischen Front hatten sie die Härte und die Sinnlosigkeit des faschistischen Krieges am deutlichsten zu spüren bekommen.

Erst in der sowjetischen Gefangenschaft lernten sie, konnten sie dem Lernen nicht mehr ausweichen. Die im Klassenkampf erfahrenen sowjetischen und deutschen Kommunisten leisteten dabei wertvolle Hilfe, geboren aus einer echten Einheit von Patriotismus und proletarischem Internationalismus.

Auch in anderen Ländern waren emigrierte deutsche Antifaschisten tätig, doch sie wurden oft durch die Regierungen behindert. Dagegen unterstützte die Sowjetunion jede Aktivität, die der schnelleren Herbeiführung des Friedens und der demokratischen Entwicklung der Völker zu dienen vermochte. Uneigennützig halfen die KPdSU und die sowjetische Regierung den deutschen Antifaschisten im NKFD. Dies konnte nicht anders sein – trotz der schwierigen Situation, in die das Sowjetland während des Großen Vaterländischen Krieges geraten war –, denn es entsprach dem sozialistischen Charakter der Gesellschafts- und Staatsordnung der UdSSR.

Heute der Gründung des NKFD zu gedenken, heißt vor allem an die gemeinsame Arbeit sowjetischer Kommunisten und deutscher Antifaschisten in den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges zu erinnern. Auch aus ihr erwuchs die feste Gemeinschaft der UdSSR und der DDR, auch von ihr leitete sich der unverbrüchliche, in die Zukunft weisende Bund unserer Völker her. Es ist gut zu wissen, auf welchen Schultern wir stehen im Ringen um die Vertiefung der deutsch-sowjetischen Freundschaft und um die Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft!

Volkswacht-Beilage, 14.07.1973, S. 2.

Gift aus der Mottenkiste

Nostalgie – Modetorheit, Schlagwort oder neuerlicher Mißbrauch der Geschichte unter der Herrschaft des Kapitals?

In westlichen Gefilden macht wieder mal ein schillerndes, klangreiches Wort die Runde: Nostalgie. Nun kennt ja sicherlich jeder modische Erscheinungen, die längst vergessene Torheiten in Kleidung, Lebensstil und Literatur aus der Mottenkiste holen und neu aufpolieren. Vielleicht fragt sich aber mancher normal Denkende, der Hedwig Courths-Mahlers rührselige Kitschgeschichten im Westen neu aufgelegt oder verfilmt sieht, der dieser Form, die Geschichte zu verwenden, mißtrauisch und prüfend gegenübersteht, ob nicht gerade bei der Nostalgie wesentlich mehr dahintersteckt als nur eine kurzlebige, harmlose (und natürlich kassenfüllende) Modeerscheinung.

Diese Frage scheint mir völlig berechtigt, und im folgenden soll das auch an einigen Erscheinungen und Formen dargelegt werden. Zunächst aber zum Begriff. Das Wort Nostalgie kommt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie heimwehkrank, sehnsuchtsvoll, gemütsbelastet. Nostalgie sei – so erklären es alte Lexika – eine unbefriedigte Sehnsucht nach Heimat, die mehr bei jugendlichen als älteren Menschen auftrete und sogar zur Krankheit und Tod führen könne.

Unbefriedigte Sehnsucht

Solche Stimmungen und Depressionen kommen tatsächlich hin und wieder vor. So wird z. B. berichtet, daß es in Frankreich bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bei Todesstrafe verboten war, den so genannten Kuhreigen zu singen oder zu pfeifen. Erklang diese Melodie, erlagen überall die in Garnison liegenden Söldner aus der Schweiz der Nostalgie, sie desertierten und zogen plündernd und marodierend in ihre Heimat zurück.

Uns kann es hier nicht um die Nostalgie schlechthin, sondern muß es um die neue Welle, um die neue Masche mit der Nostalgie gehen. Die Krise der bürgerlichen Ideologie, die seit langem existiert, hat bekanntlich die Notwendigkeit hervorgebracht, für den Imperialismus, für das Fesseln der Werktätigen an das imperialistische System, die Produktion von Ideologie enorm zu steigern, immer wieder neue Leitbilder und Gesellschaftskonzeptionen zu propagieren. Dazu gehört auch das Auftauchen so vieler Wellen – gleich, ob sie nun von Hippies oder Jesusanhängern, von Sex oder Porno, von Rauschgifthändlern oder sogenannten Kosmologen von der Art eines Erich v. Däniken getragen sind.

Nunmehr rollt seit etwa einem Jahr die Nostalgiewelle. Von ihr meinen manche bürgerlichen Theoretiker, sie könne in den kommenden Jahren Kultur und Kulturpolitik der gesamten westlichen Welt prägen. Die Industrie hat sich schon darauf eingestellt, und sie streicht sagenhafte Profite ein. Sie produziert im Bereich der Unterhaltung und des Showgeschäftes, der Wohnkultur und überall da, wo sich Gelegenheit bietet, alles das, was geeignet scheint, einen (wie es eine kritische BRD-Zeitschrift formulierte) für die Situation angemessenen „Verschnitt von Lebensüberdruß, Hoffnungslosigkeit, Melancholie, Apathie, Kitsch, reaktionären Denkklischees, Operettenmentalität und deutscher Innerlichkeit“.

Neue Mär von der guten alten Zeit?

Greifen wir nun den Kern, d. h. die nostalgisch verpackten „reaktionären Denkklischees“ heraus, so stoßen wir auf einen aufschlußreichen Mißbrauch der Geschichte. Denn eigenartigerweise wird aus der Vergangenheit gerade das belebt, was am reaktionärsten war und zu den flachsten Erscheinungen gehörte.

Für die Literatur ist bereits auf die Courths-Mahler verwiesen worden. Im Bereich der politischen Geschichte kommt es aber ausgerechnet zu einem Frühling der faschistischen Diktatur, zu einer Flut von Büchern und Filmen über Adolf Hitler – jenes Mannes also, der sich als Gröfaz (größter Feldherr aller Zeiten) feiern ließ und der die Völker für den deutschen Imperialismus in den 2. Weltkrieg trieb.

Es ist kein Zufall, daß sowohl die Nostalgiewelle als auch die Hitlerrenaissance in den USA entstanden und von dort aus den Markt der BRD und anderer imperialistischer Länder eroberten. Der ameri-

kanische Buchhandel registrierte im Herbst 1972 bereits 19 Titel über den Naziführer. Die Zeitung „National Observer“ meldete:

„Der Führer wird von Mal zu Mal größer an den Kiosken und in den Buchläden Amerikas“. – Ein Verleger war offenbar etwas ehrlicher und sprach weniger vom Geschäft, sondern davon, daß es besser wäre, vom Thema Vietnam abzulenken und die Verlagsproduktion auf „gängigere Bösewichte“ umzustellen: „Schließlich fühlt sich eine Menge Leute beim 2. Weltkrieg wohler als beim Vietnamkrieg“. (!)

Durchrieselt von heiligen Schauern

Der Hamburger „Spiegel“ wollte nicht nachstehen und wählte Hitler Anfang April 1973 zum fünften Mal als Titelfigur (nun allerdings nicht mehr als grob gerastertes Foto wie noch 1964!) und als Gegenstand einer Serie, die Altes aufwärmt und Neues aus Hitlers Privatbriefen und Eva Brauns Bilderalbum anbietet. Abscheulich frohlockt der „Spiegel“: „Adolf Hitler kehrt in das öffentliche Bewußtsein der Deutschen zurück.“

Noch einige andere Tatsachen:

Anläßlich des 40. Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland wurde in der BRD der „Völkische Beobachter“ vom 30. Januar 1933 als Faksimilenachdruck verbreitet. Romane und sogenannte Sachbücher, Filme und Fernsehserien werden am laufenden Band produziert. Hitlerbiographien sind aus vielen Verlagen angekündigt. Der Schriftsteller Walter Kempowski gab ein Buch „Haben Sie Hitler gesehen?“ heraus und veröffentlichte Antworten (im Untertitel großspurig als „deutsche Antworten“ bezeichnet!) der von ihm Befragten – darunter solche:

- „Meiner Tante, die als Mädchen bei einem Jubelempfang spontan die Absperrung durchbrechen mußte, ´hat er die Wange getätschelt, worauf sie sich wochenlang die Wange nicht mehr waschen wollte.“
- „... ein feiner Mann, dieser Hitler, ich akzeptier’ ihn heute noch!"
- „Als er unsere Front abschritt, waren wir durchrieselt von heiligen Schauern, daß man dem geliebten Führer gegenüberstehen durfte ...“

Verriegelung der Zukunft

Natürlich ist schon oft die Frage worden, wie so etwas möglich ist, worin die Ursachen einer solchen nostalgischen Hitlerschwemme zu suchen sind. Hans Habe, ein reaktionärer Kolumnist der Springerpresse, wagte es zu erklären, daß das Ganze nur ein „ungemein geschicktes Ablenkungsmanöver“ der Linken sei. Wörtlich schrieb er in der „Welt am Sonntag“ (18.2.1973) die verleumderischen Sätze:

„Wer den Linksextremismus verkaufen will, muß das Gespenst des Rechtsextremismus an die Wand malen. Das scheinbar unerklärliche Rätsel, warum sich ein großer Teil der westlichen Jugend der bankrotten Tyrannei des Sozialismus zuneigt, ist so rätselhaft nicht: Es handelt sich um eine Wiederholungsneurose ...“

In diesen Sätzen ist fast alles mit Fragezeichen zu versehen, ganz abgesehen davon, daß ein Blick in die politische Landschaft der Gegenwart genügt, um das Gerede von Bankrott und Tyrannei zu entlarven. Aber es stimmt, daß die Anziehungskraft des realen Sozialismus, des Marxismus-Leninismus immer größer wird. Der wachsenden Attraktivität *unserer* Ideologie soll entgegengewirkt werden – darum geht es letztlich Herrn Habe und der ganzen Nostalgiewelle.

Übrigens dürfte selbst einem Journalisten aus dem Hause Springer der Beweis dafür schwerfallen, daß die Autoren jener neuen Bücher über Hitler als Linke bezeichnet werden dürfen. Werner Maser z. B., Verfasser einer dickleibigen Hitlerbiografie und Autor der gegenwärtig laufenden „Spiegel“-Serie, wird dagegen zu protestieren haben – immerhin trug er sich seit 1941 mit dem Gedanken, über Hitler zu arbeiten. Im September 1944 wurde er dem SS-Führer Himmler schon als der „künftige Führerbiograph und Historiker des Nationalsozialismus“ vorgestellt.

Die Linken sind es nicht, die für jene neue Hitlerwelle verantwortlich zeichnen. Wohl aber all jene, die die Krise der bürgerlichen, menschenfeindlichen Ideologie zugunsten des Imperialismus aufheben, beenden oder zumindest überspielen möchten. Die geistige Herrschaft des Imperialismus, zu dem nun einmal auch der Faschismus gehört, soll gerettet werden. Dazu würde es passen, wenn ein großer Teil der Werktätigen zur Resignation getrieben werden könnte und aus der Wirklichkeit in eine verfälschte verharmloste Vergangenheit desertieren würde.

Die Funktion der Nostalgiewelle besteht also in der Verriegelung der Zukunft, genauer gesagt im Versuch dazu. Denn ebenso wie alle anderen Bestandteile der bürgerlichen Ideologie unterliegt auch das, was hier kurz vorgestellt werden konnte, der großen Krise und dem schnellen Verschleiß.

Volkswacht-Beilage, 17.08.1973, S. 2.

„... Amboß oder Hammer sein!“

Vor 40 Jahren wurde der Reichstagsbrandprozeß eröffnet

„Unter den Bajonetten und Stahlruten der Nazis, vor den gekauften oder eingeschüchterten höchsten Richten der gestürzten Republik, mit halbtot geprügelten Zeugen, enthüllte sich plötzlich zum Entsetzen der Welt das wahre Bild: Ein großes und zivilisiertes Volk war unter Ausnützung demokratischer Freiheiten von bewaffneten Banden, gedungen von intrigierenden Industrialisten und Militärs, aller seiner Freiheiten beraubt und zu Boden geschlagen worden. Die Angeklagten des Prozesses verwandelten sich in Ankläger, und der große Kämpfer Dimitroff wurde zum Sprecher des deutschen Volkes, das seiner Sprache beraubt worden war.“

(Bertolt Brecht)

Wer sich heute, 40 Jahre danach, der blutigen Ereignisse bei der Errichtung der faschistischen Barbarenherrschaft über Deutschland erinnert bzw. damit beschäftigt, stößt rasch auf jenen groß aufgemachten Schauprozeß vor dem IV. Strafsenat des faschistischen Reichsgerichtshofes zu Leipzig, der am 21. September 1933 begann und mit einer einzigartigen, den antifaschistischen Widerstandskampf außerordentlich belebenden Niederlage des deutschen Faschismus endete. Offiziell sollten die Ursachen eines Brandes im Reichstagsgebäude untersucht werden, in Wirklichkeit verfolgten die Naziführer und ihre willfährige Justiz genau andere Ziele.

Antrittsschurkerei der Nazis

Am 27. Februar des Jahres 1933, kurz nach 21 Uhr züngelten Flammen aus dem Gebäude des Reichstages in Berlin, das Feuer vernichtete den Sitz des Parlaments, das wenige Tage später – am 5. März – gerade wieder einmal neu gewählt werden sollte.

Hitler, Göring, Goebbels und andere Naziführer erschienen sofort am Ort des Geschehens. Zufällig (!) befand sich die ganze faschistische Prominenz in Berlin, obwohl doch der Wahlkampf auf vollen Touren lief, obwohl alle dauernd unterwegs auf Stimmenfang waren. Dieser wirklich merkwürdigen Tatsache gingen die Untersuchungsrichter nicht nach. Sie wollten und durften ja auch gar nicht die wahren Brandstifter ausfindig machen. So wie die Reichstagsbrandprovokation Ende Februar 1933 den Vorwand für eine brutale Welle der Verfolgung aller kommunistischen und demokratischen Kräfte geliefert hatte, sollte auch der Prozeß solchen Zwecken dienen.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Reichstagsbrandprozeß von keinem anderen, der in imperialistischen Ländern gegen Kommunistische Parteien und andere demokratische Organisationen geführt worden ist. Immer wurden Vorwände in den Mittelpunkt gestellt, die Anklagen konstruiert und Entscheidungen gegen den Fortschritt getroffen.

Natürlich gilt dies nicht nur für Prozesse, sondern auch für die meisten antikommunistischen Kampagnen, für bestimmte Aktionen und Schritte der Monopole gegen die Arbeiterklasse, denken wir nur an die Berufsverbotspraxis in der BRD und den gegenwärtigen Presserummel um die angebliche Opposition von Intellektuellen in der UdSSR.

Die Naziführer hofften 1933 im einzelnen,

- durch eine Verurteilung der Kommunistischen Partei Deutschlands als „Brandstifterin“ den faschistischen Terror rechtfertigen zu können, mit dem sie ihr Regime zu konsolidieren begonnen hatten und im Interesse der forcierten Vorbereitung auf einen neuen aggressiven Revanchekrieg weiterhin zu festigen trachteten;
- genügend Material zusammenzutragen, um „ein für allemal“ und ganz grundsätzlich mit den Kommunisten „abrechnen“ zu können, um das Ringen der Arbeiterklasse als anarchistischen Putschismus zu diskreditieren und eine neue antikommunistische Kampagne zu entfachen, da sich gerade im Sommer und Frühherbst des Jahres 1933 der antifaschistische Widerstandskampf neu belebt hatte;
- die in Deutschland und in der Weltöffentlichkeit immer lauter erklingenden Stimmen darüber, wer eigentlich das Reichstagsgebäude angezündet hatte, zu übertönen;

- mit dem Prozeß allen anderen imperialistischen Mächten zu demonstrieren, wie „siegreich“ der Kampf der Hitlerregierung gegen den Weltkommunismus geführt wird. Die deutschen Monopole und ihre neue Partei rechneten damit, mit einem solchen „Verdienst“ Zugeständnisse zu erhalten, vor allem hinsichtlich der in Gang gesetzten Aufrüstung.

Wende am dritten Tag

Der Prozeß begann am 21. September 1933. Ein halbes Jahr benötigten die Nazis, um eine Anklageschrift von 235 Seiten gegen Georgi Dimitroff, den Leiter des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale, und andere Kommunisten sowie den Kretin Marinus van der Lubbe zusammenzuzimmern. Sie war auf Vermutungen, Auslegungen und Kombinationen aufgebaut und beruhte auf zweifelhaften Zeugenaussagen.

An den ersten beiden Tagen konnten die Richter mit dem „normalen“ Verlauf zufrieden sein. Sie gaben sich zuversichtlich. Scheinwerfer strahlten auf, Mikrophone wurden geöffnet, Aufnahmegeräte aller Art für die Wiedergabe des Prozesses gegen den Kommunismus waren installiert. Für alle Ewigkeit wollte man mit dem Kommunismus abrechnen. Zahlreiche ausländische Journalisten hatten eine Zulassung erhalten, allerdings wurde der sowjetischen Presse erst später ein Platz eingeräumt. Alles schien im Sinne der Organisatoren zu laufen ...

Am 23. September begann das Gericht, Georgi Dimitroff zu verhören. Die Wende bahnte sich an, denn er gab der Verhandlung eine andere Richtung. Unter harten Bedingungen – fünf Monate lang waren ihm die Handschellen Tag und Nacht nicht abgenommen worden, und zeitweise mußte er ohne Brille arbeiten – hatte er sich in der Haft vorbereitet. Dabei war ihm rasch klar geworden, daß es nicht nur um ein Alibi für seine Person ging, wenn er sich verteidigte. Er mußte und wollte als Kommunist, als proletarischer politischer Funktionär auftreten, der im Gerichtssaal die Sache der Kommunistischen Partei und seine eigene Ehre als Revolutionär zu verteidigen hat.

Der 23. September war zufällig der zehnte Jahrestag des antifaschistischen Aufstandes in Bulgarien. Daran knüpfte Dimitroff bei seinem ersten Auftreten an. Vor dem staunenden Publikum und den Radiohörern entrollte er ein anschauliches Bild des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse seines Heimatlandes. Die heldenhaften Traditionen des Ringens bulgarischer Arbeiter und Bauern wurden lebendig.

Zweikampf mit dem Faschismus

Geschickt flocht er schon in die erste Rede ein, daß Kommunisten Aktionen des individuellen Terrors ablehnen, weil sie mit den marxistisch-leninistischen Prinzipien des Massenkampfes unvereinbar sind. Stolz erklärte er, ein proletarischer Revolutionär zu sein, dem der Kampf um den Sieg des Kommunismus der Inhalt des Lebens bedeute, der ein begeisterter Anhänger der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ein prinzipieller Gegner jeglicher Abenteuer sei.

Seine Worte waren alles andere als Verteidigung oder Suche nach Ausflüchten. Der Angeklagte ging zum Angriff über. Erbitterte Wortgefechte mit dem Senatspräsidenten Dr. Bünger, der alle Fragen ablehnte, sobald sie den Nerv der wirklichen Brandstifter trafen, folgten in den nächsten Tagen. Von wichtigen Sitzungen schloß man Dimitroff aus, als sich herausgestellt hatte, daß ihn auch der Entzug des Wortes nicht schreckte. Natürlich schraubten die Nazis alle Möglichkeiten für die Öffentlichkeit, am Prozeß teilzunehmen, auf ein Minimum zurück.

Fanal für einen Putsch?

Die Faschisten gerieten in eine keineswegs beneidenswerte Lage. Für die angeblichen Aufstandspläne der Kommunistischen Partei konnten sie nicht die Spur eines Beweises erbringen. Ihre großmäulige Ankündigung, die im Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD bis Februar 1933, gefundenen Dokumente zu veröffentlichen, wurde damals wie auch später nicht realisiert. Solche Aufstandspläne existierten auch lediglich in der groß aufgezogenen faschistischen Propaganda.

Mitunter halfen Goebbels-Schüler mit eigenen Produkten nach. Aus den Akten des Staatsarchivs Gotha geht z. B. hervor, daß ein SA-Mann in Nordhausen einen kommunistischen Aufstandsplan gefunden haben wollte. Es handelte sich um einen Stadtplan, in dem einige wichtige Gebäude mit Flammenzeichen versehen waren. Der SA-Mann mußte jedoch einige Tage darauf gestehen, den Plan selbst hergestellt zu haben. Begründung: „Ich wollte bezwecken, daß die Sozialdemokratie und die Kommunisten, die vor der nationalen Erhebung sehr aktiv waren, nicht vergessen würden."

Auf diesem Niveau bewegte sich auch die Leipziger Anklage gegen die KPD. Georgi Dimitroff ging es daher nicht allein um die einfache Widerlegung der Behauptung, die KPD habe mit dem Brand des Reichstages das Fanal für einen bewaffneten Aufstand geben wollen. Ihm lag daran, seine Widerlegung mit der Darlegung der richtigen Strategie und Taktik in der revolutionären Arbeiterbewegung zu verbinden.

Den bekannten Thüringer Kommunisten Theodor Neubauer fragte er z. B., ob die Partei sich Anfang 1933 die Aufgabe gestellt habe, einen unmittelbaren bewaffneten Kampf um die Macht zu führen. Genosse Neubauer erhielt so Gelegenheit, die richtige Linie der Partei vor einem größeren Kreis zu propagieren.

Seine Antwort lautete: „Nein, nach meiner Meinung hat sich die Partei eine solche Aufgabe nicht gestellt ... Die Direktiven sowohl für die Reichstagsfraktion als auch für die Organe der deutschen Kommunistischen Partei gingen dahin, daß die ganze politische Entwicklung davon abhängt, ob es gelingen würde, die Einheitsfront, die breite Massenfront der Arbeiter, auch der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, zu schaffen gegen den Nationalsozialismus. Auf diese Kardinalfrage ist die gesamte Arbeit konzentriert worden. Daß irgendein bewaffneter Aufstand bevorstünde, davon hat nicht das geringste verlautet. Das würden damals ich und alle andern für abwegig gehalten haben, denn die Situation war absolut nicht so, daß die Partei so etwas machen konnte. Unsere Direktive war die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse für die Streiks, für die Solidarität der Arbeitslosen mit den Arbeitern."

Die historische Wahrheit ist stärker

Die Geschichte wäre längst über den Reichstagsbrandprozeß hinweggegangen, gäbe es nicht auch heute noch Leute, die in irgendeiner Weise immer noch versuchen, die deutschen Faschisten von ihrer Schuld zu entlasten.

Für die Geschichte aber bleibt der heldenhafte Kampf Georgi Dimitroffs, bleibt der Sieg proletarischer Ideen und der internationalen Solidarität über die Nazis. Die Wirkung des Prozesses besteht schon heute vorwiegend in der Popularität seines Helden und seines Anliegens. Zutreffend formulierten daher die bulgarischen Autoren eines biographischen Abrisses, der vor kurzem auch in unserer Republik erschien: „Die Größe Dimitroffs zeigte sich nicht nur in seinem sprichwörtlichen Mut, in seinem großen Wissen, sondern auch in seinem Scharfblick, der ihn das Gebot der Zeit erkennen ließ ... Die Schlußfolgerungen, die Georgi Dimitroff aus dem Kampf mit dem deutschen Faschismus zog, besitzen auch heute noch volle Gültigkeit." Sein Auftreten zeugt von der richtigen Wahl, die er im Sinne des bekannten und von ihm zitierten Gedichtes von Goethe für sich getroffen hatte: „Ja, wer nicht Amboß sein will, der muß Hammer sein!" In Erinnerung wird bleiben, wie er den faschistischen Richtern das berühmte Wort vom Rad der Geschichte entgegenschleuderte: „Es dreht sich und wird sich drehen bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus!"

Volkswacht-Beilage, 21.09.1973, S. 2.

Unveräußerlicher Bestandteil unseres Geschichtsbildes

Gründung der KPD vor 55 Jahren

In wenigen Wochen jährt sich ein herausragendes Ereignis in der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, das mit Fug und Recht als ein Wendepunkt bezeichnet wird. Dieser Jahrestag steht am Beginn des Jahres 1974, das jetzt schon seine Konturen annimmt und erkennen läßt, um welche ideologischen Fragen es allgemein sowie in der Sektion Geschichte gehen wird. Wenn wir feststellen können, daß die Kräfte des Sozialismus und des Friedens gewachsen sind und sich das Kräfteverhältnis in der Welt zu ungunsten imperialistischer Kriegsabenteurer verändert, wenn wir Kurs auf den 25. Jahrestag der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik nehmen – so liegt der Zusammenhang mit dem Tag, an dem die KPD gegründet wurde, auf der Hand. Die Sektion Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität hat dies zum Anlaß genommen, im Rahmen ihrer gesamten Arbeit und nicht zuletzt auch während der Parteiwahlen gründliche Überlegungen zur ideologischen Arbeit anzustellen. Einige davon sollen hier genannt werden:

Wendepunkt und folgerichtiges Ergebnis des Klassenkampfes

• Sichtbarer Beweis für die Tatsache, daß die Gründung der KPD einen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung bedeutete, ist vor allem die erfolgreiche Geschichte der KPD und die Existenz unserer DDR, in der unter Führung der SED die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestaltet wird. Die Entstehung der KPD war Ausdruck der objektiven Gesetzmäßigkeiten in der geschichtlichen Entwicklung, sie befand sich in voller Übereinstimmung mit der neuen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitet wurde.

In unserer ideologischen Arbeit hat daher eine entscheidende Rolle zu spielen, daß mit der KPD in Deutschland der Grundstein für jene revolutionäre Partei gelegt wurde, die allein den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen für Frieden, Demokratie und Sozialismus zum Erfolg führen kann. Rosa Luxemburg bezeichnete es am 3. Januar 1919 in der „Roten Fahne“ als geschichtliche Legenden der bürgerlichen Geschichtsschreibung über Diskrepanzen zwischen der jungen KPD und der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands widerlegend: „Auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei wurde öffentlich kundgetan, daß, indem sie dem Proletariat eines jeden Landes, das den Kampf beginnt, die Hand reicht, sie im Bunde auf Leben und Tod mit der Kommunistischen Partei Rußlands, mit Sowjetrußland steht, das die Ketten schon zerbrochen hat und das mit dem Schwert in der Hand seine Existenz verteidigt“

Die Gründung war Ausdruck und Ergebnis nicht nur der revolutionären Entwicklung in Deutschland, sondern zugleich des weltrevolutionären Prozesses. Die aktive Zugehörigkeit zur weltweiten revolutionären Kampfgemeinschaft war in der Vergangenheit – wie die Geschichte der KPD lehrt – und ist in der Gegenwart wie auch in der Zukunft ein bedeutsames Kriterium proletarischer, sozialistischer Politik. Die SED ringt heute um die Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft und die Festigung der kommunistischen Weltbewegung im Geiste Ernst Thälmanns, der 1926 erklärte: „Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister ...!“ In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß sich die DKP auf ihrem jüngsten Parteitag ausdrücklich als „Teil des historischen Kampfes der kommunistischen Weltbewegung“ bezeichnete.

Frieden geht vom Sozialismus aus

• Die Geschichte der KPD und unserer auf den Traditionen und Erfolgen der KPD aufbauenden Sozialistischen Einheitspartei macht auch deutlich, wie hart und kompliziert der Klassenkampf verläuft. Dies zeigt sich heute vor allem im Kampf um die Sicherung des Friedens, in dem große Wachsamkeit gegenüber dem Imperialismus geboten ist. Nach wie vor gilt: Der Frieden geht vom Sozialismus aus; solange der Imperialismus existiert, ist der Friede gefährdet. Wir danken es aber heute auch jenem Ereignis vor 53 Jahren, wenn wir heute die Kräfte zurückzudrängen vermögen, die sich dem Prozeß der Entspannung und der Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz entgegenstellen.

Natürlich bildet der staatsmonopolistische Kapitalismus nach wie vor die objektive Quelle aggressiver Politik; aber diese ist in der Gegenwart stärker als früher wachsenden Gegenwirkungen ausgesetzt, die den Absichten und Zielen der herrschenden Kreise in den imperialistischen Ländern entgegenstehen und abenteuerliche Schritte zur Störung des Friedens einzudämmen und zu verhindern in der Lage sind.

Auseinandersetzung mit allen Spielarten bürgerlicher Ideologie

• Die Geschichte der KPD ist eng mit dem Namen Ernst Thälmann verbunden, dessen 90. Geburtstag am 16. April 1976 schon jetzt die Arbeit von Historikern prägt und die des Jugendverbandes in einiger Zeit prägen wird.

• Einen breiten Raum wird in der ideologischen Arbeit der Sektion Geschichte auch die Auseinandersetzung mit den verschiedensten Formen des Antikommunismus einnehmen. Dieser hat in der Geschichte bewiesen, daß auf seiner Grundlage keine erfolgreiche Politik betrieben werden kann, daß er blind macht und den friedliebenden Massen nur zum Nachteil gereicht.

• Nicht zuletzt veranlaßt uns der 55. Jahrestag der Gründung der KPD, den Kampf gegen den Opportunismus in allen rechten und „linken“ Spielarten zu verstärken. Die Geschichte der KPD zeigt, wie ernst dieser Kampf genommen werden muß, wie notwendig die ideologische Einheit und Geschlossenheit der Partei ist, wenn sie die historische Mission der Arbeiterklasse zu verwirklichen trachtet.

Wichtige Lehren vermittelt

Die Novemberrevolution und die Gründung der KPD vor fast 55 Jahren gehören heute zu den unveräußerlichen Bestandteilen des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes. Sie sind geeignet, der Herausbildung und Entwicklung sozialistischer Überzeugung zu dienen und vermitteln außerordentlich wichtige Lehren für alle Prozesse beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, bei der Vertiefung des Bruderbundes mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern sowie in der politischen und ideologischen Auseinandersetzung mit dem Klassengegner.

1918/19 bildeten die Kommunisten nur eine kleine Partei. Heute bestimmen jene Ideen, die den Beschlüssen des Gründungsparteitages zugrunde lagen, bereichert durch die internationalen und die eigenen Erfahrungen, das Denken und Handeln von Millionen. Das konnte erreicht werden, weil die KPD eine richtige Orientierung gab, die auf den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus beruhte und in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen stand.

• Die Gründung der KPD war das folgerichtige Ergebnis des jahrzehntelangen Ringens der deutschen Arbeiterklasse. Sie führte jedoch nicht nur die marxistischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung fort, sie war zugleich ein entscheidender Schritt zum Marxismus-Leninismus.

Die Gründung der KPD schlug die Brücke von Karl Marx und Friedrich Engels sowie dem Bund der Kommunisten, von August Bebel und Wilhelm Liebknecht sowie der revolutionären Sozialdemokratie bis in unsere Gegenwart. Insofern gebietet es der Jahrestag der Gründung der KPD selbst, nicht bloße Rückschau auf Leistung und Traditionen zu halten, sondern Grundprobleme unserer Zeit anhand wichtiger geschichtlicher Erfahrungen und Zusammenhänge zu beraten und zu diskutieren.

Lebensbund mit der KPdSU

• Die KPD entstand mitten im Feuer erbittertster Klassenschlachten und als wichtigstes Ergebnis der Novemberrevolution des Jahres 1918, sie wurde im Zeichen des Bruderbundes mit dem Sowjetland, der Freundschaft mit dessen Kommunistischer Partei und der weiteren Aneignung des Leninismus geboren. Die KPD stand von Anfang an fest auf dem Boden des proletarischen Internationalismus.

Sozialistische Universität, Nr. 20, 11.12.1973.

Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und Faschismus-Theorie

In unserer Zeit, die hauptsächlich von der Kraft des Sozialismus, von seiner Auseinandersetzung mit dem Imperialismus um die Realisierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz geprägt wird, gewinnt der ideologische Klassenkampf zunehmend an Bedeutung. Dieser erstreckt sich auch auf geschichtswissenschaftliche Fragen, darunter auf das Problem der historischen Bewertung von Wesen, Funktion und Rolle des Faschismus. Bürgerliche Historiker haben mit großer Intensität immer wieder nachzuweisen versucht, daß der Faschismus 1945 vor allem mit dem Tode Hitlers zu Ende gegangen sei und die Lehren des Kampfes gegen den Faschismus heute keine Aktualität mehr besäßen. Faschistische Kräfte und Bewegungen existieren jedoch in fast allen imperialistischen Ländern, wenngleich sie nicht unmittelbar mit dem „klassischen" Faschismus identisch zu sein brauchen. Nachdrücklich wies unlängst der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, B. Ponomarjow, auf folgende Tatsache hin:

„Faschistische Bewegungen verstärken sich dann, wenn das kapitalistische System besondere Schwierigkeiten durchlebt, wenn das Großkapital nicht in der Lage ist, seine Herrschaft im Rahmen der bürgerlichen Gesetze aufrechtzuerhalten, und sich Methoden der terroristischen Diktatur zuwendet. In solchen Momenten wächst das Verlangen nach dem Faschismus, und diese Nachfrage ist, wie es scheint, heute in vielen Hochburgen des Kapitals sehr groß. Die äußersten rechten Kreise sind bemüht, die Unzufriedenheit mit der existierenden Gesellschaftsordnung demagogisch zur Stärkung ihres Einflusses auszunutzen."[1]

Nach wie vor bildet der staatsmonopolistische Kapitalismus die objektive Quelle faschistischer Entwicklungstendenzen, wobei diese in der Gegenwart stärker als in den ersten beiden Perioden der allgemeinen Krise des Kapitalismus Gegenwirkungen ausgesetzt ist, die den Absichten und Zielen der herrschenden Kreise entgegenstehen und die in der Lage sind, die von den Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus ausgehenden Tendenzen zu durchkreuzen.[2] Der wachsende Widerspruch zwischen der ständig angestrebten und in vielfältiger Weise auch praktizierten Negation der Demokratie durch das Monopolkapital einerseits und den sich verstärkenden demokratischen Bestrebungen der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes andererseits verpflichtet die revolutionäre Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern, jederzeit bereit zu sein, auch die Pläne der extrem reaktionären Kräfte zu verhindern. Das setzt die Beschäftigung mit allen wesentlichen faschistischen Strömungen und Ideologien sowie die genaue Kenntnis der marxistisch-leninistischen Theorie über den Faschismus und ihrer Entstellung durch bürgerliche und rechtssozialdemokratische Theoretiker voraus.

Der vorliegende Artikel versteht sich daher als ein Beitrag über die Diskussion zu Faschismus und Faschismustheorie, die seit einigen Jahren in den Reihen antiimperialistisch-demokratischer Kräfte der BRD geführt wird, als ein Beitrag zur Entlarvung des vielfältigen Mißbrauchs, der mit dem Begriff Faschismus in den Schriften staatsmonopolistischer Apologeten getrieben wird, aber auch als ein Versuch, in der Auseinandersetzung mit imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Auffassungen die Grundpositionen der marxistisch-leninistischen Faschismus-Analyse zu erhärten. Wenn heute von der Führung der Sozialistischen Einheitspartei mit großem Nachdruck darauf verwiesen wird, daß der Imperialismus gegen den Sozialismus „alles mobilisiert, alles an die ideologische Front wirft, was an nichtsozialistischem Gedankengut existiert ...", dann gilt es sorgfältig zu beachten, in welch hohem Maße sich alle bürgerlichen Theorien, „von den konservativsten und profaschistischen Ideologien über Chauvinismus und Rassentheorien, von liberalen und bürgerlich-parlamentarischen Vorstellungen und einer Unzahl sich modern gebender philosophischer Ismen, bis hin zu jeder Form der Abweichung Verfälschung und Entstellung der Ideen der Arbeiterklasse"[3], der theoretischen Quellen des Sozialde-

---

1 B. Ponomarjow, Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses. In: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971, S. 87.

2 Vgl. Max Schmidt, Thesen zur Entwicklung des imperialistischen Herrschaftssystems. In: IPW-Berichte, hrsg. vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin, 1. Jg. (1972), H. 3, S. 10.

3 Werner Lamberz, Über die Aufgaben von Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages. In: Neues Deutschland, Berlin, 17.11.1972.

mokratismus bedienen. Es wird nachzuweisen sein, wie imperialistische Ideologen der Gegenwart altes theoretisches Gut der Revisionisten und Reformisten der Arbeiterbewegung erneut zur Grundlage „neuer“ antisozialistischer Ideologien nehmen.

Der Verlauf der Geschichte hat seit 1935 immer wieder die Richtigkeit der Ausführungen Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erwiesen. Hier wurde in Fortführung des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am konzentriertesten der Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus dargestellt, der in der berühmten Definition, der Faschismus „an der Macht ... ist ... die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“[4], seinen Niederschlag fand. Erinnert sei auch an die dieser Definition folgenden Ausführungen, in denen es u. a. heißt:

„Aber welche Maske der Faschismus auch aufsetzen, in welchen Formen er auch auftreten und auf welchem Wege auch immer er zur Macht gelangen mag: der Faschismus – das ist die grausamste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen; der Faschismus – das ist der zügelloseste Chauvinismus und Raubkrieg; der Faschismus – das ist die wütende Reaktion und Konterrevolution; der Faschismus – das ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen!“[5]

Seit der Entstehung faschistischer Bewegungen und Diktaturen wurden die mit ihnen verknüpften Erscheinungen von Marxisten-Leninisten in ihrer Komplexität, in ihrem Klassencharakter und in ihren Konsequenzen richtig erfaßt.[6] Insbesondere die Kommunistische Internationale verfolgte seit dem IV. Weltkongreß im Jahre 1922 mit großer Aufmerksamkeit und mit tiefgründigen Einschätzungen die Entwicklung des Faschismus und drang rasch zum Kern der Sache, zu den seit 1917 existierenden neuen Bedingungen des Klassenkampfes sowie den Vorgängen innerhalb der Monopolbourgeoisie, vor.[7] Demgegenüber erfaßten die sozialdemokratischen und auch die bürgerlich-demokratischen Theorien von ihrer Entstehung in den zwanziger und dreißiger Jahren an immer nur einige Merkmale faschistischer Bewegungen und Regimes, etwa den Rassismus und Nationalismus, die soziale Demagogie und die kleinbürgerliche Massenbasis, den Terrorismus und das militaristische Führer-Gefolgschafts-Prinzip. Das Wesen des Faschismus wurde nicht erfaßt, eine geschlossene Faschismus-Theorie konnte nicht entwickelt werden.

Die einzelnen beobachteten und dargestellten Merkmale speisten jedoch die Totalitarismus-Doktrin, die von äußeren Erscheinungen ausgehend völlig unterschiedliche historische Prozesse auf eine ver-

---

4 Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 525.

5 Ebenda, S. 530.

6 Vgl. Erwin Lewin, Zur Faschismus-Analyse durch die Kommunistische Internationale (1922-1923). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (künftig BzG), 12. Jg. (1970), H. 1, S. 44-59; Elfriede Lewerenz, Zu einigen Fragen der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale in Vorbereitung des VII. Weltkongresses (1933-1935). In: BzG, 13. Jg. (1971), H. 5, S. 733-750.

7 Aus der Vielzahl der Dokumente und Schriften hervorragender Arbeiterführer sei hier auf das Referat von Clara Zetkin verwiesen, das sie auf der erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Juni 1923 gehalten hat und in dem es hieß: „Was will die Bourgeoisie? Sie erstrebt den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Unter den gegebenen Umständen hat die Verwirklichung ihres Zieles eine erhebliche Steigerung und Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats zur Voraussetzung. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß sie allein nicht über die Machtmittel verfügt, um den Ausgebeuteten solches Los aufzuzwingen. Mit den Skorpionen des hereinbrechenden Elends gezüchtigt, fangen zuletzt auch die dickfelligsten Proletarier an, gegen den Kapitalismus zu rebellieren. Die Bourgeoisie muß sich sagen, daß unter diesen Verhältnissen auf die Dauer auch die milde, burgfriedliche Predigt der Reformsozialisten ihre einschläfernde Wirkung auf das Proletariat verlieren wird. Sie rechnet damit, daß sie das Proletariat nur noch mit Hilfe von Gewaltmitteln unterwerfen und ausbeuten kann. Aber die Machtmittel des bürgerlichen Staates beginnen teilweise zu versagen. Er büßt immer mehr die Finanzkraft und die moralische Autorität ein, seine spezifischen Sklaven in blinder Treue und Unterwürfigkeit zu binden. Die Bourgeoisie kann die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln ihres Staates allein erwarten. Sie braucht dafür eine außerlegale, außerstaatliche Machtform.“ Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1923, S. 211.

gleichbare Ebene zu bringen versuchte. Ihr lag das klassenindifferente Demokratie-Diktatur-Schema Karl Kautskys[8] zugrunde, wobei totalitär synonym für antiparlamentarisch verwendet wurde, um zunächst bestimmte Erscheinungen des imperialistischen Staates, bestimmte Tendenzen zum „totalen" imperialistischen Staat in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus widerspiegeln zu können. Die Totalitarismus-Doktrin war im Grunde für alle bürgerlichen Ideologen, die sich in gewisser Weise gegen die faschistische Entwicklung stellten und einen „Dritten Weg" zwischen Sozialismus und der extrem reaktionären Herrschaftsform des Imperialismus suchten, die einzige theoretische Grundlage aller Auffassungen über den Faschismus.

Der sich nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entwickelnde Sozialdemokratismus begegnete sich mit der Totalitarismus-Theorie in der beiden gemeinsamen Ablehnung der marxistischen Lehre vom Klassencharakter des Staates. Eine eigenständige Faschismus-Theorie wurde vermieden, sorgsam wurde versucht, die Auffassungen über den Faschismus von der Leninschen Theorie des Imperialismus abzugrenzen. Neue Tendenzen der bürgerlichen Faschismusforschung werden daher erst verständlich, wenn ihr Zusammenhang mit den verschiedenen Entwicklungsstufen der Totalitarismus-Doktrin dargestellt werden kann.

Die Genesis der Totalitarismus-Doktrin zeigt, daß ihre Ansatzpunkte sowohl antikommunistische als auch antimilitaristische, antifaschistische Züge aufwiesen, daß letztere teilweise sogar die anderen überwogen. Dies ist einer der Gründe, die ihr zu so großem Einfluß verhalfen, weshalb heute bei den imperialistischen Ideologen aller Spielarten die Tendenz vorherrscht, gerade diese Elemente des Antifaschismus und des Antimilitarismus zu bagatellisieren und umzudeuten.[9] Bei aller Widersprüchlichkeit, die in vielen Arbeiten z. B. von solchen Ideologen, die der Sozialdemokratie angehörten oder nahestanden wie Hermann Heller, Franz L. Neumann, Filippo Turati oder auch des bürgerlich-liberalen Wirtschaftstheoretikers Wilhelm Röpke steckt, ist deren gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr gerichtetes Ziel nicht zu übersehen. Für Turati bedeutete der Faschismus „ständig drohenden Krieg"[10] und selbst Röpke stellte noch 1947 fest, der Faschismus sei für ihn die „widerlichste Erscheinung" des Totalitarismus.[11] Neumann bezeichnete die Idee des totalen Staates, das Führerprinzip, die Rassentheorie und die Lebensraum-Politik als die ideologischen Hauptelemente des totalitären Faschismus, meinte aber, daß der Hitlerfaschismus nicht nur von seiner Ideologie her verstanden werden könne. Diese diene nur den kapitalistischen Bestrebungen des Nationalsozialismus zur Verschleierung des Klassenkampfes.[12]

Jene Autoren, die bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren Faschismus und Sozialismus gleichsetzten, waren sich jedoch der Unterschiede sehr wohl bewußt. Francesco Nitti, der 1925 Italien verlassen mußte, betrachtete in seinem Buch „Bolschewismus, Faschismus und Demokratie" den Kommunismus als Wiederaufnahme der französischen Revolution, er enthalte – bei all seinen Fehlern, die er glaubte feststellen zu müssen – mehr als bloße Gewalt, während der Faschismus kein Ideal besitze.[13] Ernst Nolte bedauert deshalb, daß vor allem die Jahre von 1933 bis 1939 „die große Zeit" der sozialistischen (gemeint sind sozialdemokratischen, M. W.) Theorien über den Faschismus gewesen seien und es „sehr viel häufiger ein Wiederauferstehen von Marx als eine Kritik an ihm" gegeben habe.[14] Damit erfaßt Nolte jedoch nur einen Aspekt in der ideologiegeschichtlichen Entwicklung. Es waren rechte sozialdemokratische Politiker wie Otto Wels, Curt Geyer, Rudolf Hilferding und Fried-

---

8 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 3, S. 60 f.

9 Vgl. Walter Schlangen, Der Totalitarismusbegriff Grundzüge seiner Entstehung, Wandlung und Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", Bonn, B 44/70 v. 31.10.1970.

10 Filippo Turati, Faschismus, Sozialismus und Demokratie (1928). Abgedruckt in: Theorien über den Faschismus, hrsg. von Ernst Nolte, Köln/(West-)Berlin (1970), S. 143-155.

11 Wilhelm Röpke, Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt a.M., 1947.

12 Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933-1944. New York 1963, (Nachdruck der 2. Aufl. von 1944), S. 98 ff.

13 Francesco Nitti, Bolschewismus, Faschismus und Demokratie. München 1926, S. 54. Ähnlich auch: Erwin von Beckerath, Wesen und Werden des faschistischen Staates. Berlin 1927, S. 154.

14 Ernst Nolte, Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus. In: Theorien über den Faschismus, hrsg. von Ernst Nolte, Köln/(West-)Berlin (2./1970), S. 52.

rich Stampfer, die bereits in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg die These von der „Wesensgleichheit“ zwischen Faschismus und Sozialismus in Umlauf brachten.

Während die sogenannten demokratischen Mächte der imperialistischen Welt sich in der Antihitlerkoalition mit der Sowjetunion zum Kampf gegen die faschistischen Mächte verbündeten, erreichte die antikommunistische und antisowjetische Grundorientierung der sozialdemokratischen Führung eine neue Stufe. Gerichtet gegen die sich verstärkenden Bestrebungen linker Sozialdemokraten und auch nichtproletarischer demokratischer Kräfte, die Einheits- und Volksfrontpolitik der KDP zu unterstützen, dominierte nach dem 22. Juni 1941 z. B. in der in New York erscheinenden „Neuen Volkszeitung“ die Besorgnis, „... daß jetzt eine prorussische Stimmung aufkäme“.[15] Joachim Radkau, Autor einer Publikation über die deutsche Emigration in den USA, sah sich zu folgender Erkenntnis gezwungen:

„Auch ohne viel Psychologisieren läßt sich erkennen, wie ein Teil des Hasses, der dem Nazismus gilt, auf den Kommunismus umgelenkt wird: denn den nazistischen Gegner kann man nicht greifen, wogegen es Kommunisten im Exil in nächster Nähe gibt. In der Emigration werde die Selbstbehauptung gegen die KPD und die mit der KPD zusammenarbeitenden Linksgruppen zur Aufgabe Nummer eins für die SPD-Führung, zum Hauptinhalt dessen, was ihr noch an praktischer Politik verblieben war ... Während des Exils bestand in der SPD die Tendenz, daß sich die Ablehnung des Kommunismus zum Antikommunismus entwickelte.“[16]

Mit dem Begriff „Selbstbehauptung“ wird zwar versucht, die Ursachen der antikommunistischen Politik rechter sozialdemokratischer Führer zu verfälschen, doch vermag dies den Kern der Aussage nicht zu verändern.

Mit den wachsenden Erfolgen der Sowjetischen Armee im Kampf gegen die faschistischen Heere und hauptsächlich nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Faschismus setzte erst ein allgemeiner Prozeß ein, der die Umfunktionierung des Antifaschismus durch den Antikommunismus zum Gegenstand hatte. Die Totalitarismus-Doktrin entledigte sich eines Teils ihrer ursprünglichen Elemente, sie wurde nunmehr zu einer eindeutigen antisozialistischen und antisowjetischen Theorie entwickelt, deren Zweck es war, das starke antifaschistisch-demokratische Bewußtsein der Volksmassen in den imperialistischen Ländern, das als politischer Faktor nach dem zweiten Weltkrieg wirkte, seines antiimperialistischen Gehalts zu berauben und ihm eine neue, eine antikommunistische Stoßrichtung zu weisen. Das entsprach der Strategie des Weltimperialismus, der sich in seiner Hoffnung getäuscht sah, die Kraft der Sowjetunion werde im zweiten Weltkrieg geschwächt, und nun versuchte, den Sozialismus zurückzudrängen. Das entsprach aber auch den Interessen der Monopolbourgeoisie in den westdeutschen Besatzungszonen, ihre Macht zu restaurieren, was nur unter dem die tatsächliche Verantwortung für den Faschismus verhüllenden Mäntelchen „Demokratie“ und „Antifaschismus“ möglich war.

Demagogisch wurde der Kampf gegen den Sozialismus als notwendige Konsequenz des Antifaschismus hingestellt, wobei man sich auch auf einige antikommunistische Tendenzen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler zu stützen verstand.[17]

Darin war mehr als eine bloße Verlagerung und Neubestimmung ideologischer Akzente zu sehen, die Totalitarismus-Doktrin wuchs an zu einer Funktion der Politik des Kalten Krieges. Es ist dies die

---

15 Vgl. Joachim Radkau, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933-1945. (Düsseldorf 1971), S. 159.

16 Ebenda, S. 162 f.

17 An die Kommunisten gerichtet, hatte z.B. Leopold Schwarzschild 1937 geschrieben: „Kämpfen wir gegen Hitler; solange Ihr es wollt, sind wir in einem Lager. Aber je näher die gemeinsame Gegnerschaft die Reihen aneinanderführt, umsomehr ist sorglich darauf zu achten, daß nicht auch die Geister sich vermischen; umsomehr ist zu wachen, daß Ihr nur ein Teil bleibt und nicht die Gelegenheit findet, weder geistig noch tatsächlich, Euch zum Ganzen zu machen; umsomehr werde ich das meine tun, zu hindern, daß Euch das gelinge. Denn wenn es wirklich darum ginge, den Terror nur durch den Terror abzulösen, die Diktatur Hitler durch die Diktatur Stalin: das wäre nicht wert, auch nur einen Finger zu rühren.“ Leopold Schwarzschild, Zwei Despotien (Schluß). In: Neues Tage-Buch, 5. Jg., H. 35 v. 28.8.1937.

entscheidende Phase in der Geschichte der Totalitarismus-Theorie gewesen. Sie wurde weitgehend von solchen Ideologen wie Sigmund Neumann[18], Hannah Arendt[19], C. J. Friedrich[20] und auf geschichtswissenschaftlichem Gebiet von Gerhard Ritter[21], in gewisser Weise auch von Karl Dietrich Bracher[22] geprägt. Aus dieser Zeit gibt es im Grunde keine bürgerliche und keine sozialdemokratische Darstellung zur Geschichte des Faschismus, die es sich nicht zum Ziel gesetzt hätte, am konkreten historischen Stoff die antikommunistische und antisowjetische Stoßrichtung der Totalitarismus-Doktrin zu erhärten.

Aus eindeutig politischen Gründen hielten es die imperialistischen Ideologen auch in der zweiten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht für opportun, eine Theorie über den Faschismus zu entwickeln und sich eingehender mit Wesen und Funktion anstelle mit einzelnen Erscheinungen zu beschäftigen. selbst Ernst Nolte kommt nicht umhin, diese Tatsache festzustellen. Im August 1969 sprach er auf dem Kongreß „Der Faschismus und Europa“ in Prag zum Thema „Der Faschismus als Problem in der wissenschaftlichen Literatur der jüngsten Vergangenheit“ und erklärte:

„Daß der Begriff des Faschismus allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt, hängt offenbar damit zusammen, daß er einen unverkennbar gesellschaftskritischen Akzent (!, M. W) hat und daher in einer Periode (gemeint sind, die Jahre 1945 bis etwa 1960, M. W.) wenig brauchbar schien, für welche die Vorzüge der westlichen Demokratie so evident waren ... So wurde das Thema des Faschismus für ein Jahrzehnt nahezu so etwas wie eine italienische Spezialität ...“[23]

Aufgrund der Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis mußte es mit dem Beginn der 60er Jahre auch zu Anpassungstendenzen in der Totalitarismus-Theorie kommen. Die Ergebnislosigkeit der Politik des Kalten Krieges, des „roll back“, spiegelte sich auch in der Tatsache wider, daß die Totalitarismus-Doktrin ihre Wirkung als Mittel der Meinungsmanipulation zu verlieren begann. Es regten sich erste kritische Stimmen gegen die „Klassiker“ der Auffassungen über den Totalitarismus. Die Diskussion über die Frage, welche „Reichweite“ diese Theorie besitze, brachte erste partielle Veränderungen mit sich. Die unaufhaltsame Kräfteveränderung zugunsten des Sozialismus zwang den Imperialismus zu einer flexibleren und differenzierteren Taktik in der antikommunistischen Propaganda sowie in der Apologetik des kapitalistischen Systems. Die Modifikationen der Totalitarismus-Doktrin und damit auch der Auffassungen über den Faschismus sind Ausdruck der Anpassungsstrategie des Imperialismus an seine veränderten Existenzbedingungen. Ihre Ziele, ihr Wesen und ihre Funktion wandelten sich jedoch nicht. Der Imperialismus mußte sich von der im wesentlichen defensiv wirkenden Totalitarismus-Doktrin lösen, weil diese immer weniger in der Lage war, sich als eine in sich geschlossene, konstruktive Alternative zur Gesellschaftsauffassung des Marxismus-Leninismus darzubieten. Er benötigte eine eigenständige Kommunismusforschung und in gleicher Weise nunmehr auch eine mehr oder weniger komplexe Faschismus-Theorie[24], da die Oberflächlichkeit der Totalitarismus-Doktrin zu offensichtlich geworden war. Für die sich verstärkende Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, für das geplante ideologische Eindringen in die sozialistischen Länder erwies sich die Grundidee des Totalitarismus als zu primitiv und unglaubwürdig, nicht zuletzt

---

18 Vgl. Sigmund Neumann, Permanent Revolution. Totalitarianism in the Age of International Civil War. London, 2./1965. (Zuerst 1942: The Total State in a World at War).

19 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Frankfurt a. M. 1955.

20 Carl Joachim Friedrich, Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957.

21 Gerhard Ritter, Vom Problem der totalitären Demokratie. In: Diogenes, Nr. 7/8.

22 Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 4./1964; ders., Voraussetzungen des nationalsozialistischen Aufstiegs. Einleitung zu: ders., Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Köln, Opladen 2./1962.

23 Ernst Nolte, Der Nationalsozialismus. Frankfurt a. M., (West-)Berlin. Wien (1970), S. 197.

24 Das Bedürfnis nach einer wirklichen Theorie über den Faschismus wurde oft artikuliert. So forderte z.B. Theodor Schieder eine „umfassende Faschismustheorie“, die auch die „Frage nach dem Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus“ berücksichtigen soll, um der Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus „gerecht“ werden zu können. Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. II, Freiburg, Basel, Wien 1967, Sp. 472, Stichwort „Faschismus“.

dank der Erfolge der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR.[25] Hinzu kam, daß die Totalitarismus-Doktrin nicht länger geeignet schien, der Vertiefung der inneren Widersprüche in den imperialistischen Ländern entgegenzuwirken, ja sich sogar als für den Imperialismus „gefährlich" erweisen konnte, indem sie eine gewisse Grundlage für den Kampf gegen neue „autoritäre" bzw. „totalitäre" Tendenzen bot. Bezeichnend dafür dürfte hier die Tatsache sein, daß sich z.B. Karl Dietrich Bracher an den Aktionen demokratischer Kräfte gegen die Ausarbeitung und Durchsetzung der Notstandsverfassung in der BRD beteiligte.

Der bekannte Politologe Peter Christian Ludz formulierte als einer der ersten den Übergang zu einigen neuen Aspekten der Totalitarismus-Doktrin. 1961 beklagte er, daß die „Wandlungen der Organisation und der Herrschaftsstruktur, die Dynamik und die sich neu bildenden Kräfte innerhalb der Gesellschaft ... mit dem herkömmlichen Totalitarismusbegriff kaum erfaßt werden" können, sein Ansatz lasse „... keinen Raum für eine sinnvolle Deutung und damit die Möglichkeit einer theoretischen Bewältigung der Dynamik bolschewistischer Systeme."[26]

Der Verfasser versuchte, einen Weg vom „kategorischen, starren idealtypischen Denken" zu einem „historisch-empirisch-analytischem Systemdenken" zu finden, wobei in die Totalitarismus-Doktrin auch solche Faktoren wie die soziale Struktur, der soziale Wandel und soziale Konflikte einbezogen werden sollten.[27]

Bei diesem „Neuansatz", der ähnlich auch von H. Zimmermann, O. Stammer und H. J. Lieber[28] gesucht wurde, ging es also lediglich

- in politischer Hinsicht um eine weitere und präzisierte Zielstellung der Doktrin gegenüber dem Sozialismus, dessen Lebenskraft und Realität nicht weiter geleugnet bzw. in plumper Manier mit dem Faschismus identifiziert werden konnte;
- in wissenschaftstheoretischer Hinsicht um eine „Soziologisierung", um eine „soziologische Umformulierung" der Totalitarismus-Doktrin, von der man sich mehr „Seriosität" erhoffte[29];
- in ideologischer Hinsicht um eine weitere Bagatellisierung des Faschismus, die zugleich Grundlagen dafür schaffen sollte, die starken neofaschistischen Tendenzen in vielen imperialistischen Tendenzen für die neue Phase der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus nutzbar zu machen.

Diesen Tendenzen stand der Versuch zur Seite, die Totalitarismus-Doktrin durch ihre „Übersteigerung" zu retten und in der alten Linie zu halten. Martin Drath „entdeckte" ein sogenanntes Primärphänomen des Totalitarismus, demgegenüber alle anderen Merkmale von sekundärer Bedeutung wären. Unter dem „Primärphänomen" wollte er das „Ziel" verstehen, ein „neues gesellschaftliches Wertungssystem durchzusetzen, das bis in die ‚Metaphysik' hinein fundiert wird."[30] Das sei zugleich entscheidend für die Unterscheidung des Totalitarismus vom Autoritarismus, wobei letzterer „lediglich" die politische Kontrolle des Staates über seine Bürger beinhalte. Autoritäre Regime wurden in diesem Sinne schließlich sogar noch als Demokraten verstanden (z. B. Spanien und Portugal!), weil „... sie nicht ideologisch sind und daher Freiheitssphären außerhalb des politischen Bereichs zulas-

---

25 Vgl. P. Ju. Rachsmir, Sovremennye tendencii burzuaznoj istoriografii fasisma (Gegenwärtige Tendenzen der bürgerlichen Historiographie über den Faschismus). In: Novaja i novejsaja istorija, 1971, H. 6, S. 27.

26 P. C. Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismusforschung. In: Politische Vierteljahresschrift 1961, H. 2, S. 322 f.; ders., Totalitarismus oder Totalität ? In: Soziale Welt, 1961, H. 12, S. 133 f.

27 P. C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft. In: Soziologie der DDR. Sonderheft 8/1964 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 11 ff.

28 Vgl. Hartmut Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme. Ein Diskussionsbeitrag zur Anwendbarkeit des Totalitarismusbegriffs. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1961, H. 12, 5. 193 ff.; Otto Stammer, Aspekte der Totalitarismusforschung. In: Soziale Welt, 1961, H. 12, 5. 97 ff.; Hans Joachim Lieber, Ideologie und Wissenschaft im totalitären System. In: Wissenschaft im totalen Staat. Hrsg. von Walter Hofer, München 1964, 3. 11 ff.; ders., Totalitarismus. Aspekte eines Begriffs. In: ders., Philosophie – Soziologie – Gesellschaft. Gesammelte Studien zum Ideologieproblem. (West-)Berlin 1965, 5. 213 ff.

29 Walter Schlangen, a. a. O., S. 25.

30 Martin Drath, Totalitarismus in der Volksdemokratie. Einleitung zu Ernst Richert, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln/Opladen 1963, S. XXVI ff.

sen.“[31] Damit war selbst innerhalb der von den bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Ideologien beeinflußten Kreise keine Aufmerksamkeit zu erzielen, allenfalls besaßen solche Versuche eine Funktion für die kontinuierliche Fortführung der Totalitarismus-Doktrin in ihrer herkömmlichen Variation im Bereich der plumpen (deshalb jedoch nicht weniger gefährlichen !) Massenpropaganda.

Die bedeutende Zäsur, die mit dem Übergang zur dritten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus gegeben ist und die auf deutschem Boden vor allem im 13. August 1961 ihren Ausdruck fand, führte im Bereich der Geschichtsschreibung über den Faschismus[32] zu drei wesentlichen Erscheinungen:

erstens zu einem „Neuansatz“ der Auffassungen über den Faschismus und zu ihnen Konzentration im Rahmen einer Faschismus-Theorie vor allem durch Ernst Nolte, den eine Verschärfung des antikommunistischen Grundzuges der Totalitarismus-Doktrin mit einer scheinbaren Absage an sie verband, *zweitens* zur Vervielfachung konkret-historischen Untersuchungen, die nachzuweisen hatten, daß der Faschismus aus dem Schema des Totalitarismus ausgeklammert werden müsse, sowie *drittens* zu einen Vertiefung demokratischer und sozialistischen Auffassungen über Faschismus und Neonazismus.

Diesen drei Erscheinungen sollen die folgenden Ausführungen gewidmet sein.

Die erste Erscheinung ist unmittelbar mit dem Winken Ernst Noltes verbunden.[33] In scheinbaren Modifikation und Ablehnung der Totalitarismus-Doktrin konstruierte er aus der These von der Wesensgleichheit zwischen Faschismus und Sozialismus die These, daß zwischen beiden ein kausaler Zusammenhang bestehe. Nolte unterstellte, es hätte ohne den Marxismus, ohne die Große Sozialistische Oktoberrevolution keinen Faschismus gegeben. In diesem Sinne ist seine Definition zu sehen:

„Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einen radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, im Rahmen nationalen Selbstbehauptung und Autonomie.“[34]

Ähnlich war kurze Zeit von Nolte bereits Gustav Adolf Rein vorgegangen, der den Faschismus als notwendigen „Antibolschewismus“ zu rechtfertigen versuchte und historische Parallelen nutzbar machen wollte. Er erklärte:

---

31 Otto Heinrich von der Gablentz, Einführung in die Politische Wissenschaft. Köln und Opladen, 1965, S. 272.

32 Zu den allgemeinen Fragen der Geschichtsschreibung in der BRD und ihren Entwicklungstendenzen seit 1961 vgl. Gerhard Lozek, Neueste Tendenzen in der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung und -ideologie (Eine informatorische Analyse). In: Einheit, Berlin, 25. Jg. (1970), H. 10, S. 1334-1346.

33 Nolte war jedoch nicht der einzige, der dem Bedürfnis der imperialistischen Ideologie entgegenkam. Vgl. Iring Fetscher, Faschismus und Nationalsozialismus. Zur Kritik des sowjet-marxistischen Faschismusbegriffs. In: Politische Vierteljahresschrift, 3. Jg. (1962). H. 3, S. 42-63; Eugen Weber, Varieties of Fascism. Doctrines of Revolution in the 20 th Century, Princetown, Toronto, New York, London 1964; Internationaler Faschismus 1920-1945 (München 1966).

34 Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 51. Diese Definition ist im zweiten Buch von Nolte, Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen. (Stuttgart 1966), S. 64 ff. fortgeführt worden. Dort werden sechs Charakterzüge des Faschismus formuliert:
„1. Der Faschismus entstand auf dem Boden der bis dahin schwersten Krise des liberalen Systems, die jedoch nicht aus einer Niederlage, sondern aus einem hyperbolischen Sieg hervorging ...
2. Der Faschismus war unmittelbar aus dem Kriege geboren und in seiner frühesten Erscheinungsform nichts anderes als eine Vereinigung von Kriegsteilnehmern zur Verteidigung des Sinnes dieses Krieges gegen eine weitverbreitete Verneinung ...
3. Zum Bürgertum stand der Faschismus in dem merkwürdigen Verhältnis einer nichtidentischen Identität. Er machte sich zum Vorkämpfer der bürgerlichen Hauptintention: der Bekämpfung des marxistischen Revolutionsversuchs gegen die bürgerliche Gesellschaft im ganzen. Aber er unternahm diese Bekämpfung mit Methoden und mit Kräften, die den bürgerlichen Denk- und Lebenstraditionen fremd waren ...
4. Der Faschismus weist eine eigentümliche Nähe zum Gegner auf ...
5. Der längst bekannte Nationalismus wird vom Faschismus übernommen und zu einem praktischen Höhepunkt geführt ...
6. Die Tendenz zur Ideologie ist auch Im frühen italienischen Faschismus schon erkennbar ...“

„Bonapartismus und Faschismus sind Kinder der europäischen Revolutionen. Vor 1789 und vor 1917 konnte es diese beiden historischen Phänomene nicht geben. Wie der Bonapartismus der ersten Phase den Revolution, der bürgerlich-liberalen zugehört, so ist der Faschismus mit den zweiten Phase, der proletarisch-sozialen Revolution verbunden."

Hitler erschien bei diesem erzkonservativen Historiker als der „Anti-Lenin mit lenischen Zügen."[35] Sowohl Nolte als auch Rein können jedoch nicht als die „Entdecker" solcher Weisheiten bezeichnet werden. Auf dem Kieler Parteitag der SPD im Jahre 1927 erklärte Arthur Crispien, daß die faschistische Pest dort am ärgsten wirken könne „wo die Arbeiter über ihre Kraft hinaus vorgestoßen sind."[36] Clara Zetkin hatte bereits 1923 die gleichen Auffassungen rechter Sozialdemokraten treffend entlarvt, als sie in ihrer Rede von der Konferenz des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ausführte:

„Für sie ist den Faschismus nichts als Terror, Gewalt, und zwar bourgeoiser Reflex der Gewalt, die von seiten des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft ausgegangen ist oder die ihn angedroht wird. Für die Herren Reformisten spielt die Russische Revolution dieselbe Rolle wie für die Bibelgläubigen der Apfelbiß im Paradies ... Als ob kein imperialistischer Raubkrieg gewesen wäre und keine Klassendiktatur der Bourgeoisie existierte."[37]

Clara Zetkin zitierte wiederholt den Austromarxisten Otto Bauer, hinter dessen Auffassung der „... reformistische Glaube an die Stärke, die Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Ordnung, der bürgerlichen Klassenherrschaft und das Mißtrauen, den Kleinmut gegenüber dem Proletariat als bewußtem, unwiderstehlichem Faktor der Weltrevolution"[38] stecke. Solche Theorien mußten bei der Abwehr den faschistischen Bestrebungen desorientierend wirken, sie werden heute wieder aufgegriffen, um den engen Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart mit neu aufgeputzten, im Wesen aber alten Mitteln und Methoden zu vertuschen.

Auf dieser Grundlage gelangte Nolte zur Bewertung des Faschismus als eines „epochegestaltenden Prinzips". Prononciert stellt er das dem Epochegedanken des Marxismus-Leninismus entgegen. Sogar der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wird dafür bemüht: Angeblich enthielt er das „... fundamentale Eingeständnis, daß nicht die proletarische Revolution die neuartigste, alle übrigen Mächte zur Stellungnahme zwingende Kraft der Epoche war, sondern der Faschismus."[39] Der Faschismus selbst wird hauptsächlich aus geistesgeschichtlichen Ursachen sowie aus der Krise des Liberalismus abgeleitet, der Klassenkampf und die historische Mission der Arbeiterklasse, gegen die sich ja der Faschismus primär richtete, werden geleugnet. Soziale Fragen wirft Nolte nur auf, wenn es um die Massenbasis des Faschismus geht. Mit den völligen Herauslösung aus dem Klassenkampf soll versucht werden, den Faschismus von den Klassenkräften zu trennen, die für ihn die historische Verantwortung tragen.[40] Die marxistisch-leninistische Faschismus-Analyse diffamiert er als „grob-

---

35 Gustav Adolf Rein, Bonapartismus und Faschismus in der deutschen Geschichte. Göttingen (1962), S. 1 und 30 f.

36 Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 238.

37 Protokoll der Konferenz ..., a. a. O., S. 205.

38 Ebenda. Weiter heißt es bei Clara Zetkin: „Die Reformisten sehen im Faszismus den Ausdruck der Unerschütterlichkeit, der alles übertreffenden Kraft und Stärke der bourgeoisen Klassenherrschaft, der das Proletariat nicht gewachsen ist, gegen die den Kampf aufzunehmen, vermessen und vergeblich ist. Es bleibt ihm so nichts anderes übrig, als still und bescheiden zur Seite zu treten, den Tiger oder Löwen der bürgerlichen Klassenherrschaft ja nicht durch den Kampf für seine Befreiung, für seine Diktatur zu reizen, kurz, auf Gegenwart und Zukunft zu verzichten und geduldig abzuwarten, ob man auf dem Wege der Demokratie und Reform ein Weniges vorwärts kommen könne."

39 Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen. München 1966, S. 123.

40 Das zeigt sich auch in seiner Auseinandersetzung mit Seymour Martin Lipset, Der „Faschismus", die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg. (1959), S. 401-444. Lipset war von dem objektivistischen Gedanken ausgegangen, daß es sowohl demokratische als auch extremistische Bewegungen der „Oberklasse", der „Mittelklasse" und der „Unterklasse" gäbe und nur der Extremismus der Mittelklasse als Faschismus bezeichnet werden dürfe. Dagegen polemisiert Nolte: „Es läge näher, verschiedene Erscheinungsformen oder Phasen des Faschismus zu unterscheiden, die jeweils in stärkerem Maße von einem bestimmten Extremismus der Ober-, Mittel- oder Unterschicht geprägt wären, und damit würde ebenso die differenzierte Einheit des Phänomens wie sein relativ klassenloser (oder besser allklassenmäßiger) Charakter in den

schlächtige Agententheorie Dimitroffs“. Das ganze mündet unten dem Tarnmantel den Option für eine liberale Gesellschaft in eine raffinierte, aber nicht undurchschaubare Apologie des Faschismus, in dessen Rechtfertigung. So verwundert es auch nicht, daß Nolte in den von ihm herausgegebenen „Theorien üben den Faschismus“ eine Anzahl offen faschistischer Ideologen zu Wort kommen läßt.[41]

Die zweite Erscheinung in den imperialistischen Theorien über den Faschismus, die mit dem Übergang zur dritten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus zusammenhängt, verkörpert ebenfalls keine wirklich neue Tendenz, sondern wiederum nur eine Modifikation vorhandener Auffassungen. In einer Vielzahl von Werken der bürgerlichen einschließlich den rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung zu konkret-historischen Themen wird der Faschismus aus dem Totalitarismus-Schema auszuklammern versucht, wodurch dessen antikommunistische Stoßrichtung – speziell gerichtet gegen die klassenmäßige Analyse des Faschismus durch die marxistisch-leninistischen Historiker – noch wirksamer wenden soll, da nunmehr das „‚Totalitäre‘ ausschließlich auf den Sozialismus und die kommunistische Weltbewegung bezogen werden kann.“[42]

Nach der Welle der offenen Rechtfertigungs- und Rehabilitierungsliteratur, die bis in die 50er Jahre die BRD überschwemmte[43], dominierten Werke, in denen die Geschichte der faschistischen Diktatur in die Kontinuitätslinie der Machtausübung des deutschen Imperialismus einzuordnen versucht wurde. Dabei schob man folgende Thesen in den Vordergrund:

a) Das „Dritte Reich“ sei grundsätzlich kein totalitären Staat gewesen. Den Begriff „totalitär“ wird mit Hilfe eines einfachen Tricks nur insofern auf den Faschismus bezogen, als er die „monolithische“ Machtausübung gemeint haben solle. Dieser Gedanke durchzieht vor allem das 1969 erschienene Buch „Den Staat Hitlers“ von Martin Broszat. Hier heißt es u. a.:

„Die neuere Spezialliteratur üben die nationalsozialistische Zeit hat manche älteren, allzu einfachen Begriffe von der Natur, Entwicklung und Wirkungsweise des Hitler-Regimes nachdrücklich in Frage gestellt, namentlich die Vorstellung eines monolithischen Machtsystems, eines machiavellistisch-durchrationalisierten Superstaates, wie sie verschiedentlich von politikwissenschaftlicher Seite unter dem Oberbegriff des Totalitarismus ... suggeriert worden ist.“[44]

Broszat bemüht sich in seiner Darstellung, alle „hierarchisch-monolithischen“ Elemente des faschistischen Regimes anzuzweifeln und an ihrer Stelle die „polykratisch-anarchistischen“ Faktoren als von zentraler Bedeutung auszugeben.

Andere Autoren sprechen sogar von „chaotischen Führungsstrukturen“, die ihre Grundlagen bereits in der gleichartigen Entwicklung der inneren Verhältnisse der Nazipartei vor 1933 besessen hätten.[45] Das faschistische Regime sei durch seine „Systemlosigkeit, Improvisation und Uneinheitlichkeit“ charakterisiert.[46] Es sei daher nicht mehr möglich, den Begriff des Staates anzuwenden, man müsse vom „Führerstaat“ bzw. vom „Prozeß der ‚Entstaatlichung‘ des öffentlichen Lebens“ sprechen, in dessen Verlauf sich „außerstaatliche Exekutivorgane“ gebildet, die lediglich und „von vornherein auf Hitlers politische Pläne und Methoden“ orientiert gewesen wären.[47] Das nationalsozialistische Herrschaftssystem habe sich überhaupt nur „in Fahrt“ halten lassen durch den „ungebundenen Machttrieb seinen

---

Blick kommen.“ Vierzig Jahre Theorien ..., a. a. O., S. 70. – Der Schritt von dieser Position zu dem von Habermas 1967 geprägten Begriff des „Linksfaschismus“ ist nicht sehr groß.

41 So z. B. Giovanni Gentile, Benito Mussolini und Joseph Goebbels.

42 Vgl. Gerhard Lozek, a. a. O., S. 1338.

43 Vgl. Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung. Hrsg. von Gerhard Lozek, Helmut Meier, Walter Schmidt und Werner Berthold, Berlin 1970, S. 202 f.

44 Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Entwicklung (München 1969), S. 9.

45 Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumente und Analysen. Hrsg. Albrecht Tyrell, Düsseldorf 1969, S. 9.

46 Martin Broszat, a. a. O.

47 Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam. In: Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, Olten-Freiburg 1965, S. 21 f.

rivalisierenden partikularen Funktionsträger“.[48] In den Chor jener, die sich derart bemühten, mit Hilfe „strukturgeschichtlicher“ Darstellungen das faschistische Herrschaftssystem zu rehabilitieren, konnten sich auch die extrem reaktionären und konservativen Ideologen einreihen, weil es zu ihren Auffassungen keine prinzipiellen Unterschiede gab. In einer Annotation des Buches von Reinhard Bollmus[49] erklärte Armin Mohler, seines Zeichens Adenauer-Preisträger, daß der Autor einen „lehrreichen Einblick“ in das gebe, was man 1933 bis 1945 „... in ironischem Jargon die ‚NS-Kampfspiele‘ nannte: das wenig verhüllte Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen, in Konkurrenz zueinander stehenden ‚Apparate‘ innerhalb den NS-Bewegung ... Dem aufmerksamen und unvoreingenommenen Beobachter bot sich schon damals (!, M. W.) das überraschende Bild einer teilweise ‚freien Konkurrenz‘, und für den nicht an diesem Machtkampf Beteiligten bot sich in dem Spiel, sofern er geschickt operierte, die Möglichkeit zur Schaffung begrenzten Freiheitsraumes. Allmählich beginnt sich die Wissenschaft dieser komplizierten Struktur des Dritten Reiches klar zu werden, nachdem ... das primitive monolithische Bild dieses Regimes (etwa in der Art von Kogon) durch den Aufweis einer pluralistischen Struktur des Dritten Reiches ersetzt“ worden ist.[50]

So wie sich die Monopolbourgeoisie der BRD in den letzten Jahren insgesamt genötigt sah, auf die Theorie vom „Pluralismus“ und den „pluralistischen Demokratie“ zurückzukommen und zu betonen, daß es für den imperialistischen Staat „zum Pluralismus keine Alternativen“[51] gäbe, entwickelten die bürgerlichen Faschismustheoretiker auch ein neues, vom „Pluralismus“ gekennzeichnetes Bild von der Geschichte der Diktatur des Hitlerfaschismus. Das faschistische Herrschaftssystem wurde „aufgelöst“ in einem mehr oder weniger als „normal“ zu betrachtenden Rahmen von Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen und Verbänden. Als spezifisches Merkmal wurden lediglich die Methoden des Machtapparates bzw. der Person Hitlers zur „Schlichtung“ der Konflikte betrachtet, wodurch der imperialistische Staat selbst in seiner faschistischen Gestalt nicht als Instrument den herrschenden Klasse, sondern als angeblich überparteiliche Institution darzustellen versucht wird. Die Übernahme von Elementen der „Pluralismus“-Konzeption in die bürgerliche Faschismus-Theorie widerspiegelte ganz deutlich sowohl das Scheitern jenen Konzeption, die eine Stabilisierung des imperialistischen Systems mit Hilfe von konservativ-autoritären Mitteln unter dem Leitbild einer „formierten Gesellschaft“ vorsah, als auch den beginnenden Übergang eines wachsenden Teils der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu den vor allem von der SPD[52] propagierten Thesen, nach denen eine Systemstabilisierung vorwiegend mittels bürgerlicher Reformen unter Ausnutzung parlamentarischer Formen der Machtausübung effektiver sein soll.

b) Zwischen dem Staat und der Nazipartei soll im Rahmen der faschistischen Diktatur ein „prinzipieller Antagonismus“[53] bestanden haben. Für diese Auffassung sind von allem die Arbeiten von Hans Mommsen[54] und Hans-Adolf Jacobsen[55] repräsentativ. In ihnen widerspiegelt sich das ideologische Interesse den Monopolbourgeoisie an ihrem wichtigsten Herrschaftsinstrument, dem Staat. Das Bedürfnis nach einer ungebrochenen „deutschen Staatstradition“ führte zur Eingliederung selbst der fa-

---

48 Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Parteigefüges in der NSDAP. Stuttgart 1969, S. 212.

49 Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970.

50 Das Historisch-politische Buch, XIX. Jg. (1971), H. 8, S. 244 f.

51 Die Welt, Hamburg, 20.3.1972. Zit. in: Anneliese Werner, Neue Tendenzen in den imperialistischen Pluralismus-Konzeptionen. In: IPW-Berichte, 1. Jg. (1972), H. 6, S. 23.

52 Auf die geistige Verwandtschaft der reformistischen und der imperialistischen Vertreter der Pluralismus-Konzeption weist hin: Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Berlin 1971, S. 199 ff. und S. 481.

53 Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner Staatsverwaltung. München 1969, S. 27; interessanterweise läßt sich die Idee dieses „Antagonismus“ auch auf einen frühen sozialdemokratischen Theoretiker zurückführen. Hermann Heller wollte schon 1929 einen organisatorischen Dualismus von Partei und Staat im faschistischen Italien feststellen und prägte dafür den Begriff „gespaltener Staat“. Hermann Heller, Europa und der Faschismus. Berlin, Leipzig 1929, S. 101.

54 Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966.

55 Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938. Frankfurt a. M. 1968. Hier konstruiert J. einen Dualismus zwischen den von ihm als staatszersetzend charakterisierten „nichtstaatlichen Dienststellen der NSDAP“ und den „bewußten Staatsdienern“ im Auswärtigen Amt. Die Aggressivität der faschistischen Außenpolitik sei Ergebnis der Partei-Dienststellen gewesen!

schistischen Herrschaftsperiode in die kompromittierte geschichtliche Kontinuitätslinie.[56] Aus dem Klassenkampf wird ein Kampf zwischen „staatstragenden“ und „staatszerstörerischen“ Kräften, wobei die faschistische Diktatur von den Gegensätzen zwischen beiden, d. h. zwischen „Staat und Partei“ zerrissen worden sei und nur als „Karikatur“ eines totalitären Staates aufgefaßt werden könne.[57] Diesen etatistischen Gedanken zufolge ist es nicht schwierig, den Kreis den „staatszerstörerischen“ Kräfte sehr stark einzuengen, ihn auf Hitler und einige Personen seinen näheren Umgebung zu reduzieren. Das bedeutet wiederum, daß alle anderen für den Faschismus verantwortlichen Kräfte, die großen Monopole, die Wehrmachtsführung, der Beamtenapparat und sogar Teile der Nazihierarchie, in einem „positiven“ Licht gezeichnet werden können, ein Vorgang, den nicht ohne Berechtigung als „Entteufelung des Dritten Reiches“ charakterisiert worden ist.[58] Mommsen sieht speziell im Beamtentum den „Bewahren der staatlichen Substanz“ und konstruiert eine „Unvereinbarkeit preußischer Staatstradition und nationalsozialistischen Herrschaftsstils“. Das „a-staatliche Denken Hitlers“ und „das ständige Ummodeln den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen“ habe zum Niedergang der staatlichen Ordnung geführt.[59]

Mit diesen Konstruktionen wurde in der Geschichtsschreibung der BRD Abstand von der Literatur genommen, die nach 1945 den faschistischen Staat als eine diskontinuierliche Erscheinung wertete und dies auch mit einen relativ weitgehenden Kritik an ihm verbanden. Nunmehr richtet sich die „antifaschistische“ Kritik lediglich an die Adresse der Nazipartei bzw. ihrer Führer. Demagogisch wird die Tatsache ausgenutzt, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus im faschistischen Deutschland nicht nur durch die enge Verbindung von Monopolbourgeoisie und Staatsapparat charakterisiert, sondern auch mit der faschistischen Nazipartei koordiniert war. Die Partei Hitlers einschließlich ihrer Gliederungen hatte im faschistischen Herrschaftssystem des deutschen Imperialismus eine politische Monopolstellung erhalten und war zum entscheidenden und alleinigen Instrument der Massenbeeinflussung und -unterdrückung durch die herrschende Klasse geworden. Es war ein folgerichtiger Prozeß, wenn die Nazipartei ihre Grenzen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch im Laufe der Entwicklung immer weiter stecken mußte, was nicht ohne Spannungen und Auseinandersetzungen innerhalb des gesamten, von seinen objektiven Widersprüchen ja keineswegs befreiten staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus erfolgen konnte.[60] Die Kompetenzschwierigkeiten, die es ganz sicher zwischen den einzelnen Teilen im Machtapparat der faschistischen Herrschaft des deutschen Imperialismus gegeben hat, dürfen nicht aufgebauscht und als das Wesentliche hingestellt werden. Letztlich war das Zusammenspiel aller einzelnen Teile durch die gleiche Klassenfunktion bestimmt, nicht durch die Gegensätze zwischen ihnen.

c) Eine neue Stufe erlebte im Rahmen der imperialistischen Geschichtsschreibung auch die personalistische These von der Alleinschuld Hitlers. Es ist hier nicht möglich, auch nur einen Bruchteil aller Äußerungen und Variationen dieser These anzuführen. Ernst Nolte hat auch hierfür die ideologisch-theoretische Begründung zu liefern versucht, als er sich mit der Kritik an seiner These vom „Ende“ des Faschismus im Jahre 1945 auseinandersetzte:

„Faschismus als Phänomen der ersten Nachkriegszeit hätte es auch ohne Hitler und sogar ohne Mussolini gegeben, aber der nationalsozialistische Radikalfaschismus ist ohne Hitler kaum vorstellbar, mit so viel Konsequenz er sich auch aus der Verlängerung bestimmter Linien ergab. Dieser Radikalfaschismus und indirekt der europäische Nationalfaschismus sind heute unmöglich, weil die Situation

---

56 Vgl. Gerhard Lozek und Georg Walter, Vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik. Zur positiven Umwertung des faschistischen Staates in der westdeutschen Historiographie. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (künftig ZfG), XVI. Jg. (1968), H. 10, S. 1253-1264.

57 Hans Mommsen, a. a. O., S. 23; Heinz Hörne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. In: Der Spiegel, Hamburg, 10.10.1966 bis 6.3.1967.

58 Hans Mommsen, Entteufelung des Dritten Reiches ? Ein Nachwort zur SS-Serie. In: Der Spiegel, Hamburg, 6.3.1967.

59 Hans Mommsen, Beamtentum ..., a. a. O., S. 86 und 121.

60 Vgl. Manfred Weißbecker, NSDAP. In: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II, Leipzig 1970, S. 421.

den Welt im ganzen eine andere ist, und sie ist in erster Linie durch Hitlers Taten und deren Gegenwirkung eine andere geworden.“[61]

Broszat sieht in Hitler sogar die „mediale Drehscheibe“ aller Ereignisse und Prozesse![62]

Hitler erscheint – so kann man vielleicht zusammenfassend sagen – in den Regel entweder als der Übermachiavellist, der ein geniales Spiel mit allen Kräften betrieben habe, oder als Dämon, den die Lage nicht beherrscht habe und unfähig aus Mangel an Überblick gewesen sei. Beide Gesichtspunkte wenden zudem noch oft mit der abstrusen Behauptung verbunden, Hitler stelle die Verkörperung des Volkswillens dar. All dies ist eine absolut idealistische Aufwertung eines einzigen subjektiven Faktors zur alleinigen und entscheidenden Triebkraft der Geschichte. Dabei wird völlig übersehen bzw. überdeckt, daß das „Phänomen“ Hitler reale und faßbare gesellschaftliche Wurzeln besitzt. Mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus verbanden sich die objektiven Tendenzen zur Negation den Demokratie, zur politischen Reaktion, mit dem Streben nach einem „starken“ Staat und einem „starken“ Mann. In allen imperialistischen Ländern tauchten Parteien und Bewegungen auf, die das militaristische Führer-Gefolgschafts-Prinzip auch zur Grundlage des politischen und gesellschaftlichen Lebens machen wollten und einen faschistischen Kult um die Führer ins Lebens riefen. Dieser Kult um Hitler erfüllte eine ähnliche objektive Funktion wie den offene Terror, wie die nationale und soziale Demagogie und andere Elemente des faschistischen Herrschaftsmechanismus.[63]

d) Eng verbunden mit der Verabsolutierung der Rolle Hitlers ist der Versuch, den Irrationalismus zum bestimmenden Element der Geschichtsschreibung üben die Zeit der faschistischen Diktatur zu machen. Man müsse sich damit abfinden, verkündet Broszat, daß „das nationalsozialistische Regime, in dem die Kräfte des irrationalen Aufbegehrens und des anarchischen Aktivismus konstitutive und bleibende Bedeutung erlangten, sich als Herrschaftsform überhaupt nicht theoretisch befriedigend darstellen, geschweige denn auf einen Nennen bringen läßt.“[64]

Am Ende seiner Untersuchungen – und wie ist das bei einer solchen Konzeption auch anders möglich – gesteht er den Bankrott ein, denn alles entziehe sich „einer einfacher Erklärung“.[65]

Der immer offener zur Schau gestellte Irrationalismus dient den imperialistischen Apologetik. Er ist geeignet, von den Lehren des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg abzulenken. Doch gerade dies kann nicht Anliegen einen Faschismus-Theorie sein, will sie sich nicht von vornherein als imperialistische Apologetik verstanden wissen.

All diese Thesen stellen grundsätzlich nichts Neues dar, sie sind gegenwärtig nur vertieft und präzisiert worden und dominieren in der imperialistischen Geschichtsschreibung und -propaganda. Sie widerspiegeln in dialektischer Einheit die Verschärfung des Antikommunismus sowie die gewachsene Flexibilität der imperialistischen Ideologie und Politik. Das imperialistische und darin eingeschlossen auch das rechtssozialdemokratische Bild vom Faschismus ist ein Zerrbild, geprägt von Antikommunismus und Antisowjetismus, bestimmt zur Apologie einer untergehenden, fortschritts- und menschenfeindlichen Gesellschaftsordnung.

---

61 Ernst Nolte, Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichte. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (künftig: VjZ), 18. Jg. (1970), H. 1, S. 4.

62 Martin Broszat, a. a. O., S. 35.

63 Vgl. Manfred Weißbecker, Zur Herausbildung des Führerkults in der NSDAP. In: Monopole und Staat 1917-1945, Berlin 1966, S. 115-126.

64 Martin Broszat, a. a. O., S. 9 f.

65 Ebenda, S. 423. Michael Freund, Deutschland unterm Hakenkreuz. Die Geschichte der Jahre 1933-1945. Gütersloh 1965, S. 7 f., spricht von der „Unbegreiflichkeit dieser zwölf Jahre“, die angeblich nicht deutbar wären. Der Irrationalismus wird auch deutlich, wenn z. B. Eva Reichmann, Die Lage der Juden in der Weimarer Republik. In: Die Reichskristallnacht. Der Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Bonn 1959, S. 31, zwar einige rationale Momente gelten läßt, aber doch meint, ohne den Rückgriff zu „den Urgründen der unzulänglichen menschlichen Seele“ sei nicht auszukommen. Auf diese anthropologistischen und psychologisierenden Tendenzen in der Verfälschung der Geschichte des Faschismus soll hier nicht eingegangen werden, obwohl sie ihre Wirkung in den letzten Jahren wesentlich verstärken konnten und sich sehr oft unter dem Tarnmantel scheinmarxistischer Theorien verstecken.

Die dritte Erscheinung: Neben den alten „neuen“ bzw. neuen „alten“ Tendenzen in dem bürgerlichen Thesengewirr über den Faschismus regte sich seit dem Beginn der 60er Jahre jedoch auch eine objektiv antiimperialistische Strömung, die in sich sehr differenziert ist und von linksbürgerlichen über pseudomarxistische bis hin zu sozialistischen Auffassungen reicht. In politischer Hinsicht kristallisierte sich diese Strömung im Kampf gegen neofaschistische Erscheinungen in der BRD[66] heraus, in theoretischer Hinsicht befand sie sich bald in einem scharfen Gegensatz zu den herrschenden bürgerlichen Faschismus-Theorien. Sie artikulierte sich zunächst in der Zeitschrift „Das Argument“[67] einem Diskussions- und Rezensionsorgan linker progressiver Kräfte, und erfaßte drei Ebenen: die der Selbstverständigung progressiver Kräfte im Kampf gegen den Neonazismus, die der Abgrenzung von imperialistischen Verfälschungen der Geschichte und Theorie des Faschismus, sowie die Ebene der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus. In letzter Zeit hat sich die Diskussion innerhalb dieser Strömung etwas engen mit dem Kampf der Deutschen Kommunistischen Partei und anderer Organisationen sowie mit unmittelbaren Fragen des praktisch-politischen Kampfes gegen jede Form von Faschismus und Neonazismus verbunden.[68]

Die Diskussion in „Das Argument“ ging aus von der Warnung vor den Gefahren eines herauf ziehenden Neofaschismus für den Frieden und bewegte sich, von einigen Um- und Abwegen einmal abgesehen, sehr rasch dem „Kern der Sache“ entgegen. Die Grundfragen nach dem Verhältnis zwischen dem Imperialismus, seinen staatsmonopolistischen Gruppierungen zum Faschismus in der Zeit der

---

66 Vgl. Manfred Weißbecker, Die historisch-politische Funktion des Neonazismus und der Nationaldemokratischen Partei in Westdeutschland. In: ZfG, XVI. Jg. (1968), H. 7, S. 837-854.

67 Vgl. Walter Benjamin, Theorien des deutschen Faschismus. Zu der Sammelschrift „Krieg und Krieger“. Hrsg. von Ernst Junger, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft. Hrsg. von Wolfgang F. Haug und Christof Müller-Wirth, 6. Jg. (1964), H. 3 (30), S. 129-137; Ronald Wiegand, „Herrschaft“ und „Entfremdung“. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus. In: Ebenda, S. 138-144; Dieter Grosser, Die nationalsozialistische Wirtschaft. Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten: Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht. In: Ebenda, 7. Jg. (1965), H. 1 (32), S. 1-11; Reimut Reiche und Bernhard Blanke, Kapitalismus, Faschismus und Demokratie. In: Ebenda, S. 12-29; Reinhart Westphal, Psychologische Theorien über den Faschismus. In: Ebenda, S. 30-39; Wolfgang Fritz Haug u. a., Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus. In: Ebenda, 7. Jg. (1965), H. 2 (33), S. 1-32; Bernhard Blanke, Reimut Reiche und Jürgen Werth, Die Faschismus-Theorie in der DDR. In: Ebenda, S. 35-48; Johannes Agnoli, Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat. In: Ebenda, 8. Jg. (1966), H. 6 (41), S. 449-461; Rüdiger Griepenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus. Zur Kritik der Faschismustheorie August Thalheimers. In: Ebenda, S. 461-473; Tim Mason, Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus. In: Ebenda, S. 473-494; Eberhard Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht. In: Ebenda, 10. Jg. (1968), H. 3 (47), S. 168-192; Tim Mason, Primat der Industrie? – Eine Erwiderung. In: Ebenda, S. 193-209; Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945. In: Ebenda, S. 210-227; Wolfgang Abendroth, Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus. In: Ebenda, 12. Jg. (1970), H. 4-6 (58), S. 251.257; Reinhard Kühnl, Problem der Interpretation des deutschen Faschismus. In: Ebenda, S. 258-279; Reinhard Opitz, Fragen der Faschismusdiskussion. Zu Reinhard Kühnls Bestimmung des Faschismusbegriffs. In: Ebenda, S. 280-291; Richard Saage, Bemerkungen zur Faschismusinterpretation Ernst Noltes. In: Ebenda, S. 292-304; Peter Römer, Vom totalen Staat zur totalen bürgerlichen Gesellschaft. Einige Erwägungen anhand neuerer Analysen der Carl-Schmitt-Schule. In: Ebenda, S. 322-339.

68 Reinhard Opitz, Thesen über den Faschismus-Begriff. Sozioökonomische und ideologische Wurzeln des Faschismus. In: Neofaschismus in der BRD. Analysen – Argumente – Dokumentationen. Heft 1 der Texte zur Demokratisierung. Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags, Frankfurt a. M. (1971), S. 25-28; Gossweiler, Kühnl, Opitz, Faschismus: Entstehung und Verhinderung. Material zur Faschismusdiskussion. Heft 4 der Texte zur Demokratisierung, a. a. O., 1972; Christof Kievenheim, Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen – Anmerkungen zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der deutschen Linken. In: Facit. Zeitschrift marxistischer Studenten, Mai 1971, S. 29-35; Emil Carlebach, Faschismus. Wesen und Ursachen. In: Marxistische Blätter. Für Probleme der Gesellschaft Wirtschaft und Politik, 8. Jg. (1970), H. 1, S. 1-7; Joachim Streisand, Über Faschismus und Neofaschismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 15. Jg. (1970), H. 5, S. 470-481; Arno Klönne, Was heißt Faschismus. Versuch einer Begriffsbestimmung. In: Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und des Katholizismus, München 23. Jg. (1969), H. 10, S. 275-279; Bernhard Blanke, Thesen zur Faschismus-Diskussion. In: Sozialistische Politik, 1. Jg. (1969), Nr. 3. Aus der Fülle der Literatur seien nur noch erwähnt: Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918 (München 2./1969); ders., Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus-Faschismus (Reinbek bei Hamburg 1971).

allgemeinen Krise des Kapitalismus, nach der Unterscheidung von Klassencharakter und Massenbasis des Faschismus, nach dem Faschismus als Herrschaftssystem sowie nach den historischen Lehren des Kampfes gegen den Faschismus wurden richtig gestellt, nicht zuletzt auf der Grundlage der Beiträge von Historikern der DDR. Die Antworten sind allerdings unterschiedlich ausgefallen, bei einigen Autoren (z.B. Dieter Grosser und Tim Mason) sind bürgerliche Standpunkte unverkennbar, während andere mehr und mehr den klaren Trennungsstrich zu imperialistischen Thesen einschließlich der raffinierten Faschismus-Apologie Ernst Noltes zu ziehen verstanden, aber auch zu den unwissenschaftlichen Auffassungen gewisser Theoretiker der „Neuen Linken“. In mancher Beziehung erweiterte sich die Bündnisfront der revolutionären Arbeiterbewegung, in einigen theoretischen Fragen jedoch blieb der notwendige Schritt von allgemeindemokratischen Auffassungen zur ehrlichen Anerkennung der Richtigkeit der marxistischen Theorie über den Faschismus noch aus.

Auf einige Schwächen und Mängel in den Arbeiten des bekanntesten Vertreters dieser Strömung, Reinhard Kühnl, hat Kurt Gossweiler nachdrücklich aufmerksam gemacht.[69]

Ein detaillierter, alle Probleme und Tendenzen erfassender Überblick über die Faschismus-Theorien der Historiker, Philosophen und Politologen in der BRD ist heute noch nicht zu schreiben. Wohl aber sind die Grundzüge, ist ihre politische und ideologische Funktion erkennbar; dies sollte im vorliegenden Beitrag versucht werden. Es wird weiterer Forschungen und Analysen bedürfen, um das antikommunistische Geflecht der Verfälschungen historischer Prozesse und Ereignisse während den Jahre 1933 bis 1945 zu zerreißen, um breite Kreise der Bevölkerung in der BRD zu befähigen, ausgehend von den Lehren des bisherigen Kampfes gegen Faschismus und Neonazismus die richtigen Erkenntnisse und Schlußfolgerungen im Ringen um Frieden, Demokratie und Sozialismus zu gewinnen.[70]

Eingegangen am 25.5.1973

Bürgerliche Ideologie unter Anpassungszwang. Friedrich-Schiller-Universität Jena 1974, S. 91-120.

69 Vgl. Kurt Gossweiler, Über Wesen und Funktion des Faschismus. Material zur Faschismus-Diskussion In: Gossweiler, Kühnl, Opitz, a. a. O., S. 3-38.
Es ist hier nicht der Platz für eine – ihrem Charakter nach freundschaftliche – Auseinandersetzung mit Kühnl, die einem anderen Beitrag vorbehalten bleibt. Zu beziehen hat sich die Kritik vor allem auf das Unverständnis gegenüber der marxistisch-leninistischen Einordnung des Faschismus in die Grundprobleme des Klassenkampfes in unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, auf die Überbewertung des Kriteriums Massenbasis für die Faschismus-Theorie sowie auf den ungerechtfertigten Bezug zu bonapartistischen Auffassungen.

70 Vgl. dazu vor allem Reinhard Opitz, Wie bekämpft man den Faschismus? Thesen über antifaschistische Politik. In: Gossweiler, Kühnl, Opitz, a. a. O., S. 46-64.

Rezension

Georgi Dimitroff. Biographischer Abriß. Hrsg. Institut für Geschichte der Bulgarischen Kommunistischen Partei beim ZK der BKP. Dietz Verlag, Berlin 1972, 374 S.

Die Autoren schildern in dem biographischen Abriß, der für einen großen Leserkreis bestimmt ist, den Lebensweg des Berufsrevolutionärs und Funktionärs der Kommunistischen Internationale und des Begründers des sozialistischen Bulgariens.

Zunächst wird der politische Weg des jungen Dimitroff nachgezeichnet, dessen Erzieher und Lehrer die Arbeiterklasse war. Sorgfältig zeigen die Vf. die Konsequenz, mit der sich Dimitroff der Politik der Opportunisten in der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei widersetzte und im Streit zwischen den „Engherzigen", den revolutionären Marxisten, und den „Weitherzigen", den Opportunisten, die marxistische Position vertrat. Beim Aufbau der Gewerkschaftsbewegung und der revolutionären marxistischen Partei der bulgarischen Arbeiterklasse erwies er sich als „begabter politischer Funktionär. ... mit ungewöhnlichem Temperament und allseitigen geistigen Interessen" (S. 2.9), als Patriot und proletarischer Internationalist sowie als glänzender Publizist. Dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die revolutionäre Tätigkeit Dimitroffs in den Jahren 1917 bis 1923 ist der anschließende Teil gewidmet. Das Biographische ist hier glücklich mit der Darstellung des Entwicklungsprozesses der bulgarischen revolutionären Arbeiterbewegung zum Leninismus verbunden. Für die Partei der „Engherzigen" brachten jene Jahre entscheidende Kämpfe, in denen sie die Kommunistische Internationale gründen und festigen half. „Sie mußte ihre Reihen verstärken und fest zusammenschließen, die revolutionären Kämpfe der Massen organisieren und leiten und vollständig auf die Positionen des Leninismus übergehen" (S. 63). Die Autoren verdeutlichen in gedrängter Form viele der komplizierten Fragen des internationalen Klassenkampfes. Dimitroff wandte sich angesichts der faschistischen Tendenzen in Bulgarien der Politik der Einheitsfront zu, wobei er sich auf die umfassende Begründung der Einheitsfrontpolitik durch Lenin stützte. Die Autoren analysieren das Verhältnis der BKP zum Bulgarischen Bauernvolksbund und das taktische Verhalten der BKP im Kampf gegen den militär-faschistischen Putsch vom 9. Juni 1923. Dimitroffs Kampf gegen die falsche „Neutralitäts"-Politik wird dabei eingehend gewürdigt. Bereits in seinen damaligen Artikeln legte er im wesentlichen den Gedanken einer breiten antifaschistischen Front aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte dar. Seine Gedanken dazu gipfelten in seinem Bericht an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. In der Emigration setzte Dimitroff seine Tätigkeit für die bulgarische und für die internationale Arbeiterbewegung fort. Er entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Funktionäre in der Kommunistischen Internationale.

An Hand bisher unveröffentlichter Unterlagen aus bulgarischen, sowjetischen und anderen Archiven wird das bisher wenig erschlossene Jahrzehnt im Leben Dimitroffs nach dem Septemberaufstand dargestellt. Als verantwortlicher Funktionär im Auslandsbüro der BKP, im Führungsorgan der Kommunistischen Balkanföderation, als Leiter des Westeuropäischen Büros des EKKI (ab April 1929), als Mitglied der Führung der Roten Gewerkschaftsinternationale sowie bei zahlreichen anderen Aufgaben hatte Dimitroff eine umfangreiche Arbeitslast zu bewältigen. Für den Leser in der DDR ist besonders die Darstellung über die Hilfe, die Dimitroff der KPD gab, und seine Tätigkeit in Berlin interessant, geht es doch um die „Vorgeschichte" des aufschlußreichen Abschnitts „Der Sieger im Zweikampf mit dem Faschismus".

Im folgenden stellen die Vf. Dimitroff als den „Initiator des neuen Kurses" in der Kommunistischen Internationale sowie seine Tätigkeit als Generalsekretär der Weltorganisation dar. Es ist ihnen gelungen, die angespannte Arbeit Dimitroffs – ungeachtet seiner zerrütteten Gesundheit – anschaulich zu verdeutlichen und seinen Arbeitsstil und seine unerschütterliche Konsequenz an Hand bekannten und weniger bekannten Materials zu belegen. Die Biographie wird hier zugleich zu einer kurzen, prägnanten Geschichte der Kommunistischen Internationale. Von 1944 bis zu seinem Tode am 2. Juli 1949 stand Georgi Dimitroff an der Spitze des Ringens um die Volksmacht in Bulgarien sowie des sich entwickelnden volksdemokratischen Staates.

Im Mittelpunkt der letzten Abschnitte des Bd. steht der Rechenschaftsbericht, den er vor dem V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) im Dezember 1948 erstattete. „Die reichen revolutionären Erfahrungen und der weite marxistisch-leninistische Gesichtskreis, der Schwung und die Breite, mit denen Georgi Dimitroff komplizierte Probleme der Zeit löste, gestatteten es ihm, die künftigen Entwicklungsrichtungen des volksdemokratischen Staates zu bestimmen. Diese Perspektive wir der Sozialismus. Auf diese Weise trug Dimitroff zur vollen Klarheit bezüglich der Wege und Methoden des Aufbaus des Sozialismus nicht nur in Bulgarien, sondern auch in anderen volksdemokratischen Ländern bei ... Als konsequenter proletarischer Internationalist lehrte Dimitroff die bulgarischen Kommunisten, sich den reichen Erfahrungsschatz der KPdSU (B) beim sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion in seiner ganzen Fülle anzueignen“ (S. 312 f.). In seinen letzten Lebensjahren arbeitete Dimitroff an der Schaffung der Voraussetzungen für die erfolgreiche sozialistische Entwicklung Bulgariens: an der Festigung der führenden und bestimmenden Rolle der Partei im politisch-gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, der Stärkung der Einheit der Vaterländischen Front des bulgarischen Volkes, der Entwicklung der Diktatur des Proletariats und an der Festigung der bulgarisch-sowjetischen Freundschaft, deren Notwendigkeit Dimitroff aus der welthistorischen Rolle der UdSSR im revolutionären Entwicklungsprozeß der Menschheit ableitete.

Ein umfangreiches Nachwort zeigt den Weg der BKP als Erfüllung des Vermächtnisses von Georgi Dimitroff. Knapp gehaltene Anmerkungen bieten darüber hinaus Anhaltspunkte für ein tieferes Eindringen in die Geschichte der bulgarischen Arbeiterbewegung.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XXII. Jg., 1974, Heft 1, S. 99-100.

Friedliche Koexistenz – heute weltweit erreichbares Ziel

Historische Betrachtungen zu den optimistischen Perspektiven der friedlichen Koexistenz

In unseren Tagen, da überall Bilanz gezogen und Rechenschaft über die geleistete Arbeit abgelegt wird, ist es auch notwendig, an die grundlegenden Interessen jedes Bürgers zu denken, die weit über den kommunalen Rahmen hinausgehen, diesen aber nachhaltig beeinflussen und bedingen.

In diesem Sinne sei noch einmal folgende Tatsache festgehalten: Es ist ein historisch kurzer Zeitraum von wenigen Jahren, in denen sich große Veränderungen in den internationalen Beziehungen zugunsten von Frieden, Sicherheit und Geborgenheit, von Entspannung und Völkerverständigung vollzogen. Denken wir beim politischen Gespräch, das dem 19. Mai gilt, an den Abschluß der ausländischen Aggression in Vietnam, an die ersten Schritte zu einer politischen Regelung im Nahen Osten. Kämpften wir vor kurzer Zeit noch um den Ausgangspunkt europäischer Sicherheit, so geht es heute auf unserem Kontinent um die Schlußphase und den baldmöglichsten, effektiven Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit.

Im Vergleich zu den Zeiten des „kalten Krieges“ ist gerade in Europa durch eine Reihe von Verträgen eine günstigere Situation für den Frieden entstanden. Denken wir aber auch daran, daß sich die Beziehungen der sozialistischen Länder zu denen der kapitalistischen Welt immer mehr auf der Grundlage der Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestalten. Weiter: Es liegen erste Vereinbarungen über eine Begrenzung des Wettrüstens vor, die UNO machte sich den sowjetischen Vorschlag für die Einberufung einer weltweiten Abrüstungskonferenz zu eigen, und nicht zuletzt wirkt sich die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf eine allgemeine Veränderung des internationalen Klimas aus.

Diese Feststellungen sind schon oft getroffen worden und immer wieder zu treffen. Sie berechtigen zu den bedeutsamen Worten, die Genosse Breschnew vor dem Forum des großartigen Weltfriedenskongresses im Oktober des vergangenen Jahres fand:

„Unsere Philosophie des Friedens, das ist eine Philosophie des historischen Optimismus. Trotz der Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen Situation sind wir vom Erfolg der jetzigen breiten Friedensoffensive überzeugt.“

Koexistenz als historische Tatsache

Blicken wir nun einmal in die Geschichte zurück, die diesen Optimismus erlaubt und begründet.

Als 1917 die Große Sozialistische Oktoberrevolution siegte, als das zaristische Rußland die imperialistischen Ketten sprengte, entstanden mit dem neuen, dem Kapitalismus entgegengesetzten gesellschaftlichen Systems zugleich auch neue Bedingungen für die internationalen Beziehungen. Die Widersprüche in der Weltpolitik verlagerten sich aus der rein imperialistischen Sphäre auf den Bereich der Beziehungen zweier unterschiedlicher Systeme. Der Hauptinhalt der internationalen Beziehungen begann vom Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus bestimmt zu werden.

Objektiv bestanden die beiden gesellschaftlichen Systeme nebeneinander. Anders formuliert: Die Koexistenz von Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen war zur historischen Tatsache geworden. So konnte Lenin, dessen Geburtstag sich heute zum 104. Male jährt, 1920 auf dem IX. Parteitag der KPR (B) feststellen, im „Weltmaßstab stehen jetzt zwei Lager in voller Bewußtheit gegenüber“ und dies 1922 durch die Einschätzung ergänzen:“ Das Unglaubliche wurde zur Tatsache: die sozialistische Republik in kapitalistischer Umkreisung.“

Vernichtungspläne scheiterten alle

Die Koexistenz war damals, wie wir wissen, keine friedliche. Mit allen Mitteln trachtete der Imperialismus, den ersten Staat der Arbeiter und Bauern zu liquidieren und so das Nebeneinanderbestehen von Sozialismus und Kapitalismus wieder aus der Welt zu schaffen. Doch die Interventionen und alle Pläne zur Vernichtung der Sowjetmacht scheiterten: die materiell und militärisch besser ausgerüsteten imperialistischen Mächte sahen sich gezwungen, nach und nach – zähneknirschend – wirtschaftli-

che, kulturelle und politische Beziehungen zur UdSSR aufzunehmen. Die Politik der „Nichtanerkennung“ zerschellte an der Stärke der Sowjetunion. Ihre Aufhebung war kein Geschenk, kein Gnadenakt und erst recht kein Schritt aus besserer „Einsicht“ – sie erfolgte unter dem vom Sozialismus ausgehenden und von den friedliebenden. demokratischen Kräften der ganzen Welt unterstützten Zwang zur Anpassung an die neuen Bedingungen des Klassenkampfes.

Vom Friedensdekret zur Friedensoffensive

Als in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre die faschistischen Mächte, ihnen voran Hitlerdeutschland, versuchten, mit offener militärischer Gewalt das neu entstandene Problem der Koexistenz zu „lösen“, verwirklichte sich das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den imperialistischen Staaten in zwei Formen. Die internationalen Beziehungen vollzogen sich einmal in Gestalt des erbitterten Großen Vaterländischen Krieges und zum anderen im Rahmen der Antihitlerkoalition. Jene Mächte, die der Vernichtung des sozialistischen Staates ursprünglich tatenlos zusehen oder sie sogar aktiv fördern wollten, waren in den Sog des objektiven Zwanges der historischen Entwicklung geraten. Sie sahen sich – und dies wiederum nicht aus „freundschaftlichen“ Gefühlen für den Sozialismus – in der Situation, der UdSSR im eigenen Interesse und unter dem Druck der Völker Unterstützung gegen die faschistischen Aggressoren zu gewähren.

Wären die imperialistischen Kräfte der USA und anderer Länder zu einer Bewahrung der Prinzipien der Antihitlerkoalition bereit gewesen, so hätte der gemeinsame Sieg über den Faschismus schon den Beginn einer Ära der Entspannung und friedlichen Koexistenz bedeuten können. Die Möglichkeiten der Nachkriegsperiode blieben jedoch ungenutzt, weil die westlichen Alliierten von der Antihitlerkoalition abrückten, ihre Prinzipien einseitig brachen und sich auf den „kalten Krieg“ zur Revision der für den Sozialismus positiven Veränderungen seit 1944/45 orientierten.

Es dauerte lange und bedurfte eines harten, allseitigen Ringens der sozialistischen Länder, bis führende Kreise in den wichtigsten imperialistischen Staaten dem Zwang zur Anpassung nicht länger ausweichen konnten und dem Scheitern ihrer nichtfriedlichen Konzeption gegen die Koexistenz Rechnung tragen mußten. Dank der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stärke des Sozialismus konnte die Wende zum Realismus in den internationalen Beziehungen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre erreicht werden. Diese bedeutete eine Wende von der objektiven Koexistenz, gegen die militärische Mittel einzusetzen völlig aussichtlos geworden ist, zur beginnenden friedlichen Koexistenz. Daher faßt die Strategie der sozialistischen Staatengemeinschaft und der internationalen revolutionären Bewegung mit Recht die Verwirklichung der Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die immer das Wesen sozialistischer Außenpolitik prägten, heute als auch praktisch und weltweit erreichbares Ziel ins Auge.

Garantien der friedlichen Koexistenz

Der Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Probleme kann ausgeschaltet werden, weil im internationalen Kräfteverhältnis reale Möglichkeiten dafür durch den wachsenden Einfluß des Sozialismus entstanden sind. Die Rolle der Außenpolitik des Sozialismus hat sich ständig vergrößert. Die außenpolitischen Initiativen der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft vergrößern Breite und Tempo der vom XXIV. Parteitag der KPdSU eingeleiteten Friedensoffensive, zu der sich ein kontinuierlicher historischer Bogen vom ersten „Dekret über den Frieden“ der jungen Sowjetmacht spannt. Diesen Bogen hatte offensichtlich Boris Ponomarjow im Sinn, als er vor einigen Tagen schrieb: „Das politische, ökonomische und militärische Potential des realen Sozialismus ermöglicht es diesem, immer größere außenpolitische Aufgaben zu lösen. Es geht nicht nur um die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften vor äußeren Anschlägen und um die wirksame Abwehr der imperialistischen Politik der Aggression· und des Diktats. Es geht auch um eine immer effektivere Gegenwirkung gegen die Kriegsgefahr, die vom Imperialismus ausgeht, dessen Klassencharakter und dessen Natur unverändert bleiben, es geht um den erfolgreichen Kampf für die Durchsetzung internationaler Beziehungen, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz basieren.“

Die maßgeblichen Faktoren

Worin sehen wir für diese wachsenden Aufgaben die maßgeblichen Faktoren?

Erstens in unserer allseitigen Stärkung, wobei die Verteidigungskraft des Sozialismus besonders durch den festen Zusammenschluß, durch die koordinierte Außen- und Militärpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft erhöht wird;

zweitens besteht eine Garantie in der konsequenten und kontinuierlichen Außenpolitik des Sozialismus, die in der Lage ist, auch Winkelzügen und gefährlichen Wendungen imperialistischer Diplomatie zu begegnen;

drittens existiert heute eine weltweit organisierte Friedensbewegung, die von allen Strömen des revolutionären Prozesses in der ganzen Welt getragen wird;

viertens ist der Differenzierungs- und Umdenkungsprozeß, der sich in der imperialistischen Monopolbourgeoisie um die Frage von Krieg und Frieden vollzieht, zwar ein Ergebnis unserer Kraft, zugleich stellt er aber auch einen weiteren Faktor dar, der dazu beitragen kann, die Gefahren eines nuklearen und weltweiten Krieges zurückzudrängen;

fünftens bildet sich überall eine neue moralisch-politische Situation heraus, in der imperialistische Aggressoren von der Mehrheit der Völker und Staaten wie nie zuvor geächtet und bekämpft werden. Beispiele dafür sind etwa die wachsende Isolierung des aggressiven Israels und die Protestbewegung gegen die barbarischen Untaten der faschistischen Militärclique in Chile.

Volkswacht, 22.04.1974, S. 3.

Ihr Vermächtnis lebt in unseren Taten

Gedanken zum lebendigen Erbe des antifaschistischen Widerstandskampfes

Den Siegen der Arbeiterklasse gehen Kämpfe und Niederlagen voraus, die Sieger der Geschichte – zu denen wir uns in unserem sozialistischen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, zählen dürfen – stehen auf den Schultern der Helden früherer Jahrzehnte und der Gefallenen. Sich ihrer zu erinnern, sich zu ihrem Vermächtnis zu bekennen – das ist ein Glied in der umfangreichen Kette von Taten und schöpferischen Leistungen bei der Vorbereitung des 25. Jahrestages der Gründung der DDR. In dieser Erinnerung steckt mehr als bloßes pietätvolles Verneigen vor den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit. Die Heldentaten von gestern sind Mahnung und Auftrag zugleich, und sie enthalten Lehren von hoher Aktualität.

Die Niederschlagung der Novemberrevolution vor Augen, kurz vor seiner Ermordung hatte Karl Liebknecht in seinem letzten, dem berühmt gewordenen Artikel „Trotz alledem!“ in wenigen Zeilen geschrieben, was gültig bleiben wird, solange es Klassenkampf gibt : „Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden: sie haben um Großes gestritten, ums edelste Ziel der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenden Massen: sie haben uns Heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Bluts, dieser Drachensaat für die Sieger von heute, werden den Gefallenen Rächer erstehen, aus jeder zerfetzten Fiber neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament.“

Unermeßliche Opfer

Diese Worte galten voll und ganz auch für jene, die dem Faschismus trotzten und für die, die dabei erlagen. Allein bis zum Sommer 1939 hatten etwa eine Million Männer, Frauen und Jugendliche. darunter fast jeder zweite der Kommunisten. die Schrecken der faschistischen Konzentrationslager und Folterhöllen in Zuchthäusern und Gefängnissen erfahren müssen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich etwa 300.000 Hitlergegner in Haft. Die Zahl der bis dahin erschlagenen und hingerichteten Antifaschisten ist nicht bekannt.

Während des vom faschistischen deutschen Imperialismus entfesselten zweiten Weltkrieges steigerte sich der Terror von Gestapo und SS ins Unermeßliche. Zehntausende Funktionäre und Mitglieder der in die Illegalität gedrängten, aber nicht zerschlagenen Kommunistischen Partei Deutschlands wurden in den Jahren finsterster Barbarei ermordet. Unter ihnen auch die in unserem Bezirk besonders bekannten Genossen Theodor Neubauer, Magnus Poser und Erwin Panndorf, deren Andenken wir nicht nur mit der Namensverleihung an Betriebe, Schulen, Brigaden und Kasernen der NVA ehren. Keine andere Partei brachte so viele Opfer, keine andere Kraft war so organisiert und unerschütterlich, so bereit, einen äußerst schwierigen und von Heldentum gezeichneten Kampf in der Illegalität, hinter Stacheldraht und in der Emigration zu führen.

Der antifaschistische Widerstandskampf verhinderte die bedingungslose und vollständige Unterwerfung der gesamten Arbeiterklasse und aller Werktätigen unter die barbarische Hitlerdiktatur. Er machte allen, auch denen, die eingeschüchtert oder willfährige Diener des nationalsozialistischen Regimes und den demagogischen Thesen von der „Volksgemeinschaft“ zu glauben bereit waren, mit Nachdruck deutlich, daß es 1933 zwar eine Niederlage im Klassenkampf, aber nicht die von den Herrschenden ersehnte Aufhebung des Klassenkampfes gegeben hatte. Der antifaschistische Widerstandskampf war die Fortsetzung des Kampfes zwischen der Arbeiterklasse und der Monopolbourgeoisie, nicht – wie bürgerliche Historiker meinen – der Kampf irgendeiner abstrakten Menschlichkeit gegen das Unmenschliche oder einer klassenneutralen Gerechtigkeit gegen das Unrecht.

Geschichtsfälschung

Die antifaschistische Widerstandsbewegung, die unter Führung der Kommunistischen Partei stand und der die besten Vertreter aller Schichten des werktätigen Volkes angehörten, hat zwar die Entfesselung des zweiten Weltkrieges nicht verhindern können, aber dem Hitlerregime ernste Schwierigkeiten bei der Durchsetzung seiner innenpolitischen Ziele bereitet. Bestimmte soziale Zugeständnisse

wurden dem Faschismus abgerungen. Sie verbreitete unermüdlich im deutschen Volk die Wahrheit über die Verbrechen, über die kriegslüsterne Gefährlichkeit der Nazipolitik. Es waren wenige, die dieser Wahrheit Glauben schenken, aber ihre Zahl wuchs ständig. Immer neue Gruppen entstanden, die durch ihre Existenz und ihre Aktionen vor der Weltöffentlichkeit Zeugnis davon ablegten, daß es ein anderes Deutschland gab, nicht nur das der als Galgen funktionierenden Hakenkreuze.

Bürgerliche Historiker behaupten oft, es sei der deutschen Arbeiterklasse nicht gelungen, „auf irgendeine wirksame Weise Widerstand zu leisten". Sie habe sich „vergeblich" bemüht und „sinnlose" Opfer gebracht. Dagegen sollen die Verschwörerpläne einiger Kreise des Monopolkapitals und der Militärs als die entscheidenden Träger des Antifaschismus aufgewertet werden: also jene Kräfte, die zwar gegen Hitler waren, sich aber gleichzeitig gegen die Demokratie und gegen den historischen Fortschritt stemmten.

Veränderungen ohne die Arbeiterklasse?

Geschichtswirksame Veränderungen, so schlußfolgern imperialistische Ideologen und bieten es in den Massenmedien an, könnten nicht von den Werktätigen vollbracht werden. Die Arbeiterklasse sei nicht in der Lage, zum historischen Fortschritt zu führen. So einfältig diese Lügen – man schaue sich doch nur einmal 57 Jahre Sowjetunion und 25 Jahre DDR an! – auch sein mögen, ihr Zweck ist eindeutig und ihre Argumente sind zielgerichtet: Wenn schon Veränderungen notwendig sind, so will man gerade jetzt den Bevölkerungen der krisengeschüttelten imperialistischen Länder weismachen, dann sollen es keine gesellschaftlichen Umwälzungen, sondern lediglich Veränderungen der Formen imperialistischer Machtausübung und Auswechslungen von Personen sein!

Die jüngsten Ereignisse in Portugal und Griechenland zeigen, daß es auch innerhalb von faschistischen Herrschaftssystemen Teile der herrschenden Klasse gibt, die einen weniger „risikoreichen" Weg zur Sicherung ihres Profits suchen. Aber die Tatsachen beweisen: Ohne und gegen die Arbeiterklasse läßt sich heute kein einziges Problem mehr anpacken, geschweige denn lösen! Das gilt erst recht im internationalen Maßstab für die Rolle der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Lehrreiche revolutionäre Traditionen

Wenn bürgerliche Historiker über die Geschichte des antifaschistischen Kampfes schreiben, betonen sie gern das Einmalige, den sogenannten Ausnahmecharakter der Situation. Mit dem Ende des Faschismus seien auch die Lehren der Widerstandsbewegung hinfällig geworden. Nein, hier irren sie sich gründlich. Der Faschismus war nur eine Erscheinungsform des Imperialismus, und so lange der Imperialismus existiert, behalten die Lehren ihre Gültigkeit, sind sie von hoher politischer Aktualität.

Die antifaschistischen Widerstandskämpfer, die überlebten und sich jetzt zu Komitees in Bezirken und Kreisen konstituiert haben, betrachten es als ihre Aufgabe, die Erfahrungen ihres Lebens insbesondere der jungen Generation zu vermitteln. Sie vermitteln mit ihren Erlebnissen das im antifaschistischen Widerstandskampf bewahrte Hohelied des proletarischen Internationalismus und der Verbundenheit mit der Sowjetunion. Sie lehren die Bedeutung der Solidarität. die wir mit allen Völkern üben, die im antiimperialistischen Kampf um ihre Freiheit und Unabhängigkeit stehen. Sie lassen uns verstehen und auch emotional deutlicher empfinden, wie wichtig es ist, im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, gegen Faschismus und Krieg stets wachsam und verteidigungsbereit zu sein.

Es waren die antifaschistischen Widerstandskämpfer, die nach der Befreiung unseres Volkes durch die ruhmreiche Sowjetarmee, die Fundamente unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht legten. Ausdruck ihres Sieges ist die Existenz der DDR, in der ihr Erbe und Vermächtnis so überzeugende Gestalt angenommen hat und durch den Kampf um Frieden und Völkerverständigung, für Demokratie und Sozialismus fortwirkt. Das Vermächtnis der Antifaschisten lebt in unseren Taten.

Volkswacht-Beilage, 06.09.1974, S. 3.

„... denke daran, daß doch die Sieger sind“

Am 18. September 1944 wurden Anton Saefkow, Bernhard Bästlein und Franz Jacob ermordet

In den ersten Tagen des Jahres 1944, für kurze Zeit den faschistischen Kerkern entronnen, schrieb Bernhard Bästlein voller Zuversicht an seine Frau die gehaltvollen Worte: „Der Krieg geht mit Riesenschritten seinem Ende entgegen, und ich will meinen Teil dazu beitragen. Ob ich das Ende erleben werde, vermag ich natürlich nicht zu sagen, aber schön wäre es. Halte Du den Kopf hoch und denke daran, daß wir doch die Sieger sind.“

Ähnliche Worte fand Franz Jacob, der gemeinsam mit Bästlein in den Jahren 1941/42 die antifaschistische Arbeit im Bezirk Wasserkante geleistet hatte, in seinem letzten Brief: „Ich hatte in den vergangenen Wochen Zeit, über mein Leben nachzudenken. Es hat Höhen und Tiefen gehabt. Ich habe immer nach den Höhen gestrebt, daß ich sie manchmal erreichen konnte, darauf bin ich stolz.“

Bei Anton Saefkow lesen wir: „Der Krieg hat mit seiner Konzentration der Kräfte seinen Höhepunkt und in Kürze seine Entscheidung erreicht. Mit der Entscheidung steigert sich die Zahl der Opfer, die wir, die Freund und Feind bringen müssen ... Du weißt, ich bin ein kämpferischer Mensch und werde tapfer sterben. Ich wollte immer nur das Gute.“

Ungebrochener Geist

Diese drei Genossen, die gemeinsam am 5. September 1944 vom Freislerschen „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und heute vor 30 Jahren von den Faschisten im Zuchthaus Brandenburg (Havel)-Görden ermordet wurden, verkörperten den Lebens- und Schicksalsweg so vieler deutscher Kommunisten und den ungebrochenen Geist ihrer Partei in der Zeit furchtbarster Verfolgung und Unterdrückung. Woher nahmen sie die Kraft, mutig und stark dem Hitlerfaschismus zu trotzen und ihn zu bekämpfen? Was waren sie für Persönlichkeiten?

Anton Saefkow stieß 1918 in seinem 16. Lebensjahr zur Freien Sozialdemokratischen Jugend und kurze Zeit später als gelernter Maschinenbauer zum Metallarbeiterverband. Als Mitglied der KPD, der er seit 1924 angehörte, vertrat er besonders die Interessen der Jungarbeiter und der Gewerkschaftler, kämpfte er in verschiedenen Funktionen – u. a. als Organisationssekretär der Bezirksleitung Wasserkante – für die proletarische Einheitsfront und gegen die drohende faschistische Gefahr. Nach seiner Entlassung aus Zuchthaus und Konzentrationslager nahm er 1933 wie selbstverständlich die illegale antifaschistische Tätigkeit auf und entwickelte sich zu einem der führenden Organisatoren des Kampfes der KPD für den Sturz der Hitlerdiktatur. 1943/44 gehörte er gemeinsam mit Bernhard Bästlein, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Georg Schumann und Martin Schwantes der vom Zentralkomitee der KPD geführten operativen Leitung der Partei in Deutschland an. Diese Leitung koordinierte den Kampf der illegalen Partei-Organisationen in Berlin-Brandenburg, Magdeburg-Anhalt, Sachsen und Thüringen, erhöhte deren Wirksamkeit und bezog viele weitere Hitlergegner in den antifaschistischen Widerstand ein. Daran hatte Saefkow maßgeblich Anteil. Gemeinsam mit Jacob und anderen verfaßt er die Materialien „Aktuelle Fragen unserer Arbeit“ und „Zur Lage“ sowie das bekannte Dokument „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“, das auf den Zusammenschluß aller Hitlergegner orientiert.

Auch Franz Jacob, 1906 als Sohn eines Hausknechts in Hamburg geboren, wurde 1933 verhaftet, ins Zuchthaus und Konzentrationslager geworfen. Trotz der harten Jahre im Kerker setzte er 1940 seinen Kampf fort. Als im Herbst 1942 zahlreiche Mitglieder der von ihm mit aufgebauten und geleiteten illegalen Bezirksorganisationen Wasserkante verhaftet wurden, gelang ihm die Flucht nach Berlin. Hier wirkte er im Rahmen der von Saefkow geführten Berliner Organisation und der operativen Leitung. Er beteiligte sich an der Herausgabe antifaschistischer Flugblätter, leitete Betriebsfunktionäre der KPD an und hielt Verbindung zu Hitlergegnern unterschiedlicher Weltanschauungen.

Bernhard Bästlein war schon 1920 zur KPD gestoßen und nahm 1921 an den Märzkämpfen teil. Als Redakteur und ab 1931 als Politischer Sekretär der Bezirksleitung Mittelrhein vertrat er konsequent die internationalistische und antifaschistische Politik seiner Partei. Von 1933 bis 1940 hielten ihn die

Faschisten in Zuchthaus und Konzentrationslager gefangen, wochenlang auch in Dunkelarrest. Nach seiner Freilassung war er für die politische Arbeit der Organisation an der Wasserkante verantwortlich. Verhaftung, Fluchtversuch und schließlich erfolgreiche Flucht waren Stationen seines Lebensweges 1942 bis 1944, bevor er zur operativen Leitung der KPD in Berlin gelangte. Seine reiche Parteierfahrung und ein fundiertes marxistisch-leninistisches Wissen bildeten die Grundlage seiner unermüdlichen illegalen Arbeit.

Realisierung eines Testaments

Nach einem von Kampf und Leid gezeichneten Leben starben sie zuversichtlich und in der Gewißheit, daß ihr Kampf und ihre Opfer nicht vergebens waren. Anten Saefkow, Bernhard Bästlein, Franz Jacob und die vielen anderen Widerstandskämpfer haben durch ihr unerschrockenes, tapferes Ringen mit die Voraussetzung für die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung nach der Befreiung durch die Rote Armee geschaffen. Auch auf ihren Schultern steht unsere Deutsche Demokratische Republik, die ihr Erbe und Vermächtnis realisiert.

Die Taten der antifaschistischen Widerstandskämpfer sind nicht einfach Geschichte. Sie sind das konkrete Gedankengut neuer Generationen geworden. Fest im Gedächtnis unseres Volkes verwurzelt wird es nicht veralten oder seine unschätzbare Bedeutung verlieren. Die Kraft des überzeugenden Beispiels – und das haben sie gegeben, derer wir heute gedenken – wirkt fort. Auch die von ihnen vorgelebte kommunistische Moral legitimiert die DDR, wo das politische Testament Anton Saefkows Gestalt angenommen hat. Dieses Testament, mit gefesselten Händen geschrieben und von Mitgefangenen der Nachwelt übermittelt, ist von der Gewißheit durchdrungen, daß die Sache der Arbeiterklasse gerecht ist und siegen wird. Saefkow faßte seine Erfahrungen zusammen: „Schweres hat das deutsche Volk durchgemacht, doch das Schwerste steht uns noch bevor ... Die Stunde unseres Handelns ist gekommen! ... Im neuen Deutschland gilt es, Stufe um Stufe die Machtposition der Arbeiterklasse auszubauen und zu befestigen. Im neuen Deutschland wird und muß die Arbeiterklasse die Einheitsfront erkämpfen und damit dem Sozialismus ein Stück näher kommen. Wenn das Proletariat sich als herrschende Klasse konstituiert hat, ist alles nur noch eine Frage des Tempos der Entwicklung. Auf alle Fälle packt zu, ihr seid auf dem richtigen Wege.“

Volkswacht, 18.09.1974, S. 5.

Widerhall welthistorischer Veränderungen

Die revolutionäre Chance des Novembers 1918

Geschichte ist für uns mehr als Chronistenpflicht und Erinnerung; sie verkörpert die Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, sie ist ein objektiver Prozeß, dem sich keine Klasse und auch kein einzelner Mensch zu entziehen vermag. Und dieser Prozeß drängt in die Richtung des Fortschritts, der durch Frieden, Demokratie und Sozialismus geprägt wird. Unser Erbe, unsere Gegenwart und die Zukunft bilden eine unauflösliche Einheit.

In diesen Tagen gehen die Gedanken zurück zu einem Ereignis, das sich zum 56. Male jährt, zum ersten großen Ansturm der deutschen Arbeiterklasse auf die Bastionen von Imperialismus und Militarismus.

Wir wissen: Die Novemberrevolution war von hoher geschichtlicher Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten für die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts in Deutschland. Sie beeinflußte in außerordentlichem Maße das weitere Ringen um den Übergang von Kapitalismus zum Sozialismus, um den Anschluß an jene Entwicklung, welche die ganze Welt mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und dem Aufbau des Sozialismus in einem Sechstel ihres Territoriums erfaßt hatte. Die Revolution von 1918 schuf mit ihren Erfolgen günstige Voraussetzungen, vermochte aber nicht, die dazu dem deutschen Volk erstmalig gegebene Chance zu realisieren. Trotz ihrer zahlreichen positiven Ergebnisse, darunter vor allem die Gründung einer wirklich revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, hat die Novemberrevolution nicht das große Ziel erreicht, das objektiv auf der Tagesordnung der Geschichte stand.

Mit der Reaktion „russisch“ reden

Im Jahre 1918 bestand die historische Aufgabe darin, auch in Deutschland die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie zu brechen und dem Beispiel, das Sowjetrußland gegeben hatte, zu folgen. Dies widerspiegelte sich richtig in den Aufrufen und Losungen der deutschen Linken. Im Dezember 1917 erklärte die Spartakusgruppe z. B. in einem Flugblatt: „In Rußland hat die Stunde der Entscheidung geschlagen ... Mit einem Heldenmute sondergleichen, ohne Opfer zu scheuen, ohne das eigene Herzblut zu sparen, kämpfen jetzt die russischen Proletarier, auf das Bauerntum gestützt, um die Aufrechterhaltung und Befestigung ihrer soeben erlangten Herrschaft im Staat. Das Ziel, das sie dabei verfolgen, ist ein doppeltes: ein Ende mit dem Völkermord, ein Anfang mit der Verwirklichung des Sozialismus ... Wenn Rußland, das gestern noch zaristisch war, heute eine von sozialistischen Arbeitern beherrschte Republik ist, dann ist es auch in Deutschland für andere Zustände Zeit.“ Vielfältige Aktionen – die Streiks der Munitionsarbeiter, die Verbrüderungen deutscher und russischer Soldaten, die Entstehung von Räten, die wachsenden Forderungen breiter Teile der Bevölkerung, mit der deutschen Reaktion endlich „russisch“ zu reden, d. h. die Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus zu stürzen u: a. m. – kündigen das Nahen der Revolution an und zeugten vom starken Widerhall der Oktoberrevolution in Deutschland.

„Keine Wiederholung der Fehler von 1918“

Lassen wir, nach dieser kurzen Würdigung des großartigen geschichtlichen Ereignisses vom November 1918, den Blick auf das Jahr 1945 schweifen. Der Zusammenhang liegt auf der Hand. Sowohl 1918 als auch 1945, jeweils am Ende blutiger, opferreicher Weltkriege, existierte die reale Chance für die deutsche revolutionäre Arbeiterklasse und für ihre Bündnispartner, jenen antagonistischen Gegensatz zu beseitigen, der sich seit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus zwischen der Monopolbourgeoisie und der Arbeiterklasse herausgebildet hatte.

Beide Ereignisse, die Novemberrevolution und der revolutionäre Prozeß nach der Befreiung vom hitlerfaschistischen Joch auf dem Boden unserer DDR, standen in engstem Zusammenhang mit entscheidenden weltrevolutionären Veränderungen. Nachdem im Jahre 1917 durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution die uneingeschränkte Herrschaft des Imperialismus in der Welt gebrochen und eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte eingeleitet worden war, traten seit 1944/45 aber

andere Länder in die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ein und bildete sich das sozialistische Weltsystem heraus. Wie 1818, als Revolution in die Vielzahl der revolutionären Kämpfe in einer Reihe europäischer Länder eingebettet war, bildete auch nach 1945 unsere Entwicklung einen festen Bestandteil des weltrevolutionären Prozesses, der durch den Sieg der Sowjetunion über den Faschismus auf eine neue Stufe gelangte.

Mit logischer Konsequenz. Verglich die KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 das Ergebnis der Novemberrevolution mit den Aufgaben des Tages und der Zukunft. Ihr Motto lautete: „Keine Wiederholung der Fehler von 1918!“ Es fußt auf der Erkenntnis, daß sich der Faschismus durchsetzen konnte, „weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.“

Befreiung und neue Chance

Die Frage der Macht konnte 1918 nicht im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen entschieden werden. In dem erbitterten Ringen. Zwischen Revolution und Konterrevolution hatte sich damals das Kräfteverhältnis schrittweise zugunsten der von den rechten sozialdemokratischen Führern unterstützten Monopolherren verändert. Die Chance einer wahrhaft demokratischen und sozialistischen Umgestaltung Deutschlands blieb ungenutzt. Zu groß war der verderbliche Einfluß des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Politik und Ideologie der rechten Sozialdemokraten vertieften die Spaltung der Arbeiterklasse. Die KPD entstand erst, als der Höhepunkt der Revolution bereits überschritten war. Deutlich zeichnete sich aus Verlauf und Niederlage der Novemberrevolution wie auch aus den weiteren revolutionären Kämpfen die Lehre ab, daß der Weg zu Frieden, Demokratie und Sozialismus nur erfolgreich beschritten werden kann, wenn an der Spitze der Arbeiterklasse eine von allen bürgerlichen Einflüssen befreite marxistisch-leninistische Kampfpartei steht und wenn sie sich fest mit der internationalen revolutionären Bewegung, vor allem mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt, verbindet.

Diese Faktoren waren aber 1945 vorhanden. Im Unterschied zur Situation nach dem ersten Weltkrieg verfügte die deutsche Arbeiterklasse über eine erfahrene, von einem wissenschaftlichen Programm geleitete Partei. Der Faschismus konnte zwar nicht aus eigener Kraft beseitigt werden, aber mit der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch der Hitlerdiktatur durch den Sieg der Sowjetunion und der in der Antihitlerkoalition vereinten Völker waren günstige objektive Bedingungen entstanden, tat sich erneut die historische Chance auf, eine grundlegende Wende in der Geschichte des deutschen Volkes herbeizuführen. Es galt, das mit dem Sieg der Sowjetunion entstandene günstige Kräfteverhältnis und die Krise der Monopolbourgeoisie zu nutzen, um mit der Beseitigung der für Faschismus und Krieg verantwortlichen Kräfte den Boden für die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und den Aufbau des Sozialismus zu bereiten.

Auch in der Erinnerung an den November 1918, ausgestattet mit den Lehren der Revolution und Seite an Seite mit der führenden Kraft des Sozialismus, der Sowjetunion, erwuchs aus der Chance von 1945 die Realität von heute, auf die wir mit Recht so stolz sind.

Volkswacht-Beilage, 09.11.1974, S. 3.

Markstein auf dem Weg in die Zukunft

An der Jahreswende 1918/19 – vor nunmehr 56 Jahren – entstand die Kommunistische Partei Deutschlands. Mit diesem Ereignis wurde damals die erste Revolution der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus gekrönt, manifestierte sich deren bedeutendstes Ereignis. Damals bildeten die Kommunisten zwar nur eine kleine Partei. Heute aber bestimmen jene Ideen, die bereits den Beschlüssen des Gründungsparteitages der KPD zugrunde lagen, bereichert durch die reichen internationalen Erfahrungen, das Denken und Handeln von Millionen in einem sozialistischen Staat; heute prägen sie das Antlitz der Deutschen Demokratischen Republik. Das konnte nach dem heroischen Sieg des Sowjetvolkes über den Hitlerfaschismus und auf der Grundlage der revolutionären Veränderungen in der Welt erreicht werden, weil die Partei eine richtige Orientierung gab die auf den in jahrzehntelangem Ringen gewonnenen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Kommunismus beruhte und in Übereinstimmung mit den objektiven Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft stand.

*

Wenn sich unsere Gegner mit dem Gründungsparteitag der KPD beschäftigen, streichen sie gern die falsche Entscheidung der Mehrheit über die Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung heraus, die gegen den Willen von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Käte Duncker, Fritz Heckert und anderen erfolgt war. Ja, immer wieder wird sogar versucht die Gründung der KPD als unausgegorenes. spalterisches und sektenhaftes Handeln einzelner Arbeiterführer und anarchistischer Putschtheoretiker zu diffamieren.

Dem stehen jedoch die Tatsachen eindeutig entgegen. Die große geschichtliche Bedeutung des Gründungsparteitages kam vor allem in der unleugbaren Einheitlichkeit der Auffassungen zum Ausdruck, die im Rahmen der Programmdiskussion über die Grundfragen des Staates und der Revolution geäußert wurden, natürlich ebenso in der Bejahung der Diktatur des Proletariats, in der Ablehnung der opportunistischen und zentristischen Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie sowie im Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus und zur brüderlichen Verbundenheit mit Sowjetrußland.

Diese historische Bedeutung wird in dem neuen Werk von Historikern der DDR, das vor kurzem unter dem Titel „Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (Grundriß)“ erschienen ist, mit folgenden Worten gewürdigt:

„Ihr Entstehen war das wichtigste Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Entstehen des Marxismus, der Bildung des Bundes der Kommunisten und dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes. Mit der Bildung der KPD wurde die revolutionäre marxistische Entwicklungslinie in der deutschen Arbeiterbewegung fortgeführt und der Grundstein für die marxistisch-leninistische Partei der deutschen Arbeiterklasse gelegt. Die Gründung der KPD entsprach den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes; denn die Führung durch die revolutionäre Partei ist die entscheidende Voraussetzung für die Erfüllung der historischen Mission des Proletariats, den Imperialismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft zu errichten.“ (S. 383)

*

Im Programm der jungen KPD hieß es: „Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.“ Gleichzeitig wurde aber auch angedeutet, daß sich die Revolution nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchdringen“ kann.

Die KPD war zu jener Zeit noch nicht in der Lage, sofort alle Fragen der Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes zu beantworten. Die Ausarbeitung und noch mehr die praktische Verwirklichung richtiger, leninistischer Ziele erfolgten in einem komplizierten und langwierigen Prozeß. Dieser Prozeß widerspiegelt sich in den programmatischen Dokumenten der KPD, vor allem im Programm des Gründungsparteitages, in der Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes von 1930, in den Beschlüssen der Brüsseler und der Berner Konferenz von 1935 und 1939, in den Ausarbeitungen, die während des zweiten Weltkrieges entstanden. In zunehmender Konstruktivität legte die KPD auch dar, wie der neue Staat aussehen soll, der nach dem Sturz der Macht des Imperialismus aufgebaut werden soll. Insbesondere in den Jahren der faschistischen Diktatur stellte sich die Partei die Frage „Was kommt nach Hitler?“

*

Eine gewaltige Arbeit leistete die Führung der KPD in dieser Hinsicht unter anderem in der Zeit zwischen der Brüsseler und der Berner Konferenz. Sie basierte auf der strategischen und taktischen Orientierung, die der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gegeben hatte, und betraf den Charakter der notwendigen antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen.

Die KPD präzisierte ihre Vorstellungen über die Erfordernisse, Möglichkeiten und Grenzen antifaschistisch-demokratischer Machtverhältnisse in Deutschland, so z. B. in dem bedeutsamen Dokument „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront“ vom Juni 1936. Ausgangspunkt dieser programmatischen Überlegungen bildete die Leninsche Theorie, wonach es sich bei der zu erkämpfenden demokratischen Republik um einen Staat von antiimperialistischem Typ handeln müsse, der als Auftakt für den weiterführenden revolutionären Prozeß hin zum Sozialismus wirksam sein kann.

Dazu wurden bis zum Ende des zweiten Weltkrieges auch sehr konkrete und detaillierte Pläne ausgearbeitet, deren Vorhandensein es schließlich ermöglichte, die mit der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Faschismus sich ergebende historische Chance zu nutzen und unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse den Weg zu Demokratie und Sozialismus erfolgreich zu beschreiten.

Die KPD ging lange Zeit von der Überzeugung aus, daß es dem deutschen Volk unter Führung seiner Arbeiterklasse gelingen werde, das faschistische Regime des deutschen Imperialismus aus eigener Kraft zu stürzen. Die Geschichte hat jedoch einen anderen Verlauf genommen. Der Hitlerfaschismus konnte nicht an der Entfesselung des zweiten Weltkrieges und am Überfall auf die UdSSR gehindert werden, die faschistische Diktatur zerbrach erst unter den wuchtigen Schlägen der Sowjetarmee. Mit dem Sieg der UdSSR und der in der Antihitlerkoalition vereinten Völker über den Faschismus begann eine neue, höhere Stufe des revolutionären Weltprozesses, in den der Kampf der deutschen Kommunisten und ihrer Verbündeten um die Verwirklichung ihrer Programme eingebettet war.

Von den bereits genannten Dokumenten führt ein gerader Weg zur zielklaren, konsequenten und alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung nutzenden Orientierung der KPD bzw. der SED auf das Ziel des Sozialismus über die Verwirklichung einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung sowie über die konsequente Weiterentwicklung des antiimperialistischen Staates zu einem sozialistischen.

Aus allen diesen Gründen – die heute in Erinnerung gerufen werden sollten, d. h. an dem Tage, an dem vor 56 Jahren die KPD entstand und der zwischen dem 25. Jahrestag der Gründung der DDR und dem 30. Jahrestag der Befreiung liegt – erfolgte im Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED mit Recht die Feststellung:

„Das Fundament unseres Staates wurde in den Schlachten des Großen Vaterländischen Krieges gelegt, es wurde geschmiedet durch den Kampf der deutschen Kommunisten und der internationalen Arbeiterbewegung, alter Kräfte des Fortschritts und der Demokratie ... im Ergebnis des Sieges über den Hitlerfaschismus entstand das sozialistische Weltsystem, in dem die Deutsche Demokratische Republik für immer ihren festen Platz eingenommen hat.“

Darauf aufbauend und daran anschließend formulierte Erich Honecker: „So liegen die geschichtlichen Tatsachen. So sind wir im Geist Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks unseren Weg gegangen und gehen ihn weiter in die kommunistische Zukunft.“

Volkswacht-Beilage, 28.12.1974, S. 3.

Die Befreiung des deutschen Volkes vom Joch der Hitlerdiktatur und der antifaschistische Widerstandskampf 1933 bis 1945

Indem von Genossen Erich Honecker erstatteten Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED findet man im Zusammenhang mit der Einschätzung des 25. Jahrestages der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik die inhaltsreiche Aussage:

„Das Fundament unseres Staates wurde in den Schlachten des Großen Vaterländischen Krieges gelegt, es wurde geschmiedet durch den Kampf der deutschen Kommunisten und der internationalen Arbeiterbewegung, aller Kräfte des Fortschritts und der Demokratie.“[1]

Der bevorstehende 30. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus veranlaßt dazu, im folgenden einige Fragen der Geschichte und der Bedeutung des antifaschistischen Widerstandskampfes der deutschen Arbeiterklasse zu untersuchen, der insgesamt auch als ein Baustein für das „Fundament“ des Sozialismus in der DDR zu werten ist.

Erstmalig in der Geschichte – daran muß hier einleitend erinnert werden – besaßen die deutsche Arbeiterklasse und ihre Verbündeten während der Novemberrevolution des Jahres 1918/19 die historische Chance, Anschluß an jene Entwicklung zu gewinnen, welche die ganze Welt mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und dem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in einem Sechstel ihres Territoriums erfaßt hatte. Zwar schuf die Novemberrevolution mit ihren positiven Ergebnissen auch in Deutschland günstige Voraussetzungen für den in Richtung Fortschritt, Frieden, Demokratie und Sozialismus drängenden Geschichtsprozesses, für das weitere Ringen um den Übergang Vorn Kapitalismus zum Sozialismus, völlig konnte jedoch damals die Chance nicht genutzt werden. Die Novemberrevolution hat das große Ziel nicht erreicht, das objektiv auf der Tagesordnung der Geschichte stand. Sie konnte jenen antagonistischen Gegensatz nicht beseitigen, der sich mit dem Eintreten der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in ihr imperialistisches Stadium zwischen der Monopolbourgeoisie und der Arbeiterklasse herausgebildet hatte. In erbittertem Ringen von Revolution und Konterrevolution hatte sich damals das Kräfteverhältnis schrittweise zugunsten der von den rechten sozialdemokratischen Führern unterstützten Monopolherren verändert. Zu groß war der verderbliche Einfluß des Opportunismus auf die deutsche Arbeiterbewegung. Politik und Ideologie der rechten Sozialdemokraten sowie der Zentristen vertieften die Spaltung der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei Deutschlands entstand erst, als der Höhepunkt der Revolution bereits überschritten war. Deutlich zeichnete sich aus Verlauf und Niederlage der Revolution wie auch aus den weiteren revolutionären Kämpfen die Lehre ab, daß der Weg zum Sozialismus nur dann erfolgreich beschritten werden kann, wenn sich die Arbeiterklasse von allen bürgerlichen Einflüssen in ihren Reihen befreit, wenn an ihrer Spitze eine marxistisch-leninistische Kampfpartei steht und wenn sie sich fest mit der internationalen revolutionären Bewegung, vor allem mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt, der Sowjetmacht verbündet.[2]

Nachdem 1917 die Große Sozialistische Oktoberrevolution die uneingeschränkte Herrschaft des Imperialismus in der Welt durchbrochen hatte, begann 1944/45, d. h. seit dem Sieg der UdSSR und der in der Antihitlerkoalition vereinten Völker über den deutschen und italienischen Faschismus sowie über den japanischen Imperialismus im zweiten Weltkrieg eine „neue, höhere Stufe des revolutionären Weltprozesses“.[3] Das internationale Kräfteverhältnis veränderte sich grundlegend zugunsten der Arbeiterklasse und des Sozialismus, der Kräfte des Friedens und der Demokratie. Der Sieg über den Faschismus, den die Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg errang, rettete nicht nur die Menschheit vor der Geißel einer weltweiten faschistischen Barbarei, er schuf darüber hinaus günstige Voraussetzungen sowohl für die Festigung des Sozialismus in der UdSSR als auch für das weitere Voranschreiten des Sozialismus im internationalen Maßstab. Dies eröffnete auch der deutschen

---

1 Neues Deutschland. Berlin, 13.12.1974.

2 Vgl. Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 389.

3 Ebenda, S. 484.

Arbeiterklasse erneut eine reale Chance, ihrer historischen Mission gerecht zu werden. Vor ihr stand nunmehr die Aufgabe, das durch den Sieg der Sowjetunion entstandene günstige Kräfteverhältnis und die Krise des Imperialismus zu nutzen, um endlich Imperialismus und Militarismus beseitigen zu können und so den Boden für die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und den Aufbau des Sozialismus zu bereiten.[4] Diese Aufgabe wurde erfüllt. Aus der historischen Chance von 1945 ist die Realität der Deutschen Demokratischen Republik erwachsen, von ihr führt der erfolgreiche Weg zum heutigen sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern, der unwiderruflich mit der UdSSR verbündet ist und einen untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft darstellt.[5]

Nach der Befreiung des deutschen Volkes waren im wesentlichen alle Faktoren vorhanden, deren Existenz Voraussetzung für den revolutionären Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist. Im Unterschied zur Situation nach dem ersten Weltkrieg verfügte die deutsche Arbeiterklasse über eine erfahrene und von einem wissenschaftlichen, marxistisch-leninistischen Programm geleitete Partei. Wie 1918, als die Novemberrevolution in die Vielzahl der Klassenauseinandersetzungen in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern eingebettet war, bildete auch die Entwicklung auf dem Boden der DDR nach 1945 einen festen Bestandteil des weltrevolutionären Prozesses. Alle revolutionären Bewegungen und Kämpfe in Deutschland standen immer in engstem Zugsammenhang mit entscheidenden revolutionären Veränderungen in der Welt, so mit der siegreichen Entwicklung des Sozialismus zunächst in einem Land und so mit der brüderlichen Gemeinschaft mehrerer sich nach 1944/45 an der Seite der Sowjetunion und dank ihrer Unterstützung rasch entwickelnder sozialistischer Staaten. Das Vorhandensein dieser objektiven und subjektiven Faktoren ließ eine Tatsache in den Hintergrund treten, so sehr sie auch immer wieder im Bewußtsein der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung reflektiert wurde, die Tatsache, daß es trotz aller heldenhaften Kämpfe und großen Opfer nicht gelungen war, den Faschismus aus eigener Kraft zu beseitigen oder entscheidend zu seinem Sturz beizutragen. Aus ihr resultierten zwar Besonderheiten des einheitlichen revolutionären Entwicklungsprozesses im Vergleich zu den volksdemokratischen Revolutionen anderer, vor allem ost- und südosteuropäischer Länder, aber sie vermochte keinen bestimmenden oder gar konterrevolutionären Einfluß auszuüben.

Die militärische Zerschlagung des faschistischen deutschen Imperialismus und die Befreiung des deutschen Volkes vom Joch der Hitlerdiktatur bildeten „die entscheidende Voraussetzung für die Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Macht“.[6] Eine weitere wesentliche Voraussetzung der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung bestand in der Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse durch die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und deren Entwicklung – nach dem Vorbild der KPdSU und aus deren reichen Erfahrungen lernend – zu einer marxistisch-leninistischen Partei neuen Typus. Wie, in welchem Umfang und in welchem Tempo die durch den heroischen Kampf des Sowjetvolkes und die Befreiung gebotene Möglichkeit zu revolutionären Veränderungen auf deutschem Boden genutzt wurden, hing in erster Linie von der Erhöhung der Kampfkraft der Arbeiterklasse in Deutschland ab. Dabei lassen sich die beiden genannten Voraussetzungen nicht einfach auf „äußere“ und „innere“ Faktoren reduzieren; die Sowjetunion ist als „ein konstitutives Element des Kräfteverhältnisses in jedem Land, das den Weg zum Sozialismus beschreitet, nicht nur (als) ein äußerer Faktor“[7] zu betrachten.

Beide Voraussetzungen für die „erste Etappe eines einheitlichen, kontinuierlichen, sich ständig höher entwickelnden revolutionären Prozesses, der mit der Gründung der DDR in die sozialistische Revolution hinüberwuchs“[8], stehen in einem engen Zusammenhang mit den revolutionären Kämpfen der

---

4 Vgl. Ebenda, S. 485.

5 Vgl. Erich Honecker, Siegesbewußt auf sozialistischem Weg Ansprache auf der Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung der DDR. In: Neues Deutschland. Berlin, 7.10.1974.

6 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik – ein Vierteljahrhundert Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Thesen des Nationalrats der Nationalen Front der DDR zum 25. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974, S. 7 f.

7 Heinz Heitzer, Neue Probleme der Erforschung der Geschichte der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XX. Jg. (1972), H. 8, S. 957.

8 25 Jahre ... A. a. O., S. 12.

deutschen Arbeiterklasse seit der Novemberrevolution und insbesondere mit dem von ihr geführten heroischen antifaschistischen Widerstandskampf. Auf diesen Zusammenhang, der nirgends bestritten, aber bisher auch noch nicht ausführlich dargelegt worden ist, soll nunmehr thesenartig eingegangen werden.

Der antifaschistische Widerstandskampf nach dem 30. Januar 1933 war – wie zunächst hervorzuheben ist – die Fortsetzung des Klassenkampfes unter den neuen Bedingungen der offenen terroristischen Diktatur der deutschen Monopolbourgeoisie und insbesondere ihrer reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Teile. In seinem Rahmen vollzog sich die historische Auseinandersetzung zwischen den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, zwischen der Arbeiterklasse und der imperialistischen Bourgeoisie. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus war in ein neues Stadium getreten. Die Errichtung der faschistischen Diktatur konnte zwar das Kräfteverhältnis der Klassen erheblich zugunsten des kriegslüsternen Monopolkapitals verändern, aber nicht den Klassenkampf beseitigen oder auch nur hinter der gleisnerischen Fassade einer „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ verstecken. Die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung in der durch den Roten Oktober eingeleiteten Epoche blieben für Deutschland auch zwischen 1933 und 1945 auf der Tagesordnung. Der antifaschistische Widerstandskampf beinhaltete daher mehr als nur den Kampf irgendeiner abstrakten Menschlichkeit gegen das Unmenschliche oder einer klassenneutralen Gerechtigkeit gegen Willkür und Unrecht, von dem bürgerliche Historiker immer wieder sprechen.[9]

Zur deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung zählten Hunderttausende, in größeren und kleineren Gruppen organisiert oder einzeln kämpfend. Bildeten sie auch nur einen äußerst kleinen Teil des deutschen Volkes – die überwiegende Mehrheit unterstützte, ja bejubelte das faschistische Regime –, so blieben sie dennoch nicht ohne Einfluß und Wirkung. Davon künden die einzelnen kleineren und unmittelbaren Erfolge[10] und natürlich auch die Zahlen der Opfer. In den ersten Monaten der faschistischen Barbarei wurden über 50.000 Antifaschisten verhaftet und eingekerkert. Bis 1939 erlitten etwa eine Million Menschen das gleiche Schicksal, unter ihnen fast jeder zweite der Kommunisten. Allein zum Zeitpunkt der Entfesselung des zweiten Weltkrieges befanden sich etwa 300.000 Hitlergegner hinter Gitter und Stacheldraht. Nach Kriegsbeginn steigerte sich der Terror von Gestapo und SS ins Unermeßliche. Zehntausende Funktionäre und Mitglieder der in die Illegalität gedrängten, aber nicht zerschlagenen KPD fielen dem Wüten der Nazischergen zum Opfer. Insgesamt sind über 200.000 Menschen wegen ihres aktiven Widerstandes und ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem faschistischen Regime ermordet worden. Die antifaschistischen Widerstandskämpfer haben unter Führung der Arbeiterklasse und der KPD alle sich bietenden Möglichkeiten genutzt, um ihrer Haltung Ausdruck zu verleihen. Entsprechend den verschiedenen Kampfbedingungen – in der Illegalität, hinter den Mauern der Kerker, in der Emigration und auf dem Territorium des ersten sozialistischen Staates der Welt – schöpfte die Widerstandsbewegung alle ihre Kräfte aus. Wäre nicht mehr erreicht worden als diese Manifestation des Klassenkampfes, so müßte der antifaschistische Widerstandskampf bereits als eine hohe geschichtliche Leistung gewürdigt werden. Der Kampf in den Reiben der antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung war alles andere als sinnlos. Er galt einer geschichtlichen Alternative, die sich – wie jede Entwicklung in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft – nicht automatisch oder gar unabhängig von den Menschen durchsetzen kann.

Trotz der großen Opfer erstarkte die KPD in der von ihr geführten antifaschistischen Widerstandsbewegung und erwiesen sich die Ideen des Marxismus-Leninismus als unbesiegbar. Die Partei sammelte

---

9 Vgl. vor allem Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt a. M. 1958, S. 28 und passim.

10 Vgl. Klaus Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939. Berlin 1974, S. 261 f. Hier wird von den Schwierigkeiten gesprochen, die die Widerstandsbewegung dem faschistischen Regime bei der Durchsetzung seiner innenpolitischen Ziele bereitete, von der Verhinderung einer bedingungslosen Unterwerfung der gesamten Arbeiterklasse unter die Hitlerdiktatur, von bestimmten sozialen Zugeständnissen und von gewissen Manövern auf außenpolitischem Gebiet.

wertvolle Erfahrungen, „die es ihr ermöglichten, nach der Zerschlagung des Hitlerregimes und der Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen Joch die Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer historischen Mission zu befähigen und im Bunde mit den anderen demokratischen Kräften den Kampf um die Brechung der Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus aufzunehmen.“[11]

Zahlreiche Dokumente belegen den politisch.-ideologischen und theoretischen Reifeprozeß, den die Partei mit der Ausarbeitung ihrer Strategie und Taktik auf der Grundlage des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale vollzog. Mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 und mit dem Programm „Grundsätze und Ziele der SED“, das der Vereinigungsparteitag am 22. April 1946 beschloß, knüpfte die Partei an ihre während der Zeit der faschistischen Diktatur ausgearbeiteten Programme zur Überwindung des Imperialismus und zur Heranführung der werktätigen Massen unter Führung der Arbeiterklasse an die sozialistische Revolution an. Von den Dokumenten des Widerstandskampfes, der Brüsseler und der Berner Konferenz, des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und der weltweiten Bewegung der „Freien Deutschen“ führt ein gerader Weg zur zielklaren, konsequenten und alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung nutzenden Orientierung der KPD bzw. der SED auf den Weg zum Sozialismus über die konsequente Verwirklichung und Weiterführung einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

Der von der deutschen Arbeiterklasse und der KPD geführte antifaschistische Widerstandskampf galt zwei großen Zielen: dem gemeinsamen Ringen aller in einer breiten Volksfront vereinten Hitlergegner um den Sturz der faschistischen Diktatur sowie der Vorbereitung des Weges eines von Hitler und seinen monopolkapitalistischen Hintermännern befreiten deutschen Volkes zum weiteren geschichtlichen Fortschritt, zu Frieden, Demokratie und Sozialismus. Die Berner Konferenz befaßte sich eingehend mit dem Zusammenhang dieser beiden großen Aufgabenkomplexe und betonte, daß die Volksfront nicht ein zeitweiliges und begrenztes Bündnis sei und etwa zu dem Zeitpunkt wieder gelöst werden könne, da die Arbeiterklasse genügend Spielraum für die Errichtung der Diktatur des Proletariats besitze. Wilhelm Pieck erklärte:

„Dieses Bündnis richtet sich nicht nur gegen den Hitlerfaschismus, sondern ist auch auf die Aufrichtung und Sicherung einer demokratischen Volksrepublik gerichtet, in der nicht mehr die Bourgeoisie, sondern die Volksfront die Führung haben wird.“[12]

Die KPD war die einzige und daher zugleich auch die führende gesellschaftliche Kraft, die einheitlich und geschlossen den antifaschistischen Widerstandskampf führte, mit einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik ausgerüstet war und ungeachtet der zahllosen Opfer über eine stabile Organisation verfügte.

„Alle anderen Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung und die bürgerlich-demokratischen Kräfte besaßen keine derart einheitliche und feste, zentral geleitete Organisation und keine einheitliche politische Orientierung.“[13]

Die KPD ließ sich von der Gewißheit leiten, daß der Sozialismus unbesiegbar und der erste sozialistische Staat der Welt, die Sowjetunion, unbeirrt zu verteidigen ist. Ihr proletarischer Internationalismus war es vor allem, der den Kampf der Besten des deutschen Volkes zum „Bestandteil des Widerstands- und Befreiungskampfes der vom barbarischen deutschen Imperialismus und Militarismus unterjochten und bedrohten Völker“[14] machte.

Das unerschrockene, heldenhafte Ringen der antifaschistischen Widerstandskämpfer erwuchs aus dem objektiv begründeten revolutionären internationalistischen Elan der Arbeiterklasse, aus ihrem Mut, ihrer Konsequenz und Standhaftigkeit. Das läßt den antifaschistischen Widerstandskampf mehr sein als nur Vergangenheit und bloße Erinnerung. Die menschliche Größe der Helden jener Zeit prägt das besonders enge Verhältnis unserer Gegenwart zu ihnen, bestimmt die Vorbildlichkeit. Mit Recht

---

11 Klassenkampf – Tradition – Sozialismus, A. a. O., S. 483.

12 Wilhelm Pieck, Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei. Referat, 30. Januar 1933. In: ders., Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V: Februar 1933 bis August 1939, Berlin 1972, S. 598.

13 Klaus Mammach, A. a. O., S. 258.

14 Ebenda.

und mit Stolz konnte Genosse Alfred Neumann am 8. September 1974 auf der Berliner Großkundgebung anläßlich des Internationalen Gedenk- und Kampftages gegen Faschismus und imperialistischen Krieg erklären:

„Trotz der Ströme von Blut und Tränen, die sie den gepeinigten Menschen auferlegten, haben sich die Feinde des Volkes gründlich verrechnet. Hinter jedem Toten des antifaschistischen Widerstandskampfes stehen heute tausend neue Kämpfer für Frieden, Demokratie und Sozialismus.“[15]

Im antifaschistischen Widerstandskampf manifestierte sich das „andere Deutschland“ – das seiner großen humanistischen Tradition sowie das seiner demokratischen, friedlichen und sozialistischen Zukunft. Das „andere Deutschland“ – das war mehr als die von den Kreisen der bürgerlichen Opposition erhobene Forderung nach einer lediglich anderen Form der imperialistischen Machtausübung. Im Blickpunkt des antifaschistischen Widerstandskampfes stand neben dem unmittelbaren Ringen um den Sturz der Diktatur die Perspektive einer revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Antifaschistisches Verhalten wurde zu revolutionärem Verhalten, denn: Kritik am Faschismus, aktiver Kampf gegen ihn und alle seine Erscheinungsformen konnten und mußten zu einem vertieften Verständnis des historischen Charakters der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus führen, die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet worden war. Daher war auch die Auseinandersetzung mit jenen notwendig, die propagierten, Antifaschist wäre man vor allem als Antikommunist, so wie sie z. B. von Heinrich Mann, dem Vorsitzenden des Pariser Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront geführt wurde und in deren Ergebnis er zu seinem Bekenntnis kam:

„Was mich betrifft, bin ich mit euch, die ihr mir schreibt: Ohne die sozialistische Sowjetunion kein Friede und auch kein deutscher Volksstaat.“[16]

Das Ringen des Widerstandes richtete sich gegen den globalen, immer wieder lautstark propagierten Anspruch der Nazis, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Es richtete sich gegen die Verfälschung kultureller Leistungen der Vergangenheit, gegen den Mißbrauch alles Progressiven, was mit den Begriffen der Nation und des Nationalen verbunden war. Dies erforderte aber zugleich die entschiedene Absage an den Vansittartismus und an ähnliche Thesen bestimmter Teile der Monopolbourgeoisie in den imperialistischen Ländern der Antihitlerkoalition, denen zufolge alle Deutschen von Natur aus und ohne jeden Unterschied verbrecherisch und Nazis seien. Diese Thesen sollten vor allem die künftige imperialistische Besatzungspolitik vorbereiten, bei der man vorgeben wollte, sich auf „gemäßigte Nazis“ stützen zu müssen, da es keine deutschen „Antinazis“ gäbe.

Es ist als eine weitere unvergängliche Leistung des Widerstandskampfes zu betrachten, wenn am Ende des zweiten, vom faschistischen deutschen Imperialismus entfesselten Weltkrieges allein die Antifaschisten, die standhaft und unter großen Opfern gegen Faschismus und Krieg gekämpft hatten – unter ihnen vor allem die Kommunisten und ihre Verbündeten –, das Vertrauen und die Achtung der friedlichen Völker der Welt genossen. Die DDR konnte für ihre Entwicklung und. insbesondere ihren Kampf um die internationale Anerkennung eine unschätzbare moralische Hilfe aus dem Widerstandskampf ziehen.

Schließlich und vor allen Dingen soll im Zusammenhang mit der dialektischen Einheit der beiden Voraussetzungen für das „Fundament“ unserer sozialistischen DDR noch folgende Tatsache hervorgehoben werden.

Während des zweiten Weltkrieges verschmolz der antifaschistische Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse mit dem Befreiungskampf der Völker der UdSSR und der anderen überfallenen Länder. Die Führung der KPD entlarvte den Charakter der faschistischen Aggression und erklärte am 24. Juni 1941 in ihrem Aufruf zum Kampf gegen den heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion: „Unsere eigene Sache ist es, die von der Roten Armee siegreich verteidigt wird. Unser Feind steht im

---

15 Neues Deutschland. Berlin, 9.9.1974.

16 Heinrich Mann, Antwort an viele. In: ders., Verteidigung der Kultur. Antifaschistische Streitschriften und Essays, Berlin/Weimar 1971, S. 281.

eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Großkapitalisten, der Kriegsgewinnler sind unser Feind. Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein."

Im Aufruf der KPD vom 6. Oktober 1941, der konkret den Ausweg aus der Kriegskatastrophe zeigte und den Kampf um einen ehrenvollen Frieden durch den Sturz der Hitlerdiktatur und die Errichtung eines Deutschlands des Volkes als Hauptaufgabe aller Antifaschisten bezeichnete, wurde die Rote Armee richtig als unmittelbarster und stärkster Verbündeter der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung gesehen.[17] Diese Konzeption unterschied sich grundsätzlich von der opportunistischen Politik rechter sozialdemokratischer Führer, die den Widerstandskampf unter den Bedingungen des Krieges erst recht für aussichtslos hielten, zugleich aber ihre antisowjetische und antikommunistische Hetze verstärkten. Sie hofften, daß sich die Sowjetunion und Hitlerdeutschland im Kampf gegeneinander erschöpfen würden. In den imperialistischen Westmächten erblickten sie die entscheidende Kraft für die Beseitigung der faschistischen Herrschaft.

Der antifaschistische Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten war daher auch eine Leistung für die weitere Durchsetzung des proletarischen Internationalismus. Er kann mit Recht – neben den Aktionen „Hände weg von Sowjetrußland" 1920, neben dem Kampf für die Einhaltung des Rapallo-Vertrages, neben der Aneignung des Leninismus durch die KPD in der Zeit der Weimarer Republik – als ein Wegbereiter des sich nach der Befreiung entwickelnden und entfaltenden Bruderbundes zwischen der Arbeiterklasse beider Länder bzw. nach der Gründung der DDR auch auf staatlicher Ebene betrachtet werden. Aus der Illegalität tretend, aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern. befreit, begannen die antifaschistischen Widerstandskämpfer in engster Zusammenarbeit mit sowjetischen Offizieren und Soldaten den neuen Kampf gegen das wirtschaftliche Chaos, gegen Hunger und Seuchengefahr, gegen Hoffnungslosigkeit und Resignation im Denken vieler Menschen. Nach der Befreiung war es dem gemeinsamen Wirken der sowjetischen Besatzungsorgane und der deutschen Antifaschisten zu danken, daß „nicht das katastrophale Erbe des Faschismus, sondern die schöpferische Kraft des Volkes geschichtsbestimmend wurde ... In dieser schweren Zeit bewiesen die von der KPD erzogenen Arbeiter, daß sie als erste und am besten verstanden, was zu tun war, nicht nur um Trümmer und Elend zu beseitigen, sondern auch um eine Wiederkehr der faschistischen Barbarei für immer auszuschließen."[18]

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der von der deutschen Arbeiterklasse und der KPD geführte antifaschistische Widerstandskampf zwar nicht entscheidend zur Befreiung des deutschen Volkes von Faschismus und Krieg beizutragen vermochte, er aber einen wesentlichen und unverlierbaren Beitrag zur Vorgeschichte des Sozialismus auf deutschem Boden geleistet hat. Ohne die geschichtlichen Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandskampfes, so ist sicher mit Fug und Recht zu behaupten, hätte die mit der Befreiung dem deutschen Volk erneut gebotene Chance zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen nicht bzw. nicht in einer historisch so kurzen Frist von etwa vier Jahren bis zur Gründung der DDR genutzt werden können. Ohne die Leistungen der revolutionären Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, die sich – soweit sie noch lebend befreit werden konnten – auch als die Aktivisten der ersten Stunde bewährten, wäre das zweifellos schwierige Unterfangen, mit der Beseitigung der materiellen und ideologischen Trümmer zugleich in eine neue Gesellschaftsordnung einzutreten, noch schwerer gewesen. So war der antifaschistische Widerstandskampf doch gewissermaßen ein indirekter Beitrag zur Befreiung des deutschen Volkes. Er sollte sich für die Erhaltung, Stabilisierung und Entwicklung des subjektiven Faktors im Rahmen des unmittelbaren Eintretens der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR in den weltrevolutionären Prozeß als von weitreichender Bedeutung erweisen.

Die Deutsche Demokratische Republik heute, im 30. Jahr nach dem gesetzmäßigen Sieg der Sowjetunion – das ist die zur Realität gewordene Konzeption der KPD, die, mit der Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere auf der Brüsseler und der Berner Konferenz die histo-

---

17 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd.. 5, Berlin 1966, S. 547 ff.

18 Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. A. a. O., S. 490 f.

risch einzig mögliche Alternative zur Herrschaft des Finanzkapitals programmatisch formulierte und diese nach der Befreiung, in engem Bündnis mit der Sowjetunion, erfolgreich verwirklichte. Jeder, der nach Sinn und Leistung des antifaschistischen Widerstandskampfes fragt, der um seine geschichtliche Tragweite und um den Zusammenhang mit dem Sieg der Sowjetunion über den Faschismus wissen will, muß heute sowohl den unmittelbaren, wenn auch begrenzten Beitrag zur Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus als auch die drei Jahrzehnte erfolgreicher Verwirklichung der Ideale des antifaschistischen Kampfes sehen. Ausdruck des schließlich doch erfolg- und siegreichen antifaschistischen Widerstandskampfes ist die Existenz der DDR, in der sein Erbe dank der Befreiung und dank des Bundes mit der Sowjetunion eine so überzeugende Gestalt angenommen hat. Das Werk der Widerstandsbewegung wird hier vollendet und weitergeführt. Ihre Ziele Wurden zu einer unumstößlichen Realität.

„Der Sozialismus war das Ziel, das den antifaschistischen Widerstand in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, in den Interbrigaden, in der Illegalität und in der Emigration beseelte. Von dieser Zukunft träumten und für sie stritten die Vertreter des Humanismus und des Fortschritts. So erfüllt unser sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern mit seiner lebendigen Wirklichkeit ein edles Vermächtnis.“[19]

Eingegangen am 18.12.1974

Zum 30. Jahrestag der Befreiung. Beiträge aus den Sektionen Marxismus-Leninismus, Marxistisch-leninistische Philosophie, Geschichte, Staats- und Rechtswissenschaft, Literatur- und Kunstwissenschaft. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1975, S. 9-22.

[19] Erich Honecker, Siegesbewußt auf sozialistischem Weg. A. a. O.

Entteufelung der braunen Barbarei

Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer

Akademie-Verlag Berlin 1975

Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Hrsg. v. Manfred Buhr, Nr. 51

Abkürzungen

BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin
HPB	Historisch-politisches Buch, Göttingen, (West-)Berlin, Frankfurt (Main)
HZ	Historische Zeitschrift, München
KI/Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MEW	Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Berlin 1957 ff.
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PFS	Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag u. a.
PVS	Politische Vierteljahresschrift, Köln, Opladen
VjZg	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München
WZ	Wissenschaftliche Zeitschrift
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin
ZfP	Zeitschrift für Politik, München

„Wer den Faschismus und den Krieg, die großen Katastrophen, welche keine Naturkatastrophen sind, beschreiben will, muß eine praktikable Wahrheit herstellen. Er muß zeigen, daß dies Katastrophen sind, die den riesigen Menschenmassen der ohne eigene Produktionsmittel Arbeitenden von den Besitzern dieser Mittel bereitet werden.

Wenn man erfolgreich die Wahrheit über schlimme Zustände schreiben will, muß man sie so schreiben, daß ihre vermeidbaren Ursachen erkannt werden können. Wenn die vermeidbaren Ursachen erkannt werden, können die schlimmen Zustände bekämpft werden.“

Bert Brecht: Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit

Statt einer Einleitung: Nostalgie des Verruchten und kein Ende einer „Epoche“

In unserer Zeit, die hauptsächlich von der Kraft des Sozialismus, von seiner immer erfolgreicheren Auseinandersetzung mit dem Imperialismus um die Realisierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz geprägt wird, gewinnt der ideologische Klassenkampf zunehmend an Bedeutung. Dieser erstreckt sich in hohem Maße auch auf geschichtswissenschaftliche Fragen, darunter auf das Problem der historischen Bedeutung von Wesen, Funktion und Rolle des Faschismus.

Lebendig ist der Zorn der Völker über die grausamen Verbrechen, die von den Faschisten – gleich welcher nationalen Spielart – begangen worden sind, Verbrechen gegen den Frieden, gegen das Lebensrecht aller Menschen, gegen die Humanität. Lebendig ist die Erinnerung an die Opfer, an die verheerenden Zerstörungen gewaltigen Ausmaßes sowie an die Nachwirkungen des von den Faschisten entfesselten zweiten Weltkrieges. Diesem Teil der Geschichte kann sich keiner entziehen, ist er doch wie durch tausend Fäden mit unserer Gegenwart verknüpft. Die Zerschlagung des Faschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee und die vereinten Kräfte der Antihitlerkoalition hat die Möglichkeit seines Wiedererstehens nicht beseitigt, da die klassenmäßigen Wurzeln des Faschismus nicht überall ausgerottet werden konnten und auch im gegenwärtigen Kapitalismus noch alle Faktoren wirken, die das Gedeihen der faschistischen Saat fördern.[1]

Bürgerliche Historiker versuchten und versuchen immer wieder mit großer Intensität nachzuweisen, daß der Faschismus „seine“ Epoche zwischen den beiden Weltkriegen gestaltet habe und im Jahre 195 mit dem Selbstmord Adolf Hitlers zu Ende gegangen sei – also mit dem Tode jenes Mannes, der die Menschen vieler Kontinente für den Profithunger des deutschen Imperialismus in den zweiten Weltkrieg trieb und der sich dafür als „Gröfaz“ (Größter Führer aller Zeiten) feiern ließ. In aller Einfalt wird die Schlußfolgerung nahegelegt, Faschismus sei heute unmöglich; es gebe keine neofaschistische Gefahr, „weil die Situation der Welt im ganzen eine andere ist, und ... in erster Linie durch Hitlers Taten und deren Gegenwirkung eine andere geworden“ sei.[2] Vor allem aber soll der Eindruck erweckt werden, daß auch die Lehren des heldenhaften Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten aus allen Schichten des werktätigen Volkes keinerlei Aktualität mehr besäßen.

Im Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien des Jahres 1969 wurde dagegen mit großer Deutlichkeit formuliert, daß man auf nationaler und internationaler Ebene den Kampf gegen die faschistische Gefahr verstärken und den profaschistischen Vorstößen eine schonungslose Abfuhr erteilen müsse, und festgestellt: „Der Kampf gegen die faschistischen Regimes ist ein wesentlicher Teil der Aktionen gegen den Imperialismus und für die demokratischen Freiheiten.“[3] Tatsächlich ist der Faschismus in einer Reihe von Ländern an der Macht. In einigen Ländern der „dritten Welt“ existieren militär-faschistische Diktaturen oder nehmen die Herrschaftsformen immer stärker faschistische Züge an. Diese Tyranneien, die natürlich nicht in allen Formen und Erscheinungen mit dem „klassischen“, mit dem „traditionellen“ Faschismus identisch sind und nicht identisch zu sein brauchen, können nicht allein in ihrem jeweiligen Rahmen betrachtet werden. Sie gehören zum imperialistischen Weltsystem und werden vom Finanzkapital imperialistischer Mächte aktiv unterstützt; gefördert und gegen die Kritik der demokratischen Weltöffentlichkeit abgeschirmt. Faschistische Regimes bringen heute nicht nur die Interessen der herrschenden Kreise eines Landes, sondern gleichzeitig die der reaktionärsten Elemente der internationalen Finanzoligarchie zum Ausdruck.[4] Darüber hinaus wirken in fast allen imperialistischen Ländern faschistische Parteien und Verbände, die internationale Vereinigungen schaffen, über bedeutende finanzielle Mittel verfügen und zum Teil einflußreiche Positionen in bestimmten Schichten der herrschenden Klasse besitzen. Ferner sind seit vielen Jahren einige Tendenzen zur Verstärkung der reaktionärsten Elemente in den Parteien, die auf dem rechten Flügel der bürgerlichen Parteiensysteme stehen, sowie profaschistische Aktivitäten in Teilen des imperialistischen Staatsapparates zu beobachten. Der Neo-

---

1 Vgl. Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr. Internationale Diskussion von Marxisten, in: PFS, 16. Jg. (1973), H. 4, S. 473.

2 Ernst Nolte; Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichte, in: VjZg, 18. Jg.(1970), H. 1, S. 4.

3 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969, Berlin 1969, S. 40 f.

4 Vgl. Der gegenwärtige Faschismus ..., a. a. O., H. 5, S. 619 ff.

faschismus – das ist der Faschismus, der sich den gegenwärtigen Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt angepaßt hat – versucht dort, wo es möglich erscheint, Massenparteien aufzubauen, vor allem versucht er aber, andere Wege zur Errichtung einer Diktatur zu nutzen, den eines Militärputsches oder den der Bemächtigung „des bürgerlichen Staatsapparates von innen her, mittels der reaktionären Regierungsbürokratie; durch das Eindringen in den traditionellen bürgerlich-demokratischen Parteiapparat“.[5]

Auch im Bereich der bürgerlichen Ideologie widerspiegeln sich Relevanz und Gefährlichkeit des Faschismus. Die Krise der bürgerlichen Ideologie, seit langem existent, zwingt den Imperialismus, die Werktätigen an sein überlebtes System zu fesseln, die Produktion von „Ideologie“ zu steigern, immer wieder „neue“ Leitbilder und Gesellschaftskonzeptionen zu propagieren. Hierin liegt eine der Ursachen für die Zuspitzung des ideologischen Klassenkampfes unserer Zeit, in deren Gefolge so viele „Wellen“ auftauchten und noch auftauchen –, gleich, ob sie nun auf den Theorien vom sogenannten Totalitarismus, von der Konvergenz und von der Industriegesellschaft aufbauen, gleich, ob sie im Bereich des „Alltäglichen“ von Hippies oder von Jesusanhängern, von Sex und Porno, von Rauschgifthändlern oder sogenannten Kosmologen nach der Art eines Erich von Däniken getragen sind. Die neueste, seit etwa zwei Jahren rollende Nostalgie-Welle reproduziert nicht schlechthin die Vorstellung von der guten alten Zeit, sondern vor allem die alten reaktionären Denkklischees und verpackt diese in einen der Situation angemessenen Verschnitt von Apathie, Lebensüberdruß, Kitsch und romantisierender Rückwärts-Schau.[6] Die Nostalgie-Welle mißbraucht die Geschichte, denn mit innerer Konsequenz und keinesfalls zufällig wird aus der Vergangenheit gerade das belebt, was am reaktionärsten war und zu den flachsten Erscheinungen gehörte. So wurden im Bereich der Literatur etwa Hedwig Courths-Mahlers rührende Kitschgeschichten neu aufgelegt und verfilmt, im Bereich der politischen Geschichte kam es ausgerechnet zu einem neuen „Frühling“ der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus, vor allem aber zu einer Flut neuer Bücher und Filme über Adolf Hitler.

Es ist ferner kein Zufall, daß sowohl die Nostalgie-Welle als auch die Hitler-Renaissance in den USA entstanden und von dort aus den Markt der BRD und anderer imperialistischer Länder eroberten. Der amerikanische Buchhandel registrierte im Herbst 1972 bereits 19 neue Titel über den Nazi-Führer. Die Zeitung „National Observer“ meldete: „Der Führer wird von Mal zu Mal größer an den Kiosken und in den Buchläden Amerikas.“[7] Ein Verleger sprach ehrlicher etwas weniger vom Geschäft, sondern davon, daß es besser wäre, vom Thema Vietnam abzulenken und die Verlagsproduktion auf „gängigere Bösewichter“ umzustellen, weil sich schließlich „eine Menge Leute beim Zweiten Weltkrieg wohler als beim Vietnamkrieg“ (!) fühlen würden.[8] Zahlreiche BRD-Verlage heben 1913 ebenfalls Biographien und andere Machwerke über Hitler herausgebracht und sie durch Vorabdrucke in auflagenstarken Illustrierten populär gemacht.[9]

Die Ursachen der nostalgischen Hitler-Hausse liegen auf der Hand: Extrem reaktionäre und antikommunistische Kräfte des Imperialismus entfesselten die gegenwärtige Kampagne, um mit Hilfe neu zu beschwörender antisowjetischer und antisozialistischer Helden der Vergangenheit den Prozeß der Entspannung behindern sowie die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz verhindern zu können. Die geistige Herrschaft des Imperialismus, zu dem nun einmal als wesenseigener Bestandteil der Faschismus gehört, soll gerettet und aus der wachsenden sozialen und politischen Krise herausgeführt werden. Dazu würde es passen, wenn ein großer Teil der Werktätigen zur Resignation

---

5 Ebenda, S. 644.

6 Nostalgie bezeichnet eigentlich nur eine unbefriedigte Sehnsucht, die zu Depressionen, Krankheit und Tod führen kann. So wird zum Beispiel berichtet, daß es in Frankreich bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bei Todesstrafe verboten war, den sogenannten Kuhreigen zu singen oder zu pfeifen. Erklang diese Melodie, erlagen die in Garnison liegenden Söldner aus der Schweiz der Nostalgie, sie desertierten und zogen plündernd und marodierend in ihre Heimat zurück.

7 Zit. in: Der Spiegel, Hamburg, 2.4.1973.

8 Ebenda.

9 So u. a.: Haben Sie Hitler gesehen? Deutsche Antworten, hrsg. von Walter Kempowski, München 1973; Werner Maser, Hitlers Briefe und Notizen. Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten. Düsseldorf/Wien 1973; Joachim C. Fest, Hitler, Frankfurt (M.)/Berlin (West)/Wien 1973, 1190 S.

getrieben werden könnte und aus der Wirklichkeit in eine verfälschte und verharmloste Vergangenheit desertierte. Hans Habe, Kolumnist der Springer-Presse, wagte es zu erklären, daß das Ganze nur ein „ungemein geschicktes Ablenkungsmanöver“ der Linken sei. In der „Welt am Sonntag“ vom 18. Februar 1973 schrieb er den verleumderischen Satz: „Wer den Linksextremismus verkaufen will, muß das Gespenst des Rechtsextremismus an die Wand malen. Das scheinbar unerklärliche Rätsel, warum sich ein großer Teil der westlichen Jugend der bankrotten Tyrannei des Sozialismus zuneigt, ist so rätselhaft nicht: Es handelt sich um eine Wiederholungsneurose ... Die Furcht vor dem Linksextremismus, einer Realität des Tages, wird von dem Gespenst des begrabenen Rechtsextremismus vertrieben. Der tote Hitler erhält den „Sozialismus am Leben.“ In diesen Sätzen ist fast alles mit Fragezeichen zu versehen, ganz davon abgesehen, daß ein Blick in die politische Landschaft der Gegenwart genügt, um das auf den Sozialismus bezogene Gerede von „Bankrott“ und „Tyrannei“ zu entlarven. Aber eines stimmt: Die Anziehungskraft des Sozialismus, des Marxismus-Leninismus wird immer größer; und dieser wachsenden Attraktivität unserer Ideologie soll entgegengewirkt werden – darum geht es letztlich Habe sowie der ganzen Nostalgie-Propaganda. Nebenbei gesagt dürfte selbst einem Journalisten aus dem Hause Springer der Beweis dafür schwerfallen, die Autoren der neuen Bücher über Hitler und den Faschismus als „Linke“ zu verketzern. So wird zum Beispiel Werner Maser, einer der Autoren dickleibiger Bücher[10], dagegen zu protestieren haben; immerhin trug er sich seit 1941 (!) mit dem Gedanken, über Hitler zu arbeiten, und wurde schon im September 1944 dem SS-Führer Himmler als der „künftige Führerbiograph und Historiker des Nationalsozialismus“ vorgestellt![11]

Die Erfahrungen der Geschichte unseres Jahrhunderts belegen, daß der Faschismus insbesondere in politischen Krisensituationen sein Haupt erhebt. Darauf wies auch der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, B. Ponomarjow, hin, als er in Auswertung des XXIV. Parteitages der KPdSU einige aktuelle Probleme des weltrevolutionären Prozesses analysierte. Nach seiner Auffassung verstärken sich faschistische Bewegungen dann, wenn „das kapitalistische System besondere Schwierigkeiten durchlebt, wenn das Großkapital nicht in der Lage ist, seine Herrschaft im Rahmen der bürgerlichen Gesetze aufrechtzuerhalten, und sich Methoden der terroristischen Diktatur zuwendet“. In solchen Momenten wachse das Verlangen nach dem Faschismus, und auch heute sei die Nachfrage „in vielen Hochburgen des Kapitals sehr groß. Die äußersten rechten Kreise sind bemüht, die Unzufriedenheit mit der existierenden Gesellschaftsordnung demagogisch zur Stärkung ihres Einflusses auszunutzen“.[12] Nach wie vor bildet der staatsmonopolistische Kapitalismus die objektive Quelle faschistischer Entwicklungstendenzen, d. h., nach wie vor stellt der Faschismus eine Realität und eine potentielle Gefahr dar. Gleichzeitig kann und muß aber auch festgestellt werden, daß er in der Gegenwart stärker als in den ersten beiden Perioden der allgemeinen Krise des Kapitalismus Gegenwirkungen ausgesetzt. ist und solchen Einflüssen unterliegt, die den Absichten und Zielen der herrschenden Kreise entgegenstehen und die in der Lage sind, die von den Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus ausgehenden Tendenzen zu durchkreuzen.[13] Der wachsende Widerspruch zwischen der ständig angestrebten und in vielfältiger Weise auch praktizierten Negation der Demokratie durch das Monopolkapital einerseits und den sich verstärkenden demokratischen Bestrebungen der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes andererseits verpflichtet die revolutionäre Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern, jederzeit bereit zu sein, auch die Pläne der extrem reaktionären Kräfte zu verhindern. Das setzt die Beschäftigung mit allen wesentlichen faschistischen Strömungen und Ideologien sowie die genaue Kenntnis der marxistisch-leninistischen Theorie über den Faschismus und ihrer Entstellung durch bürgerliche und rechtssozialdemokratische Theoretiker voraus.

Die vorliegende Schrift versteht sich daher als ein Beitrag zur Entlarvung des vielfältigen Mißbrauchs, der mit dem Begriff Faschismus in den Publikationen staatsmonopolistischer Apologeten

---

10 Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/M., Bonn 1965; Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München und Esslingen 1971.

11 Der Spiegel, a. a. O.

12 B. Ponomarjow, Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses, in: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971, S. 87.

13 Vgl. Max Schmidt, Thesen zur Entwicklung des imperialistischen Herrschaftssystems, in: IPW-Briefe; hrsg. vom IPW Berlin, 1. Jg. (1972), H. 3, S. 10.

getrieben wird, aber auch als ein Versuch, in der Auseinandersetzung mit imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Auffassungen die Grundpositionen der marxistisch-leninistischen Faschismus-Analyse zu erhärten. Wenn von der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands darauf verwiesen wird – und dies mit großem Nachdruck –, daß der Imperialismus gegen den Sozialismus „alles mobilisiert, alles an die ideologische Front wirft, was an nichtsozialistischem Gedankengut existiert", dann hat gerade die Auseinandersetzung mit den reaktionärsten und extrem militant-antikommunistischen Elementen dieser Mobilmachung einen großen Raum in der Arbeit marxistisch-leninistischer Gesellschaftswissenschaftler einzunehmen. Dann gilt es aber auch sorgfältig zu beachten, in welch hohem Maße sich alle bürgerlichen Theorien – „von den konservativsten und profaschistischen Ideologien über Chauvinismus und Rassentheorien, von liberalen und bürgerlich-parlamentarischen Vorstellungen, religiösen Auffassungen und einer Unzahl sich modern gebender philosophischer ‚Ismen', bis hin zu jeder Form der Abweichung, Verfälschung und Entstellung der Ideen der Arbeiterklasse"[14] – dabei der theoretischen Quellen des Sozialdemokratismus bedienen. Es wird in einigen Fällen nachzuweisen sein, wie imperialistische Ideologen der Gegenwart alles theoretische Gut der Revisionisten und Reformisten der Arbeiterbewegung erneut zur Grundlage „neuer" antisozialistischer Ideologien nehmen.

Die bürgerliche Literatur über den Faschismus hat heute einen riesigen Umfang erreicht, so daß hier nicht an eine umfassende Auseinandersetzung gedacht werden kann, wohl aber an eine Darstellung des Faschisierungsvorganges und seiner Analyse durch die Parteien der Kommunistischen Internationale, die eine Auseinandersetzung zu führen helfen kann. An einigen ausgewählten Problemen soll ferner gezeigt werden, worin das Wesen der alten neuen und der neuen alten Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und Faschismus-Theorie besteht.

Amoklauf gegen eine Definition und ihre Geschichte

> Such nicht mehr, Frau: du wirst sie nicht mehr finden!
> Doch auch das Schicksal, Frau, beschuldige nicht!
> Die dunklen Mächte, Frau, die dich da schinden,
> Sie haben Name, Anschrift und Gesicht.
>
> Bertolt Brecht
> Kriegsfibel. Zum Bild einer in Trümmern suchenden Frau

Der Verlauf der Geschichte hat immer und immer wieder die Richtigkeit der Ausführungen Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erwiesen, gegen die sich letztlich alle bürgerlichen Faschismus-Theorien richten. Hier wurde in Fortführung vor allem des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am konzentriertesten der Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus dargestellt, der in der berühmten Definition, der Faschismus „an der Macht ... ist ... die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", seinen Niederschlag fand.[15] Zur exakten wissenschaftlichen und prägnanten Charakterisierung des Faschismus gehören neben dem zitierten Satz natürlich viele weitere Teile des großartigen Referats von Dimitroff aus dem Jahre 1935, in das alle bis dahin gesammelten Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes eingeflossen waren. Ausgehend vom wahren sozialen Wesen des Faschismus bezeichnete Dimitroff ihn als den unmittelbarsten, gefährlichsten und schlimmsten Feind der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, gegen den alle Kräfte in einer antifaschistischen Einheits- und Volksfront zusammengeschlossen werden mußten. Unter den Bedingungen der verschärften allgemeinen Krise des Kapitalismus sucht die herrschende Bourgeoisie, so betonte er, „immer mehr ihre Rettung im Faschismus, um die schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg vorzubereiten."[16]

---

14 Die Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1972, S. 51 f.

15 Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 525.

16 Ebenda, S. 523.

Große Aufmerksamkeit widmete Dimitroff der Frage nach den Unterschieden zwischen den faschistischen und den bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen und damit dem Verhältnis zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie. „Der Machtantritt des Faschismus ist nicht die *einfache Ersetzung* einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die *Ablösung* einer Staatsform der Klassenherrschaft durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler.“[17] Diese Schlußfolgerung, bei der nicht übersehen wurde, daß der Faschismus sich aus der bürgerlichen Demokratie heraus entwickelt, besaß eine wichtige prinzipielle und praktische Bedeutung für die vom VII. Weltkongreß festzulegende Strategie und Taktik. Vor den Werktätigen einer Reihe kapitalistischer Länder stand die Frage, „nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus“ zu wählen.[18] Das bedeutete, die allgemeindemokratischen Aufgaben in den Vordergrund zu stellen, durch deren Lösung erst der weitere Weg zur Lösung der sozialistischen Aufgaben geebnet werden sollte. Lenins Feststellungen über die dialektische Einheit des Kampfes für die Demokratie und des Kampfes für den Sozialismus fanden so eine schöpferische Anwendung und Weiterführung. Dimitroff widerlegte auf dieser Grundlage auch sozialdemokratische Auffassungen vom Faschismus als einer über den Klassen stehenden staatlichen Macht, als einer kleinbürgerlichen Richtung oder Macht des Kleinbürgertums oder gar des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. In diesem Zusammenhang hob er hervor, der Faschismus sei „die Macht des Finanzkapitals selbst“.[19]

Gleichzeitig warnte Dimitroff vor einer schablonenhaften Deutung der Besonderheiten bei der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in den einzelnen Ländern. Im Schlußwort zur Diskussion über sein Referat widmete er gerade dieser Problematik noch einmal breiten Raum. Es wäre, so betonte er, „ein grober Fehler, irgendein allgemeines Entwicklungsschema des Faschismus für alle Länder und alle Völker aufstellen zu wollen“.[20] Am Beispiel der faschistischen Bewegung in Frankreich und des Faschismus in Deutschland demonstrierte er das richtige Herangehen an die nationalen Spezifika. Zu solchen gehörte für ihn auch die Frage der Massenbasis, die von anderen Theoretikern oft als das entscheidende Merkmal des Faschismus herausgestellt wurde. Die Länder Bulgarien, Jugoslawien, Finnland und andere vor Augen, wo der Faschismus sich hauptsächlich der militärischen Kräfte und des Staatsapparates bediente, mahnte er: „Gefährlich ist es auch, sich Illusionen zu machen über die Schwäche des Faschismus in anderen Ländern, wo er über keine breite Massenbasis verfügt.“[21] Den deutschen Faschismus geißelte Dimitroff als „reaktionärste Spielart“, für die bestialischer Chauvinismus, politisches Banditentum, System der Provokationen und Folterungen gegenüber der Arbeiterklasse mittelalterliche Barbarei und Bestialität und zügellose Aggressivität kennzeichnend seien; der deutsche Faschismus sei Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution, Hauptanstifter des imperialistischen Krieges, Initiator eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion. Nach weiteren Ausführungen über die Gegensätze innerhalb der herrschenden Klasse und die Quellen des faschistischen Einflusses auf die Massen faßte Dimitroff die definitorischen Bemühungen noch einmal zusammen: „Aber welche Maske der Faschismus auch aufsetzen, in welchen Formen er auch auftreten und auf welchem Wege auch immer er zur Macht gelangen mag:

der Faschismus – das ist die grausamste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen;
der Faschismus – das ist der zügelloseste Chauvinismus und Raubkrieg;
der Faschismus – das ist die wütende Reaktion und Konterrevolution;
der Faschismus – das ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen!“[22]

Wie gesagt: Dagegen richten sich seit eh und je alle Theorien über den Faschismus, die von bürgerlichen Ideologen oder Opportunisten jeder Spielart erdacht und verkündet worden sind. Das böswillige Wort

---

17 Ebenda, S. 527.
18 Georgi Dimitroff, Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Schlußwort auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 13. August 1935, a. a. O., S. 645.
19 Georgi Dimitroff, Die Offensive ..., a. a. O., S. 526.
20 Georgi Dimitroff, Für die Einheit..., a. a. O., S. 630.
21 Ebenda, S. 623.
22 Georgi Dimitroff, Die Offensive ..., a. a. O., S. 530.

Ernst Noltes von der „grobschlächtigen Agententheorie“[23] geistert durch alle Seiten imperialistischer Apologetenprodukte und wird vielfältig variiert, aber immer in antikommunistischer und antisowjetischer Stoßrichtung. Zugleich bemüht sich die Geschichtsschreibung westlicher Länder gern und immer wieder, die Entstellung der Dimitroffschen Definition mit einer diffamierenden Beurteilung der marxistisch-leninistischen Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale und die ihr angehörenden Parteien zu ergänzen. Häufig wird zu diesem Zweck die völlig unzutreffende Behauptung aufgestellt, die Kommunistische Internationale habe den Faschismus und seine Gefährlichkeit nicht erkannt, sie habe nichts unternommen, um den Sieg des Faschismus zu verhindern und demzufolge „versagt“?[24] Mitunter werden solche Thesen in abgewandelter Form vorgetragen, so, wenn Ernst Nolte die Jahre 1922 und 1923 herauslöst und erklärt, in jener Zeit habe es die „flexibelsten und eindringendsten Auslegungen des Faschismus“ gegeben, während sich danach die marxistisch-leninistische Faschismus-Theorie „rasch zu dogmatischer Starrheit“ verhärtet habe.[25]

Das Zweckbestimmte solcher unwissenschaftlichen, weil mit den Tatsachen nicht übereinstimmenden „Weisheiten“ ist offensichtlich. Mit ihnen soll verschleiert werden, daß die Kommunisten die einzigen waren, die das Klassenwesen des Faschismus bloßlegten und eine richtige Strategie und Taktik für den Kampf der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg entwickelten. Alle anderen Theorien, auch die sozialdemokratischen, sind von der geschichtlichen Entwicklung – und diese wurde leider auch deshalb möglich, weil deren desorientierender, von der antifaschistischen Einheits- und Volksfront abhaltender Inhalt sich so verhängnisvoll auswirkte – widerlegt worden.

Faschismus und Faschisierung nach dem ersten Weltkrieg

Tendenzen zur Faschisierung und erste faschistische Bewegungen bildeten sich bereits am Ende des ersten Weltkrieges und in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise heraus. Die mit ihnen verknüpften Erscheinungen wurden von Marxisten-Leninisten in ihrer Komplexität, in ihrem Klassencharakter und in ihren Konsequenzen richtig erfaßt. Insbesondere die Kommunistische Internationale verfolgte seit dem IV. Weltkongreß im Jahre 1922 mit großer Aufmerksamkeit und mit tiefgründigen Einschätzungen die Entwicklung des Faschismus. Sie drang rasch zum theoretischen Kern der Sache vor, zu den seit 1917 existierenden neuen Bedingungen des Klassenkampfes sowie den Vorgängen innerhalb der Monopolbourgeoisie.

Lenins Lehre über den Imperialismus gab den Kommunisten und ihren Verbündeten das theoretische Rüstzeug in die Hand, die mit dem Faschismus verbundenen neuen Erscheinungen rasch und gründlich zu analysieren sowie Methoden des notwendig werdenden antifaschistischen Kampfes zu entwickeln. Seine schwere Krankheit und die vordringlichen Aufgaben im Inneren des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt waren der Grund dafür, daß sich Lenin nicht mehr direkt zum Faschismus äußern konnte. Dennoch verdanken wir ihm die Hervorhebung eines solchen charakteristischen Merkmals wie den politischen Terror, das in die marxistisch-leninistische Theorie über den Faschismus eingegangen ist. Lenin befaßte sich in seiner Arbeit „Über die Naturalsteuer“ mit der Ablehnung jeglichen Terrors durch Sozialrevolutionäre und Menschewiki auch kurz mit den Bedingungen, unter denen der „weißgardistische, bürgerliche Terror auf amerikanische, englische (Irland), italienische (die Faschisten), deutsche, ungarische oder sonstige Manier oder der rote, proletarische Terror“ entstehen kann und schrieb: „Wir werden jedoch die bittere, aber unbestreitbare Wahrheit aussprechen: In den Ländern, die eine unerhörte Krise, eine Auflösung der alten Beziehungen, eine Verschärfung des Klassenkampfes nach

---

23 Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche ..., a. a. O., S. 43.

24 Vgl. Wolfgang Schieder, Stichwort „Faschismus“, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. von C. D. Kernig. Bd. 2, Freiburg, Basel, Wien 1968, S. 454. Selbst einige Historiker und Politiker, die in mancher Hinsicht zu den progressiven Kräften in der BRD gerechnet werden können, vertreten diese Auffassungen, so z. B. Theo Pirker in dem von ihm herausgegebenen Buch: Komintern und Faschismus 1920-1940. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart 1965.

25 Ernst Nolte, Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus, in: Theorien über den Faschismus, hrsg. von Ernst Nolte, Köln/Berlin (West), 2/1970, S. 22 und 35; vgl. zu diesem Komplex den Beitrag von Elfriede Lewerenz, in: BzG, 16. Jg. (1974), H. 4, S. 587.

dem imperialistischen 1914-1918 durchmachen – und das gilt für alle Länder der Welt –, ist es entgegen den Heuchlern und Phrasenhelden unmöglich, ohne Terror auszukommen."[26]

Die entscheidende Grundlage für jede wissenschaftliche Einschätzung bildete und bildet die Leninsche Theorie über Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus. Das Wesen des Faschismus kann ja tatsächlich nur dann richtig erfaßt werden, wenn der enge Zusammenhang zwischen Imperialismus, staatsmonopolistischem Kapitalismus und Faschismus im Vordergrund der historischen und theoretischen Analysen steht. Im Faschismus verschmilzt die Macht der Monopole in einem besonders hohen Maße mit der Macht des Staates. Die faschistische Diktatur muß daher vor allem als eine spezifische Herrschaftsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrachtet werden, die zugleich seine Entwicklung fördernd beeinflußte. Gerade der staatsmonopolistische Kapitalismus realisiert die dem Wesen des kapitalistischen Monopols entspringende Tendenz zur absoluten Beherrschung der Gesellschaft.

Dem Imperialismus, so hatte Lenin erkannt, ist der Drang nach Reaktion und Gewalt wesenseigen: „Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überall hin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet – das ist das Ergebnis dieser Tendenzen."[27] An anderer Stelle hob Lenin noch einmal den letzten, den politischen Aspekt hervor: „Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus ... ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion."[28]

Bereits die ersten Analysen des Faschismus durch Politiker und Theoretiker der kommunistischen Weltbewegung berücksichtigten, daß Lenin die Negation der Demokratie und das Streben nach politischer Reaktion sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik als entscheidendes politisches Kennzeichen des Imperialismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrachtete.[29] Sie führten zu der Schlußfolgerung, daß diese Negation vom Faschismus zur äußersten Konsequenz getrieben wird. Da sie sich gegen die objektiven Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft richtet, kann sie nur über einen komplizierten, ständig wachsenden und sich verändernden Machtapparat realisiert werden, dessen Gesamtheit als System der politischen Reaktion zu bezeichnen wäre. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Zunahme der Negation der Demokratie nicht einfach und nicht nach einem für alle Perioden der allgemeinen Krise des Kapitalismus gültigen Schema erfolgt, sondern in einem wechselvollen Prozeß, der durch die vielfältigen Aspekte des Klassenkampfes gekennzeichnet ist und der viele Erscheinungsformen kennt. Die revolutionäre Arbeiterklasse verhielt sich gegenüber den verschiedenen Formen und Stufen der politischen Reaktion nicht gleichgültig. Sie ließ sich dabei von Lenins Hinweis leiten: „... ihr müßt die bürgerliche Demokratie ausnutzen, denn sie ist gemessen am Feudalismus ein gewaltiger historischer Fortschritt, vergeßt dabei aber keinen Augenblick lang den bürgerlichen Charakter dieser ‚Demokratie', vergeßt nicht, daß sie historisch bedingt und beschränkt ist, teilt nicht den ‚Aberglauben' an den ‚Staat', vergeßt nicht, daß der Staat auch in der demokratischsten Republik, nicht minder als in der Monarchie, nichts als eine Maschine ist zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere."[30]

Der Faschismus erschien auf der Bühne der Geschichte in jenem Moment, als sich das Kräfteverhältnis der Klassen durch den Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus sowie durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die damit verbundene Einleitung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus grundlegend veränderte. Insofern war der Faschismus, gleich, ob als politische Strömung oder als Herrschaftsform, *eine* Antwort des Monopolkapitals auf die neuen Bedingungen des Klassenkampfes, und zwar *die* Antwort der jeweils reaktionärsten Kräfte der herrschenden Klasse.

---

26 W. I. Lenin, Über die Naturalsteuer, in: Werke, Bd. 32, S. 370.

27 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 302.

28 W. I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus", in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.

29 Vgl. ebenda.

30 W. I. Lenin, Über „Demokratie" und Diktatur, in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 375 f.

Gleichzeitig ist der Faschismus in die wirtschaftliche und politische Offensive des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse einzuordnen, die der europäischen Arbeiterbewegung in den Klassenauseinandersetzungen während der revolutionären Nachkriegskrise eine Reihe zeitweiliger Niederlagen zufügte. Die reaktionären monopolkapitalistischen Kräfte strebten danach, die bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen, die teilweise erst unter dem Druck der revolutionären Kämpfe entstanden waren, abzubauen und die bourgeoisen Herrschaftsformen immer stärker in Richtung auf eine offene Diktatur zu verändern. Damit versuchten sie, ihre geschwächten Positionen zu festigen und der weiteren Vertiefung aller ihrer Herrschaft innewohnenden Widersprüche entgegenzuwirken. Das Ringen um die Grundfrage „wer – wen?“ zwischen den revolutionären, fortschrittlichen und friedliebenden Kräften auf der einen Seite und den konterrevolutionären, antikommunistischen und antidemokratischen Kräften andererseits war mit dem Epochejahr 1917 in ein neues Stadium getreten. Natürlich haben die herrschenden Klassen unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen, auch im Kapitalismus der freien Konkurrenz, das Mittel des Terrors angewandt, um die Massen zu unterdrücken und sie verstärkt ausbeuten zu können. Nach 1917 jedoch wurde der Terror zu einem der systematisch und umfassend verwendeten Mittel und erhielt im Ringen des Imperialismus gegen den Sozialismus eine neue Qualität.

In den wütenden Bemühungen der weißgardistischen Truppen, die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Ergebnisse zu liquidieren, tauchten einige Züge auf, die in gewisser Weise bereits als Ausdruck faschistischer Methoden bezeichnet werden können. Das Herrschaftssystem, das unter Horthy nach der Niederschlagung der Räterepublik in Ungarn errichtet wurde, war seinem Wesen nach eine terroristische Diktatur des Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer mit einigen Elementen des Faschismus. Seit 1920 erstarkte in Italien die eindeutig faschistische Bewegung der Schwarzhemden unter Mussolini, die aus den am 23. März 1919 gegründeten „Fasci di combattimento“ hervorging und der Errichtung der faschistischen Diktatur im Oktober 1922 den Weg bereitete.[31] Nach dem Vorbild des italienischen Faschismus formierten sich weitere Bestandteile der internationalen Reaktion, entstanden monarchofaschistische und autoritäre Regierungen, zum Beispiel in Bulgarien und Spanien, bildeten sich faschistische Organisationen in vielen Ländern heraus, auch in Deutschland – unter ihnen die Nazipartei, die sich demagogisch „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ nannte.

Im folgenden sollen einige Tatsachen die Genesis des deutschen Faschismus sowie seines wichtigsten parteipolitischen Trägers erhellen. Am Beispiel läßt sich zeigen, wie vielgestaltig und doch immer unverkennbar eng das Verhältnis von Imperialismus und Faschismus war. Dieser Zusammenhang wird nicht allein durch direkte und unmittelbare Beziehungen und Finanzierung repräsentiert, wie dies von bürgerlichen Ideologen oft und gern der marxistisch-leninistischen Faschismus-Theorie unterstellt wird. Viele Aspekte des Wechselspiels von kapitalistischer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und Faschismus wurden bereits in seiner Anfangs- oder Frühphase deutlich, vergleichbar der Tatsache, daß ja ein gebärender Schoß nicht nur und nicht allein durch die Nabelschnur mit dem Schößling verbunden ist.

Wie der Weltimperialismus stand auch der deutsche Imperialismus nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vor einer für ihn in vieler Hinsicht neuen Situation. Grundlegende Veränderungen hatten sich vollzogen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten. Die einheitliche Front des Weltimperialismus war durchbrochen, die Arbeiterklasse erhielt im Weltmaßstab eine neue Stellung und die Ideen der Demokratie und des Sozialismus erfaßten breite Volksschichten vieler kapitalistischer und kolonialer Länder.[32] In Deutschland wirkten sich diese Veränderungen besonders nachhaltig aus, so daß es angesichts der militärischen Niederlage und der zugespitzten Klassenkämpfe zum schwächsten Kettenglied im System des Weltimperialismus geworden war. Diese spezifische Situation führte die herrschende Klasse Deutschlands zu einer geschickten und vielgestaltigen Anwendung und Kombinierung der beiden von Lenin als Gewalt- und als „liberale“ Methode gekennzeichneten Grundtaktiken der Bourgeoisie.[33] Die deutsche Bourgeoisie übte ihre Herrschaft zeitweilig außeror-

---

31 Vgl. S. M. Slobodskoj, Der italienische Faschismus und sein Zusammenbruch, Berlin 1948; Karin Priester, Der italienische Faschismus.

32 Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln 1972 Ausführlich dazu: Ernst Diehl, Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918, in: ZfG, 17. Jg. (1969), H. 1/2, S. 18.

33 W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 356.

dentlich wendig und elastisch aus; das zeigte die bis dahin beispiellose Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Staatsführung mit allen daraus resultierenden Teilzugeständnissen an die Werktätigen, die Proklamierung der vermeintlich „freiesten“ Verfassung der Welt usw. Das deutsche Monopolkapital machte aber auch neue Gewaltmethoden ausfindig und setzte sie durch, dabei eine hohe Flexibilität an den Tag legend. „Zwischen 1917 und 1945 exerzierte die deutsche Bourgeoisie alle nur möglichen Spielarten imperialistischer Herrschaftsausübung durch und machte sich dadurch gewissermaßen zum politischen Hauptexperimentator des um seine Existenz gegen den Sozialismus ringenden Weltimperialismus.“[34]

Als solche Formen und Stufen des bürgerlichen Machtmechanismus sind in der Zeit von 1917/18 bis 1945 zu betrachten

- die scheinkonstitutionelle Monarchie,
- die parlamentarisch-demokratisch verhüllte Diktatur des Imperialismus, die sich auf die von den rechten sozialdemokratischen Führern beeinflußten Massen stützte,
- die Militärdiktatur, die ebenfalls verfassungsmäßig verbrämt war,
- das Regieren mit Hilfe eines Präsidialkabinetts,
- die offene terroristische Diktatur des faschistischen Imperialismus, die in der ersten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus die höchste Stufe und die barbarischste Form der politischen Reaktion des deutschen Imperialismus darstellt.

In der ganzen Zeit der Weimarer Republik bemühten sich die reaktionärsten Teile des deutschen Monopolkapitals und des Junkertums, den bürgerlich-parlamentarischen Demokratismus rasch und völlig zu beseitigen. Aus diesen Kreisen ertönte ständig der Ruf nach einer Diktatur und nach einem „stärken Mann“. Zahlreiche Pläne zur Errichtung einer Diktatur wurden geheim und zum Teil auch in aller Öffentlichkeit beraten, wobei bis 1922/23 jeweils ein Diktator im Mittelpunkt der Pläne stand, im Herbst 1923 ein Gremium von mehreren Diktatoren (Direktorium), und danach in der Regel vorgesehen war, eine Partei beziehungsweise eine Vereinigung von bürgerlichen Interessenorganisationen mit diktatorischen Voll, machten auszustatten. Der Sinn einer von der parlamentarisch-demokratischen Hülle befreiten Diktatur bestand für die herrschende Klasse

- in der Verhinderung einer weiteren Stärkung der friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Kräfte des deutschen Volkes,
- in der Schaffung von „günstigen“ innenpolitischen Voraussetzungen für die Verwirklichung der aggressiven und abenteuerlichen Pläne auf außenpolitischem Gebiet,
- in der dadurch möglichen raffinierten Verschleierung der eigentlichen Klassenfronten mit Hilfe massenpsychologischer und pseudowissenschaftlicher Mittel zugunsten einer illusionären „Volksgemeinschaft“, die von den bürgerlichen Ideologen der Weimarer Republik in zahlreichen Varianten gepriesen wurde,
- in der Möglichkeit, den Gefahren jeder heterogen zusammengesetzten sozialen Massenbasis der bürgerlichen Parteien mit diktatorischen Methoden zu begegnen und die taktische „Rücksicht“ auf den jeweiligen Massenanhang in begrenztem Umfang zu halten, und nicht zuletzt
- in der Durchsetzung der ökonomischen und politischen Sonderinteressen derjenigen Monopolfraktion, aus der der jeweilige Plan einer Diktatur stammte, gegenüber den werktätigen Massen, gegenüber der nichtmonopolisierten Bourgeoisie und anderen Gruppen des Finanzkapitals.

Durch die Niederlage des deutschen Imperialismus und durch die Novemberrevolution des Jahres 1918 waren die Machtpositionen der deutschen Monopolbourgeoisie aufs schwerste erschüttert. Die revolutionäre Arbeiterbewegung und die werktätigen Massen hatten sich demokratische Rechte und Freiheiten erkämpft, die für das weitere Ringen um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt von großer Bedeutung sein konnten. Die deutsche Monopolbourgeoisie zeigte sich jedoch in der Lage, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und sogar zu stabilisieren, d. h.,

---

[34] Wolfgang Ruge, Die Weltwirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die deutsche Geschichte in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in: ZfG, 20. Jg. (1972), H. 10, S. 1267.

die revolutionäre Lösung des Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit hinauszuschieben. Die Ergebnisse des ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution rückgängig zu machen – das war die erklärte strategische Zielsetzung des deutschen Imperialismus in der Weimarer Republik, die vom Hitlerfaschismus nach dem 30. Januar 1933 konsequent weitergeführt und in die Tat umgesetzt wurde. Aus den staatsmonopolistischen Maßnahmen, die nach 1918 von den Monopolherren zur Überwindung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und zur Restauration ihrer ökonomischen und politischen Macht getroffen wurden, resultierten direkt wie auch indirekt die Tendenzen zur, Faschisierung und die Formierung extrem reaktionärer, revanchistisch-militaristischer Organisationen. Diese sollten der herrschenden Klasse, deren soziale Basis gesetzmäßig immer enger wurde, eine Massenbasis schaffen, denn: Im Prozeß der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus wurde die Gewinnung, Erhaltung und Festigung eines stabilen Einflusses auf größere Teile der Arbeiterklasse und andere Schichten der werktätigen Bevölkerung zu einer der Existenzfragen des Finanzkapitals. Ohne die Lösung dieser Frage konnte der deutsche Imperialismus nicht an eine Verwirklichung seiner strategischen und taktischen Ziele denken. Die neuen Existenzbedingungen stellten die imperialistische Bourgeoisie vor die Notwendigkeit, ein immer umfassenderes, weiter reichendes und dem staatsmonopolistischen Entwicklungsstand adäquates System der reaktionären bürgerlichen Klassenherrschaft zu entwickeln, mit dessen Hilfe die Arbeiterklasse gespalten und von ihren potentiellen Verbündeten isoliert werden konnte. Die Strategie und Taktik mußte allerdings ständig dem im nationalen wie im internationalen Rahmen wechselnden Kräfteverhältnis angepaßt werden, was auch das häufige Wechseln der Formen des imperialistischen Machtapparates bedingte.[35]

Der durch den Weimarer Staat geförderte Monopolismus im Bereich der Wirtschaft drängte zu einem Monopolismus auch in der Politik, d. h. zu offen diktatorischen, autoritären und faschistischen Herrschaftsformen. Das Ringen um höchste Profite, um die Sicherung und den ständigen Ausbau des Profitmechanismus, der weitere Monopolisierungsprozeß bedingten das Streben, den bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus abzubauen. Darin ist der objektive Boden für die Entwicklung des Faschismus zu sehen. Das reaktionäre Wesen der Bourgeoisie trat immer stärker hervor und erreichte neue Formen und Stufen, verbunden mit der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus und dessen verhängnisvollem Bestreben, Deutschland als eine „Speerspitze“ gegen die Demokratie und den Sozialismus in Europa zu gebrauchen, verkörpert in der Herausbildung und Entfaltung faschistischer Organisationen.

Die historische Stellung des Faschismus, sein Wesen und seine Funktion lassen sich aber nicht nur aus Ökonomie, Politik und Ideologie des *gesamten* Monopolkapitals erklären; in dialektischer Einheit damit ist der Faschismus gleichzeitig Ausdruck und Ergebnis von Differenzierungsprozessen innerhalb der herrschenden Klasse. Zur Verwirklichung des einheitlichen strategischen Ziels entwickelten die großen deutschen Monopole und ihre Parteien im wesentlichen zwei unterschiedliche taktische Konzeptionen. Diese basierten mehr oder weniger direkt auf en spezifischen ökonomischen Interessen der einzelnen Monopolgruppen und gingen von unterschiedlichen Einschätzungen der Konstellation der Klassenkräfte in Deutschland sowie des internationalen Kräfteverhältnisses aus.[36] Beide Konzeptionen, die extrem antiparlamentarische wie die scheindemokratische, basierten auf der Profit-

---

35 Vgl. dazu Manfred Weißbecker, Kontinuität und Wandel der bürgerlichen Parteien in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus, in: WZ der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 18. Jg. (1969), H. 3, S. 25-44; ders., Untersuchungen über die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Novemberrevolution auf die Parteien und das Parteiensystem des deutschen Imperialismus in den Jahren 1917 bis 1923, Habilitationsschrift, Jena 1967.

36 Vgl. zu diesem für die Geschichte des Faschismus wesentlichen Problem der Differenzierung innerhalb der herrschenden Klasse: Jürgen Kuczynski, Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, in: ZEG, 9. Jg. (1961), H. 7; Wolfgang Ruge, Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919, in: ZfG, 11. Jg. (1963), H. 6; Kurt Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, Diss. phil., Berlin 1963; ders., Großbanken, Industriemonopole, Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin 1971; Joachim Streisand, Über den Charakter und die historische Stellung des Faschismus, in: WZ der Humboldt-Universität Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 2. Jg. (1973), H. 1/2.

gier und der Aggressivität sowie auf der militant-antikommunistischen und revanchistischen Ideologie des deutschen Imperialismus. Beide zielten auf eine autoritäre Herrschaft, für deren Form und Gestalt jedoch mehrere Varianten vorgesehen waren. Ihren Vertretern ging es darum, das jeweils Erreichbare durchzusetzen. Im Gegensatz zu jenen Teilen des deutschen Finanzkapitals, die ihre Klassenherrschaft mit den Mitteln der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie auszuüben bestrebt waren, orientierten sich die reaktionärsten Kräfte nach 1917/18 auf die Durchsetzung einer Politik des sofortigen, gewaltsamen Sturzes der Weimarer Republik, der völligen Entrechtung der Arbeiterklasse und der Errichtung einer terroristischen Diktatur, die effektiver, umfassender und vor allem rascher zur Vorbereitung eines Aggressions- und Revanchekrieges in der Lage sein sollte. Diese Kräfte lehnten die Einbeziehung der rechten sozialdemokratischen Führer in den Herrschaftsmechanismus des imperialistischen Staates ab und begannen unmittelbar nach der Novemberrevolution mit der Schaffung einer vorwiegend kleinbürgerlich-chauvinistischen Massenbasis.

Die parteipolitischen Wurzeln des deutschen Faschismus lassen sich bis in die letzten Jahre des ersten Weltkrieges zurückverfolgen. In Deutschland waren bereits die Ende 1916 einsetzende allgemeine Wendung vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden sowie das gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gerichtete Wachstum der bürgerlich-parlamentarischen Auffassungen in einigen Gruppen und Parteien des deutschen Imperialismus auf den starren und empörten Widerstand der extrem reaktionären, chauvinistischen Kräfte des Monopolkapitals und des preußisch-militaristischen Junkerklüngels gestoßen. In ihren Reihen stieß jedes noch so geringe sozialpolitische und demokratische Zugeständnis auf Ablehnung, weil das nach ihrer Auffassung notwendigerweise „in ein verhängnisvoll radikales Fahrwasser“ führen würde.[37] Sie erblickten in der Militärdiktatur Hindenburgs und Ludendorffs das wichtigste politische Instrument zur Durchsetzung der annexionistischen Kriegsziele. Die schwerindustriellen Monopolherren hofften, sowohl mit Hilfe einer verschärften Militärdiktatur die staatsmonopolistische Entwicklung weiter vorantreiben als auch die dadurch sich zuspitzenden Widersprüche zwischen den Monopolen und den nach Frieden strebenden Massen lösen zu können.[38] Diese Gruppen des deutschen Finanzkapitals nahmen die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit zum Anlaß, am 23. August 1917 (offiziell am 2. September 1917) die Deutsche Vaterlandspartei als Sammelbecken der reaktionären Parteien und Verbände zu gründen, die nur über einen geringen Massenanhang verfügte. Die Vaterlandspartei erhielt vor allem Unterstützung von der Deutschkonservativen-Partei, der größten und einflußreichsten Partei der Rechten, von den Parteien, die sich im Reichstag zur sogenannten Deutschen Fraktion zusammengeschlossen hatten – Deutschvölkische Partei, Christlichsoziale Partei, Reichsund freikonservative Partei – sowie von Teilen der Nationalliberalen Partei und des Zentrums[39], vereinzelt auch aus der Fortschrittlichen Volkspartei.[40] Die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei erfolgte unter großer Anteilnahme des Alldeutschen Verbandes und des 1915 gegründeten Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden, der sich zu einem Zentrum der Annexionspropaganda des deutschen Imperialismus entwickelt hatte. Diese Organisationen konstituierten zur gleichen Zeit, am 10. September 1917, eine sogenannte Hauptvermittlungsstelle der vaterländischen Vereine und Verbände. Gedacht als zentrale Kontaktstelle aller imperialistischen Propagandaorganisationen sollte sie deren Tätigkeit koordinieren und vereinheitlichen.[41]

Die Vaterlandspartei war keine Vereinigung der angeführten Parteien. Sie war gedacht als eine Massenbewegung zur „Stärkung des Siegeswillens“, die die sogenannten Mehrheitsparteien in den Volks-

---

37 Deutsche Wacht. Wochenschrift der Deutschen Vereinigung, Nr. 19 vom 13.5.1917, S. 145.

38 Auf das enge Wechselverhältnis von staatsmonopolistischer Entwicklung und Militärdiktatur im ersten Weltkrieg weist hin: Hellmuth Weber, Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916 bis 1918, Berlin 1966, S. 31 f.

39 Das bekannteste Sprachrohr des Zentrums, die „Kölnische Volkszeitung“, brachte in der Regel alle Aufrufe der Vaterlandspartei. Aus den Reihen des rheinisch-westfälischen Zentrums erhielt die Vaterlandspartei größere Unterstützung. Entschieden wandte sich auch Freiherr von Schönberg-Thammenhain gegen die Entschließung des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 12. Oktober 1917, nach der die Mitglieder der Partei der Deutschen Vaterlandspartei beitreten durften. Vgl. Archiwum diecesjalna Wrocław, Nachlaß Porsch, Nr. II/1 (unpag).

40 Zum Beispiel Gottfried Traub.

41 Vgl. Karl-Heinz Schädlich, Der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“ als ein Zentrum der Annexionspropaganda des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, in: Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg, Berlin 1964, S. 50 ff.

vertretungen außerparlamentarisch zu bekämpfen hatte. Da sie sich auf die Vertretung der annexionistischen Außenpolitik beschränkte, schuf sich die Vaterlandspartei Anfang Dezember 1917 mit dem Bund der Kaisertreuen eine Tochterorganisation, die ihre innenpolitischen Auffassungen propagieren sollte. In seinem Gründungsaufruf gab der Bund offen zu erkennen, daß er einen verstärkten Klassen- und Friedenskampf erwarte und „gerüstet sein" wollte, „sobald von gegnerischer Seite das Angriffssignal ertönt".[42] Dagegen bezeichnete es Prinz Max von Baden, der in den letzten Kriegsjahren immer stärker als politischer Repräsentant des „liberalisierenden" und „verständigungsbereiten" Flügels der deutschen Bourgeoisie in Erscheinung trat, als „Staatsverbrechen und Torheit" des Bundes der Kaisertreuen, die „Entfesselung eines Bürgerkrieges" zu betreiben.[43]

Mit der Deutschen Vaterlandspartei war erstmalig eine imperialistische Organisation geschaffen worden, die sich bewußt in Gegensatz zum bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus stellte und die Volksmassen mit Hilfe einer neuen parteipolitischen Organisation für die expansionistischen Ziele der deutschen Außenpolitik zu begeistern suchte. Die Deutsche Vaterlandspartei entfaltete gerade in der Zeit nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und während der Verhandlungen von Brest-Litowsk ihre größte Aktivität, wobei eine „Arbeitsteilung" mit den im Parlament vertretenen konservativen Parteien unverkennbar ist. In gewissem Sinne ist daher die Vaterlandspartei als eine Vorläuferin der faschistischen Nazipartei zu betrachten; zumindest wurde durch ihre Existenz und Funktion, durch ihre Ideologie und die Art ihrer Tätigkeit offensichtlich, daß die deutschen Monopolherren und Junker im Rahmen des bürgerlichen Parteiensystems auch eine solch extrem reaktionäre und rechtsradikalistische Partei benötigten.

Es ist auffällig, daß die Versuche einer weiter reichenden Veränderung des bürgerlichen Parteigefüges während und nach der Novemberrevolution vor allem von einigen extrem antikommunistischen Gruppen ausgingen, die sich fast ausschließlich von ihrem wütenden Haß gegen die gesellschaftlichen Veränderungen in Sowjetrußland leiten ließen. Mitten in der Revolution, am 1. Dezember 1918, entstand in Berlin mit der Antibolschewistischen Liga und mit dem Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus die in den ersten Jahren der Weimarer Republik führende bürgerliche Organisation dieses Typs. Während die großen bürgerlichen Parteien vorwiegend mit taktischen, funktionellen und strukturellen Veränderungen im Rahmen der bestehenden Organisationen auf die revolutionären Umwälzungen der Jahre 1917 und 1918 reagierten, bildete sich mit der Antibolschewistischen Liga eine neue Organisation mit spezifisch antikommunistischer und antisowjetischer Zielstellung heraus. Hier fanden sich die Kräfte der imperialistischen deutschen Bourgeoisie, die die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung als von ausländischen Parteien abhängig diffamieren wollten und die angeblich in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und in der Tätigkeit des ersten sozialistischen Staates eine der wesentlichsten Ursachen für die Entwicklung in Deutschland während der Jahre 1917 und 1918 sahen.[44] Sie ist in begrenztem Maße sogar als ein Zwischenglied in der Entwicklungsreihe von der Deutschen Vaterlandspartei zur Nazipartei zu betrachten.

Die konterrevolutionären Pläne zur Bildung einer einheitlichen, großen Partei der deutschen Monopolbourgeoisie gingen am stärksten ein in die faschistische Bewegung der Nazipartei, die alle Pläne von der „dritten Partei" und der „über den Parteien" stehenden Organisation einige Jahre später, d. h. unter anderen Bedingungen, aber im Interesse der gleichen imperialistischen Klassenkräfte zu realisieren trachtete.[45] Es wird ohne Zweifel festzustellen sein, daß diese parteipolitischen Pläne ebenso wie die außerordentlich umfangreiche Propaganda der extremen Konterrevolutionäre und Antikom-

---

42 Zit. in: Vorwärts, Berlin, 7.12.1917.

43 Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1927, S. 291 f.

44 Diese Auffassung herrschte später in der faschistischen Geschichtsschreibung vor. Vgl. Helmut Tiedemann, Sowjetrußland und die Revolutionierung Deutschlands 1917-1919, Berlin 1936.

45 Völlig zu Recht konnte Joseph Goebbels auf dem Reichsparteitag der NSDAP von 1936, der ganz und gar im Zeichen des Antikommunismus stand und der den Antikomintern-Pakt vorbereitete, verkünden, daß die faschistische Partei von „der allerersten Stunde" an „den Kampf gegen die Weltgefahr (des innen- und außenpolitischen Bolschewismus, M. W.) mit äußerster Rücksichtslosigkeit geführt" habe; vgl. dazu Walter Laqueur, Deutschland und Rußland, Berlin (West) 1965, S. 23, der den konsequenten Antisowjetismus der Nazipartei im Interesse der antikommunistischen Totalitarismus-Doktrin vertuschen möchte.

munisten die ersten faschistischen Tendenzen im bürgerlichen Parteienwesen der Weimarer Republik verkörperten. Sie bildeten daher ebenfalls einen Bestandteil jener Wurzeln, aus denen sich der deutsche Faschismus und seine wichtigste Organisation, die NSDAP, entwickelten.

Einheit von Faschismus-Analyse und antifaschistischem Kampf

Alle Tatsachen beweisen, daß es zwischen dem Erscheinen des Faschismus auf der politischen Bühne der kapitalistischen Gesellschaft und seiner gründlichen wissenschaftlichen Analyse durch die Kommunistische Internationale und die ihr angehörenden Parteien keine wesentliche zeitliche Verschiebung gegeben hat. Diese Leistung hervorzuheben und geschichtswissenschaftlich zu erforschen, ist nicht nur unter historischen, sondern auch unter aktuellen politischen Gesichtspunkten außerordentlich notwendig. Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale steht als leuchtendes Beispiel für die Fähigkeit der revolutionären Arbeiterbewegung, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in jeder Zeit die neuen und brennenden Fragen der menschlichen Gesellschaft zu erfassen sowie der imperialistischen Herrschaft – gleich in welcher Form sie auftreten mag – eine reale und den Interessen der Volksmassen entsprechende Alternative entgegenzusetzen. In diesem Zusammenhang ist auch von Belang, daß die Bewältigung der theoretischen Probleme durch die Kommunisten in direktem Gegensatz zur Behandlung des Faschismus durch die bürgerlichen und auch durch die opportunistischen Ideologen aller Schattierungen stand.

Die marxistisch-leninistische Untersuchung und Darstellung des Faschismus begann sofort, als er in einigen imperialistischen Ländern auftauchte und sich zu einem neuen Faktor im Klassenkampf entwickelte. Das Herangehen an die Klärung der mit dem Faschismus zutage tretenden Erscheinungen besitzt bis zum heutigen Tage eine große methodologische Bedeutung sowohl für die Charakterisierung des Neofaschismus als auch für die Auseinandersetzung mit allen Varianten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Faschismus-Konzeptionen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale beschäftigte sich 1920/21 wiederholt mit den Ereignissen in Italien, wobei von Anfang an die Einschätzung des Faschismus eng mit einer entsprechenden Aufgabenstellung für den politischen Kampf der kommunistischen Parteien gegen ihn verbunden war. Der IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale begann wenige Tage nach dem spektakulären „Marsch auf Rom“ und bezeichnete den Faschismus bereits als ein Mittel der Bourgeoisie. Diese gehe dazu über, „sich überall besondere Weiße Garden zu schaffen, die sich speziell gegen alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats richten und mehr und mehr der brutalen Niederschlagung jedes Versuches der Arbeiterschaft, ihre Lage zu verbessern, dienen“. Zugleich wurde erkannt, daß sich die offene Herrschaft des Faschismus „gegen die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie überhaupt“ richtet.[46] Weiter wies der Kongreß darauf hin, daß die Faschisten nicht nur bewaffnete terroristische Organisationen bilden, sondern auch versuchen, sich mittels sozialer und nationalistischer Demagogie eine Massenbasis in der Bauernschaft, im Kleinbürgertum und sogar in einigen Teilen der Arbeiterklasse zu schaffen. Davon ausgehend wurde die Gefahr des Faschismus in vielen kapitalistischen Ländern unterstrichen, dies aber in klarer Abgrenzung zu sektiererischen Fehlern im Bericht Sinowjews an den Kongreß, wonach in ganz Mitteleuropa die Machtergreifung des Faschismus zu erwarten sei und darin ein revolutionierender, ein die Arbeiterbewegung stimulierender Faktor gesehen werden müsse. Die Kommunisten wurden auf die Organisierung des Widerstandes gegen den Faschismus als eine der wichtigsten Aufgaben orientiert sowie auf die Einheitsfrontpolitik, die mit der Verteidigung der allgemeindemokratischen Forderungen und der dringendsten Bedürfnisse der Werktätigen eng verbunden sei.[47]

Damit waren im Wesen richtige, marxistisch-leninistische Einschätzungen der neuen Erscheinung des Faschismus gegeben, die eine ausreichende und sichere Grundlage für die weitere Entwicklung und Vertiefung der wissenschaftlichen Faschismus-Theorie darstellten. Die Monate vom IV. Welt-

---

46 Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd-Moskau vom *S.* November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 1011 f.

47 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1970, S. 194 f.

kongreß bis zu der III. Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Juni 1923 waren ausgefüllt mit weiteren Untersuchungen und präzisierenden Analysen des Faschismus. Damit wurde der Hinweis befolgt, den Lenin in seinem Referat „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“ auf dem letzten Weltkongreß, an dem er teilnehmen konnte, gegeben hatte. Die Kommunisten sollten auch Lehren aus den Rückschlägen der Arbeiterklasse ziehen, womit er vor allem die Ereignisse in Italien meinte, und sich die Erfahrungen der bolschewistischen Partei schöpferisch aneignen.[48] Das EKKI warnte Anfang 1923, damit die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfrontpolitik unterstreichend: „Der Faschismus kämpft nicht gegen die eine oder andere politische Richtung der Arbeiterklasse, indem gegen die ganze Klasse, weil die Bourgeoisie nur in der intensiven Ausbeutung und der absoluten politischen Unterjochung aller Arbeiter die Möglichkeit des kapitalistischen Wiederaufbaus erblickt.“ Im gleichen. Appell an die Arbeiter Frankreichs, Deutschlands, Englands, der USA und anderer Länder wurde der Faschismus als eine internationale Erscheinung charakterisiert und der antifaschistische Kampf über die Ländergrenzen hinweg gefordert: „Indem Ihr gegen den italienischen Faschismus kämpft, kämpft Ihr für Eure Freiheit und zeigt den herrschenden Klassen, daß Ihr niemals zugeben werdet, daß sich die Herrschaft der Willkür und des Mordes, wie sie Italien erdulden muß, in den übrigen Ländern verbreite.“ Erstmalig wurde auch auf den Zusammenhang zwischen Faschismus und der Gefahr neuer imperialistischer Kriege hingewiesen.[49]

Gemäß der Erkenntnis, daß man die faschistische Bewegung „bis ins Detail“ kennenlernen müsse[50], schuf die Internationale Arbeiterkonferenz, die Mitte März 1923 in Frankfurt am Main stattfand, ein Aktionskomitee, an dessen Spitze Clara Zetkin, Fritz Heckert und Henri Barbusse standen. In allen Ländern sollten besondere Organe aller Arbeiterparteien gebildet werden, als deren Aufgabe gesehen wurde: „a) Sammlung der Tatsachen der faschistischen Bewegung im eigenen Lande; b) systematische Aufklärung der Arbeiterklasse über den klassenfeindlichen Charakter der faschistischen Bewegung ...; c) Organisierung des Abwehrkampfes der Arbeiterschaft ...; d) Heranziehung der Arbeiter ohne Unterschied der Richtung ...; e) Kampf gegen den Faschismus in den Parlamenten und allen öffentlichen Körperschaften; f) besondere Aufmerksamkeit soll der antifaschistischen Aufklärung unter der arbeitenden Jugend, in deren Reihen die Faschisten in erster Linie ihre Anhänger werben, gewidmet werden. Die revolutionären Jugendorganisationen sollen aktiv an der Tätigkeit der gesamtproletarischen teilnehmen.“[51]

Die III. Erweiterte Tagung des EKKI, die im Juni 1923 in Abwehrorganisationen Moskau stattfand, gestaltete sich zu einem ersten Höhepunkt in der Beschäftigung der kommunistischen Weltbewegung mit den neuen Fragen des Faschismus und des Kampfes gegen diesen Hauptfeind der Arbeiterklasse, gegen diesen „außerordentlich gefährlichen und furchtbaren Feind“, wie Clara Zetkin in ihrem umfassenden Referat formulierte.[52] Sie stellte zunächst die Frage „Was will die Bourgeoisie?“, um von ihrer Beantwortung her richtige Aussagen über den Faschismus treffen zu können. Clara Zetkin gab dazu selbst folgende Antwort: „Sie erstrebt den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Unter den gegebenen Umständen hat die Verwirklichung ihres Zieles eine erhebliche Steigerung und Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung des

---

48 Lenin erklärte in diesem Zusammenhang: „Wir müssen nicht nur wissen, wie wir zu handeln haben, wenn wir unmittelbar zur Offensive übergehen ... Während der Revolution gibt es immer Momente, wo der Gegner den Kopf verliert, und wenn wir ihn in einem solchen Moment angreifen, so können wir leicht siegen. Aber das bedeutet noch nichts, weil unser Gegner, wenn er genügend Ausdauer besitzt, vorher seine Kräfte sammeln kann usw. Er kann uns dann leicht zu einem Angriff provozieren und uns daraufhin auf viele Jahre hinaus zurückwerfen.“ W. I. Lenin, Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution. Referat auf dem IV. Kongreß der Komintern, 13. November 1922, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1963, S. 407.

49 Internationale Presse-Korrespondenz, 3.2.1923, S. 118.

50 (1970), H. 1, S. 47 f.

51 Resolution über den Kampf gegen den Faschismus, zit. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, Februar 1919-Dezember 1923, 2. Halbband, Januar 1922-Dezember 1923, Berlin 1966, S. 287 f.

52 Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. Juni 1923, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 689.

Proletariats zur Voraussetzung. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß sie allein nicht über die Machtmittel verfügt, um den Ausgebeuteten solches Los aufzuzwingen. Mit den Skorpionen des hereinbrechenden Elends gezüchtigt, fangen zuletzt auch die dickfelligsten Proletarier an, gegen den Kapitalismus zu rebellieren. Die Bourgeoisie muß sich sagen, daß unter diesen Verhältnissen auf die Dauer auch die milde, burgfriedliche Predigt der Reformsozialisten ihre einschläfernde Wirkung auf das Proletariat verlieren wird. Sie rechnet damit, daß sie das Proletariat nur noch mit Hilfe von Gewaltmitteln unterwerfen und ausbeuten kann. Aber die Machtmittel des bürgerlichen Staates beginnen teilweise zu versagen. Er büßt immer mehr die Finanzkraft und die moralische Autorität ein, seine spezifischen Sklaven in blinder Treue und Unterwürfigkeit zu binden. Die Bourgeoisie kann die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln ihres Staates allein erwarten. Sie braucht dafür eine außerlegale, außerstaatliche Machtform.“[53] Das Referat enthielt auch energische Einwände gegen simplifizierende Vorstellungen vom Faschismus als bloßem gewalttätigem bürgerlichem Terror sowie Hinweise über das Verhältnis von Klassencharakter und Massenbasis des Faschismus. Clara Zetkin erklärte, daß sich der Faschismus von anderen Formen der reaktionären bürgerlichen Diktatur durch die Tatsache unterscheide, daß er sich im Kleinbürgertum eine Basis suche, ein „Asyl für politische Obdachlose, für sozial Entwurzelte, für Existenzlose und Enttäuschte“ darstelle und diese Teile der Bevölkerung geschickt zur blutigen Unterdrückung der Arbeiterklasse und der bürgerlichen Demokratie ausnutze. Von ihrer klaren Sicht, natürlich der damals möglichen Sicht, zeugt auch die treffende Einschätzung, daß „der Faschismus in den einzelnen Ländern verschiedene Charakterzüge trägt, je nach den vorliegenden konkreten Verhältnissen. Jedoch zwei Wesenszüge sind ihm in allen Ländern eigen: ein scheinrevolutionäres Programm, das außerordentlich geschickt an die Stimmungen, Interessen und Forderungen breitester sozialer Massen anknüpft, dazu die Anwendung des brutalsten, gewalttätigsten Terrors.“[54]

Ausgehend von diesen Erkenntnissen, die in fruchtbaren Auseinandersetzungen mit sektiererischen und anderen Fehleinschätzungen wuchsen, besaß die Kommunistische Internationale richtige Grundlagen dafür, ihre Faschismus-Analysen in den Jahren nach 1923 weiterführen, vervollständigen und präzisieren zu können. Immer wieder standen in ihren Gremien und Sektionen Fragen des Faschismus und des Kampfes gegen ihn auf der Tagesordnung, bis schließlich der VII. Weltkongreß die exakte und umfassende Definition zu geben vermochte. Schritt für Schritt, adäquat der weiteren Entwicklung und Ausformung des Faschismus, wurden neue Erkenntnisse gewonnen und dem antifaschistischen Kampf zugrunde gelegt. Hier soll darauf verzichtet werden, im einzelnen darzulegen, in welcher Art und Weise die Kommunistische Internationale historisch-konkrete Analysen erarbeitete, zu welchen Ergebnissen und Schlußfolgerungen sie dabei gelangte. Darüber ist in der marxistisch-leninistischen Literatur über die Geschichte der Komintern umfangreiches Material enthalten.[55] An dieser Stelle soll versucht werden, systematisch die ganze Breite und theoretische Tiefgründigkeit der Komintern-Analysen unter methodologischen und methodischen Aspekten zu erfassen.

Die unmittelbare auf den Faschismus bezogenen Untersuchungen und wissenschaftlichen Arbeiten der Kommunistischen Internationale betrafen solche wichtigen Fragen und Problemkomplexe wie

1. die exakte wissenschaftliche Definition des Faschismus und die Bestimmung der entscheidenden Merkmale einer faschistischen Diktatur. Als solche Kennzeichen wurden heraus gearbeitet: a) Zerschlagung der legalen Organisationen der Arbeiterklasse und vor allem der kommunistischen und der Gewerkschaftsorganisationen, b) terroristische Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, c) Isolierung oder physische Vernichtung aller aktiven antifaschistischen Kräfte, d) Beseitigung und völlige inhaltliche Entleerung des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus, e) Errichtung und Sicherung eines Regimes der Gewalt und Willkür im unmittelbaren Interesse der Monopolbourgeoisie und ihrer führenden Kreise, f) aggressive und expansive Außenpolitik;

---

53 Ebenda, S. 698 f.

54 Ebenda, S. 696 und 699.

55 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, a. a. O.; Erwin Lewin, Zur Faschismus-Analyse ..., a. a. O.

2. den inneren dialektischen und vielfältigen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus in der Periode seiner allgemeinen Krise (einschließlich seiner staatsmonopolistischen Tendenzen) und dem Aufkommen faschistischer Bewegungen;
3. die Enthüllung der wahren Klassennatur beziehungsweise der hauptsächlichen Klassenfunktionen des Faschismus sowie die Analyse der von ihm betriebenen Politik, der von ihm mobilisierten Kräfte und seines jeweiligen Entwicklungsstand es im internationalen Maßstab wie auch in den einzelnen Ländern. Dies konnte nur in ständiger Auseinandersetzung mit allen bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Auffassungen, aber auch mit einigen Thesen des rechten und „linken" Revisionismus innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung erfolgen;
4. die Stellung des Faschismus in den Widersprüchen und Gegensätzen innerhalb der herrschenden Klasse, sein Verhältnis zur Gesamtheit sowie zu einzelnen Teilen der Monopolbourgeoisie;
5. die Widerspiegelung von Stabilität und Labilität des Imperialismus durch den Faschismus. Gegen die Auffassung rechter sozialdemokratischer Führer erklärte Manuilski vor dem XI. Plenum des EKKI im April 1931: „Der Faschismus ist eine der Formen der Offensive des Kapitals, die in sich die Elemente der bürgerlichen Krise trägt. Der Faschismus ist sowohl Offensive als auch Verteidigungsmaßnahme des Kapitals"[56];
6. den Faschismus als internationale Erscheinung, die Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der Faschismen in den einzelnen Ländern sowie die Rolle des proletarischen Internationalismus im antifaschistischen Kampf;
7. die Analyse der verschiedenen Formen des Faschismus sowie der Unterschiede zwischen ihm und anderen reaktionären Herrschaftssystemen. Dabei wandte sich die Kommunistische Internationale strikt gegen eine Tendenz, die zeitweilig auch in den eigenen Reihen wirkte und die „eine genaue Analyse der tatsächlichen politischen Situation unterläßt und sie durch eine automatische Klassifizierung"[57] aller Erscheinungen außerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung als faschistisch ersetzte. Ernst Thälmann kritisierte in seiner Rede auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 192 den Versuch Brandlers, die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Herbst 1923 als einen Sieg des Faschismus darzustellen[58];
8. die Unterscheidung zwischen offenem Faschismus und faschistischen Tendenzen sowie die Tatsache, daß der Faschismus in seiner Gesamtheit eine gesetzmäßige Erscheinung darstellt, der Sieg des Faschismus und die Errichtung einer offenen terroristischen Diktatur jedoch verhindert werden können;
9. die Stellung des Faschismus im Weltimperialismus und seine Rolle als Stoßkraft gegen die Sowjetunion, zur Liquidierung der ersten erfolgreichen sozialistischen Revolution in der Geschichte;
10. den Zusammenhang zwischen Faschisierung und wachsender Kriegsgefahr, zwischen der Reaktion im Inneren eines Landes und der verstärkten Aggressivität nach außen. Die Kriegsbestrebungen der Monopolbourgeoisie, so formulierte es das VIII. Plenum des EKKI im Jahre 1927, führen zur „*Internationalisierung* in mehr oder weniger starkem Maße von terroristischen, faschistischen Methoden der Unterdrückung der Arbeiterklasse".[59] Weiter wurde erkannt: „Zum Kriegführen braucht der Kapitalismus ein ‚ruhiges' Hinterland. Das Wesen des modernen Krieges erfordert zugleich mit den Menschenmassen an der Front ein gewaltiges Heer in den Betrieben, das die gigantische Kriegsmaschine bedient. Diese Menschen müssen zu Schrauben dieser Maschine werden, in ihnen muß der Wille zum Kampf erstickt werden ..."[60];
11. die Herausbildung, Entwicklung und Rolle der parteipolitischen Träger faschistischer Diktaturen einschließlich der ihnen angeschlossenen oder mit ihnen verbundenen Verbände sowie das Verhältnis von faschistischer Bewegung und faschistischem Staat;

---

56 D. S. Manuilski, Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus, Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg o. J., S. 115.

57 Internationale Presse-Korrespondenz, 3.9.1928, S. 1829.

58 Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1955, S. 66.

59 Zit. in: Erwin Lewin, Zur Faschismus-Analyse ..., a. a. O., S. 52.

60 Zit. in: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, a. a. O., S. 318.

12. die Ursachen und Möglichkeiten des Einflusses der Faschisten auf einzelne Teile der Bevölkerung eines Landes, insbesondere auf die kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land, wobei von der Erfahrung auszugehen war, daß ruinierte und verzweifelte Kleineigentümer gerade in Krisen leicht zu Abenteurertum und Terrorismus neigen. Auch dafür wurde Lenin herangezogen, der geschrieben hatte: „Die Unzufriedenheit der Kleinproduzenten ruft selig oft deren Bestreben hervor (und muß es unvermeidlich bei ihnen oder bei einem beträchtlichen Teil von ihnen hervorrufen), *ihre Existenz als Kleineigentümer* zu *verteidigen*, d. h. die Grundlagen des gegenwärtigen Systems zu verteidigen und sogar das Rad der Geschichte zurückzudrehen“[61];
13. die soziale Struktur der Massenbasis von faschistischen Regimen und Organisationen sowie die Tatsache, daß es sich bei der Massenbasis des Faschismus in der Regel um jene Teile der Mittelschichten und anderer sozialer Gruppen handelt, die als potentielle Verbündete der Arbeiterklasse gewonnen werden können und müssen, wenn diese ihre historische Mission verwirklichen und den Imperialismus beseitigen will. Clara Zetkin war es wiederum, die auf diesen Zusammenhang aufmerksam machte, als sie erklärte: „Der Faschismus hat noch eine andere Wurzel. Es ist das Stocken, der schleppende Gang der Weltrevolution infolge des Verrates der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung. Ein großer Teil der proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten klein- und mittelbürgerlichen Schichten, der Beamten, bürgerlichen Intellektuellen hatte die Kriegspsychologie durch eine gewisse Sympathie für den reformistischen Sozialismus ersetzt. Sie erhofften vom reformistischen Sozialismus dank der ‚Demokratie‘ eine Weltwende. Diese Erwartungen sind bitter enttäuscht worden. Die Reformsozialisten treiben eine sanfte Koalitionspolitik, deren Kosten zusammen mit den Proletariern und Angestellten die Beamten, Intellektuellen, Klein- und Mittelbürger jeder Art zahlen. Diese Schichten entbehren im allgemeinen der theoretischen, geschichtlichen, politischen Schulung. Ihre Sympathie für den Reformsozialismus war nicht tief verwurzelt. So kam es, daß sie nicht bloß den Glauben an die reformistischen Führer verloren, sondern an den Sozialismus selbst ... Es liegt auf der Hand, daß nach der sozialen Zusammensetzung seiner Truppen der Faschismus auch Elemente einschließt, die der bürgerlichen Gesellschaft außerordentlich unbequem, ja gefährlich werden können. Ich gehe weiter, ich behaupte, die der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich werden müssen, wenn sie ihr ureigenes Interesse verstehen“[62];
14. den Zusammenhang zwischen der Funktion des Faschismus, die Macht der Monopolbourgeoisie zu sichern und zu erweitern, und den Methoden der antikapitalistischen Propaganda, der sozialen Demagogie und des revolutionaristischen Anstrichs der eigenen Bewegung;
15. die eklektische Ideologie des Faschismus und ihre antikommunistischen, antisowjetischen und chauvinistischen Grundlagen, ihre Wurzeln und Traditionen, die weltanschauliche „Mobilisierungsdemagogie“ und ihre phantastische Abenteuerlichkeit, die völlige Verkehrung und Mystifizierung aller wirklichen sozialen Zusammenhänge, der Rassismus und das ständisch verbrämte militaristisch-antidemokratische Führer-Gefolgschafts-Prinzip;
16. und natürlich auch solche subjektiven Momente, die das Gebiet der Psychologie sowie die Rolle von einzelnen Personen in der Geschichte berühren und mitunter – in enger Verbindung und Wechselwirkung mit den anderen genannten Faktoren – geeignet waren, das Aufkommen des Faschismus zu begünstigen beziehungsweise den Kampf gegen ihn zu behindern.

Alle diese Fragen und methodologischen Gesichtspunkte bilden gleichsam das Gerüst der marxistisch-leninistischen Faschismus-Analyse. Sie verkörpern das komplexe Programm aller marxistisch-leninistischen Forschungen über den Faschismus, mit dessen Hilfe die Kommunistische Internationale in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts eine gewaltige theoretische Arbeit vollbrachte. Hierin ist die entscheidende Grundlage des umfangreichen und konsequenten praktischen antifaschistischen Kampfes der Kommunisten zu sehen, der wiederum zu immer weiteren und neuen Erkenntnisstufen führte. Gerade die im Wesen richtige theoretische Bewältigung aller mit dem Faschismus verknüpften neuen Probleme stellte einen bedeutsamen Bestandteil der schöpferischen Ausarbeitung und Anwendung der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik dar.

---

61 W. I. Lenin, Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows, in: Werke, Bd. 6, Berlin 1968, S. 35.

62 Clara Zetkin, a. a. O., S. 695 ff.

Die Härte des Klassenkampfes, der Grad der Reife in der Durchsetzung des Leninismus und vor allem die antikommunistische Politik der rechten sozialdemokratischen Führer erschwerten jedoch den Erkenntnisprozeß in der Komintern über das Wesen des Faschismus und über die Erfordernisse des antifaschistischen Kampfes. Die These vom „Sozialfaschismus", von der Gleichheit zwischen Sozialdemokratie und Faschismus war eindeutig falsch und ungerechtfertigt.[63] Ihr Entstehen kann tatsächlich nur aus der unmittelbaren Reaktion auf die antikommunistische Politik der rechten sozialdemokratischen Führer erklärt und verstanden werden. Die Praxis des politischen Kampfes der Sozialdemokratie zeigte, daß sich die Orientierung nur auf die Erscheinungsformen und nicht auf die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus außerordentlich negativ auf den antifaschistischen Kampf auswirkte. Die rechten Führer der Sozialdemokratie verhinderten die Einheit der Arbeiterklasse, die allein dem Faschismus erfolgreich begegnen konnte, sie tolerierten die Faschisierungspolitik der Monopolbourgeoisie und schwächten den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Mittelschichten, die dadurch leichter dem Einfluß des Faschismus erlagen.

Denen, die über den vorhandenen Schwächen in der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale die Leistungen nicht zu akzeptieren bereit sind, dafür aber die – im folgenden zu behandelnde – Unfähigkeit bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Theoretiker lobpreisen, denen noch ein Wort Lenins ins Stammbuch: „Wenn die Bolschewiki Dummheiten machen, so sagt der Bolschewik: ‚Zweimal zwei ist fünf'; wenn aber seine Gegner, d. h. die Kapitalisten und die Helden der II. Internationale Dummheiten machen, so kommt bei ihnen heraus: ‚Zweimal zwei ist Stearinkerze'."[64]

Totalitarismus-Doktrinäre in antikommunistischer Front

Genesis und Funktion eines abstrakten Schemas

Im Gegensatz zur Bewältigung der theoretischen Probleme des Faschismus durch die Kommunisten stand die zum Teil hilflose, unwissenschaftliche und oberflächliche Behandlung der neuen Erscheinung durch bürgerliche und rechtssozialdemokratische Ideologen. Alle ihre Auffassungen waren von innerer Widersprüchlichkeit, von Heterogenität und antikommunistischer Grundhaltung gekennzeichnet. Sie verschleierten und leugneten den Klassencharakter des Faschismus, sie erfaßten von ihrer Entstehung in den zwanziger und dreißiger Jahren an immer nur einige Merkmale faschistischer Bewegungen und Regimes, etwa den Rassismus und Nationalismus, die soziale Demagogie und die kleinbürgerliche Massenbasis, den Terrorismus und das militaristische Führer-Gefolgschafts-Prinzip. Eine geschlossene Faschismus-Theorie konnte nicht entwickelt werden, da man das Wesen des Faschismus nicht erfaßte.

Die einzelnen von bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Theoretikern beobachteten und dargestellten Merkmale speisten jedoch die Totalitarismus-Doktrin, die bald nach dem Auftauchen des Faschismus entstand und von äußeren Erscheinungen ausgehend völlig unterschiedliche historische Prozesse auf eine vergleichbare Ebene zu bringen versuchte. Ihr lag vor allem das klassenindifferente Demokratie-Diktatur-Schema Karl Kautskys zugrunde, mit dem Kautsky in seiner Arbeit „Die Diktatur des Proletariats" – 1918 geschrieben und Anlaß für die berühmte Leninsche Antwort, die die Lehre von der Diktatur des Proletariats durch die Erfahrungen der jungen Sowjetmacht bereicherte – den tatsächlichen Klassenwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in einen Gegensatz von Demokratie „an sich" und Diktatur „an sich" zu verwandeln suchte. Für Kautsky war seine gedankliche Konstruktion Ausgangspunkt der „Theorie des dritten Weges" zwischen Kommunismus und Kapitalismus, wobei dieser Weg zu einer „reinen Demokratie" führen sollte. Die Vorstellung von einer „reinen" Demokratie und einer „reinen" Diktatur löst beides aus dem Klassenkampf. Dazu schrieb Lenin mit beißender Ironie: „Wenn man nicht dem gesunden Menschenverstand und der Geschichte hohnsprechen will, so ist klar, daß man nicht von ‚reiner Demokratie' sprechen kann, solange verschiedene *Klassen* existieren, daß man da nur von *Klassen*demokratie sprechen kann ... ‚Reine

63 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 4. Berlin 1966, S. 170 f.

64 W. I. Lenin, Fünf Jahre russische Revolution ..., a. a. O., S. 415.

Demokratie', das ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst."[65]

Den Begriff Demokratie identifizierte Kautsky ausschließlich mit dem bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Herrschaftssystem in den wichtigsten imperialistischen Ländern. Den Begriff Diktatur benutzte er dagegen zur Charakterisierung der ersten sozialistischen Staatsmacht in Sowjetrußland. Kautsky folgend, wurde kurze Zeit später der Begriff Diktatur durch den Begriff „Totalitarismus" ergänzt und diktatorisch mit totalitär gleichgesetzt, wobei zunächst totalitär synonym für antiparlamentarisch verwendet wurde. Dann war das Bemühen erkennbar, zunächst auch bestimmte Erscheinungen des imperialistischen Staates, bestimmte Tendenzen zum „totalen" imperialistischen Staat in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus widerspiegeln zu können. Natürlich handelt es sich um einen Scheinbegriff, dem keine Realität entspricht und der sich jeder wissenschaftlichen Definition entzieht. Die naheliegenden Fragen, welche Klassen und Klasseninteressen durch den „Totalitarismus" repräsentiert werden und welches seine sozialökonomischen Grundlagen sind, bleiben ohne Antwort. Pseudowissenschaftliche Beweise, zumeist in Gestalt von „Strukturmerkmalen", sprich: Erscheinungsformen und Äußerlichkeiten, sollen den Klassencharakter des imperialistischen Staates verschleiern helfen und vom Wesen des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus in unserer Epoche ablenken.

Die Totalitarismus-Doktrin waren im Grunde für alle jene bürgerlichen Ideologen, die sich in gewisser Weise gegen die faschistische Entwicklung stellten und einen „dritten Weg" zwischen Sozialismus und der extrem reaktionären Herrschaftsform des Imperialismus suchten, die einzige theoretische Grundlage ihrer Auffassungen über den Faschismus. Der sich nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entwickelnde Sozialdemokratismus begegnete sich mit der Totalitarismus-Theorie in der beiden gemeinsamen Konfrontation zur marxistischen Lehre vom Klassencharakter des Staates. Sorgsam wurde eine eigenständige Faschismus-Theorie vermieden und versucht, die Auffassungen über den Faschismus von der Leninschen Theorie des Imperialismus abzugrenzen. Neue Tendenzen der gegenwärtigen bürgerlichen Faschismusforschung werden daher erst verständlich, wenn ihr Zusammenhang mit den verschiedenen Entwicklungsstufen der Totalitarismus-Doktrin dargestellt werden kann.

Die Genesis der Totalitarismus-Doktrin zeigt, daß ihr Ansatzpunkt sowohl antikommunistische als auch antimilitaristische, antifaschistische Züge aufwies, daß letztere bei einzelnen Autoren sogar teilweise die anderen überwogen. Dies ist einer der Gründe, die dieser Doktrin zu so großem Einfluß verhalfen, weshalb heute bei den imperialistischen Ideologen aller Spielarten die Tendenz vorherrscht, gerade diese Elemente des Antifaschismus und des Antimilitarismus zu bagatellisieren und umzudeuten.[66] Bei aller Widersprüchlichkeit, die viele Arbeiten solcher Ideologen, die der Sozialdemokratie angehörten oder nahestanden, wie z. B. Hermann Heller, Franz L. Neumann, Filippo Turati, oder auch des bürgerlich-liberalen Wirtschaftstheoretikers Wilhelm Röpke charakterisiert, ist deren gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr gerichtetes Ziel nicht zu übersehen. Für Turati bedeutet der Faschismus „ständig drohenden Krieg",[67] Selbst Röpke stellte noch 1947 fest, der Faschismus sei für ihn die „widerlichste Erscheinung" des Totalitarismus, was er offensichtlich 1957 nicht mehr wahrhaben wollte, als er die Große Sozialistische Oktoberrevolution den Zeitpunkt nannte, zu dem sich die Büchse der Pandora über dem Abendland geöffnet habe.[68] Neumann bezeichnete die Idee des totalen Staates, das Führerprinzip, die Rassentheorie und die Lebensraum-Politik als die ideologischen Hauptelemente des totalitären Faschismus, meinte aber, daß der Hitlerfaschismus nicht nur von seiner Ideologie her

---

65 W. I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 240 f.

66 Vgl. vor allem Walter Schlangen, Der Totalitarismus-Begriff. Grundzüge seiner Entstehung, Wandlung und Kritik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", Bonn, B 44/70 vom 31.10.1970.

67 Filippo Turati, Faschismus, Sozialismus und Demokratie (1928), abgedruckt in: Theorien über den Faschismus, a. a. O., S. 143 ff.

68 Wilhelm Röpke, Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt a. M. 1947, ders., Freie Welt und Totalitarismus, Bremen 1957, S. 3 f.

verstanden werden könne. Diese diene nur den kapitalistischen Bestrebungen des Nationalsozialismus zur Verschleierung des Klassenkampfes.[69] Jene Autoren, die bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren Faschismus und Sozialismus gleichsetzten und damit einen Kampf gegen den Faschismus mit antikommunistischen Vorzeichen zu führen vorgaben, waren, sich jedoch der Unterschiede sehr wohl bewußt. Francesco Nitti, der 1925 Italien verlassen mußte, betrachtete in seinem Buch „Bolschewismus, Fascismus und Demokratie" den Kommunismus als Wiederaufnahme der französischen Revolution; er enthalte – bei all seinen Fehlern, die er glaubte feststellen zu müssen – mehr als bloße Gewalt, während der Faschismus kein Ideal besitze.[70] Ernst Nolte bedauert deshalb, daß vor allem die Jahre von 1933 bis 1939 „die große Zeit" der sozialistischen (gemeint ist: sozialdemokratischen, M. W.) Theorien über den Faschismus gewesen seien und es „sehr viel häufiger ein Wiederaufstehen von Marx als eine Kritik an ihm" gegeben habe.[71]

Damit erfaßt Nolte jedoch nur einen Aspekt in der ideologiegeschichtlichen Entwicklung. Es waren rechte sozialdemokratische Politiker wie Otto Wels, Curt Geyer, Rudolf Hilferding und Friedrich Stampfer, die bereits in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg die These von der „Wesensgleichheit" zwischen Faschismus und Sozialismus in Umlauf brachten. Gerade in der Zeit, in der sich die sogenannten demokratischen Mächte der imperialistischen Welt in der Antihitlerkoalition mit der Sowjetunion zum Kampf gegen die faschistischen Mächte verbündeten, erreichte die antikommunistische und antisowjetische Grundorientierung der sozialdemokratischen Führung eine neue Stufe. Gerichtet gegen die sich verstärkenden Bestrebungen linker Sozialdemokraten und auch nichtproletarischer demokratischer Kräfte, die Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD zu unterstützen, dominierte nach dem 22. Juni 1941 zum Beispiel in der in New York erscheinenden „Neuen Volkszeitung" die Besorgnis, „... daß jetzt eine prorussische Stimmung aufkäme".[72] Joachim Radkau, Autor einer neuen Publikation über die deutsche Emigration in den USA, sah sich zu folgender Erkenntnis gezwungen: „Auch ohne viel Psychologisieren läßt sich erkennen, wie ein Teil des Hasses, der dem Nazismus gilt, auf den Kommunismus umgelenkt wird: denn den nazistischen Gegner kann man nicht greifen, wogegen es Kommunisten im Exil in nächster Nähe gibt. In der Emigration wurde die Selbstbehauptung gegen die KPD und die mit der KPD zusammenarbeitenden Linksgruppen zur Aufgabe Nummer eins für die SPD-Führung, zum Hauptinhalt dessen, was ihr noch an praktischer Politik verblieben war ... Während des Exils bestand in der SPD die Tendenz, daß sich die Ablehnung des Kommunismus zum Antikommunismus entwickelte."[73] Mit dem Begriff „Selbstbehauptung" wird zwar versucht, die Ursachen der antikommunistischen Politik rechter sozialdemokratischer Führer zu verfälschen, doch vermag dies den Kern der Aussage nicht zu verändern.

„Bewährung" der Totalitarismus-Theorie im kalten Krieg und unter Anpassungszwang

Mit den wachsenden Erfolgen der Sowjetischen Armee im Kampf gegen die faschistischen Heere und hauptsächlich nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Faschismus setzte erst ein allgemeiner Prozeß ein, der den Versuch, das in breiten Teilen der Bevölkerung aller imperialistischen Länder vorhandene antifaschistische Bewußtsein zurückzudrängen, und damit verbunden eine gewisse Umfunktionierung des Antifaschismus zum Gegenstand hatte. Die allgemeine Ablehnung der faschistischen Barbarei, vor allem der Untaten des Hitlerfaschismus, sollte nun vorrangig und allein den Antikommunismus ermöglichen. Die Totalitarismus-Doktrin entledigte sich eines Teils ihrer ursprünglichen Elemente, sie wurde nunmehr endgültig zu einer eindeutigen antisozialistischen und antisowjetischen Theorie entwickelt, deren Zweck es war, das starke antifaschistisch-demokratische Bewußtsein der Volksmassen in den imperialistischen Ländern, das als politischer Faktor nach dem zweiten

---

69 Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933-1944, New York 1963 (Nachdruck der 2. Aufl. von 1944), S. 98 ff.

70 Francesco Nitti, Bolschewismus, Fascismus und Demokratie, München 1926, S. 54. Ähnlich auch: Erwin von Beckerath, Wesen und Werden des faschistischen Staates, Berlin 1927, S. 154.

71 Ernst Nolte, Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus, a. a. O., S. 52.

72 Vgl. Joachim Radkau, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933-1945, Düsseldorf 1971, S. 159.

73 Ebenda, S. 162 f.

Weltkrieg wirkte, seines antiimperialistischen Gehalts zu berauben und ihm eine neue, eine antikommunistische Stoßrichtung zu weisen. Das entsprach der Strategie des Weltimperialismus, der sich in seiner Hoffnung getäuscht sah, die Kraft der Sowjetunion werde im zweiten Weltkrieg geschwächt, und nun mit allen Mitteln versuchte, den Sozialismus zurückzudrängen. Das entsprach aber auch den Interessen der Monopolbourgeoisie in den westdeutschen Besatzungszonen, ihre Macht zu restaurieren, was nur unter dem die tatsächliche Verantwortung für den Faschismus verhüllenden Mäntelchen „Demokratie" und „Antifaschismus" möglich war. Demagogisch wurde der Kampf gegen den Sozialismus als notwendige Konsequenz des Antifaschismus hingestellt, wobei man sich auch auf einige antikommunistische Tendenzen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler zu stützen verstand.[74]

Darin war mehr als eine bloße Verlagerung und Neubestimmung ideologischer Akzente zu sehen, die Totalitarismus-Doktrin wuchs an zu einer Funktion der Politik des kalten Krieges. Auf der Grundlage der konstruierten These von der „Wesensgleichheit" zwischen den „totalitären" Gesellschaftsformen Faschismus und Kommunismus, von ihren gleichen gesellschaftlichen Ursachen und ihrer Identität bei der Unterdrückung der persönlichen Freiheit und allgemeinen Rechte der Menschen, wurde vor allem von Truman und Churchill die angeblich unumgängliche Notwendigkeit des Kampfes gegen den Kommunismus begründet. Der Kommunismus, so hieß es immer wieder, sei zur „totalitären" Hauptgefahr geworden und, stelle eine „Bedrohung aus dem Osten" dar.

In den fünfziger Jahren lag die entscheidende Phase in der Geschichte der Totalitarismus-Theorie. Sie wurde weitgehend von solchen Ideologen wie Sigmund Neumann[75], vor allem aber von Hannah Arendt[76], C. J. Friedrich[77] und auf geschichtswissenschaftlichem Gebiet von Gerhard Ritter[78], in gewisser Weise auch von Karl Dietrich Bracher[79] geprägt. Aus dieser Zeit gibt es im Grunde keine bürgerliche und reformistische Darstellung zur Geschichte des Faschismus, die es sich nicht zum Ziel gesetzt hätte, am konkreten historischen Stoff die antikommunistische und antisowjetische Stoßrichtung der Totalitarismus-Doktrin zu erhärten. Aus offensichtlich politischen Gründen hielt es die imperialistische Ideologie auch in der zweiten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht für opportun, eine Theorie über den Faschismus zu entwickeln und sich eingehender mit Wesen und Funktion anstelle mit einzelnen Erscheinungen zu beschäftigen. Selbst Ernst Nolte kann nicht umhin, diese Tatsache festzustellen. Im August 1969 sprach er auf dem Kongreß „Der Faschismus und Europa" in Prag zum Thema „Der Faschismus als Problem in der wissenschaftlichen Literatur der jüngsten Vergangenheit" und erklärte: „Daß der Begriff des Faschismus allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt, hängt offenbar damit zusammen, daß er einen unverkennbar gesellschaftskritischen Akzent (!, M. W.) hat und daher in einer Periode (gemeint sind die Jahre 1945 bis etwa 1960, M. W.) wenig brauchbar schien, für welche die Vorzüge der westlichen Demokratie so evident waren ... So wurde das Thema des Faschismus für ein Jahrzehnt nahezu so etwas wie eine italienische Spezialität ..."[80]

---

74 An die Kommunisten gerichtet, hatte z. B. Leopold Schwarzschild 1937 geschrieben: „Kämpfen wir gegen Hitler; solange Ihr es wollt, sind wir in einem Lager. Aber je näher die gemeinsame Gegnerschaft die Reihen aneinanderführt, umsomehr ist sorglich darauf zu achten, daß nicht auch die Geister sich vermischen; umsomehr ist zu wachen, daß Ihr nur ein Teil bleibt und nicht die Gelegenheit findet, weder geistig noch tatsächlich, Euch zum Ganzen zu machen; umsomehr werde ich das meine tun, zu hindern, daß Euch das gelinge. Denn wenn es wirklich darum ginge, den Terror nur durch den Terror abzulösen, die Diktatur Hitlers durch die Diktatur Stalin: das wäre nicht wert, auch nur einen Finger zu rühren." Leopold Schwarzschild. Zwei Despotien (Schluß), in: Neues Tage-Buch, 5. Jg., H. 35 vom 28.8.1937.

75 Vgl. Sigmund Neumann, Permanent Revolution. Totalitarismus in the Age of International Civil War, London, 2/1965 (zuerst 1942: The Total State in a World at War).

76 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, deutsche Ausgabe: Frankfurt a. M. 1955.

77 Carl Joachim Friedrich, Totalitäre Diktatur, deutsche Ausgabe: Stuttgart 1957.

78 Gerhard Ritter, Vom Problem der totalitären Demokratie, in: Diogenes, Nr. 7/8.

79 Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 4/1964; ders., Voraussetzungen des nationalsozialistischen Aufstiegs. Einleitung zu: ders., Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1962.

80 Ernst Nolte, Der Nationalsozialismus, Frankfurt/M. u. a. 1970, S. 197.

Auf Grund der Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis mußte es mit dem Beginn der 60er Jahre auch zu Anpassungstendenzen in der Totalitarismus-Theorie kommen. Die Ergebnislosigkeit der Politik des kalten Krieges, der Strategie des „roll back", spiegelte sich auch in der Tatsache wider, daß die Totalitarismus-Doktrin ihre Wirkung als Mittel der Meinungsmanipulation zu verlieren begann. Parallel zum Scheitern der imperialistischen Konzeption eines Frontalangriff s auf das sozialistische Lager wurde ein Übergang zur Politik der ideologischen Diversion angestrebt. Diese Diversionsfunktion bedingte Wandlungen in der Totalitarismus-Doktrin, da für sie weniger die These von der Wesensgleichheit zwischen Faschismus und Sozialismus wirksam sein konnte als vielmehr, die Besonderheiten der einzelnen sozialistischen Staaten und ihre Unterschiede zur „totalitären" Sowjetunion herauszuarbeiten.[81]

All das führte dazu, daß imperialistische Ideologen sich bemühten, die Totalitarismus-Doktrin differenzierter und elastischer anzuwenden beziehungsweise sie zu modifizieren. Es regten sich beim Übergang zur dritten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus bald kritische Stimmen gegen die „Klassiker" der Auffassungen über den Totalitarismus. Die Diskussion über die Frage, welche „Reichweite" diese Theorie besitze, brachte erste partielle Veränderungen mit sich. Die unaufhaltsame Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus zwang den Imperialismus zu einer flexibleren Taktik in der antikommunistischen Propaganda sowie in der Apologetik des kapitalistischen Systems. Die Modifikationen der Totalitarismus-Doktrin und damit auch der Auffassungen über den Faschismus sind Ausdruck der strategischen Anpassung des Imperialismus an seine veränderten Existenzbedingungen. Ihre Ziele, ihr Wesen und ihre Funktion wandelten sich jedoch nicht. Der Imperialismus mußte sich von der im wesentlichen defensiv wirkenden Totalitarismus-Doktrin lösen, weil diese immer weniger in der Lage war, sich als eine in sich geschlossene, konstruktive Alternative zur Gesellschaftsauffassung des Marxismus-Leninismus darzubieten. Er benötigte eine eigentliche Kommunismusforschung und in gleicher Weise nunmehr auch eine mehr oder weniger komplexe Faschismus-Theorie, da die Oberflächlichkeit der Totalitarismus-Doktrin zu offensichtlich geworden war.

Das Bedürfnis nach einer wirklichen Theorie über den Faschismus wurde oft artikuliert. So forderte zum Beispiel Wolfgang Schieder eine „umfassende Faschismustheorie", die auch die „Frage nach dem Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus" berücksichtigen soll, um der Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus „gerecht" werden zu können.[82] Für die sich verstärkende Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, für das geplante ideologische Eindringen in die sozialistischen Länder erwies sich die Grundidee des Totalitarismus als zu primitiv und unglaubwürdig, nicht zuletzt sank der Erfolge der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR.[83] Hinzu kam, daß die Totalitarismus-Doktrin nicht länger geeignet erschien, der Vertiefung der inneren Widersprüche in den imperialistischen Ländern entgegenzuwirken, ja sich sogar als für den Imperialismus „gefährlich" erweisen konnte, indem sie eine gewisse Grundlage für den Kampf gegen neue „autoritäre" beziehungsweise „totalitäre" Tendenzen bot. Bezeichnend dürfte hierfür die Tatsache sein, daß sich zum Beispiel Karl Dietrich Bracher an den Aktionen demokratischer Kräfte gegen die Ausarbeitung und Durchsetzung der Notstandsverfassung in der BRD beteiligte.

Der bekannte Soziologe Peter Christian Ludz, der später als hauptsächlichster Autor der sogenannten jährlichen Berichte der Brandt-Regierung zur „Lage der Nation" hervortreten sollte, formulierte als einer der ersten den Übergang zu einigen neuen Aspekten der Totalitarismus-Doktrin. 1961 beklagte er, daß die „Wandlungen der Organisation und der Herrschaftsstruktur, die Dynamik und die sich neu bildenden Kräfte innerhalb der Gesellschaft ... mit dem herkömmlichen Totalitarismusbegriff kaum erfaßt werden" können, sein Ansatz lasse „... keinen Raum für eine sinnvolle Deutung und damit die

---

81 Vgl. Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, hrsg. von Gerhard Lozek u. a., Berlin 1970, S. 43.

82 Vgl. Wolfgang Schieder, a. a. O.

83 Vgl. P. J. Rachschmir, Sovremennye tendencii buržuaznoj istoriografii fašisma (Gegenwärtige Tendenzen der bürgerlichen Historiographie über den Faschismus), in: Novaja i novejsaja istorija, 1971, H. 6, S. 27.

Möglichkeit einer theoretischen Bewältigung der Dynamik bolschewistischer Systeme“.[84] Der Verfasser versuchte, einen Weg vom „kategorischen, starren idealtypischen Denken“ zu einem „historisch-empirisch-analytischen Systemdenken“ zu finden, wobei in die Totalitarismus-Doktrin auch solche Faktoren wie die soziale Struktur, der soziale Wandel und soziale Konflikte einbezogen werden sollen.[85]

Bei diesem „Neuansatz“, der ähnlich auch von H. Zimmermann, O. Stammer, H. J. Lieber und vielen anderen mehr[86] gesucht wurde, ging es also lediglich

- in politischer Hinsicht um eine weitere und präzisierte Zielstellung der Doktrin gegenüber dem Sozialismus, dessen Lebenskraft und Realität nicht weiter geleugnet beziehungsweise in plumper Manier mit dem Faschismus identifiziert werden konnte;
- in wissenschaftstheoretischer Hinsicht um eine „Soziologisierung“, um eine „soziologische Umformulierung“ der Totalitarismus-Doktrin, von der man sich mehr „Seriosität“ erhoffte[87];
- in ideologischer Hinsicht um eine weitere Bagatellisierung des Faschismus, die zugleich Grundlagen dafür schaffen sollte, die starken neofaschistischen Tendenzen in vielen imperialistischen Ländern für die neue Phase der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus nutzbar zu machen.

Diesen Tendenzen stand der Versuch zur Seite, die Totalitarismus-Doktrin durch ihre „Übersteigerung“ zu retten und in der alten Linie zu halten. Martin Drath „entdeckte“ ein sogenanntes Primärphänomen des Totalitarismus, demgegenüber alle anderen Merkmale von sekundärer Bedeutung wären. Unter dem „Primärphänomen“ wollte er das „Ziel“ verstehen, ein „neues gesellschaftliches Wertsystem durchzusetzen, das bis in die ‚Metaphysik‘ hinein fundiert wird“.[88] In gleicher Weise sprach Hans Buchheim vom Herrschaftsanspruch des Totalitarismus über das „Ganze“ des menschlichen Lebens. Nach seiner Auffassung beschränke sich der totalitäre Anspruch „nicht auf die Lebensbereiche, für die der Staat zuständig ist, sondern will alle umfassen und auch dort ausschließlich allein bestimmen, wo eine politische Herrschaft höchstens helfende Funktionen erfüllen kann, etwa im Leben der Familie, in der wissenschaftlichen Forschung und in der Kunst“.[89] Dies, so meinen beide, sei zugleich wesentlich für die Unterscheidung des „Totalitarismus“ vom „Autoritarismus“, wobei letzterer nur die politische Kontrolle des Staates über seine Bürger anstrebe, ja sogar politische Abstinenz des Bürgers dulden könne und nicht auf eine Ideologie angewiesen sei. In diesem Sinne lassen sich dann schließlich auch solche Herrschaftssysteme wie die in Spanien (seit 1936) und Portugal (1926-1974) als „autoritäre Demokratien“ verstehen, weil „sie nicht ideologisch sind und daher Freiheitssphären außerhalb des politischen Bereichs zulassen“.[90] Weiterhin erklärt Drath, in autoritären Regimen fehle ein planmäßiger Zwang: „Erst der Widerstand, der einem totalitären System aus der bestehenden Gesellschaft erwächst oder den es von ihr erwartet, macht das System wirklich total.“[91] In seiner Verfassungslehre glaubte Karl Loewenstein feststellen zu müssen, daß das Ägypten der Pharaonen nicht unter den Begriff eines totalitären Staates falle, weil sich der politische Zwang so sehr mit den

---

84 P. C. Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismusforschung, in: PVS 1961, H. 2, S. 322 f.; ders., Totalitarismus oder Totalität?, in: Soziale Welt, 1961, H. 12, S. 133 f.

85 P. C. Ludz, Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: Soziologie der DDR. Sonderheft 8/1964 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 11 ff.

86 Vgl. Hartmut Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme. Ein Diskussionsbeitrag zur Anwendbarkeit des Totalitarismusbegriffs, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1961, H. 12, S. 193 ff.; Otto Stammer, Aspekte der Totalitarismusforschung, in: Soziale Welt, 1961, H. 12, S. 97 ff.; Hans Joachim Lieber, Ideologie und Wissenschaft im totalitären System, in: Wissenschaft im totalen Staat, hrsg. von Walter Hofer, München 1964, S. 11 ff.; ders., Totalitarismus. Aspekte eines Begriffs, in: ders., Philosophie-Soziologie-Gesellschaft. Gesammelte Studien zum Ideologieproblem, (West-) Berlin 1965, S. 213 ff. Einen Überblick bietet: Klaus Hildebrand, Stufen der Totalitarismus-Forschung, in: PVS, 9. Jg. (1968), H. 3, S. 397 ff.; Martin Greifenhagen, Reinhard Kühnl und Johann Baptist Müller, Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs, München 1972.

87 Walter Schlangen, a. a. O., S. 25.

88 Martin Drath, Totalitarismus in der Volksdemokratie. Einleitung zu Ernst Richert, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln/Opladen 1963, S. XXVI ff.

89 Hans Buchheim, Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale, München 1962, S. 15.

90 Otto Heinrich von der Gablentz, Einführung in die Politische Wissenschaft, Köln und Opladen 1965, S. 272.

91 Martin Drath, a. a. O., S. XXXI.

Gemeinschaftsbräuchen verschmolzen hatte, „daß er von den Machtadressaten nicht mehr als solcher empfunden wurde und keinen Widerstand hervorrief“.[92] Dies ist die Logik von Ideologen der herrschenden Klasse: nur der Widerstand der Unterdrückten gegen die Ausbeuter zwinge die Unterdrücker und die Ausbeuter, „totale“ Gewalt anzuwenden, „an sich“ seien sie demokratisch, höchstens ein wenig autoritär! Damit war selbst innerhalb der von den bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Ideologen beeinflußten Kreise keine Wirksamkeit zu erzielen, allenfalls besaßen solche Versuche eine Funktion für die kontinuierliche Fortführung der Totalitarismus-Doktrin in ihrer herkömmlichen antikommunistischen Variation im Bereich der plumpen (deshalb jedoch nicht weniger gefährlichen!) Massenpropaganda.[93]

Wandlungen im Kräfteverhältnis und „Wandlungen“ der bürgerlichen Faschismus-Theorien

Die bedeutende Zäsur, die mit dem Übergang von der zweiten zur dritten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus gegeben ist und die auf deutschem Boden vor allem ihren Ausdruck am 13. August 1961 fand, führte im Bereich der Geschichtsschreibung über den Faschismus, die Soziologie und Politologie zu drei wesentlichen Erscheinungen:

erstens zu einem „Neuansatz“ der bürgerlichen Auffassungen über den Faschismus und zu ihrer Konzentration im Rahmen einer direkten Faschismus-Theorie (vor allem durch Ernst Nolte[94], aber auch durch Iring Fetscher[95], Wolfgang Sauer[96] und andere mehr), die eine Verschärfung des antikommunistischen Grundzuges der Totalitarismus-Doktrin mit einer scheinbaren Absage an sie verband;

zweitens zu einer bemerkenswerten Vervielfachung konkreter historischer Untersuchungen, in denen nachgewiesen werden sollte, daß der Faschismus aus dem Schema des „Totalitarismus“ ausgeklammert werden müsse, und

drittens zu einer Abkehr einiger bürgerlich-demokratischer, progressiver Historiker von den imperialistischen Auffassungen, die in einer Reihe von Fällen zu demokratischen und marxistischen Thesen gelangten und diese vertiefen halfen.

Rechtfertigung eines „epochegestaltenden Prinzips“

Die erste der genannten Erscheinungen ist eng mit dem Wirken Ernst Noltes verbunden, der lange Jahre Ordinarius in Marburg und stellvertretender Vorsitzender des reaktionären Hochschulbundes „Freiheit der Wissenschaft“ war und jetzt in Westberlin lehrt. In scheinbarer Modifikation und Ablehnung der Totalitarismus-Doktrin konstruierte er aus der These von der „Wesensgleichheit“ zwischen Faschismus und Sozialismus die These, daß zwischen beiden ein kausaler Zusammenhang bestehe. Nolte unterstellte, es hätte ohne den Marxismus, ohne die Große Sozialistische Oktoberrevolution keinen Faschismus gegeben. In diesem Sinne ist seine erste, wesentlichste Definition zu sehen: „Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im Rahmen nationaler Selbstbe-

---

92 Karl Loewenstein, Verfassungslehre, Tübingen 1959, S. 56.

93 Auf die große Verbreitung der Totalitarismus-Theorie selbst in den neuesten Lehrbüchern der BRD-Schulen weist hin: Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher, hrsg. von Reinhard Kühnl, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 203 ff.

94 Die von Nolte selbst als „Gesamtwerk“ zur „Phänomenologie des Faschismus“ bezeichnete Reihe seiner Veröffentlichungen begann mit dem Artikel: Marx und Nietzsche im Sozialismus des jungen Mussolini, in: HZ, Bd. 191 (1960), S. 249-335. Dann folgten: Der Faschismus in seiner Epoche, a. a. O.; Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, München 1966; Vierzig Jahre Theorien ..., a. a. O.; Der Faschismus Von Mussolini zu Hitler. Texte, Bilder, Dokumente. München 1968; Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen, München 1968. Das letztere ist nahezu identisch mit dem Buch von 1966, es enthält jedoch einige hinzugefügte Kapitel, erweiterte Anmerkungen sowie ein „Nachwort zum Gesamtwerk“.

95 Vgl. Iring Fetscher, Faschismus und Nationalsozialismus. Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs, in: PVS, Köln/Opladen, 3. Jg. (1962), H. 1.

96 Vgl. Wolfgang Sauer, National Socialism: Totalitarism or Fascism?, in: The American Historical Review 1967, H. 2, S. 404 ff.

hauptung und Autonomie."[97] Mit Hilfe des ahistorischen und undialektischen Mottos „Am Anfang der Rechten steht ... überall die Linke"[98] verwandelt er den Kerngedanken der Totalitarismus-Doktrin von der angeblichen Wesensgleichheit zwischen Sozialismus und Faschismus in einen Kausalzusammenhang. Dabei will Nolte den Faschismus, der „ohne die Herausforderung des Bolschewismus"[99] nicht hätte existieren können, nicht als bloßen Antikommunismus verstanden wissen. Es sei, so argumentiert er, vielmehr für den Faschismus „kennzeichnend, daß er die unzweifelhaft vorhandene, aber in ihrem Ausmaß sehr strittige Herleitung des Bolschewismus aus dem Marxismus ohne alle Abstriche für zwingend hält und daher stets allem anderen zuvor ein Antimarxismus sein will".[100]

Ähnlich war kurze Zeit vor Nolte bereits Gustav Adolf Rein vorgegangen, der den Faschismus als notwendigen „Antibolschewismus" zu rechtfertigen versuchte und historische Parallelen nützbar machen wollte. Er erklärte, Bonapartismus und Faschismus seien „Kinder der europäischen Revolutionen. Vor 1789 und vor 1917 konnte es diese beiden historischen Phänomene nicht geben. Wie der Bonapartismus der ersten Phase der Revolution, der bürgerlich-liberalen zugehört, so ist der Faschismus mit der zweiten Phase, der proletarisch-sozialen Revolution verbunden." Hitler erschien bei diesem erzkonservativen Historiker als der „Anti-Lenin mit leninschen Zügen".[101]

Sowohl Nolte als auch Rein können jedoch nicht als die „Entdecker" solcher Weisheiten bezeichnet werden. Auf dem Kieler Parteitag der SPD im Jahre 1927 hatte schon Arthur Crispien erklärt, daß die faschistische Pest dort am ärgsten wüten könne, „wo die Arbeiter über ihre Kraft hinaus vorgestoßen sind".[102] Und vorher schon hatte Clara Zetkin die gleichen Auffassungen rechter Sozialdemokraten treffend entlarvt, als sie in ihrer Rede vor der Konferenz des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ausführte: „Für sie ist der Faszismus nichts als Terror, Gewalt, und zwar bourgeoiser Reflex der Gewalt, die von seiten des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft ausgegangen ist oder die ihr angedroht wird. Für die Herren Reformisten spielt die Russische Revolution dieselbe Rolle wie für die Bibelgläubigen der Apfelbiß im Paradies ... Als ob kein imperialistischer Raubkrieg gewesen wäre und keine Klassendiktatur der Bourgeoisie existierte!"[103] Clara Zetkin zitierte wiederholt den Austromarxisten Otto Bauer, hinter dessen Auffassung der „... reformistische Glaube an die Stärke, die Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Ordnung, der bürgerlichen Klassenherrschaft und das Mißtrauen, der Kleinmut gegenüber dem Proletariat als bewußtem, unwiderstehlichem Faktor der Weltrevolution"[104] stecke. Solche Theorien mußten bei der Abwehr der

---

97 Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, a. a. O., S. 51. Diese Definition ist im zweiten Buch: Die faschistischen Bewegungen, a. a. O., S. 64 ff. fortgeführt worden. Dort wurden sechs Charakterzüge des Faschismus formuliert:
„1. Der Faschismus entstand auf dem Boden der bis dahin schwersten Krise des liberalen Systems, die jedoch nicht aus einer Niederlage, sondern aus einem hyperbolischen Sieg hervorging ...
2. Der Faschismus war unmittelbar aus dem Kriege geboren und in seiner frühesten Erscheinungsform nichts anderes als eine Vereinigung von Kriegsteilnehmern zur Verteidigung des Sinnes *dieses* Krieges gegen eine weitverbreitete Verneinung ...
3. Zum Bürgertum stand der Faschismus in dem merkwürdigen Verhältnis einer nichtidentischen Identität. Er machte sich zum Vorkämpfer der bürgerlichen Hauptintention: der Bekämpfung des marxistischen Revolutionsversuches gegen die bürgerliche Gesellschaft im ganzen. Aber er unternahm diese Bekämpfung mit Methoden und mit Kräften, die den bürgerlichen Denk- und Lebenstraditionen fremd waren ...
4. Der Faschismus weist eine eigentümliche Nähe zum Gegner auf ...
5. Der längst bekannte Nationalismus wird vom Faschismus übernommen und zu einem praktischen Höhepunkt geführt ...
6. Die Tendenz zur Ideologie ist auch im frühen italienischen Faschismus schon erkennbar..."

98 Ernst Nolte, Konservatismus und Nationalsozialismus. in: ZfP, 11. Jg. (1964), H. 1, S. 7.

99 Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen, a. a. O., S. 11.

100 Ebenda.

101 Gustav Adolf Rein, Bonapartismus und Faschismus in der deutschen Geschichte, Göttingen (1962), S. 1 und 30 f.

102 Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 238.

103 Clara Zetkin, a. a. O., S. 690 f.

104 Ebenda, S. 692. Weiter heißt es dort bei ihr: „Die Reformisten sehen im Faszismus den Ausdruck der Unerschütterlichkeit, der alles übertreffenden Kraft und Stärke der bourgeoisen Klassenherrschaft, der das Proletariat nicht gewachsen ist, gegen die den Kampf aufnehmen, vermessen und vergeblich ist. Es bleibt ihm so nichts anderes übrig als still und bescheiden zur Seite zu treten, den Tiger oder Löwen der bürgerlichen Klassenherrschaft ja nicht

faschistischen Bestrebungen desorientierend wirken; sie werden heute wieder aufgegriffen, um den engen Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart mit neu aufgeputzten, im Wesen aber alten Mitteln und Methoden zu vertuschen.

Das Methodensystem, das Ernst Nolte verwendete und Rückschlüsse auf seine Ausbildungszeit bei Heidegger erlaubt, gab seiner Faschismus-Theorie ein eigenes Gesicht. Sich auf Augusto del Noce und dessen Forderung stützend, im Faschismus „heute nicht mehr das Objekt einer Polemik, sondern des historischen Urteils“[105] zu sehen und eine „objektive“, d. h. weder faschistische noch antifaschistische Einschätzung anstrebend, glaubte Nolte, seine „phänomenologische“ Methode entwickeln zu können. Das „Phänomen“ Faschismus sei tot und daher der „objektiven“ Analyse zugängig. An die Stelle von Polemik müsse das historische Urteil treten. Historisch sei aber nur zu urteilen, wenn man vom Verständnis der Phänomene (= Erscheinungen, für die ein Selbstverständnis konstitutiv ist) ausgehe, „wie sie sich von sich aus darstellen“. Bewußt setzt er diese „phänomenologische Methode“ dem entgegen, was er die Methoden „einer bloß konstatierenden Beschreibung von Vorgängen wie einer von außen kommenden Kritik“ nennt.[106] So wird von ihm die nur teilweise mit Kritik verbundene Reproduktion und Rechtfertigung faschistischer Ideen philosophisch verbrämt. Praktisches Anliegen ist es jedoch, den Faschismus „zu Wort kommen zu lassen ohne voreilige Kritik und fern von solchen Konstruktionen, die eifervoll und engherzig, lediglich Belegstellen zu sammeln erpicht sind“. Zu Wort kommen aber hauptsächlich die faschistischen Führer, was wiederum damit gerechtfertigt wird, daß in „der Führerbewegung“ nur der „Führer verbindliche Aussagen machen“ konnte.[107]

Obwohl Nolte es nicht direkt ausspricht, so zielt er doch mit seinen Vorwürfen von „voreiliger Kritik“ und ähnlichem auf die Verurteilung des Faschismus durch das Internationale Militärtribunal von Nürnberg, auf die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft, auf alle, denen es zu wenig ist, nur *über* und nicht zugleich auch *gegen* den Faschismus zu forschen und zu schreiben. Solche parteiliche, engagierte Wissenschaft lehnt er grundsätzlich ab und diffamiert sie als „binnenpolitisch“ und „singularisierend“. Nur eine „transpolitische“ (genauer gesagt: eine ahistorische) Faschismus-Theorie könne „generalisierend“ sein und der Gefahr politischer Abhängigkeit entgehen.[108] Daher geht Nolte über seine erste Definition noch hinaus und ergänzt sie dadurch, daß er den Faschismus als zeitlosen Ausdruck der menschlichen Natur überhaupt, als einen Urwesenszug der Politik aller Zeiten und damit als „Todeskampf der souveränen, kriegerischen, in sich antagonistischen Gruppe“ bezeichnet. Aber damit läßt er es noch nicht gut sein. Auf der dritten Ebene, die „am schwierigsten zu erreichen und die die fundamentalste ist“, sei Faschismus noch „Widerstand gegen die praktische Transzendenz[109] und Kampf gegen die theoretische Transzendenz in einem“.[110]

Auf diesen nur scheinbar versponnenen und apolitischen Grundlagen gelangte Nolte zur Bewertung des Faschismus als eines „epochegestaltenden Prinzips“. Prononciert stellt er das dem Epochegedanken des Marxismus-Leninismus entgegen. Sogar der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wird dafür bemüht: angeblich enthielt er das „... fundamentale Eingeständnis, daß nicht die

---

durch den Kampf für seine Befreiung, für seine Diktatur zu reizen, kurz, auf Gegenwart und Zukunft zu verzichten und geduldig abzuwarten, ob man auf dem Wege der Demokratie und Reform ein Weniges vorwärts kommen könne.“

105 Augusto del Noce, Ideen zur Interpretation des Faschismus, in: Theorien über den Faschismus, a. a. O., S. 416.

106 Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, a. a. O., S. 53.

107 Ebenda, S. 54 f.

108 Axel Kuhn, Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft, Hamburg 1973, S. 30, meinte ironisch zum Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft bei Nolte: „Was ihm in seiner Erdenferne aber entgeht, ist die Tatsache, daß er den politischen Standort, von dem er aufgestiegen ist, nicht überwunden, sondern bloß aus den Augen verloren hat.“

109 Der Begriff der Transzendenz wird von Nolte in sehr diffuser und schillernder Weise verwendet. Er versteht darunter nicht allgemein das Jenseitige, sondern praktische Transzendenz ist bei ihm die Fähigkeit, „über das Vorhandene hinwegzugreifen ... und damit am Seienden Kritik“ zu üben, d. h., im weitesten Sinne bereit zur Veränderung der Gesellschaft, ja sogar der Revolution zu sein. Theoretische Transzendenz sei das Vermögen zur Kritik der Gesellschaft. Für Nolte macht die Transzendenz zugleich das Wesen des Menschen aus. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche ..., a. a. O., S. 518.

110 Ebenda, S. 544.

proletarische Revolution die neuartigste, alle übrigen Mächte zur Stellungnahme zwingende Kraft der Epoche war, sondern der Faschismus".[111] Der Faschismus selbst wird hauptsächlich aus geistesgeschichtlichen Ursachen sowie aus der Krise des Liberalismus abgeleitet; der Klassenkampf und die historische Mission der Arbeiterklasse, gegen die sich ja der Faschismus primär richtete, werden geleugnet. Soziale Fragen wirft Nolte nur auf, wenn es um die Massenbasis des Faschismus geht. Mit der völligen Herauslösung aus dem Klassenkampf soll versucht werden, den Faschismus von den Klassenkräften zu trennen, die für ihn die historische Verantwortung tragen.[112] Die marxistisch-leninistische Faschismus-Analyse diffamiert er als „grobschlächtige Agententheorie Dimitroffs". Das ganze mündet unter dem Tarnmantel der Option für eine liberale Gesellschaft in eine raffinierte, aber nicht undurchschaubare Apologie des Faschismus, in dessen Rechtfertigung. So verwundert es auch nicht, daß Nolte in den von ihm herausgegebenen „Theorien über den Faschismus" eine Anzahl offen faschistischer Ideologen mit ihren Gedanken erneut publiziert.[113]

Entnazifizierung des faschistischen „Führerstaates"

Auch die *zweite* der erwähnten neuen Erscheinungen in den bürgerlichen Auffassungen über den Faschismus, die mit dem Übergang zur dritten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus auftauchten, verkörpert keine wirklich neue Tendenz, sondern wiederum nur eine Modifikation vorhandener Auffassungen. In einer Vielzahl von Werken der bürgerlichen einschließlich der rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung zu konkreten historischen Themen wird der Faschismus aus dem Totalitarismus-Schema auszuklammern versucht, wodurch dessen antikommunistische Stoßrichtung – speziell gerichtet gegen die klassenmäßige Analyse des Faschismus durch die marxistisch-leninistischen Historiker – noch wirksamer werden soll, da man nunmehr das „Totalitäre" ausschließlich auf den Sozialismus und die kommunistische Weltbewegung zu beziehen trachtet.[114]

Nach der Welle der offenen Rechtfertigungs- und Rehabilitierungsliteratur, die weit bis in die 50er Jahre die BRD überschwemmte[115], dominieren in letzter Zeit Werke, in denen die Geschichte der faschistischen Diktatur in die Kontinuitätslinie der Machtausübung des deutschen Imperialismus einzuordnen versucht wurde. Dabei schoben sich folgende Thesen in den Vordergrund:

1. Das „Dritte Reich" sei grundsätzlich kein totalitärer Staat gewesen. Der Begriff „totalitär" wird mit Hilfe eines einfachen Tricks nur insofern auf den Faschismus angewendet, als er lediglich die „monolithische" Machtausübung gemeint haben solle. Dieser Gedanke durchzieht vor allem das 1969 erschienene Buch „Der Staat Hitlers" von Martin Broszat. Hier heißt es u. a., die neuere Spezialliteratur habe „manche älteren, allzu einfachen Begriffe von der Natur, Entwicklung und Wirkungsweise des Hitler-Regimes nachdrücklich in Frage gestellt, namentlich die Vorstellung eines monolithischen Machtsystems, eines machiavellistisch durchrationalisierten Superstaates, wie sie verschiedentlich von politikwissenschaftlicher Seite unter dem Oberbegriff des Totalitarismus... suggeriert worden ist".[116] Broszat bemüht sich in seiner Darstellung, alle „hierarchisch-

111 Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen, a. a. O., S. 123.

112 Das zeigt sich auch in seiner Auseinandersetzung mit Seymour Martin Lipset, Der „Faschismus", die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg. (1959), S. 401-444. Lipset war von dem objektivistischen Gedanken ausgegangen, daß es sowohl demokratische als auch extremistische Bewegungen der „Oberklasse", der „Mittelklasse" und der „Unterklasse" gäbe und nur der Extremismus der Mittelklasse als Faschismus bezeichnet werden dürfe. Dagegen polemisiert Nolte: „Es läge näher, verschiedene Erscheinungsformen oder Phasen des Faschismus zu unterscheiden, die jeweils in stärkerem Maße von einem bestimmten Extremismus der Ober-, Mittel- oder Unterschicht geprägt wären, und damit würde ebenso die differenzierte Einheit des Phänomens wie sein relativ klassenloser (oder besser allklassenmäßiger) Charakter in den Blick kommen." Vierzig Jahre Theorien ..., a. a. O., S. 70. – Der Schritt von dieser Position zu dem von Jürgen Habermas 1967 geprägten Begriff des „Linksfaschismus" ist nicht sehr groß!

113 So z. B. Giovanni Gentile, Benito Mussolini und Joseph Goebbels.

114 Vgl. zu den allgemeinen Fragen der Geschichtsschreibung in der BRD und ihren Entwicklungstendenzen seit 1961: Gerhard Lozek, Neueste Tendenzen in der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung und -ideologie (Eine informatorische Analyse, in: Einheit, Berlin, 25. Jg. (1970), H. 10, S. 1334 ff.; ders., Bürgerliche Geschichtsauffassung in der Krise. in: Ebenda, 28. Jg. (1973), H. 4, S. 408 ff.

115 Unbewältigte Vergangenheit, a. a. O., S. 202 f.

116 Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Entwicklung (München 1969), S. 9.

monolithischen“ Elemente des faschistischen Regimes anzuzweifeln und an ihrer Stelle die „polykratisch-anarchistischen“ Faktoren als von zentraler Bedeutung auszugeben.
Andere Autoren sprechen sogar von „chaotischen Führungsstrukturen“, die ihre Grundlagen bereits in der gleichartigen Entwicklung der inneren Verhältnisse der Nazipartei vor 1933 besessen hätten.[117] Das faschistische Regime sei durch seine „Systemlosigkeit, Improvisation und Uneinheitlichkeit“ charakterisiert.[118] Es sei daher nicht mehr möglich, den Begriff des Staates anzuwenden, man müsse von einem „Führerstaat“ beziehungsweise vom „Prozeß der ‚Entstaatlichung‘ des öffentlichen Lebens“ sprechen, in dessen Verlauf sich „außerstaatliche Exekutivorgane“ gebildet hätten, die lediglich und „von vornherein auf Hitlers politische Pläne und Methoden“ orientiert gewesen wären.[119] Das nationalsozialistische Herrschaftssystem habe sich überhaupt nur „in Fahrt“ halten lassen durch den „ungebundenen Machttrieb seiner rivalisierenden partikularen Funktionsträger.[120] In den Chor jener, die sich derart bemühten, mit Hilfe „strukturgeschichtlicher“ Darstellungen das faschistische Herrschaftssystem zu rehabilitieren, konnten sich auch die extrem reaktionären und konservativen Ideologen einreihen, weil es zu ihren Auffassungen keine prinzipiellen Unterschiede gab. In einer Annotation des Buches von Reinhard Bollmus[121] erklärte Armin Mohler, seines Zeichens Adenauer-Preisträger, daß der Autor einen „lehrreichen Einblick“ in das gebe, was man 1933 bis 1945 „... in ironischem Jargon die ‚NS-Kampfspiele‘ nannte: das wenig verhüllte Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen, in Konkurrenz zueinander stehenden ‚Apparate‘ innerhalb der NS-Bewegung ... Dem aufmerksamen und unvoreingenommenen Beobachter bot sich schon damals (!, M. W.) das überraschende Bild einer teilweise ‚freien Konkurrenz‘, und für den nicht an diesem Machtkampf Beteiligten bot sich in dem Spiel, sofern er geschickt operierte, die Möglichkeit zur Schaffung begrenzten Freiheitsraumes. Allmählich beginnt sich die Wissenschaft dieser komplizierten Struktur des Dritten Reiches klar zu werden, nachdem ... das primitive monolithische Bild dieses Regimes (etwa in der Art von Kogon) durch den Aufweis einer pluralistischen Struktur des Dritten Reiches ersetzt“ worden ist.[122]
So wie sich die Monopolbourgeoisie der BRD in den letzten Jahren insgesamt genötigt sah, auf die Theorie vom „Pluralismus“ und von der „pluralistischen Demokratie“ zurückzukommen und zu betonen, daß es für den imperialistischen Staat „zum Pluralismus keine Alternativen“[123] gäbe, entwickelten die bürgerlichen Faschismustheoretiker auch ein neues, vom „Pluralismus“ gekennzeichnetes Bild von der Geschichte der Diktatur des Hitlerfaschismus. Das faschistische Herrschaftssystem wurde „aufgelöst“ in einen mehr oder weniger als „normal“ zu betrachtenden Rahmen von Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen und Verbänden. Als spezifisches Merkmal werden lediglich die Methoden des Machtapparates beziehungsweise der Person Hitlers zur „Schlichtung“ der Konflikte betrachtet, wodurch der imperialistische Staat selbst in seiner faschistischen Gestalt nicht als Instrument der herrschenden Klasse, sondern als angeblich überparteiliche Institution darzustellen versucht wird. Die Übernahme von Elementen der „Pluralismus“-Konzeption in die bürgerliche Faschismus-Theorie widerspiegelte ganz deutlich sowohl das Scheitern jener Konzeption, die eine Stabilisierung des imperialistischen Systems mit Hilfe von konservativ-autoritären Mitteln unter dem Leitbild einer „formierten Gesellschaft“ vorsah, als auch den beginnenden Übergang eines wachsenden Teils der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu den vor allem von der SPD[124] propa-

---

117 Führerbefehl ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumente und Analysen. Hrsg. Albrecht Tyrell, Düsseldorf 1969, S. 9.

118 Martin Broszat, a. a. O.

119 Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, Olten-Freiburg 1965, S. 21 f.

120 Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Parteigefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 212.

121 Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970.

122 HPB, XIX. Jg. (1971), h. 8, S. 244 f.

123 Die Welt, Hamburg, 20.3.1972, zit. in: Anneliese Werner, Neue Tendenzen in den imperialistischen Pluralismus-Konzeptionen, in: IPW-Berichte, 1. Jg. (1972), H. 6, S. 23.

124 Auf die geistige Verwandtschaft der reformistischen und der imperialistischen Vertreter der Pluralismus-Konzeption weist hin: Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Berlin 1971, S. 199 ff. und S. 481.

gierten Thesen, nach denen eine Systemstabilisierung vorwiegend mittels bürgerlicher Reformen unter Ausnutzung parlamentarischer Formen der Machtausübung effektiver sein soll.

2. Zwischen dem Staat und der Nazipartei soll im Rahmen der faschistischen Diktatur ein „prinzipieller Antagonismus“[125] bestanden haben. Für diese Auffassung sind vor allem die Arbeiten von Hans Mommsen[126] und Hans-Adolf Jacobsen[127] repräsentativ. In ihnen widerspiegelt sich das ideologische Interesse der Monopolbourgeoisie an ihrem wichtigsten Herrschaftsinstrument, dem Staat. Das Bedürfnis nach einer ungebrochenen „deutschen Staatstradition“ führte zur Eingliederung selbst der faschistischen Herrschaftsperiode in die konstruierte geschichtliche Kontinuitätslinie.[128] Aus dem Klassenkampf wird ein Kampf zwischen „staatstragenden“ und „staatszerstörenden“ Kräften, wobei die faschistische. Diktatur von den Gegensätzen zwischen beiden, d. h. zwischen „Staat und Partei“ zerrissen worden sei und nur als „Karikatur“ eines totalitären Staates aufgefaßt werden könne.[129] Diesen etatistischen Gedanken zufolge ist es nicht schwierig, den Kreis der „staatszerstörerischen“ Kräfte sehr stark einzuengen, ihn auf Hitler und einige Personen seiner näheren Umgebung zu reduzieren. Das bedeutet wiederum, daß alle anderen für den Faschismus verantwortlichen Kräfte, die großen Monopole, die Wehrmachtsführung, der Beamtenapparat und sogar Teile der Nazihierarchie, in einem „positiven“ Licht gezeichnet werden können, ein Vorgang, der nicht ohne Berechtigung als „Entteufelung des Dritten Reiches“ charakterisiert worden ist.[130] Mommsen sieht speziell im Beamtentum den „Bewährer der staatlichen Substanz“ und konstruiert eine „Unvereinbarkeit preußischer Staatstradition und nationalsozialistischen Herrschaftsstils“. Das „a-staatliche Denken Hitlers“ und „das „ständige Ummodeln der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen“ habe zum Niedergang der staatlichen Ordnung geführt.[131]
   Mit diesen Konstruktionen wurde in der Geschichtsschreibung der BRD Abstand von der Literatur genommen, die nach 1945 den faschistischen Staat als eine diskontinuierliche Erscheinung wertete und dies auch mit einer relativ weitgehenden Kritik an ihm verband. Nunmehr richtet sich die „antifaschistische“ Kritik lediglich an die Adresse der Nazipartei beziehungsweise ihrer Führer. Demagogisch wird die Tatsache ausgenutzt, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus im faschistischen Deutschland nicht nur durch die enge Verbindung von Monopolbourgeoisie und Staatsapparat charakterisiert, sondern auch mit der faschistischen Nazipartei koordiniert war. Die Partei Hitlers einschließlich ihrer Gliederungen hatte im faschistischen Herrschaftssystem des deutschen Imperialismus eine politische Monopolstellung erhalten und war zum entscheidenden und alleinigen Instrument der Massenbeeinflussung und -unterdrückung durch die herrschende Klasse geworden. Es war ein folgerichtiger Prozeß, wenn die Nazipartei ihre Grenzen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch im Laufe der Entwicklung immer weiter stecken mußte, was nicht ohne Spannungen und Auseinandersetzungen innerhalb des gesamten, von seinen objektiven Widersprüchen ja keineswegs befreiten staatmonopolistischen Herrschaftsmechanismus erfolgen konnte.[132] Die Kompetenzschwie-

---

125 Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner Staatsverwaltung, München 1969, S. 27. Interessanterweise läßt sich die Idee dieses „Antagonismus“ auch auf einen frühen sozialdemokratischen Theoretiker zurückführen, Hermann Heller wollte schon 1929 einen organisatorischen Dualismus von Partei und Staat im faschistischen Italien feststellen und prägte dafür den Begriff „gespaltener Staat“. Hermann Heller, Europa und der Fascismus, Berlin, Leipzig 1929, S. 101.

126 Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966.

127 Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M. 1968. – Hier konstruiert J. einen Dualismus zwischen den von ihm als staatszersetzend charakterisierten „nichtstaatlichen Dienststellen der NSDAP“ und den „bewußten Staatsdienern“ im Auswärtigen Amt. Die Aggressivität der faschistischen Außenpolitik sei Ergebnis der Partei-Dienststellen gewesen!

128 Vgl. Gerhard Lozek und Georg Walter, Vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik. Zur positiven Umwertung des faschistischen Staates in der westdeutschen Historiographie, in: ZfG, XVI. Jg. (1968), H. 10, S. 1253 ff.

129 Hans Mommsen, a. a. O., S. 23; Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, in: Der Spiegel, Hamburg, 10.10.1966 bis 6.3.1967.

130 Hans Mommsen, Entteufelung des Dritten Reiches? Ein Nachwort zur SS-Serie, in: Der Spiegel, Hamburg, 6.3.1967.

131 Hans Mommsen, Beamtentum ..., a. a. O., S. 86 und 121.

132 Vgl. Manfred Weißbecker, NSDAP, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II, Leipzig 1970, S. 421.

rigkeiten, die es ganz sicher zwischen den einzelnen Teilen im Machtapparat der faschistischen Herrschaft des deutschen Imperialismus gegeben hat, dürfen nicht aufgebauscht und als das Wesentliche hingestellt werden. Letztlich war doch das Zusammenspiel aller einzelnen Teile durch die gleiche Klassenfunktion bestimmt, nicht aber – wie gerade fälschlich behauptet wird – durch die Gegensätze zwischen ihnen.

3. Gleich mehrere neue Stufen erlebte im Rahmen der imperialistischen Geschichtsschreibung während der 60er und zu Beginn der 70er Jahre die subjektivistische These von der Alleinschuld Hitlers. Es ist hier nicht möglich, selbst nur einen Bruchteil aller Äußerungen und Variationen dieser These anzuführen. Ernst Nolte war es wiederum, der für die neue Blütezeit des alten Hitler-Kultes ideologisch-theoretische Rechtfertigungen zu liefern versuchte, als er sich mit der Kritik an seiner These vom Tode Hitlers und vom gleichzeitigen „Ende" des Faschismus im Jahre 195 auseinandersetzte: „Faschismus als Phänomen der ersten Nachkriegszeit hätte es auch ohne Hitler und sogar ohne Mussolini gegeben, aber der nationalsozialistische Radikalfaschismus ist ohne Hitler kaum vorstellbar, mit so viel Konsequenz er sich auch aus der Verlängerung bestimmter Linien ergab. Dieser Radikalfaschismus und indirekt der europäische Nationalfaschismus sind heute unmöglich, weil die Situation der Welt im ganzen eine andere ist, und sie ist in erster Linie durch Hitlers Taten und deren Gegenwirkung eine andere geworden."[133] Nolte nimmt im ersten der hier zitierten Sätze nur scheinbar Abstand von seiner These, die er jedoch anschließend mit anderen Begriffen seiner Typologie des Faschismus (Frühfaschismus, Normalfaschismus, Radikalfaschismus) sowie mit der alles umfassenden Bezeichnung „europäische Nationalfaschismen" erneut ins Spiel bringt. Broszat sieht in Hitler sogar die „mediale Drehscheibe" aller Ereignisse und Prozesse![134]

   Hitler erscheint – so kann man vielleicht zusammenfassend sagen – in der Regel entweder als der Übermachiavellist, der ein geniales Spiel mit allen Kräften betrieben habe, oder als Dämon, der die Lage nicht beherrscht habe und unfähig aus Mangel an Übersicht gewesen sei. Beide Gesichtspunkte werden zudem noch oft mit der abstrusen Behauptung verbunden, Hitler stelle die Verkörperung des Volkswillens dar. All dies ist eine absolut idealistische Aufwertung eines einzigen subjektiven Faktors zur alleinigen und entscheidenden Triebkraft der Geschichte. Dabei wird völlig übersehen beziehungsweise überdeckt, daß das „Phänomen" Hitler reale und faßbare gesellschaftliche Wurzeln besitzt. Mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus verbanden sich die objektiven Tendenzen zur Negation der Demokratie, zur politischen Reaktion, mit dem Streben nach einem „starken" Staat und einem „starken" Mann. In allen imperialistischen Ländern tauchten Parteien und Bewegungen auf, die das militaristische Führer-Gefolgschafts-Prinzip auch zur Grundlage des politischen und gesellschaftlichen Lebens machen wollten und einen faschistischen Kult um die Führer ins Leben riefen. Dieser Kult um Hitler erfüllte eine ähnliche objektive Funktion wie der offene Terror, wie die nationale und soziale Demagogie und andere Elemente des faschistischen Herrschaftsmechanismus.[135] Nicht der persönliche Charakter Hitlers prägte seinen Platz in der Geschichte, sondern die Tatsache, daß er verbrecherische, menschenfeindliche und grausame Politik auf dem Boden des verbrecherischen, menschenfeindlichen und grausamen Systems des Imperialismus betreiben konnte, gleichsam als Ausgeburt des den Faschismus gebärenden Imperialismus.

4. Eng verbunden mit der Verabsolutierung der Rolle Hitlers ist der Versuch, den Irrationalismus zum bestimmenden Element der Geschichtsschreibung über die Zeit der faschistischen Diktatur zu machen. Man müsse sich damit abfinden, verkündet Broszat, daß „das nationalsozialistische Regime, in dem die Kräfte des irrationalen Aufbegehrens und des anarchischen Aktivismus konstitutive und bleibende Bedeutung erlangten, sich als Herrschaftsform überhaupt nicht theoretisch befriedigend darstellen, geschweige denn auf einen Nenner bringen läßt".[136] Am Ende seiner Untersu-

---

133 Ernst Nolte, Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichte, in: VjZg, 18. Jg. (1970), H. 1, S. 4.

134 Martin Broszat, a. a. O., S. 35.

135 Vgl. Manfred Weißbecker, Zur Herausbildung des Führerkults in der NSDAP, in: Monopole und Staat 1917-1945, Berlin 1966, S. 115-126.

136 Martin Broszat, a. a. O., S. 9 f.

chungen – und wie ist das bei einer solchen Konzeption auch anders möglich – gesteht er den Bankrott ein, denn alles entziehe sich „einer einfachen Erklärung“.[137] Der immer offener zur Schau gestellte Irrationalismus dient lediglich der imperialistischen Ideologie. Er ist geeignet, von den Lehren des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg abzulenken. Doch gerade dies kann nicht Anliegen einer Faschismus-Theorie sein, will sie sich nicht von vornherein als imperialistische Apologetik verstanden wissen.

All diese Thesen stellen grundsätzlich nichts Neues dar, sie sind im letzten Jahrzehnt nur vertieft und präzisiert worden und dominieren heute in der imperialistischen Geschichtsschreibung und -propaganda. Sie widerspiegeln in dialektischer Einheit die Verschärfung des Antikommunismus sowie die gewachsene Flexibilität der imperialistischen Ideologie und Politik. Das imperialistische und darin eingeschlossen auch das rechtssozialdemokratische Bild vom Faschismus ist ein Zerrbild, geprägt von Antikommunismus und Antisowjetismus, bestimmt zur Apologie einer untergehenden, fortschritts- und menschenfeindlichen Gesellschaftsordnung.

Weitgehend bot sich jedoch in den letzten beiden Jahren eine Erscheinung, die sowohl wegen ihres außerordentlich großen Umfangs und auch wegen ihrer Unverfrorenheit und Dummdreistigkeit Aufsehen erregte: die sogenannte Hitler-Renaissance. Neu nicht so sehr im Inhalt, neu vor allem in den Formen und im gewaltigen Ausmaß. Darüber soll im folgenden Abschnitt gesprochen werden.

„Renaissance“ eines toten Helden des Antikommunismus

Das da hätt einmal fast die Welt regiert.
Die Völker wurden seiner Herr. Jedoch
Ich wollte, daß ihr nicht schon triumphiert:
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Bertolt Brecht
Kriegsfibel. Zu einem Bild, das Hitler in großer Pose zeigt.

Hatte der Kult der Nazis um Adolf Hitler bis 1945 ein positives Vorzeichen, so bekam der nicht minder rege „Kult“ um ihn nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ein negatives. Die imperialistische Geschichtsschreibung aller Couleur hob die These von der persönlichen, ja der Alleinschuld Hitlers aufs Schild, denn damit konnte sie – bewußt oder unbewußt apologetische Ziele verfolgend – die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Geschichte und die gesellschaftlichen Zusammenhänge „umgehen“, die in der Entwicklung des Faschismus, seiner Parteien und natürlich auch seiner Führer ihren Niederschlag gefunden hatten. Es schien und scheint bürgerlichen Historikern möglich, mit einer vordergründigen personengeschichtlichen Betrachtungsweise historische Zufälle beziehungsweise unwesentliche, zweit- und drittrangige Faktoren und eben nicht die Politik der herrschenden Klasse für die imperialistische Barbaren des Faschismus verantwortlich zu machen.

In jüngster Zeit wurde Hitler wieder einmal – im Rahmen einer regelrechten „Welle“ – in den Vordergrund des Interesses gespielt und erreichte die subjektiv-idealistische bürgerliche Geschichtsschreibung, die in den „Helden“ die hauptsächlichste Triebkraft des historischen Geschehens sieht, einen neuen, beinahe absoluten Höhepunkt. Dieser entspricht in vielem aktuellen Bedürfnissen in Theorie und Propaganda, und Günter Zehm lügt, wenn er nur „allenthalben Verlegenheit und Unbehagen“ ausgelöst sehen will.[138] Die neue Welle ergoß sich durch alle Zeitungen und Zeitschriften, so daß „Die Zeit“ trotz kritischer Anmerkungen schreiben konnte, Hitler werde „wieder in seine histori-

---

137 Ebenda, S. 423. – Michael Freund, Deutschland unterm Hakenkreuz. Die Geschichte der Jahre 1933-1945, Gütersloh 1965, S. 7 f., spricht von der „Unbegreifbarkeit dieser zwölf Jahre“, die angeblich nicht deutbar wären. Der Irrationalismus wird auch deutlich, wenn z. B. Eva Reichmann, Die Lage der Juden in der Weimarer Republik, in: Die Reichskristallnacht. Der Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Bonn 1959, S. 31, zwar einige rationale Momente gelten läßt, aber doch meint, ohne den Rückgriff zu „den Urgründen der unzulänglichen menschlichen Seele“ nicht auskommen zu können. Auf diese anthropologistischen und psychologisierenden Tendenzen in der Verfälschung der Geschichte des Faschismus soll hier nicht eingegangen werden, obwohl sie ihre Wirkung gerade in den letzten Jahren wesentlich verstärken konnten und sich sehr oft unter dem Tarnmantel scheinmarxistischer Theorien verstecken.

138 Günter Zehm, Die Nazis und die Öko-Katastrophe. Was an Joachim C. Fests Hitler-Biographie aktuell ist, in: Die Welt, Hamburg, 27.10.1973.

schen Rechte eingesetzt“[139], und „Der Spiegel“ zwar abscheulich, aber nicht ohne Berechtigung frohlocken durfte, Adolf Hitler sei „in das öffentliche Bewußtsein“ der BRD-Bürger zurückgekehrt.[140] Diese Zeitschrift wählte Hitler Anfang April 1973 zum fünften Mal als Titelfigur – nicht mehr als grob gerastertes Foto wie noch 1964 – und als Gegenstand einer Serie, die auf der Grundlage von Werner Masers neuem Hitler-Buch Altes und Bekanntes aufwärmte sowie Neues aus Hitlers Privatbriefen und Eva Brauns Bilderalben anbot.[141] Publikationen antifaschistischer Autoren, die sich gegen Funktion und Wirkung der „Hitler-Renaissance“ zu stemmen versuchten[142], gingen in der Flut reaktionärer Veröffentlichungen und Aktionen völlig unter.

Einige Beispiele mögen diese Flut verdeutlichen: Hitler-Titel tauchen in fast allen Verlagsprogrammen auf, so bei Propyläen, Ullstein, Econ, Bechtle, Molden, Desch, Hauser, Schneekluth, List, Melzer, Hoffmann und Campe. Anläßlich des 40. Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland wurde in der BRD der „Völkische Beobachter“ vom 30. Januar 1933 als Faksimilenachdruck verbreitet. Romane, Filme und Fernsehserien wurden in großer Zahl produziert. Auch Theater und Schallplattenindustrie stellten sich in den Dienst der alle Ufer der Vernunft überspülenden Hitler-Welle. Zeitschriften mit Millionenauflagen veröffentlichten wochenlang Auszüge und Vorabdrucke von neuen Büchern über den Nazi-Führer, wobei sich vor allem der „Stern“ hervortat.[143] Kein Verlag wollte „zurückstehen“, so brachte Ullstein sogar eine angeblich völlig überarbeitete Ausgabe von Gerhard Boldts „Die letzten Tage des Reichskanzlers“ aus dem Jahre 1947 unter dem „passenderen“ Titel „Hitler. Die letzten 10 Tage“ heraus, das in der „Bild“-Zeitung abgedruckt und als Grundlage für den gleichnamigen Film mit Alec Guiness verwendet wurde. Der Droste-Verlag hatte schon 1972 ein Buch auf den Markt gebracht, das jedoch quellenmäßig sehr gut fundiert und von wissenschaftlichem Wert ist.[144] Die Problemstellung unterscheidet sich jedoch trotz des seriösen Gewandes nicht vom Kern der gegenwärtigen „Hitler-Welle“. Eberhard Jäckel erließ einen Aufruf, das Historische Institut der Universität Stuttgart und das Münchener Institut für Zeitgeschichte bei einer kritischen Edition aller überlieferten Äußerungen Hitlers bis 1924/25 zu unterstützen. Auch der erzreaktionäre Grabert-Verlag in Tübingen legte ein Buch von H. Stellrecht über Hitler vor, dem bescheinigt wurde, die Gestalt des Führers „unabhängig von jeder Propaganda“ sachlich und gerecht zu erfassen. Natürlich erfaßte die Welle nicht nur Hitler, sondern auch andere faschistische Führer. Der Druffel-Verlag kündigte einen „sensationellen Lebensbericht“ des englischen Faschistenführers Mosley an. Die Stuttgarter Deutsche Verlagsanstalt bereitet für 1974 die Herausgabe eines Tagebuchs von Martin Bormann vor, während amerikanische Verlage ein bisher unbekanntes Goebbels-Tagebuch veröffentlichen wollen. Zum 80. Geburtstag von Rudolf Heß, der als letzter Mann in Spandau bemitleidet wird und von dessen Verbrechen man ablenkt, erschienen gleich drei größere Werke. Seit Februar 1974 wird eine auf 52 Ausgaben berechnete Zeitschrift „Das III. Reich“ herausgegeben, die offen die faschistische Diktatur verherrlicht und sie nacherleben lassen will. Damit wird ein weiteres Mal deutlich, daß das „Interesse“ nicht in erster Linie einer Person galt, sondern dem Faschismus als einem der imperialistischen Herrschaftssysteme.[145]

Doch zunächst zu einigen Wiederbelebungsversuchen eines alten „Helden“ des Antikommunismus und des Antisowjetismus, bei denen sich mehrere Richtungen beziehungsweise Methoden erkennen

---

139 Karl-Heinz Janßen, Bleibt uns Hitler nicht erspart? Der NS-Diktator auf der Bestseller-Liste, in: Die Zeit, Hamburg, 20.7.1973.

140 Der Spiegel, Hamburg, 2.4.1973

141 Adolf Hitler: „Aufriß über meine Person“. Aus bisher unbekannten Briefen und Notizen, in: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 14 vom 2.4.1973 bis Nr. 24 vom 11.6.1973.

142 Zum Beispiel die Neuausgabe eines Buches aus dem Jahre 1961: Hitler, Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches. Eine Bild-Biographie von Robert Neumann. Unter Mitarbeit von Helga Koppel, München 1973.

143 Hitler, Eine Biographie von Joachim C. Fest, in: Der Stern, Hamburg, Nr. 28 vom 5.7.1973.

144 Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, Düsseldorf 1972.

145 Vgl. zu den letztgenannten Titeln und zur Thematik u. a.: Helmut Stellrecht, Adolf Hitler – Heil oder Unheil, Tübingen 1973; auch Deutsche Nationalzeitung, München, 5.10.1973. – Wulf Schwarzwäller, „Der Stellvertreter des Führers“. Rudolf Heß. Der Mann in Spandau, Wien-München-Zürich 1974; Eugene K. Bird, Heß, München 1974; James Douglas-Hamilton, Geheimflug nach England. Der „Friedensbote“ Rudolf Heß und seine Hintermänner, Düsseldorf 1974.

lassen. Der wesentlichste Versuch, den ehemaligen Führer des faschistischen Deutschlands zu rehabilitieren, besteht in der „Teilung“ Hitlers in einen bösen *und* guten Menschen. Dabei tritt der grausame und unmenschliche Hitler immer mehr in den Hintergrund, die Bühne wird beherrscht von der endlich „gerechten“ Darstellung des „einfachen“, „umgänglichen“, „charmanten“ und des „tragisch-triebhaft veranlagten“ Hitlers. Auch vor der Verklärung als „friedliebender“ Hitler wird nicht mehr zurückgeschreckt.[146] Verbunden ist diese Methode in der Regel mit gewissen Distanzierungen, wobei Hitler durchaus große historische Leistungen zugestanden, diese aber als „negative Größe“ dargestellt werden. Andere Autoren bedienen sich der Psychopathologie. Das neueste Werk dieser Richtung stammt von dem amerikanischen Psychologen Walter C. Langer.[147] Nach seiner Auffassung wohnten in Hitlers Brust zwei Seelen, die eine „überaus zart, sentimental und willenlos“ und darauf angewiesen, daß man „sie zerstreut, liebt und für sie sorgt“, die andere „hart, grausam und energisch“. Langer führt all das im Freudschen Sinne auf den Ödipus-Komplex und dergleichen zurück.[148]

Der Schriftsteller Walter Kempowski lieferte einen speziellen Beitrag zur Hitler-Welle, indem er Ergebnisse einer Befragung von 300 Bundesbürgern veröffentlichte. Die Antworten sollen den Abstand verdeutlichen, den heute die Menschen der BRD von Hitler gewonnen haben, wobei Kempowski das „bürgerliche Denken“ in den Vordergrund rückt. So besagen denn auch einige der Antworten Typisches für die Vergangenheit wie auch für die Gegenwart der Bundesrepublik. „... ein feiner Mann, dieser Hitler, ich akzeptier’ ihn heute noch!“ oder: „Als er unsere Front abschritt, waren wir durchrieselt von heiligen Schauern, daß man dem geliebten Führer gegenüberstehen durfte ...“ und: „Meiner Tante, die als Mädchen bei einem Jubelempfang spontan die Absperrung durchbrechen mußte, hat er die Wange getätschelt, worauf sie sich wochenlang die Wange nicht mehr waschen wollte.“ Kempowski kennt die Grenzen seiner Frage-Aktion im demoskopischen Sinne. Die inhaltlichen Schranken sieht er darin, nicht das „Rätsel“ lösen zu können, „ob Hitler nun ein Dämon gewesen sei oder ein Gott. Ob wahnsinnig oder böse, idealistisch oder verblendet?“ Damit steht der Autor jedoch am Rande der durch die Ideologen der Hitler-Welle gestellten neuen Fragen und Orientierungen für die Irreführung der Massen.

Obwohl für das neue Buch von Werner Maser mit beträchtlichem Aufwand geworben worden ist, besitzt es ebenfalls kaum einen wissenschaftlichen Wert. Der Autor versprach Dokumente von „ungewöhnlicher Bedeutung“ und „Überraschungen“. Neben bekannten Dokumenten (z. B. die Testamente und Briefe an Papen, Hindenburg und Meißner) stehen belanglose, dafür aber zeilen-, buchstaben- und fehlergetreu reproduzierte Postkarten, Dankschreiben, Briefe aus der Jugendzeit sowie aus den Jahren des ersten Weltkrieges. Selbst die Kriegsbriefe tragen nur den Charakter von Informationen über den Ablauf seines Dienstes und der militärischen Einsätze. Da, wo jedoch einmal eine der seltenen politisch-weltanschaulichen Bemerkungen Hitlers auftaucht – übrigens völlig zusammenhanglos und schwer verständlich –, verzichtet Maser auf Problemstellung und Interpretation. Die Weltanschauung Hitlers wird wieder einmal ausschließlich auf den Antisemitismus reduziert, wobei neue Zäsuren in der Genesis von Hitlers Auffassungen angedeutet sind. Zu wissenschaftlichen Analysen kann sich Maser nicht aufschwingen, er klebt am Detail, ohne jedoch wenigstens hier wissenschaftliche Akribie vorweisen zu können.[149] Die lapidare, um nicht zu sagen primitive Frage nach Hitlers Gedanken, wenn er nicht die Absicht hatte, „seine Umwelt zu beeinflussen“, führt zwangsläufig zu einer mehr als naiven

---

146 Dabei wird hauptsächlich Polen vorgeworfen, 1939 nicht das „großzügige Angebot Hitlers angenommen und damit den zweiten Weltkrieg verursacht“ zu haben. Dies ist auch die These von Joachim C. Fest.

147 Walter C. Langer, Das Adolf-Hitler-Psychogramm. Eine Analyse seiner Person und seines Verhaltens, verfaßt 1943 für die psychologische Kriegführung der USA. Mit einem Vorwort von Friedrich Hacker, Wien/München/Zürich 1972. Auf S. 37 schreibt Langer aus der Sicht des gegenwärtigen Imperialismus: „Wäre eine solche Studie Hitlers schon Jahre früher erarbeitet worden – unter geringerem Druck und mit mehr Gelegenheit, Informationen aus erster Hand zu bekommen –, so hätte es vielleicht kein München gegeben. Eine entsprechende Studie Stalins hätte vielleicht in Jalta ganz andere Ergebnisse erbracht. Eine Analyse Castros hätte beigetragen, den Konflikt mit Kuba zu vermeiden ...“

148 Vgl. dazu auch D. Mel’nikov und L. Černaja, Byl-li Gitler Gitlerom? Po povodu novogo „buma“ na zapade (War Hitler wirklich Hitler? Zu einem neuen „Boom“ im Westen), in: Literaturnaja gaseta, Moskau, Nr. 32 vom 8.8.1973.

149 Vgl. zu den letztgenannten Titeln: Walter Kempowski, Haben Sie Hitler gesehen?, in: Die Zeit, Hamburg, 16.3.1973. – Werner Maser, Hitlers Briefe und Notizen. Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten, Düsseldorf-Wien 1973, S. 7 und S. 100. – Kritik von Hellmuth Auerbach in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 4.6.1973.

Kommentierung einzelner Dokumente. Mit „Hitlers Hitler“, das heißt mit dem Bild Hitlers über sich selbst, zieht Maser gegen alle anderen Biographien zu Felde, da sie den „Führer“ nur von „außen her“ deuteten. Solche Streiterei belebt zwar das Geschäft mit dem toten Hitler – der ideologische Gewinn für imperialistische Theoretiker und Manipulatoren der öffentlichen Meinung steht jedoch aus.

Die neue Hitler-Welle erreichte in ihrer ideologie- und strategiebildenden Funktion erst den Höhepunkt, als im Herbst. 1973 die dickleibige Biographie aus der Feder von Joachim C. Fest erschien.[150] 73.000 Exemplare waren bereits vor dem Erscheinen verkauft, und im November 1973 wurde schon die vierte Auflage verbreitet. In allen westeuropäischen Sprachen sowie in japanischer, türkischer und serbokroatischer Übersetzung lag das Buch schon vor Ablauf des Jahres 1973 vor, andere Verlage der westlichen Welt haben Rechte erworben. Die Presse der BRD verfiel in eine eigenartige Ekstase und jubelte „Jetzt ist Hitlers Leben wirklich entschlüsselt“[151], „Ein Standardwerk von Rang“[152], „Eine Biographie als das Psychogramm einer Epoche“[153] und „Diese Biographie deutet und erklärt, was der Welt bis heute unerklärlich geblieben ist.“[154] Der Autor konnte von vornherein mit einer großen Aufmerksamkeit rechnen, da sein Buch „Das Gesicht des Dritten Reiches“ Anerkennung gefunden hatte[155], da er zur Zeit seiner Tätigkeit als Moderator der Fernsehsendung „Panorama“ um eine kritische Distanz zur Politik der damaligen Bonner Regierung bemüht war.

Nach 25 Jahren vorwiegend „moralischer Betrachtung“ des Themas Hitler müsse er nun endlich „die Fragen stellen, die hinter den moralischen Fragen beginnen“. Damit wendet sich Fest nicht nur gegen die triviale Rechtfertigungs- und Erinnerungsliteratur, die tatsächlich für lange Zeit den westdeutschen Büchermarkt nach 1945 beherrscht hat, damit diskreditiert er vor allem die marxistisch-leninistische und die progressive Geschichtswissenschaft, die das Wesen des Faschismus, seine imperialistischen Wurzeln und die historische Verantwortung der faschistischen Führer klargestellt hat. Es ist kein Zufall, daß Fest nur sehr wenige Seiten seines umfangreichen Produktes dafür verwendet, die faschistische Gewalt, den Terror und die blutige Ausrottungspolitik Hitlers streiflichtartig zu beschreiben; er bewegt sich lieber in Regionen jenseits solcher einfachen „moralischen“ Bewertungen des Faschismus und seiner Führer. Fest erdreistet sich sogar zu behaupten, seit dreißig Jahren gebe es nur eine „Verdrängung Hitlers“, die sogar „hysterische“ Züge aufgewiesen habe. In einem Interview erläuterte er, der bisherige „Affekt, auch der ethische“ besitze „wenig Erkenntniswert“ und biete „keine Sicherungen gegen Gefahren, wie sie in der Erscheinung Hitlers anschaulich wurden“. Dies wird prononciert gegen die marxistisch-leninistische Analysen des Faschismus gerichtet: „Ich isoliere Hitler ... weder von der Zeit noch von den Kräften im Hintergrund, nur kann ich nicht sehen, was die marxistische oder die linke Geschichtsschreibung behaupten: Hitler sei ein Instrument ‚des‘ Kapitals gewesen, dessen Public-Relations-Sprecher ... *Er war niemandes Instrument*, und es ist beunruhigend, zu sehen, wie *unbelehrt manche aus den Desastern der Vergangenheit kommen*.“[156] Fest kann sich natürlich nicht völlig der Beweiskraft des Materials entziehen, das über das enge Wechselverhältnis von Monopolbourgeoisie und faschistischer Partei vorgelegt worden ist, insbesondere von der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung der DDR. Er will sich jedoch bewußt entsprechenden Einsichten verschließen und greift einen von Henry Ashby Turner propagierten Gedanken auf, dem zufolge der Faschismus eine utopische Form des „Anti-Modernismus“ gewesen sein soll.[157] Die langfristigen Absichten der Nazis seien auf alles andere hinausgelaufen, nur nicht auf die Förderung eines „modernen Industriekapitalismus“, lediglich ungewollt habe Hitlers Politik gewisse modernisierende Rückwirkungen auf die Gesellschaft gehabt. Turner sieht im Faschismus eine „extreme

150 Joachim C. Fest, Hitler, a. a. O.

151 Die Welt am Sonntag, Berlin (West), 14.10.1973.

152 Hamburger Abendblatt, Hamburg, 1.10.1973.

153 Spandauer Volksblatt, Berlin (West), 26.10.1973.

154 Der Stern, Hamburg, 5.7.1973.

155 Joachim C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalen Herrschaft, München 1963; vgl. dazu auch die Rezension von Wolfgang Schumann, in: ZfG, 13. Jg. (1965), H. 3, S. 507 ff., wo von einem „in vieler Hinsicht beachtenswerten Experiment“ gesprochen wird.

156 Die Zeit, Hamburg, 12.10.1973; Hervorhebung vom Vf., M. W.

157 Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 162.

Revolte“ gegen das, was er „Modernisation“ nennt und was nichts anderes als „Industrialisierung, Verstädterung, Verweltlichung und Rationalisierung“ beinhaltet.[158] Fest macht daraus die „rückwärtsgewandte Utopie“, die den Nationalsozialismus geprägt und getragen habe.

Damit ist die politische und ideologische Zielstellung erkenn bar. Fest stößt sich an der Tatsache, daß der Einfluß der marxistisch-leninistischen Theorie auch hinsichtlich des wissenschaftlich wie politisch aktuellen Themas Faschismus ständig wächst, und er will den Eindruck erwecken, daß die Lehren des heldenhaften Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten aus allen Schichten des werktätigen Volkes keine Aktualität mehr besäßen. Um das Monopolkapital vom Makel des Faschismus entlassen zu können, mußte Fest seinen Hitler – um mit Golo Manns kritischen Worten zu sprechen – größer und weniger schlecht machen, als er war.[159] Es gehört zu Fests Intentionen, was von der Springer-Zeitung „Die Welt“ resümierend formuliert worden ist: „Man spürt nur, mehr und mehr, daß er (Hitler, M. W.) ein großer Mann war, groß im durchaus moralfreien Sinne von Macht und Wirkung, ein Täter und Revolutionär ... Heute hält man Hitler nicht mehr für den Abschaum und Abfall der Epoche, sondern für eine ihrer großen Kräfte.“[160]

Joachim C. Fest – damit die negativen Seiten seiner früheren Publikation fortsetzend und verstärkend[161] – sieht nunmehr im „Phänomen der Angst ... das umfassende und entscheidende Antriebselement sowohl der Person Hitlers als auch der faschistischen Gefolgschaften“. In seinem „Zeit“-Interview gab er auch den folgenden definitorischen Versuch von sich, der die Grundlinie seiner Arbeit bestimmt: „Der Faschismus war ganz wesentlich eine Angstreaktion auf den Umbruchs- und Übergangscharakter der Epoche. Diese Angst wird greifbar in einem äußersten, radikalen Abwehrwillen gegen die moderne Realität, gegen das Bild von Gegenwart und Zukunft überhaupt. Und diese Angst ist in der Erscheinung Hitlers auf geradezu exemplarische Weise sichtbar.“ Um Hitler sei immer die „Luft der großen Katastrophe“, seine Persönlichkeitsstruktur sei „katastrophisch“ und auf die „große Krise angelegt“ gewesen. An einer Stelle formuliert Fest: „Katastrophenzustände waren gleichsam Voraussetzung und Element dieses Lebens.“ Daher könne man sich Hitler nicht in der Wirklichkeit eines „normal funktionierenden Staates“ vorstellen und dürfe er auch als Tyrann oder Diktator gesehen werden. Der Tyrann begehre die Macht um ihrer selbst willen, was auf Hitler nicht zutreffe: „Denn er hat mit der Macht immer ein Ziel verfolgt, sie durchweg als Mittel gesucht und eingesetzt. Er sah sich in einem verzweifelten Selbstbehauptungskampf, in einer eschatologischen Situation, und wollte der große Retter sein, der in letzter Stunde das Schicksal einer zum Untergang schon bestimmten Welt aufhält.“[162]

Drei bürgerlichen Historikern fühlt sich Joachim C. Fest in besonderem Maße verpflichtet: Konrad Heiden, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher. Das Verhältnis zu Heiden ist allerdings ein sehr gebrochenes, denn dessen antifaschistische Grundposition hat Fest fürwahr nicht übernommen. Vor allem folgt er den apologetischen Gedanken Noltes, weniger denen Brachers. Bei Ernst Nolte holte sich Fest hauptsächlich die „phänomenologische Methode“, den Faschismus nur aus sich selbst heraus verstehen und erklären zu wollen. Allerdings geht Fest in der Deutung des Phänomens Faschismus noch weit über Nolte hinaus. Nach seiner Auffassung ist nicht mehr der Faschismus „in *seiner* Epoche“ darzustellen, sondern Hitler als *der* Mann des Jahrhunderts. Weniger auffällig lanciert Fest, daß er sich nachhaltig von Albert Speer und seinen Memoiren hat beeinflussen lassen, der Hitlers Verhalten wesentlich – damit einen Gedanken Thomas Manns aufgreifend – aus seinem Selbstverständnis als „Künstler“, vor allem als „Theatraliker“ abzuleiten bemüht war.

Fest verschleiert, daß er sich in einer wesentlichen Fragestellung seines Buches auf Ralf Dahrendorf stützt. Von diesem stammt die These von der „revolutionären Relevanz“ des Faschismus, von der

158 Ebenda, S. 181 und 159.

159 Golo Mann, Hitler – zum letzten Mal, in: Süddeutsche Zeitung, München, 14.10.1973.

160 Die Welt, Hamburg, 1.10.1973.

161 Wolfgang Schumann, a. a. O., S. 508, hob schon hervor, daß bei Fest die „subjektiven Elemente“ alles andere überspielen und die objektiven Gesetzmäßigkeiten der historischen Prozesse „in den Hintergrund treten und ... nur noch Staffage“ bilden.

162 Die Zeit, Hamburg, 12.10.1973.

nationalsozialistischen Bewegung als dem „großen Gleichmacher der deutschen Gesellschaft“.[163] Bei Fest ist diese These ein Bestandteil der Antwort auf die Frage, ob man Hitler eigentlich „groß“ nennen dürfe und was er Positives hinterlassen habe. Ein Ergebnis der Hitler-Zeit sei die weitgehende „Einebnung der Gegensätze, ideologisch wie materiell“ in der BRD, wobei es sich speziell um Wirkungen der faschistischen klassenneutralen „Volksgemeinschaft“ handeln soll. Mit Bedauern versucht Fest, seinen Lesern einzureden, es gebe „erst seit einigen Jahren ... wieder eine Art Bewußtsein einer Klassengesellschaft“ und dieses „dank der Neuen Linken“! Gegen Meinungen, Hitler habe nur Trümmer hinterlassen, argumentiert Fest: „Aber die Trümmer sind dann doch die Voraussetzung gewesen für eine Chance des Neuen. So läßt sich sagen, *die Stabilität der Bundesrepublik ist undenkbar ohne die Erscheinung Hitlers.* Wenn Sie bedenken, unter welchen Belastungen die Weimarer Republik zu leiden hatte und woran sie zugrunde ging, Belastungen der Sozialstruktur, der Ideologie, des gesellschaftlichen Antagonismus und so weiter – nichts mehr davon ist geblieben. Hitler hat die Ideologien konsumiert und auf lange verdächtig gemacht, die Sozialstrukturen zerstört, die Unterschiede eingeebnet, damit aber, wie Ralf Dahrendorf gelegentlich (sic!) gesagt hat, *Deutschland auch den Schritt in die Gegenwart erlaubt*. Wenn hier, wie ich meine, aus dem Abwehrwillen gegen die Modernität wesentlich zu begreifen ist, *so hat er diese Modernität doch paradoxerweise auch erst möglich gemacht*.“[164] Ein für allemal seien durch Hitler, der Deutschland „mit radikaler Gewalt in die Gegenwart“ gestoßen habe, die Rückwege in eine autoritär-staatliche Vergangenheit abgeschnitten. Diese Behauptungen sind geradezu ungeheuerlich. Fest hat sich dazu hergegeben, alle Spielarten der reaktionären bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Geschichte des Faschismus in einer Biographie zu verdichten. Die faschistische Vergangenheit erscheint als notwendige Stufe in der Entwicklung eines „freiheitlichen“ und „demokratischen“ Staates, sie wird völlig legitimiert sowie als eine der wesentlichsten Grundlagen für die angeblich alle zufriedenstellende Gegenwart gepriesen. Dies bedeutet eines Schritt hinaus über die bisherigen Versuche, die Geschichte der faschistischen Diktatur in die Kontinuitätslinie des deutschen Imperialismus einzuordnen. Fest ist den Schritt von der Rehabilitierung der sozialen Kräfte, die für den Faschismus verantwortlich zeichneten, zur Rehabilitierung des Faschismus selbst und der faschistischen Führer gegangen.

„... und kein Retter, kein Schwanenritter, kein Erlöser in Sicht“

In gewissem Sinne ist die von Joachim Fest ausgelöste „Diskussion“ viel interessanter und aufschlußreicher als seine dickleibige Hitler-Biographie. An ihr beteiligten sich neben vielen Unbekannten auch Golo Mann, Karl Dietrich Bracher, Theodor Schieder, Rudolf Augstein und Günter Zehm.[165] Die Artikel, denen in den Zeitungen großer Raum bewilligt worden ist, wenden sich an andere Adressaten als beispielsweise die auszugsweise Veröffentlichung der Biographie in der Illustrierten „Der Stern“. Hier werden alle „Zwischenbetrachtungen“ ausgelassen, die Fest generalisierend in seine Biographie Hitlers eingeschoben hat. Diese sind es aber, die im Vordergrund der Besprechungen durch politisierende Historiker und kritisierende Politiker stehen. Übereinstimmend und ernsthaft bemühen sich alle Autoren, das Buch Fests von der Nostalgie-Welle und der „Hitler-Renaissance“ zu trennen. Angeblich seien die Welle und das Buch nur zufällig zeitlich zusammengetroffen. Allerdings geht man nicht so weit wie Fest zu behaupten, es gebe gar keine Hitler-Welle. Dies widerspricht zu offensichtlich den Tatsachen, so daß sie befürchten, die von Fest gelieferten „tragfähigen“ Fragestellungen und Behauptungen vorzeitig mit dem normalen Verschleiß aller „Wellen“ opfern zu müssen. Ausdrücklich betont Schieder, daß das gegenwärtige Interesse für Hitler kein „Symptom unterschwelliger Sympathie“ sei, kein „Akt der Wiederherstellung von historischer Autorität, vergleichbar der Heimholung Napoleons von St. Helena in den Invalidendom“ und selbstverständlich auch kein „Ausdruck für eine Hitler-Renaissance, der etwa eine Stimmung in der Öffentlichkeit oder gar eine politische Tendenz entspricht“. Statt dessen betrachtet Schieder das ganze „einfach“ (sic!) als einen Vorgang,

---

163 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1971, S. 70 f. und 416.

164 Die Zeit, Hamburg, 12.10.1973; Hervorhebung vom Vf., M. W.

165 Golo Mann, a. a. O.; Karl Dietrich Bracher, Hitler – die deutsche Revolution, in: Die Zeit, Hamburg, 12.10.1973; Theodor Schieder, Hitler vor dem Gericht der Weltgeschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/Main, 27.10.1973; Rudolf Augstein, Hitler oder die Sucht nach Vernichtung der Welt, in: Der Spiegel, Hamburg, 17.9.1973; Günter Zehm, a. a. O.

„den man vielleicht als Historisierung Hitlers und des Nationalsozialismus bezeichnen kann“. Fest sei „keiner Hitler-Nostalgie erlegen“, erklärt Augstein, während Golo Mann dem Autor bescheinigt, er habe die „seit ein paar Jahren grassierende Hitler-Mode“, für die er nicht verantwortlich zu machen sei, „gekrönt und abgeschlossen“.

Am deutlichsten hat jedoch Theodor Schieder die politischen Intentionen von Fest erfaßt. Der Autor sei nicht auf die „Abwege“ der Nostalgie geraten, sondern habe den großangelegten Versuch unternommen, „Hitler nicht mehr nur vor ein moralisches Gericht zu stellen, aber vor das Gericht der Weltgeschichte, und das heißt für den Urteilsspruch, sich nicht mehr nur mit sittlicher Entrüstung zu begnügen, sondern die harten Tatsachen des alle moralischen Grenzen überschreitenden Lebens dieses Mannes, seine Herkunft, seine Stellung in der Zeit und zur Zeit, in der deutschen nationalen Gesellschaft und seine unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen als Beweismaterial vorzulegen. Dabei mag man manchmal zu anderen Ergebnissen kommen, aber es geht hier in erster Linie um das Prinzip und die Methode.“

Eine weitere Übereinstimmung aller Autoren, die sich in der BRD zum Buch von Fest geäußert haben, erscheint noch gewichtiger. Sie beweist einmal mehr, daß alle bürgerliche Ideologie gegen den Marxismus-Leninismus zielt. Alle heben hervor, wie Fest es versteht, die Monopolbourgeoisie von ihrer Verantwortung für den Faschismus und damit natürlich auch für die faschistischen Führer zu entlasten. Augstein wagt sogar – ohne daran erinnern zu wollen, wer gewarnt hatte: Hitler, das ist der Krieg! – folgende Sentenz: „Der marxistische Theoretiker wird bei Fest kaum auf seine Kosten kommen, aber das muß noch kein Mangel sein, die Marxisten haben auch den lebenden Hitler meist fehlinterpretiert.“ Bei Bracher liest sich das noch zugespitzter, wenn er die Auffassung vom reaktionären konterrevolutionären Charakter des Faschismus als „konventionell“ abstempelt und erklärt: „Die linken und marxistischen Thesen vom ‚monopolkapitalistischen Hitlerfaschismus‘ führen in die Irre, so wie sie schon 1933 die grobe Verkennung Hitlers und seiner Machtergreifung zur Folge hatten.“[166] An Fests Buch lobt er den Verzicht auf den „modischen Gebrauch einer allgemeinen Faschismustheorie, die wenig erklärt und viele Klischees hervorbringt, aber einem Phänomen wie Hitler und dem Nationalsozialismus gegenüber eher bagatellisierend wirkt ...“

Karl Dietrich Bracher bejaht auch die These von der revolutionären „Modernisierung Deutschlands“ durch den Nationalsozialismus, die im Rahmen der Industriegesellschaftstheorie entwickelt worden ist. Daß dabei nur scheinbar die Klassenfrage umgangen worden ist, geht aus der Fragestellung von Fest hervor: „War er (Hitler, M. W.) ein Geschöpf der Industrie oder ein Revolutionär?“ Daraus leitet Bracher die Forderung ab, an die Stelle bloßer Verurteilung des Faschismus „die differenziertere Frage nach einem angemessenen Revolutionsbegriff“ zu setzen. Hitler sei so etwas wie die „deutsche Erscheinung der Revolution“ gewesen. Er habe nicht nur wesentliche Tendenzen seiner Zeit verkörpert, sondern auch „Umstürze und Veränderungen“ bewirkt wie „vor ihm nur wenige: Lenin, Napoleon, die französischen Revolutionäre“. Theodor Schieder läßt die Frage, ob Hitler revolutionär oder konterrevolutionär gewesen sei, zwar offen, meint aber behaupten zu müssen, daß Revolution bei Hitler nicht „Willkür und gesetzlose Anarchie“ (!) bedeute, sondern „gesteuerte Verwirrung“, daß sich der „Revolutionär Hitler weniger brachialer als bürokratischer Mittel“ bedient habe. Imperialistische Ideologen haben schon oft, selten aber so offen Mißbrauch mit dem Begriff der Revolution betrieben wie hier. Der faschistische Propagandabegriff von der „nationalsozialistischen Revolution“ wird erneut „hoffähig“ gemacht, nicht nur in der Bedeutung „Revolution“ von oben oder von unten, sondern in einer Sicht, die von konstruierten, unwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten des historischen Entwicklungsprozesses ausgeht. Die Wiederaufnahme und theoretische Rechtfertigung der faschistischen Wortwahl ist zugleich der Versuch, die Revolution und den revolutionären Kampf aus ihrer Gebundenheit an die fortgeschrittenste Klasse herauszulösen sowie die revolutionären Kräfte der Gegenwart zu diffamieren. Wer heute die Errichtung der faschistischen Diktatur mit Revolution gleichsetzt, geht nach wie vor von den antikommunistischen Thesen der Totalitarismus-Doktrin aus, die – das ist auch an vielen anderen Dingen zu bemerken – neu belebt werden soll.

---

166 Es sei nur am Rande darauf verwiesen, daß Bracher mit dieser These frühere Positionen verlassen hat und in die Noltesche Rechtfertigungsapologetik vom Faschismus als notwendigen „Antimarxismus“ verfällt.

Den der ganzen Hitler-Welle wesenseigenen antikommunistischen Grundzug hat insbesondere Günter Zehm in seiner Besprechung zu Fest verdeutlicht. Er sprach klarer als andere aus, daß es ein „Verdienst“ der Linken sei, wenn heute über den Faschismus ernsthaft gesprochen werden müsse, weil dringend nach den gesellschaftlichen Kräften hinter Hitler sowie nach einer realen antifaschistischen Alternative gefragt wird. Zehm versucht dagegen, die Totalitarismus-Doktrin zu beleben und eine Kongruenz zwischen faschistischer und kommunistischer Utopie zu konstruieren. Er greift Fests Bezeichnung des Faschismus als „rückwärts gewandte Utopie“ auf und fragt: „Wie aber, wenn die Zukunft für die Menschheit gar keine Hoffnung mehr bereithielt, wenigstens nicht in dem Sinne, in dem der klassische Marxismus Hoffnung begreift, nämlich als Hoffnung auf materiellen Wohlstand, totale individuelle Selbstbestimmung für alle, ‚Reich der Freiheit‘ schon hier auf Erden?“ Die Kommunisten, so meint Zehm, stießen ebenso wie die westlichen Länder an die „Grenzen“ des industriellen Wachstums und seien durch „die Diskussion über die Grenzen des Wachstums“ in eine „schwere Krise“ gestürzt. Als Kronzeugen führt er Hans Magnus Enzensberger an, dessen Auffassung von der notwendigen „postindustriellen Agrikulturgesellschaft“, in der China die größten ökologischen Überlebenschancen besitze[167], er übernimmt und weiterführt: Überall in der Welt werde die Bevölkerungsexplosion und der Verbrauch der letzten natürlichen Ressourcen eine „Mangelverwaltungswirtschaft“ entstehen lassen, mit der verglichen die ärgste faschistische Diktatur und der strengste Kriegskommunismus „sanftes Säuseln“ gewesen wären. Zehm zieht aus seiner „Einsicht, daß marxistische und faschistische Utopie heute weitgehend zur Deckung gekommen sind“ die Lehre: „Es wird keinen Fortschritt zur Freiheit mehr geben; je früher man sich diese Tatsache klar macht, um so besser wird man in der Lage sein, die gegenwärtigen Freiheiten erfolgreich zu bewahren und sie den wechselnden Zeitläuften ohne allzu großen Substanzverlust anzupassen.“ Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß im Gegensatz zur offiziellen Regierungserklärung Willy Brandts von 1969 nicht „mehr Demokratie“ gewagt, sondern der Substanzverlust der Demokratie gerechtfertigt wird, daß die Streiterei nur über Maß und Gewicht dieses Verlustes gehen dürfe.

Wenn Fest den Faschismus und Hitler auf den modernen, wurzellosen und verängstigten Menschen zurückführt, der höchst sensibel und panisch auf die Schwankungen wirtschaftlicher und politischer Parameter reagiere, bleibt eigentlich nur ein kleiner Schritt zur These Günter Zehms, daß die „Einsichtigen“ in der BRD bereit sein müßten, den zu erwartenden Wirkungen wirtschaftlicher Krisensituationen zu begegnen: „Heute stehen in Westdeutschland ganze Regimenter messerscharf angespitzter Demagogen[168] bereit, die nur auf die Katastrophe, auf die ‚große Krise‘ warten, um wie ein Heuschreckenschwarm über die Leute herzufallen, sie ‚aufzuklären‘ und zu formieren. Und die Leute – sie sind seit 1923 und 1933 noch um vieles sensibler geworden. Sie würden bestimmt nicht mehr warten, bis die Inflationsrate auf tausend Prozent oder die Arbeitslosenziffer auf sechs Millionen angewachsen ist. Sie hätten sich schon vorher den Demagogen in die Arme geworfen, und niemand würde es ihnen verdenken können. Die Welt will betrogen sein, sagt das Sprichwort.“ Auch Rudolf Augstein stellt die Überlegung an, was wohl in der BRD „los“ sei, wenn die Zahl der Arbeitslosen so groß wie zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise würde, und schließt mit dem Stoßseufzer ab: „Das gute dorisch-griechisch-nordisch-arische Blut ist allenthalben auf dem Rückzug, und kein Retter, kein Schwanenritter, kein Erlöser in Sicht.“

Damit steht die Frage nach den Ursachen der sogenannten Hitler-Renaissance und den Faktoren, die ihre Wirksamkeit begünstigen. Die Antwort muß sehr komplex ausfallen, weil sie nur aus der Gesamtsituation des Imperialismus in der heutigen Welt abzuleiten ist. Die Antwort kann sich auch nicht fern von der Frage bewegen, wozu der deutsche Imperialismus den Faschismus überhaupt und darin eingeschlossen auch seinen Hitler brauchte.

1. Die gegenwärtige kapitalistische Welt durchlebt in wachsendem Maße soziale Erschütterungen und wirtschaftliche Krisensituationen. Soziale Unsicherheit und Angst vor dem, was die Zukunft bringt, greifen um sich. Dem stehen die wirtschaftliche Festigkeit und die steigende Kraft des

[167] Hans Magnus Enzensberger, Zur Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch, hrsg. von Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel, Nr. 33 (Oktober 1973), S. 40 ff.

[168] Damit meint Zehm natürlich nicht die NPD sowie CSU und F. J. Strauß!

Sozialismus in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft gegenüber. Immer mehr Menschen stellen sich die Frage nach den gesellschaftlichen Wurzeln der Krisenhaftigkeit in den imperialistischen Ländern, immer mehr erkennen die Notwendigkeit eingreifender Veränderungen zuungunsten des Monopolkapitals. Die herrschende Klasse offenbart Bedürfnisse, auch die Erfahrungen der historisch diskreditierten Methoden des Faschismus zu nutzen, natürlich unter Beachtung der Grenzen des Risikos. Ideologischer Reflex dieser Bedürfnisse ist das „Interesse" an Hitler als einem politischen Repräsentanten des deutschen Imperialismus, der es zumindest zeitweilig verstanden hat, große Teile der Massen irrezuführen und den Monopolen aus der „Krise" herauszuhelfen.

2. Die Welt steht an der Wende vom „kalten Krieg" zu einer Periode der Entspannung und der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz. Es besteht die echte Chance, Europa vor der Gefahr einer Wiederholung der Weltkriege zu schützen. Immer mehr Menschen erkennen in den imperialistischen Ländern, nicht zuletzt auch in der BRD, wie notwendig es ist, im Interesse des Friedens einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Die vorbehaltlose Verurteilung der verhängnisvollen imperialistischen Politik in der Vergangenheit – Faschismus und Aggression eingeschlossen – ist zu einem wichtigen Element der Entspannung und damit des wachsenden ideologischen Kampfes geworden. Die „Diskussion" um Hitler ist somit zugleich ein Streit um die weitere Orientierung der Politik in den imperialistischen Ländern, den solche Kräfte entfesselt haben, die mit Hilfe neu zu beschwörender antikommunistischer Helden der Vergangenheit glauben, den Prozeß der Entspannung behindern und die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz verhindern zu können. Die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Imperialismus setzten gerade jetzt alle nur erdenklichen Mittel ein, um die sich nach. Frieden und Sicherheit sehnenden Völker daran zu hindern, richtige Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Mit Recht konnten D. Melnikow und L. Tschornaja feststellen, daß „die Reaktion dagegen die Ursachen für die europäische Katastrophe entstellt und die Bedeutung und den Umfang der Zerschlagung des Faschismus und seines Führers bagatellisiert" und damit „die ideologische und psychologische Grundlage des Friedens und der Sicherheit in Europa" untergräbt.[169]
3. Gegen die vernünftige und den objektiven Interessen aller werktätigen Menschen entsprechende Friedenspolitik der sozialistischen Länder, insbesondere gegen das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU, mobilisieren bürgerliche Ideologen alles, was geeignet erscheint, den Irrationalismus imperialistischer Gesellschaftstheorien aus Vergangenheit und Gegenwart zu bekräftigen. Fest, der für sich . selbst in Anspruch nimmt, einen „Rest von Irrationalismus" noch nicht aufgelöst zu haben, wird gerade in dieser Hinsicht von Rudolf Augstein sekundiert: „Anders als bei Lenin, Bismarck und Churchill, ja, anders auch als bei Napoleon und Stalin (von Mao wissen wir zu wenig) muß bei Hitler der Versuch scheitern, die Umstände mit dem handelnden oder getriebenen Individuum in ein rationales Korrespondenzverhältnis zu bringen." Ziel solcher „irrationalen" Vergangenheitsbewältigung ist es, einen großen Teil der Menschen in den erneut von Krisen aller Art geschüttelten imperialistischen Ländern zur Resignation zu treiben und ihn aus der Wirklichkeit in einer verfälschte und verharmloste Vergangenheit desertieren zu lassen.
4. Das sich zugunsten des Sozialismus verschiebende Kräfteverhältnis in der Welt zwingt den Imperialismus, neue Formen des Antikommunismus zu entwickeln und diese der Situation ständig anzupassen. In dieser Hinsicht besteht zwischen allen Gruppierungen des Monopolkapitals Einmütigkeit, so daß alle Versuche der reaktionärsten und aggressivsten Kreise, selbst die unrühmliche Geschichte des Faschismus dafür zu mobilisieren, unterstützt und gefördert werden. Eine große Rolle spielt auch die Hoffnung, das in breiten Teilen der Bevölkerung imperialistischer Länder vorhandene und teilweise wachsende antifaschistische Bewußtsein so manipulieren zu können, daß es sich im Sinne der längst überholten, aber noch nicht unwirksamen Totalitarismus-Doktrin gegen den Sozialismus wenden und damit mißbrauchen läßt.
   In diesem Sinne urteilte auch das „Hamburger Abendblatt" vom 1. Oktober 1973 über das Buch von Fest. Es spende Trost und Besorgnis zugleich: Trost, weil „wir nicht mehr in einem Zeitalter

169 D. Mel'nikov und L. Černaja, a. a. O.

der ‚großen Täter' leben", und Besorgnis, weil jedem „auf beklemmende Weise bewußt (wird), daß der Gedankenterrorismus, die ordinäre Dialektik und die brutale Überzeugungsmethodik der SA-Leute ihre Erben gefunden haben und finden werden". Noch deutlicher formuliert Günter Zehm: „Auch die Revolutionäre von heute haben bei Hitler gelernt." Und damit keiner mehr mißverstehen kann, welche Revolutionäre gemeint sind, betonte ein der CDU besonders nahestehendes Blatt, Hitler habe sich auf die von Horthy, Mussolini und Kemal Pascha gelieferten Modelle des Aufruhrs gestützt – so, wie die heutigen Anführer sich auf „Allende, Castro, Mao und die Diktatoren des kommunistischen Blocks" stützen würden.[170] Leider kann nicht übersehen werden, daß die wachsende Abenteuerlichkeit ultralinker Kräfte maoistischer und trotzkistischer Prägung in mancher Hinsicht die Wirksamkeit der „Hitler-Welle" unterstützt und fördern hilft.

5. Nicht zuletzt verfolgt die imperialistische Ideologie das Ziel, auch mit Hilfe der „Hitler-Renaissance" dem wachsenden . Einfluß des Marxismus-Leninismus zu begegnen. Wie hinsichtlich der gesamten Erscheinung des Faschismus wird auch zum Thema Hitler zunächst ein Surrogat als marxistisch-leninistische Theorie über die Rolle von Persönlichkeiten in der Geschichte formuliert, gegen das dann zu Felde gezogen wird. Die marxistisch-leninistische Interpretation des Wechselverhältnisses von objektiven Bedingungen und subjektivem Faktor, die es erst ermöglicht, das Problem der Rolle von Persönlichkeiten in der Geschichte richtig und umfassend zu klären, wird entstellt und auf vermeintliche Positionen des Ökonomismus gezerrt. Es genügt jedoch, daran zu erinnern, wie Marx, Engels und Lenin zwar die Abhängigkeit des Verhaltens und der Tätigkeit einzelner Personen von den historischen Bedingungen und Lebensumständen herausarbeiteten, dabei aber nie von der vulgären Auffassung ausgingen, Persönlichkeiten seien unselbständig und erfüllten lediglich einen „sozialen Auftrag". Der Marxismus-Leninismus besagt, daß historische Persönlichkeiten sehr wohl Selbständigkeit an den Tag legen können, wenn auch nur im Rahmen der Gewährleistung ihrer sozialen Grundfunktion als Repräsentanten einer Klasse oder Schicht. Bei der Durchsetzung historischer Gesetzmäßigkeiten ergeben sich für die Gesellschaft immer verschiedene Möglichkeiten und Alternativen[171], wobei eine Persönlichkeit eine bestimmte Möglichkeit wählen und an ihrer Verwirklichung mitwirken kann. Dadurch wird der durch die bestehenden objektiven Gesetzmäßigkeiten bedingten Entwicklung ein spezifischer Charakter verliehen und vermag eine Persönlichkeit in diese Entwicklung auch wesentliche Veränderungen hineinzutragen, wobei entweder das Tempo des historischen Fortschritts beschleunigt oder dieser aufgehalten wird – mitunter sogar über viele Jahre hin weg.[172]

Überblicken wir zusammenfassend die in der BRD und anderen imperialistischen Ländern entfachte historisierende Kampagne um das „Bild" des ehemaligen Nazi-Führers und Hauptkriegsverbrechers, so bleibt außer Empörung und fadem Beigeschmack eine erneute Bestätigung dafür, daß die bürgerliche Historiographie niemals in der Lage ist, die Rolle historischer Persönlichkeiten und den Anteil einzelner Menschen an der Geschichte richtig zu erfassen. Wissenschaftliche Antwort wird dem Fragenden nur durch die marxistisch-leninistische Theorie zuteil, und diese besagt: Bedeutende, große Persönlichkeiten vermögen zwar, den historischen Prozessen ihren individuellen Stempel aufzuprägen – Urheber und Hauptakteure der Geschichte sind sie jedoch nicht. Daran ändert auch nichts – um der Krise Herr werden zu können – der Versuch, mit dem toten Hitler Politik gegen das Leben und die Zukunft zu betreiben.

Fortschritte und Hemmnisse. Zu den Faschismus-Theorien der „Linken" in der BRD

Wachstum im Kampf gegen Neofaschismus und Neonazismus

Neben den alten „neuen" beziehungsweise neuen „alten" Tendenzen im bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Thesengewirr über den Faschismus regte sich etwa mit dem Beginn der 60er Jahre in der BRD auch eine objektiv antiimperialistische Strömung, die in sich zwar außerordentlich diffe-

---

170 Rheinischer Merkur, Koblenz, 9.11.1973.

171 Vgl. Gottfried Stiehler, Geschichte und Verantwortung. Zur Frage der Alternativen in der gesellschaftlichen Entwicklung, Berlin 1972.

172 Vgl. dazu auch B. A. Čagin, Der subjektive Faktor. Struktur und Gesetzmäßigkeiten, Berlin 1973, S. 87 ff.

renziert ist und von Vertretern linksbürgerlicher und pseudomarxistischer Auffassungen bis hin zu den an Zahl und Qualität steigenden Anhängern der marxistisch-leninistischen Faschismus-Analyse reicht. Darauf machte Emil Carlebach aufmerksam, der dies „ernsthafte Diskussionen“ nannte, die der Klärung von Mißverständnissen dienen können, und sie eindeutig von allen Theorien abhob, die „bewußt oder gewollt erfunden worden sind, um den Faschismus zu tarnen, die Bekämpfung des Faschismus zu verhindern“.[173] Abgesehen von dem auf der Hand liegenden Zusammenhang mit den großen Veränderungen im weltpolitischen Kräfteverhältnis sowie mit der wachsenden Anziehungskraft und der Attraktivität des Sozialismus widerspiegelt sich im Auftauchen und Wachstum dieser Strömung eine gesetzmäßige Tendenz, die von Lenin bereits erkannt worden ist. „Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion, und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen.“[174]

In politischer Hinsicht kristallisierte sich diese Strömung vor allem im Kampf gegen neofaschistische und neonazistische Erscheinungen in der BRD heraus.[175] Unausbleiblich befand sie sich in theoretischer Hinsicht sehr rasch in einem scharfen Gegensatz zu den herrschenden bürgerlichen Auffassungen über die Geschichte des Faschismus sowie der faschistischen Diktatur in Deutschland. Sie artikulierte sich zunächst in der Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften „Das Argument“, einem Diskussions- und Rezensionsorgan demokratischer Kräfte.[176] Die Diskussion in dieser Zeitschrift erfaßte hauptsächlich drei Ebenen: die der Selbstverständigung zwischen den progressiven Kräften im Kampf gegen den Neonazismus, die der Abgrenzung von imperialistischen Verfälschungen der Geschichte und Theorie des Faschismus sowie die Ebene der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus. In letzter Zeit hat sich die Diskussion innerhalb dieser Strömung etwas enger mit dem Kampf der linken, progressiven Kräfte, mit der Deutschen Kommunistischen Partei und anderen Organisationen sowie mit unmittelbaren Fragen des praktisch-politischen Kampfes gegen jede Form von Faschismus und Neonazismus verbunden.[177] Die Debatten gingen von der Warnung

---

173 Emil Carlebach, Faschismus. Wesen und Ursachen, in: Marxistische Blätter, 8. Jg. (1970), H. 1, S. 2 f.

174 W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 14.

175 Vgl. Manfred Weißbecker, Die historisch-politische Funktion des Neonazismus und der Nationaldemokratischen Partei in Westdeutschland, in: ZfG, 16, Jg. (1968), H. 7, S. 837 ff.

176 Vgl. Walter Benjamin, Theorien des deutschen Faschismus. In der Sammelschrift „Krieg und Krieger“, hrsg. von Ernst Jünger, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, hrsg. von Wolfgang F. Haug und Christof Müller-Wirth, 6. Jg. (1964), H. 3 (30), S. 129-137; Ronald Wiegand, „Herrschaft“ und „Entfremdung“. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus, ebenda, S. 138-144; Dieter Grosser, Die nationalsozialistische Wirtschaft. Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten: Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht, ebenda, 7. Jg. (1965), H. 1 (32), S. 1-11; Reimut Reiche und Bernhard Blanke, Kapitalismus, Faschismus und Demokratie, ebenda, S. 12-29; Reinhart Westphal, Psychologische Theorien über den Faschismus, ebenda, S. 30-39; Wolfgang Fritz Haug u. a., Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus, ebenda, 7. Jg. (1965), H. 2 (33), S. 1-32; Bernhard Blanke, Reimut Reiche und Jürgen Werth. Die Faschismus-Theorie in der DDR, ebenda, S. 35-48; Johannes Agnoli, Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, ebenda, 8. Jg. (1966), H. 6 (41), S. 449-461; Rüdiger Griepenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus. Zur Kritik der Faschismustheorie August Thalheimers, ebenda, S. 461-473; Tim Mason, Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, ebenda, S. 473 bis 494; Eberhard Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, ebenda, 10. Jg. (1968), H. 3 (47), S. 168-192; Tim Mason, Primat der Industrie? – Eine Erwiderung, ebenda, S. 193-209; Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, ebenda, S. 210-227; Wolfgang Abendroth, Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus, ebenda, 12. Jg. (1970), H. 4-6 (58), S. 251-257; Reinhard Kühnl, Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus, ebenda, S. 258-279; Reinhard Opitz, Fragen der Faschismusdiskussion. Zu Reinhard Kühnls Bestimmung des Faschismusbegriffs, ebenda, S. 280-291; Richard Saage, Bemerkungen zur Faschismusinterpretation Ernst Noltes, ebenda, S. 292-304; Peter Römer, Vom totalen Staat zur totalen bürgerlichen Gesellschaft. Einige Erwägungen anhand neuerer Analysen der Carl Schmitt-Schule, ebenda, S. 322-339.

177 Vgl. Reinhard Opitz, Thesen über den Faschismus-Begriff. Sozioökonomische und ideologische Wurzeln des Faschismus, in: Neofaschismus in der BRD. Analysen – Argumente – Dokumentationen. Heft 1 der Texte zur Demokratisierung. Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags, Frankfurt a. M. (1971), S. 25-28; Gossweiler, Kühnl, Opitz, Faschismus: Entstehung und Verbindung. Material zur Faschismus-Diskussion. Heft 4 der Texte zur Demokratisierung, a. a. O., (1972); Christof Kievenheim, Politische Reaktion und faschistische

vor den Gefahren eines heranziehenden Neofaschismus für den Frieden aus und bewegten sich, von einigen Um- und Abwegen einmal abgesehen, sehr rasch dem theoretischen „Kern der Sache“ entgegen. Die Grundfragen nach dem Verhältnis zwischen dem Imperialismus, seinen staatsmonopolistischen Gruppierungen und dem Faschismus in der Zeit der allgemeinen Krise des Kapitalismus, nach der Unterscheidung von Klassencharakter und Massenbasis des Faschismus, nach dem Faschismus als Herrschaftssystem sowie nach den historischen Lehren des Kampfes gegen den Faschismus wurden richtig gestellt, nicht zuletzt auf der Grundlage der Beiträge von Historikern der DDR. Die Antworten fielen allerdings unterschiedlich aus, bei einigen Antworten (zum Beispiel Dieter Grosser und Tim Mason) sind bürgerliche Standpunkte unverkennbar, während andere mehr und mehr den klaren Trennungsstrich zu imperialistischen Thesen einschließlich der raffinierten Faschismus-Apologie Ernst Noltes zu ziehen verstanden, aber auch zu den unwissenschaftlichen, nur psychologisierenden und trotzkistischen Auffassungen gewisser Theoretiker der „Neuen Linken“, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. In mancher Beziehung erweiterte sich die Bündnisfront der revolutionären Arbeiterbewegung, in einigen theoretischen Fragen wurde der notwendige Schritt von allgemein-demokratischen Auffassungen zur ehrlichen Anerkennung der Richtigkeit der marxistischen Theorie über den Faschismus gegangen.

Insbesondere die Publikationen von Reinhard Kühnl, einem Schüler Wolfgang Abendroths und Marburger Politikwissenschaftler, gehören heute zum Grundbestand jener Literatur in der BRD über Faschismus und Neonazismus, der nachhaltig dazu beiträgt, Klarheit über wichtige historische und aktuelle Erscheinungen zu gewinnen und auch heute noch vorhandene Gefahren aufzudecken. Kühnl sieht vor allem den engen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus, er begreift grundsätzlich „faschistische Herrschaftssysteme als politische Ausdrucksform sozialökonomischer Tendenzen“.[178] Dies unterscheidet ihn in tiefgreifender Hinsicht von allen bürgerlichen Faschismus-Theoretikern, gegen die er eindeutig Stellung bezogen hat und von denen er zum Teil auch persönlich regelrecht angefeindet wird.[179] Die nur notdürftig wissenschaftlich verbrämte Kritik vor allem Ernst Noltes und des reaktionären Bundes „Freiheit der Wissenschaft“ an Kühnl bezieht sich hauptsächlich darauf, daß er nicht unverbindlich und „unpolitisch“ *über*, sondern zugleich *gegen* Faschismus und Neonazismus schreibt. Kühnl läßt sich von echter demokratischer, antifaschistischer und antiimperialistischer Parteilichkeit in enger Einheit mit wissenschaftlicher Objektivität leiten.

Unverkennbar ist, wie Kühnl seit seiner Dissertation[180] an theoretischer Klarheit und Tiefgründigkeit gewonnen hat. Immer stärker hat sich auch für ihn die Arbeiterklasse im nationalen und internationalen Maßstab als der Hauptgegner des Faschismus herauskristallisiert, wodurch die Bestimmung des sozialen Inhalts und der objektiven Funktion des Faschismus exakter geworden ist. Formulierungen früherer Schriften erweckten den Anschein, als hätte der Faschismus seinen Hauptstoß nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern gegen die bürgerliche Demokratie gerichtet.[181] In jüngster Zeit hat Kühnl präzis zwischen der Funktion faschistischer Herrschaftssysteme und besonders in den Mittelschichten vorhandener faschistischer Potentiale unterschieden sowie die Bedingungen herausgearbeitet, unter

---

Herrschaftsformen in Anwendungen zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der deutschen Linken, in: Facit, Zeitschrift marxistischer Studenten, Mai 1971, S. 29-35; Emil Carlebach, Faschismus. Wesen und Ursachen, a. a. O.; Joachim Streisand, Über Faschismus und Neofaschismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 15. Jg. (1970), H. 5, S. 470-481; Arno Klönne, Was heißt Faschismus? Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Werkhefte . Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und des Katholizismus, München, 23. Jg. (1969), H. 10, S. 275-279; Bernhard Blanke, Thesen zur Faschismus-Diskussion, in: Sozialistische Politik, 1. Jg. (1969), Nr. 3. Aus der Fülle der Literatur seien noch besonders erwähnt: Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918 (München 2/1969); ders., Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus-Faschismus, Reinbek bei Hamburg 1971.

178 Reinhard Kühnl, Deutschland ..., a. a. O., S. 143.

179 Vgl. L. Elm, Der Marburger Habilitationsstreit von 1970/71 und seine Lehren für die gegenwärtige hochschulpolitische Auseinandersetzung in der BRD, in: Sozialistische Universität, Jena, Nr. 13 vom 30.7.1971; Ernst Nolte, Universitätsinstitut oder Parteihochschule? Dokumentation zum Habilitationsverfahren Kühnl, Köln 1971.

180 Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan 1966, vgl. dazu die Rezension von Manfred Weißbecker, in: ZfG, 16. Jg. (1968), H. 4, S. 520 ff.

181 Reinhard Kühnl, Deutschland ..., a. a. O., S. 26 und 61.

denen diese Potentiale in der Geschichte seit 1917 mobilisiert wurden und auch heute noch in den entwickelten imperialistischen Ländern entwickelt werden können.

Notwendige Korrekturen

Dennoch sind bei vielen der demokratischen Kräfte in der BRD, die sich aktiv und mit parteilichem Engagement in den Kampf gegen den Neonazismus eingeschaltet haben, Schwächen insbesondere im theoretischen Bereich sowie offensichtlich fehlerhafte Rezeptionsversuche des Marxismus-Leninismus nicht zu übersehen. Daraus resultieren einige der Schwierigkeiten in der Diskussion der progressiven Kräfte der BRD über die Strategie des antiimperialistischen Kampfes der Gegenwart sowie über das Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte. An dieser Stelle sollen einige Probleme am Beispiel einer Schrift von Reinhard Kühnl[182] dargestellt werden, die er selbst als gewisse Zusammenfassung seiner Auffassungen betrachtet und – auch das ist zu berücksichtigen – in der er bereits die Kritik zum Beispiel des marxistischen Historikers Kurt Gossweiler an früheren Veröffentlichungen von ihm verarbeitet zu haben angibt.

Völlig richtig geht Kühnl bei seinen konstruktiven Bemühungen, eine allgemeine Faschismus-Theorie zu schaffen, von der Lage der kapitalistischen Staaten nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution aus, deren unmittelbare und indirekte Folgen auf wenigen Seiten kurz (und dadurch sicher nicht ganz vollständig) charakterisiert werden. Seine Schlußfolgerung aber lautet: „Wollte sich der Kapitalismus unter den veränderten Bedingungen behaupten, so mußte er nach neuen Formen ideologischer Beeinflussung, politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Sicherung Ausschau halten. Eine radikale Lösung dieser Probleme bot der Faschismus an, der sich nach 1918 zunächst aus ganz anderen Gründen zur politischen Bewegung formierte.“[183] Dreierlei wird erkennbar: *Erstens* spricht Kühnl nur schlechthin vom Kapitalismus, nicht von seinem monopolistischen Stadium, nicht von den Prozessen der staatsmonopolistischen Entwicklung und auch nicht von der allgemeinen Krise des Kapitalismus; *zweitens* erscheint der Faschismus nur als ein radikales Lösungsangebot, womit das Verhältnis von Imperialismus und Faschismus auf eine etwas eingeschränkte Beziehung von „Angebot“ und „Nachfrage“ reduziert wird und wodurch andere Methoden der Monopolbourgeoisie vor allem die Integration der sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiterklasse in den imperialistischen Herrschaftsmechanismus, nicht mit in die historische Rechnung gesetzt werden; *drittens* ist die Rede von „ganz anderen Gründen“ für die Entstehung faschistischer Bewegungen. Diesen drei Aspekten der Kühnlschen Schlußfolgerung, die vor allem die Entstehungsgeschichte des Faschismus betreffen, muß kritisch begegnet werden. Es liegt auf der Hand, daß die richtige Bestimmung des Wesens des Faschismus in Einklang zu stehen hat mit der richtigen Bewertung für das Auftauchen und die Entwicklung faschistischer Bewegungen.

Kühnl weicht faktisch von seinen dem historischen Geschehen adäquaten Auffassungen über die soziale Funktion, über den klassenmäßigen Inhalt der faschistischen Herrschaftssysteme ab, wenn er die faschistischen Bewegungen davon abhebt und ihnen einen anderen Inhalt zuweist. Die Faschisten, so meint Kühnl, „protestierten sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen den marxistischen Sozialismus; sie bekämpften die bürgerliche Demokratie, wollten aber keineswegs zur Monarchie zurückkehren; sie behaupteten, konservativ und revolutionär zugleich zu sein und stellten damit dem ersten Anschein nach eine notwendige Mischung aus linken und rechten Elementen dar“ und seien deshalb „in das herkömmliche Schema“ schwer einzuordnen.[184] Was erscheint daran aber als so verwunderlich? Welchem „Schema“ widerspricht das eigentlich? Vielleicht lohnt es sich, bevor über spezifische Fragen gesprochen wird, einen Blick in die allgemeine Geschichte der bürgerlichen Parteien zu werfen. Es ist bekannt, daß weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart eine bürgerliche Partei oder irgendeine bürgerliche Interessenorganisation existiert hat oder existiert, die nicht bestrebt gewesen wäre beziehungsweise ist, ihren wahren, ihren Klassencharakter, durch ein scheinbares Chaos von Erklärungen, Forderungen und Programmen zu vertuschen, und deren Politik nicht

182 Reinhard Kühnl, Formen ..., a. a. O.
183 Ebenda, S. 79.
184 Ebenda.

von Zufälligem, Willkürlichem und Phrasenhaftem verdeckt wäre.[185] Karl Marx verwies bereits darauf, wie die Auswahl der Namen der Parteien helfen soll, ihren Charakter zu kaschieren und die Massen irrezuführen. Er verdeutlichte das am Beispiel der englischen Tories und ihres Protestes gegen die Abschaffung der Kornzölle: „Das Jahr 1846 verwandelte die Tories in Protektionisten. Tory, das war ihr geweihter Name. Protektionist ihr profaner; Tory, das war ihr politischer Kampfruf, Protektionist ihr ökonomischer Notschrei; hinter dem Tory schien eine Idee, ein Prinzip zu stehen, hinter dem Protektionisten aber steht ein Interesse." Über die zweite Partei in England urteilte er gleichermaßen: „Also vertreten die Whigs ... in Wirklichkeit etwas ganz anderes als ihre angeblichen ‚liberalen und aufgeklärten Grundsätze'. Sie sind also in derselben Lage wie jener Trunkenbold, der dem Lord Mayor vorgeführt wurde und dabei angab, daß er zwar die Prinzipien der Temperenz vertrete, sich aber sonntags, infolge eines Zufalls, stets betrinke."[186] Ganz in diesem Sinne hat Lenin die Reklame, die alle bürgerlichen Parteien für sich machen, mit der Geschäftsreklame kapitalistischer Unternehmer verglichen. Während sich jedoch das Publikum an die letztere gewöhnt und sie auch durchschaut hätte, würde die politische Reklame unvergleichlich mehr Menschen verwirren, sei ihre Entlarvung weitaus schwieriger und halte der Betrug für eine viel längere Dauer vor.[187]

Die Diskrepanz von Wort und Tat kennzeichnet alle bürgerlichen Parteien, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Existenz. Es ist ungerechtfertigt und es wäre gefährlich, in dieser Hinsicht eine Besonderheit faschistischer Parteien oder Bewegungen konstruieren zu wollen. Die immer wieder zu beobachtende, teilweise sogar bei sogenannten bürgerlich-demokratischen Parteien (erinnert sei zum Beispiel an das Ahlener Programm der CDU aus dem Jahre 1947!) skurrile Formen annehmende Diskrepanz besitzt vielfältige Ursachen. Hauptsächlich sind sie darin zu suchen, daß die Bourgeoisie als ausbeutende und niedergehende Klasse in besonderem Maße und unter allen Umständen gezwungen ist, ihre reaktionären Klasseninteressen demagogisch und scheinheilig als allgemeine Interessen auszugeben, aber auch darin, daß die Illusion, über den Klassen und außerhalb des direkten Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu stehen, bei den Mittelschichten infolge ihrer Zwitterstellung große Resonanz findet.[188] Natürlich ließen sich noch weitere Ursachen anführen, doch soll hier darauf verzichtet werden. Auf jeden Fall – das kann auch Kühnl gegenüber nicht bestritten werden – ist das Verhältnis zwischen den politischen Repräsentanten und Parteien einer Klasse und dieser Klasse selbst sehr kompliziert und schwer durchschaubar. Um die Partei der englischen Whigs charakterisieren zu können, ließ Marx „ihre Grundsätze" beiseite und hält sich, wie er es nannte, an „die Tatsachen der Geschichte" und an „das, was sie wirklich tun".[189] Lenin hatte gleichfalls völlig recht, wenn er meinte, es sei in der Politik nicht so wichtig, „*wer* unmittelbar bestimmte Anschauungen vertritt. Wichtig ist, *wem* diese Anschauungen, diese Vorschläge, diese Maßnahmen nützen".[190] Für alle, die die Geschichte des Faschismus erforschen, um ihn bekämpfen zu können, gelten diese Hinweise wie auch der folgende aus der Feder Lenins: „Um sich in dem Kampf der Parteien zurechtzufinden, darf man den Parteien nicht aufs Wort glauben, sondern muß ihre wirkliche Geschichte studieren, muß man nicht so sehr studieren, was die Parteien über sich selbst sagen, als vielmehr, was sie *tun*, wie sie bei der Entscheidung der verschiedenen politischen Fragen handeln, wie sie sich in den Fragen *verhalten*, die die Lebensinteressen der verschiedenen Klassen der Gesellschaft berühren ..."[191]

Bezogen auf die Faschismus-Theorie ist darin das wissenschaftliche Instrumentarium für eine Klärung des richtigen Stellenwertes, der den faschistischen Bewegungen und ihrer Massenbasis zukommt, und eine richtige Einordnung der Entstehung des Faschismus in die Situation und die objektiven Bedürfnisse des Imperialismus zu sehen. Kühnl läuft Gefahr, das Problem der Massenbasis

185 Vgl. W. I. Lenin, Revolutionärer Kampf und liberales Maklertum, in: Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 486.
186 Karl Marx, Die Wahlen in England – Tories und Whigs, in: MEW Bd. 8, Berlin 1960, S. 337 f.
187 W. I. Lenin, Die politischen Parteien in Rußland, in: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 29.
188 Zu diesem Komplex vgl. Dieter Fricke, Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der deutschen Nation. Zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG, 11. Jg. (1963), H. 1, S. 51 f.
189 Karl Marx, Die Wahlen in England ..., a. a. O., S. 339.
190 W. I. Lenin, „Wem nützt es?", in: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 34.
191 W. I. Lenin, Die politischen Parteien in Rußland, a. a. O., S. 30.

gegenüber dem des Klassencharakters unbeabsichtigt und entgegen seinen Absichten zu verselbständigen, es aus der Dialektik, die ja in der Geschichte immer zwischen gesellschaftlichen Erfordernissen und ihrer Erfüllung vorhanden ist, herauszulösen. Für sich genommen, hat Kühnl durchaus recht, wenn er schreibt: „Als bloße Sammelbewegung deklassierter Sozialgruppen, die mit dem Übergang zu den Lebensformen der Friedenszeit nicht fertig wurden, hätte der Faschismus jedoch niemals eine so große Bedeutung erlangen können, sondern wäre auf die Nachkriegsjahre beschränkt geblieben. Zu einem dauerhaften politischen Faktor konnte er nur deshalb werden, weil die soziale Entwicklung des Kapitalismus in breiten Schichten ein Potential für den Faschismus schuf, das durch geschickte Propaganda mobilisiert werden konnte.“[192] Im Lichte anderer Aussagen werden gewisse Grenzen dieser These sichtbar, vor allem, wenn er die faschistische Bewegung „als eine im Kern kleinbürgerliche Protestbewegung“ definiert.[193] Hier soll also auf einmal nicht mehr gelten, was über den Klassencharakter des Faschismus als Herrschaftssystem gesagt wurde?

Diese „Aufteilung“ des Faschismus hinsichtlich seines Klassencharakters – vor der Eroberung der Regierungsgewalt: kleinbürgerliche Protestbewegung, danach: eine Form bürgerlicher Herrschaft – führt Kühnl zwangsläufig zwischen die Fronten der marxistisch-leninistischen und der bürgerlichen Auffassungen über den Faschismus. Sein Vorwurf zielt auf die einheitliche Bestimmung des Klassencharakters faschistischer Bewegungen und faschistischer Herrschaftssysteme; man dürfe „die ohnehin problematische ‚Agententheorie‘“ nicht auf die Aufstiegsphase des Faschismus ausdehnen und die Kausalbeziehung von Kapitalismus und Faschismus nicht „allzu direkt und personalistisch-voluntaristisch“ auffassen, weil das „Verschwörungstheorien“ zu nahe käme.[194] Nach seiner Auffassung könnten die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Faschismus nur als „vermittelte“ und „strukturelle“ gesehen werden. Diese Begriffe sind jedoch nicht sehr aussagekräftig, was den Inhalt und das Wesen dieser Beziehungen betrifft und Reinhard Opitz zu der Erklärung veranlaßte, Kühnl sei „auf eine dem formaldemokratischen Denken verhaftet bleibende Begriffswelt“ fixiert, in der „Strukturelles für Inhaltliches steht“ und in der sich der „nur mit inhaltlichen Kategorien zu erfassende spezifisch neue, staatsmonopolistische Zwangskonnex von privater Wirtschaftsmacht und offizieller politischer Macht – der sich weder als ein einfaches Subordinationsverhältnis noch als ein Bündnisverhältnis beschreiben läßt – entzieht.“[195] Tatsächlich müssen die Beziehungen zwischen der Monopolbourgeoisie und der faschistischen Partei – darauf reduziert sich in gewissem Sinne die Fragestellung – als Ausdruck eines dialektischen Wechselverhältnisses gesehen werden, in dem die beiden Teile weder voneinander unabhängig beziehungsweise „eigenständig“ noch gleichbedeutend sind.

Kühnl charakterisiert in Anlehnung an Arthur Rosenberg[196] die objektive Funktion der faschistischen Bewegung richtig als eine „politische Kraft, die dem Kapitalismus unter den veränderten Bedingungen für den Fall einer ernsten Krise eine neue Massenbasis liefert ... Sie mußte die Massen aktivieren und ihrem Aktivitätsdrang Raum schaffen, mußte ihnen schmeicheln, ihnen Ziele setzen, für die sie zu kämpfen bereit waren. Bei alledem durfte die bestehende Gesellschaftsordnung nicht in Gefahr geraten, durften die Massen nicht wirklich zum Subjekt der Geschichte werden und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, mußte im Gegenteil der wirkliche Gegner dieser Ordnung, die sozialistische Linke, von den Massen selbst bekämpft werden.“ Befürchtend, zu weit gegangen zu sein, läßt Kühnl dieser Erkenntnis allerdings die Sentenz folgen, daß sie „nicht mit der These vom Faschismus als dem Agenten des Kapitals zu verwechseln ist“. Seine Begründung, „Eine solche Massenbewegung muß ein Eigengewicht entfalten – gerade dann, wenn ihr Selbstverständnis so stark von ihrer

192 Reinhard Kühnl, Formen ..., a. a. O., S. 80 f.

193 Ebenda, S. 99.

194 Reinhard Kühnl, Probleme der Interpretation des Faschismus, in: Das Argument, Nr. 58, 12. Jg. (1970), H. 4-6, S. 272; ders., Kapitalismus und Faschismus. Thesen zu Kurt Gossweiler „Material über die Faschismus-Diskussion, in: Gossweiler, Kühnl und Opitz, a. a. O., S. 41.

195 Reinhard Opitz, Fragen der Faschismus-Diskussion. Zu Reinhard Kühnls Bestimmung des Faschismus-Begriffs, in: Das Argument, Nr. 58, 12. Jg. (1970), H. 4-6, S. 290.

196 Arthur Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung, in: Bauer, Marcuse, Rosenberg u. a., Faschismus und Kapitalismus, hrsg. von Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M. 1967, S. 78.

objektiven Funktion abweicht wie beim Faschismus“[197], führt ihn zu der These, zwischen dem Faschismus und der herrschenden Klasse habe es ein „Bündnis“ gegeben, ein „Bündnis zweier Partner ..., von denen jeder über eigene Machtmittel verfügt, die aber zugleich aufeinander angewiesen waren“. Der Faschismus habe dem Kapitalismus die Massenbasis geliefert, und „die Oberklassen stellten der faschistischen Partei die staatlichen, ökonomischen und militärischen Apparate zur Verfügung, mit deren Hilfe die Diktatur der Partei im Innern und die Expansion nach außen durchgeführt werden konnten.“[198] Kühnl versucht, der Dialektik von Massenbasis und Klassencharakter des Faschismus davonzulaufen, indem er ihre Bestandteile willkürlich und ohne nach dem Inhalt zu fragen mit einander in einem „Bündnis“ vermischt. Kann es jedoch ein Klassenbündnis von Monopolkapital und Mittelschichten geben, läßt sich monopolkapitalistische Politik mit der objektiv und auch subjektiv widergespiegelten antimonopolistischen „Politik“ faschistischer Anhängerscharen vereinigen? Besaß das faschistische Herrschaftssystem sowohl einen monopolkapitalistischen als auch mittelständischen Charakter? Und um noch weiter bohrende Fragen zu stellen: Hat der Bündnispartner Monopolbourgeoisie wirklich nur sozial geherrscht, die politische Herrschaft aber dem Bündnispartner Faschismus (kleinbürgerliche Protestbewegung!) überlassen?

Aus der Geschichte ist kein einziges Beispiel bekannt, wo faschistische Regime mittelständische Politik betrieben hätten. Ebensowenig ist bekannt – und denkbar –, wie innerhalb eines Herrschaftssystems die Macht „geteilt“ werden kann, geteilt zwischen einer sozial herrschenden und einer politisch herrschenden Klasse, bei gleichzeitigen unterschiedlichen Inhalten. Eine „Teilung“ der Macht ist erstens nur möglich im Bereich der Machtausübung und zweitens nur bei gleichem sozialökonomischen Inhalt. Bei einer solchen Konzeption müssen sich Widersprüche auftun. Seine Thesen und Schlußfolgerungen reichen nicht aus, um den von ihm selbst dargestellten historischen Tatsachen und Fragestellungen gerecht zu werden. Vor allem gerät Kühnls Beweisführung ins Widersprüchliche, sobald er gezwungen ist, geschichtlich und theoretisch den in seiner Konzeption notwendigen „Wandlungsprozeß“ im Klassencharakter des Faschismus während und unmittelbar nach der Errichtung der Diktatur zu fassen. So stand nach seiner Auffassung die faschistische Exekutive in Deutschland 1933/34 angeblich vor der Frage, ob sie „den Forderungen nach der ‚zweiten Revolution‘ nachkommen oder sie unterdrücken sollte, ob sie sich mit den faschistischen Massenorganisationen oder mit den Oberklassen verbünden sollte“.[199] Mit solcher abstrakten Fragestellung kann keine Klarheit erreicht werden. Es bleibt die Frage, ob es wirklich noch einmal – nachdem mit der Errichtung der faschistischen Diktatur das „Bündnis“ hergestellt worden ist, und zwar das Bündnis zwischen „der faschistischen Partei und den maßgeblichen Teilen der sozialen Oberklassen“, wie kurz zuvor erklärt wird[200] – um das Bündnis zwischen der Führung der faschistischen Partei (denn so muß ja wohl der Begriff faschistische Exekutive verstanden werden) und den Oberklassen gegangen sein soll, dem eventuell sogar alternativ ein Bündnis mit den eigenen Massenorganisationen hätte entgegengestellt werden können? Den 30. Juni 1934 versteht Kühnl als „Ausschaltung“ der „kleinbürgerlich-antimonopolistischen Kräfte aus dem Machtsystem der faschistischen Diktatur“[201], was voraussetzen würde, daß die kleinbürgerliche Massenbasis vorher an der Macht beteiligt gewesen sein müßte. Dies ist aber wirklich nicht in Übereinstimmung mit den historischen Tatsachen zu bringen. Der Faschismus hat keineswegs sein Gesicht gewechselt, wie Kühnl von Axel Kuhn interpretiert worden ist[202], es hat keinen Wechsel vom mittelständischen Massencharakter faschistischer Bewegungen zum monopolkapitalistischen Klassencharakter faschistischer Herrschaftssysteme und einen entsprechenden „Umschlagsvorgang“ gegeben.

Aus solchen Widersprüchen herauszufinden soll die These von der „Verselbständigung“ der faschistischen Exekutive helfen, die Kühnl wie viele andere progressive, linke Historiker und Politologen der BRD auch den Auffassungen Thalheimers über das angeblich bonapartistische Wesen des Faschismus entnimmt.

---

197 Reinhard Kühnl, Formen ..., a. a. O., S. 118.
198 Ebenda, S. 134.
199 Ebenda, S. 131.
200 Ebenda, S. 130.
201 Ebenda, S. 133.
202 Axel Kuhn, a. a. O., S. 113.

Vom Widersinn bonapartistischer Faschismus-Auffassungen

Der bürgerliche Staat hat oft unterschiedliche Formen angenommen und seine Form gewechselt, dabei blieb jedoch sein Klassencharakter immer der gleiche. „Die Form der Herrschaft des Staates kann verschieden sein: Das Kapital äußert seine Macht auf die eine Weise dort, wo die eine Form, und auf eine andere Weise, wo eine andere Form besteht, aber dem Wesen nach beliebt die Macht in den Händen des Kapitals ...“, formulierte Lenin 1919 in seiner Vorlesung „Über den Staat“.[203] Der Marxismus-Leninismus sieht im Staat das politische Machtinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse, die durch den Besitz der staatlichen Macht auch zur politisch herrschenden geworden ist. Staatliche beziehungsweise politische Macht der herrschenden Klasse ist jedoch nicht mit einer jeweiligen Regierungsgewalt identisch, staatliche Institutionen repräsentierten noch nie die angebliche Klassenneutralität des kapitalistischen Staates. Alle Veränderungen, die der imperialistische Staat in unserer Epoche durchmacht, sind Ergebnis des geschichtlichen Zwanges, unter dem die Monopolbourgeoisie steht und der sie dazu führt, ihren Staat den neuen Bedingungen anzupassen. In der Gegenwart vollzieht sich diese Anpassung auf zwei Wegen, wobei beide historische Vorläufer besitzen: „Verstärkung – wo das möglich ist – der repressiven und anderen reaktionären Tendenzen nach innen und der aggressiv-expansionistischen Tendenzen nach außen ...“[204]

Veränderungen, die sich in der Staatsform und im Staatsapparat bei der Entwicklung der faschistischen Diktatur vollzogen, erscheinen bei den Vertretern bonapartistischer Faschismus-Auffassungen als Veränderungen in der politischen Staatsmacht selbst. Bei der Darstellung der Veränderungen und der Wandlungen im faschistischen Staat des deutschen Imperialismus wird vergessen, daß diese ja gerade zu dem Zweck betrieben wurden, den bürgerlichen Staat intakt zu halten. Die sich im Charakter der faschistischen Staatsmacht manifestierende politische Herrschaft der Monopolbourgeoisie wird mit der Form, der Struktur und der Frage nach dem sozialen Rekrutierungsfeld des Staatsapparates verwechselt. Auch Kühnl übernimmt im Wesen – wie schon angedeutet – die bonapartistische These, die der Rechtsopportunist August Thalheimer 1930 aufgestellt hat, als er das faschistische System als „Verselbständigung der Exekutivgewalt, die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und des Großgrundbesitzes“ bezeichnete.[205] Er verfeinert zwar diese Auffassung, nach der die Bourgeoisie ihre politische Macht an die faschistische Exekutive abgetreten habe, insofern er „nur“ von einer „partiellen Verselbständigung der politischen Gewalt gegenüber den ökonomischen Interessen und Machtgruppen“ spricht.[206] Das wird aber auch durch die Einschränkung nicht richtiger, daß sich die Verselbständigung der Exekutive „aus dem kapitalistischen Gesamtinteresse ergab“[207] beziehungsweise daß „die Entscheidungsfreiheit dieser Exekutive durch die Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begrenzt“ ist.[208]

Nehmen wir zunächst die Aussage heraus, daß sich die faschistische Exekutive – wobei unklar bleibt, wer eigentlich konkret damit gemeint ist: die Naziführung, der Staatsapparat oder nur einige neue Teile des Unterdrückungsapparates – gegenüber den Massen verselbständigt habe. Heißt das nun etwa, unter einer anderen Herrschaftsform, zum Beispiel der bürgerlich-parlamentarischen, besitze der imperialistische Staat keine selbständige Funktion gegenüber den Massen? Oder soll das bedeuten, in der Weimarer Republik habe das Monopolkapital „direkt“ und „unmittelbar“ über die Massen geherrscht? Eine Antwort auf die bloße Verkehrung der Fragestellung kann nicht erfolgen, außerdem widerlegt sich der Autor selbst, wenn er an anderer Stelle schreibt: „Daß die Unternehmer nichts gegen die Abschaffung der Demokratie einzuwenden hatten, ist von der Interessenlage her leicht verständlich. Sie konnten ihre Ziele – wie die Monarchie in Deutschland vor 1918 gezeigt hatte – viel

---

203 W. I. Lenin, Über den Staat, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 476.

204 Die Grundfragen der Revolution. Materialien einer internationalen Forschungsgruppe, in: PFS, 16. Jg. (1973), . 8. S. 1025.

205 O., S. 31.

206 Reinhard Kühnl, Formen ..., a. a. O., S. 123.

207 Ebenda.

208 Ebenda, S. 141.

leichter durchsetzen, wenn Parteien, Gewerkschaften und Parlament nicht existent oder politisch einflußlos waren. Der direkte Weg über die politischen Entscheidungsinstanzen – Regierung und Bürokratie – garantierte für sie in vieler Hinsicht bessere Resultate und eine höhere Sicherheit als der Umweg über Parteien und Parlament, die mindestens teilweise auch den Einflüssen der unteren Klassen zugänglich waren."[209]

Wichtiger für die Kritik an jeder bonapartistischen Faschismus-Theorie ist jedoch die These von der angeblichen „politischen Unterwerfung der Bourgeoisie" durch den Faschismus. Kühnls Modifizierung der Thalheimerschen Ungereimtheiten, die zugleich den Versuch einer Erläuterung der Ursachen des Bonapartismus im faschistischen Herrschaftssystem umfaßt, lautet: „Hier wuchs dem faschistischen Führer (und seiner Exekutive) eine ganz wesentliche Aufgabe zu: Er traf die Entscheidungen über den Machtanteil der einzelnen faschistischen Organisationen und Cliquen, die er gegeneinander ausspielen und dabei seine eigene Macht festigen konnte. Und er traf die Entscheidungen in den Fraktionskämpfen der ökonomischen Machtgruppen, die sich auf dem Wege des internen Kompromisses nicht mehr verständigen konnten und eben deshalb der faschistischen Exekutive und ihrer Dezisionsgewalt bedurften, damit überhaupt noch politisches Handeln möglich war. Alle diese Machtgruppen und Fraktionen trugen ihre Gegensätze auf dem Boden des politisch faschistischen und sozialökonomisch kapitalistischen Staates aus, der als das gemeinsame Fundament akzeptiert war. Die faschistische Exekutive ihrerseits, die in diesem Konglomerat rivalisierender Gruppen gewissermaßen die Schiedsrichterfunktion übernommen hatte, war gleichfalls an diesen Rahmen gebunden und außerdem auf die Anerkennung als Schiedsrichter durch die bestehenden Machtgruppen, und d. h. auf Kooperation mit wechselnden Teilen von ihnen angewiesen."[210]

Wie Thalheimer geht auch Kühnl von einer irreführenden Interpretation der Marxschen Darstellung des Bonapartismus aus, jener nach der Diktatur Napoleon Bonapartes und besonders der Diktatur Napoleons III. benannten spezifischen Herrschaftsform im Interesse der Bourgeoisie.[211] Marx und Engels sprachen immer von der scheinbaren Selbständigkeit der Staatsmacht gegenüber der Gesellschaft, sie lösten den Staat nicht aus seiner Klassengebundenheit. Gerade mit dem berühmten Satz: „Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu beherrschen"[212] ging es Marx um die Kontinuität des bürgerlichen Staates, nicht darum, den Bonapartismus als klassenneutrale Form des Staates anzuerkennen. Die bonapartistischen Faschismus-Theorien überbewerten und verabsolutieren die gerade von marxistisch-leninistischen Theoretikern immer wieder beobachtete Tendenz zur Verselbständigung und die Tatsache einer relativen Selbständigkeit des Staates. Sie machen . daraus das Wesensmerkmal des Faschismus beziehungsweise . des faschistischen Herrschaftssystems und unterstellen, die faschistische Führungsclique hätte sich gegenüber der herrschenden Klasse „verselbständigt". Das kann nur bedeuten, daß die Naziführung und speziell Hitler eine „selbständige" Politik betrieben und immer „das letzte Wort" gehabt haben sollen. Kühnl stützt sich in seiner Beweisführung auf die inneren Auseinander Setzungen der deutschen Monopolbourgeoisie in den Jahren 1935/36, 1938 und 1943/44. Dabei konstruiert er eine Frontlinie, die nur zwischen der jeweils opponierenden unzufriedenen Gruppe des Monopolkapitals und der faschistischen Exekutive verlaufen sein soll. Der schwerindustriellen Gruppe, die von Schacht und Thyssen repräsentiert wurde, stand 1935/36 „der entschlossene Wille der faschistischen Exekutive gegenüber, alle verfügbaren Kräfte für die Aufrüstung zu mobilisieren, um das Eroberungsprogramm möglichst rasch in Angriff nehmen zu können". Die andere Gruppierung der Chemie- und Elektroindustrie habe dabei lediglich eine die Naziführung unterstützende Rolle gespielt, und der „Konflikt wurde nach den Wünschen der faschistischen Exekutive entschieden".[213]

Dies beruht offensichtlich auf einer Überschätzung des Gewichts der Gegensätze zwischen verschiedenen Gruppierungen und Fraktionen innerhalb der herrschenden Klasse. Kühnl tut so, als sei es bei diesen

209 Ebenda, S. 127.
210 Ebenda, S. 139 f.
211 Vgl. Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin 1960, S. 196 ff.
212 Ebenda, S. 197.
213 Reinhard Kühnl, Formen ..., a. a. O., S. 135.

Fraktionskämpfen um die Lösung von antagonistischen Widersprüchen und nicht um Fragen von unterschiedlichen Auffassungen über den Weg, über Taktik und Tempo der Aufrüstung gegangen. Der Prozeß jener „internen Verständigung“ zwischen verschiedenen Gruppen der Monopolbourgeoisie, d. h. der Prozeß der Durchsetzung einer dieser Gruppen, vollzieht sich nicht mit Hilfe von diktatorischen „Schiedsrichtern“, sondern unterliegt den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes, des Kräfteverhältnisses zwischen den verschiedenen Klassen und den Gruppen innerhalb einer Klasse. Es ist dem marxistisch-leninistischen Historiker Kurt Gossweiler zuzustimmen, der meint, daß sich 1933 lediglich der Modus im Austragen der Konflikte zwischen den verschiedenen Teilen der Monopolbourgeoisie geändert habe: „Die faschistische Diktatur sorgte dafür, daß die Öffentlichkeit vollkommen ausgeschlossen und das Bild der ‚einmütig hinter dem Führer stehenden Volksgemeinschaft‘ unberührt blieb. In die Entscheidung selbst griffen die Naziführer, wenn überhaupt, gewöhnlich nicht als Parteimänner, sondern als Vertrauensleute bestimmter Gruppen des Monopolkapitals in der Parteiführung ein. Hitler selbst lehnte es bezeichnenderweise in der Regel ab, in solchen Konflikten eine Entscheidung zu fällen, und beschränkte sich darauf, diese, nachdem sie gefallen war, zu sanktionieren.“[214]

Wie die „Bündnistheorie“ verschleiert auch der Vergleich des Faschismus mit dem Bonapartismus die *aktive*, die *letztlich bestimmende* Rolle der Monopolbourgeoisie, die von Verbrechen zu Verbrechen und von Krieg zu Krieg geführt hat. Das zu beweisen ist auch Kühnls Anliegen, ein Anliegen aller, die gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg einzutreten bereit sind.

Schlußbemerkungen

Heute laufen – in vielen Teilen der imperialistischen Länder – die reaktionärsten Elemente der Monopolbourgeoisie, ihre aggressiv-revanchistischen Parteien und Repräsentanten wütend Sturm gegen alle Schritte zur Sicherung des Friedens und zur Entspannung in der Welt. Die Kräfte des Sozialismus und der weltweiten Friedensbewegung sind in unserer Zeit – anders als in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus – so stark, daß sie wesentlich den Lauf der Welt bestimmen und auch die aggressivsten unter den Imperialisten zur Anerkennung der bestehenden Realitäten zwingen können. Aber es bleibt Tatsache: „Der Imperialismus hat sein aggressives Wesen keineswegs gewandelt“, wie Genosse Leonid Breschnew am 29. Januar 1974 während seines Besuches in Kuba betonte.[215]

Heute darf man die Gefahr des Faschismus gewiß nicht überschätzen, und dennoch wäre es auch gefährlich, ihn zu unterschätzen. Jede Erscheinung, jede Tendenz und jede Bewegung zum Faschismus hin muß entschieden bekämpft werden. Er kommt nicht „über Nacht aus dem Nichts“[216], und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die herrschende Klasse der imperialistischen Länder bei bestimmten Wendepunkten künftiger Entwicklungen wieder auf den Faschismus zurückgreift, ihn als und bewährte konterrevolutionäre Kraft in erprobte Aktion setzen wird. Mit Bedacht zogen die Teilnehmer der theoretischen Konferenz von 21 kommunistischen und Arbeiterparteien in Essen (BRD), die dem Thema „Neue Formen der faschistischen Gefahr, der wachsenden Reaktion und die Wege ihrer Bekämpfung“ gewidmet war, aus den Erfahrungen der Geschichte den Schluß, der Faschismus mache „nicht selten ein relativ langes Stadium embryonaler Entwicklung durch“ und greife dann rasch um sich. „So war es in den 20er Jahren, als sich seine Anzeichen unmerklich häuften. In unserer Zeit ist eine plötzliche Aktivierung der faschistischen Bewegung, so etwa wie an der Schwelle der 30er Jahre, ebenfalls möglich. Bei Äußerungen der Labilität des ökonomischen und politischen Systems, in zugespitzten internationalen Situationen zeigt sich die Tendenz zur Verbreiterung der rechtsradikalistischen Wählerschaft, und die faschistische Gefahr kann in kürzester Frist zu katastrophalen Ausmaßen anwachsen. Die Bruderparteien sind der Ansicht, daß man alles tun muß, um das Wuchern und Erstarken des Faschismus zu verhüten.“[217]

---

214 Kurt Gossweiler, Über Wesen und Funktion des Faschismus ..., a. a. O., S. 15; vgl. auch: Elfriede Lewerenz (s. Anm. 25).

215 Neues Deutschland, Berlin, 31.1.1974.

216 Reinhard Opitz, Wie bekämpft man den Faschismus? Thesen über antifaschistische Politik, in: Gossweiler, Kühnl, Opitz, a. a. O., S. 46.

217 Der gegenwärtige Faschismus ..., a. a. O., H. 4, S. 474 f.

Heute geht es um die wirksamste, organische Verbindung der allgemeinen Aufgaben des Kampfes gegen Imperialismus und Kriegsgefahr mit den spezifischen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes. Daraus erwachsen gerade den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern dringende Verpflichtungen, nach dem Beispiel der analytischen und theoretischen Arbeit der Kommunistischen Internationale die neuen Erscheinungen zu erfassen und zu durchdringen. Zu klären sind unter anderem solche wichtigen Probleme wie

- das Wesen und die Merkmale des Neofaschismus als des Faschismus unter Anpassungszwang,
- die Kontinuität und Diskontinuität im Übergang vom „traditionellen" Faschismus zu seinen heutigen Erscheinungsformen,
- die Besonderheiten des Neofaschismus gegenüber anderen reaktionären Bewegungen und Herrschaftssystemen des Imperialismus,
- die Konsequenzen, die sich für den Neofaschismus aus der zunehmenden Tendenz der Internationalisierung des Monopolkapitals ergeben und den „Export" des Faschismus begünstigen[218],
- die Zusammenhänge von Neofaschismus und Neokolonialismus und
- die konkreten Bedingungen, unter denen der Neofaschismus eine Massenbasis erlangen kann beziehungsweise ohne eine solche zu agieren hat.

Die Beantwortung dieser und anderer relevanter Fragen wird es der weltweiten Bewegung für Frieden und Fortschritt erleichtern, jeden Rückfall in die faschistische Nacht des Grauens und der Barbarei zu verhindern. Es wird – im Sinne dieser Zielsetzung – aber auch weiterer Anstrengungen bedürfen, um das ganze antikommunistische Geflecht der Verfälschung historischer Ereignisse und Prozesse (vor allem während der Jahre 1933 bis 1945) zu zerreißen und die richtigen Erkenntnisse über die Geschichte des Faschismus zu verbreiten.

Verlag Marxistische Blätter Frankfurt/Main 1975, 122 S.

218 Auf die Tatsache, daß gerade die multinationalen Gesellschaften des Monopolkapitals die „reaktionärsten und autoritärsten Strömungen, einschließlich der faschistischen" unterstützen, machte die Politische Erklärung der Konferenz der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Brüssel mit Nachdruck aufmerksam. Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 1.2.1974.

Er stellte sein Leben in den Dienst der Arbeiterklasse

Zum 30. Todestag Dr. Theodor Neumanns

Wie vielen anderen auch war es dem Kommunisten Dr. Theodor Neubauer nicht mehr vergönnt, die Verwirklichung seiner Ziele, für die er immer mit großer Konsequenz und mit hohem Verantwortungsbewußtsein eintrat, zu erleben. Wenige Wochen vor der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch der faschistischen Diktatur, am 5. Februar vor nunmehr 30 Jahren, zerrten ihn die faschistischen Henker unter das Fallbeil des Zuchthauses Brandenburg-Görden, nachdem er von der Gestapo am 14. Juli 1944 verhaftet und vom sogenannten Volksgerichtshof am 8. Januar 1945 zum Tode verurteilt worden war.

Heute ist viel über Theodor Neubauer bekannt. Sein Leben und sein Wirken für die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung sind weitgehend erforscht. Plätze, Straßen, Schulen und Betriebe tragen seinen Namen zur mahnenden Erinnerung und zu verpflichtendem Gedenken.

Sein Weg an die Seite der Arbeiterklasse

Im Dezember 1920, als sich die deutschen Kommunisten und die linke Mehrheit der USPD vereinigten, wurde Neubauer Mitglied der KPD. Ein weiter Weg war es, der ihn zu diesem für sein weiteres Leben so entscheidenden Schritt geführt hatte. Für ihn, den am 12. Dezember 1890 in einem Dorf an der Werra geborenen Sohn eines Gutsinspektors, gab es keine leichten Entscheidungen.

Mit ganzem Herzen gab er sich in seiner Jugendzeit historischen Studien hin. 1913 promovierte er an der Jenaer Universität. Zu Beginn des ersten Weltkrieges erfaßte der nationalistische Taumel auch ihn, als er freiwillig in den Militärdienst trat. Beeindruckt von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution reifte Theodor Neubauer, der den Widerspruch zwischen den Kriegserfahrungen und seinen humanistischen Idealen quälend empfand. In der Novemberrevolution und in der anschließenden Begegnung mit den Werken von Marx und Engels, die ihm junge sozialistische Arbeiter vermittelten, begann er den engen Zusammenhang zwischen dem erstrebten Fortschritt und der Arbeiterklasse zu begreifen. Nach kurzer Mitgliedschaft in der Deutschen Demokratischen Partei trat er der USPD bei. Er publizierte Arbeiten, in denen er sich mit weltanschaulichen und pädagogischen Problemen auseinandersetzte und eine echte demokratische Volksbildung forderte.

Als er seinen Schülern von Marx und Engels zu erzählen wagte, wurde in Erfurt ein Schulstreik gegen ihn inszeniert. Wegen seiner aktiven Beteiligung am Kampf gegen den Kapp-Putsch erfolgte die Entlassung aus dem preußischen Schuldienst. Angewidert vom Verrat rechter und zentristischer Führer der deutschen Sozialdemokratie sah er nur noch die Möglichkeit, seinen Weg vom Kriegsfreiwilligen zum Antimilitaristen, vom Liberalen zum Sozialdemokraten konsequent fortzusetzen. Aus dem Arbeiterfreund entwickelte sich der aktive Mitkämpfer des revolutionären Proletariats.

Neubauers Kampf galt dem Imperialismus in all seinen militaristischen, chauvinistischen und faschistischen Erscheinungsformen. Mit großer Aufmerksamkeit spürte er der Nazibewegung nach, von Anfang an als ihr entschiedener Gegner. Ob als thüringischer Landtagsabgeordneter, als Mitglied der Thüringer Arbeiterregierung im Herbst 1923, als Bezirksleiter der KPD, als Chefredakteur der „Freiheit“ in Düsseldorf oder als Reichstagsabgeordneter und Sachverständiger seiner Partei für Steuer- und Finanzfragen bzw. für außenpolitische Probleme – immer stand Theodor Neubauer im Dienst der Arbeiterklasse, deren historische Mission ihm ureigenste Angelegenheit und Verpflichtung geworden war.

Die Machtergreifung des Faschismus 1933 konnte seinen Kampf nicht hemmen; der Kommunist und konsequente Antifaschist Neubauer kapitulierte nicht. Nach sechs Jahren Haft und Gefangenschaft (u. a. im Konzentrationslager Buchenwald) ging er entschlossen an die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte in Thüringen. Er suchte und fand von Tabarz und Gotha aus, wo er bei einem Autoreparaturbetrieb arbeiten mußte. Verbindungen zu illegal tätigen Kommunisten und Parteizellen, die er anleitete und zusammenzufassen begann. Die von ihm angestrebte umfassende antifaschistische Widerstandsorganisation erstreckte sich bald über ganz Thüringen. Im Januar 1942 kam er mit Magnus

Poser zusammen, der die illegale Organisation der KPD in Jena leitete. Beiden gelang es, eine neue Bezirksleitung der Partei für Thüringen zu schaffen, als deren Mitglied er für die politisch-ideologische Arbeit verantwortlich zeichnete. Die von ihm erarbeiteten Flugblätter und Informationsmaterialien, z. B. der „Bericht zur Lage“ vom Herbst 1943, wurden auch über die Grenzen Thüringens hinaus verbreitet.

Mitglied der illegale KPD-Leitung

In den Jahren 1943/44 gehörte er auch der illegalen operativen Leitung der KPD und des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland an. In enger Zusammenarbeit mit den Funktionären der Parteiorganisationen von Berlin-Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt setzte sich Theodor Neubauer das Ziel, eine breite Volksfront gegen die faschistische Diktatur und den Hitlerschen Raubkrieg sowie für ein neues demokratisches und schließlich auch sozialistisches Deutschland zu schaffen. Konsequent vertrat er die Linie der Partei, die auf der Brüsseler und der Berner Konferenz unter Berücksichtigung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung programmatisch auf dem Boden des ersten sozialistischen Staates der Welt praktisch verwirklicht wurde.

Theodor Neubauer beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung des bekannten Dokuments „Wir Kommunisten und das NKFD“, das eine große Bedeutung für die richtige Orientierung der in Deutschland kämpfenden Antifaschisten besaß. Hier finden sich auch jene Worte, die wir einem Vermächtnis gleich der Entwicklung in der DDR zugrunde gelegt haben: „Wir Kommunisten reichen jedem Hitlergegner die Hand – und schlagen in jede uns ehrlich gereichte Hand ein – zum gemeinsamen Kampf gegen den Volksfeind Hitler. Die Antifaschisten werden sich klar darüber, daß es nach dem Sieg über die faschistischen Kriegsabenteurer kein Zurück zur kapitalistischen Demokratie geben kann, sondern nur ein Vorwärts ... Die Arbeiterklasse, das ist die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, sie ist die größte und gewaltigste Armee der antifaschistischen Volksrevolution ... ist der ausschlaggebende Faktor im kommenden demokratischen Deutschland.

Mit Stolz und in ehrendem Gedenken auch an Genossen Neubauer können wir heute sagen: Die DDR im 30. Jahr danach – das ist die zur Realität gewordene Konzeption der Partei für den antifaschistischen Widerstandskampf, die nach der Befreiung und in engem Bündnis mit der Sowjetunion erfolgreich verwirklicht werden konnte.

Volkswacht, 05.02.1975, S. 5.

Der Tag der 21000

Heute vor 30 Jahren befreiten sich die Häftlinge des faschistischen Konzentrationslagers Buchenwald

Ähnlich wie der Name der Stadt Weimar, die in diesem Jahr ihr tausendjähriges Bestehen feiert, zur inoffiziellen Bezeichnung der bürgerlich-parlamentarischen Republik während der Jahre 1919 bis 1933 verwendet wurde und heute noch gebraucht wird, so gilt das nahe bei Weimar gelegene Buchenwald als Symbol der offenen Diktatur des faschistischen deutschen Imperialismus. Beide Namen stehen für vieles, für Typisches in der Geschichte des deutschen Volkes, sowohl für die auf eine extreme Spitze getriebene Unterdrückung und Ausplünderung der werktätigen Massen als auch für das heroische Ringen der illegalen Widerstandsbewegung unter Führung der Kommunisten, dessen großes Ziel die friedliche Zukunft in Demokratie und Sozialismus darstellte.

In diesen Tagen erinnern wir uns insbesondere an die Ereignisse vom 11. April 1945, als im Konzentrationslager Buchenwald gegen 14.50 Uhr der bewaffnete Aufstand begann und sich die Antifaschisten nach so vielen Jahren voller Qual und Pein und angesichts einer bevorstehenden Befreiung von außen doch in einer unvergessenen Aktion selbst befreiten. Die unerschrockenen, zum letzten entschlossenen illegalen Kämpfer Buchenwalds nutzten die sich mit der Befreiung anbahnende Chance, den deutschen Faschismus endgültig niederzuringen und eine neue Gesellschaft aufzubauen, mit ihrem eigenen verantwortungsbewußten, vorwärtstreibenden Handeln.

Um die Leistung jenes Kampfes vor nun mehr 30 Jahren richtig würdigen zu können, muß man wissen, wie grausam und barbarisch, wie stark und gefährlich die offene terroristische Diktatur des deutschen Imperialismus und Militarismus auch noch in der Zeit ihrer Agonie war. Die Konzentrationslager gehörten zu den wichtigsten Bestandteilen des faschistischen Terror- und Unterdrückungsapparates. Als die SS systematisch das unterjochte Deutschland mit einem Netz solcher Lager überzog, war eines der berüchtigsten auf dem 478 m hohen Ettersberg bei Weimar geschaffen worden, der sich bis dahin nur mit den Namen Goethe, Schiller, Herder, Wieland, mit dem von Weimar ausgehenden klassischen Humanismus des 18. und 19. Jahrhunderts verband. Diese Stätte einer verpflichtenden Tradition wurde, als die Nazis mit dem Bau des KZ begannen, zum Sinnbild faschistischen Terrors und faschistischer Unkultur degradiert.

Am 27. Juli 1937 hatten die Wachmannschaften die ersten 91 politischen Häftlinge durch das Tor mit der vielsagenden, zynischen Inschrift „Jedem das Seine“ gejagt. Ende 1937 war die Zahl der Häftlinge schon auf 2561 angewachsen. Jede neue faschistische Aggression brachte viele Angehörige anderer Nationen hierher. Nach der Kristallnacht Verschleppten die Nazis über 10.000 Juden in das Lager. Von ihnen wurden 600 bereits in den Wochen bis zum Februar 1939 ermordet. Bis zur Befreiung erlebten 238.980 Gefangene aus 32 Ländern die Schrecken und Grauen des Lagers. Jeder vierte von ihnen konnte den 11. April des Jahres 1945 und die Verwirklichung seiner Ziele nicht mehr erleben. 56.545 Häftlinge erlagen den unmenschlichen Bedingungen und starben einen qualvollen Tod. Zum Symbol des ungebrochenen Mutes der Kommunisten und aller Widerstandskämpfer wurde der unvergessene Führer der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, der am 18. August 1944 in Buchenwald feige ermordet wurde.

Unter den politischen Häftlingen befanden sich mit Walter Stoecker, Theodor Neubauer, Albert Kuntz und Walter Krämer führende Funktionäre der KPD. Zur illegalen Leitung der illegalen Parteiorganisation gehörten nach 1939 auch Ernst Busse, August Thöne, Ernst Brandt, Harry Kuhn und Walter Bartel. Jede Gelegenheit wurde für politische Diskussionen genutzt, Kranken Hilfe geleistet und ein hartnäckiger Kampf gegen Spitzel und Provokateure aus den Reihen der kriminellen Häftlinge geführt. Die Solidarität – getragen vom Internationalismus der Arbeiterklasse – rettete vielen das Leben.

In der politischen Arbeit verwirklichten die politischen Häftlinge die Generallinie der KPD und ihres Zentralkomitees, da ihnen die Ergebnisse und Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Konferenzen von Brüssel und Bern durch neu eingelieferte Genossen

bekannt wurden. Besonders eingehend konnte Genosse Walter Bartel darüber berichten, daß die auf diesen Konferenzen verallgemeinerten Erfahrungen der kommunistischen Parteien, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Österreichs und Spaniens im Kampf gegen den Faschismus zur bedeutsamen Erkenntnis von der Notwendigkeit geführt hatten, die Arbeiterklasse in der Einheitsfront zusammenzuschließen und alle demokratischen Kräfte in einer antifaschistischen Volksfront zu vereinen. Für die illegale antifaschistische Arbeit war die exakte Bestimmung des Wesens und des Klassencharakters der faschistischen Diktatur, wie sie vor allem Georgi Dimitroff gegeben hatte, von großer Bedeutung.

Die Kommunisten wußten auch um die Größe der Aufgabe, selbst hinter Stacheldraht verstärkt für die Sicherung des Friedens zu wirken und damit zugleich die UdSSR, die wichtigste Stütze aller Friedenskräfte, zu verteidigen. Für die Antifaschisten des Lagers verschmolz während des zweiten Weltkrieges ihr Widerstandskampf mit dem Befreiungskampf der Völker der UdSSR und der anderen überfallenen Länder. Sie ließen sich von der Orientierung leiten, die die Führung der Partei am 24. Juni 1941 in ihrem Aufruf zum Kampf gegen den heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion gab: „Unsere eigene Sache ist es, die von der Roten Armee siegreich verteidigt wird. Unser Feind steht im eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Großkapitalisten, der Kriegsgewinnler sind unser Feind. Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.“ Von ihnen wurde die Rote Armee richtig als unmittelbarster und stärkster Verbündeter der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung gesehen.

Kampf gegen die „Vernichtung durch Arbeit"

Nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges und insbesondere nach dem verbrecherischen Überfall auf die Sowjetunion wurde das Lager, dessen Kapazität zunächst nur für 8000 Häftlinge berechnet war, immer mehr erweitert, u. a. auch durch die 87 „Außenlager“, die in der Nähe von großen Konzernen und Rüstungsbetrieben errichtet wurden. Die Ausbeutung der Häftlinge und die Vernichtung durch Arbeit waren ein lukratives Geschäft für die SS und ihre Auftraggeber, die deutschen Monopolherren. Vom Umfang des Profits künden einige Zahlen: Im August 1944 leisteten allein in den Außenkommandos die männlichen Facharbeiter 248.720 und die Hilfsarbeiter 1.285.845 Tagewerke, d. h. eine Arbeit von täglich 12 bis 14 Stunden! Im Oktober 1944 war die Zahl der Tagewerke auf 324.806 bzw. 1.658.401 gestiegen. An die SS zahlten die Unternehmer dafür als „Leihgebühr“ 6,4 bzw. 8,3 Millionen Reichsmark.

Doch so groß die Überwachung, so ausgeklügelt und drakonisch die Strafen auch waren, die als Arbeitssklaven mißbrauchten Häftlinge waren unbeugsam. Die Sabotage, gegen die die SS in den meisten Fällen machtlos war, fügte der Rüstungsproduktion größeren materiellen und finanziellen Schaden zu und war zugleich eine der wichtigsten Formen des Widerstandes. Allein im Außenlager Dora bei Nordhausen wurde die Arbeit in einem Ausmaß sabotiert, das nicht ohne Auswirkungen auf den Kriegsverlauf bleiben konnte. In den ersten zehn Wochen sollten 13.500 Raketen vom Typ V 2 hergestellt werden – abgerechnet wurden nur 5946, von denen aber immer noch überdurchschnittlich viele versagten.

Signal zum Aufstand

In den letzten Kriegsjahren verstärkten die Antifaschisten ihren Kampf und bereiteten sich auf die Befreiung vor. Fragen der Waffenbeschaffung und der militärischen Organisation gehörten auch zu ihrer illegalen Arbeit. Im Lager Buchenwald erreichte die Widerstandsbewegung eine neue Qualität, als im Sommer 1943 das Internationale Lagerkomitee entstand. Dieses stellte sich die Aufgabe, das Leben der Häftlinge durch eine breite Solidarität zu erhalten, alle bewußten Hitlergegner in einer Front zusammenzuschließen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Rüstungsproduktion zu sabotieren und den bewaffneten Aufstand vorzubereiten.

Eindrucksvoll sind im heutigen Museum der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald alle Maßnahmen und Schritte des ILK rekonstruiert und dargestellt worden. Bei einem Besuch erfährt

man von der Militärorganisation, die aus 178 Gruppen mit je drei bis sechs Mitgliedern bestand, darunter 71 Gruppen mit sowjetischen Kriegsgefangenen. Jeder Gruppe war ein nicht unmittelbar zur Militärorganisation gehörendes Aktiv zugeteilt. Die zum Aufstand und darauf in Übungen verschiedener Art vorbereiteten Antifaschisten verfügten über ein leichtes Maschinengewehr mit 2000 Schuß Munition, über 91 Karabiner, 20 Pistolen, 16 Stiel- und 80 sonstige Handgranaten, über 150 Hieb- und Stichwaffen sowie über 200 Brandflaschen. Darüber hinaus gehörten Drahtscheren, Holzbohlen, eine Blinkanlage sowie ein illegal hergestellter Morsesender zur Ausrüstung.

Der Sturm auf das Lagertor und auf die noch nicht geflüchteten Wachposten der SS war erfolgreich. Am 11. April, 15.15 Uhr, wehte die weiße Fahne vom Turm des Torgebäudes. Erst zwei Tage später übernahmen amerikanische Truppen das Lager, am 4. Juli konnten die Antifaschisten die Rote Armee begrüßen. An ihrer Seite und im Bunde mit der Sowjetunion gingen die Befreiten daran, ihren Schwur vom 19. April 1945 in die Tat umzusetzen: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

21.000 überlebten und kämpften am 11. April 1945 – ihr Schwur wies über den Tag hinaus, er wurde gehalten und gehört zu unserer sozialistischen Gegenwart.

Volkswacht-Beilage, 11.04.1975, S. 3.

Es siegten die Waffen des Sozialismus und des Friedens

Gedanken zur Befreiung vom deutschen Faschismus und ihrer Bedeutung für die revolutionäre Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte

Als die geschlagenen Führer des faschistischen deutschen Imperialismus aus ihren letzten Schlupfwinkeln getrieben und zur völligen Kapitulation gezwungen wurden, war der zweite Weltkrieg im wesentlichen abgeschlossen. Die Sowjetunion stand am Ende einer der schwersten Prüfungen ihrer Geschichte. Die Stoßkräfte des Weltimperialismus hatten 1941 zur Attacke geblasen und die größte bewaffnete Aktion gegen den Sozialismus eingeleitet. Die „Neuordnung“ Europas und Weltherrschaft standen auf dem Panier des faschistischen deutschen Imperialismus, der zunächst die revolutionäre Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen, demokratischen und humanistisch gesinnten Menschen in Deutschland einem blutigen Herrschaftssystem des grausamsten Terrors unterworfen und dann den zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hatte.

1945 wurde den Verbrechen der braunen Barbarei ein Ende gesetzt. Der Sieg, den die Sowjetunion als Hauptkraft der Antihitlerkoalition errang, rettete die Menschen Europas und vieler anderer Länder vor der Geißel einer weltweiten Diktatur der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus. Darüber hinaus schuf die heroische und opferreiche Befreiung zugleich neue, günstige Voraussetzungen für das weitere Voranschreiten des Sozialismus im internationalen Maßstab, weil der Sieg mit den Waffen des historischen Fortschritts und des Friedens errungen, weil das Kräfteverhältnis zugunsten einer Zukunft in Frieden, Demokratie und Sozialismus verändert worden war.

Schlappe aller Friedensfeinde

Als der Faschismus in Agonie versank, begannen die Monopolherren, die den revolutionären Sturz des diktatorischen Regimes durch die Arbeiterklasse und die Volksmassen ähnlich dem November des Jahres 1918 fürchteten, mit intensiven Vorbereitungen für die Rettung ihrer Machtgrundlagen. Dazu gehärte nicht nur der 20. Juli 1944, ein Putschversuch mit überwiegend imperialistischer Zielsetzung, dazu gehörte die vielfältig betriebene Sicherung der Kapitalien und Produktionsmittel sowie vor allem der Versuch, sich in letzter Minute im Westen um Frieden zu bemühen und den Krieg gemeinsam gegen die Sowjetunion zu führen. Der faschistische deutsche Imperialismus suchte Verbündete in den extrem reaktionären Kreisen der westlichen Alliierten. Er hätte sie dort auch finden können – davon zeugen sowohl die Verhandlungen, die Dulles und andere hinter dem Rücken der Sowjetunion führten, als auch der spätere „kalte Krieg“ –, doch waren diesen ganz erheblich die Hände gebunden. Vor allem dank der klugen Politik der Sowjetregierung, die gegenüber den Verbündeten in der Antihitlerkoalition auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhte. Damals wurde die Möglichkeit einer effektiven politischen und militärischen Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung in der Praxis bewiesen, und das mit dem Ergebnis, daß nicht nur der Faschismus geschlagen, sondern – zumindest zeitweilig – auch die ihm freundlich gewogenen extrem reaktionären Kräfte in den anderen imperialistischen Ländern zurückgedrängt werden konnten. Auch dadurch entstanden für die Massen dieser Länder günstige Voraussetzungen zur Weiterführung ihres sozialen und politischen Kampfes.

So erlitt 1945 der friedensfeindliche Imperialismus in seiner Gesamtheit eine schwere Schlappe: Der Sozialismus, der nach einem Wort von Goebbels „für alle Zeiten“ vernichtet werden sollte, ging gestärkt aus dem Krieg hervor. Es entstand das sozialistische Weltsystem. Die Entwicklung des weltweiten revolutionären Prozesses beschleunigte sich. Auf der anderen Seite vertiefte sich die allgemeine Krise des Kapitalismus. Am 8. Mai 1945 eröffnete sich die Perspektive eines gesicherten Friedens, der sich auf die Kräfte des Sozialismus stützt und der selbst zur weiteren Stärkung des Sozialismus beiträgt. Drei Jahrzehnte danach können wir in der Tat von einer dreißigjährigen Friedenszeit sprechen. Doch sie war oft bedroht und mit den Problemen lokaler Kriege belastet. Noch heute gilt: Wer den Frieden wünscht, darf die Lehren des Krieges nicht vergessen! Die Natur des Imperialismus hat sich nicht geändert, seine aggressivsten Kräfte forcieren das Wettrüsten und versuchen, die positiven Veränderungen in den internationalen Beziehungen – sie sind ein Ausdruck der notwendigen

Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges – zu hintertreiben. Der Friede muß bewaffnet sein!

Sieg für die Sieger der Geschichte

Der zweite Weltkrieg erhielt sein Gepräge vor allem durch das erbitterte Kräftemessen zweier sozialer Systeme. Daher bedeutet der 8. Mai 1945, wie es im Aufruf zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus heißt, einen „Sieg der zutiefst humanistischen Gesellschaftsordnung des Sozialismus über die barbarische imperialistische Ordnung“ und ist darüber hinaus auch gesetzmäßiger Ausdruck „der allseitigen Überlegenheit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber dem Imperialismus“. Vor drei Jahrzehnten wurde damit ein neuer, wichtiger Schritt auf dem Wege der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus getan. Mit dem Sieg der Sowjetunion setzte sich zugleich ein weiteres Mal die historische Mission der internationalen Arbeiterklasse, der Klasse der Befreier, durch.

Heute können wir eigentlich erst richtig ermessen, welche Bedeutung sowohl den unmittelbaren als auch den weitreichenden Resultaten des Sieges der Sowjetunion und vor allem der Entstehung des sozialistischen Weltsystems, dem größten Ereignis nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zukommt. Die allgemeine Offensive der revolutionären Kräfte erfaßte unmittelbar mit dem Kriegsende weite Teile Europas und der Welt. Die volksdemokratischen Revolutionen siegten in Ländern Südost- und Mitteleuropas, in Vietnam, China und Korea. Die kommunistischen Parteien vergrößerten ihren Einfluß unter den Massen und gewannen an Autorität. Die Diktatur des Proletariats begann, sich in eine internationale Kraft zu verwandeln. Treffend stellt Boris Ponomarjow zu den weitreichenden Ergebnissen und Wirkungen des Jahres 1945 fest: „Die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems leitete seine Verwandlung in den ausschlaggebenden Faktor der Geschichte unserer Zeit ein. Der Sozialismus selbst erreichte bald einen solchen historischen Abschnitt, da seine Errungenschaften unumkehrbar wurden. Es entstanden reale Garantien, in jedem Land der sozialistischen Gemeinschaft eine Restauration des Kapitalismus zu verhüten. Der Sieg des Oktobers und der anderen sozialistischen Revolutionen wurde somit fest verankert.“ (Probleme des Friedens und des Sozialismus 1/1975, S. 6) Die imperialistischen Kräfte, denen diese Entwicklung ein Dorn im Auge war, vermochten aber weder die Grenzen zu zerstören, die sich mit dem Potsdamer Abkommen und auch mit der Gründung der DDR herausgebildet hatten, noch den Sozialismus „zurückzurollen“.

Der Sieg von 1945 fiel zeitlich in den Frühling, er bedeutete aber auch in gesellschaftlicher Hinsicht den Frühling für viele Volker. Seither festigte und erweiterte der Sozialismus seine Positionen. Er hielt der angespannten Konfrontation während des „kalten Krieges“ stand. Er demonstriert immer deutlicher, was seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sein gemeinschaftliches Wachstum und auch seine militärische Stärke für alle Menschen bedeuten. Überaus positiv und ergebnisreich wirkt der Sozialismus auf die revolutionäre Weltbewegung und auf die fortschrittliche Entwicklung der gesamten menschlichen Gesellschaft ein. Alles das, was heute zu den dominierenden Faktoren im Weltgeschehen zählt, also

- die erfolgreiche Entwicklung der weltweiten Gemeinschaft des Sozialismus, zu der auch die DDR gehört,
- die immer enger werdende Verbindung und Geschlossenheit aller revolutionären Ströme der Epoche;
- der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems;
- die beginnende Wende in den internationalen Beziehungen und die stetige Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Friedens, im Interesse aller Völker und des sozialen Fortschritts;
- die Vergrößerung der Anziehungskraft der Ideen des Sozialismus sowie der praktischen Erfahrungen, die beim Aufbau der neuen Gesellschaft als der einzigen möglichen Alternative zum Kapitalismus gewonnen werden

und viele andere – sie alle sind unlöslich mit der Befreiung der Völker vom Faschismus und mit dem Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg verbunden.

Chance und Verpflichtung

In diesen weltweiten revolutionären Prozeß, der 1945 eine neue Stufe erreichte, ist auch die Tatsache eingebettet, daß unsere Befreiung vom Joch der hitlerfaschistischen Diktatur eine historische Chance zur grundlegenden Wende in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und des Volkes bot. Die Befreiung verpflichtete uns, den danach auch für die deutsche Arbeiterklasse möglichen Sieg zu suchen und ihn durch die Schaffung weiterer Voraussetzungen zu erringen. Dabei war vor allem von großer Bedeutung, daß die politische Einheit der Arbeiterklasse durch die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erreicht und daß diese – nach dem Vorbild der KPdSU und aus deren reichen Erfahrungen lernend – zu einer marxistisch-leninistischen Partei neuen Typus entwickelt wurde. Wie und in welchem Tempo und in welchem Umfang die durch den heroischen Kampf des Sowjetvolkes und durch die Befreiung gebotene Möglichkeit zu revolutionären Veränderungen auf deutschem Boden genutzt wurde – das hing in hohem Maße von der Erhöhung der Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse selbst ab.

Die Partei und viele andere antifaschistische Kräfte waren auf den Tag der Befreiung vorbereitet. Sie waren vorbereitet auf den Weg in die Zukunft einer neuen Gesellschaft, auf das feste Bündnis mit dem siegreichen Sozialismus des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt, auf den gemeinsamen Kampf mit allen revolutionären und fortschrittlichen Kräften in der Welt. Sie hatten eine der wichtigsten Lehren aus der Geschichte gczogen. Und diese bestand darin, wie es im „Aufruf zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus“ heißt: „... die Geschichte unseres Volkes in Freundschaft mit der Sowjetunion und an deren Seite zu gestalten, teilzunehmen an dem von der Sowjetunion, vom Weltsozialismus verkörperten historischen Fortschritt und nie wieder Antikommunismus und Feindschaft zur Sowjetunion zuzulassen.“

Als vor drei Jahrzehnten die Waffen des Sozialismus und des Friedens siegten, begann die größte revolutionäre Umwälzung in der Geschichte des deutschen Volkes, die das Vermächtnis der Opfer des zweiten Weltkrieges und aller Antifaschisten erfüllen half und weiter hilft: Erhaltung des Friedens und sozialer Fortschritt der menschlichen Gesellschaft.

Volkswacht-Beilage, 03.05.1975, S. 3.

Zwei historische Chancen und ihre Realitäten

Die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse 1918 und 1945

***Die Geschichte* tut *nichts,* sie „besitzt *keinen* ungeheuren Reichtum", sie „kämpft *keine* Kämpfe"! Es ist vielmehr *der Mensch*, der wirkliche, lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft; es ist nicht etwa die „Geschichte", die den Menschen zum Mittel braucht, um *ihre* – als ob sie eine aparte Person wäre – Zwecke durchzuarbeiten, sondern sie ist *nichts* als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen. K. Marx/F. Engels, Die heilige Familie**

Im Verlauf der Geschichte gibt es keine fatalistische Unvermeidlichkeit, sondern immer vielfältige Entwicklungstendenzen. Im Rahmen der objektiv wirkenden gesellschaftlichen Gesetze sind unterschiedliche Möglichkeiten des Verlaufs der Ereignisse eingeschlossen, denn die Geschichte ist das Kampffeld progressiver und reaktionärer Klassen.

Von den Ergebnissen dieses Kampfes ist der konkrete Verlauf der Geschichte abhängig. Natürlich realisiert sich der geschichtliche Fortschritt in der Tendenz wie ein naturwissenschaftlicher Prozeß, kann er auf die Dauer gesehen nicht aufgehalten werden. Aber die Geschichte macht sich nicht automatisch, als ob die Menschen bloß Schachfiguren seien. Insofern ist jede historische Chance, die sich dem Kampf um den sozialökonomischen Fortschritt der Gesellschaft bietet, zugleich eine Verpflichtung zu verantwortungsbewußtem, vorwärtstreibendem Handeln. Historische Chancen müssen genutzt, zu Wendepunkten in der Geschichte gestaltet werden.

Der historische 30. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volke vom Joch der barbarischen Diktatur des faschistischen Imperialismus, bei dessen Vorbereitung wir mit Recht die Größe der Befreiungstat des ersten sozialistischen Staates der Welt und des heldenhaften Kampfes der Kommunisten, ihrer Verbündeten und aller Volkskräfte hervorheben, veranlaßt, über historische Chancen in unserer neuesten Geschichte nachzudenken, aber ebenso darüber, wie sie genutzt werden konnten oder ungenutzt blieben.

Kampf um Anschluß an den Roten Oktober

Die deutsche Arbeiterklasse besaß erstmalig während der Novemberrevolution des Jahres 1918/19 die historische Chance, Anschluß an jene Entwicklung zu gewinnen, welche die ganze Welt mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und dem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in einem Sechstel ihres Territoriums erfaßt hatte. Zwar schuf die Novemberrevolution mit ihren nicht zu übersehenden positiven Ergebnissen auch in Deutschland günstige Voraussetzungen für den in Richtung Fortschritt, Frieden, Demokratie und Sozialismus drängenden Geschichtsprozeß für das weitere Ringen um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus – völlig konnte jedoch damals die Chance nicht genutzt werden. Die Revolution hat 1918/19 ihr großes Ziel nicht erreicht, das objektiv auf der Tagesordnung der Geschichte stand. Sie konnte jenen antagonistischen Gegensatz nicht beseitigen, der sich mit dem Eintreten der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in ihr imperialistisches Stadium zwischen der Monopolbourgeoisie und der Arbeiterklasse herausgebildet hatte. In erbittertem Ringen von Revolution und Konterrevolution hatte sich damals das Kräfteverhältnis schrittweise zugunsten der von den rechten sozialdemokratischen Führern unterstützten Monopolherren verändert. Zu groß war der verderbliche Einfluß des Opportunismus auf die deutsche Arbeiterbewegung. Politik und Ideologie der rechten Sozialdemokraten sowie der Zentristen vertieften die Spaltung der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei Deutschlands entstand erst, als der Höhepunkt der Revolution bereits überschritten war.

Deutlich zeichnete sich aus Verlauf und Niederlage der Revolution wie euch aus den weiteren revolutionären Kämpfen die Lehre ab, daß der Weg zum Sozialismus nur dann erfolgreich beschritten werden kann, wenn sich die Arbeiterklasse von allen bürgerlichen Einflüssen in ihren Reihen befreit, wenn an ihrer Spitze ein marxistisch-leninistische Kampfpartei steht und wenn sie sich fest, mit der internationalen revolutionären Bewegung, vor allem mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt, der Sowjetmacht, verbündet. Nachdem 1917 die Große Sozialistische Oktoberrevolution die uneingeschränkte Herrschaft des Imperialismus in der Welt durchbrochen hatte, begann 1944/45, d. h. seit

dem Sieg der UdSSR und der in der Antihitlerkoalition vereinten Völker über den deutschen und italienischen Faschismus sowie über den japanischen Militarismus im zweiten Weltkrieg eine neue, höhere Stufe des revolutionären Weltprozesses. Das internationale Kräfteverhältnis veränderte sich grundlegend zugunsten der Arbeiterklasse und des Sozialismus, der Kräfte des Friedens und der Demokratie. Der Sieg über den Faschismus, den die Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg errang, rettete nicht nur die Menschheit vor der Geißel einer weltweiten faschistischen Barbarei, er schuf darüber hinaus günstige Voraussetzungen sowohl für die Festigung des Sozialismus der UdSSR als auch für das weitere Vorabschreiten des Sozialismus im internationalen Maßstab. Dies eröffnete auch der deutschen Arbeiterklasse erneut eine Chance, ihrer historischen Mission gerecht zu werden.

Vor ihr stand nunmehr die Aufgabe, das durch den Sieg der Sowjetunion entstandene günstige Kräfteverhältnis und die Krise des Imperialismus zu nutzen, um endlich Imperialismus und Militarismus beseitigen zu können und so den Boden für die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und den Aufbau des Sozialismus zu bereiten. Diese Aufgabe wurde erfüllt. Aus der historischen Chance von 1945 ist die Realität der Deutschen Demokratischen Republik erwachsen, von ihr führt der erfolgreiche Weg zum heutigen sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern, der unwiderruflich mit der UdSSR verbündet ist und einen untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft darstellt.

Aus der erneuten Chance wuchs unsere Realität

Nach der Befreiung des deutschen Volkes waren im wesentlichen alle Faktoren vorhanden, deren Existenz Voraussetzung für den revolutionären Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist. Im Unterschied zur Situation nach dem ersten Weltkrieg verfügte die deutsche Arbeiterklasse über eine erfahrene und von einem wissenschaftlichen, marxistisch-leninistischen Programm geleitete Partei. Wie 1918, als die Novemberrevolution in die Vielzahl der Klassenauseinandersetzungen in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern eingebettet war, bildete auch die Entwicklung auf dem Boden der DDR nach 1945 einen festen Bestandteil des weltrevolutionären Prozesses. Alle revolutionären Bewegungen und Kämpfe in Deutschland standen immer in engstem Zusammenhang mit entscheidenden revolutionären Veränderungen in der Welt, so mit der siegreichen Entwicklung des Sozialismus zunächst in einem Land und so mit der brüderlichen Gemeinschaft mehrerer sich nach 1944/45 an der Seite der Sowjetunion und dank ihrer Unterstützung rasch entwickelnder sozialistischer Staaten. Das Vorhandensein dieser objektiven und subjektiven Faktoren ließ eine Tatsache in den Hintergrund treten, so sehr sie auch immer wieder im Bewußtsein der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung reflektiert wurde, die Tatsache, daß es trotz aller heldenhaften Kämpfe und großen Opfern nicht gelungen war, den Faschismus aus eigener Kraft zu beseitigen oder entscheidend zu seinem Sturz beizutragen. Aus ihr resultieren zwar Besonderheiten des einheitlichen revolutionären Entwicklungsprozesses im Vergleich zu den volksdemokratischen Revolutionen anderer, vor allem ost- und südosteuropäischer Länder, aber sie vermochte keinen bestimmenden oder gar konterrevolutionären Einfluß auszuüben.

Die militärische Zerschlagung des faschistischen deutschen Imperialismus und die Befreiung des deutschen Volkes von der Hitlerdiktatur bildeten die entscheidende Voraussetzung für die Begründung einer deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die Befreiung bedeutete aber nicht, daß es die Macht der Arbeiter und Bauern – sozusagen automatisch – schon auf unserem Boden gegeben hätte, daß diese schon siegreich war. Befreit zu sein hieß für die deutsche Arbeiterklasse noch nicht, gesiegt zu haben. Jede historische Chance birgt in sich die Verpflichtung, Geschichte zu machen, denn sie selbst „tut nichts“ und sie selbst „kämpft keine Kämpfe“.

Unsere Befreiung vor 30 Jahren verpflichtete uns, den danach möglichen Sieg zu suchen und ihn durch Schaffung weiterer Voraussetzungen zu erringen. Dabei war vor allem von großer Bedeutung, daß die politische Einheit der Arbeiterklasse durch die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erreicht, und daß diese – nach dem Vorbild der KPdSU und aus deren reichen Erfahrungen lernend – zu einer marxistisch-leninistischen Partei neuen Typus entwickelt wurde. Wie und in welchem Tempo und in welchem Umfang die durch den heroischen Kampf

des Sowjetvolkes und durch die Befreiung gebotene Möglichkeit zu revolutionären Veränderungen auf deutschem Boden genutzt wurde – das hing in erster Linie von der Erhöhung der Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse selbst ab.

Im Aufruf zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus wird daher nachdrücklich festgestellt: „Das Tor zur Freiheit wurde uns durch die Sowjetunion aufgestoßen. Es ist das Verdienst der Arbeiterklasse, und es entspricht ihrer historischen Mission, es ist das Verdienst der geeinten marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse, daß der sich eröffnende, nicht einfache aber einzig richtige Weg in eine bessere Zukunft entschlossen beschritten wurde. Es gehörte damals viel Mut dazu, in einer Trümmerwüste, in einer Zeit bitterster materieller Not und allgemeiner Hoffnungslosigkeit an ein schöneres Morgen zu glauben und mit ganzem Einsatz dafür zu arbeiten. Aber ... die mit dem Sieg der Sowjetunion freigesetzte Kraft des werktätigen Volkes hat sich als geschichtsbestimmend erwiesen.“

Sozialistische Universität, 14.05.1975.

Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus

Imperialismus – Triebkraft faschistischer Regimes und Bewegungen · Mannigfaltige Erscheinungsformen und verstärkte Aktivitäten · Gleiche Wesenszüge des „traditionellen“ und heutigen Faschismus

Der Faschismus – gleich ob als politische Strömung oder als offen terroristische Herrschaftsform – war und ist Ausdruck der Reaktion des Finanzkapitals und insbesondere seiner reaktionärsten, seiner aggressivsten Teile auf die veränderten Bedingungen des Klassenkampfes, seitdem die allgemeine Krise des Kapitalismus sich entfaltet und der Niedergangsprozeß des kapitalistischen Systems eingesetzt hat, seitdem die Menschheit mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingetreten ist.

In den Jahren der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus gelang es der Monopolbourgeoisie, mit Hilfe des Faschismus in verschiedenen europäischen Ländern große Teile der Volksmassen zu täuschen, offen terroristische Diktaturregimes zu errichten und den zweiten Weltkrieg zu entfesseln. Der bedeutungsvolle und mit unermeßlichen Opfern verbundene Sieg über den faschistischen Mächteblock, den vor allem die Sowjetunion im Bunde mit den Völkern der Antihitlerkoalition vor nunmehr 30 Jahren errang, rettete die Menschen Europas und vieler anderer Länder der Erde vor der Geißel einer weltweiten faschistischen Barbarei. Die Kräfte des Sozialismus und des Friedens, des Antifaschismus und der Demokratie gingen gestärkt aus dem zweiten Weltkrieg hervor. Die historische Befreiungstat der Sowjetunion, das Entstehen und der wachsende Einfluß des sozialistischen Weltsystems schufen neue und günstige Voraussetzungen für das weitere Voranschreiten des gesellschaftlichen Fortschritts, für eine Beschleunigung des weltweiten revolutionären Prozesses und damit auch für die Einschränkung der Potenzen und des Wirkens des Faschismus, für die Liquidierung faschistischer und militär-faschistischer Regimes in den Ländern des Kapitals, wie in Portugal und Griechenland.

Die Situation des gegenwärtigen Faschismus wird weitgehend dadurch charakterisiert, daß es ihm nach seiner totalen Niederlage im Jahre 1945

- in keinem der imperialistischen Hauptländer gelungen ist, erneut an die Macht zu kommen, selbst nicht in der Zeit des kalten Krieges;
- nur möglich war, ‘an der Peripherie des imperialistischen Weltsystems alte faschistische Diktaturen aufrechtzuerhalten und neue zu errichten
- schwer möglich ist, erneut eine breite und willkürlich manipulierbare Massenbasis aus verblendeten und fanatisierten Angehörigen der ländlichen und städtischen Mittelschichten aufzubauen;
- trotz verschiedener Manöver nicht gelingen kann, sich in den Augen der Volksmassen von den Verbrechen des historisch diskreditierten Faschismus der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, dem „traditionellen“ Faschismus, zu distanzieren.

Als eine ausgesprochen reaktionär und aggressiv orientierte Strömung innerhalb der Monopolbourgeoisie ist der gegenwärtige Faschismus immer stärker in Widerspruch zu der objektiven und historisch unumkehrbaren Defensivposition des Weltimperialismus geraten. Sein Dilemma besteht darin, durch seine Aktivitäten – trotz zeitweiliger Wirkungen – letztlich die Untergrabung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu fördern, zu deren Aufrechterhaltung er auf den Plan getreten war oder gerufen wurde.[1]

Der Faschismus – eine reale Gefahr

Gegenwärtig verstärken sich jedoch in einigen Ländern des imperialistischen Teils der Welt rechtsradikalistische Aktivitäten aller Spielarten, darunter auch faschistische. Diese Erscheinung steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß das „Klima“ unserer Zeit für den Faschismus insgesamt ungünstig geworden ist. Sie resultiert vor allem aus den akuten kapitalistischen Krisenprozessen auf wirtschaft-

[1] Vgl. A. Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, die Gefahr des Rechtsradikalismus bleibt, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (künftig: PFS), Berlin, 12/1974, S. 1609.

lichem, sozialem, politischem und ideologischem Gebiet und stellt eine reale Gefahr für den Frieden und die von den Kräften des Sozialismus erreichten Fortschritte im Entspannungsprozeß dar.

In zahlreichen Dokumenten der internationalen Arbeiterbewegung ist bereits vor dem Wiedererstehen des Faschismus und vor neofaschistischen Gefahren gewarnt worden.[2] Im Frühjahr 1973 fanden sich in Essen (BRD) Vertreter von kommunistischen und Arbeiterparteien aus 21 kapitalistischen Ländern zu einem wissenschaftlichen Symposium zusammen, das dem Thema „Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr" gewidmet war.[3] K. I. Sarodow, Chefredakteur der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", erklärte in seinem Referat, daß in den kommenden Jahren der revolutionären Arbeiterklasse und ihren Verbündeten ein beharrlicher Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Reaktion und den Faschismus bevorsteht, und formulierte: „Die Aufgabe der weiteren Organisierung des antiimperialistischen Kampfes und des Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte ist zu einem wichtigen Problem der Taktik der kommunistischen Bewegung geworden."

Die Erfolge der sozialistischen und demokratischen Kräfte in den imperialistischen Ländern hängen in vielem davon ab, so gab Sarodow die Meinung vieler Bruderparteien wieder, daß „die Probleme des Kampfes gegen die Gefahr des Faschismus theoretisch und praktisch richtig gestellt werden und der Kampf selbst unter den Bedingungen und mit Hilfe eines antiimperialistischen Blocks geführt wird".[4] Nach der Diskussion wurde in eindringlichen Worten zusammengefaßt: „Eine Verstärkung des Kampfes gegen den Faschismus, den Neofaschismus und die Reaktion ist ein *Gebot der Zeit*."[5]

Von der gleichen Auffassung ging ein internationales Rundtischgespräch aus, das im April 1974 am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED stattfand und an dem Vertreter der wissenschaftlichen Institute von zehn Bruderparteien teilnahmen.[6]

Mit großem Nachdruck machte der große Weltkongreß der Friedenskräfte, der Ende Oktober 1973 in Moskau stattfand, auf den besorgniserregenden Widerstand des imperialistischen Militär-Industrie-Komplexes sowie der offen faschistischen und rassistischen Regimes gegen die vom XXIV. Parteitag der KPdSU eingeleitete Friedensoffensive aufmerksam. Im Kommuniqué wurde besonders auf den faschistischen Putsch vom 11. September 1973 in Chile verwiesen, der gezeigt hat, „welche große Gefahr die Politik der imperialistischen, reaktionären Kräfte für die Völker darstellt, die den Weg der Freiheit, der selbständigen, unabhängigen politischen und sozialen Entwicklung gewählt haben. Der Sturz der legitimen Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende erinnert daran, daß die internationalen Monopole, die Kräfte der äußeren und inneren Reaktion bereit sind, zu einem beliebigen Zeitpunkt zum Gegenangriff überzugehen, der den bewaffneten Umsturz, die Errichtung einer Militärdiktatur und die blutige Abrechnung mit dem Volk einschließt."[7]

Auch die Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas, die Anfang 1974 in Brüssel tagte, wies auf die sich erheblich verstärkenden „autoritären Tendenzen" in der Großbourgeoisie hin, die Ausdruck der um sich greifenden Krisen des Kapitalismus seien.[8]

Gerade durch die Ereignisse in Chile sind die Probleme des Faschismus wieder stärker in das Bewußtsein der Völker gedrungen. In vielen imperialistischen Ländern tauchte angesichts der Krisenerscheinungen auf ökonomischem und politischem Gebiet die Frage auf, ob der Faschismus auch woanders möglich sei.[9] Mit Recht schlußfolgerte der sowjetische Gesellschaftswissenschaftler Sobolew

---

2 Vgl. Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Dokumente, Berlin 1969, S. 40 f.

3 Vgl. Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr, in: PFS, 4/1973, S. 471-483, und 5/1973, S. 619-646.

4 Ebenda, 4/1973, S. 482.

5 Ebenda, 5/1973, S. 646 (Hervorheb. – d. V.).

6 Vgl. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (künftig: BzG), Berlin, 4/1974, S. 690 f.

7 Neues Deutschland, Berlin, 4.11.1973.

8 Ebenda, 1.2.1974.

9 Vgl. Der BRD-Imperialismus und das militärfaschistische Regime in Chile, in: IPW-Berichte, Berlin, 5/1974, S. 46 f.

aus dem Fall Chile: „Obwohl die Möglichkeiten des bürgerlichen Liberalismus noch nicht ausgeschöpft sind, tritt doch heute der Kampf zwischen den beiden Varianten des Ausweges aus der Krise, die die kapitalistische Gesellschaft jetzt erfaßt hat, an die erste Stelle: zwischen der demokratisch-revolutionären und der reaktionär-faschistischen Variante.“[10]

Die Strategie und Taktik der revolutionären Kräfte in aller Welt geht davon aus, daß die Gefahr des Faschismus weder unterschätzt noch überschätzt werden darf und daß es folglich darauf ankommt, die allgemeinen Aufgaben des Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus mit den spezifischen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes zu verbinden. Das schließt die Notwendigkeit ein, alle Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Faschismus sorgfältig zu analysieren, die Erfahrungen und Lehren des bisherigen Kampfes gegen den Faschismus zu verallgemeinern, wobei in der Faschismus-Analyse durch die Kommunistische Internationale in den 20er und 30er Jahren[11] ein festes marxistisch-leninistisches Fundament gelegt wurde.

Zum Klassencharakter des Faschismus

Nach wie vor aktuell und gültig ist die Kennzeichnung des Klassencharakters des Faschismus, wie sie in dem historischen Bericht Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935) getroffen wurde: „Der Faschismus an der Macht ... ist ... die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ...

Der Machtantritt des Faschismus ist nicht die einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur.“ Dimitroff wies zugleich mit Nachdruck darauf hin, daß man sich den Machtantritt in diesem oder jenem Lande „nicht so glatt und einfach vorstellen“ dürfe und machte vor allem auf die Bedeutung der Tatsache aufmerksam, „daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern“. Er zog daraus den Schluß, daß es gilt, den Anfängen zu wehren: „Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der fördert ihn vielmehr.“[12]

Die bisher umfassendste Definition des gegenwärtigen Faschismus hat Sarodow vorgelegt, der in Anlehnung an die Ausführungen Georgi Dimitroffs formulierte: „Der Neofaschismus ist der Faschismus, der sich den Bedingungen der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der neuen Kräfte-gruppierung innerhalb der kapitalistischen Welt und in der internationalen Arena anpaßt. Das ist ein Ausdruck des Strebens der reaktionärsten Elemente des Monopolkapitals, den nicht umkehrbaren Prozeß des Zerfalls der alten Ordnung nicht einfach durch Verletzungen der demokratischen Rechte und Freiheiten, durch brutale Polizeirepressalien und Verfolgungen, durch arbeiterfeindliche Gesetzgebung, sondern auch durch Errichtung einer offen terroristischen, konterrevolutionären Diktatur aufzuhalten. Das ist ein Faschismus, der in der Regel dem USA-Imperialismus dienstbar ist.“[13]

Der Drang nach Faschismus gehörte und gehört zum reaktionären Wesen der Monopolbourgeoisie, wenn auch heute die Mittel und Realisierungsformen zum Teil andere als in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus sind.

Im imperialistischen Teil der Welt existieren heute vielfältige Erscheinungsformen des Faschismus. Dies ist ein objektiv gegebener Tatbestand, der durch Versuche bürgerlicher Ideologen bagatellisiert

---

10 A. I. Sobolew, Was Chile lehrt, Teil I, in: horizont, Berlin, 21/1974, S. 25.

11 Vgl. E. Lewin, Zur Faschismus-Analyse durch die Kommunistische Internationale (1922-1933), in: BzG, 1/1970, S. 44 ff.; E. Lewerenz, Zu einigen Fragen der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale in Vorbereitung des VII. Welt-kongresses (1933-1935), ebenda, 5/1971, S. 733 ff.

12 G. Dimitroff, Aus Reden und Schriften, Wien 1950, S. 41, 43/44.

13 Der gegenwärtige Faschismus ..., 5/1973, S. 644.

und geleugnet werden soll, wenn diese ihn ausschließlich und unter Verwendung fragwürdiger Kriterien mit dem faschistischen Regime in Italien unter Mussolini und vor allem mit dem Hitlerfaschismus vergleichen, um auf dieser Grundlage zu behaupten, die „Epoche des Faschismus“ sei 1945 zu Ende gegangen und heute gebe es keinen Faschismus mehr. Das „historische Modell“ im Deutschland der Jahre 1933 bis 1945 stellte jedoch, wie Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1935 erklärte, lediglich *eine,* zugleich aber die *barbarischste* Form und die *reaktionärste* Spielart des Faschismus dar.[14] In der Gegenwart dürfte der chilenische Faschismus die reaktionärste und schlimmste Spielart unter den zahlreichen Formen des gegenwärtigen Faschismus sein.

Auch der Faschismus in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus war vielgestaltig und breit gefächert, d. h. durchaus nicht nur auf einige wenige Erscheinungen beschränkt. Die Dialektik der beiden grundlegenden Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie[15], auf die sich letztlich die Vielfalt der Methoden *imperialistischer* Machtausübung reduziert, bedingt Mannigfaltigkeit sowohl der verschleierten als auch der offen terroristischen Diktatur der Bourgeoisie. Bei einer empirisch angelegten und sicher zunächst unvollständigen Analyse des Faschismus in der Gegenwart sind im wesentlichen sechs Erscheinungsformen feststellbar.

„Traditionelle“ faschistische Diktaturen

Die *erste* Erscheinungsform verkörpern jene Staaten, in denen die bestehende faschistische Diktatur bereits in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus errichtet worden ist. Dazu zählt vor allem Spanien; bis zum *25.* April 1974 gehörte auch Portugal dazu. Die geschichtliche Entwicklung beider Staaten in den letzten Jahren zeigt aber, daß offensichtlich bestimmte Teile der herrschenden Klasse nach einer „Modernisierung“ des Faschismus streben, die gewährleistet, daß dabei die imperialistischen Machtpositionen nicht gefährdet werden.

Als 1968 in Portugal Caetano an die Stelle Salazars trat, gab er sich bewußt „modern“, „liberal“ und „reformerisch“, kehrte aber bald angesichts des wachsenden Volkswiderstandes zu den alten brutalen Mitteln der Herrschaft zurück. Von Dauer blieben lediglich die Namensänderung für die faschistische Partei und die berüchtigte politische Polizei, bevor die demokratische Bewegung der Streitkräfte und die unter Führung der Portugiesischen Kommunistischen Partei stehenden fortschrittlichen Volkskräfte dem Faschismus ein Ende bereiteten. Die Widersprüche können mit einer solchen „Modernisierung“ der alten faschistischen Regimes nicht gelöst werden. Wie die Entwicklung in Portugal unmittelbar vor dem April 1974 gezeigt hat, führte dies vielmehr zu ihrer Explosion und zu Veränderungen antifaschistisch-antiimperialistischen Charakters.

Am Beispiel dieser alten faschistischen Regimes läßt sich am deutlichsten ablesen, daß das internationale Kräfteverhältnis in der Welt immer ungünstiger für den Imperialismus im allgemeinen und für faschistische Diktaturen im besonderen geworden ist. In Portugal ist der Sturz des Diktaturregimes schon vollzogen worden. Auch in Spanien wächst der antifaschistische Widerstand, dem gewisse Kräfte auch mit der „Diskussion“ um die Nachfolge Francos und mit Gesetzen über die Zulassung nichtoppositioneller Vereinigungen begegnen wollen. Gleichzeitig verstärkt sich der Terror, so daß eine komplizierte und widersprüchliche Situation entstanden ist. Mit Recht konstatieren die spanischen Kommunisten, daß sich der Kampf für den Sturz des Franco-Regimes seiner Schlußetappe nähert.[16]

Neue faschistische oder halbfaschistische Regimes

In Gestalt neuer faschistischer und halbfaschistischer Regimes haben wir es mit der *zweiten* Erscheinungsform des gegenwärtigen Faschismus zu tun. Dazu gehört vor allem Chile seit dem 11. September 1973, dazu gehörte von 1967 bis 1974 das militärfaschistische Griechenland und dazu sind in vieler Hinsicht auch reaktionäre Militärregimes in Lateinamerika und Asien zu zählen.

---

14 G. Dimitroff, a. a. O., S. 41.

15 Vgl. W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1971, S. 356.

16 Vgl. Der gegenwärtige Faschismus ..., 5/1973, S. 622.

Wie auch in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus gibt es eine Reihe von Ursachen für die Errichtung neuer faschistischer Machtstrukturen. Dabei ragen aber vor allem drei Ursachen heraus, die sehr eng miteinander verknüpft sind, zugleich aber nicht unwesentliche Unterschiede in den einzelnen terroristischen Herrschaftsformen bedingen:

a) Die Errichtung eines faschistischen Regimes erfolgt vor allem mit dem Ziel, den in der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und in der antiimperialistischen Volksfront zusammengeführten Kräften in entscheidenden Phasen des Klassenkampfes den Weg zum Fortschritt zu verlegen. In Situationen, die eine reale Bedrohung der Macht der Monopolbourgeoisie darstellen, klammern sich ihre reaktionärsten und aggressivsten Kräfte wie Ertrinkende an den Strohhalm der anscheinend gebotenen Möglichkeit, mit Hilfe des Faschismus die eigenen Positionen retten und in einer Offensive der Gewalt die historische Defensivposition des Imperialismus überwinden zu können. Dabei stimmen die Interessen der jeweiligen nationalstaatlich organisierten Großbourgeoisie mit denen des Weltimperialismus überein, wenn letzterer an der strategischen Position des jeweiligen Landes besonders interessiert ist. So war es in Chile 1973 und in Griechenland 1967.

Auf diesen neuen Aspekt in der Geschichte des Faschismus verwies P. Mavromatis, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Griechenlands, während des Essener Symposiums: „Bereits vor der Errichtung der Militärdiktatur ist Griechenland zu einem wichtigen Stützpunkt in der Globalstrategie des USA-Imperialismus gegen die sozialistischen Länder und den nationalen Befreiungskampf der Völker geworden. Die demokratische Bewegung des griechischen Volkes gefährdete diese Pläne. Der im April 1967 mit Hilfe von Amerikanern verübte militär-faschistische Putsch sollte garantieren, daß Griechenland weiterhin ein Sprungbrett für die imperialistische Aggression bleibt. Doch die Restauration des Faschismus im Lande resultiert nicht allein aus seinem Import. Der Kampf der Volksmassen mit der Arbeiterklasse an der Spitze bedrohte auch die griechische Monopolbourgeoisie. Und in dieser Hinsicht deckten sich die Klasseninteressen der einheimischen Monopole mit den politisch-strategischen Interessen des Weltimperialismus.“[17]

Auch in Chile zeigte es sich, daß maßgebliche Kräfte des Weltimperialismus nicht davor zurückschrecken, die Anwendung brutalster Gewalt und die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie nach Kräften zu unterstützen, wenn es um die Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt oder wenn es darum geht, das Ausbrechen des einen oder anderen Landes aus dem imperialistischen System zu verhindern.

b) Die Hinwendung zu neuen faschistischen bzw. halbfaschistischen Herrschaftsformen erfolgt gleichzeitig in der Absicht, eigene hegemoniale Ansprüche, darunter ökonomische Expansionsgelüste, durchzusetzen.[18] Dieses enge Wechselverhältnis zwischen dem Hauptwiderspruch Kapital und Arbeit und den Gegensätzen innerimperialistischer Natur, das 1933 für die Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur in Deutschland ausschlaggebend war, dürfte heute z. B. bei der Faschisierung in Brasilien eine große Rolle spielen. Die Dialektik der Konkurrenz schließt die heute bewußte Anlehnung an das internationale Monopolkapital, insbesondere der USA, nicht aus, da die eigenen Pläne nicht ohne Hilfe einer starken Unterstützung durch das Auslandskapital, nicht ohne das Hereinholen multinationaler Monopole realisiert werden können.

So z. B. sucht das Monopolkapital in Brasilien mit Unterstützung der USA die traditionelle Auseinandersetzung mit Argentinien um die Hegemonie in Südamerika zu seinen Gunsten zu entscheiden und einen eigenen „Subimperialismus“ zu entwickeln. In Brasilien entstand nach dem Putsch vom 1. April 1964 eine Diktatur, die zunehmend faschisiert wurde. Der VI. Parteitag der KP Brasiliens sprach von einem „diktatorischen Militärregime, dessen Charakter verräterisch, antidemokratisch und arbeiterfeindlich ist. Nach dem Staatsstreich vom Dezember 1968 wurde dem Land ein halbfaschistisches Regime unter der Führung einer Polizei-Militär-Diktatur aufgezwungen.“[19] Als Begründung

---

17 Ebenda, 5/1973, S. 620.

18 Vgl. Die revolutionären Erfahrungen der Kommunisten. Die Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe des antiimperialistischen Kampfes in Lateinamerika, in: PFS, 5/1974, S. 676

19 Internationale Beratung ..., a. a. O., S. 458 f.; vgl. auch A. I. Sobolew, Was Chile lehrt, Teil II, in: horizont, 22/1974, S. 23.

des täglichen Terrors und des Faschisierungsprozesses dient die Theorie von der „nationalen Sicherheit“, die sich gegen die innere revolutionäre und demokratische Bewegung, aber auch gegen den Befreiungskampf in anderen Ländern des lateinamerikanischen Kontinents richtet. Die Putschisten versuchten, eine Massenbasis unter den mittleren und kleineren Bourgeois sowie den rückständigen Schichten der Werktätigen zu gewinnen, u. a. mit der demagogischen Losung „Mit Gott –für Brasilien, für Demokratie!“[20]

Die herrschende Bourgeoisie und die reaktionären Latifundistas vieler lateinamerikanischer Länder orientieren sich fast ausschließlich am „brasilianischen Modell“. Der Diktator Juan María Bordaberry und die probrasilianisch gesinnte Militärspitze Uruguays unternahmen am 1. Dezember 1973 „neue ernste Schritte, die von einer qualitativen Veränderung des Charakters der Regierung in Richtung der Bildung einer Regierung faschistischer Prägung ... zeugen. Konsequent verwirklicht sie eine Reihe geplanter Maßnahmen profaschistischer Art, um das demokratische Wesen des uruguayischen Staates zu beseitigen. Das Parlament wurde aufgelöst; der Nationalkonvent der Werktätigen für illegal erklärt; eine Verordnung zur Reglementierung der Gewerkschaften im Sinne des Faschismus erlassen. Jedes Aufbegehren der Arbeiter und des Volkes wird schärfstens verfolgt. Verhaftungen Folterungen und direkter Mord folgen ihm. Die Tätigkeit der politischen Parteien und der gesamten oppositionellen Presse wurde verboten.“[21] Dieser Prozeß wird von den uruguayischen Kommunisten gegenwärtig auch als eine „Chilenisierung“ des Landes bezeichnet.

In Brasilien und einigen anderen lateinamerikanischen Ländern herrschen terroristische Regimes in Gestalt von Militär- und Polizeidiktaturen, die faschistische Methoden in großem Umfang anwenden und sich bereits weitgehend faschisiert haben. In der Literatur wird dies mitunter als „Gorillismus“ bezeichnet[22], nachdem der argentinische Admiral I. Rojas erklärt hatte, die Militärs würden sich zu ihren Gegnern so brutal wie Gorillas verhalten. Eine große Rolle spielte dabei die historische Tradition des Militärs in Lateinamerika, wo es ja bekanntlich seit dem Jahre 1830 etwa 540 Militärputsche, davon 70 allein nach 1945 gegeben hat[23], die vorwiegend in einer Vielzahl von „traditionellen“, d. h. reaktionären Militärdiktaturen (z. B. Guatemala, Dominikanische Republik usw.), manifestiert worden sind.

c) Faschistische Regimes konnten sich schließlich dort entwickeln, wo Sicherung und Maximierung des Profits sehr eng mit dem verzweifelten Ringen der herrschenden Klasse um die Aufrechterhaltung des Rassismus und kolonialer Praktiken verbunden ist. So haben die herrschenden Kreise in Südafrika einen „schleichenden Faschismus“ in Gang gesetzt, mit dessen Hilfe seit 1948 durch die Nationalistische Partei ein umfangreiches Repressionssystem zur Unterdrückung, Ausbeutung und Entrechtung der zahlenmäßig überwiegenden afrikanischen Bevölkerung sowie des „weißen“ Proletariats geschaffen worden ist.

Die illegale Kommunistische Partei Südafrikas vergleicht die Lage weniger mit Hitlerdeutschland als vielmehr mit der Lage in den von den Nazis okkupierten und versklavten Ländern, wenn sie erklärt: „Das, was gegenwärtig im Lande geschieht, ist nicht einfach das Produkt der 25jährigen Regierungszeit einer äußerst gefährlichen Partei faschistischer Prägung. Das ist auch das Ergebnis jahrhundertelanger Aggression, Annexion, Aussiedlung der afrikanischen Stammbevölkerung und ihrer brutalen Ausbeutung durch den niederländischen und britischen Kolonialismus. Nur unter den Bedingungen, da der gewaltigen Mehrheit des Volkes alle demokratischen und Bürgerrechte versagt waren, konnte die neonazistische Nationalistische Partei an die Macht gelangen.“[24] Das Beispiel Südafrika zeigt besonders drastisch, daß die offen terroristische Diktatur der Ausbeuterklasse auch heute nicht nur in ihrer eigentlichen sozialen Form auftritt, sondern auch in der Form nationaler Unterdrückung.[25]

---

20 Der gegenwärtige Faschismus ..., 5/1973, S. 623.

21 Manifest des Exekutivkomitees der KP Uruguays, zit. nach: Informations-Bulletin. Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Wien, 6/1974, S. 46.

22 So R. Arismendi, Lateinamerika in Bewegung, in: Informations-Bulletin 13/1974, S. 17 ff.

23 Vgl. I. Grigulewitsch, Die Armee und der revolutionäre Prozeß in Lateinamerika, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, 6/1974, S. 630.

24 Der gegenwärtige Faschismus ..., 5/1973, S. 625.

25 Vgl. W. E. Gulijew, Demokratie und Imperialismus, Berlin 1972, S. 120.

Faschistische Organisationen und Bewegungen

Weit verbreitet ist die *dritte* Erscheinungsform des Neofaschismus. In allen imperialistischen Ländern bestehen Organisationen und Bewegungen von faschistischem Typ. Zu den größten gehört die Movimento Sociale Italiano (MSI), die in Verbindung mit rund 250 rechtsradikalen Terrorgruppen eine „Strategie der Spannungen" verfolgt, um mit Morden (seit 1969 rund 50!), Bombenanschlägen und provokatorischen Ausschreitungen (seit 1969 allein in Rom 1500) ein Klima der Unsicherheit zu schaffen, demokratische Reformen zu torpedieren und die Apenninen-Halbinsel für einen neuen „starken Mann" reif zu machen.[26]

Die MSI, die etwa 400.000 Mitglieder haben soll, erhielt bei den letzten Parlamentswahlen im Mai 1972 fast 2,9 Millionen Stimmen (8,7 Prozent) für das Abgeordnetenhaus und über 2,7 Millionen Stimmen (9,2 Prozent) für den Senat. Im Parlament stellt sie die viertstärkste Fraktion. Die neuen faschistischen Führer, vor allem Georgio Almirante, Pino Romualdi, Arturo Michelini, Valerio Borghese u. a., sind alte Mussolini-Anhänger. Almirante, bis 1950 und erneut seit 1969 Vorsitzender der MSI, war unter Mussolini Unterstaatssekretär, Mitherausgeber der faschistischen Tageszeitung „Tevere" und leitender Mitarbeiter des Rassenhetzerblattes „Difesa della razza".

Die italienischen Neofaschisten bezeichnen sich unverhohlen als die „Erben des Duce" und demonstrieren die Wesensgleichheit und die Kontinuität in der Entwicklung von Faschismus und Neofaschismus.[27] Große Teile des italienischen Neofaschismus sind als eine direkte Fortsetzung des alten Mussolini-Faschismus zu betrachten, als eine orthodoxe Form des Neofaschismus, dessen Vertreter trotz gewisser Differenzen zwischen einem „gemäßigten" und einem „harten" Flügel[28] taktische Anpassungsversuche an die heutige Situation im wesentlichen ablehnen.

In der BRD hat sich als offen neofaschistische Organisation Ende 1964 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) konstituiert und entfaltet.[29] Nach zeitweiligen Mißerfolgen und Rückschlägen bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1969 konnte diese Partei in den letzten Jahren ihre Mitgliederzahl auf etwa 20.000 erhöhen. Das Potential der reaktionärsten rechten Kräfte in der BRD ist jedoch, wie H. Adler und H. Pötschke zutreffend feststellen, nicht nur bei den offenen Neonazis und ihren zahlreichen Verbänden zu suchen, „sondern findet sich auch im organisierten landsmannschaftlichen Revanchismus, in vielfältigen rechtsextremen Interessenverbänden und ‚Freundeskreisen', im höheren Offizierskorps der Bundeswehr und nicht zuletzt in der von F. J. Strauß geführten CSU sowie in Kreisen der CDU.

Das Neue in der Entwicklung des Neofaschismus und anderer rechtsextremer Kräftegruppierungen sind die in letzter Zeit forcierten Bestrebungen, das gesamte organisatorisch zersplitterte Potential dieser Kräfte zu sammeln und zu einer Kraft zu formieren, die gegebenenfalls die Herrschaft des Monopolkapitals mit offen diktatorischen Mitteln sichern soll."[30] Der französische „Ordre Nouveau" agierte bis zum Verbot in aller Öffentlichkeit mit den gleichen sozialdemagogischen, z. T. sogar scheinbar antikapitalistischen Parolen wie seine Vorgänger. In England forderte 1974 der Vorsitzende des Verbandes britischer Militärfreiwilliger, Paul A. Daniels, die Machtübernahme durch General Walter Walker, der bis 1972 Kommandeur der NATO-Streitkräfte in Nordeuropa war, während gleichzeitig neofaschistische Organisationen wie die unter Oberst David Stirling Konzeptionen über den Einsatz paramilitärischer Verbände gegen streikende Arbeiter ausarbeiteten.

Die politische und soziale Funktion dieser Organisationen ist in allen imperialistischen Ländern gleich: Sie bilden ein zusätzliches und den staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus ergän-

---

26 Vgl. H. Mierecker, Die Verschwörungen der Movimento Sociale Italiano – die neofaschistische Gefahr in Italien, in: Militärwesen, Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, Berlin, 12/1973, S. 30-35, und 1/1974, S. 38-44.

27 Die Gruppe „Schwarze Ordnung" (Ordine Nero), die aus der 1957 innerhalb der MSI entstandenen und Anfang 1974 verbotenen Gruppe „Neue Ordnung" hervorging und für den blutigen Anschlag auf den Brenner-Expreß verantwortlich war, führt z. B. als Gruppenzeichen das Emblem der faschistischen Hitlerjugend.

28 Vgl. M. Rossi, Der Neofaschismus in Italien, in: PFS, 4/1975, S. 454.

29 Vgl. vor allem R. Kühnl, R. Rilling und Ch. Sager, Die NDP. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt (Main) 1969.

30 H. Adler und H. Pötschke, Neofaschistische Aktivitäten in Westeuropa, in: IPW-Berichte, Berlin, 12/1974, S. 43.

zendes Pressionsmittel gegenüber der Arbeiterklasse; sie werden von der Monopolbourgeoisie zur Rechtfertigung ihres gegen Demokratie und Fortschritt gerichteten Autoritarismus benötigt und stellen eine Reserve für den Fall dar, daß die Aufrechterhaltung der Reste bürgerlicher Demokratie dem Monopolkapital als ungeeignet zur Sicherung seiner Macht erscheint.

Die neofaschistischen Organisationen zielen, wie sich am italienischen Beispiel besonders deutlich erkennen läßt, durchaus auch auf die Regierungsgewalt. So erklärte Almirante, die „nationale Rechte" in Italien sei bereit, „diesen Staat zu ersetzen".[31] Die Strategie der neofaschistischen Machtergreifung bewegt sich in drei Richtungen. Sie verfolgt einmal das Ziel, eine große Rechtskoalition zu formieren, und zum anderen ist sie selbst an der Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Wählerstimmen interessiert, um mit den Christdemokraten gemeinsam regieren zu können. Schließlich setzt sie auch auf die Vorbereitung und Durchführung eines Staatsstreichs, wie der Versuch vom 9. Dezember 1970 gezeigt hat und wie jüngste Enthüllungen über Absichten und Verbindungen der Neofaschisten zeigen.

Das politisch-ideologische Kettenglied aller ihrer Bestrebungen ist der militanteste Antikommunismus. Almirante verband seine Bereitschaftserklärung zur Übernahme des Staates durch die „nationale Rechte" mit der Aufforderung an die italienische Jugend, sich auf eine direkte, auch physische Auseinandersetzung mit den Kommunisten vorzubereiten.[32] „Il Borghese", eines der rund 60 neofaschistischen Blätter in Italien, druckte am 29. Mai 1969, was der MSI-Senator Mario Tedeschi auf einer Tagung der „Gruppi di Azione Nazionale" erklärt hatte: „Ruiniert mit allen Mitteln jene, die dem Kommunismus und einer Konzilsrepublik freundlich gegenüberstehen ... Ich kann hier nicht deutlicher werden, aber jeder, der diese Arbeit leisten will, und ebenso unsere Gruppen wissen sehr gut, was getan werden muß ... Den unblutigen Späßen ziehen wir die blutigen Bomben vor. Von jetzt an muß sich jeder, der ernsthaft Antikommunismus betreiben will, außerhalb des Systems und gegen das Regime stellen."[33]

Das Beispiel des italienischen Neofaschismus verdeutlicht, wie die „Strategie der Spannungen" von der MSI mit dem Versuch verbunden wird, die eigenen Terroraktionen als Taten der „Linken" erscheinen zu lassen und die Politik der Italienischen Kommunistischen Partei zu verunglimpfen. Unmittelbar nach dem Anschlag auf den Brenner-Expreß verkündete Almirante, dieser sei von „roten Terroristen" durchgeführt worden. Der von ihm bekannte Kronzeuge war allerdings, wie rasch enthüllt werden konnte, bestochen. 1 Million Lire hatte er ausgezahlt bekommen und weitere 10 Millionen waren zugesagt.[34] Es ist ferner nachweisbar, daß die Neofaschisten eigene Anhänger vorwiegend in linksradikale Organisationen geschleust haben. So trat an der Universität Rom eine Gruppe als „nazistisch-maoistische Bewegung" auf und propagierte als Losungen „Hitler und Mao im gemeinsamen Kampf vereint" und „Es lebe die faschistische Diktatur des Proletariats".[35]

Diese Kräfte leisten dem allgemeinen Bemühen imperialistischer Ideologen Vorschub, den historisch diskreditierten Faschismus im Sinne ihres Antikommunismus und Antisowjetismus zu nutzen, indem sie undifferenziert trotzkistisch-abenteuerliche Gruppen und revolutionäre Kräfte als „linksfaschistisch" diffamieren. Die Linie dieser Bemühungen zieht sich von Seymour Martin Lipset über Jürgen Habermas bis zu Paul Kevenhörster und G. A. Ritter.[36]

---

31 Zit. in: K. Priester, Der italienische Faschismus, Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln 1972, S. 7.

32 Vgl. Frankfurter Rundschau, Frankfurt (Main), 7. 6. 1972.

33 Zit. in: H. Mierecker, a. a. O., Teil 2, S. 39.

34 Vgl. Neues Deutschland, 14.8.1974.

35 H. Mierecker, a. a. O., Teil 2, S. 41.

36 Vgl. S. M. Lipset, Der „Faschismus", die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln 1959, S. 401-444; G. A. Ritter, Der Antiparlamentarismus und Antipluralismus der Rechts- und Linksradikalen, in: K. Sontheimer/G. A. Ritter/B. Schmitz-Hübsch/ P. Kevenhörster/E. K. Scheuch, Der Überdruß an der Demokratie. Neue Linke und alte Rechte – Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Köln 1970, S. 51 ff.; P. Kevenhörster, Eine unbequeme Alternative: Demokratische und totalitäre Herrschaft –nur Kongruenz von linkem und rechtem Totalitarismus, in: Zeitschrift für Politik, Köln, I/1974, S. 61 ff.

Der imperialistische Staat im Faschisierungsprozeß

Bei einer Übersicht über die faschistischen Gefahren in den Ländern, die bereits in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus eine faschistische Diktatur zu tragen hatten, sowie über die faschistischen Tendenzen und Strömungen in den anderen imperialistischen Ländern darf man sich nicht damit begnügen, nur die entsprechenden Parteien und Organisationen zu sehen. Darüber hinaus existiert ein starkes rechtsextremistisches Potential in einer Reihe von Instrumenten monopolbourgeoiser Herrschaft. Dieses Potential – es enthält neben dem Konservatismus, dem Revanchismus und dem Rassismus auch die vierte Erscheinungsform des gegenwärtigen Faschismus – ist vor allem in Führungsschichten der Armee und der Polizei, der Justiz und der Staatsbürokratie zu finden. „Es ist klar, daß z. B. in der BRD eine nicht zu unterschätzende Hilfe für den Neonazismus vom übermäßigen Wohlwollen der Justiz gegenüber Kriegsverbrechern kommt", stellte das Brüsseler „Europäische Treffen gegen Neonazismus und Neofaschismus" Mitte Juni 1973 fest.[37] Teile des Staatsapparates werden selbst zu Trägern ultrareaktionärer Tendenzen.

Für den Faschismus in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg war die Parallelität zweier Prozesse im Bereich der Exekutive charakteristisch. Im Rahmen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Verschmelzung des Apparats der Monopole und des Staates mit dem nichtstaatlicher Organisationen vollzogen sich der Prozeß der Faschisierung des Staates und der Verstaatlichung der faschistischen Partei. Heute besteht die Faschisierung imperialistischer Länder angesichts der neuen Situation für die faschistischen Parteien, die ihnen kaum den Aufbau von Massenorganisationen erlaubt, in geringerem Maße als früher im Zusammenwachsen von Staats- bzw. staatsmonopolistischem Apparat mit Parteien und Organisationen faschistischer Prägung. Vielmehr ist „der Staatsmechanismus selbst zu einem gewaltigen Inkubator faschistischer Bazillen geworden", d. h.: „Der Staat faschisiert die Gesellschaft".[38]

In nicht geringem Maße greifen extrem reaktionäre und faschistische Tendenzen und Ideen auch in den bürgerlichen Parteien, besonders deren rechtem Flügel, um sich. Die neuen faschistischen Regimes sind in der Regel nicht mehr an ein Einparteiensystem gebunden. Oft wird versucht, ohne Parteien auszukommen und das Parteienwesen völlig zu liquidieren. In anderen Ländern wiederum geben die faschistischen Kräfte bestimmten rechtskonservativen Parteien ihre Unterstützung.

Eine weitere, *fünfte* Erscheinungsform des Faschismus ist die Anwendung einzelner oder mehrerer faschistischer Methoden und Praktiken in bestimmten Bereichen imperialistischer Politik. So sind die grausame amerikanische Kriegführung in Indochina[39] und bestimmte terroristische Züge in der Aggressions- und Annexionspolitik Israels gegenüber den arabischen Ländern und dem Volk von Palästina mit den faschistischen Methoden der totalen Kriegführung Hitlerdeutschlands vergleichbar.

Faschistischen Charakter hatte gleichermaßen die blutige Liquidierung von einer halben Million indonesischer Kommunisten oder die Unterdrückung nationaler oder rassischer Minderheiten in mehreren kapitalistischen Ländern. Dabei ist nicht nur an die berüchtigte Apartheidpolitik in Südafrika, sondern auch an die barbarische Behandlung der Indios in Brasilien oder der farbigen Bürger (10 Prozent der Bevölkerung!) in den USA zu denken. Teilweise bedient sich das imperialistische Herrschaftssystem auf Einzel-gebieten – insbesondere gegenüber nationalen Minderheiten – faschistischer Methoden, wenngleich die Gesamtheit des Systems nicht als faschistisch bezeichnet werden kann.

Tendenzen der Internationalisierung des Faschismus

Schließlich sind Faschismus und Neofaschismus *sechstens* in einer internationalen Erscheinungsform anzutreffen. Allerdings hat er hier eine außerordentlich komplizierte und im einzelnen kaum zu

---

37 So z. B. im Referat von Arialdo Banfi, Präsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR).

38 W. E. Gulijew, a. a. O., S. 177.

39 Der demokratische USA-Senator McGovern bezeichnete die massiven Bombardements wehrloser Bauern in Vietnam, Laos und Kambodscha als moralische Niederlage der USA und erklärte: „Es ist der barbarischste Akt, der seit dem Tod von Adolf Hitler von irgendeiner modernen Macht verübt wurde." (Zit. nach: R. Lettau, Täglicher Faschismus. Amerikanische Evidenz aus 6 Monaten, Leipzig 1973, S. 201)

erhellende Gestalt angenommen. Viele Aktionen der Neofaschisten – einschließlich ihrer „Machtergreifung“ – sind das Werk oder sind stark beeinflußt von den großen Geheimdiensten, insbesondere der amerikanischen CIA, von den multinationalen Monopolen und von internationalen Organisationen der imperialistischen Welt wie dem Oberkommando der NATO. Mit Recht ist behauptet worden, daß die faschistische Gefahr nicht so sehr in den Überbleibseln des alten Faschismus und nicht einmal in den neuen faschistischen Banden besteht: Die „zunehmende Gefahr wird durch eine Verbindung zwischen den Banden und den imperialistischen Weltzentralen, den Geheimdiensten, dem Oberkommando der NATO, dem gesamten Apparat heraufbeschworen“.[40]

Die These vom „Export“ des Faschismus darf jedoch nicht so verstanden werden, als werde der Faschismus in einigen Ländern lediglich und ausschließlich von außen her gepflanzt. Trotz der gegenwärtigen Veränderungen im dialektischen Verhältnis von inneren und äußeren Faktoren bleiben die ersteren ausschlaggebend.

In zunehmendem Maße versucht der gegenwärtige Faschismus, sich international zu organisieren und koordiniert zu wirken. Unmittelbar nach 1945 handelte es sich zunächst um das Zusammenwirken von Kräften des alten Faschismus, besonders von SS-Angehörigen verschiedener Nationalität. In den letzten Jahren waren jedoch die neofaschistischen Organisationen darum bemüht, eine „schwarze“ Internationale ins Leben zu rufen. In größter Geheimhaltung wurde 1956 in Lausanne die „Neue Ordnung“ als internationale Organisation gegründet, die sich auf angeschlossene Gruppen in Italien – hier hat sie bisher den größten Einfluß erreicht –, Frankreich, Belgien, Österreich und in einigen anderen Ländern stützt. Inzwischen sollen mehrere Kongresse stattgefunden haben.[41] In München trafen sich während der Olympischen Spiele am 16. und 17. September 1972 etwa 600 bis 1000 Faschisten, organisiert von den in der BRD legal erscheinenden faschistischen Zeitschriften „Mut“ und „Nation Europa“. Dieses größte Faschistentreffen der Nachkriegszeit, bei dem u. a. 40 Gruppen aus Italien vertreten waren, konzentrierte sich auf Fragen der Terrorisierung Italiens, dem „schwächsten Glied“ der EWG.[42]

Kontinuität im Wesen Modifikationen in der Form

Für die weitere Bestimmung von Wesen und Merkmalen des gegenwärtigen Faschismus sind die Zusammenhänge entscheidend, die zwischen ihm und dem gesamten Rechtsextremismus einerseits und der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, dem veränderten Kräfteverhältnis in der Welt, der qualitativen Vertiefung aller Widersprüche im Weltimperialismus und dem objektiven Zwang zur Anpassung des Imperialismus an die neuen Bedingungen der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus andererseits bestehen.

Der gegenwärtige Faschismus unterliegt ebenfalls dem Zwang zur Anpassung an die zuungunsten des Imperialismus veränderten Existenzbedingungen, er entwickelt sich aber zugleich als extremster Gegner jeglicher Anpassung an die Realitäten. In dieser Hinsicht kann man ihn als Ausdruck und Ergebnis von Politik und Ideologie der Kräfte des Imperialismus bezeichnen, die einen extrem arbeiter- und menschenfeindlichen, einen extrem entspannungs- und friedensfeindlichen Kurs verfolgen und am meisten imperialistisch, d. h. vor allem am militantesten antikommunistisch, antisowjetisch und antidemokratisch, sind.

In den Ländern, die bereits einmal faschistisch beherrscht worden sind und im zweiten Weltkrieg eine eklatante Niederlage hinnehmen mußten, sind auch solche Kräfte als extrem reaktionär und daher tendenziell profaschistisch zu betrachten, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig machen, frühere Positionen des Faschismus wieder erobern und schließlich die alten faschistischen Ziele erneut anstreben möchten.

In den Ländern, in denen die Monopolbourgeoisie noch nicht voll ausgebildet ist, sich aber gleichartige oligarchische Herrschaftsgruppen auf unterschiedlicher sozialer Basis entwickelt haben, formiert

---

40 I. Trofimowa, Die Verschwörung der Reaktion in Italien, in: Neue Zeit, Moskau, 13/1971, S. 21.

41 Vgl. E. Henri, Die schwarze Internationale, in: Literaturnaja gaseta, Moskau, 33/1973.

42 Vgl. Volkswacht, Gera, 4.9.1974, die einen Artikel „In den Bierkellern Hitlers“ aus der italienischen Wochenzeitung „Epoca“ zitiert.

sich der gegenwärtige Faschismus häufig in der Gestalt von Militärdiktaturen, die mit faschistischen Methoden herrschen und – oft im Zeichen einer verbalen Option für die „Modernisierung“ der Diktatur – eine Faschisierung des Regimes betreiben.

In der Geschichte des Faschismus widerspiegelt sich die historische Entwicklung des zuungunsten des Imperialismus veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt. Dabei hat der gegenwärtige Faschismus sein Klassenwesen im Vergleich zum „traditionellen“ Faschismus nicht verändert. Auf ihn treffen nach wie vor die Analyse und Charakterisierung des Faschismus durch die Kommunistische Internationale zu, die in der Rede Dimitroffs vor dem VII. Weltkongreß der Komintern gipfelten.[43] Modifikationen treten lediglich in den Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus auf. Der Klassencharakter, die soziale und politische Funktion sowie die wesentlichsten Merkmale des vergangenen und des gegenwärtigen Faschismus sind gleichgeblieben und verkörpern eine Kontinuitätslinie des Imperialismus und insbesondere seiner rechtsextremistischen, aggressivsten und reaktionärsten Teile.

Charakteristische Merkmale

Diese Kontinuität stellt sich bei den Merkmalen des Faschismus wie folgt dar:

Erstes wesentliches Merkmal des Faschismus war und ist in allen Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus die von ihm angestrebte und praktizierte Zerschlagung der legalen Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere der kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften. Zwar können nicht alle Länder, deren Machthaber die Kommunisten in die Illegalität getrieben haben, als faschistisch oder neofaschistisch bezeichnet werden. Aber es gibt keinen Zweifel, daß schon das Verbot kommunistischer Parteien tendenziell ein wesentlicher Schritt zum Faschismus hin ist. Der Imperialismus entwickelt vielfach neue Methoden der politischen Entrechtung der Arbeiterklasse und der Beseitigung ihrer führenden Kraft, z. B. die „legalen“ Verbote nach scheindemokratischen Prozessen (z. B. der KPD 1956 in der BRD), die Spaltung kommunistischer Kräfte mit Hilfe von Trotzkismus und Maoismus und nicht zuletzt die Verbreitung von Antikommunismus und Antisowjetismus durch ganze Manipulationsindustrien.

Auch im engen Zusammenspiel von scheinbar anti-kapitalistischer Sozialdemagogie und terroristischer Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, dem *zweiten* Merkmal des Faschismus, gibt es keinen wesentlichen Wandel. Dabei ist eine verstärkte Konzentration des gegenwärtigen Faschismus auf den Terrorismus unverkennbar, da seine Potenzen der politischen Massenbeeinflussung beträchtlich eingeschränkt und seine Möglichkeiten zur psychologischen Beherrschung von Massen begrenzt worden sind. Der Terror, wie er etwa von der SS praktiziert worden ist, findet heute vielfach seine Fortsetzung durch die Praktiken der politischen „Unterwelt“ und der imperialistischen Geheimdienste.“[44]

Das *dritte* Merkmal des Faschismus äußert sich in der von ihm betriebenen Isolierung oder sogar physischen Vernichtung der Führer revolutionärer Organisationen und aller aktiven antifaschistischen Kräfte. Gerade hierin unterscheidet sich die faschistische Diktatur in Chile unter Pinochet nicht von Deutschland unter Hitler oder von Italien unter Mussolini.

Kontinuität weist auch das *vierte* Merkmal auf: Beseitigung oder völlige inhaltliche Entleerung des bürgerlichen Parlamentarismus. Etablieren sich neue faschistische Systeme nicht durch einen Putsch, so erstreckt sich der Prozeß der Ausschaltung des Parlaments in der Regel über längere Zeit. Dies wird auch dadurch nicht aufgehoben, daß sich gegenwärtig fast alle faschistischen Bewegungen und Parteien als „demokratisch“ bezeichnen, sich als Verteidiger von „Freiheit“ und „Rechtsstaatlichkeit“ gebärden und große Furcht zeigen, in die „braune Ecke“ gestellt, d. h. mit dem diskreditierten Faschismus identifiziert zu werden.

---

43 Vgl. G. Dimitroff, a. a. O., S. 525 ff.

44 Bezogen auf Italien schreibt E. Henri in: Die schwarze Internationale, a. a. O.: „Das ist schon nicht mehr die Taktik gewöhnlicher, von zufälligen Umständen abhängiger Straßenprovokationen, sondern ein ganzes ausgeklügeltes System von Massen-terror, das die alten Erfahrungen der SS mit der Praxis der amerikanischen Gangster und den Methoden der Maffia verbindet.“

Am Ziel des Faschismus, ein Regime der Gewalt und der Willkür, der Expansion und Aggression im Interesse der Monopolbourgeoisie und ihrer jeweils führenden Kreise zu errichten und zu sichern, hat sich trotz neuer Formen seines Auftretens nichts geändert. Allerdings haben sich bei solchen Merkmalen wie dem Nationalismus/Chauvinismus und dem Rassismus (mit Ausnahme des rassistisch-kolonialistischen Faschismus) gewisse, in den Konturen noch nicht allzu deutlich erkennbare Veränderungen vollzogen.

Der gegenwärtige Faschismus organisiert sich sowohl national als auch international, er orientiert sich mehr an den allgemeinen Zielen der reaktionärsten Teile des Weltimperialismus, darunter vor allem auch an denen der reaktionärsten Kräfte in den USA, als an nationalstaatlich begrenzten Interessen. Die multinationalen Monopole sind heute vielfach bei der Durchsetzung ihrer Interessen auf den Faschismus angewiesen und fördern ihn mit allen Kräften. Die zunehmende Tendenz der Internationalisierung des Monopolkapitals hat weitreichende Konsequenzen auch für den gegenwärtigen Faschismus und seine Gefährlichkeit.

Offener Terrorismus, brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte, extremer Antikommunismus und eine raffinierte Demagogie sowie alle anderen wesentlichen Merkmale des „traditionellen" Faschismus sind auch die Merkmale des gegenwärtigen Faschismus als Bestandteil und Erscheinungsform des Imperialismus. Es wäre daher falsch, die Gefahr des Faschismus nur dort sehen zu wollen, wo – wie z. B. Iring Fetscher meint –das „latente faschistische Potential großer Bevölkerungsteile von politischen Eliten mobilisiert wird, um mit seiner Hilfe radikaldemokratische und sozialistische Gruppen und schließlich alle liberal-demokratischen Institutionen zu beseitigen".[45] Mit einer solchen Auffassung wird das imperialistische Klassenwesen des Faschismus negiert und der antifaschistische Kampf desorientiert – ähnlich wie durch Theorien rechter Sozialdemokraten, der Faschismus sei eine Diktatur des Mittelstandes bzw. des Lumpenproletariats, der notwendige antiimperialistische Charakter des antifaschistischen Kampfes verwischt wird.

Nach wie vor bleibt der für die revolutionären Kräfte und ihre Tätigkeit so bedeutungsvolle Unterschied zwischen offen diktatorischen und bürgerlich-parlamentarischen Regimes bestehen. Allerdings beginnt der gegenwärtige Faschismus nicht erst dort Realität zu werden, wo der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus völlig aufgehoben worden ist. Auch in der sinnentstellenden Nutzung parlamentarischer Methoden, in ihrer teilweisen Aufhebung und in ihrer brutalen antikommunistischen Verkehrung in das Gegenteil bürgerlich-demokratischer Prinzipien von Recht und Gesetz ist sein Wirken zu spüren. Daher ist Faschismus gegenwärtig nicht erst dort und dann als solcher festzustellen, wo und wenn er sich als Herrschaftsform etabliert hat. Jede Rechtsschwenkung in den imperialistischen Ländern, die für sich genommen nicht faschistisch ist, begünstigt objektiv Tendenzen zum Faschismus, in deren schließlichem Ergebnis die bestehenden Formen monopolbourgeoiser Machtausübung durch reaktionär-terroristische ersetzt werden können.

In gewissem Umfang berücksichtigt der Weltimperialismus die Erfahrungen, die der deutsche Faschismus auf seinem Weg von der „totalen Partei" zum „totalen Staat" und schließlich vom „totalen Krieg" zur totalen Niederlage machen mußte. Er versucht stärker als früher, in seinen Herrschaftsmethoden zu lavieren und die beiden, von Lenin charakterisierten Grundmethoden imperialistischer Machtausübung auf neue Weise miteinander zu verbinden. Am weitesten verbreitet sind Kombinationen beider Herrschaftsmethoden, bei denen „zwar die Methoden und Instrumente der gewaltsamen Unterdrückung stets *präventiv* bereitstehen und auch angewandt werden, zur vorherrschenden Tendenz jedoch die verschiedenartigsten staatsmonopolistischen Reformen, teilweise Zugeständnisse und ‚getarnte' Formen der Machtausübung werden".[46]

Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten gehen in ihrer antiimperialistischen Strategie und Taktik davon aus, daß unter dem zugunsten des Sozialismus gegenüber dem Imperialismus veränderten Kräfteverhältnis der Faschismus, welcher insbesondere in Europa seine größten Nieder-

---

45 I. Fetscher, in: Ist die Epoche des Faschismus beendet? (Hrsg. D. Horster und M. Nikolinakos), Frankfurt (Main) 1971, S. 64.

46 M. Schmidt, Zur Entwicklung des imperialistischen Herrschaftssystems. Thesen, in: IPW-Berichte, 3/1972, S. 11.

lagen erlitten hat, daran gehindert werden kann, erneut sein Haupt zu erheben.[47] Sie widmet gleichzeitig dem Kampf gegen die rechtsextremistischen und faschistischen Tendenzen und Aktivitäten größte Aufmerksamkeit. Sie warnt vor dem sich aus dem Imperialismus ergebenden Streben nach einer Faschisierung des gesellschaftlich-politischen Lebens und mobilisiert in allen Klassen und Schichten die potentiellen antifaschistischen Kräfte und sucht politische Bündnisse und breite Volksbewegungen gegen den Faschismus zu formieren. Damit gewinnt der frühere Kampfruf „no pasarán" heute eine neue Dimension und verstärkt sich die Gewißheit, daß der gegenwärtige Faschismus nicht „durchkommen" wird.

IPW (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft), Berichte, Heft 8. August 1975, 4. Jahrgang, S. 36-45.

[47] Vgl. A. Galkin, a. a. O., S. 1616.

„... um etwas Neues, Größeres und Stärkeres zu schaffen“

Zum Ringen Wilhelm Piecks um die Einheit der Arbeiterklasse und aller Hitlergegner im antifaschistischen Widerstandskampf

In den schweren Jahren der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges reiften wichtige Voraussetzungen für die Vereinigung der KPD, die seit 1935 in Vertretung des von den Faschisten eingekerkerten Ernst Thälmann von Wilhelm Pieck geleitet wurde, mit der sozialdemokratischen Partei. In dieser Vereinigung und der Schaffung der marxistischen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sah Wilhelm Pieck die Stunde der Erfüllung seiner revolutionären Ziele, erblickte er mehr als eine rein organisatorische Maßnahme. Auf dem letzten thüringischen Landesparteitag der KPD, der am 6. April 1946 in Gotha stattfand, erklärte der damals Siebzigjährige vor den begeisterten Delegierten: „Wir geben Liebgewordenes auf, um noch Lieberes und Größeres zu gewinnen. Wir schaffen eine stärkere, einheitlichere Führung der deutschen Arbeiterklasse, damit sie die vor ihr stehenden größeren geschichtlichen Aufgaben erfolgreich durchführen kann. Gleichzeitig formulierte er, daß die beiden Arbeiterparteien ineinander aufgehen, „um etwas Neues, Größeres und Stärkeres zu schaffen.“

Für dieses Neue, Größere und Stärkere hatte Wilhelm Pieck vor allem während der Zeit der braunen Barbarei des faschistischen deutsches Imperialismus unermüdlich gekämpft.

Immer wieder verwies er in seinen Schriften und Reden, auf Konferenzen und in Komitees, in Gesprächen und Diskussionen auf die Einheitsfront der Arbeiterklasse als dem Kettenglied für die Lösung aller Aufgaben im Kampf um den Sturz der faschistischen Herrschaft. Er wußte um die schweren Folgen der Spaltung der Arbeiterklasse für alle Werktätigen, er kannte genau die verderbliche Rolle des opportunistischen Einflusses in der Arbeiterbewegung.

Als Mitglied des Zentralkomitees unterstützte er daher stets den Kampf Ernst Thälmanns um die ständige Festigung der KPD auf der sicheren Basis des Marxismus-Leninismus. In der von ihm mitbegründeten Partei verkörperte sich jene gesellschaftliche Kraft, die – gegen alle Hindernisse, Fehler und Niederlagen sich durchsetzend – die Arbeiterbewegung zu einigen und auf eine neue Stufe ihrer Entwicklung zu führen vermochte. Diese Partei war entstanden als Absage an die falsche Einheit der Opportunisten, die nur dem Imperialismus diente und für die Arbeiterklasse Unheil auf Unheil heraufbeschwor. Mit ihr richtete der konsequente Leninist Wilhelm Pieck sein ganzes Sinne und Trachten darauf, eine wirkliche und zukunftsträchtige Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu schaffen.

Schlüssel zur Lösung aller Aufgaben

Unmittelbar nach der Errichtung der offenen terroristischen Diktatur in Deutschland, mit deren Hilfe die Monopolbourgeoisie und insbesondere ihre reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Teile aus der Krise heraus und auf dem Wege zu einem neuen, revanchistischen Aggressionskrieg rascher als bis dahin voranzukommen hofften, trat Wilhelm Pieck im preußischen Landtag mutig gegen den Terror der SA-Banden auf und erklärte: „Es gibt nur ein Mittel aus dem Elend herauszukommen, und das ist der einheitliche Klassenkampf gegen die Bourgeoisie!“ In diesen Worten vom 4. Februar 1933 spiegelten sich seine reichen Erfahrungen aus den großen Klassensehlachten der Weimarer Republik wider, in ihnen klang jedoch auch schon die Konsequenz für den antifaschistischen Widerstandskampf an.

Von dieser Forderung nach dem einheitlichen Kampf gegen den Faschismus ließ sich Wilhelm Pieck leiten, als er sich maßgeblich an der Ausarbeitung der Strategie und Taktik der KPD beteiligte, die durch die neuen Bedingungen des Klassenkampfes nach der Errichtung der faschistischen Diktatur erforderlich geworden war. Sowohl sein Bericht über die Tätigkeit des EKKI auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale als auch sein Referat auf der Brüsseler Konferenz der KPD waren durchgängig vom Gedanken der antifaschistischen Einheit geprägt.

Er berücksichtigte dabei den starken Differenzierungsprozeß in der Sozialdemokratie, der viele Mitglieder der 1933 zerschlagenen SPD zur Erkenntnis führte, daß die Politik des Abwartens, des „Tole-

rierens“ und der Bereitschaft zu einer antikommunistischen Koalition mit Teilen der herrschenden Klassen keine Politik im Interesse der Arbeiterklasse war, sondern den Weg zur Diktatur zu ebnen geholfen hatte. Zugleich wandte er sich strikt gegen sektiererische Auffassungen unter solchen Kommunisten, die glaubten und glauben machen wollten, die Einheitsfront der Arbeiterklasse sei nur dann hergestellt, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Partei verlassen und der KPD beitreten.

Im Kampf für Aktionseinheit und Volksfront

Entschieden trat Wilhelm Pieck für die kameradschaftliche Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten ein. Darin sah er die Voraussetzung für die Schaffung der objektiv notwendigen antifaschistischen Einheitsfront, der Arbeiterklasse. In seinem Schlußwort auf der Brüsseler Konferenz formulierte er: „Wir haben einen gemeinsamen Feind, wir haben ein gemeinsames Ziel, wir müssen gemeinsam kämpfen ...“ Ihm war bewußt, daß dies nur gegen den Widerstand der einheitsfrontfeindlichen rechten Führer der Sozialdemokratie durchgesetzt werden konnte und forderte daher, vielfältige Beispiele unter den Arbeitern zu schaffen und sozialdemokratische Gruppen zu gewinnen, ohne dabei die dialektischen Wechselbeziehungen zwischen der Einheitsfrontpolitik von unten und der Einheitsfrontpolitik von oben zu übersehen.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse war in seinen Augen auch deshalb der Schlüssel zur Lösung aller Fragen, weil nur auf ihrer Grundlage die von den Kommunisten angestrebte antifaschistische Volksfront, d. h. das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten geschaffen werden konnte. Solange die Einheitsfront nicht existiert, so warnte er, „wird die Arbeiterklasse für die Mittelschichten nicht der Magnet sein, der sie anzieht, wird die Arbeiterklasse nicht die Kraft sein, auf die sie sich orientieren.“

In seinem berühmten Artikel „Fragen der Volksfront in Deutschland. Klarheit tut not!“ ans dem Jahre 1936 hieß es: „Um eine einheitliche, feste Führung der in der Volksfront zusammengeschlossenen Kräfte zu sichern, muß die Aktionseinheit der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter herbeigeführt werden.“ Über die große Bedeutung der antifaschistischen Volksfront schrieb er zwei Jahre später in einer illegal verbreiteten Broschüre: „Aber der Sturz des Hitlerfaschismus, die Rettung von Frieden, Brot und Freiheit für das deutsche Volk wird nicht anders als mit seinem Zusammenschluß, mit seinem gemeinsamen Kampf in der deutschen Volksfront, mit der einigen Arbeiterklasse als der führenden Kraft, erreicht werden. Nur wer für das Zustandekommen der deutschen Volksfront arbeitet, wer dazu beiträgt, alle ihr noch entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen, der allein hilft dem deutschen Volk, sich von dem barbarischen Hitlerfaschismus zu befreien.“

Im Kollektiv der Parteiführung half Wilhelm Pieck, in der Zeit der Illegalität und des Widerstandskampfes ein tragfähiges und realistisches Programm als Basis des gemeinsamen Kampfes aller Hitlergegner, trotz unterschiedlicher sozialer Herkunft sowie unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Auffassungen zu erarbeiten. Sein Beitrag dazu war vielgestaltig und richtungsweisend, gleich ob es sich um seine Mitarbeit an den Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront oder um das von ihm auf der Berner Konferenz entwickelte Programm einer neuen demokratischen Republik, um seine Forderung zur Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion im Ringen um die kollektive Sicherheit in Europa oder um die Organisierung des Nationalkomitees und der Bewegung „Freies Deutschland“ als dem ‚Zentrum der antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung handelte.

Höhere Einheit unserer Bewegung

Erst der Sieg der sowjetischen Völker und ihrer Verbündeten über den Faschismus bot der deutschen Arbeiterklasse die neue und einzigartige Chance, ihre vom Opportunismus bewirkte Spaltung zu beseitigen und auf dem Wege des gemeinsamen Kampfes für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung die Vereinigung der Arbeiterparteien herbeizuführen. Daß diese Chance genützt werden konnte, ist auch dem persönlichen Einsatz und dem rastlosen Bemühen des Vorsitzenden der KPD zu verdanken, der am 1. Juli 1945 nach Berlin zurückkehrte und die Tätigkeit des Zentralkomitees leitete. Sein ganzes Denken und Handeln galt der Vorbereitung des historischen Händedrucks zwischen

ihm und Otto Grotewohl, der die Gründung einer einheitlichen marxistischen Partei besiegelte. Liebevoll und anerkennend nannten ihn viele seiner damaligen Mitarbeiter und viele revolutionäre Arbeiter den „Vater der Einheit“.

Am 13. April 1946 hielt Wilhelm Pieck in einer Rede Rückschau: „Mit der Vereinigung der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei schließt sich wieder der Kreis, der mit der Spaltung der Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg unterbrochen wurde. Es wird wieder eine einige Arbeiterbewegung geben, aber sie wird nicht mehr die gleiche wie 1914 sein. Die Vereinigung erfolgt auf einer viel höheren Stufenleiter der Arbeiterbewegung, die gewachsen ist auf Grund der großen Erfahrungen dieser Zeit und der reichen Erkenntnisse, die ihr die beiden Weltkriege, die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion, der Bankrott der Weimarer Demokratie und die 12 Jahre Hitlerdiktatur vermittelt haben ... Wir können mit Stolz auf diese Vergangenheit von 30 Jahren, die Spartakuszeit einbegriffen, zurückschauen ... Wir schließen mit dieser Vereinigung der beiden Arbeiterparteien die Vergangenheit ab, die mit heroischen Kämpfen und großen Opfern der Besten unserer Partei verbunden ist. Wir schließen sie ab, um zu einer höheren Einheit unserer Bewegung emporzusteigen.“

Unter den vielen Leistungen Wilhelm Piecks besonders an seinen Kampf um die Einheit der revolutionären Arbeiterbewegung zu erinnern, heißt – soll es mehr als eine historische Würdigung sein nach den Lehren seines Ringens für unsere Gegenwart zu fragen. Der Aufruf des Zentralkomitees der SED zur Vorbereitung und Würdigung des 100. Geburtstages von Wilhelm Pieck ist daher organisch in die Vorbereitung des IX. Parteitages eingebettet.

Wie kaum ein anderer personifiziert Wilhelm Pieck die Kontinuität des revolutionären Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse auf marxistisch-leninistischer Grundlage sowie die Unaufhaltsamkeit des historischen Fortschritts im Kampf für Frieden und Sozialismus, der durch diese Einheit möglich wurde und auch weiterhin wird. Gerade heute sind die geschichtlichen Erfahrungen unserer Partei und der konsequente Kampf des Kommunisten Wilhelm Pieck von allgemeinem Interesse, wenn man an den wachsenden Einfluß des von der geeinten Arbeiterklasse aufgebauten Sozialismus, an den Kampf um die Einigung aller Kräfte des Friedens und an die unabdingbare Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Ringen um die Lösung der Grundfragen unserer Epoche denkt.

Auch heute gilt es, einheitlich im Interesse der Erhaltung des Friedens, der weltweiten Abrüstung, der Sicherung der Existenz und der Lebensbedingungen der Werktätigen in den krisengeschüttelten imperialistischen Ländern, im Interesse der Menschheit zu kämpfen, um etwas Neues, Größeres und Stärkeres schaffen zu können, das jenen reaktionären Kräften endgültig und dauerhaft das Handwerk legt, die immer noch das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.

Volkswacht-Beilage, 19.12.1975, S. 3.

10 : 1 – aber für wen?

Nachdenken über „Selbstverständlichkeiten“ des Lebens

Eine wesentliche Aufgabe unserer politisch-ideologischen Arbeit als Propagandisten der Partei besteht darin, alle unsere Erfolge in der politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Entwicklung der DDR und natürlich auch die Probleme als Bestandteil des weltrevolutionären Prozesses und der Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus darzustellen. Wir sollten uns davon leiten lassen, was Genosse Werner Lamberz in seinem außerordentlich lesenswerten Artikel „Ideologische Arbeit für das Feld der Wirtschaft“ (Einheit 8/1975, S. 835) mit den Worten. ausdrückte: „Die Entwicklung unseres Landes aus der Sicht der großen internationalen Zusammenhänge zu beleuchten, so daß daraus Kraftbewußtsein und Aktivität erwachsen, ist nicht zuletzt ein wichtiges Anliegen in der Arbeit mit jungen und jüngeren Bürgern, und es erfordert generell eine Sicht auf die Geschichte unserer Partei und ihres Kampfes, vor allem die Sicht auf die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte.“

Der Zusammenhang zwischen allem, was wir zur Stärkung des real existierenden Sozialismus tun, und dem weltweiten Klassenkampf ist objektiv gegeben, subjektiv aber von manchem unter uns noch nicht oder nicht richtig erfaßt. Bei einigen unserer Studenten äußert sich das in der Diskrepanz zwischen Wort und Tat, von der im Rechenschaftsbericht die Rede war. Daneben sehe ich zwei weitere Erscheinungsformen.

Errungenschaften, die einfach da sind

Zum ersten ist das eine ungenügende Reflexion unserer „Selbstverständlichkeiten“, d. h. der Errungenschaften des Sozialismus, über die wir oft nicht sonderlich nachdenken, weil sie einfach da sind und keiner auf den Gedanken zu kommen braucht, er könnte eines Tages z. B. arbeitslos sein statt sich des verwirklichten Rechts auf Arbeit zu erfreuen. Über diese „Selbstverständlichkeiten“ wäre sehr viel zu sagen, wenn wir in Vorbereitung des IX. Parteitages die Bilanz unserer Entwicklung. auf den Gebieten Sozialpolitik, Gesundheitswesen, Bildungspolitik, Wettbewerb und Mitbestimmung ziehen. Die Tatsache, daß gerade jetzt alle Genossen besonders aktiv an der Wahlbewegung mitwirken, gehört übrigens auch zu den „Selbstverständlichkeiten“. Mir wurde das wieder einmal deutlich, als ich dieser Tage einige Angaben über das Parteiensystem in der BRD las und darüber stolperte, daß von den zwei Millionen Beitragszahlern lediglich 10 Prozent als aktive Mitglieder anzusehen sind. Die Vorschläge, die auf eine Überwindung dieser Situation und eine „Partizipation“ größerer Teile der Massen an der imperialistischen Politik hinauslaufen (z. B. Veränderung der Parteistrukturen und „Amerikanisierung“ der westdeutschen Parteien!) sind naiv, für unsere Auseinandersetzung aber nicht uninteressant.

Zu den Wirkungen unserer Arbeit

Zum zweiten möchte ich eine ungenügende Reflexion jedes einzelnen über die Wirkungen seiner Arbeiten nach außen feststellen. Was sollen beispielsweise solche Fragen nach dem Sinn einer kleinen Solidaritätsspende oder nach einer verschwendeten Stunde Arbeitszeit anders bedeuten? Zu den Wirkungen und internationalen Ausstrahlungsfähigkeit unserer Arbeit laßt mich bitte an folgende Tatsache erinnern: Während der US-Aggression gegen Vietnam berechnete ein Computer, daß für den „Sieg“ 530.000 Soldaten, 4000 Flugzeuge und Hubschrauber sowie die 7. Flottes „genügen“. Dabei war das Verhältnis der materiellen zu den moralisch-politischen Faktoren mit 10 : 1 angesetzt, also relativ hoch, aber – wie die jüngste Geschichte gezeigt hat – doch nicht hoch genug.

Zweifellos: Der ökonomische Wettbewerb zwischen Sozialismus und Imperialismus ist der wichtigste Bereich in ihrer Auseinandersetzung. Und ebenso bildet das militärische Kräfteverhältnis eine der entscheidenden Komponenten in der Gesamtkräftebilanz zwischen den beiden Gesellschaftssystemen. Aber die moralisch-politischen Faktoren wachsen in ihrer Bedeutung, sie sind mehr und mehr gewaltige Kriterien des internationalen Kräfteverhältnisses. In unserer Epoche – dessen sollten gerade wir als Gesellschaftswissenschaftler und künftige Lehrer immer bewußt sein – ist die „Fähigkeit, den Einfluß der eigenen Ideen durchzusetzen, zu einer neuen wichtigen Quelle der Macht und des Einflus-

ses der Staaten auf internationaler. Ebene geworden.“ (G. A. Arbatow, Ideologischer Klassenkampf und Imperialismus, Berlin 1972, S. 71) Die tatsächlichen Potenzen von Sozialismus und Imperialismus hängen nun einmal nicht allein von ihren materiellen Potentialen ab, sondern auch von den Möglichkeiten, diese Potentiale zu mobilisieren und einzusetzen. Wie wäre sonst die Situation zu erklären, daß die imperialistischen Großmächte in ihrer Geschichte noch nie über ein so riesiges Wirtschaftspotential (trotz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise), noch nie über so gewaltige Armeen und Waffensysteme verfügen konnten wie heute, daß sich aber dennoch ihr Einfluß auf die internationale Entwicklung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verringert hat.

Unser Tun soll ihre Niederlagen noch erheblich vergrößern

Wir haben heute auch zu prüfen, wie jeder von uns dazu beiträgt, die moralisch-politische Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung, der sozialistischen Politik und Ideologie in seinem Aufgabengebiet zu realisieren und zu demonstrieren. Das ist auch unter dem folgenden Aspekt eine wichtige Aufgabe: Den Computern in den imperialistischen Ländern werden heute andere Zahlen als vor der Niederlage in Indochina eingegeben. Nach Helsinki hat der ideologische Kampf für den Imperialismus eine wesentlich größere Bedeutung erlangt.

Das will ich noch an einem Beispiel erläutern. Anfang November 1975 fand in Mainz die Jahrestagung der „Gesellschaft für Osteuropakunde“ der BRD statt. Diesem Verein gehören zwar auch obskure Wissenschaftler und Möchtegern-Politiker an, sie bestimmen aber nicht sein Profil. Als Präsident fungiert Otto Wolff von Amerongen, der Vorsitzende des „Deutschen Industrie- und Händelstages“, und prominentester Teilnehmer der Jahrestagung war Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU und Kanzler-Kandidat der CDU/CSU. Dieser Verein machte deutlich, daß die Erfolge des Sozialismus nicht zu bestreiten seien, sein Einfluß aber zurückgedrängt und beseitigt werden müsse. Dazu wurden Methoden und Schwerpunkte für die „Verschärfung des ideologischen Kampfes“ genannt, u. a.:

- die Diskreditierung der sozialistischen Demokratie;
- der Kampf gegen die sozialistische Kulturpolitik unter Ausnutzung sogenannter Dissidenten, Nonkonformisten sowie von Renegaten und Verrätern;
- die Herausstellung einer angeblichen „wirtschaftlichen Systemschwäche“ des Sozialismus und der These, daß diese Schwäche „nur mit Hilfe des Westens“ zu überwinden sei;
- die Propagierung der „Freiheit des Individuums“ in Auseinandersetzung „vor allem mit der neuen Zivil- und Strafgesetzordnung in einigen sozialistischen Ländern;
- der Angriff gegen eine angebliche verstärkte ideologische Indoktrination“ vor allem in der Sowjetunion.

Beschlossen haben die „Osteuropakundler“ übrigens auch den verstärkten Einsatz der Computertechnik. Wünschen wir – nein: tun wir auch in unserer Grundorganisation alles, damit in Zukunft diese Herrschaften nicht nur 10 : 2, 10 : 3 oder 10 : 4, sondern noch viel mehr für das Programm unserer Erfolge und ihrer Niederlage einzukalkulieren gezwungen sind!

Sozialistische Universität, 30.01.1976.

Unsere Weltanschauung – unser zuverlässiger Kompaß

Gedanken zu theoretischen und ideologischen Grundlagen des weiteren Weges in eine sichere und glückliche Zukunft

In wenigen Tagen beginnt der XXV. Parteitag der KPdSU. Ihm und ebenso allen anderen Entscheidungen der kommenden Monate, die in der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herangereift und zu treffen sind, gilt die ungeteilte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Gewiß, auch die Parteitage und Konferenzen, die heute schon Geschichte sind, bewegten das Denken und Handeln vieler Menschen in allen Teilen der Welt. Dennoch, so erwartungsvoll tuid zugleich zuversichtlich ist wohl noch keiner Zusammenkunft der Delegierten der sowjetischen Kommunisten entgegengeschaut worden.

Diese besondere Aufmerksamkeit ist nur zu verständlich, denn das innen- und außenpolitische Programm der regierenden Partei im größten sozialistischen Staat, der zum Bollwerk des Friedens und des Menschheitsfortschritts geworden ist, wird den weiteren Weg zur Lösung der gegenwärtigen und der zukünftigen Probleme aller Werktätigen nachhaltig beeinflussen. Erneut wird die geschichtliche Erfahrung eine imposante Bestätigung finden, daß allein durch den Sozialismus die Probleme der Menschheit gelöst werden können; erneut werden auf der Grundlage einer Analyse des Erreichten sowie der exakten Bestimmung des Möglichen und des Notwendigen reale Beschlüsse für den weiteren Wege in eine sichere und glückliche Zukunft gefaßt; erneut wird sich erweisen, daß der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist und seinen internationalen Einfluß vergrößert, daß er die Bedingungen für den Vormarsch aller revolutionären, antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte in der Welt verbessert.

Bilanz und Perspektive

Wer sich noch einmal das Programm des XXIV. Parteitages der KPdSU vergegenwärtigt und damit vergleicht, was heute bereits von seinen sozialökonomischen Aufgaben an allen Abschnitten des kommunistischen Aufbaus verwirklicht worden ist und welche gewichtigen Ergebnisse der großen Entspannungs- und Friedensoffensive zu verdanken sind, der kann nur die Richtigkeit unseres bisherigen Weges feststellen. Die Dynamik des Wirtschaftswachstums geht Hand in Hand mit der maximalen Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten zur Befriedigung der ständig steigenden Bedürfnisse der Menschen, zur stetigen Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus. Darin besteht eine der wichtigsten objektiven Gesetzmäßigkeiten in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und beim Übergang zum Kommunismus. Sie wurde erkannt und richtig angewandt – den unmittelbaren Nutzen verspüren alle Werktätigen in der UdSSR und ebenso die Werktätigen in allen Ländern, die gemeinsam und in immer engerer Verbundenheit für den Frieden und für soziale Sicherheit, d. h. für die wichtigsten Menschenrechte – die bei uns nicht nur auf dem Papier stehen – kämpfen.

Als Historiker und Hochschullehrer bewegen mich bei diesen Gedanken an die Bilanz und die darauf aufbausende Perspektive, beim Verfolgen der vielen konstruktiven und engagierten Beiträge in unserer Volksaussprache zur Vorbereitung des IX. Parteitages der SED, vor allem solche Fragen, die mit der wachsenden Rolle unserer wissenschaftlichen Theorie und mit den Aufgaben der sozialistischen Ideologie für die nächsten Schritte hin zu Frieden und Fortschritt der menschlichen Gesellschaft zusammenhängen. Der Entwurf unseres neuen Parteiprogramms spricht u. a. davon, daß der Marxismus-Leninismus der „zuverlässige Kompaß“ bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und beim Übergang zum Kommunismus. Das entspricht zweifellos den geschichtlichen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung, denn der Marxismus-Leninismus war auch bisher das theoretische Fundament der gesamten Tätigkeit der Partei. Nie hätten wir ohne diese Grundlage siegreich sein können. Doch reichen allein die geschichtlichen Erfahrungen für den weiteren Weg? Neue Bedingungen entstehen, neue und große Aufgaben erwarten uns, wenn wir in der kommenden Periode des strategische Ziel erreichen wollen, in der DDR weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten, um so wesentliche Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Die notwendigen politischen, ökonomischen, sozialen Wandlungen werden tiefgreifend sein, aber sie sind realistisch angepackt und zuverlässig bestimmt.

Worauf beruht nun diese Zuverlässigkeit, die nicht nur Vertrauen, sondern zugleich Initiative und Schöpfertum zu wecken in der Lage ist? Was berechtigt uns dazu, so siegesgewiß und optimistisch in die Zukunft zu sehen, obwohl es doch sehr, sehr hohe Ziele sind, die der Programmentwurf und die Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR setzen?

Beinahe so alt, wie die Menschheit ist auch ihre Frage nach den Triebkräften, die letzten Endes den materiellen und geistigen Fortschritt der Gesellschaft bewirken, und ist das Bestreben, die Zukunft zu planen, aus eigener Kraft zu gestalten. Erst Marx und Engels konnten richtige Antworten finden, die Wissenschaft von der Gesellschaft ausarbeiten und auf diese Weise ein festes theoretisches Fundament für die bewußte geschichtsbildende Tätigkeit der Massen in der revolutionären Praxis schaffen. Lenin unterstrich immer wieder die allgemeine und richtungweisende Bedeutung der Theorie des Marxismus, wenn er über den Charakter der sozialen Voraussicht als der Grundlage des eigenen politischen Handelns sprach und von dieser höchste Wissenschaftlichkeit forderte.

Voraussicht und historischer Optimismus

Die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus gewährleistet heute in der Einheit aller ihrer Bestandteile die allgemeine ideologische Orientierung des ganzen Systems der gesellschaftlichen Leitung. Sie ist gleichzeitig das Instrument der Partei zur Lösung gesetzmäßig herangereifter sozialer Problem, d. h. zur bewußten und planmäßigen Realisierung aller Schritte, die den objektiven historischen Gesetzmäßigkeiten entsprechen und in die kommunistische Gesellschaft führen. Dabei kann natürlich die Zukunft weder bis ins einzelne gehend dargestellt noch subjektivistisch und voluntaristisch erzwungen werden; vielmehr gilt es, die gesetzmäßigen Tendenzen aufzudecken, die in die Zukunft weisen. Ferner gilt es, die wesentlichen Widersprüche und die möglichen Alternativen zu erforschen, die der historische Prozeß in sich birgt. Im Grunde ergeben sich hauptsächlich daraus die bedeutsamen Aufgaben der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftler, die damit mehr und mehr direkt Grundlagenforschung betreiben. Es gehört nun einmal zu den Grundlagen der Zukunft, in das Wesen und in die Mechanismen der objektiven Entwicklungsprozesse einzudringen, Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge zu ergründen und die Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung nicht nur sichtbar, sondern auch wirksam zu machen.

Die dialektischen Wechselbeziehungen von Basis und Überbau erlauben, ja erfordern unter unseren Bedingungen die immer bewußtere und planmäßigere Gestaltung von Gegenwart und Zukunft, weil diese in Übereinstimmung mit der Geschichte und den ihr zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten steht. Die Triebkraftwirkung z. B. der ökonomischen Gesetze muß bei der Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und beim Übergang zum Kommunismus voll genutzt werden – das aber setzt die theoretische und ideologische Arbeit der Partei voraus. Darüber hinaus vergrößert sich die Bedeutung der Theorie auch deshalb, weil die geistigen Bedürfnisse der Menschen in dem Maße wachsen, wie die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse erfolgt. Je größer die materiellen Erfolge unserer Entwicklung sind, desto reicher und vielgestaltiger und anspruchsvoller wird der gesamte geistige Lebensprozeß.

Aus solchen Überlegungen und vielen anderen Gründen heraus halte ich besonders jene Teile des Programmentwurfs für richtungweisend, die sich dem Stellenwert des Marxismus-Leninismus für unseren Kampf um die nächsten großen Ziele zuwenden und daraus Aufgaben wie die folgende ableiten: „Die politisch-ideologische Tätigkeit der Partei ist darauf gerichtet, die Tatkraft, die Initiative und das Schöpfertum der Werktätigen für die Erreichung der Ziele dieses Programms zu entfalten und insbesondere die sozialistische Arbeitsmoral zu fördern und stetig zu erhöhen. Das ist für die erfolgreiche Lösung der ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, für die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten von grundlegender Bedeutung. Die politisch-ideologische Tätigkeit ist verstärkt auf die Entfaltung der erzieherischen Kräfte der Arbeitskollektive zu konzentrieren, um die Eigenschaften sozialistischer Persönlichkeiten wirksam auszuprägen.“

Offensive und beweiskräftige Auseinandersetzung

Während im Sozialismus die Gesellschaftswissenschaften einen bedeutenden Faktor zur Beschleunigung der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung darstellen, strebt die herrschende Klasse in den krisengeschüttelten imperialistischen Ländern danach, die Wissenschaft vor allem als Mittel zur Manipulierung der Massen zu mißbrauchen. Gerichtet gegen die wachsende Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus wird der ideologische Kampf gegen den Marxismus-Leninismus wesentlich verstärkt. Das ist prinzipiell keine neue Erscheinung. Schon in ihrem Werk „Die deutsche Ideologie" haben Marx und Engels festgestellt: „Je mehr sie (die Elemente der bürgerlichen Ideologie, M. W.) aber durch das Leben Lügen gestraft werden und je weniger sie dem Bewußtsein selbst gelten, desto entschiedener werden sie geltend gemacht ..."

Das trifft z. B. voll und ganz auf den Antikommunismus und den Antisowjetismus zu, die gerade in unseren Tagen in vielerlei Gestalt und in schillernden Gewändern auftreten. Vielleicht ist es sogar gerechtfertigt, von einer neuen antikommunistischen Mobilmachung des Imperialismus und insbesondere seiner entspannungsfeindlichen, aggressivsten Teile zu sprechen. In der Außenpolitik des imperialistischen Lagers ringen gegenwärtig zwei Tendenzen miteinander: die einer Anpassung an das zugunsten des Sozialismus und des Weltfriedens veränderte Kräfteverhältnis sowie die der forcierten Aufrüstung und der Vorbereitung auf eine gewaltsame Lösung der bestehenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft – hinsichtlich des verstärkten ideologischen Kampfes gegen uns gibt es jedoch nur geringe Unterschiede.

Die Geschichte kennt genügend tragische und opferreiche Beweise für die Gefährlichkeit der imperialistischen Ideologie und insbesondere des Antikommunismus. Ich betrachte es daher als eine weitere, im Interesse einer sicheren und glücklichen Zukunft liegende Forderung an jeden Gesellschaftswissenschaftler, sich intensiv mit allen Spielarten und Erscheinungen der Ideologie des Imperialismus oder ihm dienstbarer Ideologien auseinanderzusetzen, beweiskräftig zu den entscheidenden weltanschaulichen und methodologischen Grundfragen der Auseinandersetzung zu polemisieren sowie auch auf diesem Gebiet die Wirksamkeit der ideologischen Arbeit unserer Partei zu erhöhen und die Grundfragen unserer Politik offensiv darzulegen.

Volkswacht: 20.02.1976.

Thesen zur Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus

1. Die Rolle der faschistischen Nazipartei ist in der Geschichte und in der bürgerlichen Geschichtsschreibung oft überschätzt worden. Den Grundstein legten dazu die deutschen Faschisten mit ihren mythologisierenden Legenden über die NSDAP, die ihren Charakter als der parteipolitischen Interessenvertreterin der reaktionärsten Teile des deutschen Monopolkapitals verschleiern sollten („Kern und Auslese der Nation", „Rückgrat der Heimat und innerer Garant für die Erringung des Sieges", „Wurzel und Grundlage des Reiches", „Hort und Hüter des Vertrauens", „Bewahrerin der Lebensgrundsätze des deutschen Volkes" usw. usf.). Unzählig sind die inhaltlosen Formeln, deren Zweck die Verdummung und bewußte Irreführung der Massen, nicht die Beschreibung tatsächlicher Aufgaben und Funktionen der Nazipartei war. Die Historiographie des 1945 geschlagenen deutschen Imperialismus und Militarismus lieferte bis heute noch keinen Beitrag, in dem die Rolle der NSDAP und ihr Platz in der Geschichte des bürgerlichen Parteienwesens auch nur annähernd richtig erfaßt worden wären. Nur wenige Autoren befaßten sich direkt mit der Geschichte der Partei und ihren Organisationen.[1]

Die Überschätzung parteipolitischer, d. h. letztlich subjektiver Faktoren in der Geschichte des deutschen Faschismus darf aber auch nicht einfach umgekehrt werden, selbst dann nicht, wenn völlig zu Recht die entscheidende Verantwortung der deutschen Monopolbourgeoisie hervorgehoben und nachgewiesen[2] und über die Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie gesprochen wird. Jede Unterschätzung der Rolle der NSDAP (und aller bürgerlichen Parteien) wird nicht den komplizierten, vielfältigen und keineswegs ausschließlich materiell determinierten Wechselbeziehungen zwischen den objektiven und subjektiven Faktoren des Geschichtsprozesses gerecht. Vorgeschichte und Geschichte der offen terroristischen Diktatur des faschistischen deutschen Imperialismus sind allseitig und untrennbar mit den Organisationen der Nazis verbunden, so wie das bürgerlich-parlamentarische Herrschaftssystem der Weimarer Republik nicht ohne das Mehrparteiensystem verstanden werden kann und wie das politische System der BRD aufs engste mit den staatsmonopolistischen Parteien verflochten ist. Die gesamte Entwicklung des deutschen Imperialismus seit 1917/18 macht offensichtlich, daß für ihn überhaupt die Rolle politischer Parteien unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus immer größer geworden ist und noch wird.[3]

Der Klassencharakter und die soziale Funktion der faschistischen Diktatur nationalsozialistischer Prägung sind offensichtlich und stehen bei marxistischen und progressiven Historikern außerhalb jeder Diskussion. Eine konkrete marxistisch-leninistische Analyse von Rolle und Funktion der parteipolitischen Träger faschistischer Herrschaftsformen ist jedoch in der Geschichtswissenschaft der DDR leider noch nicht vorhanden.[4] Sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen der Wirkungsweise offen terroristischer und extrem reaktionärer Diktaturen sind aber – will man die bisher gewonnenen Erkenntnisse grundsätzlicher Natur[5] noch erhärten und vertiefen – ohne detaillierte Untersuchungen

---

1 Vgl. u. a.: Wolfgang Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover und Frankfurt/M 1956; Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party, Bd. 1 (1919-1933) und Bd. 2 (1933-1945), Pittsburgh 1969 und 1973; Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, Düsseldorf 1972; Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich, München 1969; Peter Hüttenberger, Die Gauleiter, Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969; Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt 1965; Albrecht Tyrell, Führer befiehl. Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969; Aryeh L. Unger, The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany an Soviet Russia, Cambridge 1974.

2 Vgl. dazu: Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. und eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975.

3 Die Reaktion der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD darauf erfaßt: Gerhard Lozek, Bürgerliche Geschichtsschreibung im Zeichen imperialistischer Politik, in: Einheit, Berlin, 30. Jg. (1975), H. 12, S. 1418 f.

4 Vgl. dazu: Fritz Klein, Stand und Probleme der Erforschung der Geschichte des deutschen Imperialismus bis 1945, in: ZfG, Berlin, 23. Jg. (1975), H. 5, S. 485 ff.

5 Vgl. vor allem: Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (Grundriß), Berlin 1974, S. 443-483; Deutschland im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Lei-

zur Geschichte und Politik faschistischer Parteien und Bewegungen bzw. von Strukturen und Veränderungen in der politischen Organisation der herrschenden Klasse[6] nicht zu erfassen. Von ihrer exakten Bestimmung hängen jedoch weitgehend die konkreten Mittel und Methoden der Taktik jedes antifaschistischen Kampfes ab.

Die folgenden Thesen sollen einen Beitrag zur Formulierung von entsprechenden Problemstellungen sowie zur Bestimmung der Richtung ihrer Lösungen bringen und sind lediglich als Grundlage für eine notwendige Diskussion gedacht.

2. Wie jede gleichartige Erscheinung in anderen Ländern war auch der deutsche Faschismus untrennbar mit der kapitalistischen Gesellschaftsformation in ihrem imperialistischen Stadium verbunden. „Er verkörperte die extrem reaktionäre Konsequenz des dem Imperialismus innewohnenden Dranges nach Reaktion, Unterdrückung und Gewalt. In seinem System des Terrors und des Rassismus zeigte sich am brutalsten das aggressive und antihumanistische Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.“[7] Die Entstehung und das Auftreten faschistischer Kräfte, Gruppen, Parteien und Tendenzen sind gesetzmäßig. Insofern ist die These, der Kapitalismus führe zum Faschismus (Horkheimer) und der Faschismus sei eine Ausgeburt des Kapitalismus, völlig berechtigt. Jede Verabsolutierung dieser These ergibt allerdings die absurde und von allen Marxisten-Leninisten immer abgelehnte Behauptung, Kapitalismus und Faschismus seien identisch.[8] Die Errichtung faschistischer Diktaturen, d. h. der Sieg faschistischer Bewegungen und Tendenzen ist nun einmal weder unvermeidlich noch gesetzmäßig, wie deutlich am Beispiel des 30. Januar 1933 in Deutschland und an der unterschiedlichen Entwicklung in den anderen imperialistischen Ländern abgelesen werden kann.

Der deutsche Faschismus nationalsozialistischer Prägung stellte die bestialischste und schlimmste Form des Faschismus dar, der nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und nach dem ersten Weltkrieg in allen imperialistischen Ländern in Erscheinung trat. Der internationale Faschismus – gleich ob als politische Strömung oder als Herrschaftsform – war und ist eine der Formen, mit deren Hilfe das Finanzkapital und insbesondere seine aggressivsten und extrem antikommunistischen Teile auf die veränderten Bedingungen des Klassenkampfes reagierten, seitdem die allgemeine Krise des Kapitalismus sich entfaltet und der Niedergangsprozeß des kapitalistischen Systems eingesetzt hat, seitdem die Menschheit mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingetreten ist.

Die Richtigkeit dieses – hier nur angedeuteten – Kerns der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung über den Faschismus läßt sich sowohl in theoretischer Hinsicht (in sich geschlossene, logische und den historischen Tatsachen entsprechende Theorie über Klassencharakter, Inhalt und Funktion des Faschismus) als auch in praktischer Hinsicht (Grundlage für den Kampf um eine erfolgreiche Überwindung von Faschismus und Imperialismus) eindeutig beweisen. Es ist daher kein Zufall, daß dieser Kern unserer Faschismustheorie immer wieder im Kreuzfeuer aller bürgerlichen, rechtssozialdemokratischen und ultralinken Ideologen steht.

---

tung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin 1974.

6 Unter diesem Begriff ist das gesamte System der staatlich-rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Institutionen, Organisationen und Einrichtungen zu verstehen, durch das die politische Macht nicht der einzelnen Ausbeuter und Unterdrücker, sondern der ausbeutenden und unterdrückenden Klasse verwirklicht wird und das die politischen Wechselbeziehungen zwischen den Klassen, Völkern und Staaten im Interesse der herrschenden Klasse zu regulieren hat. Zur Diskussion sowjetischer Gesellschaftswissenschaftler über diesen Begriff vgl. N. I. Asarow, W. W. Wartschuk und J. M. Penkow, Die politische Organisation der Gesellschaft (Literaturübersicht), in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1973, H. 5, S. 501 ff.

7 Die Kriegsziele Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg und die Ursachen ihres Scheiterns. Diskussionsmaterial für das internationale Historiker-Kolloquium in Weimar vom 26. bis 31. Mai 1975. Ausgearbeitet von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, o. O. und o. J., S. 5.

8 Trotz bzw. gerade wegen dieser Absurdität unterstellen fast alle bürgerlichen Ideologen der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie, sie gehe von der Identität zwischen Kapitalismus und Faschismus aus. Damit sollen die Ergebnisse unserer Geschichtsforschung generell in Frage gestellt werden, ohne daß man sich konkret mit ihnen auseinandersetzt. So zuletzt z. B.: Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/M. – Berlin (West) – Wien 1975, S. 755 f.

3. Die Geschichte des deutschen Faschismus stellt einen wesentlichen Bestandteil der Geschichte von Ökonomie, Politik und Ideologie der deutschen Monopolbourgeoisie und insbesondere ihrer reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kräfte in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus dar. Alle Erscheinungen, die unter dem Begriff „deutscher Faschismus" zusammengefaßt werden, fanden ihren Ausdruck

a) während der Weimarer Republik in Gestalt der vielfach verästelten, breiten und generell von Monopolen und Staat geförderten Bewegung, die auf der Grundlage von Chauvinismus und Rassismus, Antikommunismus und Antidemokratismus extrem reaktionäre Aktivitäten entfaltete und aus der sich die Naziorganisationen als größte und führende Partei herauskristallisierte;

b) in Gestalt der offen terroristischen Diktatur, deren parteipolitischer Träger die NSDAP war, d. h. einer faschistischen Herrschaftsform nazistischer Prägung.

Entsprechend seiner Funktion und seinem klassenmäßigen Wesen war dieser deutsche Faschismus eines der wichtigsten Mittel zur Realisierung des strategischen Ziels, das die herrschende Klasse des imperialistischen Deutschlands seit 1918 verfolgte. Dieses Ziel bestand darin, die Ergebnisse des ersten Weltkrieges so rasch und umfassend wie möglich zu revidieren und die Vorherrschaft in Europa zu erringen. Es wurde kontinuierlich verfolgt und entsprach dem besonders aggressiven Wesen des deutschen Imperialismus. Die auf dieser Grundlage betriebene Wirtschafts- und Außenpolitik bewies die Richtigkeit der Leninschen Erkenntnis, daß Monopole in der Wirtschaft unvereinbar sind mit einem nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik.[9]

4. Die Kontinuität der besonderen Aggressivität und des Expansionsdranges des deutschen Imperialismus nach außen steht in einem dialektischen Wechselverhältnis mit seinem sich prinzipiell – trotz der unterschiedlichen Herrschaftsformen – auch auf innenpolitischem Gebiet kontinuierlich offenbarenden besonders reaktionärem Wesen. Die imperialistische Aggressivität nach außen (das gilt heute auch für die Tendenzen einer extremen Entspannungsfeindlichkeit) bedingt verschärfte Reaktion im Innern eines Landes. Für die Vorbereitung und Durchführung des neuen Krieges mußten unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes seit dem Beginn der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus neue, ja z. T. auch völlig neuartige innenpolitische und ideologische Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu sollten alle von der Arbeiterklasse errungenen politischen und sozialen Rechte beseitigt, die revolutionäre Arbeiterbewegung zerschlagen und auch die bürgerlich-parlamentarische Demokratie über Bord geworfen werden. Alles das ließ sich nicht ohne eine grundsätzliche Veränderung des politischen Herrschaftssystems erreichen. Daher vollzog sich 1933 in Deutschland nicht nur ein einfacher Regierungswechsel, sondern veränderten die reaktionärsten politischen Kräfte des Monopolkapitals grundlegend die Form der Machtausübung. „Die Errichtung der faschistischen Diktatur war Bestandteil ihres strategischen Konzepts, das von vornherein die Weimarer Republik nur als ein zeitweiliges Instrument vorgesehen hatte. Nachdem diese parlamentarisch verbrämte Diktatur die Grenzen ihrer innen- und außenpolitischen Aktionsfähigkeit erreicht hatte, trat die unverhüllte Diktatur des Finanzkapitals an ihre Stelle."[10]

5. Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur veränderten sich Form und Struktur, jedoch nicht das Wesen und der Inhalt des politischen Herrschaftssystems. Wer das Wesen der faschistischen Diktatur als einer Form imperialistischer Machtausübung untersuchen und richtig erfassen will, muß sich daher auch der Kategorie des politischen Herrschaftssystems bedienen und um deren Anwendung bemühen. Die ökonomisch herrschende Klasse bzw. einzelne Kapitale können nur mit Hilfe eines politischen Herrschaftssystems auch als die politische herrschende Klasse bzw. als politisch herrschende Gruppen fungieren. Unvermittelte und direkte politische Machtausübung durch das Kapital gibt es nicht, es sei denn als ökonomistische und mechanistische Auffassung, die von bürgerlichen Ideologen aus allzu durchsichtigen Gründen der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie unterstellt wird.

---

9 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders., Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 274.

10 Klassenkampf – Tradition – Sozialismus, a. a. O., S. 443.

Unter den Bedingungen unserer Epoche, der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind

a) der imperialistische Staat (mit seinen zentralen und regionalen Gliedern, seinen Zwangsorganen in Gestalt des Heeres, der Polizei, der Geheimdienste, seinem riesigen Beamtenapparat usw.) und

b) der politische Apparat der Monopole (z. B. die Unternehmer.. verbände und ihre verschiedenen Institutionen bis hin zu direkten politischen Unterdrückungsorganen in den Konzernen)

inhaltlich und organisatorisch eng miteinander verflochten. Sie bilden den *Kern* des politischen Herrschaftssystems, des Systems der „politischen Reaktion" (Lenin), dessen Formen im Rahmen der sozialökonomischen Gesellschaftsformation des Kapitalismus vom bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus bis zur offen terroristischen Diktatur reichen und die mannigfaltig miteinander kombinierbar sind. Außer den Monopolverbänden und dem imperialistischen Staat gehören zum politischen Herrschaftssystem auch die der kapitalistischen Ordnung verhafteten Parteien Sowie zahlreiche halbstaatliche und außerstaatliche Organisationen in nahezu allen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Insgesamt handelt es sich beim politischen Herrschaftssystem des Monopolkapitals um einen einheitlichen, auf die Verwirklichung der Ziele der imperialistischen Bourgeoisie gerichteten Mechanismus. „Monopolverbände, Staat, systemtragende Parteien und andere Glieder des politischen Herrschaftssystems sind durch ein dichtes und vielseitig verwobenes Netz von organisatorischen, juristischen und personellen Verbindungen verknüpft, dessen inhaltliche Grundlage – trotz vorhandener Widersprüche und Differenzen – die Übereinstimmung in den grundsätzlichen imperialistischen Klasseninteressen darstellt."[11]

6. Der Mechanismus des politischen Herrschaftssysteme besitzt eine einheitliche Grundorientierung, die durch seinen monopolbourgeoisen Klassencharakter bestimmt ist. Er wird aber auch von inneren Konflikten und Differenzierungsprozessen gezeichnet, was durch die grundlegenden inneren und äußeren Widerspruchs des Kapitalismus hervorgerufen wird, durch die Widersprüche zwischen einzelnen Monopolen sowie Monopolgruppen und dem Staat, zwischen den Monopolen selbst und innerhalb der Monopolverbände, zwischen den staatstragenden Parteien des Monopolkapitals und zwischen verschiedenen Fraktionen des Monopolkapitals in der Einflußnahme auf den Staat usw. Das führt dazu, daß „*einzelne Elemente* des politischen Herrschaftssystems eine *unterschiedliche und differenzierte Rolle bei der Ausübung der politischen Macht* der Monopolbourgeoisie einnehmen können (z. B. das Parlament, kommunale und regionale Staatsorgane, Parteien oder Teile von Parteien, außerstaatliche Einrichtungen, bestimmte Herrschaftsmethoden)."[12]

Die bürgerlichen Parteien und die anderen bürgerlichen Interessenorganisationen wirken als Bestandteil und auf dem Boden des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Sie können auf die Methoden und Formen der imperialistischen Machtaueübung maßgeblichen Einfluß ausüben, da von ihnen wesentlich die konkrete Ausgestaltung und das Funktionieren des politischen Herrschaftssystems abhängen. Veränderungen in ihrem Bereich haben in der Regel Einfluß auf Modifikationen der Herrschaftsformen, ohne grundsätzlich die Substanz der Herrschaftssysteme erfassen zu können. Im Verhältnis zur herrschenden Monopolbourgeoisie sind sie weder in der Lage, unabhängig oder losgelöst von der imperialistischen Ökonomik oder sogar im Kampf gegen sie zu existieren sowie „neutral" über den Klassen zu stehen, noch sind sie mechanistisch als bloße Instrumente oder Werkzeuge u. ä. m. zu betrachten.

7. Daß die bürgerlichen Parteien als Bestandteil des politischen Herrschaftssystems – neben dessen Kern – von großer Bedeutung sind, ist deutlich an allen bürgerlich–parlamentarischen Herrschaftsformen abzulesen. Diese Tatsache kam auch – und dies in einem besonderen weitreichenden, aber sehr spezifizierten Maße – im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus während der Jahre von 1933 bis 1945 zum Ausdruck. Die meisten bürgerlichen

---

11 Max Schmidt, Zur Entwicklung des imperialistischen Herrschaftssystems. Thesen, in: IPW-Berichte, 1. Jg. (1972), H. 3, S. 6 f.

12 Ebenda, S. 7. Hervorhebung vom Vf., M. W.

Historiker, Politologen und Soziologen machen es sich zu einfach, wenn sie die Jahre 1933 bis 1945 völlig aus der Geschichte des bürgerlichen deutschen Parteiensystems „entlassen". Die bürgerlichen Parteien dienen der politischen Organisation der herrschenden Klasse und der kapitalistischen Gesellschaft, nicht aber bloß als Institutionen und Mittel parlamentarischer Regierungssysteme.[13]

Grundsätzlich und mehr oder weniger auch unabhängig von ihren Spezifika (vgl. These 10) hatte die NSDAP wie jede andere bürgerliche Partei zwei Hauptfunktionen[14] zu erfüllen:

Erstens hatte sie den politischen und ideologischen Einfluß der Monopolbourgeoisie auf die Massen bzw. auf größere Teile der Massen zu sichern und so zu festigen, daß eine Realisierung ihrer strategischen Ziele möglich wurde. In der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus dominierte das Ziel der gesamten deutschen Monopolbourgeoisie und aller Institutionen und bürgerlichen Parteien, einen neuen 9. November 1918 zu verhindern. Es gehörte bei allen reaktionären bürgerlichen Politikern zu der oft schweigend übergangenen, weil selbstverständlichen Voraussetzung, daß jede Profitmaximierung und Kriegsvorbereitung ihren Sinn verlieren mußten, wenn nicht gesichert werden konnte, das bürgerliche Gesellschafts- und Wirtschaftssystem am Ende des Krieges, gleich ob bei Sieg oder Niederlage, aufrechtzuerhalten.

Zweitens hatte sie die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie (bzw. ihrer ökonomisch und im jeweiligen Kräfteverhältnis dominierenden Gruppen) in Regierungspolitik umzusetzen und eine diesen Interessen untergeordnete bzw. entsprechende politische Organisation der Gesellschaft anzustreben. Aus dieser Funktion leitet sich die allgemeine Aufgabe bürgerlicher Parteien ab, Führungskräfte für das politische Herrschaftssystem heranzubilden. Die Fähigkeit zur Realisierung ihrer Regierungsaufgaben hängt in jeder Situation von der Erfüllung ihrer ersten Hauptfunktion ab.

Die zweite Funktion kollidiert ständig, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß mit der ersten, so daß zwischen beiden ein permanentes Spannungsverhältnis besteht, das sich nicht nur in den Konflikten. zwischen Parteiführungen und den Mitgliedern bzw. Wählern widerspiegelt, sondern ebenfalls in den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Flügeln der jeweiligen Partei.[15] Die Geschichte der NSDAP und ihrer inneren Widersprüche widerspricht auch in dieser Hinsicht allen Auffassungen bürgerlicher Ideologen, in denen eine Verabsolutierung der spezifischen Merkmale der Nazipartei zum Ausdruck kommt.

8. Jedem bürgerlichen Herrschaftssystem ist die klassenmäßig bedingte Tendenz eigen, der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten die Möglichkeit zur Schaffung und Betätigung von autonomen Organisationen zu nehmen bzw. deren Tätigkeit in den eigenen Machtmechanismus zu integrieren. Dazu werden alle Mittel des Überbaus, die des staatlichen Repressivapparates ebenso wie die der ideologi-

---

13 So z. B. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 12.

14 An dieser Stelle ist nicht daran gedacht, alle Funktionen bürgerlicher Parteien und Parteiensysteme zu charakterisieren. Dazu ist noch eine gründliche Parteiengeschichtsforschung auf der Grundlage des marxistisch-leninistischen Historismus notwendig.

15 Vgl. dazu aus politisch-aktueller Sicht: Ekkehard Lieberam, Bundestagsparteien im politischen Machtmechanismus der BRD, Berlin 1974, S. 7 f.:
„Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat in den letzten Jahrzehnten der Parteienmechanismus vielfältige Veränderungen erfahren, und die Bedeutung der dem Monopolkapital ergebenen Parteien hat wie auch die Rolle des Staates und der Verbände des Monopolkapitals im politischen System des Imperialismus erheblich zugenommen. Als Organisationen, die im Zentrum jener Mechanismen stehen (Wahlmechanismus, politische Organisation und Manipulierung der Bevölkerung), die darauf angelegt sind, dem imperialistischen Herrschaftssystem eine gewisse Massenbasis und Massenlegitimation zu geben, und (über das Parlaments- und Regierungssystem) zugleich im Mittelpunkt des unmittelbaren Herrschaftsmechanismus wirken, ist der Stellenwert der Parteien im Rahmen der imperialistischen Klassenkampfführung gewachsen ... Deshalb haben erstens die Bemühungen zugenommen, den Masseneinfluß dieser Parteien zu erhöhen. Zweitens ist die Bedeutung der proimperialistischen Parteiführungen bei der Formulierung und Durchsetzung der Wege, Mittel und Methoden imperialistischer Innen– und Außenpolitik gewachsen, und drittens ist die Verflechtung dieser Parteiführungen mit den anderen Gliedern des politischen Herrschaftssystems des Imperialismus enger geworden – insbesondere mit dem Staat, den Monopolverbänden und den Massenmedien."

schen Institutionen in wechselnden Kombinationen genutzt. Dieser Wechsel vollzieht sich ständig[16], am deutlichsten jedoch beim Übergang von einer imperialistischen Herrschaftsform zur anderen. Dahinter verbirgt sich generell das Verhältnis der herrschenden Klasse zu den unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen, insbesondere zur Arbeiterklasse, sowie zu der Einsicht, daß sie ihre strategischen und taktischen Ziele nicht gegen die Massen und auch nicht ohne einen größeren Einfluß unter den Massen realisieren kann. Zum Aufbau und zur Ausnutzung, zur Erweiterung und zur Bewältigung aller Erschütterungen der Massenbasis kann der Imperialismus gesellschaftliche Organisationen, Parteien, Verbände, Vereine usw., nicht entbehren. Das kommt auch in der vielfach erhobenen Forderung, bürgerlicher Ideologen nach Einheit von Staat, Gesellschaft und Individuum zum Ausdruck.[17]

Das imperialistische Verhältnis zu den Massen ist in seinem Wesen immer gleich, es zielt grundsätzlich auf Beherrschung und Lenkung, auf Spaltung und Integration der Massen, unabhängig von den Formen des jeweiligen politischen Herrschaftssystems. Die Grundzüge dieses Verhältnisses (Arbeiter- und Volksfeindlichkeit, Kombinierung von Terror und Demagogie als den beiden Grundmethoden der politischen Massenbeeinflussung, vielfältige Differenzierung, ideologische Manipulation usw.) erlebten im Faschismus eine extreme Konsequenz.

9. Nach 1933 verschmolz die Führung der faschistischen Nazipartei im Prozeß der Realisierung ihrer Hauptfunktionen mit dem faschisierten Staat. Es erfolgte eine „Vereinigung des Parteimechanismus mit dem System der Staatsorgane“.[18] Die Einbeziehung der Nazipartei in den staatsmonopolistischen Verflechtungsprozeß veränderte deren Charakter und Funktion in keiner Weise. Wie der Staat oder die Monopolverbände auch war die NSDAP ein relativ eigenständiger Faktor innerhalb des politischen Herrschaftssystems, der nicht ständig und bei jedem einzelnen Schritt, bei jeder Entscheidung „per Weisung“ durch die unmittelbaren Vertreter der Monopolbourgeoisie „angeleitet“ werden mußte, da sie sich als Klassenorganisation grundsätzlich von der „Logik“ des Profite und der Profitexpansion, d. h. von den ökonomischen, politischen und sozialen Interessen des Finanzkapitals leiten ließ. Durch ihre relative Eigenständigkeit, die von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft niemals in Frage gestellt worden ist, wurde die Nazipartei nach 1933 aber weder ein „Bündnispartner“ der Monopolbourgeoisie noch Träger irgendeiner „bonapartistischen“ Macht über den Klassen, d. h. auch über die Monopolbourgeoisie. In gleicher Weise ist die These abzulehnen, nach der die Monopolbourgeoisie für eine gewisse Zeit zwar „Nutznießer“ des Faschismus gewesen sei, daß eine Interessenidentität zwischen der Wirtschaft und der Nazipartei bestanden habe, aber der Politik das Primat zugekommen wäre. Die NSDAP war (ebensowenig wie die Person Hitlers) niemals die letzthohe Ursache und Triebkraft der faschistischen Diktatur. In der NSDAP verkörperte sich lediglich *eine wirkungsvolle Nahtstelle zwischen den verschiedenen Bestandteilen des politischen Herrschaftssystems*. Sie stellte gewissermaßen einen *positiven Katalysator des staatsmonopolistischen Entwicklungsprozesses* unter den spezifischen Bedingungen des Imperialismus und des Klassenkampfes in Deutschland während der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus dar.

10. So wie die faschistische Diktatur organisch aus anderen Herrschaftsformen des Imperialismus hervorgegangen ist, hat auch die faschistische Nazipartei die Grundzüge des bürgerlichen Parteienwesens organisch bis zur extrem reaktionären Konsequenz geführt. Die NSDAP ist durchaus keine „Ausnahmeerscheinung“ in der Geschichte der deutschen bürgerlichen Parteien, wie immer wieder von der imperialistischen Historiographie behauptet wird. Sie verkörpert sowohl die Kontinuität in der Entwicklung des imperialistischen Parteienwesens als auch dessen reaktionärsten Flügel. Dennoch sind ihre spezifischen Merkmale (vor allem das des Terrors) unbedingt zu berücksichtigen und

---

16 Vgl. Wolfgang Ruge, Die Weltwirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die deutsche Geschichte in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in: ZfG, Berlin, 20. Jg. (1972), H. 10, S. 1267.

17 So z. B. erneut bei: Gerhard Schulz, a. a. O., S. 145.

18 W. E. Gulijew, Demokratie und Imperialismus. Ideologien – politische Realitäten, Berlin 1972, S. 141. Ob der globalen These des Vf. zuzustimmen ist, daß der Verschmelzungsprozeß „der politischen Funktionen der nichtstaatlichen Vereinigungen mit den Funktionen des Staatsapparates im Faschismus sein Apogäum“ erreicht habe, soll hier nicht erörtert werden.

ist mit Togliatti die faschistische Partei als „eine bürgerliche Partei neuen Typs“ zu bezeichnen.[19] Dies gilt vor allem, wenn die Staatspartei gemeint ist, aber auch – natürlich in geringerem Maße – für die Nazipartei auf dem Wege zum 30. Januar 1933.

Die NSDAP konnte parteipolitischer Träger der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus werden und 12 Jahre bleiben, weil sie im Gegensatz zu den anderen reaktionären Parteien der Weimarer Republik vor allem

- über eine große, relativ stabile und vor allem über eine unter bestimmten Bedingungen ausbaufähige Massenbasis verfügte;
- sich eigene funktionsfähige Instrumente des Terrors gegenüber den Volksmassen aufgebaut hatte und diese skrupellos gegen jede oppositionelle Regung einsetzte;
- die größtmögliche Verschmelzung der beiden grundsätzlichen, von Lenin charakterisierten Methoden in der politischen Massenbeeinflussung erreichte sowie die nationale und soziale Demagogie in großer Einheitlichkeit beherrschte;
- die Möglichkeit zur Herstellung einer einheitlichen, politischen Organisation der herrschenden Klasse und insofern zu neuen Voraussetzungen dafür zu bieten schien, den seit 1917 anstehenden Grundfragen des Klassenkampfes offensiv begegnen und politische Macht potenzieren zu können, um mit deren Hilfe die revolutionäre Arbeiterbewegung zu zerschlagen, innenpolitische Friedhofsruhe („Volksgemeinschaft“ statt Klassenkampf!) zu schaffen und die außenpolitische Stoßkraft des auf Revanche und Aggression zielenden deutschen Imperialismus zu erhöhen;
- bereit war und entsprechende innerparteiliche sowie ideologische Voraussetzungen geschaffen hatte, einen „totalen“ und risikoreichen Krieg gegen die deutsche Arbeiterklasse, gegen die Sowjetunion und gegen die imperialistischen Konkurrenten zu führen;
- sich aller reaktionären Bestandteile der bürgerlichen Ideologie sowie der neuen technischen Mittel zu ihrer massenhaften Verbreitung bediente, demagogisch Antikapitalismus und revolutionaristische Mobilisierungsaspekte in den Vordergrund stellte und die imperialistische Ideologie des Rassismus konsequent als Instrument des inneren Terrors und der barbarischen Kriegführung nutzte.

11. Im Vergleich zu den Parteien in anderen faschistischen Staaten spielte die NSDAP im Rahmen der offen terroristischen Diktatur eine besondere Rolle, deren Ursachen in einer Vielzahl bisher genannter und weiterer spezifischer Bedingungen zu sehen sind. Jedoch verkörpern in allen imperialistischen Ländern die faschistischen Parteien die reaktionärsten Grundzüge des jeweiligen bürgerlichen Parteienwesens sowie die Tendenzen zur Verschmelzung bürgerlicher Organisationen mit dem imperialistischen Staatsapparat.

Im faschistischen Italien war die Nationale Faschistische Partei (PNF) „zum Instrument des Staates für die nationalistische Propaganda (geworden), um die Schichten des Klein- und mittleren Bürgertums an den Staat zu binden und die Arbeiter zu beeinflussen.“[20] In Deutschland, wo es ja bereits vor der Errichtung der faschistischen Diktatur eins starke Nazipartei gab, besaß diese ein größeres Eigengewicht und ließ sich trotz einiger Versuche nicht auf die Rolle einer bloßen staatlichen Institution beschränken. In Spanien, wo in einem längeren Prozeß die Falange aus heterogenen Gruppen entstanden und im April 1937 durch Franco mit den traditionalistischen Carlisten vereinigt zur faschistischen Staatspartei erhoben wurde[21], wirkte sich die Dominanz der reaktionären Militärs bei der Errichtung der offen terroristischen Diktatur auf die relativ regierungeferne Stellung der Partei aus. Nicht ohne eine gewisse Berechtigung ist die Falange (offiziell: Fálange Española Tradicionalista y de las Juntas Ofensivas Nacional-Sindicalistas oder FET y JONS) als ein Zwitter zwischen faschistischer Bewegung und Regierungspartei nach portugiesischem Vorbild zu bezeichnen.[22] In der Falange wirkten legal

---

19 Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus. Bd. 4 der Serie „Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis“, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/Main, Frankfurt/Main 1973, S. 125 ff.

20 Ebenda, S. 30.

21 Vgl. dazu: Otfried Dankelmann, Franco zwischen Hitler und den Westmächten, Berlin 1970, S. 18 ff.

22 Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des Liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, München 1966, S. 300. Zu Nolte, der bisher als einziger einen Überblick über den internationalen Faschismus

verschiedene politische Gruppen und Organisationen, so die Liberale Bewegung, die Monarchisten, die Christlichen Demokraten, die Spanische Union, die „Revolutionären Falangisten“, das katholische Opus Dei und neuerdings die extrem-radikalistische Gruppe „Bunker“.

Die portugiesische Nationale Union (União Nacional) wurde 1930, nachdem General Carmona seit 1926 alle anderen Parteien ausgeschaltet und republikanische Aufstände grausam niedergeschlagen hatte, durch Regierungsdekret ins Leben gerufen. Sie besaß offensichtlich wenig Einfluß unter den Massen. Daher entstanden ab 1932 weitere faschistische Organisationen, die in das Herrschaftssystem Salazars integriert wurden.

Auch in allen anderen europäischen Ländern existierten faschistische Bewegungen und Gruppen, ohne allerdings organisatorisch die scharfen Konturen einer Partei gewinnen zu können. Versuche einer internationalen Zusammenfassung der faschistischen Organisationen blieben vor dem zweiten Weltkrieg im Ansatz stecken, wie z. B. der ergebnislose internationale faschistische Kongreß von Montreux (16. und 17. Dezember 1934) zeigte.[23]

12. Die NSDAP entwickelte sich im Verlaufe der ersten Phase des Konsolidierungsprozesses der faschistischen Diktatur aus einer Regierungspartei in die faschistische Staatspartei und wurde zum alleinigen parteipolitischen Träger der offen terroristischen Diktatur des deutschen Imperialismus. Sie paßte sich den substantiellen Merkmalen der offen terroristischen Diktatur an – entsprechend den konkreten historischen Bedingungen, nicht in Verfolgung eines klaren Konzepts und auch nicht im Ergebnis historischer Gesetzmäßigkeiten. Nachdem die Nazipartei zur Regierungspartei geworden war, unterschied sie sich zunächst nicht wesentlich von anderen bürgerlichen Parteien, deren Führer im Rahmen einer parlamentarischen Herrschaftsform Regierungsfunktionen ausgeübt hatten. Sie stellte ihre ganze Organisation in den Dienst staatlicher Maßnahmen zur Sicherung und Festigung der faschistischen Diktatur als der neuen politischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus. Bei ihrer Unterstützung für die Reorganisation und die Faschisierung des Staatsapparates erwies sich, daß die Nazipartei lediglich für die Gewinnung eines großen Massenanhangs vorbereitet und strukturiert war, nicht aber für die aktive, eigenständige Teilnahme an der Machtausübung.[24]

13. Mit der Herausbildung des Einparteiensystems und mit dem „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 war der Platz der NSDAP im politischen Herrschaftssystem der faschistischen Diktatur durch die Monopolstellung bei der politischen Beeinflussung der Massen im Sinne der extrem reaktionären innen- und außenpolitischen Ziele des deutschen Imperialismus bestimmt. Diese Entwicklung erlangte insofern weitreichende Bedeutung, weil die führende Stellung der NSDAP auf dem Gebiet der politischen Organisation der herrschenden Klasse mit der Verfolgung und Liquidierung jeglicher anderen partei- und regierungspolitischen „Reserve“ erreicht worden war. Die Anerkennung der NSDAP als einziger staatstragender Partei entsprach in dieser Zeit den akuten Bedürfnissen der deutschen Monopolbourgeoisie sowie ihrem mit der forcierten Kriegsvorbereitung eng verbundenem Streben nach einer möglichst stabilen, wirksamen und organisatorisch konzentrierten Massenbasis der faschistischen Diktatur. Organisierung und Einsatz, Festigung und Ausbau, Glorifizierung und Mystifikation der Nazipartei hatten daher ausschlaggebende Bedeutung für die konkrete Gestaltung des politischen Herrschaftssystems und damit auch für die Herrschaft des deutschen Monopolkapitals überhaupt erlangt.

14. Der Mechanismus des Zusammenwirkens von Monopolbourgeoisie und faschistischer Nazipartei entwickelte sich auf dieser Grundlage und war außerordentlich kompliziert, aber nicht undurchschaubar. Der im Gegensatz zu früheren Perioden wesentlich höhere Konsensus zwischen der ökonomisch herrschenden Klasse und allen politischen Machtträgern ermöglichte einen äußerst wirksamen Me-

---

gegeben hat, und seiner faschismustheoretischen Konzeption vgl.: Manfred Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei: Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, Berlin 1975, S. 55 ff.

23 Vgl. Ernst Nolte, a. a. O., S. 118.

24 Die „Erfahrungen“ aus der Zeit der Frick-Regierung in Thüringen 1930/31 und ähnlicher Beispiele konnten dafür zwar genutzt werden, reichten aber bei weitem nicht aus.

chanismus, der im wesentlichen aus den entscheidenden institutionellen, personellen und finanziellen[25] Verflechtungen bestand, zu dem aber auch zahlreiche vertrauliche Gesprächskreise, Korruption und ein spezifischer Lobbyismus gehörten.

Die für diesen Mechanismus wesentlichen Institutionen der NSDAP blieben bis in die ersten Kriegsjahre hinein uneinheitlich und nicht zentralisiert. Der Stab des Stellvertreters des Führers bot nur geringe Voraussetzungen für eine Konzentration des Apparates der Nazipartei und verfolgte z. B. auch andere Aufgaben. Die verstärkte staatsmonopolistische Verschmelzung von faschistischem Staat und Nazipartei, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR und nach der Schlacht vor Moskau vor allem auf zentraler Ebene erfolgte, ermöglichte und erforderte die wachsende Rolle der Parteikanzlei innerhalb der NSDAP. Nach den Vorstellungen Martin Bormanns sollte sie als „politischer Generalstab" ausgebaut werden und die im Frühjahr 1942 einsetzende allseitige Kampagne „Aktivierung der Partei" leiten. Damit sollte hauptsächlich der Apparat der Nazipartei intakt gehalten, aber auch ein Zustand überwunden werden, der in internen Kreisen nüchtern mit den Worten formuliert wurde: „Die augenblickliche Parteigenossenschaft stellt noch keine *aktivistische Kampfgruppe* dar."[26] Die Wechselbeziehung zwischen den beiden Hauptfunktionen bürgerlicher Parteien hatten demzufolge für die NSDAP und für das politische Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus eine neue Stufe erreicht.

15. Die an der Spitze der Nazipartei stehende Clique war im Verlauf der ersten Jahre der faschistischen Diktatur völlig (im einzelnen natürlich differenziert und in unterschiedlichem Ausmaß und schon gar nicht endgültig[27] in die Führungsschicht der Monopolbourgeoisie integriert worden. Auch darin ist keine „Ausnahmesituation" in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft zu erblicken. Vielmehr handelt es sich um eine generelle Erscheinung in allen Ausbeuterordnungen, die Karl Marx mit den Worten beschrieb: „Je mehr eine herrschende Klasse fähig ist, die bedeutendsten Männer der beherrschten Klassen in sich aufzunehmen, desto solider und gefährlicher ist ihre Herrschaft."[28] Ausführlich belegte Marx im „Kapital", daß sich aufgrund dieser Erscheinung am Charakter der herrschenden Klasse grundsätzlich keine Wandlung vollzieht.[29]

---

25 Hier wird bewußt auch von finanziellen Verflechtungen und nicht nur von der Finanzierung der NSDAF durch die Monopolbourgeoisie gesprochen. Obwohl diese Finanzierung weiter erfolgte (Hitler-Spende u. a. m.), war die Nazipartei selbst eine Profitquelle für das Finanzkapital. Die NSDAP ließ sich weitgehend von den Mitteln der DAF sowie von den aus Steuern zusammengetragenem Staatshaushalt finanzieren. Formell wurde letzteres als „Rückerstattung der verauslagten Barbe– träge" verschleiert, wobei es sich nach Angaben eines Vertreters des Reichsfinanzministeriums um „einige hundert Millionen" handelte.
Vgl. Besprechungsnotiz von 22.2.1940 im Stab des Stellvertreters des Führers über Kosten der Freimachung für die Wehrmacht. ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 14 442, unpag.

26 Denkschrift des Gauleiters Carl Röver „Partei und Staat" von Ende 1942, in: ZStA, Filmsammlung Nr. 380, Aufnahme-Nr. 14.496.

27 Zu dieser Einschränkung vgl. auch: Erich Paterna u. a., Deutschland von 1933 bis 1939 (Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges), Berlin 1969, S. 97, wo es im Zusammenhang mit dem Gesetz vom 1.12.1933 heißt, dieses „... war einerseits Ausdruck der ebenso eifrigen wie letzten Endes illusorischen Bestrebungen der Naziführer, aus der Funktion von Beauftragten der herrschenden Monopolistenklasse aufzusteigen in die Position nicht mehr ablösbarer Mitglieder dieser herrschenden Klasse."

28 Karl Marx, Das Kapital, in: Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 614.

29 Karl Marx formulierte: „Was das zinstragende Kapital, soweit es ein wesentliches Elemente der kapitalistischen Produktionsweise bildet, vom Wucherkapital unterscheidet, ist in keiner Weise die Natur oder der Charakter dieses Kapitals selbst. Es sind nur die veränderten Bedingungen, unter denen es fungiert, und daher auch die total verwandelte Gestalt des Borgers, der dem Geldverleiher gegenübertritt. Selbst wo ein vermögensloser Mann als Industrieller oder Kaufmann Kredit erhält, geschieht es in dem Vertrauen, daß er als Kapitalist fungieren, unbezahlte Arbeit aneignen wird mit dem gebliebenen Kapital, Es wird ihm Kredit gegeben als potentiellen Kapitalisten. Und dieser Umstand, der so sehr bewundert wird von den ökonomischen Apologeten, daß ein Mann ohne Vermögen, aber mit Energie, Solidität, Fähigkeit und Geschäftskenntnis sich in dieser Weise in einen Kapitalisten verwandeln kann – wie dann überhaupt in der kapitalistischen Produktionsweise des Handelswert eines jeden mehr oder weniger richtig abgeschätzt wird –, so sehr er beständig gegenüber den vorhandenen einzelnen Kapitalisten eine unwillkommene Reihe neuer Glücksritter ins Feld führt, befestigt die Herrschaft des Kapitals selbst, erweitert ihre Basis und erlaubt ihr, sich mit stets neuen Kräften aus der gesellschaftlichen Unterlage zu rekrutieren. Ganz wie der Umstand, daß die katholische Kirche im Mittelalter ihre Hierarchie ohne Ansehn von Stand, Geburt, Vermögen

Da die Monopolbourgeoisie sowohl aus der eigentlichen Finanzoligarchie und den Monopolunternehmern, aber auch aus deren Managern und Agenten in ihrem gesamten Herrschaftsapparat besteht, wäre auch bei den führenden Nazis von einem Teil der monopolbourgeoisen politischen Führungsschichte zu sprechen. Dafür ist der Begriff der staatsmonopolistischen Oligarchie angebracht, ein Begriff, der „einerseits die Ausdehnung der Macht der Finanzoligarchie mittels der Monopolfunktion des imperialistischen Staates" verdeutlicht und andererseits „die unmittelbare Ausübung monopolkapitalistischer Funktionen durch Vertreter und Delegierte des Staates und ihre wachsende personelle Austauschbarkeit" umschließt.[30]

Zu dieser Oligarchie des faschistischen deutschen Imperialismus gehörten 1933 bis 1945 neben den Reichsleitern auch fast alle Gauleiter der Nazipartei sowie jene Führungskräfte in den Monopolverbänden und im Staat (weniger in der direkten ökonomischen Sphäre), die ihren Weg über die NSDAP gegangen waren. Aus verschiedenen Gründen, vor allem infolge der „Funktionstüchtigkeit" der NSDAP war ein personeller Austausch von Monopolen und Staat zur Partei in geringerem Maße notwendig. Dennoch hat es ihn gegeben, insbesondere für solche Stellen, wo die Sozialdemagogie in reale Sozialpolitik hätte umgesetzt werden können. Das wenig bekannte Beispiel von Gerhard Erdmann dürfte dafür typisch sein: er wurde nach der „Leipziger Vereinbarung" vom März 1935 zwischen Schacht, Seldte und Ley Leiter der Geschäftsstelle der Reichswirtschaftskammer in der DAF – vorher leitete er die Sozialwirtschaftliche Abteilung im Reichsverband der Deutschen Industrie.[31] Vielfach saßen in den Wirtschaftsämtern der verschiedensten Institutionen der NSDAP Vertreter der Monopole und Banken. So wurde z. B. das Amt Wirtschaft des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP von Kurt Weigelt geleitet, der Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Leiter der „Deutschen Gruppe Kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen" (Deko-Gruppe) war und mit seiner Person einen neuen staatsmonopolistischen Apparat auf dem Gebiet der Kolonialpolitik verkörperte.[32]

16. Wie bei jeder bürgerlichen Partei ist auch im Falle der NSDAP zwischen Führung und der Mehrheit der Mitglieder eine grundsätzliche Unterscheidung notwendig. Die Mitgliedermassen der NSDAP einschließlich ihrer Gliederungen wurden von der Führung als zu beeinflussendes und zu manipulierendes Objekt betrachtet, dessen Situation und Interessen lediglich berücksichtigt, aber nicht zum eigenen Anliegen erhoben wurden. In großer Offenheit sprach sich in diesem Sinne Martin Mutschmann, Gauleiter von Sachsen, gegenüber einem Fabrikdirektor aus: „Zu Ihrer Bemerkung, betreffend sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren ... Gewiß, es gibt Schlagworte wie ‚Nieder mit dem Kapitalismus, Juden usw.!', aber sie sind unbedingt notwendig, denn unter dem Banner ‚deutschnational' oder nur ‚national' allein ... kommen wir nicht zum Ziel ... Also ... wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige an uns zu ziehen, sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen ..."[33]

Die Masse der Mitglieder der NSDAP stellte nur in Ausnahmefällen ein soziales Rekrutierungsfeld der führenden Naziclique dar. Wie in Italien zeigte sich auch in Deutschland nach der Errichtung der offen terroristischen Diktatur, daß die „faschistische Partei ... die Macht nicht mit den gleichen Kadern behalten (kann), mit denen sie sie erobert hat."[34] Die Mitglieder hatten andere politische und soziale Funktionen zu erfüllen. Der immer wieder verwendete Begriff der Massenbasis muß in diesem

---

aus den Köpfen im Volk bildete, ein Hauptbefestigungsmittel der Pfaffenherrschaft und der Unterdrückung der Laien war. Je mehr eine herrschende Klasse fähig ist, die bedeutendsten Männer der beherrschten Klassen in sich aufzunehmen, desto solider und gefährlicher ist ihre Herrschaft. Statt des Bannfluchs gegen das zinstragende Kapital überhaupt, ist es daher umgekehrt seine ausdrückliche Anerkennung, wovon die Initiatoren des modernen Kreditsystems ausgehn." Ebenda.

30 Max Schmidt, a. a. O., S. 8.

31 Vgl. Fritz Petrick, Zur sozialen Lage der Arbeiterjugend in Deutschland 1933 bis 1939, Berlin 1974, S. 37.

32 Vgl. Dietrich Eichholtz, Die Kriegszieldenkschrift des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP von 1940. Steckbrief eines Dokuments, in: ZfG, Berlin, 22. Jg. (1974), H. 3, S. 308 ff.

33 Gegen nationalsozialistische Zerstörungsarbeit. Materialsammlung und Vortragsdisposition, hrsg. vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, o. O. 1931, S. 18.

34 Palmiro Togliatti, a. a. O., S. 42.

Zusammenhang präzisiert und aufgefächert werden. Es zeichnete sich vor allem als Funktion und Aufgabe der Mitgliedermassen ab,

- Agentur der herrschenden Klasse innerhalb der Volksmassen zu sein, d.h. diese einer neuen faktischen Spaltung zu unterwerfen, nachdem die der Arbeiterklasse gewaltsam „aufgehoben" worden war;
- willfährige, gehorsame und jeglichem eigenen Denken entfremdete Leistungen bei der faschistischen Organisation der Arbeit, d. h. bei der extrem gesteigerten Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten und später bei der totalen Kriegsführung zu vollbringen;
- die personellen Anforderungen des wachsenden Repressivapparates (Spitzel-, Wach- und Polterdienste) erfüllen zu helfen;
- Vermittler und Repräsentant der faschistischen Ideologie zu sein;
- für Akklamationsakte aller Art (Aufmärsche, Demonstrationen, Versammlungen, Parteitage usw.) zur Verfügung zu stehen.

Daraus resultierte ein besonderes Merkmal der faschistischen Staatspartei, das in der breiten, überwiegend organisatorisch und ideologisch abgesicherten Massenbasis bei der gleichzeitig auffälligen parteipolitischen Passivität der Mitglieder zu sehen ist. Als Partei, d. h. mit speziellen parteipolitischen Aktivitäten der Mitgliedermassen ist die KSDAP vor allem in den Krisenzeiten der faschistischen Diktatur hervorgetreten (1933, 1934, 1937/38 und seit 1942/43). Auch hierin kam der objektive Gegensatz zwischen Führung und Mitgliedern der Nazipartei zum Ausdruck, der in stärkerem Maße als bei den anderen bürgerlichen Parteien, in denen es doch – wenn auch begrenzt – Möglichkeiten innerparteilicher Diskussion und Opposition gab, wirksam werden mußte.

17. Die fortwährende Demonstration der „Einheitlichkeit" der NSDAP vermochte die Tatsache nicht zu verdecken, daß alle Widersprüche des bürgerlichen Parteienwesens in die Nazipartei „hineingenommen" worden waren und dort unter dem Tarnmantel einer äußerlichen Homogenität ausgetragen wurden. Die Form der imperialistischen Massenmanipulierung in Gestalt der Organisation großer Teile der Massen in einer einzigen Partei erhöhte die innenpolitischen Potenzen des deutschen Imperialismus und ermöglichte dem politischen Herrschaftssystem einen relativ breiten Spielraum sowie eine große Manövrierfähigkeit bei der Realisierung der strategischen Ziele der deutschen Monopolbourgeoisie. Gleichzeitig wurden damit innerhalb des politischen Herrschaftssystems neue Probleme und Widersprüche produziert, die allerdings nur von sekundärer Bedeutung waren. „Sie wurden entweder erst mit dem fortschreitenden militärischen Zusammenbruch des Regimes stärker wirksam, sie wirkten verdeckt oder indirekt im militärischen, politischen und wirtschaftlichen Führungsmechanismus Hitlerdeutschlands."[35]

Die faschistische Nazipartei und die mit ihr verbundenen Organisationen erfüllten trotz aller Spezifika und neuer Widersprüche für eine bestimmte Zeit die wesentlichsten Funktionen, die allen bürgerlichen Parteien wesenseigen sind, ohne etwa den Rahmen dieser Funktionen sprengen und sich zur Triebkraft des geschichtlichen Entwicklungsprozesses dieser Zeit wandeln zu können. Daß sie an der Spitze des politischen Herrschaftssystems stand, ist auf gesellschaftliche und historisch-konkrete Ursachen zur zurückzuführen. Jeder Versuch, das gegebene Kausalverhältnis umzukehren und in der NSDAP, in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus oder in der Person Hitlers die entscheidenden Ursachen des Faschismus und des zweiten Weltkrieges sehen zu wollen, verfälscht die Geschichte. In keiner Form existierte und existiert der Faschismus als eine Erscheinung sui generis.

18. Die NSDAP, d. h. ihr aktiver und im Korps der Politischen Leiter organisierter Kern, stand an der Spitze eines raffiniert und vielgestaltig aufgebauten Systeme der politischen Organisation der Gesellschaft und der politischen Herrschaft des Monopolkapitals, das der Vorbereitung, Entfesselung und Führung des Aggressionskrieges sowie der Einflußnahme auf alle Gebiete des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens diente.[36]

---

35 Die Kriegsziele Hitlerdeutschlands ..., a. a. O., S. 144.

36 Das soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Vgl. Manfred Weißbecker, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II, Leipzig 1970, S. 422 ff.

Das System der faschistischen Organisationen entsprach den gesellschaftlichen, politischen und teilweise auch den theoretisch-weltanschaulichen Grundlagen des faschistischen deutschen Imperialismus. In seinem Mittelpunkt stand das Korps der Politischen Leiter (Reichsleiter, Gauleiter, Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und Verbändeführer). Der NSDAP gehörten ferner die sogenannten Gliederungen an, während alle anderen zu dieser Zeit legal existierenden Organisationen als „angeschlossene Verbände“ bzw. als in der NSDAP „betreute“ Organisationen galten.[37] Die Zuordnung zu den einzelnen Kategorien und das sich häufig verändernde politische Gewicht der einzelnen Organisationen widerspiegelten grundsätzlich die sich aus der Strategie und Taktik des deutschen Imperialismus und aus der jeweiligen innenpolitischen Situation ergebenden Bedürfnisse der faschistischen Diktatur. Bei aller formalen Starrheit prägte ein ausgesprochen militanter Pragmatismus das Organisationssystem der Nazis. Wesentliche Veränderungen vollzogen sich nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges, vor allem aber nach der Schlacht vor Moskau und im Zusammenhang mit der sich entfaltenden Krise des Hitlerregimes.

Die in allen bürgerlichen Organisationssystemen anzutreffende Doppelstruktur in der Erfassung von Mitgliedern (damit ist nicht die vertikale und die horizontale Gliederung jeder Partei gemeint, sondern die der Mitglieder innerhalb des ganzen Systems bürgerlicher Organisationen: einmal auf der Grundlage der Struktur von sozialen Schichten und Gruppen, zum anderen orientiert an bestimmten speziellen gesellschaftlichen Aufgaben) mußte bei der zahlenmäßigen Größe und vor allem bei der von jeder nationalsozialistischen Organisation angestrebten Totalität zu gravierenden Überschneidungen und Kompetenzstreitereien führen.

Während der zwölfjährigen Herrschaft des Faschismus erlangten einige Organisationen eine besonders zentrale Stellung bei gleichzeitigem Bemühen der NSDAP, die Bindungen zwischen ihr und allen Organisationen zu festigen. Hier ragten die SS mit ihrer hauptsächlich repressiven Funktion nach „innen“ und „außen“, die DAF als Zwangsorganisation für die „Todfeinde“ des Monopol- und Finanzkapitals, der Arbeiterklasse, als Träger der gesamten Sozialpolitik und -demagogie, einer der wichtigsten Bestandteile und wirksamsten Mittel der faschistischen Ideologie sowie die HJ zur Verhetzung der deutschen Jugend heraus.

Alle Organisationen der NSDAP ermöglichten es den reaktionärsten Kreisen des deutschen Finanzkapitals, den zweiten Weltkrieg bis „fünf Minuten nach zwölf“ zu führen. Die militärische Niederlage und der Zusammenbruch des faschistischen Staates bedeuteten für den deutschen Imperialismus aber auch eine totale organisationspolitische Niederlage.

19. Die einzelnen Entwicklungsetappen speziell der faschistischen Staatspartei sind bisher wenig erforscht. Weitere Untersuchungen dazu sollten sich sowohl auf die Struktur des faschistischen Herrschaftsmechanismus als auch auf die bemerkenswerten Höhe- und Wendepunkte in der Geschichte der Nazipartei konzentrieren. Solche Höhe- und Wendepunkte gab es vor allen 1933, 1939 und nach dem Scheitern des Blitzkrieges gegen die UdSSR in der Schlacht vor Moskau. Sie waren immer mit einer quantitativen und qualitativen Ausdehnung der beiden Hauptfunktionen bürgerlicher Parteien sowie mit einer Veränderung des Verhältnisses dieser und anderer Funktionen untereinander verknüpft. Da von der Nazipartei mehr in den Krisenzeiten der hitlerfaschistischen Diktatur zu spüren war, müßte u. a. auch der Frage näher nachgegangen werden, ob die Zeiten, in denen das faschistische Herrschaftssystem relativ stabil war (1935-1937, 1939-1941/42) nicht zugleich im engeren Sinne eigentlich „Krisenzeiten“ der Partei darstellten. Weiter wäre zu fragen, welche Auswirkungen diese zeitweilige „Funktionslosigkeit“ (genauer gesagt: das zeitweilige Zurücktreten der Partei gegenüber anderen Bestandteilen des politischen Herrschaftssystems bei der Ausübung der politischen Macht) auf die Entwicklung des Mechanismus der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus hatte.[38]

---

37 Vgl. ebenda, S. 386 f.

38 Hinsichtlich der erneuten Aktivierung der Nazipartei als Reaktion auf den grundlegenden Umschwung im zweiten Weltkrieg sind besonders die Aufzeichnungen von Rudolf Rahn vom 19.8.1943 interessant, in denen es u. a. heißt: „Unsere Freunde wie unsere Feinde stellen – die einen beunruhigt, die anderen zufrieden – fest, daß wir seit langer

20. Die methodologischen und methodischen Prinzipien, die in den vorliegenden Thesen auf eine organisationengeschichtliche Frage angewandt wurden, sind gleichermaßen anzuwenden, wenn die Rolle der faschistischen Ideologie und die Bedeutung der Person Hitlers für das politische Herrschaftssystem wie auch für die Herrschaft des deutschen Imperialismus untersucht werden sollen, wenn die notwendige Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung erfolgt, die alle auch für den Faschismus wesentlichen Erscheinungen und Prozesse aus ihren objektiven und sozialen Zusammenhängen herauslöst und diese lediglich ideologiegeschichtlich oder individual-psychologisch deutet. Solche letztlich irrationalistischen Erklärungsversuche verhindern die Erkenntnis der „vermeidbaren Ursachen" des Faschismus und erschweren den Kampf gegen die „schlimmen Zustände" (Brecht) in Vergangenheit und Gegenwart.

21. Für die dringend notwendige Erforschung der Geschichte des Faschismus ergeben sich unter den spezifischen organisationengeschichtlichen Aspekten außer den bisher angedeuteten zahlreiche weitere Fragen, die einem komplexen Forschungsprogramm mit zugrundegelegt werden sollten. Dazu sind u. a. zu zählen:

- Analyse von Situation und Struktur der einzelnen Klassen und Schichten des deutschen Volkes unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur sowie deren Berücksichtigung in der innenpolitischen und organisationsbezogenen Tätigkeit aller Institutionen der NSDAP;
- Entwicklungsprozeß und Situation faschistischer Organisationen unter den Bedingungen ihrer Entstehung und Entfaltung, in Krisenzeiten sowie im Zusammenhang mit den Veränderungen in imperialistischen Herrschaftsformen;
- Kriterien für eine Typologie faschistischer Organisationen sowie für deren Unterscheidung von anderen bürgerlichen Parteien und Verbänden;
- Rolle und Funktion parteipolitischer und anderer Organisationen in den einzelnen Formen und Herrschaftsstrukturen des internationalen Faschismus;
- Struktur und Rekrutierung der staatsmonopolitischen Führungskräfte im politischen Herrschaftssystem des Faschismus sowie in anderen imperialistischen Formen der Machtausübung;
- Kontinuität und Diskontinuität faschistischer Parteien, Bewegungen und Gruppen im traditionellen und im gegenwärtigen Faschismus;
- Parteien und Organisationen extrem reaktionärer Herrschaftssysteme im Ringen um die Gewinnung und Sicherung sowie um den Einsatz einer Massenbasis;
- Mittel und Methoden extrem reaktionärer bürgerlicher Parteien zur Überwindung ökonomischer und politischer Krisen des Imperialismus sowie zur weiteren Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus;
- Veränderungen in Funktion und Struktur der führenden Institutionen der NSDAP (Stab des Stellvertreters des Führers, Parteikanzlei, Reichsleitung, Reichsleiter, Gauleiter usw.);
- Zusammensetzung, Umfang und Entwicklungsetappen der Massenbasis des deutschen Faschismus, die Wechselbeziehung von Terror und Ideologie bei der Gewinnung und bei der Sicherung dieser Massenbasis;
- Organisation der Arbeit und ideologische Beeinflussung der Arbeiterklasse in der Zeit der offenen Diktatur des faschistischen deutschen Imperialismus;
- Wirkungsmöglichkeiten und Wirkungsmechanismen außerökonomischer, subjektiver, ideologischer und sozialpsychologischer Faktoren in den faschistischen Organisationen;
- Wirkungsbedingungen und Wirkungsweise der faschistischen Ideologie;
- Imperialismus, Faschismus und das militaristische Führer-Gefolgschafts-Prinzip in extrem reaktionären und anderen bürgerlichen Organisationen, Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Führerpartei";

Zeit auf die politische Initiative verzichten. Die unerhörte geistige und propagandistische Stoßkraft der NSDAP aus der ersten Kampfzeit, in der ebensoviel echte wie vorübergehende und zweckgebundene Bündnisse abgeschlossen und die ideologischen Kampfmittel ebenso rasch und scharf einkalkuliert und eingesetzt wurden wie die handgreiflichen und realen Machtfaktoren, scheint heute in unserer Außenpolitik und vor allem in unserer Politik gegenüber den besetzten Gebieten aufgegeben zu sein." Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Hrsg. und eingeleitet von Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin 1972, S. 191 f.

- Funktion und Entwicklung des Kulte um die Führer faschistischer Parteien und Regimes;
- Konsequenzen der eigengesetzlichen Entwicklung einiger spezifischer Merkmale der NSDAP für das politische Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus;
- die Mythologisierung der NSDAP in der faschistischen Propaganda;
- Lehren und Erfahrungen des Kampfes der Antifaschisten gegen die nationalsozialistischen Organisationen für die aktuellen Probleme der revolutionären und antiimperialistischen Bewegung;
- der Platz bürgerlicher Auffassungen über Faschismus, faschistische Organisationen und Führer in den Gesellschaftskonzeptionen des gegenwärtigen Imperialismus und in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 37/38, Mai 1976, S. 1-39.

Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Zu einigen Erscheinungsformen und Gefahren des gegenwärtigen Faschismus

Der Außenminister der chilenischen militärfaschistischen Junta, Admiral Ismael Huerta, gab 1974 auf der panamerikanischen Konferenz in Mexiko folgende Erklärung von sich: „Ich weiß nicht, was man mit dem Wort Faschismus meint. In meiner Jugend war ich in Europa, und dort wurde der Ausdruck für autoritäre, starke und führungsgebende Regierungen verwendet. Wenn man diesen Ausdruck auf uns anwendet, weil wir eine starke Regierung sind, dann sind wir Faschisten."

Diese drei Sätze sind in vieler Hinsicht außerordentlich aufschlußreich. Sie sind ein unumwundenes Bekenntnis zur offenen Diktatur im Interesse der extrem reaktionären Teile des Monopolkapitals. Sie enthalten gleichsam in nuce den weit verbreiteten Versuch, Faschismus und Neofaschismus als etwas Normales, Vernünftiges und auch Notwendiges darzustellen sowie seine barbarische Menschenfeindlichkeit, seinen Terrorismus und Antidemokratismus zu bagatellisieren. Ihnen ist zu entnehmen, daß der Faschismus-Begriff seines konkreten und klassenmäßigen Inhalts beraubt, stark relativiert oder überhaupt in Frage gestellt werden soll. Das korrespondiert auffällig mit den zahllosen Bemühungen bürgerlicher Historiker und Politologen, jetzt erneut die „traditionellen" faschistischen Bewegungen und Herrschaftsmethoden auf ihre Brauchbarkeit für einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise des imperialistischen Systems „abzuklopfen".

Andererseits unternimmt, man alles, um das kapitalistische Gesellschaftssystem vom historisch diskreditierten Schandmal des Faschismus reinzuwaschen. Der Faschismus, so heißt es häufig, sei eigentlich der „westlichen" und „demokratisch-freiheitlichen" Ordnung wesensfremd. Selbst offene Neonazis bemühen sich, aus der „braunen Ecke" herauszukommen. Schenkte man ihren Selbstdarstellungen Glauben, dann dürften gerade die Faschisten, die heute in etwa 60 kapitalistischen Ländern ihr Unwesen treiben, die besten „Demokraten" sein!

Warum die Hydra aufgepäppelt wird

Diese „Verschönerungskuren" wie auch die Anstrengungen, die Hydra des Faschismus wieder „hoffähig" erscheinen zu lassen, beweisen nur eines: Sie hat die Regenerationsfähigkeit ihrer zahlreichen Häupter noch nicht eingebüßt!

Beide Tendenzen, die der Verharmlosung und die der Rehabilitierung, sind ideologisch-theoretischer Reflex wichtiger Prozesse und Veränderungen, die sich im imperialistischen Lager Vollziehen. Sie hängen eng miteinander zusammen und widerspiegeln die historische Situation des Imperialismus, nachdem die Kräfte des Sozialismus und des Friedens, des Antifaschismus und der Demokratie gestärkt aus dem zweiten, vom Faschismus entfesselten Weltkrieg hervorgegangen waren und mit ihrem wachsenden Einfluß auch neue Schranken für die extrem reaktionären, aggressivsten und am meisten antikommunistischen Teile des Finanzkapitals geschaffen werden konnten. Daher nehmen in der Taktik der herrschenden Klasse die Versuche einen gewichtigen Platz ein, die noch existierenden faschistischen Regimes in Spanien und einigen lateinamerikanischen Ländern ähnlich wie in Griechenland und Portugal ohne wirklich antiimperialistische, revolutionäre Veränderungen abzubauen.

Dies entspringt dem immer stärker wirkenden Zwang, sich an neue äußere und innere Existenzbedingungen anzupassen, die im Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen gegen ihn entstanden sind, was bekanntlich zu den entscheidenden Kennzeichen des heutigen Imperialismus gehört. Der Anpassungsprozeß vollzieht sich allerdings nicht im Wesen des Imperialismus, sondern lediglich im Bereich seiner Formen, im Mechanismus seines Funktionierens, wodurch er' einen sehr widerspruchsvollen Charakter erhält. Die dialektische Einheit zwischen Anpassung und Widerstand gegen sie besitzt prägenden Charakter. Sie erklärt auch die wachsende Differenzierung in der Monopolbourgeoisie, die heute faschistischen und neofaschistischen Kräften wieder etwas breiteren Raum als in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 bietet. Der Faschismus erscheint manchen Kräften des Imperialismus erneut als ein möglicher Ausweg aus einer Situation, in der sie ihre Macht ernsthaft gefährdet sehen. Daher verstärken sich gerade gegenwärtig in einigen Ländern des imperialistischen Teils der Welt rechtsradikalistische Aktivitäten aller Spielarten, darunter auch faschistische.

Diese Erscheinung steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß das „Klima“ unserer Zeit für den Faschismus insgesamt ungünstig geworden ist. Sie resultiert vor allem aus den aktuellen kapitalistischen Krisenprozessen auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und ideologischem Gebiet und stellt eine reale Gefahr für den Frieden und die von den Kräften des Sozialismus erreichten Fortschritte im Entspannungsprozeß dar.

Neue Ungeheuer mit altem Fehl und Tadel

Im imperialistischen Teil der Welt existieren heute vielfältige Erscheinungsformen des Faschismus. Vier davon seien hier erwähnt:

Die *erste* verkörpern jene Staaten, in denen die bestehende faschistische Diktatur bereits in der ersten Periode, der allgemeinen Krise des Kapitalismus errichtet worden ist. Dazu zählt vor allem Spanien, bis zum 25. April 1974 gehörte auch Portugal dazu. Die geschichtliche Entwicklung beider Staaten in den letzten Jahren zeigt aber, daß bestimmte Teile der herrschenden Klasse offensichtlich nach einer teilweisen „Modernisierung“ oder begrenzten „Überwindung“ des Faschismus streben, um so gewährleisten zu können, daß der unvermeidliche Sturz des Faschismus die imperialistischen Machtpositionen nicht gefährdet. Das Franco-Regime existiert auch nach dem Tode des Diktators weiter. Da es dem wachsenden antifaschistischen . Widerstand sowohl mit verstärktem Terror als auch mit einer Orientierung auf eine enge Anlehnung an die EWG und die USA, auf eine „Demokratisierung“ und auf den Anschein von Veränderungen begegnen will, ist in den letzten Monaten eine komplizierte und widersprüchliche Situation entstanden.

In Gestalt neuer faschistischer und halbfaschistischer Regimes haben wir es mit der *zweiten* Erscheinungsform des gegenwärtigen Faschismus zu tun. Dazu gehört vor allem Chile seit dem 11. September 1973, dazu gehörte von 1967 bis 1974 das militärfaschistische Griechenland, und dazu sind in vieler Hinsicht auch andere reaktionäre Militärregimes in Lateinamerika und Asien zu zählen.

Weit verbreitet ist die *dritte* Erscheinungsform, die des Neofaschismus. In allen imperialistischen Ländern bestehen Organisationen und Bewegungen von faschistischem Typ. Zu den größten gehört die Movimento Sociale Italiano (MSI), die in Verbindung mit rund 250 rechtsradikalen Terrorgruppen eine „Strategie der Spannungen“ verfolgt, um mit Morden (seit 1969 rund 60!), Bombenanschlägen und provokatorischen Ausschreitungen (seit 1969 allein in Rom 1500) ein Klima der Unsicherheit zu schaffen, demokratische Reformen zu torpedieren und die Apenninen-Halbinsel für einen neuen „starken Mann“ reif zu machen. Daran hat auch die Wahlniederlage vom 20. Juni dieses Jahres nichts geändert, obwohl Tendenzen eines vorsichtigeren Taktierens erkennbar sind. Die politische und soziale Funktion dieser Organisationen ist in allen imperialistischen Ländern gleich: Sie bilden ein zusätzliches und den staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus ergänzendes Pressionsmittel gegenüber der Arbeiterklasse; sie werden von der Monopolbourgeoisie zur Rechtfertigung ihres gegen Demokratie und Fortschritt gerichteten Autoritarismus benötigt und stellen eine Reserve für den Fall dar, daß die Aufrechterhaltung der Reste bürgerlicher Demokratie dem Monopolkapital als ungeeignet zur Sicherung seiner Macht erscheint.

Bei einer Übersicht über die faschistischen Gefahren darf man sich nicht damit begnügen, nur die entsprechenden Parteien und Organisationen zu sehen. Darüber hinaus existiert ein starkes rechtsextremistisches Potential in einer Reihe von Instrumenten monopolbourgeoiser Herrschaft. Dieses Potential – es macht, neben Konservatismus, Revanchismus und Rassismus stehend, in der Regelt jedoch damit verquickt, die *vierte* Erscheinungsform des gegenwärtigen Faschismus aus – ist vor allem in Führungsschichten der Armee und der Polizei, der Justiz und der Staatsbürokratie hochentwickelter imperialistischer Länder zu finden.

Jeder Rechtstrend ist braun gefärbt

Offener Terrorismus, brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte, extremer Antikommunismus und eine raffinierte Demagogie sowie alle anderen wesentlichen Merkmale des „traditionellen“ Faschismus sind auch die Merkmale des gegenwärtigen. Es wäre falsch, die Gefahr des Faschismus lediglich dort sehen zu wollen, wo – wie z. B. der BRD-Politologe Iring Fetscher

meint – das „latente faschistische Potential großer Bevölkerungsteile“, also eine faschistische Massenbasis mobilisiert wird. Mit einer solchen Auffassung, die das Beispiel des Masseneinflusses der Nazipartei verabsolutiert, wird das imperialistische Klassenwesen des Faschismus negiert und – wichtiger noch – der antifaschistische Kampf desorientiert. Ähnliches geschieht durch die Theorie rechter Sozialdemokraten, der Faschismus sei eine Diktatur des Mittelstandes bzw. des Lumpenproletariats.

Nach wie vor bleibt der für die revolutionären Kräfte und ihre Tätigkeit so bedeutungsvolle Unterschied zwischen offen diktatorischen und bürgerlich-parlamentarischen Regimes bestehen. Allerdings beginnt die Hydra des gegenwärtigen Faschismus nicht erst dort ihre Häupter zu erheben, d. h. eine reale Gefahr zu werden, wo der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus völlig aufgehoben worden ist. Auch in der sinnentstellenden Nutzung parlamentarischer Methoden, in ihrer teilweisen Aufhebung und in ihrer brutalen antikommunistischen Verkehrung in das Gegenteil bürgerlich-demokratischer Prinzipien von Recht und Gesetz ist sein Wirken zu spüren. Daher ist Faschismus gegenwärtig nicht erst dort und dann als solcher festzustellen, wo und wenn er sich wie im Chile Pinochets als Herrschaftsform etabliert hat. Jede Rechtsschwenkung in den imperialistischen Ländern, die für sich genommen nicht faschistisch ist, begünstigt objektiv die dem Imperialismus wesenseigenen Tendenzen zum Faschismus, in deren schließlichem Ergebnis die bestehenden Formen monopolbourgeoiser Machtausübung durch reaktionär-terroristische ersetzt werden können.

Forum (Berlin), 30. Jg. 1976, Nr. 22, S. 8/9.

Die Welt des Profits nährt den Faschismus

Es gibt heute keinen Zweifel mehr: der Faschismus existiert in vielerlei Gestalt. Seine Aktivitäten verstärken sich zusehends, und die von ihm ausgehenden Gefahren bedrohen den Frieden, die Fortschritte im internationalen Entspannungsprozeß sowie die von der werktätigen Bevölkerung vieler Länder erkämpften Rechte und Freiheiten. In etwa 60 kapitalistischen Ländern treibt der Faschismus sein Unwesen. Nicht nur in Chile sitzen Faschisten an den Schalthebeln der Macht, obwohl sie gerade in dieser Hinsicht 1974 in Portugal und Griechenland eine schwere Schlappe erlitten; an anderer Stelle sammeln sie erneut ihre Kräfte, aktivieren sie ihre Tätigkeit in erschreckendem Ausmaß. Die zahlreichen Parteien und Gruppierungen faschistischer Prägung verfügen über große finanzielle Mittel und üben einen keineswegs unbeträchtlichen Einfluß auf Teile des Staatsapparates, besonders der militärischen Streitkräfte sowie der konservativ-autoritären Parteien aus.

Nur die Spitzen der Eisberge

Viele Beispiele sind in jüngster Zeit bekannt geworden. Jeder aufmerksame Beobachter muß tagtäglich davon lesen, was alles in der Welt des Profits und der Unmenschlichkeit trotz des Urteils von Nürnberg und trotz völkerrechtlicher antifaschistischer Vereinbarungen möglich ist, und kann dennoch den Umfang jeder Eisberge nur erahnen, von deren Spitzen der skandalöse Weinhold-Freispruch, die berüchtigte Rudel-Affäre, die unerhörte Kappler-Freilassung, die brutalen Attentate der Neofaschisten Italiens, die grauenvollen Morde lateinamerikanischer „Todesschwadronen“ und viele andere Tatsachen künden.

Nun gibt es häufig die Frage, ob wir nicht diese Entscheidungen überbewerten, die Gefahren vergröbern und zu Unrecht viel Aufhebens davon machen. Schließlich sei der Faschismus, so wird mitunter argumentiert, vor mehr als 30 Jahren von der Sowjetunion und den in der Antihitlerkoalition verbündeten Völkern zerschlagen worden. Heute gäbe es andere Bedingungen in der Welt, nachdem die Kräfte des Sozialismus und des Friedens gestählt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen sind.

Der Gefahr sind Schranken gesetzt

Selbstverständlich gibt es gegenwärtig andere Bedingungen als in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts, als das Monopolkapital den Faschismus als Hauptinstrument der Konterrevolution und der Entfesselung antisowjetischer Feldzüge bis hin zum Zweiten Weltkrieg benutzte. Die historische Situation des Imperialismus hat sich entscheidend verändert. Seine Möglichkeiten, unterschiedliche und wechselnde Herrschaftssysteme zu organisieren, sind wesentlich begrenzter als früher. Er kann sich in der Regel weder weitgehende parlamentarisch-demokratische Methoden leisten, noch ohne größeres Risiko zu offenen faschistischen Regierungsformen übergehen. Zu welchen politischen Herrschaftsformen und -methoden die Monopolbourgeoisie greift, ist in der Gegenwart weniger denn je in ihr eigenes Belieben gestellt. Auf diese Entscheidung wirken viele innere und äußere Faktoren ein, vor allem Stärke, Kampfbereitschaft und internationale Aktionen der Arbeiterklasse. Mit den Veränderungen der Existenzbedingungen des Imperialismus haben sich zugleich die Gewichte von Faschismus und Antifaschismus eindeutig zugunsten des letzteren verschoben. Heute dienen faschistische Kräfte mehr als politische Reserve und als Alibi für jede Art von Rechtsschwenkungen der imperialistischen Bourgeoisie. Aufgrund des neuen Kräfteverhältnisses unterscheiden sich die Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus von denen des „traditionellen“ Faschismus in mancherlei Hinsicht.

Die Stärke des Sozialismus und des Friedens setzt heute den Faschismus zwar Schranken, deren bedeutungsvolle Wirksamkeit nicht unterschätzt werden soll, sie hebt aber das Wesen des Imperialismus und damit dessen Drang nach politischer Reaktion auf der ganzen Linie, nach der Negation der Demokratie, nicht auf. Der Imperialismus, der seine Haut nie abstreifen, die Gesetze des Profits, der Unterdrückung und Ausbeutung nicht überwinden kann und will, leistet daher den Faschismus kräftige Geburtshilfe und läßt ihm Förderung aller Art angedeihen. Besonders in solchen Situationen, in denen es der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten gelingt, ihren Einfluß zu vergrößern und die Macht des Imperialismus zu begrenzen, setzen bestimmte Teile der Monopolbourgeoisie – krisenge-

schüttelt und aus Angst um das von ihnen beherrschte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem – immer wieder auf den Faschismus. Die Erfahrungen aus der Geschichte belegen, daß letzterer vor allem im Perioden ökonomischer und politischer Krisen sein Haupt erhoben und zum offenen Angriff auf Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und alle anderen demokratischen Kräfte geblasen hat. Von den geschichtlichen Tatsachen her (Italien 1922, Deutschland 1933, Spanien 1936, Griechenland 1967 Chile 1973) läßt sich die Frage beantworten, warum und in welcher Situation der Imperialismus zum Mittel des Faschismus greift, aber auch die Frage, warum gerade jetzt die Aktivitäten z. B. des Neonazismus in der BRD zu nehmen.

Wovon Herr Fetscher ablenken will

Bis 1945 traten der deutsche und der italienische Faschismus in der Gestalt großer Parteien, d. h. Mithilfe irregeführter und demagogisch beeinflußter Massen auf. Es wäre aber falsch, daraus die Schlußfolgerung ableiten zu wollen, daß auch in der Gegenwart lediglich dort die Gefahr des Faschismus bestehe, wo – wie das z. B. der BRD-Politologe Iring Fetscher meint – das „latente faschistische Potential großer Bevölkerungsanteile“, also eine neue faschistische Massenbasis, mobilisiert wird.

Mit einer solchen Auffassung, die einige geschichtliche Erscheinungsformen des Faschismus verabsolutiert, soll dessen imperialistisches Klassenwesen negiert und – wichtiger noch – der Kampf der Antifaschisten desorientiert werden. Also interessieren wir uns weniger für die sinkenden Wahlergebnisse beispielsweise der NPD in der BRD oder der italienischen MSI, sondern mehr für den Prozeß der Faschisierung aus dem imperialistischen Staatsapparat und aus den rechten bürgerlichen Parteien heraus, für das faschistische Potential, das im Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Militär-Industrie-Komplexes wirkt und eng mit anderen Strömungen des Rechtsextremismus, des Konservatismus, des Rassismus u. a. m. verbunden ist.

Der Faschismus ist nicht erst dort und als solcher festzustellen, wo er sich wie unter Pinochet als Herrschaftsform etablieren konnte. Er hat dort seinen Nährboden, wo es reaktionären, konservativen und rechtsextremistischen Kräften gestattet, ja sogar ermöglicht wird, ihren militanten Antikommunismus, ihre extreme Entspannungsfeindlichkeit sowie ihren versteckten oder offen zur Schau getragenen Expansionsdrang in aller Öffentlichkeit kundzutun, wo antifaschistische und antikapitalistische Kräfte mit Berufsverbot belegt und von der Polizei verfolgt werden, wo Neonazis gleich Wölfen in ganzen Rudeln auftreten können.

Monopolkapital stets reaktionär

Jede Rechtsschwenkung in den imperialistischen Ländern, die für sich genommen nicht faschistisch ist, begünstigt dennoch objektiv die dem Imperialismus wesenseigenen Tendenzen zu Faschismus, in deren Ergebnis schließlich die bestehenden Formen monopolbourgeoiser Machtausübung voll und ganz durch solche extrem reaktionären und terroristischen Herrschaftsformen in Zukunft ersetzt werden können. Alle Rechtsschwenkungen, in der imperialistischen Innen- und Außenpolitik – und natürlich ebenso die proimperialistischen Unterstützungsaktionen durch antisozialistische Kräfte – gehören zum reaktionären Wesen des Monopolkapitals. Jede den Faschismus fördernde oder verkörpernde Erscheinung wird die grundsätzliche und unüberhörbare Frage nach der sozialökonomischen, politischen und natürlich erst recht nach der moralischen Existenzberechtigung des Imperialismus auf.

Volkswacht, 04.12.1976, S. 4.

Arbeitskreis III (ab 1917)

Unter Leitung von Werner *Fritsch* und Manfred *Weißbecker* (beide Jena) beschäftigte sich der Arbeitskreis III mit dem Thema „Imperialistische Herrschaftsformen und extrem reaktionäre Organisationen. Ursachen, Möglichkeiten, Formen und Grenzen ihres Einflusses auf die werktätigen Massen". Dazu hielt letzterer das einführende Referat, mit dem zugleich die in den „Jenaer Beiträgen zur Parteiengeschichte"' Heft 37/38, vorgelegten Materialien ergänzt wurden. Außerdem stand ein Referat von Gerhard Lozek (Berlin) zur Diskussion, das dem „Platz der bürgerlichen Faschismusauffassungen in den gegenwärtigen imperialistischen Gesellschaftskonzeptionen und in der ideologischen Auseinandersetzung" gewidmet war.

Weißbecker ging von den Vorschlägen aus, die der Goerdeler-Kreis im Jahre 1944 für ein neues, reaktionär bestimmtes Herrschaftssystem des deutschen Imperialismus unterbreitet hatte. Diese sahen vor, die „Vorzüge" aller bisherigen Formen bürgerlicher und imperialistischer Machtausübung einschließlich der faschistischen Diktatur eng miteinander zu verbinden. Dahinter verbargen sich die allgemein, Furcht bestimmter Gruppierungen und Vertreter der deutschen Monopolbourgeoisie vor den erwarteten antifaschistischen und antiimperialistischen Aktionen der Massen sowie die Absicht, wieder einmal lediglich die Form der imperialistischen Machtausübung zu ändern, um die monopolbourgeoise Klassenherrschaft als Ganzes erhalten zu können. Der Referent belegte auch mit weiteren Beispielen, daß sich die werktätigen Massen ständig „im Visier der Macht" des Imperialismus befanden, war aber dabei stets bemüht, an den Kernpunkten Bezüge zum Problem der Massenbasis des Faschismus herzustellen. Die Aktualität dieser Fragestellung wurde sowohl auf die gegenwärtigen Tendenzen in den imperialistischen Hauptländern als auch auf Erscheinungsformen des Faschismus in den Entwicklungsländern bezogen.

Der Referent vertrat die These, daß die konkrete Gestalt der bürgerlichen Parteien und des Parteienwesens sowie deren Stellung zu den Massen grundsätzlich epochen- und klassenbedingt, daneben aber auch weitgehend vom konkreten Inhalt und von der Jeweiligem staatlichen Form monopolbourgeoiser Machtausübung abhängig sind. In einem kurzen Überblick nannte er als Schnittpunkte im Gestalt- und Funktionswandel der bürgerlichen Parteien die Zeit des Übergangs zum Imperialismus, die Novemberrevolution 1918, die Jahre der Weltwirtschaftskrise und des Wiederaufbaus des imperialistischen Parteienwesens in den westlichen Besatzungszonen. Damit knüpfte er an Schlußfolgerungen aus den Jenaer Forschungsarbeiten der 60er Jahre an. Weiter berührte er – hier lagen die inhaltlichen Bezüge zum Hauptreferat – die Funktionen des bürgerlichen Parteienwesens als „Vermittler" zwischen imperialistischem Staat und den Volksmassen sowie ihre Aufgabe, solche Faktoren abzuschwächen, die der imperialistischen Herrschaft entgegenwirken, und diejenigen zu stärken, die sie zu festigen vermögen. Diese Aufgabe könne jedoch hauptsächlich nur vom gesagten imperialistischen Parteienwesen wahrgenommen werden, weniger von den einzelnen Parteien. Dementsprechend ordnete der Referent die Entwicklung der faschistischen Nazipartei bis 1933 in die Entwicklung des imperialistischen Parteienwesens der Weimarer Republik ein.

Im Hauptteil seines Referates beschäftigte sich *Weißbecker* mit den Möglichkeiten und Grenzen imperialistischen Masseneinflusses. Seit Beginn des Imperialismus sei die herrschende Klasse mit der erhöhten geschichtsbildenden Rolle der Volkskammer konfrontiert. Der Imperialismus handele auch in dieser Hinsicht wesentlich aus der Defensive heraus. Das wurde mit vergleichenden Zahlenangaben, mit Hinweisen auf charakteristische Erscheinungen des Klassenkampfes und auf die elitären „Massen"-Theorien bürgerlicher Ideologen belegt. Die Fähigkeit seines politischen Systems, die werktätigen Massen gegen ihre Interessen für seine Politik zu gewinnen, sei für den Imperialismus zur Existenzfrage geworden. Vom Masseneinfluß hänge die Stärke der politischen Macht ab, wie umgekehrt erst durch den Gebrauch der Macht der Masseneinfluß voll realisiert werden könne. Dabei habe die demokratisierte, parlamentarische Methode in der Regel den Vorrang vor der offenen diktatorischen, da sie risikoärmer sei. Von da aus und anhand neuer Forschungsergebnisse zum engeren Thema des Referates bestimmte der Referent das Verhältnis des Faschismus zu den Massen. Nicht weil der Faschismus nach Masseneinfluß strebte und über eine Massenbasis verfügte, sei er Faschis-

mus gewesen. Vielmehr unterscheide ihn von den anderen Herrschaftsformen und -bestrebungen des Imperialismus vor allem der offene Terrorismus zugunsten extrem reaktionärer Profitinteressen und die von ihm gewählte Kombination verschiedener Methoden zur Gewinnung eines Massenanhangs. Der faschistische deutsche Imperialismus praktizierte die höchste und umfassendste Form der direkten und einheitlichen organisatorischen Bindung von Massen an ein Regime. Sowohl die faschistische als auch jede andere Form imperialistischer Massenbeeinflussung – so schloß der Referent den Bogen dieser Überlegungen stoße früher oder später auf ihre Grenzen, die objektiv durch den Antagonismus zwischen Volk und Monopolbourgeoisie gesetzt sind, und die entscheidend von der Qualität, sowie vom Masseneinfluß des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse abhängen. Jede Massenorganisation, auch wenn sie unter noch so reaktionärem Vorzeichen stehe, werde unvermeidlich zum Bezugspunkt für den Klassenkampf, und dies umso mehr, je günstiger sich für die Kassen das Kräfteverhältnis der Klassen im nationalen und internationalen Maßstab gestalte. Damit bestätigen die Forschungen über den imperialistischen Masseneinfluß die Gesetzmäßigkeit der aktiven, geschichtsbildenden Rolle der Volksmassen auch unter den Bedingungen der zu Ende gehenden kapitalistischen Ausbeutergesellschaft.

Abschließend versuchte der Referent, die häufig verwendeten Begriffe Massenbasis und Masseneinfluß als Kategorien der Theorie der politischen Organisation der Gesellschaft sowie im Zusammenhang mit der Mackitfrage zu präzisieren und gab damit Anregungen für eine intensive freie Diskussion im Arbeitskreis. Er versuchte, den imperialistischen Masseneinfluß als eine allgemeine und in vielen Formen existierende Erscheinung zu charakterisieren, als Ausdruck einer Situation, in der die Mehrheit der werktätigen Massen sich noch nicht vom politischen und ideologischen Einfluß des Imperialismus lösen konnte. Davon unterscheide sich jedoch eine imperialistische oder faschistische Massenbasis vor allem durch die Fähigkeit vom Regierungen der (bzw. und) Parteien der Monopolbourgeoisie, die Mehrheit großer, von ihnen überhaupt erreichbarer Menschengruppen für eine gewisse Zeit so stark beeinflussen zu können, daß diese erstens fast völlig auf die objektiv eigenständigen, politischen, sozialen und ideologischen Aktivitäten verzichten, sich zweitens weitgehend mit den bestehenden Eigentums- und Machtverhältnissen identifizieren, sich drittens gegenüber den Herrschenden loyal verhalten sowie viertens sich besonders in Krisen- und Kriegszeiten selbst für die friedens- und menschenfeindlichsten Interessen des Monopolkapitals formieren und mobilisieren lassen. In diesem Sinne sei der Aufbau einer stabilen, einsatzbereiten und blindlings gehorchenden Massenbasis als das Ziel aller Versuche und Bemühungen von imperialistischer Beeinflussung und Manipulation der werktätigen Massen zu sehen.

Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 39, Dezember 1976, S. 82-86.

Bemerkungen zur Rolle der NSDAP im politischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus

Die folgenden Bemerkungen und Thesen verstehen sich als unvollständige parteien- und organisationengeschichtliche Anregungen zur weiteren Klärung offener Frage in Geschichte und Theorie des Faschismus. Sie gehen von dem Begriff des politischen Herrschaftssystems Max Schmidts[1] sowie von Erkenntnissen aus, die bei der Erforschung der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland vom Vormärz bis 1945 gewonnen wurden.[2]

1. Der Mechanismus des politischen imperialistischen Herrschaftssystems besitzt eine einheitliche Grundorientierung, die durch seinen Klassencharakter bestimmt ist. Er wird aber auch von inneren Konflikten und Differenzierungsprozessen gezeichnet, was durch die grundlegenden inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus hervorgerufen wird, durch die Widersprüche zwischen einzelnen Monopolen sowie Monopolgruppen und dem Staat, zwischen den Monopolen selbst und innerhalb der Monopolverbände, zwischen den staatstragenden Parteien des Monopolkapitals und zwischen verschiedenen Fraktionen des Monopolkapitals in der Einflußnahme auf den Staat usw. Das führt dazu, daß *einzelne Elemente* des politischen Herrschaftssystems eine *unterschiedliche und differenzierte Rolle bei der Ausübung der politischen Macht* der Monopolbourgeoisie einnehmen können (z. B. das Parlament, kommunale und regionale Staatsorgane, Parteien oder Teile von Parteien, außerstaatliche Einrichtungen, bestimmte Herrschaftsmethoden).

Die bürgerlichen Parteien können auf die Methoden und Formen der imperialistischen Machtausübung maßgeblichen Einfluß ausüben, da von ihnen wesentlich die konkrete Ausgestaltung und das Funktionieren des politischen Herrschaftssystems abhängen. Veränderungen in ihrem Bereich haben in der Regel Einfluß auf Modifikationen der Herrschaftsformen, ohne grundsätzlich die Substanz der Herrschaftssysteme erfassen zu können. Daß die bürgerlichen Parteien als Bestandteil des politischen Herrschaftssystems – neben dessen Kern – von großer Bedeutung sind, ist deutlich an allen bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen abzulesen. Diese Tatsache kam auch – dies allerdings in einem sehr spezifizierten Maße – im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus während der Jahre von 1933 bis 1945 zum Ausdruck.

2. Grundsätzlich – und mehr oder weniger auch unabhängig von ihren Spezifika –hatte die NSDAP zwei Hauptfunktionen zu erfüllen: *Erstens* hatte sie den politischen und ideologischen Einfluß der Monopolbourgeoisie auf die Massen bzw. auf größere Teile der Massen zu sichern und so zu festigen, daß eine Realisierung ihrer strategischen Ziele möglich wurde. In der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus dominierte das Ziel der gesamten deutschen Monopolbourgeoisie und aller Institutionen und bürgerlichen Parteien, einen neuen 9. November 1918 zu verhindern. Es gehörte bei allen reaktionären bürgerlichen Politikern zu der oft schweigend übergangenen, weil selbstverständlichen Voraussetzung, daß jede Profitmaximierung und Kriegsvorbereitung ihren Sinn verlieren mußten, wenn nicht gesichert werden konnte, das bürgerliche Gesellschafts- und Wirtschaftssystem am Ende des Krieges, gleich ob bei Sieg oder Niederlage, aufrechtzuerhalten. *Zweitens* hatte sie die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie (bzw. ihrer ökonomisch und im jeweiligen Kräfteverhältnis dominierenden Gruppen) in Regierungspolitik umzusetzen und eine diesen Interessen untergeordnete bzw. entsprechende politische Organisation der Gesellschaft anzustreben. Aus dieser Funktion leitete sich die allgemeine Aufgabe ab, Führungskräfte für das politische Herrschaftssystem heranzubilden. Die Fähigkeit zur Realisierung ihrer Regierungsaufgaben hing in jeder Situation von der Erfüllung ihrer ersten Hauptfunktion ab.

3. Jedem bürgerlichen Herrschaftssystem ist die klassenmäßig bedingte Tendenz eigen, der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten die Möglichkeit zur Schaffung und Betätigung von autonomen Organisationen zu nehmen bzw. deren Tätigkeit in den eigenen Machtmechanismus zu integrieren. Dazu

---

1 Max Schmidt, Zur Entwicklung des imperialistischen Herrschaftssystems. Thesen, in: IPW-Berichte, 1. Jg. (1972), H. 3.

2 Vgl. Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 1, Leipzig 1968, Bd. II, Leipzig 1970.

werden alle Mittel des Überbaus, die des staatlichen Repressivapparates ebenso wie die der ideologischen Institutionen in wechselnden Kombinationen genutzt. Dieser Wechsel vollzieht sich ständig[3], am deutlichsten jedoch beim Übergang von einer imperialistischen Herrschaftsform zur anderen. Dahinter verbirgt sich generell das Verhältnis der herrschenden Klasse zu den unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen, insbesondere zur Arbeiterklasse, sowie zu der Einsicht, daß sie ihre strategischen und taktischen Ziele nicht gegen die Massen und auch nicht ohne einen größeren Einfluß unter den Massen realisieren kann. Zum Aufbau und zur Ausnutzung, zur Erweiterung und zur Bewältigung aller Erschütterungen der Massenbasis kann der Imperialismus gesellschaftliche Organisationen, Parteien, Verbände, Vereine usw., nicht entbehren. Das imperialistische Verhältnis zu den Massen ist in seinem Wesen immer gleich, es zielt grundsätzlich auf Beherrschung und Lenkung, auf Spaltung und Integration der Massen, unabhängig von den Formen des jeweiligen politischen Herrschaftssystems. Die Grundzüge dieses Verhältnisses (Arbeiter- und Volksfeindlichkeit, Kombinierung von Terror und Demagogie als den beiden Grundmethoden der politischen Massenbeeinflussung, vielfältige Differenzierung, ideologische Manipulation usw.) erlebten im Faschismus eine extreme Konsequenz.

4. Nach 1933 verschmolz die Führung der faschistischen Nazipartei im Prozeß der Realisierung ihrer Hauptfunktionen mit dem faschisierten Staat. Wie der Staat war auch die NSDAP ein relativ eigenständiger Faktor innerhalb des politischen Herrschaftssystems, der nicht ständig und bei jedem einzelnen Schritt, bei jeder Entscheidung „per Weisung" durch die unmittelbaren Vertreter der Monopolbourgeoisie „angeleitet" werden mußte, da sie sich als Klassenorganisation grundsätzlich von der „Logik" des Profits und der Profitexpansion, d. h. von den ökonomischen, politischen und sozialen Interessen des Finanzkapitals leiten ließ. Trotz ihrer relativen Eigenständigkeit, die von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft niemals in Frage gestellt worden ist, war sie (ebensowenig wie die Person Hitlers) niemals die letztliche Ursache und Triebkraft der faschistischen Diktatur. In der NSDAP verkörperte sich lediglich *eine wirkungsvolle Nahtstelle zwischen den verschiedenen Bestandteilen des politischen Herrschaftssystems.* Sie stellte gewissermaßen einen *positiven Katalysator des staatsmonopolistischen Entwicklungsprozesses* unter den spezifischen Bedingungen des Imperialismus und des Klassenkampfes in Deutschland während der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus dar.

5. So wie die faschistische Diktatur organisch aus anderen Herrschaftsformen des Imperialismus hervorgegangen ist, hat auch die faschistische Nazipartei die Grundzüge des bürgerlichen Parteienwesens organisch bis zur extrem reaktionären Konsequenz geführt. Die NSDAP ist durchaus keine „Ausnahmeerscheinung" in der Geschichte der deutschen bürgerlichen Parteien. Sie verkörpert sowohl die Kontinuität in der Entwicklung des imperialistischen Parteienwesens als auch dessen reaktionärsten Flügel. Dennoch sind ihre spezifischen Merkmale (vor allem das des Terrors) unbedingt zu berücksichtigen und ist mit Togliatti die faschistische Partei als „eine bürgerliche Partei neuen Typs" zu bezeichnen.[4]

Die NSDAP konnte parteipolitischer Träger der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus werden und zwölf Jahre bleiben, weil sie im Gegensatz zu den anderen reaktionären Parteien der Weimarer Republik vor allem

– über eine große, relativ stabile und vor allem über eine unter bestimmten Bedingungen ausbaufähige Massenbasis verfügte;
– sich eigene funktionsfähige Instrumente des Terrors gegenüber den Volksmassen aufgebaut hatte und diese skrupellos gegen jede oppositionelle Regung einsetzte;
– die größtmögliche Verschmelzung der beiden grundsätzlichen, von Lenin charakterisierten Methoden in der politischen Massenbeeinflussung erreichte sowie die nationale und soziale Demagogie in großer Einheitlichkeit beherrschte;

---

[3] Vgl. Wolfgang Ruge, Die Weltwirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die deutsche Geschichte in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in: ZfG, Berlin, 20. Jg. (1972), H. 10, S. 1267.

[4] Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus. Bd. 4 der Serie „Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis", hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/Main 1973, S. 125 ff.

– die Möglichkeit zur Herstellung einer einheitlichen politischen Organisation der herrschenden Klasse und insofern zu neuen Voraussetzungen dafür zu bieten schien, den seit 1917 anstehenden Grundfragen des Klassenkampfes offensiv begegnen und politische Macht potenzieren zu können, um mit deren Hilfe die revolutionäre Arbeiterbewegung zu zerschlagen, innenpolitische Friedhofsruhe zu schaffen und die außenpolitische Stoßkraft des auf Revanche und Aggression zielenden deutschen Imperialismus zu erhöhen;
– bereit war und entsprechende innerparteiliche sowie ideologische Voraussetzungen geschaffen hatte, einen „totalen“ und risikoreichen Krieg gegen die deutsche Arbeiterklasse, gegen die Sowjetunion und gegen die imperialistischen Konkurrenten zu führen;
– sich aller reaktionären Bestandteile der bürgerlichen Ideologie sowie der neuen technischen Mittel zu ihrer massenhaften Verbreitung bediente, demagogisch Antikapitalismus und revolutionaristische Mobilisierungsaspekte in den Vordergrund stellte und die imperialistische Ideologie des Rassismus konsequent als Instrument des inneren Terrors und der barbarischen Kriegführung nutzte.

6. Mit der Herausbildung des Einparteiensystems und mit dem „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 war der Platz der NSDAP im politischen Herrschaftssystem der faschistischen Diktatur durch die Monopolstellung bei der politischen Beeinflussung der Massen im Sinne der extrem reaktionären innen- und außenpolitischen Ziele des deutschen Imperialismus bestimmt. Diese Entwicklung erlangte insofern weitreichende Bedeutung, weil die führende Stellung der NSDAP auf dem Gebiet der politischen Organisation der herrschenden Klasse mit der Verfolgung und Liquidierung jeglicher anderen partei- und regierungspolitischen „Reserve“ erreicht worden war. Die Anerkennung der NSDAP als einziger staatstragender Partei entsprach in dieser Zeit den akuten Bedürfnissen der deutschen Monopolbourgeoisie sowie ihrem mit der forcierten Kriegs-vorbereitung eng verbundenen Streben nach einer möglichst stabilen, wirksamen und organisatorisch konzentrierten Massenbasis der faschistischen Diktatur. Organisierung und Einsatz, Festigung und Ausbau, Glorifizierung und Mystifikation der Nazipartei hatten daher ausschlaggebende Bedeutung für die konkrete Gestaltung des politischen Herrschaftssystems und damit auch für die Herrschaft des deutschen Monopolkapitals überhaupt erlangt.

7. Der Mechanismus des Zusammenwirkens von Monopolbourgeoisie und faschistischer Nazipartei entwickelte sich auf dieser Grundlage und war außerordentlich kompliziert, aber nicht undurchschaubar. Der im Gegensatz zu früheren Perioden wesentlich höhere Konsensus zwischen der herrschenden Klasse und allen politischen Machtträgern ermöglichte einen äußerst wirksamen Mechanismus, der im wesentlichen aus den entscheidenden institutionellen, personellen und finanziellen Verflechtungen bestand, zu dem aber auch zahlreiche vertrauliche Gesprächskreise, Korruption und ein spezifischer Lobbyismus gehörten. Die für diesen Mechanismus wesentlichen Institutionen der NSDAP blieben bis in die ersten Kriegsjahre hinein uneinheitlich und nicht zentralisiert. Der Stab des Stellvertreters des Führers bot nur geringe Voraussetzungen für eine Konzentration des Apparates der Nazipartei und verfolgte auch andere Aufgaben. Die verstärkte staatsmonopolistische Verschmelzung von faschistischem Staat und Nazipartei, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR und nach der Schlacht vor Moskau vor allem auf zentraler Ebene erfolgte, ermöglichte und erforderte die wachsende Rolle der Parteikanzlei innerhalb der NSDAP. Nach den Vorstellungen Martin Bormanns sollte sie als „politischer Generalstab“ ausgebaut werden und die im Frühjahr 1942 einsetzende allseitige Kampagne „Aktivierung der Partei“ leiten. Damit sollte hauptsächlich der Apparat der Nazipartei intakt gehalten, aber auch ein Zustand Überwunden werden, der in internen Kreisen nüchtern mit den Worten formuliert Wurde: „Die augenblickliche Parteigenossenschaft stellt noch keine aktivistische Kampfgruppe dar.“[5] Die Wechselbeziehungen zwischen den beiden Hauptfunktionen bürgerlicher Parteien hatten demzufolge für die NSDAP und für das politische Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus eine neue Stufe erreicht.

8. Die an der Spitze der Nazipartei stehende Clique war im Verlauf der ersten Jahre der faschistischen Diktatur weitgehend (im einzelnen natürlich differenziert und in unterschiedlichem Ausmaß und

[5] Denkschrift des Gauleiters Carl Röver „Partei und Staat“ von Ende 1942, in: ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 380, Aufnahme-Nr. 14496.

schon gar nicht endgültig) in die Führungsschicht der Monopolbourgeoisie integriert worden. In diesem Sinne wäre auch bei den führenden Nazis von einem Teil der monopolbourgeoisen politischen Führungsschicht zu sprechen. Dafür ist der Begriff der staatsmonopolistischen Oligarchie angebracht, ein Begriff, der einerseits die Ausdehnung der Macht des Finanzkapitals mittels der Monopolfunktion des imperialistischen Staates verdeutlicht und andererseits die unmittelbare Ausübung monopolkapitalistischer Funktionen durch Vertreter und Delegierte des Staates und ihre wachsende personelle Austauschbarkeit umschließt.[6]

9. Wie bei jeder bürgerlichen Partei ist auch im Falle der NSDAP zwischen Führung und der Mehrheit der Mitglieder eine grundsätzliche Unterscheidung notwendig. Die Mitgliedermassen der NSDAP einschließlich ihrer Gliederungen wurden von der Führung als zu beeinflussendes und zu manipulierendes Objekt betrachtet, dessen Situation und Interessen lediglich berücksichtigt, aber nicht zum eigenen Anliegen erhoben wurden.

Die Masse der Mitglieder der NSDAP stellte nur in Ausnahmefällen ein soziales Rekrutierungsfeld der führenden Naziclique dar. Wie in Italien zeigte sich auch in Deutschland nach der Errichtung der offen terroristischen Diktatur, daß die „faschistische Partei ... die Macht nicht mit den gleichen Kadern behalten (kann), mit denen sie sie erobert hat“.[7] Die Mitglieder hatten andere politische und soziale Funktionen zu erfüllen. Es zeichnete sich vor allem als Funktion und Aufgabe der Mitgliedermassen ab,

- Agentur der herrschenden Klasse innerhalb der Volksmassen zu sein, d. h. diese einer neuen faktischen Spaltung zu unterwerfen, nachdem die der Arbeiterklasse gewaltsam „aufgehoben“ worden war;
- willfährige, gehorsame und jeglichem eigenen Denken entfremdete Leistungen bei der faschistischen Organisation der Arbeit, d. h. bei der extrem gesteigerten Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten und später bei der totalen Kriegsführung zu vollbringen;
- die personellen Anforderungen des wachsenden Repressivapparates (Spitzel-, Wach- und Folterdienst) erfüllen zu helfen;
- Vermittler und Repräsentant der faschistischen Ideologie zu sein;
- für Akklamationsakte aller Art (Aufmärsche, Demonstrationen, Versammlungen, Parteitage usw.) zur Verfügung zu stehen.

Daraus resultierte ein besonderes Merkmal der faschistischen Staatspartei, das in der breiten, überwiegend organisatorisch und ideologisch abgesicherten Massen-basis bei der gleichzeitig auffälligen parteipolitischen Passivität der Mitglieder zu sehen ist. Als Partei, d. h. mit speziellen parteipolitischen Aktivitäten der Mitgliedermassen ist die NSDAP vor allem in den Krisenzeiten der faschistischen Diktatur hervorgetreten (1933, 1934, 1937/38 und seit 1942/43).

10. Die Form der imperialistischen Massenmanipulierung in Gestalt der Organisation großer Teile der Massen in einer einzigen Partei erhöhte die innenpolitischen Potenzen des deutschen Imperialismus und ermöglichte dem politischen Herrschaftssystem einen relativ breiten Spielraum sowie eine große Manövrierfähigkeit bei der Realisierung der strategischen Ziele der deutschen Monopolbourgeoisie. Gleichzeitig wurden damit innerhalb des politischen Herrschaftssystems neue Probleme und Widersprüche produziert.

Daß die NSDAP an der Spitze des politischen Herrschaftssystems stand, ist insgesamt auf gesellschaftliche und historisch-konkrete Ursachen zurückzuführen. Jeder Versuch, das gegebene Kausalverhältnis umzukehren und in der NSDAP, in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus oder in der Person Hitlers die entscheidenden Ursachen des Faschismus und des zweiten Weltkrieges sehen zu wollen, entstellt die Geschichte.

---

6 Max Schmidt, a. a. O., S. 8.

7 Palmiro Togliatti, a. a. O., S. 42.

Aus der Diskussion:

Weißbecker: Mit meinen folgenden Überlegungen zur sicherlich sehr schwierigen und komplexen Problematik der Konstellation von Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung des deutschen Faschismus will ich versuchen, einige der mir als wesentlich erscheinenden Bedingungen im Zusammenhang mit dem dialektischen Wechselverhältnis zwischen Labilität und Stabilität des deutschen Imperialismus in der Weimarer Republik zu nennen. wobei ich zu berücksichtigen bitte, daß hier nicht gleichzeitig alle von uns in der DDR verwendeten Begriffe definiert werden können. Zur Erläuterung einiger Aspekte jener großen Vielzahl von Faktoren, die die Genesis, die Entfaltung und die „Machtergreifung" des deutschen Faschismus entscheidend beeinflußten, möchte ich als Historiker zunächst an die konkrete Situation der gesellschaftlichen Verhältnisse im Deutschland der Jahre 1918/19 erinnern. Da wäre als erster, wichtiger und in vieler Hinsicht auch primärer Faktor die Tatsache zu nennen, daß in jener Zeit für den deutschen Imperialismus ein Widerspruch zwischen seiner Niederlage im ersten Weltkrieg und seinem durch soziale und politische Zugeständnisse erreichten Erfolg über die Novemberrevolution existierte. Die militärische Niederlage änderte nichts am objektiv bedingten Streben nach einer Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa; um diese erringen zu können, mußten jedoch neue innenpolitische, diktatorische Verhältnisse geschaffen werden, die eine völlige Aufhebung der von den Werktätigen im November 1918 erkämpften Freiheiten und Rechte bedeuteten, die aber gleichzeitig eine neue revolutionäre Erhebung der Massen verhindern sollten. Gerade daraus, sowie aus der besonderen Stellung Deutschlands in den internationalen Beziehungen und Auseinandersetzungen ergibt sich vieles von dem, was an generellen strategischen Zielen und Ansichten sowie an unterschiedlichen Konzeptionen der verschiedenen Teile der herrschenden Klasse vorhanden war. Die historische Stellung des imperialistischen Deutschlands in der Welt spiegelte sich im Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, in den Klassenbeziehungen und in der inneren Politik wider. Außerdem sind der neue Widerspruch zwischen dem Imperialismus und dem nicht mehr nur in der Theorie existierenden Sozialismus sowie die allgemeine Krise des Kapitalismus in Ansatz zu bringen. Weil es sich beim deutschen Imperialismus um ein Kettenglied in der allgemeinen Front gegen den Sozialismus handelte, konnte und mußte von der herrschenden Klasse sehr viel bei der Anwendung unterschiedlichster Herrschaftsmethoden und -systeme „experimentiert" werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Versuch der „freiesten" Verfassung der Welt, an den Kapp-Putsch, an die putschistischen und separatistischen Pläne von 1923, an die verschiedenen Methoden zum inneren Aushöhlen der bürgerlich-parlamentarischen Verhältnisse.

Alle Versuche zur endgültigen „Aufhebung" der Ergebnisse der Novemberrevolution kulminierten in der Periode der Weltwirtschaftskrise, wobei sie sich auf einer neuen Stufe mit den Möglichkeiten verbanden, die sich aus der inzwischen veränderten ökonomischen Stellung Deutschlands in der imperialistischen Welt ergaben. Daher sehe ich in der auf die Errichtung einer Diktatur gerichteten Strategie und Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie und ihrer einzelnen Gruppierungen (d. h. zugleich in den inneren Widersprüchen und dem inneren Kräfteverhältnis der herrschenden Klasse) einen ersten wesentlichen Faktor, der die Entstehung und das Wachstum der faschistischen Bewegung bedingte. Es genügt hier sicher, auf die entsprechenden Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft zu verweisen.

Die Situation der tatsächlichen und der potentiellen Gegenkräfte verkörpert einen weiteren wichtigen Faktor. Dazu gehören natürlich die Spaltung der Arbeiterklasse und deren Auswirkungen auf alle, die als Bündnispartner für den antifaschistischen Kampf hätten gewonnen werden können. Das mögliche antifaschistische Bündnis konnte sehr breit ausgedehnt und sehr zielgerichtet angelegt werden, weil es sich doch hauptsächlich um den gemeinsamen Kampf gegen einen Teil der herrschenden Klasse handelte; natürlich in Verbindung mit den Gesamtzielsetzungen.

Ein dritter wesentlicher Faktor ist für mich mit den Wirkungen verbunden, die sich aus der Spezifik der politischen Träger des jeweiligen Herrschaftssystems ableiten lassen. Da ich aus Jena komme und dort vorrangig die Geschichte der bürgerlichen Parteien untersucht wird, ist dies für mich vor allem eine Frage nach der jeweiligen Rolle und Funktion von bürgerlichen Parteien im imperialistischen Herrschaftsmechanismus. Bei allen Unterschieden zwischen der Nazipartei und den anderen bürgerli-

chen nichtnationalsozialistischen Parteien dürfen die tatsächlich vorhandenen Gemeinsamkeiten nicht außer Betracht gelassen werden. Man vergleiche einmal wesentliche programmatische Forderungen der einzelnen Parteien aus der Zeit unmittelbar nach der Novemberrevolution. Die im allgemeinen als typische NSDAP-Forderungen bekannten Parolen: „Sozialisierung“, „stärkste Erfassung der Kriegsgewinne“, „Erhaltung eines starken deutschen Volkstums, seiner Art und seines Wesens bewußt und frei von fremdem Einfluß“, stammen beispielsweise aus dem Programm der DNVP, teilweise sogar aus dem der DDP. Sie wurden formuliert und in den Kampf um die nationalistische und sozialdemagogische Manipulation der werktätigen Massen eingebracht, als an das nationalsozialistische 25-Punkte-Programm noch lange nicht zu denken war. Ebensowenig kann es als eine Erfindung der Nazis gelten, wenn sie sich als eine bürgerliche Einheitspartei verstanden wissen wollten. Dieser Gedanke hatte weitgehend die erste Phase des Neuformierungsprozesses der bürgerlichen Parteien während der Novemberrevolution bestimmt und dominierte auch in den weiteren parteipolitischen Vorstellungen der Konterrevolution.

Außerdem zeigte sich in dieser Zeit, daß nicht nur die extrem reaktionären Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie ein besonderes Interesse daran hatten, Organisationen mit einem großen Mitgliederbestand und mit Massenanhang aufzubauen. Auch in der Zeit der Weltwirtschaftskrise besaßen alle Teile der herrschenden Klasse ein unmittelbares Interesse daran, den so mühsam aufgebauten Massenanhang der NSDAP sowohl für die Systemstabilisierung als auch für die Erweiterung der Profit-möglichkeiten zu nutzen, unabhängig von bestimmten Vorbehalten und gegensätzlichen Teilinteressen. Daß sich die Mehrheit der deutschen Monopolbourgeoisie schließlich für die nationalsozialistische Diktatur-Variante entschied, resultierte nicht zuletzt aus der Tatsache, daß es ihr nicht schlechthin um größeren Einfluß auf die werktätigen Massen, sondern um eine *stabile* und *ausbaufähige* Massenbasis ging. Darin lag der Vorteil der NSDAP etwa gegenüber der Zentrumspartei, die den Rahmen des katholischen Teils der Bevölkerung nicht sprengen und kaum mehr als sechs Millionen Wähler mobilisieren konnte.

Ohne die angedeuteten Zusammenhänge lassen sich die objektiven Funktionen der NSDAP als einer Partei der extrem reaktionären Teile der deutschen Monopolbourgeoisie nicht verstehen; zugleich zeigen sie aber, daß diese nicht auf ein mechanistisch zu interpretierendes Verhältnis zwischen Monopolbourgeoisie und Nazipartei reduziert werden können. Die wichtigste Partei des deutschen Faschismus war eingebunden in die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse. Und diese gaben schließlich auch den Ausschlag für den Übergang zum Einparteiensystem, als der deutsche Imperialismus seine Herrschaftsform veränderte. Die Spezifika des Nationalsozialismus repräsentierten eben nur Besonderheiten in den gesellschaftlichen Verhältnissen unter den Bedingungen der Herrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus, und nicht eine Alternative zu dieser Herrschaft, die angeblich aus der faschistischen Bewegung selbst herausgewachsen sein soll und dann der Gesellschaft ihren Stempel aufgeprägt habe.

Die Existenz faschistischer Gruppen, Bewegungen und Tendenzen ist als eine gesetzmäßige Erscheinung in den Ländern des Imperialismus anzusehen, aber ihr Sieg stellt keine Gesetzmäßigkeit dar. Dieser ergab sich 1933 aus der Konstellation der verschiedensten Faktoren des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und in den Klassen. Einzelne Faktoren, die immer die konkrete Umsetzung allgemeiner geschichtlicher Gesetzmäßigkeiten beeinflussen, dürfen nicht mit Ursachen und Triebkräften des Geschichtsprozesses verwechselt werden. (S. 402-404)

Weißbecker: Ich empfinde es als sehr gut, daß durch die Zitate, die hier von Herrn Lademacher und Herrn Hennig ins Spiel gebracht worden sind, in unsere Diskussion differenzierte Sicht hineingekommen ist. Die Diskussion zu dem, was etwas global das „Versagen der deutschen Arbeiterbewegung“ genannt worden ist, muß sicherlich nicht nur differenziert, sondern auch im Zusammenhang mit der sozialen und politischen Offensive der herrschenden Klasse geführt werden. Abraham Frohwein vom Reichsverband der Deutschen Industrie hat die Bemühungen der Monopolbourgeoisie von 1918/19 um Veränderungen des politischen Herrschaftssystems als eine „Flucht nach vorn“ bezeichnet. Diese Parole galt in vieler Hinsicht auch für die Zeit der Weltwirtschaftskrise, in der die deutsche Monopolbourgeoisie nicht nur die Krise abwehren, sondern ganz bewußt „nach vorn“ gehen wollte. Die

Möglichkeiten der Krisensituation sollten genutzt werden, um die seit 1918 gehegten strategischen und außenpolitischen Pläne zu realisieren. Kampf gegen die Arbeiterklasse und außenpolitische Vorherrschaftsbestrebungen – das charakterisiert das dialektische Wechselverhältnis zwischen der sowohl labilen als gleichzeitig auch stabilen Lage des deutschen Imperialismus, was schließlich den Ausschlag für die nationalsozialistische Variante auf dem Wege zur Herstellung diktatorischer Verhältnisse gab. Wer sich auf eine Revision bzw. Umkehrung des Versailler Vertrages mit militärischen Mitteln orientierte, der mußte dafür auch adäquate innenpolitische Voraussetzungen schaffen. Für diese Kräfte stand immer wieder die ihr Denken und Handeln beherrschende Frage: Wie kann bei der Realisierung dieses strategischen Konzepts ein neuer 9. November 1918 vermieden werden? Selbst für Goerdeler ging es in seinen verschiedenen Denkschriften immer wieder um die möglichen „Risiken" eines Kampfes der Volksmassen, die bei der 1944 geplanten Veränderung des Herrschaftssystems nicht auszuschließen waren. (S. 416.)

Weißbecker: Das, was hier „Versagen" der deutschen Arbeiterbewegung genannt worden ist, darf nach meiner Meinung nicht als eine von der historischen Situation und von der Taktik der Monopolherren isolierte (oder isolierbare) Erscheinung betrachtet werden. Daher frage ich mich auch, ob wirklich angenommen werden kann, daß der Geschichtsverlauf ein ganz anderer gewesen wäre, wenn die theoretische Analyse des Faschismus durch die Arbeiterbewegung eine bessere gewesen wäre. Der in einer historischen Situation erreichte Reifegrad des subjektiven Faktors stellt ja an sich und für die Geschichtsbetrachtung wiederum eine objektive Tatsache dar. Die gestellte Frage wird offensichtlich aber erst dann interessant, wenn daraus andere mögliche Kampfformen des Antifaschismus abgeleitet werden können. Eine differenzierte Faschismusanalyse hätte jedoch nach meiner Auffassung die vorhandenen Grunderkenntnisse über die Notwendigkeit einer proletarischen Einheitsfront, über die antifaschistische Bündnispolitik und über die Notwendigkeit von Massenaktionen bis hin zum Generalstreik nicht korrigiert. Für mich stellt sich der konkrete, tatsächliche Geschichtsprozeß dar als Resultante aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und aus den konkreten Alternativmöglichkeiten, die sich in der Regel aus den vorhandenen, das Kräfteverhältnis der Klassen usw. beeinflussenden Faktoren ergeben. In diesem Sinne darf ich noch einmal unterstreichen, was heute schon gesagt worden ist: Die Existenz von Faschismus, faschistischen Gruppierungen und Tendenzen ist als gesetzmäßig anzusehen, aber es gibt keine Gesetzmäßigkeit, daß der Faschismus – wie auch immer, auf offener Bahn oder einem Schleichweg – zum Erfolg, d. h. zur Macht kommen muß. Zu den Faktoren, die die konkrete Umsetzung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten beeinflussen (nicht verursachen!), rechne ich auch die Ideologie, deren Rolle wir bisher in der Diskussion stark ausgeklammert haben. Das gilt sowohl für die faschistische Ideologie als auch für die der Arbeiterklasse. Die richtige Rezeption der objektiven Wirklichkeit, Theorie und Theorieverständnis wirken natürlich auf die Wirklichkeit zurück, ohne aber das grundsätzliche Verhältnis zwischen Theorie und Praxis aufheben zu können. Das beantwortet die Frage, was die Arbeiterbewegung vor 1933 erkennen oder nicht erkennen konnte, und ebenso die Frage nach der Rolle der Theorie im antifaschistischen Kampf der Arbeiterbewegung bzw. geschichtlich handelnder Kräfte überhaupt. (S. 432.)

Bemerkungen zur Rolle der NSDAP im politischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Abendroth-Forum. Marburger Gespräche aus Anlass des 70. Geburtstages von Wolfgang Abendroth. Hrsg. Frank Deppe u.a. (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 6), Marburg 1977, S. 366-371. Dazu Diskussionsbeiträge: 392-443, hier: S. 402-404, S. 416, S. 432.

Rezension

Dokumente zur deutschen Geschichte 1917-1919. Hrsg. v. Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann. Bearb. v. Joachim Petzold u. Dagmar Zink. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1975. 136 5. 80 M 4,80.
Dokumente zur deutschen Geschichte 1919-1923. Hrsg. v. Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann. Bearb. v. Heinz Habedank u. Erwin Könnemann. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1975. 104 S. 8°, M 4,80.
Dokumente zur deutschen Geschichte 1924-1929. Hrsg. v. Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann. Bearb. v. Wolfgang Ruge unter Mitw. v. Klaus Dichtl. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1975. 122 S. 8° M 4,80.
Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933. Hrsg. v. Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann. Bearb. v. Kurt Gossweiler unter Mitw. v. Margarete Piesche. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1975. 111 S. 8° M 4,80.

Die vorliegenden ersten vier Hefte der Reihe „Dokumente zur deutschen Geschichte“ werden dem hohen Anspruch, wichtige Dokumente zu Vorgängen und Ereignissen in allen gesellschaftlichen Bereichen des imperialistischen Deutschlands in der Zeit von 1917 bis 1933 einem weiten Leserkreis zugänglich zu machen, voll und ganz gerecht. Trotz des geringen Umfanges wird dem Benutzer – in erster Linie ist an Lehrer, Studierende und historisch Interessierte gedacht – die Vielfalt der konkreten Formen des Klassenkampfes deutlich vor Augen geführt. Darüber hinaus wird ihm zumindest in Umrissen eine Vorstellung von den ineinandergreifenden Problemen, Widersprüchen und Faktoren vermittelt, die die revolutionären Kräfte bei ihren strategischen, taktischen und tagespolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen hatten.

Über die Notwendigkeit von Dokumentensammlungen besteht für den Historiker kein Zweifel. Sie sind zur Verbreitung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes unentbehrlich und tragen zur Vertiefung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins bei. Sie sollen zum historischen Denken befähigen, geschichtliche Zusammenhänge mehr als nur im illustrierenden Sinne erhellen und den Geschichtsdarstellungen größere Beweiskraft verleihen. Die Hrsg. und Bearbeiter konnten sich dabei auf die großen und positiven Erfahrungen stützen, die in der DDR bereits mit der Herausgabe von anderen, umfassenderen Dokumentensammlungen gemacht wurden.[1] Sie betrachten die Hefte mit Recht als relativ selbständige Ergänzungen zu den marxistisch-leninistischen Gesamtdarstellungen und Monographien, vor allem zum Werk „Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß“ (Berlin 1974).

Mit feinem Gespür für den Mechanismus des politischen Herrschaftssystems des deutschen Imperialismus in der Weimarer Republik sind in alle vier Hefte Auszüge aus solchen Quellen aufgenommen worden, die die wirklichen Ziele der herrschenden Klasse belegen und gleichzeitig erkennen lassen, mit welchen Mitteln des Betrugs, der Verhetzung und der Doppelzüngigkeit gearbeitet wurde, um sie Schritt für Schritt durchzusetzen. Im Vordergrund stehen dabei die politisch agierenden Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie und des imperialistischen Staatsapparates, weniger der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen. Besonders das von W. Ruge bearbeitete Heft für die Jahre 1924-1929 enthält dazu aussagekräftiges Material unterschiedlicher Provenienz, aber auch in den anderen Heften wird als das grundlegende Ziel der herrschenden Klasse im imperialistischen Deutschland deutlich, die Ergebnisse des verlorenen ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution schrittweise zu revidieren, um innen- und außenpolitische Voraussetzungen für einen neuen, revanchistischen Aggressionskrieg schaffen zu können. Allerdings hätten die Hrsg. und Bearbeiter den entsprechenden Aktionen des deutschen Militarismus (z. B. geheime Aufrüstung, schwarze Reichswehr, Panzerkreuzerbau) einen etwas breiteren Raum widmen können. Leider wird im vierten Heft (1929-1933) das Gebiet der Außenpolitik vernachlässigt.

---

[1] Vgl. z. B. die zahlreichen Bände: Dokumente u. Materialien zur Geschichte der dt. Arbeiterbewegung, hrsg. v. Institut f. Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED; Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des dt. Monopolkapitals bei der Vorbereitung u. Durchführung d. zweiten Weltkrieges; hrsg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Anatomie d. Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen d. faschistischen dt. Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. Gerhart Hass u. Wolfgang Schumann, Berlin 1972; Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- u. Weltherrschaftsplänen des dt. Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. u. eingel. v. Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler unter Mitarb. v. Willibald Gutsche u. Wolfgang Ruge, Berlin 1975.

Verständlicherweise ist der Anteil an Dokumenten sehr hoch, die die Haupttendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung belegen und den Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes widerspiegeln. Die meisten dieser Dokumente sind Zeugnisse der Kampfentschlossenheit und des unbeirrbaren Einsatzes der Kommunisten für ihre mit den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte übereinstimmenden Ziele. Aus ihnen sprechen die Verantwortung und die Siegeszuversicht im Kampf für die Verteidigung der Rechte und Freiheiten des werktätigen Volkes sowie für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution. Aus allen Materialien zur Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung spricht deren unermüdliches Bestreben, in jeder Situation immer massenwirksamere Propaganda-, Agitations- und Kampfmethoden ausfindig zu machen. Schwächen und Fehler der KPD wurden nicht umgangen, sondern richtig in die Gesamtentwicklung der Partei eingeordnet. Mit Recht wurde solchen Dokumenten wie dem Gründungsprogramm der KPD, verschiedenen Beschlüssen der Kommunistischen Internationale, dem offenen Brief vom 8. Januar 1921, den „Lehren der deutschen Ereignisse“ vom 21. Januar 1924 sowie Reden von Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck ein breiter Platz eingeräumt. Unverständlich bleibt, warum auf die bedeutsame Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung vom August 1930 lediglich in einer Fußnote verwiesen wird.

Insgesamt enthalten die vier Hefte Auszüge aus 323 Dokumenten. Sie sind chronologisch geordnet und mit knappen Angaben über die Art der Dokumente, den Verfasser, den Empfänger und den Zeitpunkt ihrer Entstehung versehen. Einige Dokumente werden erstmals veröffentlicht, bei relativ vielen erleichtert der Neudruck den Zugriff des Benutzers. Von großem Wert ist auch der Anhang, der jeweils eine Zeittafel, eine Übersicht über die Ergebnisse der wichtigsten Wahlen und über die Zusammensetzung der Reichsregierung sowie statistische Angaben und ein Personenregister enthält. Nützlich sind die Hinweise darauf, wo der Benutzer die neueste bzw. vollständigste Veröffentlichung der Dokumente in den Publikationen der marxistisch-leninistischen Historiker der DDR finden kann.

Kritische Worte sind angesichts der offenkundigen großen Leistung von Hrsgn. und Bearbeitern kaum erforderlich. Wünschenswert wäre allerdings gewesen, daß in den Einleitungen nicht nur der Hauptinhalt der jeweiligen Periode vorgestellt, sondern auch deren Platz in der 1917 eingeleiteten neuen Epoche bestimmt wird. Eine Reihe von Dokumenten geht in ihrer Bedeutung weit über die einzelnen Perioden hinaus, was nicht immer deutlich gemacht worden ist. Natürlich kann man über die Auswahl der Dokumente und die Prinzipien der Auszüge aus den Texten diskutieren, so z. B., wenn bei der Wiedergabe des Hitlerschen Memorandums „Der Weg zum Wiederaufstieg“ für den Schwerindustriellen Kirdorf auf jene Stellen verzichtet wird, die eine treffende Selbstentlarvung der faschistischen Sozialdemagogie beinhalten. An dem sehr guten Gesamteindruck aller Hefte ändert sich dadurch nichts. Es sollte lediglich überlegt werden, ob eine wünschenswerte zweite Auflage nicht in höherem Maße mit Erläuterungen, Verweisen und Literaturhinweisen versehen werden kann, durch die sich die Benutzbarkeit verbessert.

Der Rez. hat in seiner Eigenschaft als Hochschullehrer bereits Gelegenheit genommen, sowohl in Vorlesungen als auch in Seminaren mit den vier vorliegenden Heften dieser hoffentlich recht bald vervollständigten Reihe zu arbeiten: Die Erfahrungen und Eindrücke sind auch in dieser Hinsicht durchweg positiv.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 98, Heft 2/3 – Februar/März 1977, Spalte 178-181.

Rezension

[Mitautor: Reinhard Giersch]

Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. u. eingel. v. Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler unter Mitarb. v. Willibald Gutsche u. Wolfgang Ruge. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1975. 406 S., 54 Abb., 22 Faks., 13 Kt., 2 Grafiken gr. 8° M 28,00.

Auf dem Internationalen Historiker-Kolloquium „Die Kriegsziele Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg und die Ursachen ihres Scheiterns“, das vom 26. bis 31. Mai 1975 in Weimar stattfand, wurde nicht nur ein außerordentlich interessantes und anregendes Diskussionsmaterial[1], sondern auch der hier zu besprechende problemorientierte Band vorgelegt, der seither in der Geschichtswissenschaft der DDR sowie in der Auseinandersetzung mit imperialistischen Gesellschaftskonzeptionen und Geschichtsfälschungen eine große Rolle spielt. Nach dem Erscheinen der bereits früher veröffentlichten Dokumentenbände[2] verfügen wir jetzt für den Zeitraum von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1945 über eine umfassende, geschlossene Dokumentation der Europa- und Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus. Wie W. Schumann und L. Nestler in der umfangreichen und lesenswerten Einleitung betonen, bestand ihre Absicht darin, „einen weiteren Nachweis für die Kontinuität der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus seit der Jahrhundertwende zu erbringen“ (S. 7). Dies ist ihnen voll und ganz gelungen. Ihre Ergebnisse tragen wesentlich dazu bei, die historisch wie politisch-aktuell so bedeutsamen Fragen zu beantworten, „warum und mit welchen Zielen der deutsche Imperialismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zweimal einen Krieg entfesselte, und wer die Nutznießer dieser Politik waren“ (ebd.).

Die Auswahl der 162 beweiskräftigen Dokumente zeichnet sich durch ihre Vielseitigkeit und ihren hohen Informationsgehalt aus. Über die Hälfte der Dokumente stammt aus den Jahren zwischen 1900 und 1933, wobei 60 der Zeit vor 1918 und 26 den Jahren der Weimarer Republik gewidmet sind. Sie stammen aus Archivmaterialien wichtiger gesellschaftlicher Institutionen und der Industrie, des Bankwesens sowie wirtschaftlicher und politischer Organisationen und erlauben einen entlarvenden Blick „hinter die Kulissen“ des imperialistischen Profit- und Machtmechanismus. Überschneidungen mit anderen Dokumentationen zu einzelnen Perioden und zu speziellen Fragestellungen wurden weitgehend vermieden. Die meisten Dokumente aus der Zeit der faschistischen Diktatur sind der Öffentlichkeit bisher unbekannt geblieben. Es fällt schwer, aus der Fülle des bedeutsamen Materials einige besonders aussagekräftige Dokumente herauszugreifen. Daher gelten die folgenden Bemerkungen mehr dem nicht zuletzt durch diese Dokumente erhärteten wissenschaftlichen Standort der Hrsg. und dem Beitrag, den der Band zur Bereicherung des marxistisch–leninistischen Geschichtsbildes leistet.

Die Hrsg. gehen richtig von der Leninschen Imperialismus-Analyse und der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus. Sie sehen grundsätzlich im monopolkapitalistischen Profit- und Machtstreben, dem alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die gesamte Innen- und Außenpolitik der imperialistischen Länder, ihre politischen Institutionen und Organisationen untergeordnet wurden, die hauptsächlich und zwangsläufig zum Ausbruch imperialistischer Kriege führende Ursache. Die deutschen Imperialisten nahmen, wie eindeutig bewiesen wird, bereits um die Jahrhundertwende Kurs auf eine Neuaufteilung der Welt. Nachdem der erste Weltkrieg für sie und ihre Verbündeten verloren war, aber noch bevor der Versailler Vertrag unterzeichnet wurde,

---

[1] Die Kriegsziele Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg und die Ursachen ihres Scheiterns. Diskussionsmaterial für das internationale Historiker-Kolloquium in Weimar vom 26. bis 31. Mai 1975, ausgearb. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann: Hans Dress, Dietrich Eichholtz, Olaf Groehler, Gerhard Hass und Ludwig Nestler (Manuskriptdruck 1975); vgl. auch: Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Autorenkoll. unter Leitg. von W. Schumann, Dietz Verlag, Berlin 1977.

[2] Vgl. Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. und eingel. v. Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin 1972; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. v. W. Schumann, Berlin 1973.

orientierten die deutschen Monopolherren und die Militaristen auf einen zweiten Waffengang, um die Kriegsergebnisse rückgängig zu machen.

Unverkennbar widerspiegelt sich in den Dokumenten die Tatsache, daß der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Herrschaft des Kapitals durchbrach und erschütterte. Die Novemberrevolution in Deutschland und die Revolutionierung der Massen zwangen die herrschende Klasse, ihren Expansionsdrang in der Weimarer Republik unter dem Deckmantel der „Demokratie“ und ihres angeblichen Friedenswillens zu verbergen. Aber bereits in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ging der deutsche Imperialismus wieder zu einer offensiven Revisionspolitik über, um schließlich in der Zeit der faschistischen Diktatur die Realisierung seiner Europa- und Weltherrschaftspläne, seine Raub- und Klassenziele mit militärischer Gewalt anzustreben.

Mit besonderer Deutlichkeit beweisen die vorliegenden Dokumente, wer an den Schalthebeln der ökonomischen Macht saß, wie das Zusammenspiel zwischen den großen Konzernen und ihren Institutionen auf der einen Seite mit dem faschistischen Staats-, Partei- und Militärapparat auf der anderen funktionierte, in wessen Interesse die Macht mißbraucht und das deutsche Volk in die Katastrophe des zweiten Weltkrieges gestürzt wurde.

Obwohl die Hrsg. keine Analyse der Grundlagen und Hauptfaktoren der sozialökonomischen und politischen Differenzierungsprozesse innerhalb der herrschenden Klasse anstreben, verdeutlicht das von ihnen ausgewählte Material, daß die heftig ausgetragenen Differenzen zwischen den verschiedenen Einrichtungen der Weimarer Republik und dann auch der faschistischen Diktatur hauptsächlich taktischen Charakter trugen und vor allem den Teil- und Sonderinteressen der mächtigsten Monopole entsprangen. Den Dokumenten selbst ist die unbestreitbare Tatsache der grundsätzlichen Übereinstimmung in den imperialistischen Zielen, die „Einheit der Gegensätze“ (S. 26) zu entnehmen. Es zeigt sich, daß in allen Plänen und schließlich auch in den modifizierten sog. Ost-Konzeptionen bis in den Herbst 1943 hinein „die geplante Vernichtung des Sozialismus in der Sowjetunion und die Ausbeutung ihres ökonomischen Potentials als Kernstück jeglicher Europa- und Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus enthalten“ war (S. 33). Der militärische Verlauf des zweiten Weltkrieges setzte diesen Wunschvorstellungen, die „das weitestgehende Aggressions- und Kriegszielprogramm“ des deutschen Imperialismus seit der Jahrhundertwende verkörperten (S. 27), ein jähes Ende. Der deutsche Imperialismus erlitt eine totale wirtschaftliche, militärische und politische Niederlage. Alle Versuche, mit den Westmächten zu einem antisowjetischen Bündnis bzw. Separatfrieden zu kommen, waren zum Scheitern verurteilt. Viele der konzeptionellen Vorschläge für die strategische Orientierung der deutschen Monopolbourgeoisie aus der letzten Phase des zweiten Weltkrieges tragen nach Meinung der Hrsg. nicht nur den „Stempel der Agonie“, sondern nahmen zugleich „die bestimmenden Elemente der Nachkriegsstrategie des deutschen Imperialismus vorweg“ (S. 35). Als Tendenz wird herauskristallisiert: „Ein extrem gesteigerter Antikommunismus und Antisowjetismus, ein teilweise fast hysterisches Beschwören der Gefahren, die den Westmächten aus der Existenz einer mächtigen Sowjetunion oder eines wirklich demokratisierten Deutschlands erwachsen würden, sollten dazu dienen, sich die Unterstützung der reaktionärsten Kräfte in den imperialistischen Staaten der Antihitlerkoalition zu sichern für die Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems in Deutschland und damit eines ‚Bollwerkes gegen den Bolschewismus‘.“ (ebd.)

Den Benutzern der vorliegenden Dokumentation – und das heißt: einem sehr großen Kreis geschichtlich und politisch interessierter Leser – werden in der Einleitung von den Hrsgn. wichtige Hinweise und Kommentare zu den wesentlichsten geschichtlichen Ereignissen gegeben. Das erleichtert das Verständnis der Quellen und ihre notwendige Einordnung in den konkreten historischen Entwicklungsprozeß. Die durchgehende chronologische Anlage der Dokumente, die Anmerkungen, ein Verzeichnis geographischer Namen und das Personenregister unterstützen die Benutzung. Die Abbildungen, Faksimiles, Grafiken und die 13 Karten erhöhen die Anschaulichkeit des Bandes. Sie stellen eine sinnvolle Ergänzung der alles in allem ausgezeichneten Dokumentation dar.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 98, Heft 8/9 – August/September 1977, Spalte 608-610.

Rezension

[Mitautor: Herbert Gottwald]

Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches. Hrsg. u. eingel. v. Willibald Gutsche unter Mitarbeit von Baldur Kaulisch. Berlin: Akademie-Verlag 1977. 295 S. gr. 8° (Akademie d. Wiss. d. DDR, Schriften d. Zentralinstituts für Geschichte. Bd. 53.) M 28,00.

Um ihre Klassenherrschaft ausüben und sichern zu können, bedient sich die Monopolbourgeoisie verschiedenartiger Methoden, die sich letztlich (keinesfalls aber schematisch) auf die beiden von W. I. Lenin charakterisierten Grundmethoden der „Gewalt“ und der „Zugeständnisse“ reduzieren lassen. Diese Erkenntnis gehört heute selbstverständlich zum gesicherten Grundwissen sowie zum methodologischen Instrumentarium jedes marxistischen Historikers. Sie gehört auch zu den wissenschaftlichen und politischen Grundpositionen, von denen die Hrsg. ausgegangen sind und die die Auswahl der Dokumente bestimmt haben. Insofern fügt sich der vorliegende Band nahtlos in die umfangreiche Reihe von Dokumentationen und Darstellungen zur Geschichte des deutschen Imperialismus von seiner Entstehung bis zum Beginn der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein, deren Anliegen schon mehrfach hervorgehoben worden ist.[1]

Die Hrsg. wählten aus einem zum größten Teil unveröffentlichten Material 162 Dokumente sehr unterschiedlicher Provenienz aus. Ihnen kam es darauf an, sowohl zeitgenössisches Material zu verwenden, das die konzeptionellen Erwägungen und Planungen imperialistischer Methoden innerhalb der verschiedenen Strömungen der herrschenden Klasse und im Staatsapparat beinhaltet, als auch solches, das deren praktische Anwendung verdeutlicht. Etwa ein Drittel der Dokumente wurde zeitgenössischen Publikationen entnommen, die heute schwer zugänglich sind. Über die Hälfte des Materials stammt aus dem Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn sowie aus Archiven in Berlin, Dresden, Koblenz, Wien und Budapest. Die vorwiegend auszugsweise Wiedergabe erlaubt es dem Leser, von den spezifischen Varianten der Unterdrückungs- und Expansionspolitik des deutschen Imperialismus ein anschauliches Bild zu erhalten. Aufschlußreich sind die dokumentierten Briefe und internen Denkschriften (vgl. vor allem Dok. 1, 19, 29, 53, 77, 78, 84, 96, 100, 114, 122, 140, 153, 162), in denen „ausgeplaudert“ wurde, „was man sonst sorgfältig zu verbergen pflegt“.[2]

Es kann den Hrsgn. bescheinigt werden, daß ihre Dokumentensammlung nicht eine einfache Zusammenfassung interessanter und seltener Quellen zur Herrschaftsmethodik des frühen deutschen Imperialismus darstellt. Die Auswahl beruht auf einer klaren Konzeption, und es ist insgesamt gelungen, solche Dokumente auszuwählen, die die stärkste historische und politische Aussagekraft besitzen. Dies schließt nicht aus, daß Kritiker gerade bei einer so breit angelegten Sammlung immer Gelegenheit finden werden, auf dieses oder jenes aufmerksam zu machen, was nach ihrem Dafürhalten hätte berücksichtigt werden sollen. Bis zu einem gewissen Grade ist es unvermeidlich, daß Wünsche offenbleiben. Auch wenn man dies a priori zugesteht, hätten manche Akzente vor allem in den Proportionen doch anders gesetzt werden können.

Das betrifft z. B. die Relationen zwischen der Zeit vor 1914 und der Weltkriegszeit mit einer in diesem Ausmaß ungerechtfertigten Dominanz der Kriegsjahre. Dabei hat das Jahr 1917 nur noch fragmentarisch Berücksichtigung gefunden; die für die imperialistische Herrschaftsmethodik so wichtige Rolle des Interfraktionellen Ausschusses und die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei blieben ganz unberücksichtigt. Auch die für die Herausbildung und Ausformung der Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus wichtigen Jahre um die Jahrhundertwende sind zu knapp dokumentiert. Das betrifft z. B. die Sammlungspolitik, die direkt lediglich mit der Solinger Miquel-Rede belegt wird (Dok. 2), und die imperialistische Flottenpolitik mit ihrer nicht nur militärischen, sondern auch massenmanipulativen Funktion. Problematisch erscheint auch, daß das nach der Jahrhundertwende wachsende Gewicht der bürgerlichen Parteien im politischen System des wilhelminischen Deutschlands in

1 Vgl. z. B. DLZ 98, 1977, Sp. 608 ff.

2 W. I. Lenin, Zufällige Notizen, in: Werke, Bd. 4, S. 408.

der vorliegenden Quellensammlung keinen adäquaten Niederschlag gefunden hat. Dies hat zur Folge, daß die Meinungsverschiedenheiten in den herrschenden Kreisen über die innenpolitische Herrschaftsmethodik vor und im ersten Weltkrieg in zu starkem Maße aus der Sicht der Reichsregierung und des Staatsapparates dokumentiert werden, während die vielfältigen strategisch-taktischen Überlegungen und Diskussionen innerhalb der bürgerlichen Parteien[3] und Verbände,[4] vor allem auch in der liberalisierenden imperialistischen Strömung, teilweise vernachlässigt werden. Bedauerlicherweise wurden auch die Rolle und Funktion bürgerlicher Arbeiterorganisationen – Produkte imperialistischer Bemühungen zur Spaltung der Arbeiterklasse – kaum beachtet.

Insgesamt erhärtet jedoch der vorliegende Band die Tatsache, daß weder die Geschichte des deutschen Volkes noch die der herrschenden Ausbeuterklassen jemals in ihrer Komplexität und vielgestaltigen Konkretheit geschrieben werden können, ohne die Tatsache der inneren Widersprüchlichkeit und der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus entsprechend zu berücksichtigen. Dieser wichtige Bestandteil der Leninschen Imperialismustheorie, dessen Aktualität auf der Hand liegt, dient zugleich immer wieder als theoretische Grundlage für das Herankommen der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten an die sozialistische Revolution. Die Analysen der Differenzierungsprozesse in der Monopolbourgeoisie sind daher niemals bloßer Selbstzweck. Lenins Forderung nach einer ständigen, gründlichen und konkreten Analyse der von der herrschenden Klasse angewandten Methoden als Voraussetzung für die Gewinnung eines proletarischen Klassenstandpunktes gilt insbesondere dem Historiker: „Was das Resultat dieser entgegengesetzten Tendenzen ist, welches Wechselverhältnis zwischen der konservativen und der liberalen Stimmung oder Richtung in der Bourgeoisie im gegebenen Zeitpunkt besteht – das kann man nicht aus ein paar allgemeinen Thesen schließen; das hängt von allen Eigentümlichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Lage im gegebenen Zeitpunkt ab. Um das zu bestimmen, muß man diese Lage genau kennen und alle Zusammenstöße zwischen der Regierung und ganz gleich welcher Gesellschaftsschicht aufmerksam verfolgen.“[5]

Seit vielen Jahren ist in diesem Sinne nicht mir unter den Historikern der DDR eine intensive Diskussion über die widerspruchsvolle Politik des deutschen Imperialismus im Gange, die sich hauptsächlich – und sicher keineswegs zufällig – um die beiden Themenkomplexe erster Weltkrieg und Faschismus bewegt. (Leider konnten beide Komplexe bisher kaum miteinander verbunden werden, obwohl gerade dadurch die Kontinuität imperialistischer Aggressivität nachgewiesen werden kann.[6]

---

3 Wenn man von Erzbergers Begründung der Friedensresolution absieht, fehlen z. B. eigenständige Dokumente der Zentrumspartei völlig. Angeboten hätte sich u. a. der Erzbergersche „Sammlungsappell“ vom Mai 1914: „Das größte Problem, das der inneren Politik des Reiches zur Lösung gestellt ist, ist die Zertrümmerung der gewaltigen Macht der Sozialdemokratie; hinter dieser Kernfrage des innenpolitischen Lebens stehen alle anderen zurück ... Alle Streitfragen, welche die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit heute trennen, sind von ganz untergeordneter Bedeutung gegenüber dem, was bei weiterem Erstarken der Sozialdemokratie auf dem Spiele steht ... Die Zeit der Träumer und Ideologen, welche die Sozialdemokratie durch liberalen Sauerteig und praktische Gegenwartsarbeit heilen wollten, ist vorüber; die Sozialdemokratie gibt keines ihrer Ziele auf, auch wenn die Volkspartei noch so viele Kompromisse mit ihr abschließt; sie ebnet hierdurch nur ihren Zielen den Weg ... Die bürgerlichen Parteien nützen die Fehler und die Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie nicht genügend aus; sie handeln nicht nach dem alten Satz: Wo steht der Feind?, sondern sie fragen zuviel nach den einzelnen kleineren Gegnern im bürgerlichen Lager selbst; gibt es doch noch Kreise, die einen ‚waschechten Schwarzen‘ für viel gefährlicher halten als den ‚radikalsten Roten‘. Der bürgerliche Gemeinsinn ist noch nicht so erstarkt, daß er ohne Parteibrille und Parteischeuklappen sehen kann. Kein allgemeines bürgerliches Sammelsurium soll entstehen; jede Partei soll unerschütterlich fest auf ihrem Programm stehen, aber die rechte Aufgabe der praktischen Tagespolitik muß doch für alle heißen: schärfster Kampf gegen die Sozialdemokratie!“ M. Erzberger, Das große Problem, in: Der Tag, 13.5.1914 (Morgenblatt).

4 Die ausgewählten Dokumente, die die konzeptionellen Auffassungen der monopolisierten Großbourgeoisie verdeutlichen sollen, sind in starkem Maße auf den Zentralverband Deutscher Industrieller und seinen Generalsekretär Bueck konzentriert (vgl. Dok. 1, 7, 16, 18, 23, 33, 38, 54), dagegen sind die häufig noch direkter antigewerkschaftlichen Planungen der zentralen Arbeitgeberverbände unberücksichtigt geblieben. Vgl. z. B. die Arbeiten des Chefredakteurs der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ , W. G. H. Frhr. von Reiswitz, so z. B. Ca’canny (Nur immer hübsch langsam). Ein Kapitel aus der modernen Gewerkschaftspolitik, Berlin 1902.

5 W. I. Lenin, Politische Agitation und „Klassenstandpunkt“, in: Werke, Bd. 5, S. 348.

6 Vgl. Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. und eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975.

Auch nach den anregenden Arbeiten von Kuczynski, Grossweiler, Ruge, Eichholtz u. a. blieben Fragen offen, die für die konkrete Erforschung und Darstellung der Geschichte des deutschen Imperialismus insgesamt wie auch in einzelnen Perioden von großer Bedeutung sind. Solche Fragen betreffen vor allem die mannigfaltigen Formen der Kombination der „zwei Systeme des Regierens“[7] und die vielschichtigen Ursachen jedes Wechsels zwischen den verschiedenen Kombinationen beider Grundmethoden. Sie betreffen ferner den unlöslichen Zusammenhang von innen- und außenpolitischer Strategie und Taktik der gesamten Monopolbourgeoisie bzw. der einzelnen Gruppen der herrschenden Klasse, das bislang nur in Ansätzen erfaßte Problem der „Arbeitsteilung“ zwischen den die unterschiedlichen Herrschaftsmethoden repräsentierenden Kräften, den Funktionsmechanismus zwischen Staat und Monopolkapital bei der Realisierung ihrer politischen Macht sowie viele weitere Fragen.

Dankenswerterweise hat sich W. Gutsche in der von ihm verfaßten Einleitung nicht auf die Erläuterung von Anliegen und Auswahlprinzipien der Publikation beschränkt. Seine Darlegungen gehen darüber hinaus. Sie gelten sowohl der „imperialistischen Herrschaftsmethodik im allgemeinen“ als auch der „des deutschen Imperialismus im besonderen“ (S. 9-39). Sie werden sicher dazu beitragen, die Diskussionen über einige der offenen Fragen weiterzuführen, vor allem durch die Unterscheidung von zwei Ebenen in der Strategie und Taktik der herrschenden Klasse: die „Ebene der längerfristig wirksamen strategischen Grundtendenz der gesamten Herrschaftsmethodik des Staates, die durch langfristige Prozesse des Klassenkampfes, durch grundlegende, qualitative Verschiebung im politischen Kräfteverhältnis der Klassen und in der internationalen Arena bedingt wird“ sowie die „Ebene der kürzerfristig wechselnden stärkeren Bevorzugung der einen oder der anderen Methode innerhalb dieser längerfristigen Grundtendenz, der taktischen Herrschaftsmethodik, die sich aus kürzerfristigen Veränderungen quantitativer Art im Klassenkampf und im internationalen Rahmen ergibt“. (S. 15)

Manche der Überlegungen wünschte man sich ausführlicher und noch stärker mit den entsprechenden Dokumenten verbunden, so beispielsweise die zur „Äquilibristik“ des Staatsapparates in der wilhelminischen Zeit (S. 27 f.) und die zur Handhabung beider Grundmethoden durch ein und dieselbe Person (Dok. 6, 30).[8] Gut belegt wird die Tatsache, daß in der Innenpolitik des imperialistischen Deutschlands keine der beiden Methoden ein entscheidendes Übergewicht erreichen konnte und Situationen entstanden, „die zeitweilig einem Patt“ ähnelten (S. 24). Dies stärkte keinesfalls eine „Politik der Mitte“, wie einige bürgerliche Historiker behaupten, sondern die Tendenz zur Reaktion. Nach G.s Meinung entstand in Deutschland „eine Herrschaftsmethodik, die weder voll mit der Konzeption der einen noch mit jener der anderen Strömung der herrschenden Klassen identisch war, vielmehr eine Diagonale zwischen beiden Konzeptionen darstellte, die langfristig mehr zur konservativ-imperialistischen Machtausübung, im kürzerfristigen Zickzackkurs der Herrschaftsmethodik jedoch dabei zunehmend stärker zur Anwendung liberalisierender Methoden neigte“ (S. 26).

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 99, Heft 7/8 – Juli/August 1978, Spalte 528-532.

7 W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Werke, Bd 16, S. 356.

8 Ohne die letztgenannte Möglichkeit auszuschließen, bleibt es doch fraglich – solange eine marxistische Studie der sogenannten „Ära Posadowsky“ aussteht –, ob der Staatssekretär des Reichsamts des Innern dafür das geeignete Beispiel ist. Zumindest wäre dann eine Auseinandersetzung mit der bürgerlichen These erforderlich gewesen, daß die Reichstagsdebatte über die „Zuchthausvorlage“ bei Posadowsky „zum Umdenken in der sozialen Frage geführt“ habe. Winfried Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1890-1914), Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1972, S. 197.

Rezension

Gerhard Botz, *Gewalt in der Politik.* Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934. München: Fink 1976. 358 S., 4 Graphiken, 9 Tab., 18 Abb. auf Taf. gr. 8° DM 36,00.

Ausgehend von der Frage, wie es zu den „beiden Bürgerkriegen" (S. 10) des Jahres 1934 in Österreich kommen konnte, behandelt G. *Botz* in der Form von chronologisch angelegten Fallstudien die Gewaltanwendung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte in der Zeit der „österreichischen Revolution" (1918-1920), in der Periode „relativer Stabilität" (1921-1927) und in den Jahren der „latenten Bürgerkriege" (1928-1933). Diese außerordentlich materialreichen, aus den vorhandenen Quellen erarbeiteten Kapitel I bis III bilden den Kern des Buches. Besonders herausgestellt werden solche, auch international bekannten Ereignisse wie die Auseinandersetzung am Gründonnerstag, dem 17. April 1919, der Brand des Wiener Justizpalastes am 15. Juni 1927, der Zusammenstoß von Gruppen der austrofaschistischen Heimwehr und des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes in St. Lorenzen am 18. August 1929, der Heimwehr-„Marsch auf Wien" vom 13. September 1931, die nationalsozialistische Terrorwelle im Juni 1933. Die Februar-Ereignisse des Jahres 1934 werden nur angedeutet, wobei sich der Verf. der These von Rudolf Neck anschließt, daß die willkürlichen Aktionen gegen die Arbeiterschaft „darauf angelegt (waren), den Ausbruch des Bürgerkrieges zu erzwingen, um so Arbeiterbewegung und Demokratie vollkommen zu vernichten" (S. 227).

Zur Darstellung dieser und vieler anderer Ereignisse verwendet B. ein reichhaltiges archivalisches Material staatlicher Provenienz, aus Tageszeitungen und Gerichtsakten, die insbesondere detaillierte Untersuchungen über die soziale Struktur der Wehrverbände und der nationalsozialistischen Organisationen sowie über die auf dem rechten Auge blinde „politische Tendenzjustiz" (S. 249) gegen progressive Kräfte ermöglichten.

Er gelangt zu der abschließenden Einschätzung, daß die Auseinandersetzungen und Gewalttaten in den Jahren 1918-1920 im Zeichen des Antikommunismus, die der Jahre 1921 bis 1931 im Zeichen des Antimarxismus und die von 1932/33 in dem des Antinazismus gestanden haben (S. 258).

Die ersten drei Kapitel werden durch eine Chronik (S. 259-280) und durch einen informativen Dokumentenanhang (S. 292-346) ergänzt, ebenso durch elf Tabellen, vier graphische Darstellungen und einige Bilddokumente. Die knappe Einleitung bietet einen Überblick über neuere Konflikttheorien der bürgerlichen Soziologie, Politologie und Psychologie (Karl Mannheim, Hannah Arendt, Dieter Senghaas, Johan Galtung, Wolf-Dieter Narr, Klaus Horn u. a.). Die marxistisch-leninistische Auffassung von der Rolle der Gewalt in der Geschichte findet eine sachliche Erwähnung, aber keine Behandlung. Hauptsächlich geht es dem Verf. darum, Gewalttaten historisch-deskriptiv „zu registrieren" und auf gesellschaftliche „Ursachenzusammenhänge aufmerksam zu machen" (S. 19). Für seine Untersuchung betrachtet B. als Hauptformen politischer Gewaltaktionen: 1. Putsche und putschartige Kämpfe um die Macht, 2. spontane und örtliche Unruhen, 3. Zusammenstöße organisierter politischer und militärähnlicher Gruppen, 4. individuelle Aktionen, d. h. Attentate, Fememorde und Überfälle (S. 19 f.). Die Grenzen zwischen Gewalt und Terror werden lediglich angedeutet.

Unter Gewalt, die ein „Kernproblem der Geschichte" verkörpert, versteht B. im allgemeinen Sinne eine Form, in „der sich sozialer Konflikt manifestiert", und eine sich „in der Sphäre des Körperhaft-Greifbaren ... abspielende Handlung, durch die sich Menschen physischen Schaden – im Extremfall bis zur Tötung – zufügen" (S. 13). Gewalt wird von ihm auf die „gesellschaftliche Ungleichheit" (S. 20) zurückgeführt, ohne zu erkennen, daß die Gewalt unvermeidlich mit der Herausbildung und Entwicklung der Klassenantagonismen verbunden ist und daher ihr jeweiliger Charakter durch die gesellschaftliche und geschichtliche Stellung derjenigen Klasse bestimmt wird, in deren Interesse sie Anwendung findet. Der Verf. macht keinen Unterschied zwischen revolutionärer und reaktionärer Rolle der Gewalt. Seine theoretische Sicht ist in gewisser Weise abstrakt-funktionalistisch, verbunden mit einer Tendenz zur Psychologisierung der Geschichte.

Obwohl die antifaschistische Grundposition des Verfs. unverkennbar Ziel und Gang der Darstellung bestimmt, gelangt er zu einer letztlich moralisierenden Verdammung der Gewalt schlechthin, zu

einem „pazifistisch-demokratischen“ (S. 12) Modell im Rahmen der sogenannten Konflikttheorie: Sein Anliegen ist die Vertiefung und Verbreitung der Einsicht, „daß der politischen Gewaltanwendung und der Gewaltsamkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wiederum durch Gewalt begegnet werden kann, daß gesellschaftliche Gegensätze im allgemeinen und politische Konflikte im besonderen eindimensional weder zugespitzt noch unterdrückt, sondern nur in der weitgehenden Einschränkung der Gewaltsamkeit, und insofern geregelt, ausgetragen und zur Geltung gebracht werden können, damit sich das zu Vermeidende durch die Hintertür nicht wieder einschleicht.“ (S. 12) Im Grunde läßt das von B. aufbereitete Material ganz andere Schlußfolgerungen zu, von denen einige in Kap. IV (S. 228-258) unter dem Titel „Bilanz der Gewaltanwendung“ deutlich werden. Vor allem hier verwendet er interessante Fragestellungen und fruchtbare sozialstatistische Methoden. Allein aus dem quantitativen Vergleich zwischen den Opfern politischer Auseinandersetzung auf der Seite der reaktionären Kräfte und auf der der Linken ist abzuleiten, „mit welch inadäquaten Mitteln die meist bürgerlich, in Wien jedoch auch sozialdemokratisch kontrollierte Exekutive zuschlug, wo zu Recht oder Unrecht sozialrevolutionäre Tendenzen vermutet wurden“ (S. 230). Bedeutsam sind auch die festgestellten Korrelationen zwischen der Zahl von Toten und Verletzten einerseits und jener „der mobilisierten Menschenmengen“ (S. 252), der Heftigkeit der bewaffnet ausgetragenen Konflikte und des Grades der Arbeitslosigkeit andererseits. Recht lakonisch vermerkt der Verf. schließlich, daß im damaligen Österreich „tatsächlich der antagonistische Klassenkonflikt Arbeiterklasse-Bürgertum, wie von marxistischen Theoretikern angenommen, die dominierende Erscheinung war“ (S. 234).

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 99, Heft 10/11 – Oktober/November 1978, Spalte 749-750.

Zu einigen Ergebnissen, Problemen und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Faschismusanalyse[1]

Der Kampf gegen die Reaktion, gegen Konservatismus und Faschismus ist ein dringliches Gebot unserer Zeit. Dieses ergibt sich vor allem aus der Realität der Gefahr extrem reaktionärer Bedrohung des Weltfriedens und des Entspannungsprozesses. Heute ist die Tatsache zu verzeichnen, daß sich – wie Erich Honecker wiederholt betont hat – die Gegner der internationalen Entspannung „immer offener mit faschistischen und extremen Kräften verschiedener Couleur" verbünden und versuchen, „durch die Ausschaltung der Kommunisten und schließlich aller progressiven Kräfte diktatorische Regimes zu schaffen, die ihnen ermöglichen sollen, ihre gegen Frieden und Fortschritt gerichtete Politik zu verwirklichen".[2] Das Gebot des antifaschistischen Kampfes ergibt sich darüber hinaus auch aus den geschichtlichen Erfahrungen, die viele Völker insbesondere mit der faschistischen Barbarei des deutschen Imperialismus während des zweiten Weltkrieges machen mußten. Daher gilt es, „alles zu tun, um den Geist des Antifaschismus n den Völkern Europas wachzuhalten und die Entlarvung von autoritären, neofaschistischen und neonazistischen Herrschaftsmethoden in den Ländern des Kapitals zu verstärken".[3]

Im Sinne dieser Forderung haben sich marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaftler unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik in den letzten Jahren verstärkt mit der Analyse von Geschichte und Wesen des Faschismus sowie mit dessen Erscheinungsform, Aktivitäten und politischer Organisiertheit befaßt. Die positiven Ergebnisse sind unübersehbar und bereits in vielfältiger Weise bilanziert worden.[4] Ohne hier auch nur im mindesten auf Vollständigkeit achten zu können, sei lediglich an die ersten beiden Bände von „Deutschland im zweiten Weltkrieg"[5] und an die Vielzahl hervorragender Dokumentenbände verwiesen.[6] Zahlreiche Lehrbücher[7], Monographien[8] und Beiträge zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung[9] finden große Verbreitung und Anerkennung. Angesichts der deutlichen Entwicklung nach rechts, die gegenwärtig in

---

1 Überarbeitete Fassung einer Diskussionsgrundlage für die Beratung zum Thema „Ergebnisse und Erfordernisse der Auseinandersetzung mit extrem reaktionären Richtungen der gegenwärtigen imperialistischen Politik und Ideologie", die am 10. März 1978 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführt wurde.

2 Telegramm Erich Honeckers an IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer, in: Neues Deutschland, Berlin, 13.4.1978.

3 Hannes Hörnig, Die Stärke der Gemeinsamkeit in der ideologischen Arbeit. Zu den Ergebnissen der Budapester Beratung, in: Einheit, Berlin 1978, H. 5, S. 463.

4 Vgl. Kurt Gossweiler, Stand und Probleme der Faschismusforschung in der DDR, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg" 1976, H. 1, S. 4 ff.

5 Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin 1974. Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Berlin 1975, Bd. 3 und 4 erscheinen demnächst.

6 Vgl. z. B. Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. Hrsg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Hrsg. und eingel. von Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin 1972; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg. Hrsg. und eingel. von Wolfgang Schumann, Berlin 1973; Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. und eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975; Dokumente zur deutschen Geschichte. Hrsg. von Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann (8 Hefte für die Perioden 1917-1919, 1919-1923, 1924-1929, 1929-1933, 1933-1935, 1936-1939, 1939-1942 und 1942-1945, Berlin 1975, 1976 und 1977).

7 Vgl. Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933 (Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik), Berlin 1967; Erich Paterna u. a., Deutschland von 1933 bis 1939 (Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges), Berlin 1969; Wolfgang Bleyer u. a., Deutschland von 1939 bis 1945 (Deutschland während des zweiten Weltkrieges), Berlin 1969.

8 Vgl. z. B. Gerhard Förster u. a., Forschungen zur deutschen Geschichte 1933–1945, in: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970, Berlin 1970, S. 552–589.

9 Vgl. Gerhard Lozek, Faschismus, in: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD. Hrsg. von Gerhard Lozek u. a., Berlin, 3. Aufl. 1977, S. 334 bis 347.

einer Reihe imperialistischer Länder festzustellen ist, nahmen Historiker und andere Gesellschaftswissenschaftler auch zu den Möglichkeiten und Gefahren des Neofaschismus Stellung.[10]

Als grundsätzlich geklärt können solche Fragen wie die nach dem Klassencharakter und dem Wesen, aber auch nach den Erscheinungsformen und Merkmalen des Faschismus betrachtet werden. Dazu gehört auch der Zusammenhang zwischen der 1917 mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleiteten Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einerseits und der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem Faschismus andererseits. Die zentrale und entscheidende Frage aller Faschismusforschung – die nach dem Klassencharakter des Faschismus, nach dem cui bono – ist in der Regel am Beispiel des Faschismus an der Macht beantwortet worden. Sie ist jedoch notwendigerweise ebenso für die Zeit der Entstehung des Faschismus zu stellen. Auch am Beispiel der Herausbildung und Formierung faschistischer Gruppen, Bewegungen und Parteien läßt sich erkennen, daß der Faschismus eine Ausgeburt des imperialistischen Dranges „nach Gewalt und Reaktion" ist.[11] Er stellt seit dem Beginn unserer Epoche eine aggressive Antwort des Monopolkapitals auf den mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution einsetzenden Prozeß der demokratischen Erneuerung und der sozialistischen Umgestaltung der Welt dar, er ist der gefährlichste Feind aller revolutionären und progressiven Kräfte. Es konnte nachgewiesen werden, daß die Monopolbourgeoisie jene Kraft ist, die unter bestimmten Bedingungen den Faschismus ins Leben ruft, ihn heranzüchtet und aufpäppelt, kurz: sich seiner bedient, um die revolutionäre Arbeiterbewegung zu vernichten und das System von imperialistischer Macht und Profit zu sichern. Der Imperialismus bedarf des Faschismus zur Verwirklichung seiner arbeiter- und volksfeindlichen Strategie und Taktik. Er bringt ihn gesetzmäßig hervor.[12]

Insbesondere konnte durch die Faschismusforschung auch geklärt werden – und dies ist für den gegenwärtigen antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf von großer Bedeutung –, daß die den Faschismus hervorbringenden, fördernden und ihn auch hemmenden Faktoren insgesamt ein komplexes, kompliziertes und vielschichtiges Geflecht von gesellschaftlichen Bedingungen, Widersprüchen und Bedürfnissen der herrschenden Klasse bilden. Obwohl dieses Geflecht eine in sich geschlossene dialektische Einheit bildet, ist zunächst die Frage nach den primär wirkenden Faktoren – also den gesellschaftlichen Verhältnissen, die Voraussetzung und Bedingung für die Entstehung und Entwicklung des Faschismus boten – gestellt und beantwortet worden, ohne die sekundär, tertiär usw. wirkenden Aspekte zu vernachlässigen.

Niemand bestreitet mehr ernsthaft die Zugehörigkeit des Phänomens Faschismus zu unserer Epoche und seine Entstehung nach dem Ende des ersten Weltkrieges. Jedoch versuchen bürgerliche Historiker immer wieder, gerade die Genesis des Faschismus zu verfälschen, sie von den gesellschaftlichen Verhältnissen loszulösen und die marxistisch-leninistische Faschismustheorie insbesondere mit Hilfe der plumpen Aussage, bei der Gründung der faschistischen Parteien habe kein Angehöriger der Monopolbourgeoisie mitgewirkt[13], aber auch mit Hilfe vieler anderer und oft nicht auf den ersten Blick durchschaubarer Interpretationen einzelner geschichtlicher Ereignisse zu widerlegen. Während die Kommunisten in ihrer Analyse des Faschismus immer eindeutig zwischen den wirklichen Zielen dieser Bewegung und deren demagogischen Losungen unterschieden haben, bemühten und bemühen

---

10 Vgl. Kurt Gossweiler, Faschismus und antifaschistischer Kampf. Mit einem Aufsatz von Horst Stuckmann: Rechtsentwicklung und Neofaschismus in der BRD, Frankfurt a. M. 1978. Antifaschistische Arbeitshefte/Texte zur Demokratisierung, H. 19; Manfred Weißbecker, Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus, in: IPW-Berichte, Berlin, 1975, H. 8, S. 36 ff.; Dietrich Gayko, Das Anwachsen des Neonazismus – Ausdruck gefährlicher Rechtstendenzen in der BRD, in: Ebenda, 1978, H. 1, 5. 48 ff.; Hans Pirsch u. a., Monopolherrschaft und Neonazismus in Westdeutschland, Berlin 1969.

11 W. L. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 273.

12 Im Unterschied dazu ist die Errichtung einer faschistischen Diktatur nicht gesetzmäßig, sondern von den unterschiedlichsten Bedingungen und Faktoren abhängig und insofern vermeidbar.

13 So behauptet z. B. Albrecht Tyrell, es habe *„lediglich Bemühungen* um Einflußnahme" der herrschenden Klasse auf die DAP bzw. NSDAP in den Jahren 1919/20 gegeben. Vgl. Albrecht Tyrell, Vom „Trommler" zum „Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 296.

sich die bürgerlichen Historiker ständig, aus diesen Losungen und Parolen – deren Zweck es war, Teile der werktätigen Massen zu blenden und als Massenbasis extrem reaktionärer Herrschaft des Imperialismus zu gewinnen – den „Klassencharakter" des Faschismus zu bestimmen. In vielfältigen Variationen wird der Faschismus daher als eine originäre, autonome und eigengesetzlich wirkende Bewegung der Mittelschichten bzw. des Kleinbürgertums betrachtet. Sein Erscheinen sei keinesfalls, so erklärte beispielsweise Wolfgang Schieder, die „Kampfansage einer; Klasse gegen eine andere", sondern der Faschismus sei „vielmehr der Ausdruck der Auseinandersetzung, welche die mittleren Schichten vorübergehend gleichzeitig gegen den Kapitalismus und gegen den Sozialismus zu führen sucht".[14] Der Italiener Renzo De Felice sieht ebenfalls im Faschismus lediglich „die ideale Zielstellung und das Wollen eines bestimmten Teils der *aufsteigenden* Mittelschichten ..., die versuchen, Politik in eigener Person zu machen".[15]

In der Regel dienen alle diese Thesen zur „Erhärtung" der bürgerlichen Kritik an der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie und des Vorwurfs, diese sei rein „ökonomistisch" und eine dogmatische „Agententheorie". Sie unterstellen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft eine angebliche Vernachlässigung bzw. sogar eine völlige Unterschätzung der Einheit und Wechselwirkung von Ökonomie, Politik und Ideologie im Geschichtsprozeß. Es liegt auf der Hand, daß mit solchen Thesen die historische Verantwortung des Imperialismus, die skrupellose Demokratie- und Menschenfeindlichkeit der Monopolbourgeoisie geleugnet oder zumindest bagatellisiert werden sollen. Mit solchen Thesen soll die logische Schlußfolgerung der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie entkräftet werden, die da lautet: Selbst die Gefahr der Entstehung des Faschismus geht von der Herrschaft des Finanzkapitals aus und die beste antifaschistische Politik ist eine Politik zur Sammlung aller revolutionären und progressiven Kräfte zur Zurückdrängung der Macht der Monopole, zum konsequenten Kampf gegen jede Form der Rechtsentwicklung.

Wie stand es konkret, als der Geschützdonner der „Aurora" verhallt und der erste Weltkrieg zu Ende gegangen war, um die gesellschaftlichen Verhältnisse, um die Voraussetzungen und Bedingungen für die Entstehung des Faschismus? Dieser Frage soll im folgenden mit einigen wenigen, ausgewählten Überlegungen nachgegangen werden, um an ihrem Beispiel Probleme unserer Auseinandersetzung mit dem Faschismus und zugleich auch einige Fragen der Vervollständigung, Erweiterung und Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Faschismus-Theorie behandeln zu können.

Wir wissen, daß sich in den Jahren 1917, 1918 und 1919 nichts am Wesen des Kapitalismus als sozialökonomischer Gesellschaftsformation veränderte. Der Übergang zum Imperialismus hatte sich schon Jahrzehnte zuvor vollzogen. Nach wie vor existierte der Antagonismus zwischen den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaftsformation, der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Daher läßt sich die Entstehung des Faschismus nicht allein mit der verabsolutierenden Formel „Kapitalismus führt zum Faschismus" erklären. Auszugehen ist vielmehr von der konkreten historischen Situation des Imperialismus am Beginn unserer Epoche bzw. nach dem Ende des ersten Weltkrieges. Auszugehen ist von den unmittelbaren Veränderungen, die sich in den gesellschaftlichen Verhältnissen und in den Bedürfnissen der herrschenden Klasse vollzogen hatten:

Der imperialistische erste Weltkrieg und die Welle der Revolution, die mit der und nach der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Macht des Imperialismus erschütterte, markierten den Beginn und die volle Entfaltung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Insbesondere der Krieg hatte den tiefen Antagonismus zwischen den Interessen der Herrschenden und der Beherrschten, zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten deutlich zutagetreten lassen; die sozialistische Revolution der russischen Arbeiter und Bauern zerschlug diesen Antagonismus gleich einem gordischen Knoten und wies damit den Weg, wie die revolutionäre Arbeiterbewegung auch in anderen Ländern erfolgreich die Machtfrage im Interesse der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung lösen konnte. Die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaftsforma-

---

14 Wolfgang Schieder, Faschismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. II, Freiburg/Basel/Wien 1968, Sp. 441.

15 Renzo De Felice, Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Ledeen. Mit einem Nachwort von Jens Petersen, Stuttgart 1977, S. 35.

tion standen sich außerdem nicht mehr wie bisher allein in nationalstaatlichem Rahmen gegenüber, sondern auch in Gestalt von Weltsystemen. Vor allem durch diese – hier nur thesenartig angedeuteten – Veränderungen nahmen die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine neue Qualität an. Zum Hautwiderspruch entwickelte sich der zwischen Sozialismus und Imperialismus, während andere Widersprüche – z. B. die zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern, zwischen den Siegern und den Besiegten im ersten Weltkrieg – den Charakter von Nebenwidersprüchen annahmen. Seit 1917/18 bildete sich eine im Laufe dem Jahre immer enger werdende Verknüpfung des unmittelbaren, nach innen oder/und außen gerichteten Profitstrebens mit der Einschätzung dem Perspektiven des Klassenkampfes und der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus heraus. Haupt- und Nebenwidersprüche existierten jedoch in einem dialektischen Spannungsverhältnis nebeneinander und sie überlappten sich fast ständig. Mitunter dominierten die letzteren sogar, wie sich vor allem in der Tatsache zeigt, daß der zweite Weltkrieg als imperialistischer Krieg und nicht als ein Krieg zwischen den imperialistischen Ländern und der Sowjetunion entfesselt wurde.

Die Gleichzeitigkeit von Hauptwiderspruch und Nebenwidersprüchen bedeutete im subjektiven Verständnis der Monopolbourgeoisie durchaus keine Gleichrangigkeit. Man wußte sehr wohl einzuschätzen, wie der Kampf um die Aufrechterhaltung der imperialistischen Macht und der Kampf um den Maximalprofit zusammenhängen und welche Ziele den jeweiligen Bedingungen entsprechend lang- und kurzfristig erreichbar sind. Einzelne Angehörige der herrschenden Klasse haben sich im Jahre 1918 sehr freimütig dazu geäußert. So schrieb z. B. Eduard von Eichborn, Mitinhaber des der Dresdener Bank nahestehenden Bankhauses Eichborn & Co sowie Vorsitzender der Freikonservativen Partei in Schlesien, am 2. Januar 1918 in einem Brief: „In der äußeren Krise, in der wir uns infolge des Weltkrieges befinden, können wir es auf innere Konflikte nicht ankommen lassen; denn kommt es zu inneren Konflikten, so ist die glückliche Beendigung des Weltkrieges aufs Äußerste in Frage gestellt. Von den zwei Übeln (!, M. W.), völlige Radikalisierung unserer inneren Politik[16] oder völlige Ausschaltung des deutschen Volkes (!, M. W.) von der Beteiligung am Weltmarkt und an der Weltpolitik im Falle eines unglücklichen Kriegsausganges scheint das erstere Übel das kleinere zu sein, *zumal auch hier seinerzeit wieder eine* Reaktion einsetzen wird.“[17] Innenpolitische Zugeständnisse sollten also faktisch – allerdings nur zeitweilig – gewährt werden, um in dieser Situation das nach außen gerichtete Profitstreben nicht zu gefährden. Etwas drastischer formulierte der Industrielle Robert Bosch die Notwendigkeit sozialer und politischer Zugeständnisse, und zwar in einem Brief vom 24. Oktober 1918, den er an den Vorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei, Conrad Haußmann, richtete: Nur das „Öffnen großer weiter Sicherheitsventile (kann) uns vor einer Katastrophe bewahren ... je weiter wir nach links gehen, desto eher werden wir Eindruck machen, und eine Katastrophe ablenken können ... Wenn das Haus brennt, löscht man auch schließlich mit Jauche, auf die Gefahr hin, daß es nachher in dem Hause *eine Weile* nachstinkt“.[18]

Die genannten Anhänger der abenteuerlich-militaristischen und der wendig-parlamentarischen Strömung in der deutschen Monopolbourgeoisie[19] waren sich also darin einig, daß angesichts der revolutionären Situation und der Kriegslage alles – selbst Übles und Stinkendes – getan werden müßte, um die Herrschaft des Imperialismus zu retten, wobei alle sozialen und politischen Zugeständnisse an die Arbeiterklasse lediglich als zeitweilig angesehen wurden. Wolfgang Ruge gab einem seiner Bücher mit vollem Recht den Titel „Weimar – Republik auf Zeit“![20]

---

16 Damit war der Übergang zu bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Herrschaftsmethoden im kaiserlich-imperialistischen Deutschland gemeint.

17 Archiwum Państwowe Wrocław, Dom Bankowy Eichhorn i Co, Nr. 3277, unpag. (Brief an Willy Baron von Koppy. Hervorhebung durch den Vf., M. W.; Eine ähnliche Formulierung findet sich bei Gustav Mayer: Erinnerungen, Zürich 1949, S. 304.

18 Zit. in: Joachim Petzold, Die Absetzung Wilhelms II., in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin 1967, H. 3, S. 301. Hervorhebung durch den Vf., M. W.

19 Vgl. dazu Wolfgang Ruge, Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, 1963, H. 6, S. 1090.

20 Wolfgang Ruge, Weimar – Republik auf Zeit, Berlin 1969.

Neu für die gesellschaftlichen Verhältnisse waren außerdem die enorme Politisierung der werktätigen Massen, deren wachsende Rolle im Klassenkampf und die neue Qualität ihrer politischen Führung durch die in vielen Ländern entstehenden Kommunistischen Parteien. Die Politisierung der Massen – ein Ausdruck der wachsenden Rolle der Volksmassen in der Geschichte und damit einer objektiven Gesetzmäßigkeit des weltgeschichtlichen Prozesses[21] – trat vielgestaltig in Erscheinung. In Deutschland bildete beispielsweise die Novemberrevolution die größte Massenaktion, die die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes bis dahin kannte. Sie erreichte viel, vor allem eine Veränderung in der Staatsform, aber keinen grundlegenden Wandel der Machtverhältnisse. Ein nicht unwesentliches Ergebnis der Novemberrevolution bestand darin, daß alle Klassenkräfte in diesen Auseinandersetzungen, im Ringen zwischen Revolution und Konterrevolution die Erfahrung machen konnten, wie es unter bestimmten Bedingungen möglich ist, zu siegen oder zu verlieren, den historischen Fortschritt durchzusetzen oder ihn – zumindest zeitweilig – aufzuhalten.

Auch die herrschende Klasse hatte sich am Beginn unserer Epoche neue Kenntnisse und Erkenntnisse über ihren möglichen sozialen und politischen „Manöverspielraum" angeeignet, ebenso über die Möglichkeiten und Erfordernisse des Ausbaus ihrer politischen Organisiertheit und nicht zuletzt über die Notwendigkeit einer flexiblen Kombination ihrer unterschiedlichsten Herrschaftsformen. Die Monopolbourgeoisie brauchte, suchte und fand neue Formen ihrer politischen Organisiertheit und – darin eingeschlossen – ihrer politischen Machtinstrumente. Sie suchte nicht zuletzt nach neuen Formen ihres Verhältnisses zu den werktätigen Massen, insbesondere zur Arbeiterklasse. Sie begann, den Staatsapparat auszubauen und ihre exekutiven Machtorgane zu verstärken; sie sorgte für eine wachsende Militarisierung – dazu gehörte auch die Übertragung militaristischer Prinzipien auf einige Formen der politischen Organisiertheit im gesellschaftlich-zivilen Leben[22] –, und sie bemühte sich um den systematischen Einsatz aller modernen technischen Mittel für die ideologische Manipulierung der werktätigen Massen. Letzteres läßt sich gut an einem mehr oder weniger bekannten Beispiel belegen: Alfred Hugenberg, ein alldeutscher Anhänger der Expansions- und Annexionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, sprach schon 1914 als Befürchtung aus: „Die Arbeiter, die aus dem Krieg zurückkommen, werden mit großen Ansprüchen an die Arbeitgeber herantreten, weil der Wandel gewisser Arbeiterkreise[23] in bezug auf ihre nationalen Anschauungen (Unterstützung der Kriegsanstrengungen) noch keineswegs die sozialen Gegensätze beseitigt hat."[24] Als Lösung dachte er zunächst in den ersten Kriegsjahren an eine weitherzige Lohnpolitik im Ergebnis – wie er es vornehm formulierte – eines großen Zuwachses an „Gebiet und wirtschaftlicher Kraft".[25] Es ist sicher kein Zufall, daß Hugenberg – als dafür durch die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus im ersten Weltkrieg keine Voraussetzungen mehr vorhanden waren – ein großes Medienmonopol aufbaute, das in großem Maße an der chauvinistischen, antikommunistischen und profaschistischen Beeinflussung breiter Kreise der Bevölkerung mitwirkte und so die Errichtung der faschistischen Diktatur vorbereiten half.

Eine weitere wesentliche Veränderung in den gesellschaftlichen Verhältnissen vollzog sich durch die nicht zufällig im ersten Weltkrieg beginnende bzw. sich verstärkende Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Diese war Ausdruck und Folge der Entwicklung des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sie gab der herrschenden Klasse aber zugleich neue und potenzierte Möglichkeiten zur Verschleierung der tatsächlichen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, aber auch zur Anwendung von Mitteln der staatlichen und der gesellschaftlichen Gewalt, des ökonomischen und des außerökonomischen Zwanges gegen die werktätigen Massen in die Hand. Aus den staatsmonopolistischen Maßnahmen, die von den deutschen Monopolherren nach 1918 zur Restauration ihrer

---

21 Vgl. Georgi Bojadźiev, Die wachsende Rolle der Volksmassen – eine objektive gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit des weltgeschichtlichen Prozesses, in: Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis. Hrsg. von Ernst Engelberg und Wolfgang Küttler, Berlin 1977, S. 121 ff.

22 Das zeigte sich sowohl im Auf- und Ausbau paramilitärischer Verbände, als auch in der Anwendung des sogenannten Führer-Gefolgschafts-Prinzips durch einige Parteiführungen gegenüber den Mitgliedern ihrer Parteien.

23 Gemeint waren die rechten sozialdemokratischen Führer und ihre Anhänger in der deutschen Arbeiterbewegung, die die Kriegskredite bewilligten und Burgfriedenspolitik betrieben.

24 Zit. in: Georg Honigmann, Kapitalverbrechen oder der Fall des Geheimrats Hugenberg, Berlin 1976, S. 103.

25 Ebenda.

durch die Kriegsniederlage und die Revolution erschütterten ökonomischen und politischen Macht sowie zur Überwindung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und Beseitigung des Sozialismus getroffen wurden, resultierten direkt wie auch indirekt die Tendenzen zur Rechtsentwicklung, zu deren extremer Form, der Faschisierung, und zur Formierung einer Vielzahl extrem reaktionärer, revanchistisch-chauvinistischer und antikommunistisch-militaristischer Organisationen. Diese sollten der herrschenden Klasse, deren soziale Basis seit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus immer enger wurde, eine Massenbasis schaffen, denn: Im Prozeß der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus waren die Gewinnung, Erhaltung und Festigung eines stabilen Einflusses auf größere Teile der Arbeiterklasse und andere Schichten des werktätigen Volkes zu wichtigen *Existenzfragen* aller Teile der Monopolbourgeoisie geworden. Ohne die Lösung dieser Frage konnte der deutsche Imperialismus und Militarismus nicht an eine Verwirklichung seiner strategischen und taktischen Ziele denken. Die neuen Existenzbedingungen ließen die imperialistische Bourgeoisie ein immer umfassenderes, weitreichendes und dem jeweiligen Stand der staatsmonopolistischen Entwicklung adäquates System der reaktionären bürgerlichen Klassenherrschaft und politischer Organisationen entwickeln, mit dessen Hilfe die Arbeiterklasse gespalten, desorientiert und von ihren potentiellen Verbündeten isoliert werden konnte.[26]

Aus den bisher kurz angedeuteten Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, d. h. aus der neuen Situation im Klassenkampf und aus den neuen Existenzbedingungen des Imperialismus erwuchs der Monopolbourgeoisie für ihre Politik gegenüber der Arbeiterklasse ein qualitativ neues und umfassendes, im Grunde doppeltes Bedürfnis.[27] Zum einen wollte sie die Arbeiterbewegung als Hauptträger der zu erwartenden künftigen Revolution präventiv ausschalten und – wenn nicht anders möglich – auch vernichten. Zum anderen aber entsprach es ihrem Interesse, auch ohne größere Zugeständnisse möglichst große Teile der Arbeiterklasse für die eigene Massenbasis zu erobern und in den imperialistischen Machtmechanismus zu integrieren. Dieses doppelte und in sich sehr widersprüchliche Bedürfnis existierte objektiv und wirkte spontan, wobei die Spontaneität nicht mit der angeblichen Autonomie eines Individuums oder einer politischen Organisation verwechselt werden darf, wenn diese dem objektiven Bedürfnis entsprechend handeln. In dem genannten Bedürfnis der herrschenden Klasse und seiner Umsetzung im Geschichtsprozeß verkörpern sich die Einheit und die Wechselwirkung solcher Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wie der Ökonomie, der Politik und der Ideologie. Die keinesfalls deterministisch bzw. ökonomistisch zu deutende Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie beinhaltet mehr als den unmittelbaren, konkreten und empirisch belegbaren Mechanismus der Beziehungen zwischen einzelnen „Ökonomen“ (sprich Industriellen) und einzelnen faschistischen Politikern. Sie kann und darf nicht allein auf die notwendige und keinesfalls überflüssige Frage „Wer wann mit wem?“[28] reduziert werden, wie das beispielsweise bei dem amerikanischen Historiker Henry Ashby Turner jr. der Fall ist, der dies zugleich ganz offen und prononciert mit der Aufgabe verknüpft, die moralische und politische Existenzberechtigung des Kapitalismus nachzuweisen.[29] Das Verhältnis

---

26 Vgl. dazu Manfred Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, Berlin 1975, S. 28 ff.

27 Die folgenden Überlegungen stützen sich auch auf einen Artikel „Faschismus, Kleinbürgertum, Arbeiterklasse“ von Kurt Gossweiler, der 1979 in einem Sammelband „Faschismusforschung. Positionen – Probleme – Polemik“ erscheinen wird. Vgl. dazu auch das demnächst erscheinende Buch des gleichen Autors über die herrschende Klasse Deutschlands und die NSDAP in Bayern 1919-1923.

28 Darauf läuft auch die in Anlehnung an Theodor W. Adorno und Fritz Sternberg formulierte These von der „Autonomie“ der NSDAP hinaus, die Eike Hennig vertritt: Autonomie bringe nach seiner Auffassung zum Ausdruck, „daß Massenhaftigkeit und Engagement des deutschen Faschismus auf sozialstrukturelle und sozialpsychologische Ursachenkomplexe, nicht auf ökonomische, Bestechung mittels industrieller Spenden an die Parteikasse der NSDAP zurückgeführt werden müssen.“ Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht, Frankfurt a. M. 1977, S. 289.

29 Henry Ashby Turner, jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, Auf S. 7 heißt es: „Entspricht die weit verbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen im Osten wie im Westen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht.“ Vgl. auch Heinrich August Winkler, Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus. Göttingen und Zürich 1978.

von Ökonomie, Politik und Ideologie – die die widersprüchliche Einheit verschiedener kausaler Seiten des konkreten historischen Prozesses darstellen – umfaßt die Zusammengehörigkeit von Imperialismus und Faschismus in ihrem ganzen, breiten Umfang, in all ihrer Vielfalt und auch in ihren inneren Gegensätzen. Von diesem methodologischen Grundprinzip des marxistisch-leninistischen Historismus ließ sich die Faschismusforschung ständig leiten, wodurch eine komplexe und den Tatsachen grundsätzlich entsprechende Analyse der Ursachen für die Entstehung und die Entwicklung faschistischer Bewegungen und Parteien möglich wurde.[30]

Das objektive Bedürfnis der herrschenden Klasse in ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse und den werktätigen Massen, von dem hier die Rede ist, war und ist also ein typisches, unvermeidliches Produkt der gesamten neuen Existenzbedingungen der Monopolbourgeoisie in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und in der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Unmittelbar nach 1917 und nach dem ersten Weltkrieg entsprang ihm das Bestreben, neuartige politische Organisationen der herrschenden Klasse zu schaffen. Im Spektrum der vorhandenen bürgerlichen Parteien und Verbände fehlte damals ein Organisationstyp, der fähig gewesen wäre, diesem doppelten Bedürfnis Rechnung zu tragen und es als Einheit zu realisieren. In der Novemberrevolution hatten sich die bürgerlichen Parteien, die bis dahin in der Regel „Offiziere ohne Mannschaften“ darstellten, neu als „demokratische“ und „Volks“-Parteien formiert und den Bedingungen anzupassen versucht; mit der Auflösung der annexionistischen und bewußt im Gegensatz zum bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus stehenden Deutschen Vaterlandspartei[31] war gewissermaßen ganz rechts ein Freiraum im bürgerlichen Parteiwesen entstanden. Es ist Kurt Gossweiler völlig zuzustimmen, wenn er über die NSDAP und ihre Entstehung schreibt: „Die neuartige Organisation entstand mit Notwendigkeit, nachdem die Nachfrage nach ihr sich stark und deutlich auf dem Markte der Politik bemerkbar gemacht hatte. Sie entstand jedoch nicht als fertiges Gebilde, sondern entwickelte sich aus verschiedenen Organisationskeimen, die – oft genug gepflanzt, immer wieder aber gehegt und gepflegt von interessierten Vertretern der herrschenden Klasse – als Antwort auf die nachhaltig spürbar gewordene Nachfrage ins Leben getreten waren.“[32]

Dem gleichermaßen ökonomisch und politisch determinierten Bedürfnis entsprachen auch die Programmatik und weitgehend sogar die Spezifika im Erscheinungsbild der Faschisten. Bereits in ihren Anfängen ließ die NSDAP den geschichtlichen Hintergrund erkennen, den „Schoß“ – um mit Bertolt Brecht zu sprechen –, „aus dem das kroch“. Die Führer der Nazipartei machten sich für ihr Konzept grundlegende strategische und taktische Interessen der herrschenden Klasse des imperialistischen Deutschlands zu eigen. Sie bildeten mit ihrer Partei von Anfang an einen, wenn auch zunächst sehr kleinen, bescheidenen Teil des großen Geflechts bürgerlicher Interessenorganisationen und des Systems bourgeoiser politischer Organisiertheit. Die konkrete Situation des Klassenkampfes, die Lage des im ersten Weltkrieg gescheiterten deutschen Imperialismus und Militarismus, die unterschiedlichen taktischen Varianten der einzelnen Teile der herrschenden Klasse sowie die unermüdlichen Versuche, die Ergebnisse des Krieges und der Novemberrevolution des Jahres 1918 rückgängig zu machen (selbst um den Preis eines neuen Krieges!) – all das bildete den Boden, auf dem sich der Faschismus insgesamt und Organisationen wie die NSDAP formieren konnten. Objektive Bedingungen und eindeutig zu erkennende gesellschaftliche Kräfte forderten und förderten die Entstehung faschistischer Gruppen.

---

30 Das schließt natürlich nicht aus, daß es in der Qualität der marxistisch-leninistischen Arbeiten zur Geschichte des Faschismus erhebliche Unterschiede geben kann. Es charakterisiert Absicht und Methode vieler bürgerlicher Historiker, wenn sie dies nicht berücksichtigen, einzelne Formulierungen herausgreifen, verabsolutieren und ihrem Bild von der „sowjetmarxistischen Faschismustheorie“ zugrundelegen. So schreibt z. B. Wolfgang Schieder: „Dem relativierenden Grundschema, nach dem der Faschismus lediglich als ein Epiphänomen des Kapitalismus erklärt wurde, fügte die kommunistische Theorie nach der Stabilisierung der Herrschaft Hitlers lediglich ein Element neu hinzu, das des Terrors.“ In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, a. a. O., Sp., 458.

31 Vgl. Robert Ullrich, Deutsche Vaterlandspartei, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und andere bürgerliche Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 1, Leipzig 1968, S. 620 ff.

32 Vgl. Anmerkung 27.

In gleicher Weise ist auch grundsätzlich zu erklären, wie sich das faschistische „Führertum“ aus den objektiven Bedürfnissen und Interessen der reaktionärsten Teile der Bourgeoisie ableitet. Die von den Faschisten gewählte spezifische Form politischer Führung und der aufwendige Kult um die „Führer“ (die bürgerliche Historiker gern als allein dem Faschismus immanente Strukturelemente betrachten möchten[33], sind durch mehr als tausend Fäden organisch mit der bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, mit dem Imperialismus und mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus verknüpft.

Hitler begann seine „Karriere“ in der Reichswehr, nachdem er sich bis dahin recht und schlecht durch die ersten 30 Jahre seines unsteten Lebens geschlagen hatte und in keiner Weise politisch tätig geworden war. Seine Entwicklung als kleinbürgerlich-lumpenproletarischer Bohemien, als ein von beständiger Unrast getriebener Nichtstuer und kriegsfreiwilliger Soldat kannte bis dahin nichts außer Belanglosem und Durchschnittlichkeit, obwohl ihm häufig Intelligenz und Beredsamkeit bescheinigt worden waren. Erst als das neue, objektive Bedürfnis der herrschenden Klasse nach nationalistischer und konterrevolutionärer „Aufklärung“ zu dominieren begann und nach ausstrahlungsfähigen, die Massen ansprechenden „Trommlern“ des Chauvinismus, Antikommunismus und Rassismus gesucht wurde, fiel Hitler auf. Erst dann entdeckten einige Angehörige der Bourgeoisie die in ihm schlummernden Fähigkeiten, die ihm eigenen politischen Potenzen, seinen erwachenden brennenden Ehrgeiz. Hitler nutzte seinerseits mit großem Geschick und noch größerer Skrupellosigkeit die Chance, die sich ihm bot und die nicht nur das Ende der sozialen Unsicherheit in seinen Lebensumständen, sondern auch einen festen Halt für seine eigenen und doch recht wirren politisch-ideologischen und weltanschaulichen Gedanken bedeutete.

Wie einleitend bereits erwähnt, ist die Frage nach dem Klassencharakter des Faschismus von den Kommunisten in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts im Zusammenhang hauptsächlich mit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland sowie mit dessen Herrschaftssystem analysiert und beantwortet worden. Die Untersuchungen zur Entstehung des Faschismus als politischer Bewegung, als Partei und als Bestandteil der politischen Organisiertheit der herrschenden Klasse ergaben – dies sollte bisher gezeigt bzw. angedeutet werden – prinzipiell das gleiche Resultat wie die über den Faschismus an der Macht. Ebenso führen aber auch alle Untersuchungen über die Entwicklung des Faschismus seit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 und über den Neofaschismus zu gleichen Ergebnissen, obwohl dazu im einzelnen von den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern noch viel Arbeit zu leisten ist. Die folgenden Überlegungen können vielleicht dazu beitragen.

Die Einschätzung des Faschismus durch die Kommunistische Internationale ist durch die Geschichte voll und ganz bestätigt worden. Die berühmte Definition („Der Faschismus an der Macht ... ist ... die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“[34] und die, anderen wichtigen Aussagen Georgi Dimitroffs[35] haben in der Praxis ihre Bewährungsprobe bestanden. Auf ihrer Grundlage konnten die Kommunisten die einzelnen Erscheinungsformen der gesetzmäßig ungleichmäßigen Entwicklung des Monopolkapitals richtig einschätzen und erfolgreich an die Nutzung der Widersprüche des Imperialismus für den Fortschritt der revolutionären und aller antifaschistischen Kräfte herangehen. Es gelang dem Sozialismus, die für den Sieg über den faschistischen Mächteblock im zweiten Weltkrieg notwendigen Kräfte zu formieren und eine neue Etappe des revolutionären Weltprozesses einzuleiten. Dadurch konnten nach dem zweiten Weltkrieg in einer Reihe von Ländern solche Veränderungen in den

---

33 Vgl. z. B. Rudolf Vierhaus, Faschistisches. Führertum. Ein Beitrag zur Phänomenologie des europäischen Faschismus, in: Historische Zeitschrift, Bd. 198 (1964), S. 614 ff.

34 Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 525.

35 Bürgerliche Historiker sprechen immer wieder nur von der sogenannten Dimitroff-Formel (so z. B. Wolfgang Schieder in seiner Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Band; Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S. 13) und negieren den gesamten Inhalt und Reichtum der Gedanken Dimitroffs und des VII. Weltkongresses.

gesellschaftlichen Verhältnissen durchgesetzt werden, die dem Faschismus ein für allemal den Boden entzogen.

Die geschichtliche Bestätigung der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie schließt jedoch deren Weiterentwicklung auf keinen Fall aus. Die Theorie und das Geschichtsbild des Marxismus-Leninismus zeichnen sich ja gerade durch ihre Dynamik aus. So steht es überhaupt nicht im Widerspruch zur Anerkennung der wissenschaftlich-theoretischen und politischen Leistung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, wenn es heute als eine wichtige und unumgängliche Aufgabe erscheint, alle jene Kenntnisse und Erkenntnisse über das Wesen, die Erscheinungsformen und die Merkmale des Faschismus und des Neofaschismus zusammenzufassen und theoretisch zu verallgemeinern, die seit 1935 unser Wissen bereicherten. Diese Forderung wurde auch niemals verschwiegen, im Gegenteil: Dietrich Eichholtz bezeichnete es beispielsweise schon vor vielen Jahren als eine Aufgabe der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, die Erkenntnisse der Kommunistischen Internationale „anhand gründlicher historischer Forschungen zu bereichern und zu präzisieren“[36].

In den letzten vier Jahrzehnten geschah bekanntlich außerordentlich viel und vollzogen sich vielfältige Prozesse im Imperialismus, deren Analyse das Bild vom Faschismus erweitern und präzisieren hilft. Von ihnen sind offensichtlich folgende in besonderem Maße für die Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie bzw. für die notwendige Diskussion darüber zu berücksichtigen:

1. Die deutschen Kommunisten behielten mit ihrer Warnung recht, die sie 1932 aussprachen: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler – wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Es ist ein Verdienst der Kommunistischen Internationale, die Völker der Welt frühzeitig darauf hingewiesen zu haben, das Faschismus Krieg bedeutet und daß der Kampf gegen den Faschismus zugleich Kampf um den Frieden ist.[37] Palmiro Togliatti, der auf dem VII. Weltkongreß über „Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ sprach, charakterisierte insbesondere den deutschen Faschismus als den Hauptkriegstreiber und als den gefährlichsten Feind der Völker.[38] So grundsätzlich richtig damals bereits der Zusammenhang von Faschismus und Krieg erkannt wurde, so erweiterten die Entfesselung und der Verlauf des zweiten Weltkrieges, vor allem aber die in ihrem Ausmaß nicht für möglich gehaltene barbarische Kriegsführung der Faschisten und die Ausrottung ganzer Völker dennoch das Wissen und die Erfahrungen der Menschheit. Der Faschismus stellte sich selbst, den zur grausamsten Barbarei potenzierten imperialistischen Krieg und das Genozid als die ultima ratio im Kampf der reaktionärsten Teile des Imperialismus gegen den Sozialismus und alle friedliebenden Völker dar. Deutlich offenbarte der Imperialismus in der Gestalt faschistischer Politik und Ideologie seine Bereitschaft zur Anwendung *aller* zur Verfügung stehenden Waffen und Mittel. Es ist kaum vorstellbar, welche Konsequenzen es heute haben könnte, wenn es Faschisten beispielsweise gelänge, Verfügungsgewalt über atomare und andere moderne Waffensysteme zu erhalten!

Heute gehört zu den reaktionärsten und offensivsten Kräften des Imperialismus, wer mit forciertem militantem Antikommunismus und offener Entspannungsfeindlichkeit, mit ausgedehntem Rüstungsbestreben und menschenfeindlicher Bereitschaft zur militärischen Zuspitzung internationaler Konflikte die Gefahr einer weltweiten nuklearen Auseinandersetzung heraufbeschwört, wer alles unternimmt, um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten und Staatengruppen unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verhindern. Die alte Losung der deutschen Kommunisten könnte heute mit einer gewissen Berechtigung umgekehrt werden, denn wer einen neuen Weltkrieg vorbereitet, der will und fördert auch den Faschismus; wer imperialistischen oder neokolo-

---

36 Dietrich Eichholtz, Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, Teil III, S. 107. Viele Beispiele widerlegen die Behauptung, die Historiker der DDR betrieben gegenüber der Definition Dimitroffs einen „heimlichen Revisionismus“. Vgl. Richard Saage, Faschismustheorien. Eine Einführung, München 1976.

37 Vgl. Erwin Lewin/Horst Schumacher, Einheit im Kampf gegen Faschismus und Krieg! Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935, Berlin 1975, S. 59.

38 VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 175 f.

nialistischen Krieg führt, der ist auch zur Anwendung faschistischer Methoden bereit. Bei der Tragweite einer solchen Aussage versteht es sich von selbst, daß es dazu noch weiterer und konkreter Untersuchungen bedarf, bevor die faschismustheoretische Konsequenz dieser Aussage sowie der Tatsache, daß eine nach außen gerichtete Politik faschistischen Typs durchaus nicht eine faschistische Herrschaftsform im Inneren eines imperialistischen Landes zur Voraussetzung haben muß, gezogen werden kann. Auf jeden Fall bildet aber die Stellung zum größten Menschheitsproblem der Gegenwart, zur Frage von Krieg und Frieden, zur Aufgabe der Verhinderung eines neuen Weltkrieges, ein wesentliches Kriterium für die Ausarbeitung eines umfassenden Faschismusbegriffs.

2. Das Wesen des Faschismus konnte bis 1933 bereits richtig erfaßt werden, weil sich die Kommunisten bemühten, den engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem Faschismus entsprechend zu beachten. Die faschistische Diktatur, die mitunter bereits in den dreißiger Jahren als eine spezifische Herrschaftsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet worden ist, hat aber vor allem im Prozeß der forcierten Aufrüstung und während des zweiten Weltkrieges die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus vorangetrieben und fördernd beeinflußt. Zu berücksichtigen ist beispielsweise die Tatsache, daß es dem deutschen Faschismus 1943/44 gelang, die Rüstungsproduktion um ein Vielfaches zu erhöhen und alle ökonomischen, politischen und ideologischen Potenzen für den Krieg zu mobilisieren. Nach 1945 hat sich der staatsmonopolistische Kapitalismus voll entfaltet, wodurch sich nicht nur die nach außen gerichtete Aggressivität des Imperialismus erhöhte, sondern auch die dem Wesen des Monopols entspringende Tendenz zur absoluten, totalen Beherrschung der Gesellschaft vergrößerte. Weniger als jemals zuvor ist heute die bürgerlich-parlamentarische Demokratie die „normale“ imperialistische Herrschaftsform; vielmehr dominieren die Versuche, diese „Demokratie“ auszuhöhlen und bis zur äußersten Grenze – sozusagen unterhalb der Schwelle des Übergangs zum Faschismus – autoritär zu gestalten. Die gegenwärtige politische Ordnung der meisten imperialistischen Länder kann nur als eine „eingeschränkte bürgerliche Demokratie“ charakterisiert werden.[39] Horst Stuckmann, der die Rechtsentwicklung als das brennendste Problem in der BRD betrachtet, hinter dem der Neofaschismus als reale Gefahr heraufziehe, spricht in diesem Zusammenhang von einer „fortgesetzte(n) Reduzierung der Demokratie“, die jedoch selbst noch nicht neofaschistisch sei.[40] Im Rahmen des voll entfalteten staatsmonopolistischen Kapitalismus sind einige Elemente früherer extrem reaktionärer und auch der faschistischen Herrschaftsmodelle aufgenommen worden, so z. B. das breite Zusammenwachsen staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, das Wachstum und die Perfektionierung des Repressivapparates, die Handhabung der Massenmedien als Instrument politischer Machtausübung u. a. m. Dies ist natürlich nicht als eine historische Vorwegnahme gegenwärtiger Erscheinungen durch den „traditionellen“ Faschismus zu werten. In der Rezeption einiger faschistischer Methoden und Formen durch den gegenwärtigen Imperialismus bei gleichzeitiger Ablehnung des Faschismus als Herrschaftsform kommt eine qualitativ neue Stufe in der Entwicklung des Zusammenhangs von Imperialismus und Faschismus zum Ausdruck, die die Gefährlichkeit des Faschismus keineswegs schmälert.

Die volle Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus brachte ferner mit sich, daß Rechtsentwicklung und Faschisierungsprozesse in noch höherem Maße als frühere Mittel des politischen Klassenkampfes der gesamten Monopolbourgeoisie bzw. staatsmonopolistischen Oligarchie bilden. Daraus erwächst m. E. für die marxistisch-leninistische Faschismustheorie auch die diskussionswürdige Frage, ob sich die soziale Basis des Faschismus (bzw. des Kreises der sozialen Träger des Faschismus) nicht erweitert hat. Dies impliziert die Frage, ob nicht unter bestimmten Bedingungen die Bereitschaft größerer Teile der Monopolbourgeoisie als früher zu profaschistischen und faschistischen Lösungen existiert. Offensichtlich versuchen doch nicht nur die reaktionärsten, die aggressivsten und am meisten antikommunistischen Kräfte, dem Faschismus günstige Entwicklungsbedingungen für den Fall zu schaffen, daß auf ihn zurückgegriffen und er aus der Reservestellung in die vorderste Front geholt werden muß. Diese Frage betrifft jedoch hauptsächlich den Faschismus *vor* seiner Instal-

39 Der politische Mechanismus der Monopoldiktatur, Berlin 1977, S. 26 f.
40 In: Kurt Gossweiler, Faschismus und antifaschistischer Kampf, a. a. O., S. 63 und 48.

lierung als Form politischer Macht, den Faschismus als Bewegung oder Partei. Im Unterschied zur ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, wo der Faschismus nach der Machtübertragung an ihm zum Instrument der gesamten Monopolbourgeoisie geworden war, deuten heute einige Erscheinungen in den faschistisch regierten Ländern darauf hin, daß es in der herrschenden Klasse große Auseinandersetzungen um die Notwendigkeit einer „Demokratisierung" des Regimes gibt.

3. In besonders hohem Maße muß für die Vervollständigung und Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie der stetige Prozeß der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und des Antifaschismus berücksichtigt werden. Das führte, um nur ein Beispiel zu nennen, zu einer wesentlichen Verringerung des faschistischen Masseneinflusses, ohne jedoch Rückfälle und jähe Wendungen bei Wahlen und nach Putschen ausschließen zu können.[41] Das bedeutet auch die verstärkte Anwendung terroristischer Methoden durch eine Vielzahl kleiner faschistischer Gruppen, die Tarnung mit allen nur erdenklichen Losungen und Ideologien sowie das Hervortreten spezieller Merkmale des Neofaschismus, die ihn vom Faschismus der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus unterscheiden. Dazu gehört auch das Bestreben, internationale Organisationen des Faschismus zu schaffen, sowie faschistische Varianten der Integrationsprozesse zwischen den entwickelten imperialistischen Ländern auszuarbeiten. Als ausgesprochen reaktionär und aggressiv orientierte Politik der Monopolbourgeoisie bzw. Strömung innerhalb der herrschenden Klasse ist der gegenwärtige Faschismus in den letzten Jahrzehnten immer stärker in Widerspruch zu den objektiven und historisch unumkehrbaren Defensivpositionen des Imperialismus geraten. Sein Dilemma besteht darin, durch seine Aktivitäten – trotz zeitweiliger Wirkungen – letztlich die Untergrabung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu fördern, zu deren Aufrechterhaltung er auf den Plan gerufen worden war und wird.[42] Diese Tatsache widerspiegelt sich auch in der Definition, die von K. Sarodow über den gegenwärtigen Faschismus vorgelegt wurde: Dieser sei „der Faschismus, der sich den Bedingungen der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der neuen Kräftegruppierung innerhalb der kapitalistischen Welt und in der internationalen Arena anpaßt". Bei ihm handele es sich darum, den „Ausdruck des Strebens der reaktionärsten Elemente des Monopolkapitals, den nicht umkehrbaren Prozeß des Zerfalls der alten Ordnung nicht einfach durch Verletzung der demokratischen Rechte und Freiheiten, durch brutale Polizeirepressalien und Verfolgung, durch arbeiterfeindliche Gesetzgebung, sondern auch durch Errichtung einer offen terroristischen, konterrevolutionären Diktatur aufzuhalten."[43]

In die Definition des Faschismus, die heute umfassender und präziser sein kann als vor 1945, muß auch die mit dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis zusammenhängende Tatsache Eingang finden, daß in allen faschistischen Regimen ein unabwendbarer Prozeß der Zersetzung stattfand und die meisten von ihnen in Kriegen gescheitert sind oder von den antifaschistischen Kräften in die Knie gezwungen wurden. Es gilt daher auch, die Dialektik von antifaschistischem Kampf und gesetzmäßigem Prozeß der Zersetzung faschistischer Machtsysteme stärker als bisher zu erforschen und in der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie zu berücksichtigen.

4. In der breiten Palette neuer Fragen spielt auch die last not least zu erwähnende Tatsache eine Rolle, daß wir nicht schlechthin und auf einer notwendigerweise sehr hohen Abstraktionsstufe von *dem* Faschismus sprechen können, sondern seine Entwicklungsetappen (z. B. früher, voll entfalteter, geschlagener und angepaßter Faschismus) und seine Varianten bzw. Formen (entsprechend den nationalen Besonderheiten und seinen politisch-ideologischen und organisatorischen Spezifika wie z. B.: konservativer, klerikaler, nationalsozialistischer, rassistischer, kolonialistischer Faschismus bzw. Faschismus mit Massenbasis, Militärfaschismus usw.) berücksichtigen müssen. Die marxistisch-

---

41 Das Problem der faschistischen Massenbasis soll hier ausgeklammert bleiben. Vgl. Kurt Gossweiler, Faschismus und antifaschistischer Kampf, a. a. O., S. 28 ff.; Manfred Weißbecker, Extrem reaktionäre Organisationen des Imperialismus und werktätige Massen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1977, H. 3, S. 280 ff.

42 Vgl. A. Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, die Gefahr des Rechtsradikalismus bleibt, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag 1974, H. 12, S. 1609.

43 Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag 1973, H. 5, S. 644.

leninistische Faschismusforschung steht daher vor der Aufgabe, eine Typologie des Faschismus auszuarbeiten, in die die Ergebnisse sehr breit und international angelegter, vergleichender Untersuchungen einfließen. Diese Aufgabe ist um so dringlicher, da bestimmte Versuche bürgerlicher Historiker Verwirrung gestiftet haben. So ist z. B. die Typologie von Ernst Nolte (Früh-, Normal- und Radikalfaschismus) strikt abzulehnen, da sie temporäre und qualitative Faktoren unzulässig vermengt. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung einer Typologie der Faschismen sind auch die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede konservativ-autoritärer und faschistisch-totalitärer Herrschaftsformen des Imperialismus zu klären und sind die konkreten Inhalte profaschistischer bzw. faschistischer Politik zu fixieren. Schließlich kommt es auch auf die Klärung der Frage an, in welchem Maße angesichts der Internationalisierungstendenzen im Imperialismus und der wachsenden Rolle multinationaler Monopole von einem „exportierten Faschismus" gesprochen werden muß, der in der Regel dem USA-Imperialismus dienstbar ist.

Auf viele andere Fragen der Entstehung und Entwicklung von Faschismus und Neofaschismus kann hier nicht eingegangen oder auch nur hingewiesen werden.[44] Sie alle zu diskutieren und dadurch in der weiteren Forschung und Diskussion der notwendigen Klärung ein Stück näher zu bringen, wird ein verdienstvolles Anliegen auch des heute konstituierten Arbeitskreises sein.

Ludwig Elm, Manfred Weißbecker, Eberhard Fromm, Konservatismus – Faschismus – reaktionäres geistiges „Erbe". Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften der DDR. Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Räte. Jahrgang 1979, Nr. W3, Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Grundfragen der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, Akademie-Verlag Berlin 1979, S. 16-30.

[44] So z. B. auf die Frage nach den Ursachen und der Rolle des Faschismus in einigen Ländern der sogenannten „Dritten Welt". Zu den „Lücken" und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Faschismusformulierung, Vgl.: Kurt Gossweiler, Stand und Probleme der Faschismusforschung in der DDR, a. a. O., Manfred Weißbecker, Entteufelung ..., a. a. O., S. 100.

Imperialistische Herrschaftsformen und extrem reaktionäre Organisationen

Ursachen, Möglichkeiten, Formen und Grenzen ihres Einflusses auf die werktätigen Massen[1]

Zur Erläuterung und Rechtfertigung seinen reaktionären Verfassungspläne behauptete Carl Goerdeler nach dem gescheiterten Putschversuch vom 20. Juli 1944 in seinen „Gedanken eines zum Tode Verurteilten", er habe „keine Wiederholung des Bismarckreiches, keine des Weimarer, keines des Dritten Reiches" angestrebt, sondern „vielmehr aus allen Erfahrungen das Beste" zusammenfügen wollen.[2] An gleichen Stelle empfahl er die „erbliche Monarchie als beste Staatsführung" bzw. die autoritäre Herrschaft eines sogenannten Generalstatthalters und begründete dies mit den Worten: „Unser wetterwendisches, unpolitisches Volk bedarf des Ballastes im Staatsschiff."[3] Nur eine Monarchie sei „über jede Art von Massenpropaganda erhaben", sei von „Tageseinflüssen und Tagesstreit" unabhängig zu halten.[4] Zieht man unter den Aspekten des in unserem Arbeitskreis zur Diskussion gestellten Themas ein Resümee dieser Auffassungen, in denen politische Parteien und andere gesellschaftliche Organisationen generell eine untergeordnete Rolle spielten, so läßt sich erkennen, daß es Goerdeler darauf ankam, *erstens* eine dauerhafte, stabile autoritäre Staatsführung wie unten Bismarck zu erreichen, *zweitens* die reformistische Sozialdemokratie in den Machtmechanismus einzubeziehen wie in der Weimarer Republik sowie *drittens* eine den faschistischen „Deutschen Arbeitsfront" vergleichbare antirevolutionäre Organisation zur zwangsweisen Erfassung der werktätigen Massen zu schaffen. So sah er im wesentlichen das Gerüst für die geplante Kombination der sogenannten „Vorzüge"[5] aller drei politischen Herrschaftssysteme. Sein Biograph, Gerhard Ritter, faßte diese Zielsetzung mit der keineswegs unzutreffenden Formel „Entmassung der Massen", wobei er vielleicht auch daran gedacht haben mag, daß der Begriff Masse ursprünglich im Griechischen „gekneteter Teig" bedeutete. Er bestätigte auch, daß Goerdeler keine Frage des politischen Wiederaufbaus „leidenschaftlichen bewegt" habe als die, wie es „angesichts der großen, geschichtslosen, ungegliederten, geistig weithin uniformen, politisch mangelhaft gebildeten Massen moderner Industriebevölkerung gelingen" könne, die „Gefahr zu beschwören, daß dumpfe Masseninstinkte von neuem gegen ruhige Vernunft in Bewegung gesetzt" werden.[6] Aus solchen elitär-volksfeindlichen Gründen heraus hielten es andere ebenso für zweckmäßig, „erhebliche Teile des vom nationalsozialistischen Staat Geschaffenen in den Staatsumbau herüberzunehmen und *auf die Dauer zu sichern*". Als Begründung dieses Zieles galt beispielsweise für Ludwig Beck, man dürfe „sich nicht zu sehr von der Rücksicht auf die Stimmungen im Volk beeinflussen" lassen.[7] In dem von Ulrich von Hassell ausgearbeiteten Verfassungsentwurf war bekanntlich sogar der Vorschlag enthalten, verschiedene Einrichtungen der NSDAP wie die DAF, den RAD, die NSV und nicht zuletzt auch die Organisation der Wirtschaft im Prinzip beizubehalten.[8] Nebenbei gesagt: Selbst Hans Mommsen muß gestehen, daß dies lediglich auf einen „zweifelhaften Abklatsch der nationalsozialistischen Staatspartei hinausgelaufen" wäre.[9]

Hinter den bezeichnenden Worten Goerdelers, Becks und anderer von dem „Besten" aus allen Erfahrungen und den zu übernehmenden „Vorzügen" der Kaiserzeit, der Weimarer Republik und der faschistischen Diktatur stand mehr als die subjektive, auffällig geformte Meinung eines bürgerlichen Politikers, stand mehr als der politische und weltanschauliche Irrationalismus, den Golo Mann erst

---

1 Das Referat ist in engem Zusammenhang zu sehen mit den vom Vf. vorgelegten Thesen zu Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, H. 37/38, S. 1-39.

2 Aus der Niederschrift Goerdelers: „Gedanken eines zum Tode Verurteilten – September 1944 im Gefängnis: Über den künftigen inneren Zustand Deutschlands", in: Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955, S. 577.

3 Ebenda, S. 558.

4 Gerhard Ritter, a. a. O., S. 290.

5 Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien von Hermann Graml, Hans Mommsen, Hans-Joachim Reichardt und Ernst Wolf, hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln und (West)Berlin 1966, S. 141.

6 Gerhard Ritter, a. a. O., S. 281.

7 Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland, Frankfurt a. M. 1964, S. 215. Hervorhebung durch den Vf., M. W.

8 Ebenda, S. 114.

9 Hans Mommsen, a. a. O., S. 159.

vor kurzem wieder als den letztlich und nur zufällig geschichtsbestimmenden Faktor gewertet wissen wollte.[10] Dahinter verbarg sich die allgemeine Furcht bestimmter Gruppierungen und Vertreter der deutschen Monopolbourgeoisie vor den erwarteten antifaschistischen und antiimperialistischen Aktionen der Massen, denen angesichts des Scheiterns des Hitlerregimes und der weitgespannten Expansionspläne ein neues konservativ-autoritäres Regime aufoktroyiert werden sollte. Dahinter steckte die Absicht, wieder einmal lediglich die Form der imperialistischen Machtausübung zu ändern, um die monopolbourgeoise Klassenherrschaft als Ganzes erhalten zu können. In Anlehnung an einen der besten Buchtitel des vergangenen Jahres[11] wäre vielleicht zu formulieren, daß sich auch bei den Verschwörern vom 20. Juli die werktätigen Massen im Visier der Macht befanden, genauer: im Visier von wechselnden imperialistischen Machtapparaten und -methoden sowie von Tendenzen eines historischen Machtverlustes.

Diesem Gedanken von den Massen im Visier der Macht möchte ich in meinem die Thesen ergänzenden Vortrag etwas nachgehen. Selbstverständlich wird es sich dabei lediglich um einige ausgewählte Aspekte und Fragen handeln können, und das nicht nur infolge der berühmten Kürze der Zeit. Ausgangspunkt und Kern meiner Überlegungen bildet die Geschichte der faschistischen Nazipartei als des herausragenden Beispiels aller bisherigen extrem reaktionären Organisationen, als allgemeine Verkörperung und zugleich spezifischer Ausdruck des in seinem Wesen immer gleichen imperialistischen Verhältnisses zu den werktätigen Massen. Keine bürgerliche Partei darf nur für sich genommen und dargestellt werden, also bedarf auch die Geschichte der NSDAP des Davor, des Daneben und Dahinter, der Einbettung in die Analyse von Ursachen, Triebkräften und ebenso von parteiengeschichtlichen Zusammenhängen. Vor allem so scheint mir die immer wieder gestellte Frage mit beantwortbar zu sein, wie in unserem Jahrhundert größere Teile der werktätigen Massen sozusagen als politische Infanterie[12] extrem reaktionärer Regime und Organisationen gewonnen und mißbraucht werden konnten. Nicht nur in der Geschichte, sondern auch gegenwärtig spielte dabei die politische Organisiertheit der herrschenden Klasse eine große Rolle, so daß unsere Frage nach den parteiengeschichtlichen Aspekten der imperialistischen Massenbeeinflussung und der faschistischen Massenbasis voll und ganz berechtigt ist.

Nicht zufällig war in den Dokumenten der bürgerlichen Opposition gegen Hitler – um noch einmal auf meinen „Aufhängen“ zurückzukommen – von einer Neubildung politischer Parteien und demokratischer Massenorganisationen kaum die Rede. Die Auseinandersetzung wurde mit den Erfahrungen des bürgerlichen Parteienwesens vor 1933 geführt, und nicht etwa, wie ja eigentlich vermutet werden müßte, mit dem Anspruch und dem Wesen der Nazipartei! Die „Bildung großer Weltanschauungsströme“[13], d. h. eine Konzentration des gesamten Parteiensystems galt als eine Voraussetzung des „Ersatzes“ für die faschistische Diktatur nationalsozialistischer Prägung. Vor allem sollte eine erneute „Parteienzersplitterung“ vermieden werden.[14] Politische Parteien empfand man als „Störfaktor“ in der sogenannten Einheit von Staat und Volk, in der von den Faschisten diktierten „Volksge-

---

10 Golo Mann, Die Rolle des Zufalls in der Geschichte, in: Süddeutsche Zeitung, München, 21.8.1976.

11 Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. und eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975.

12 Konstantin Sarodow, Das Wesen des Neofaschismus und einige Fragen der Taktik der kommunistischen Bewegung, in: Der heutige Faschismus: Sein Antlitz und der Kampf gegen ihn, Prag 1975 (russ.), S. 9.

13 Hans Mommsen, a. a. O., S. 135.

14 Im einzelnen schrieb Goerdeler 1944 dazu: „Um so lange als möglich politische Parteien zu vermeiden, von denen immer nur die drei stärksten zugelassen werden dürfen – die von den schwächeren Gruppen Gewählten scheiden aus –, ist eine Volksbewegung auf breitester Grundlage zu entwickeln, die zunächst von der Regierung, später selbständig zu führen ist. In ihr sind auch Oppositionsgruppen gestattet, die Volksbewegung soll ihnen bei der Aufstellung der Kandidaten Rechnung tragen. Später mögen sich daraus Parteien – konservativ-liberal-Sozialisten-Kommunisten – entwickeln. Der Marxismus hat abgewirtschaftet und kann nicht wieder Grundlage einer Partei werden, ebensowenig ist den Kirchen gestattet, über Parteien Politik zu machen. Doch läßt sich in dieser Richtung nichts dogmatisch festlegen. Hier beginnt die politische Kunst, wie sie Bismarck meisterhaft geübt hat. Im Staat machte er nur den Fehler, die Arbeiterbewegung zu bekämpfen und so Arbeiter zu Gegnern statt zu Trägern des Staates zu machen. Der Staat muß nur dafür sorgen, daß möglichst wenig Parteien politisch wirken, ideal: eine für die Regierung, eine gegen die Regierung.“ Aus der Niederschrift Goerdelers ... a. a. O., S. 558.

meinschaft“. Goerdeler gab sich als Gegner des „Parteienstaats“ und wollte „einen zusammenfassenden Ausgleich ohne die Bildung von Parteien“[15], einen organisatorischen „Ausgleich“ zwischen Unterdrückern und Unterdrückten allenfalls in Gestalt einer „Deutschen Gewerkschaft“. Andere verfolgten den Plan einer „überparteilichen Volksbewegung“ oder schlugen die Bildung je einer konservativen, einer liberalen und einer „sozialistischen“ Partei vor. Alle waren sich jedoch darin einig, daß es keine kommunistische Partei bzw. keine von „Moskau abhängige“ kommunistische Partei geben dürfte und daß das bürgerliche Parteienwesen, sollte es doch neu entstehen, auf einige wenige Organisationen unter weitgehendem Einfluß der reformistischen Sozialdemokratie beschränkt bleiben müßte.

An dieser Stelle soll dazu nicht mehr gesagt werden, obwohl die Aktualität nicht übersehen werden kann, vor allem wenn man daran denkt, welchen gewichtigen Platz heute in der Strategie und Taktik der herrschenden Klasse die Versuche einnehmen, die noch existierenden faschistischen Regime in Spanien und einigen lateinamerikanischen Ländern so wie in Griechenland und Portugal ohne wirklich revolutionäre, ohne grundsätzlich antiimperialistische Veränderungen abzubauen. Auf jeden Fall – und darauf kommt es mir hier hauptsächlich an – leiteten sich die Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen die Nazidiktatur über das angestrebte Parteienwesen *erstens* aus den damaligen konkreten Existenzbedingungen der faschistischen Diktatur sowie *zweitens* aus dem Bild über die neue bzw. zu modifizierende imperialistische Herrschaftsform ab und nicht umgekehrt. Über das konkrete Beispiel hinaus läßt sich im Sinne der fünften These meines JBP-Materials[16] als eine allgemeine Erscheinung bezeichnen: Die konkrete Gestalt der bürgerlichen Parteien und des Parteienwesens sowie deren Stellung zu den Massen sind grundsätzlich epochen- und klassenbedingt, daneben aber auch weitgehend abhängig vom konkreten Inhalt und von der jeweiligen staatlichen Form monopolbourgeoiser Machtausübung. In besonderem Maße gilt das offensichtlich für die extrem reaktionären Parteien und Verbünde der deutschen Monopolbourgeoisie. Ihre Funktionen und Formen hingen stärker als bei den traditionellen bürgerlichen Organisationen vom jeweiligen Kräfteverhältnis der Klassen und den politischen Herrschaftssystemen ab.

Das war bereits offensichtlich so beim Übergang zum Imperialismus, als die bürgerlichen Parteien generell zu versuchen begannen, den Rahmen der sogenannten reinen Honoratioren – und Wählerparteien zu sprengen, als sich extrem reaktionäre Kräfte außerhalb des Parlamentarismus Masseneinfluß in eigenständigen Verbänden und Propagandaorganisationen verschaffen wollten. Sozusagen im Vorfeld der parlamentarisch agierenden bürgerlichen Parteien formierten sich seit den 90er Jahren in rascher Folge z. B. der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein, der Deutsche Wehr-Verein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der Antiultramontane Reichsverband und die verschiedenster völkisch-antisemitischen Gruppen. Die größten dieser Organisationen erfaßten unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg etwa zwei Millionen Mitglieder.[17] Selbst am Ende des ersten Weltkrieges formierte sich mit der Deutschen Vaterlandspartei als der bis dahin größten extrem reaktionären Organisation ein spezieller Typ einer bürgerlichen Partei, der seine Funktion und Gestalt vor allem aus der militärischen und außenpolitischen Situation des deutschen Imperialismus ableitete.[18]

Noch deutlicher ist der angedeutete Zusammenhang bei dem bekannten Neuformierungsprozeß der bürgerlichen Parteien während der Novemberrevolution zu beobachten[19], in dessen unmittelbaren Verlauf ja das Feld für extrem reaktionäre Parteien sowie für völlig neue Organisationen auf dem rechtesten Flügel des bürgerlichen Parteien- und Verbändesystems durch das sang- und klanglose

---

15 Hans Mommsen, a. a. O., S. 147.

16 Manfred Weißbecker, Thesen ..., a. a. O., S. 7 f.

17 Vgl. die Angaben in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. 2 Bde., Leipzig 1968 und 1970.

18 Vgl. Manfred Weißbecker, Zur Herausbildung extrem antikommunistischer Organisationen und der „antibolschewistischen“ Propaganda in Deutschland während der ersten Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 16. Jg. (1967), H. 4, S. 491 ff.

19 Vgl. Herbert Bertsch und Manfred Weißbecker. Die bürgerlichen Parteien in Deutschland und die Große Sozialistische Oktoberrevolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 1, Berlin 1967, S. 239 ff.

Ende der Deutschen Vaterlandspartei und die vorgeblich „demokratischen“ Anpassungs-Bemühungen aller anderen bürgerlichen Parteien relativ „frei“ wurde. Das mit dem Vormarsch der Konterrevolution und mit dem Sieg über die Novemberrevolution erneut und zugleich in neuer Qualität einsetzende Bedürfnis der herrschenden Klasse nach weiteren rechtsextremistischen Organisationen kommt auch in den folgenden, etwas weniger bekannten Worten des Hochmeisters vom Jungdeutschen Orden, Arthur Mahraun, zum Ausdruck:

„Der Inbegriff meiner Standesauffassung als Offizier des alten Heeres war die Organisation, Erziehung und Führung jener Volkskräfte, denen die Stärkung des Staates und der Schutz von Gut und Leben seiner Bürger zu allen Zeiten obliegen wird. Mit dem alten Staat und mit der alten Armee war die alte Methode der Organisation dieser Kräfte zusammengebrochen. Eine ganz neue Methode mußte gefunden werden. Eine neue Idee mußte der Mittelpunkt der neuen Sammlung werden. Sie mußte so stark und lauter sein, daß sie den Lärm im Streit der Klassen- und Interessengegensätze mit ihrem Losungswort übertönte.“[20]

Mit diesen Worten beschrieb Mahraun seinen bezeichnenden Übergang von „der militärischen zur politischen Organisation“ in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise. Ich habe mir erlaubt, sie so ausführlich zu zitieren, weil in ihnen der generelle Drang des 1918 in seiner Macht erschütterten deutschen Imperialismus und Militarismus nach neuen Ideen und Mitteln für die politische Organisiertheit aller seiner Kräfte, auch der extrem reaktionären, spürbar ist. Weitere Beispiele könnten beliebig gebracht werden, sie würden ebenso zeigen, wie absurd es ist, ausschließlich in einer Person, und zwar der des Naziführers, den Schöpfer neuer Ideen und Mittel oder gar die alleinige, ausschlaggebende Triebkraft des deutschen Faschismus sehen zu wollen.

Der vielgestaltige kausale Zusammenhang des bürgerlichen Parteienwesens und der einzelnen bürgerlichen Parteien mit anderen Bestandteilen des imperialistischen Herrschaftssystems zeigte sich ferner beim allgemeinen Rechtsruck aller bürgerlichen Parteien zu Beginn der Weltwirtschaftskrise und schließlich auch wenige Jahre später in der ersten Phase der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, als sich die bürgerlichen Parteien den Plänen und Tatsachen einer offen terroristischen Diktatur in extremer Konsequenz anzupassen hatten und bereitwillig anpaßten. Die Neubildung der Parteien in den Westzonen wurde, um noch ein letztes Beispiel anzuführen, nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Faschismus so lange verzögert, bis die Interessenvertreter des Monopolkapitals in ihnen den bestimmenden und am Modell der westlichen Siegermächte orientierten Einfluß auszuüben vermochten, ohne dabei die Neugründung und Existenz von extrem reaktionären Parteien und Verbänden prinzipiell auszuschließen.

Diese Tatsachen-Reihe widerspiegelt in gewisser Hinsicht gesetzmäßige Erscheinungen des Imperialismus und seiner politischen Herrschaftssysteme bzw. des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Bestandteilen des imperialistischen Machtapparates. Ob sich hinter den angeführten Erscheinungen auch ein mehr oder weniger linearer Entwicklungsprozeß verbirgt, läßt sich angesichts des Forschungsstandes und der relativ häufigen Veränderungen in der politischen Organisiertheit der Monopolbourgeoisie noch nicht sagen. Dennoch scheint die Abhängigkeit der bürgerlichen Parteien und besonders der extrem reaktionären Organisationen vom imperialistischen Staat zu wachsen, was vielleicht als deren Instrumentalisierung zu charakterisieren wäre, als ein Prozeß ihrer Integration in den staatsmonopolistischen Herrschaftsapparat, der Hand in Hand mit der Konzentration des bürgerlichen Parteiwesens und der Entfaltung großer sogenannter Integrationsparteien[21], Volksparteien, programmatischer Rahmenparteien[22] u. ä. m. geht.

---

20 Arthur Mahraun, Gegen getarnte Gewalten. Weg und Kampf einer Volksbewegung, Berlin 1928, S. 18 f.; vgl. auch Heinrich Wolf, Die Entstehung des Jungdeutschen Ordens und seine frühen Jahre 1918-1922, München 1970, S. 14.

21 Vgl. Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart 1965.

22 Ulrich Lohmar, Demokratisierung in Deutschland. Vorträge und Aufsätze, Gütersloh 1969, S. 136 ff. spricht davon, daß gegenwärtig die Entwicklung zu programmatischen Rahmenparteien, die sich dem Typus der Volkspartei annähern, die bestimmende Tendenz sei.

Dabei muß es auch im Zusammenhang mit dem Thema unseres Arbeitskreises als eine generelle und widersprüchliche Tatsache betrachtet werden, daß sich in dem Maße, wie die historische Defensivposition des Imperialismus den Staat als den Kern des politischen Herrschaftssystems beeinflußte und in seiner Funktionstüchtigkeit zu beeinträchtigen begann, die Rolle des gesamten bürgerlichen Parteiwesens einschließlich der extrem reaktionären Organisationen für das Herrschaftssystem vergrößerte. Der wachsende Widerspruch zwischen der Monopolbourgeoisie und den werktätigen Massen widerspiegelt sich sowohl in diesen veränderten Wechselbeziehungen als auch in den Entwicklungstendenzen des imperialistischen Staates und des bürgerlichen Parteiwesens. Über die einzelnen Perioden unseres Jahrhunderts hinweg läßt sich verfolgen, wie das politische Leben in den imperialistischen Ländern immer stärker durch die volksfeindlichen Aktivitäten der herrschenden Klasse in allen Fragen gekennzeichnet wird, „die die weitere Ausgestaltung und das Funktionieren des politischen Systems ihrer Machtausübung betreffen".[23] Diese Aktivitäten zur Disziplinierung und Mobilisierung der Massen richteten und richten sich im staatlich-institutionellen Bereich hauptsächlich – wenn auch im einzelnen in sehr unterschiedlicher Art und Weise – auf solche Momente wie die Zentralisierung der politischen Gewalt, auf die Machtkonzentrationen bei der Exekutive des Staates sowie bei einzelnen Personen[24], auf die Aushöhlung bzw. „Vervollkommnung" des bürgerlichen Parlamentarismus, und natürlich vor allem auf die Stärkung des Repressiv- und Terrorapparates. Gleichzeitig stehen alle diese Aktivitäten in engster Verbindung mit dem Ausbau des Apparates zur manipulativen Beeinflussung der Massen auf politischem, ideologischem und organisatorischem Gebiet. Darüber hinaus unternahm und unternimmt die herrschende Klasse alle Anstrengungen, auch im gesellschaftlich-organisatorischen und parteipolitischen Bereich solchen Tendenzen entgegenzuwirken, die seinen Machtmechanismus schwächen, und solche Faktoren zu stärken, die der Festigung seiner Herrschaft dienen können. Zu letzteren gehören zweifellos nicht nur die traditionellen bürgerlichen Parteien, die durch ihre Rolle und Funktion, ihre Programme, ihre Flexibilität und Variabilität sowie durch ihren Organisationsapparat in relativ großer Nähe zu den Massen stehen, sondern auch die extrem reaktionären Organisationen mit ihren spezifischen Mitteln zur Gewinnung eines Massenanhangs.

Die Tatsache der gestiegenen Bedeutung des bürgerlichen Parteienwesens gilt jedoch mehr und mehr im allgemeinen und nicht generell für jede einzelne Partei, auch nicht für eine der parteipolitischen Grundströmungen. Die „Vermittlerrolle" zwischen dem imperialistischen Staat und den Massen realisiert sich besonders in der Gegenwart vorwiegend durch die Gesamtheit des bürgerlichen Parteienwesens, seltener durch eine einzelne Partei und ebensowenig ausschließlich durch die in den Parlamenten vertretenen Parteien. Für die Monopolbourgeoisie sind die Integrationsfähigkeit des gesamten bürgerlichen Parteienwesens gegenüber den Massen und damit die Verankerung der einzelnen Parteien, also auch der extrem reaktionären, in dem von ihr beherrschten Parteiengefüge von ausschlaggebendem Interesse.[25]

Die einzelnen Bestandteile des bürgerlichen Parteienwesens üben – in Abhängigkeit von den jeweiligen Kräfteverhältnissen und Herrschaftsformen – unterschiedliche, arbeitsteilige und ihren eigenen Spezifika adäquate Funktionen aus, die sich in der bürgerlichen Literatur zu allgemein in der vereinfachenden Gegenüberstellung von Regierungsparteien und Oppositionsparteien niederschlagen und die sich speziell auf die Geschichte der extrem reaktionären Organisationen bezogen in den häufigen Fehldeutungen vom Faschismus als einer Erscheinung sui generis und als Ergebnis einer eigenständigen Massenbewegung widerspiegeln. Viele bürgerliche Historiker und Politologen lassen das bisher angedeutete Verhältnis zwischen einer rechtsextremen Partei und dem gesamten Parteienwesen

---

23 Widersprüche und Tendenzen im Herrschaftssystem der BRD. Zu Problemen imperialistischer Herrschaftskonzeptionen und -praktiken, Berlin 1973, S. 9.

24 Sowjetische Gesellschaftswissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang auch von der „Personalisierung" der Macht. Vgl. Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie des Staates und des Rechts, Berlin 1974, S. 382.

25 Diese Frage tritt auch mehr und mehr in das Zentrum der bürgerlichen Parteienforschung in der BRD. Vgl. Siegfried Petersen, Zur historisch-politischen Funktion der bürgerlichen „Politischen Wissenschaft" in der BRD sowie zur offensiven Auseinandersetzung mit ihren konzeptionellen Leitlinien unter besonderer Berücksichtigung der Parteientheorie und Parteiendarstellung, Dias. A, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1975, S. 233 ff.

außer Betracht, wenn sie beispielsweise allen Ernstes behaupten, die NSDAP sei für die deutsche Monopolbourgeoisie erst als Massenpartei interessant geworden, oder wenn sie argumentieren, die deutschen Monopolherren hätten auf die Nazipartei keinen Einfluß ausgeübt oder ausüben können, da deren Programm schon 1920 entstanden sei.[26] Solche und viele andere Behauptungen, die immer wieder die große Diskrepanz zwischen dem Klassencharakter und dem Masseneinfluß des Faschismus betreffen, entsprechen den zahlreichen Versuchen, einen Ausweg aus der Krise der imperialistischen Ideologie zu finden und die Geschichte des Klassenkampfes, in dem alle Parteien als Interessenvertreter von Klassenkräften fungieren, in ein komplexes Modell von mehr oder weniger gleichrangigen „Konflikten" und „Konflikt"-Ursachen aufzulösen.

Wer ernsthaft die Ursachen für das Entstehen und für die Entfaltung der Massenbasis des faschistischen deutschen Imperialismus sucht, muß über das Angebot der bürgerlichen Historiographie von zweitrangigen, singulären oder zufälligen Erscheinungsformen der Geschichte unserer Epoche wie z. B. den Rassismus, die Person Hitlers oder die Organisation der Nazipartei hinausgehen. Er muß nach meiner Auffassung auch mehr im Auge haben als nur die finanziellen Beziehungen zwischen einzelnen Industriellen und NSDAP, die von uns keinesfalls unterschätzt werden dürfen und endlich einmal geschlossen aufgearbeitet werden müßten die aber zu Unrecht von Turner, Wippermann und anderen[27] zu *der* zentralen Frage der Faschismustheorie erhoben werden, natürlich mit dem Ziel, von der berechtigten marxistisch-leninistischen Kritik am Monopolkapitalismus, an den gesellschaftlichen Macht- und Eigentums*verhältnissen* abzulenken. Solche zumeist als „Sozialgeschichte" drapierten Versuche beinhalten in der Regel die Auflösung des Zusammenhangs von Kapitalismus und Faschismus in ein Zusammenspiel von einzelnen Vertretern der Industrie und der Nazipartei. Damit soll zugleich eine geschichtsphilosophische Umdeutung von objektiven Prozessen zu individualpsychologischen Erscheinungen vorgenommen werden, basierend auf einer abstrakten Gegenüberstellung von Individuum und Gesellschaft. Dazu hatte jedoch Marx schon in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" bemerkt, daß die Gesellschaft nicht aus Individuen besteht, sondern die Summe der Beziehungen und Verhältnisse ausdrückt, worin diese Individuen zueinanderstehen.[28]

In der Geschichte des deutschen Imperialismus bewies nicht nur der Faschismus, daß die Manövrierfähigkeit der herrschenden Klasse und insbesondere ihres politischen Herrschaftsapparates von vielen Faktoren abhängig ist, so hauptsächlich vom Klassenkräfteverhältnis, vom sozialen Spielraum bzw., wie es Sarodow nennt, vom „Feld für soziale Manöver", das sich aufgrund der Entwicklung des staatsmonopolistischen Produktionsapparates relativ erweitert hat[29], ferner von der Organisiertheit der Monopolbourgeoisie und von der Organisierung größerer Teile der werktätigen Massen. Vor allem das letztere erklärt sowohl das ernsthafte Ringen aller bürgerlichen Parteien um einen Massenanhang als auch den Bedeutungszuwachs Jeweils derjenigen Parteien, die dem Imperialismus von ihrer Funktion bzw. von ihrem Funktionieren her Massenlegitimation und Masseneinfluß zu geben haben und sie ihm auch tatsächlich geben. In der Regel entschied und entscheidet auch heute der Grad des Einflusses einer bürgerlichen Partei auf die Massen wesentlich mit über den Stellenwert dieser Organisation im Herrschaftsmechanismus, im Regierungssystem, im Parlament sowie in der gesam-

---

26 Vgl. z. B. Axel Kuhn, Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft, Hamburg 1973, S. 57. Immerhin räumt er ein, daß Hitler „unbewußt" den Interessen industrieller Kreise „entgegenkam". Ebenda, S. 58.

27 Vgl. Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972; Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 3/1976, S. 26 und 27.

28 Vgl. Karl Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 176.

29 Sarodow, a. a. O., S. 12 f.: „Hat das Monopolkapital den Faschismus in den Vorkriegsjahren als Hauptinstrument der Konterrevolution und der Entfesselung des zweiten Weltkrieges benutzt, so dient die faschistische Bewegung in der gesamten Nachkriegszeit als die politische Hauptreserve der imperialistischen Bourgeoisie, die sie vorläufig nur in einem begrenzten Maße einsetzt. Infolge der Entwicklung des hochorganisierten Produktionsapparat es, der zunehmenden Produktionsmöglichkeiten und der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution hat sich für die herrschende Klasse das Feld für soziale Manöver im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, u. a. unter den Bedingungen von Krisensituationen beträchtlich erweitert. Dementsprechend hat auch ein solcher politischer Konkurrent des Faschismus wie die bürgerlich-demokratischen Parteien, die auf ihre Weise die Interessen des Monopolkapitals vertreten, eine Veränderung erfahren und ist elastischer geworden."

ten Verwaltung, natürlich im Zusammenhang mit dem Platz einer Partei im bürgerlichen Parteienwesen, mit den Traditionen der Parteien und nicht zuletzt auch mit der Qualität der jeweiligen Parteiführer. Die geschichtlichen Erfahrungen und der Zwang der Verhältnisse sprechen dabei für die heutige Monopolbourgeoisie stärker als in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus sowohl gegen extrem reaktionäre Parteien in der Regierungsverantwortung als auch gegen das Einparteiensystem.

„Ohne mindestens zwei Parteien und ohne Parlamente und Wahlen, mittels derer die imperialistischen Machtverhältnisse als durch die Bevölkerung sanktioniert ausgegeben werden können, käme es unweigerlich zu einer verstärkten Konfrontation zwischen der staatsmonopolistischen Oligarchie und dem Volk.“[30]

Im Unterschied zu den teilweise doch recht illusionären parteipolitischen Vorstellungen des Kreises um Goerdeler sind also die „Vorzüge“ eines imperialistischen Herrschaftssystems in hohem Maße auch von den „Vorzügen“ der Parteien und des Parteienwesens bestimmt, vor allem dann, wenn es den Herrschenden gleichzeitig gelungen ist, in den Parlamenten nur solche Parteien wirksam werden zu lassen, die die monopolkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse nicht in Frage stellen.[31] Selbstverständlich haben diese „Vorzüge“ einzelner bürgerlicher Parteien für den Imperialismus und sein jeweiliges politisches Herrschaftssystem nichts mit dem zu tun, was diese Parteien beispielsweise in Wahlkämpfen als ihre „Vorzüge“ gegenüber den Massen propagieren.

Die Geschichte des deutschen Imperialismus liefert zahlreiche anschauliche Beispiele dafür, daß die ökonomische und soziale Struktur der kapitalistischen Gesellschaft in immer stärkerem Maße in einen krassen Widerspruch zu den Bedürfnissen der Volksmassen geraten ist. Daher war und ist das imperialistische Streben nach Stabilität der bestehenden, überlebten Eigentums- und Machtverhältnisse sowohl objektiv als auch im Selbstverständnis aller bürgerlichen Politiker stets von der Furcht vor den politisch-revolutionären Aktivitäten der Massen geprägt, insbesondere vor der Arbeiterklasse als dem größten Teil und der führenden Kraft der Werktätigen. Diese Furcht veränderte Jedoch niemals – trotz sozialpolitischer Zugeständnisse, trotz sozialethischer oder nationalsozialistischer Demagogie – das Wesen des imperialistischen Verhältnisses zu den Massen. Der Imperialismus betrachtet die Massen immer elitär, immer nur als Objekt seiner Profit- und Expansionsinteressen, als Mittel zum Zweck, als politisches Instrument und als Gegenstand von Repression und Manipulation. Das Wolfsgesetz des Kapitalismus ist nun einmal von den Bedürfnissen der Verwertung des Kapitals diktiert. Art und Umfang der Produktion und erst recht die imperialistische Politik richten sich nicht nach den Bedürfnissen der werktätigen Menschen, sondern gegen sie.

Das bestimmt aber gleichzeitig auch die Grenzen des imperialistischen Einflusses auf die Massen. Diese werden heute vor allem infolge des sich zugunsten des Sozialismus und des Friedens verändernden Kräfteverhältnisses in der Welt enger. Viele Beispiele verdeutlichen, daß sich die Möglichkeiten des Imperialismus verringern, eine gehorsame, blinde und leicht mobilisierbare Massenbasis für extrem reaktionäre Zielsetzungen zu schaffen. Die schwindenden Aussichten zwingen jedoch zugleich die herrschende Klasse, sich immer intensiver um die Vervollkommnung des umfangreichen, komplizierten und kostspieligen Systems der politischen und ideologischen Massenbeeinflussung zu bemühen. Dabei nehmen Reformen und ebenso die bloße Verkündung von Reformbereitschaft einen großen Raum ein und werden die offen terroristischen Methoden vermieden, so lange sich große Teile der Massen mit Hilfe des Parlamentarismus und von sogenannten freien Wahlen manipulieren lassen. Allerdings wird in unserem Kreise sicher keiner bestreiten wollen, daß unter den Bedingungen sich verschärfender Krisensituationen, gleich ob ökonomischer oder politischer Natur, auch der Neofaschismus an Boden gewinnen und das Bewußtsein breiter Massen vergiften kann.

Als die bürgerlichen Parteien während des 19. Jahrhunderts, im Prozeß der Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, entstanden, gestaltete sich für sie das Problem der Gewinnung von Massen und des Aufbaus großer Organisationsapparate anders als im Verlauf ihrer weiteren Entwick-

30 Widersprüche und Tendenzen ..., a. a. O., S. 49.
31 Vgl. Ebenda, S. 8.

lung, vor allem nach dem Übergang zum Imperialismus. Dieses Problem begann für sie in dem Maße zu wachsen, wie sich das Proletariat zur Klasse konstituierte und der Widerspruch zwischen ihm und der Bourgeoisie die früheren Gemeinsamkeiten des antifeudalen Ringens überlagerte. Beeinflußt wurde das Problem auch dadurch, daß der Staat noch voll und ganz seine Funktion als Instrument der herrschenden Klassen erfüllte, als Kern des politischen Herrschaftssystems und als wichtigster Bestandteil der politischen Organisation der Gesellschaft, d. h. des Systems der staatlich-rechtlichen politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen, Institutionen und Organisationen zur Regelung der politischen Beziehungen zwischen allen Klassen und Schichten des Volkes.[32] Beim Übergang zum Imperialismus und noch stärker beim Eintritt in unsere Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vergrößerte sich ferner jener Teil der Volksmassen, der nicht länger bereit war, dumpf dahin zu leben, und der den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung unmittelbar zu beeinflussen suchte. Gleichzeitig wurden immer mehr Werktätige in das politische Leben einbezogen und richtete sich die Taktik aller wesentlichen Klassenkräfte auf die Gewinnung eines größeren Politischen und ideologischen Einflusses auf die Massen, auf die Schaffung einer stabilen Massenbasis.

Bereits seit den Anfängen ist der Imperialismus mit den werktätigen Massen in neuer Qualität konfrontiert und stellt sich für ihn das Problem des „sozialen Hinterlandes“ bzw. der „inneren Front“ (so formulierten es später die Nazis) täglich neu. Das zeigte sich zunächst schon im zahlenmäßigen Wachstum vor allem der werktätigen Bevölkerung Deutschlands. Von 1871 bis 1900 stieg die Bevölkerungszahl um 37,2 Prozent, von 1871 bis 1910 sogar um 58,1 Prozent, wobei sich die Zahl der Arbeiter mehr als verdoppelte. Die jährliche Zuwachsrate betrug zwischen 1880 und 1890 0,89 Prozent, zwischen 1890 und 1900 1,31 Prozent und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts 1,41 Prozent. Sie betrug zwischen 1830 und 1870 im Durchschnitt nur 0,81 Prozent. Die Zahl der Bevölkerung war selbst 1925, d. h. nach dem ersten Weltkrieg gegenüber 1910 um 7,87 Prozent und gegenüber 1919 um 5,36 Prozent angewachsen. Von 1925 bis zum Jahre 1933 stieg sie um 4,5 Prozent.[33]

Die rein quantitativen Angaben erhalten jedoch erst ihr eigentliches Gewicht, wenn sie in den wachsenden Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit eingeordnet und die Konsequenzen des sich gleichzeitig zuspitzenden Gegensatzes zwischen allen Werktätigen einerseits und der zahlenmäßig immer kleiner werdenden Gruppe von Monopolherren berücksichtigt werden. Alle ökonomischen und sozialen Klassenauseinandersetzungen nahmen bekanntlich mit dem Übergang zum Imperialismus einen massenhaften Charakter an, von den qualitativen Veränderungen innerhalb der werktätigen Massen ganz zu schweigen, wie sie im Hauptreferat unserer Konferenz angedeutet worden sind.[34] Begriffe wie Massenstreik, Massenorganisation, Massenarmee, Massenkrieg, Massengesellschaft[35], Massenarbeitslosigkeit, Massenpsychologie u.a.m. sind um die Jahrhundertwende und danach entstanden und seitdem von bürgerlichen Ideologen in vielfältiger arbeiter- und volksfeindlicher Weise verbreitet worden. Friedrich Meinecke beklagte 1946 in seinem Buch „Die deutsche Katastrophe“ die Entwicklung, die „von der Kultur der Wenigen zur Unkultur der Massen“ geführt habe, und den „Massenmachiavellismus“.[36] Er griff damit direkt auf Ortega y Gasset zurück, der die Gesellschaft

---

32 Vgl. N. I. Asarow, W. W. Wartschuk und I. M. Penkow, Die politische Organisation der Gesellschaft (Literaturübersicht), in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1973, H. 5, S. 501 ff.; Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie des Staates und des Rechts, Bd. 2, a. a. O., S. 233 f.; im Sinne dieses Begriffes sollte auch für alle in einem Staat existierenden Parteien von einem Parteiensystem gesprochen werden, im Unterschied zum Begriff bürgerliches oder staatsmonopolistisches Parteienwesen, der nach meiner Auffassung nur solche Parteien erfaßt, die direkt oder indirekt zum politischen Herrschaftssystem der Bourgeoisie gehören.

33 Alle Angaben sind den verschiedenen Jahrgängen des Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches entnommen.

34 Vgl. Dieter Fricke, Methodologische Probleme der Erforschung des Kampfes der bürgerlichen Parteien um Einfluß unter den werktätigen Massen in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 39 (Dezember 1976), S. 11.

35 Vgl. dazu besonders G. Aschin, Die sozialen Funktionen der Doktrin von der „Massengesellschaft“, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 27. Jg. (1974), H. L, S. 167 ff.

36 Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, S. 81 f., wo es u. a. heißt: „Die dynamische Grundtatsache der letzten 1½ Jahrhunderte, die ungeheure Volksvermehrung, die durch ihren Druck ganz neue geschichtliche Phänomene hervorruft, tritt hier wieder in das Licht. Politik blieb jetzt nicht Sache der Wenigen, sondern immer weiter von unten her nachdrängende Schichten wollten sie nun treiben.

nicht als soziales Gebilde, sondern nach den sogenannten menschlichen Kategorien der „Masse“ und der „Elite“ strukturiert sah[37] und qualvolle Visionen über den „Aufstand“ des Massenmenschen propagierte. Von diesem Geist scheint auch jener verbreitete Aphorismus aus der Feder eines BRD-Schriftstellers geprägt zu sein, der da besagen will, die Masse sei „eine Gesellschaft mit recht beschränkter Haftung.“[38] Natürlich fehlt auch die skeptizistische Weltuntergangsstimmung in diesem Zusammenhang nicht. Sie wurde z. B. von Georg Franz-Willing in seinem Buch über den Ursprung der Hitlerbewegung propagiert: Die Massen seien „im zwanzigsten Jahrhundert mehr als eine elementare Gewalt geworden, denn in ihnen mischt sich die naturhafte Triebkraft der industriellen Herdenmenschen mit der schicksalsträchtigen Macht der maschinentechnischen Zivilisation zu einem übergeschichtlichen Riesenwesen, das alle Züge endzeitlichen Untergangs zu tragen scheint.“[39] Ähnlich irrationalistisch und zugleich elitär ist es, wenn Martin Broszat allein in Hitler „die unerläßliche Integrationsfigur und Drehscheibe“ des faschistischen Geschehens sehen will sowie den Krieg gegen die UdSSR und den Genozid vorrangig aus der angeblichen Unfähigkeit des nationalsozialistischen Regimes ableitet, die von diesem „in Gang gesetzte plebiszitäre soziale Dynamik nicht entbehren“ zu können.[40]

Als Reaktion auf die ersten revolutionären Erhebungen der Massen unseres Jahrhunderts und unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus stand für den in seiner Macht erschütterten Imperialismus und für die bürgerlichen Parteien die Gewinnung eines eigenen Massenanhangs auf der Tagesordnung, wurde die Schaffung eines breiten Systems repressiver und manipulativer Massenbeeinflussung durch den Imperialismus zu dessen Existenzfrage. Als ein adäquates imperialistisches Herrschaftsprinzip definierte Lenin:

„Gegen die Volksrevolution, gegen den Klassenkampf kann man sich nicht auf die Polizei stützen, man muß sich ebenfalls auf das Volk, ebenfalls auf die Klassen stützen.“[41]

Die Methode der Spaltung der Arbeiterklasse und der Versuche, die rechten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer in den imperialistischen Machtapparat zu integrieren, blieb dabei primär. Sie wurde jedoch ergänzt durch die Bemühungen, die potentiellen Bündnispartner der Arbeiterklasse von dieser zu isolieren und über die irregeführten Mittelschichten in die Arbeiterklasse einzudringen. Die Arbeiterklasse war selbstverständlich auch die hauptsächliche Zielgruppe der faschistischen Propaganda, wenn auch sozusagen auf Umwegen. Es komme erst einmal darauf an, soll Hitler gesagt haben, Massen zu gewinnen, wenn auch kleinbürgerliche. Der Arbeiter würde dann schon folgen.[42]

Für unsere Diskussion über die speziellen Fragen der Massenbasis extrem reaktionärer Organisationen und der des faschistischen deutschen Imperialismus möchte ich einige Gedanken aus dem bisher Gesagten ableiten und etwas zugespitzt formulieren: Nicht *weil* der Faschismus nach Masseneinfluß strebt, war er Faschismus. Vielmehr ist er als Bewegung in einer Zeit und unter gesellschaftlichen Verhältnissen entstanden, da das Verhältnis des Imperialismus zu den Massen einer besonderen „Belastungsprobe“ ausgesetzt und relativ erfolglos war und sich demzufolge alle bürgerlichen Parteien mit Nachdruck das Ziel setzten, Massenorganisationen zu werden. Und in gleicher Weise war der Faschismus erst recht kein Faschismus, *weil* er über eine Massenbasis verfügte. Ihn unterscheidet von den anderen Herrschaftsformen und -bestrebungen des Imperialismus vor allem der offene Terrorismus zugunsten extrem reaktionärer Profitinteressen und die von ihm gewählte Kombination verschie-

---

Damit vermehrten sich aber auch die Schlüssel zum Giftschrank, in dem die Essenzen des Machiavellismus lagen. Aus einer aristokratischen Angelegenheit wurde der Machiavellismus zu einer bürgerlichen Angelegenheit, um schließlich Massenmachiavellismus zu werden.“

37 José Ortega y Gasset, Der Aufstand der Massen, Hamburg 1956, S. 8 f.

38 Hans Kasper, Revolutionäre und Reaktionäre. Sätze zur Situation, Düsseldorf und Wien 1969, S. 96.

39 Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919-1922, Hamburg und (West-)Berlin 1962, S. 6.

40 Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 18. Jg. (1970), H. 4, S. 408 f.

41 W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, Berlin 1958, S. 93.

42 Deutsche Sozialisten am Werk, hrsg. von Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, Berlin 1935, S. 17.

dener Methoden zur Gewinnung eines Massenanhangs. Bei letzterem spielte unter vielen anderen Methoden auch die der einheitlichen parteiorganisatorischen Bindung von Massen an den Imperialismus eine bestimmte und durchaus spezifische Rolle, was jedoch keineswegs als das entscheidende Kriterium des Faschismus verabsolutiert werden darf.

Die deutschen Faschisten widmeten über die für den Imperialismus Weimarer Prägung typischen Formen der politisch-ideologischen Massenbeeinflussung hinaus[43] der festen und einheitlich-disziplinierten Organisierung von Massen eine große Aufmerksamkeit. Sie wurde von den Nazis gleichzeitig in dem Maße verstärkt, wie sie ihnen Wahl- und andere Erfolge zu erringen half. Ich erinnere nur an den Aufbau des großen Organisationsapparates der Nazis in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, der wesentlich dazu beitrug, daß die NSDAP beim Übergang zur Weltwirtschaftskrise zur größten, in sich geschlossenen und skrupellos-schlagkräftigen Garde des deutschen Faschismus geworden war. Ich erinnere auch an die Auseinandersetzungen von 1933 über die Frage, ob der Zerschlagung der Gewerkschaften wirklich eine neue eigene Organisation der werktätigen Massen und insbesondere der Arbeiterklasse folgen müsse. Im Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, „Stahl und Eisen", wurde im Mai gewarnt:

„Der Staat hat die Masse nach Hause geschickt, also darf er sie auch nicht bei seiner weiteren Ordnungsarbeit wieder zurückrufen."[44]

Auf solche Vorwürfe antwortete Ley in seiner Rede vom 20. September 1933 auf der ersten Sitzung des faschistischen Generalrates der Wirtschaft, ohne die neue organisatorische Erfassung der ehemaligen Gewerkschafter wären 12 Millionen Menschen „heimatlos" geworden, und erläuterte in seiner hemdsärmeligen Art:

„Und ich sage Ihnen, meine Herren, einem Staate ist nichts gefährlicher als heimatlose Menschen. Da hat selbst der Kegelklub oder der Skatklub eine staatserhaltende Aufgabe. Da geht der Mensch abends hin und weiß damit, wohin er gehört ... hier war es eben von eminent großem Wert, daß die Arbeitsfront diese 12 Millionen Menschen wieder an ihren Platz im Staate setzte. Es waren zum Teil ja Gegner, die ohnehin schon von Mißtrauen und Haß erfüllt waren. Wenn nun der Staat gesagt hätte: nein, ihr kommt gar nicht in Frage, wir wollen euch nicht, vielleicht einmal eure Kinder, aber euch nicht, ihr seid verstoßen – glauben Sie mir, das wäre verhängnisvoll geworden."[45]

Die Nazipartei strebte, obwohl sie 1935 mit ihren 2,5 Millionen Mitgliedern einen Anteil von 5,38 Prozent an den Wahlberechtigten besaß, einen Anteil von 5 Prozent an der gesamten Bevölkerung an.[46] In Wirklichkeit lag dieser Prozentsatz viel höher, da ja die Gliederungen (vor allem die SA) und die angeschlossenen Verbände (vor allem die DAF) außerordentlich hohe Mitgliederzahlen aufweisen. Dennoch wurden aus der Partei-Statistik des Jahres 1935 Vorschläge abgeleitet, die die Gewinnung von weiteren 900.000 NSDAP-Mitgliedern vorsahen und die darüber hinaus die Vereinheitlichung der regionalen Mitgliederstruktur, die Verringerung des mit 42,8 Prozent bezifferten Anteils von nichtaktiven und nur beitragszahlenden Mitgliedern sowie die Lösung der als besonders wichtig erachteten Frage des „Führerverschleißes" betrafen.[47]

Zahl und Struktur der Mitgliedschaft der faschistischen Nazipartei haben auf jeden Fall in den internen Überlegungen vor allem der Reichsorganisationsleitung und des Reichsschatzmeisters der NSDAP eine große Rolle gespielt. Erstere steuerte Mitte der dreißiger Jahre das Ziel an, daß jeder

---

43 Es kann hier nur am Rande darauf verwiesen werden, daß die Faschisten auch diese Methode in hohem Maße praktizierten und weiterentwickelten. Der deutsche Faschismus gab von 1933 bis 1945 jährlich etwa 500 Millionen Dollar für propagandistische Zwecke aus. Vgl. C. A. Arbatow, Ideologischer Klassenkampf und Imperialismus, Berlin 1972, S. 83.

44 Paul Kassenbrock, Vorträge, in: Stahl und Eisen, Mai 1933, S. 454.

45 Zit. in: Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975, S. 36.

46 Vgl. Partei-Statistik, Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet). Hrsg. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Berlin o. J., Bd. 1, Parteimitglieder, S. 313.

47 Ebenda, S. III f. und S. 313-322.

zehnte Einwohner Mitglied sein sollte[48], was in der Praxis bedeutet hätte: jeder fünfte Mann über 18 Jahre. Im Stab von Heß wurde 1938 sogar erwogen, das gesamte System der angeschlossenen Verbände neu zu gestalten, wobei sowohl der Reichsnährstand als auch die Reichskulturkammer zu Organisationen umgebaut und „in die Partei" übernommen werden sollten.[49] Demgegenüber betonte Franz Xaver Schwarz immer wieder, je größer die Nazipartei werde, desto stärker wüchsen auch die Kosten, desto größer wurde die Notwendigkeit zu Säuberungen.[50] Es bleibt aber festzuhalten, daß schließlich beide Linien scheiterten. 1943 jammerten führende Nazis:

„Bei 7 Millionen Parteigenossen müßte schlechte Stimmung innerhalb des deutschen Volkes eigentlich unmöglich sein."[51]

Inwieweit die bekannte Zahl von zehn Millionen direkten Mitgliedern der Nazipartei am Ende des zweiten Weltkrieges, das wären ca. 16 Prozent der Bevölkerung, angesichts der besonderen und krisenhaften Verhältnisse überhaupt real (d. h. im Sinne der imperialistischen Massenbeeinflussung) waren, muß dahin gestellt bleiben und noch weiter untersucht werden.

So hoch diese Zahlen auch sein mögen, so können sie doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die direkte parteipolitische Organisierung von größeren Teilen der werktätigen Massen im System der politischen Massenbeeinflussung des Imperialismus in der Regel keinen hervorragenden Platz gegenüber den anderen Methoden von Repression und Manipulation einnahm und einnimmt. Nur sehr bedingt ist das an den Mitgliederzahlen der bürgerlichen Parteien im imperialistischen Deutschland und in der BRD abzulesen. Etwas aufschlußreicher sind schon die Relationen zwischen den Zahlen von Mitgliedern und Wählern der einzelnen bürgerlichen Parteien, weil ja die Wähler in der Regel nur zu einem geringen Teil von den Parteien organisatorisch erfaßt werden können. Nach einer großzügigen Schätzung gehörten den großen bürgerlichen Parteien in der Weimarer Zeit durchschnittlich etwa frei Millionen Mitglieder an, was eine Relation zur Wählerzahl von ca. 1 : 12 bedeuten würde. Für die Zeit der faschistischen Diktatur kann es keine vergleichbaren Zahlen geben, wobei aber die Relation 1 : 20 zwischen NSDAP-Mitgliedern und -wählern bei den Wahlen vom 5. März 1935 nicht uninteressant ist. In der BRD liegt diese Relation für alle Parteien auch etwa bei 1 : 20.[52] Da nach Kaltefleiters Schätzung nur zehn Prozent der Mitglieder auch aktiv parteipolitisch tätig seien, müßte man sogar mit einer Relation 1 : 200 rechnen.[53] Anders als mit der parteipolitischen Organisierung von Massen sieht es in der Geschichte des deutschen Imperialismus natürlich mit der Erfassung von Mitgliedern durch das weitläufige System imperialistischer und proimperialistischer Interessenorganisationen aus, was hier jedoch außer Betracht bleiben muß, weil dazu noch sehr umfangreiche Untersuchungen notwendig sind.

Insgesamt offenbaren sich jedoch gerade im Bereich des organisatorischen imperialistischen Masseneinflusses dessen Grenzen, die bei großen extrem reaktionären Organisationen besonders wirksam werden können. Jede Massenorganisation, auch wenn sie unter noch so reaktionärem Vorzeichen steht, wird unvermeidlich zum Bezugspunkt für den Klassenkampf[54], und dies umso mehr, je günstiger sich für die Massen das Kräfteverhältnis der Klassen im nationalen und internationalen Maßstab

---

48 Ebenda, S. 315.

49 Brief von Stellenleiter Pannenburg an Reichsamtleiter Albert Hoffmann vom 27.7.1938. Bundesarchiv Koblenz, NS 6, vorl. 380, unpag.

50 Vgl. z. B. Protokoll über die Tagung der Gauschatzmeister der NSDAP in München, 21.-23.3.1935, S. 30 f., Bundesarchiv Koblenz, NS 1, vorl. 421, unpag.

51 Schulungs-Unterlage, hrsg. von Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Hauptschulungsamt, 1943, S. 3.

52 Eine Erklärung für diese Erscheinung gibt: A. A. Galkin, der u. a. schreibt: „Die ‚Hinwendung zu den Massen' als Mittel zur Belebung des politischen Mechanismus des kapitalistischen Systems, das in der früheren Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus angewandt wurde, hat sich nicht als wirksam genug erwiesen, um diesem System auf längere Zeit Leben einzuflößen ... Nach dem Scheitern des faschistischen ‚Experiments' in Deutschland und Italien haben die herrschenden Klassen in den kapitalistischen Industrieländern diese Mobilisierung (der Massen, M. W.) unter einem liberal-demokratischen Banner betrieben." A. A. Galkin, Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Klassenkampf, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1975, H. 3, S. 243 f.

53 Vgl. Werner Kaltefleiter, Wandlungen des deutschen Parteienwesens 1949-1974, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, 5.4.1975.

54 Vgl. Palmiro Togliatti Lektionen über den Faschismus, Frankfurt/M. 1973, S. 65.

gestaltet. In ihrer Rede vom Juni 1923 vor der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale äußerte sich Clara Zetkin zur Massenbasis des italienischen Faschismus und erklärte:

„Es liegt auf der Hand, daß nach der sozialen Zusammensetzung seiner Truppen der Faschismus auch Elemente einschließt, die der bürgerlichen Gesellschaft außerordentlich unbequem, ja gefährlich werden können. Ich gehe weiter, ich behaupte, die der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich werden müssen, wenn sie ihr ureigenes Interesse verstehen."[55]

Dieser Gedanke konnte in den zwanziger und dreißiger Jahren nicht weiter verfolgt werden, da sich die faschistischen Parteien und Regimes als stabil erwiesen und die Rechtsopportunisten den antifaschistischen Kampf mit der fatalistischen und ihn verabsolutierenden Behauptung lähmten, der Faschismus werde automatisch an seinen inneren Gegensätzen zerbrechen.

Die höchste und umfassendste Form der direkten und einheitlichen organisatorischen Bindung von Massen an ein Regime praktizierte zweifellos der faschistische deutsche Imperialismus. Aber auch ihm ging es nicht schlechthin und allein um *die* disziplinierende Organisierung, sondern zugleich um eine möglichst einheitliche Organisierung von werktätigen Massen über die eigene soziale Basis sowie über die Klassenstruktur der Anhängerschaft hinweg.[56] Dazu äußerte sich zum Beispiel Max Frauendörfer, ein bekannter faschistischer Stände-Theoretiker, als er kurz nach der Errichtung der offen terroristischen Diktatur in Deutschland schrieb, daß das Volk „auch organisatorisch so erfaßt werden (soll), wie es seiner natürlichen Gliedhaftigkeit entspricht und wie es die Erreichung der nationalsozialistischen Ziele erforderlich macht ... *die Einheitlichkeit der Organisation ist letzten Endes das Unterpfand dafür, daß der gesamte Apparat mit allen seinen Aufgabengebieten nach einem Willen und damit erst erfolgreich eingesetzt werden kann*."[57] Weiter heißt es bei ihm, die Faschisten hätten die Schäden des „Klassenkampfes" und des „liberalistischen Chaos", womit er vor allen den hohen Grad der politischen Organisiertheit der deutschen Arbeiterklasse vor 1933 meinte, „auf *dem* Felde zu bekämpfen, auf dem sie gewachsen waren."[58]

Damit hatte Frauendörfer den Komplex der Ursache für den Kampf des faschistischen deutschen Imperialismus um eine einheitliche und einheitlich organisierte Massenbasis berührt, mit der sich sein Herr und Meister immer wieder beschäftigte. In der für Kirdorf und andere Monopolherren ausgearbeiteten Denkschrift „Der Weg zum Wiederaufstieg" von 1927 betonte Hitler, es sei eine „wesentlichste Voraussetzung" für die Lösung aller Ziele, die „restlose Eingliederung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft" zu erreichen. Dann schrieb er, die Nazipartei wünsche, daß die breite Masse, die „teils verderblich organisiert, teils in träger Gleichgültigkeit widerstandslos gemacht" worden sei, „aus den Händen ihrer derzeitigen internationalen, meist undeutschen Verführer und Leiter genommen" werde. Die NSDAP vollziehe „zunächst diesen Prozeß vorbildlich in ihren Reihen und liefert damit den Beweis für die Möglichkeit der Durchführung dieses Entschlusses." In diesem Zusammenhang steht dann auch der bezeichnende, selbstentlarvende und für das Verhältnis zu den werktätigen Massen typische Satz: Die Nazipartei sehe „dabei die Erfüllung sozial berechtigter Ansprüche als selbstverständlich, in Wahrheit überhaupt nur scheinbare Konzessionen an, denen der immense Wert einer die gesamte Nation umfassenden innigen Gemeinschaft aller und der daraus entsprießenden Kraft gegenübersteht."[59] Hitler formulierte später in seiner „Denkschrift über die inneren Gründe für die Verfügung zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung" vom 15. Dezember 1932, die m. W. bisher unveröffentlicht geblieben ist, noch etwas deutlicher:

---

55 Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus, in: Clara Zetkin, Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 299.

56 Der in diesem Zusammenhang wichtigen These von Timothy W. Mason, a. a. O., S. 39 f., ist völlig zuzustimmen: „Die gesellschaftliche Heterogenität der nationalsozialistischen Gefolgschaft veranlaßte die Parteiführung von Anfang an, schwere innere Gegensätze durch die Schaffung komplizierter Organisationsgebilde abzufangen, was schon 1933 zu einer ausgeklügelten manipulativen Technik geworden war."

57 Max Frauendörfer, Idee und Gestalt der ständischen Neuordnung, Berlin o. J., S. 15 f.

58 Ebenda, S. 15. Hervorhebung durch den Vf., M. W.

59 Zit. in: Weltherrschaft im Visier, a. a. O., S. 212 f.

„Da die Aufgabe der Organisation darin besteht, zwischen Erkenntnis und Willen *einerseits* und der Masse des Volkes *andererseits* eine verbindende Beziehung herzustellen, wird sie dieser ihrer Aufgabe umso mehr entsprechen, je weniger sie dabei selbst an Kraft verbraucht. Die kürzeste Leitung ist organisatorisch die beste."[60]

Eine der diesbezüglichen „Leitungsfragen" bestand für die Nazis in der sorgsamen Beobachtung aller Prozesse, aller auf das System der Diktatur zurückwirkenden Stimmungstendenzen und Veränderungen in ihrem Massenanhang. Daß sie dabei immer wieder auch an die Grenzen des imperialistischen Einflusses unter den werktätigen Massen stießen und dies vielen ihrer Entscheidungen zugrundelegten, ist bekannt und neuerdings von Timothy Mason detailliert, allerdings mit teils zu weitgehenden und teils falschen Schlußfolgerungen dargestellt worden.[61] Ich will in diesem Zusammenhang nur noch zwei Aspekte berühren, den der „Lenkbarkeit" des Massenanhangs und den seiner Stabilität.

Zum ersten erklärte Hitler in einer öffentlichen Verhandlung während seines Prozesses am 26. Februar 1924, daß man zwischen der Reichswehr und einer freiwilligen Organisation einen Unterschied machen müsse:

„... unsere Leute sind in einer gewissen Stelle dauernd – wenn ich mich richtig ausdrücke – präpariert worden, was selbstverständlich einen gewissen Eindruck machte: und sie waren doch nicht Rekruten, bei denen man sagen konnte: Stillgestanden! Oder: Kehrt! Weggetreten! Sondern dieses Präparieren hat mit der Zeit eine ganz bestimmte Grundanschauung hervorgerufen, die nicht so oder so geändert werden konnte. Jetzt ein Ja und dann ein halbes Nein und dann wieder ein halbes Ja, das mußte entweder zur Auflösung der Verbände führen oder zur Katastrophe."

Hitler setzte übrigens noch hinzu: „... ich werde dann unter Ausschluß der Öffentlichkeit mich hierüber eingehend äußern"[62], d. h. zur Taktik gegenüber den Massen durfte nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit gesprochen werden. Der Naziführer war sich also schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt darüber klar, daß trotz aller Militarisierung des inneren Lebens der NSDAP eine gesellschaftliche Organisation des Imperialismus mit Massencharakter anders zu leiten und lenken war als ein militaristischer Verband. Das zweite Beispiel: In einem Bericht des sogenannten Landes-Inspekteurs Mittel-Deutschland-Brandenburg nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 schrieb ein Naziführer:

„Im allgemeinen werden wir ja auch propagandistisch aus dem deutschen Volk nicht mehr als 12 bis 14 Millionen erfassen können. Die anderen müssen mit Gewalt erfaßt werden und dazu gehört die Macht."[63]

---

60 Bundesarchiv Koblenz, NS 22, von. 110, unpaginiert. In der gleichen Denkschrift sprach sich Hitler, dem bürgerlichen Historiker gern ein bewußtes Jonglieren mit mehreren Apparaten und Kompetenzstreitigkeiten unterstellen, für klar abgegrenzte Zuständigkeiten aus: Es wirke „verwirrend, wenn die Grenzen der Zuständigkeiten entweder unklar oder unlogisch gezogen sind."

61 Timothy W. Mason, a. a. O., S. 15 f., 67 ff., 96 f. Auf S. 105 f. heißt es u. a.: „Wie die hier vorliegende Dokumentation bezeugt, sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Jahren 1937-1939 nicht ausschließlich als Folge der forcierten Aufrüstung zu begreifen, sondern sie stellten auch selbst die größte Barriere gegen eine weitere Steigerung der Rüstungsproduktion dar. Die Vollbeschäftigung und ihre Auswirkung stellten den inneren Sieg vor allem deshalb in Frage, weil es dadurch zunehmend schwieriger wurde, den erforderlichen Anteil des Sozialproduktes, der Rohstoffreserven, der Industriekapazitäten und der arbeitenden Bevölkerung der Aufrüstung zuzuordnen. Die Unterordnung der Innen- unter die Außenpolitik und die Strategie war im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik *gerade durch die Aufrüstung* gefährdet. Die Behebung dieser Gefahren durch Maßnahmen zur Einschränkung des Konsums und zur Bewirtschaftung von Arbeitskräften stand die Besorgnis der Herrschenden um die politische Gunst der Beherrschten entgegen. Es war eine Krisenspirale ohne Ende; denn die Mobilisierung der deutschen wirtschaftlichen und militärischen Macht auf internationaler Ebene nach dem März 1938 erhöhte noch den Bedarf der Wirtschaft und der Wehrmacht an Arbeitskräften und verschärfte somit die Frage nach der politischen Zuverlässigkeit der Arbeiterklasse." S. 120: „Hitler optimale Strategie, die den Kriegsbeginn für die Zeit nach 1942 vorsah, war aus innenpolitischen Gründen vollkommen wirklichkeitsfern. Der Rüstungsstand, der diesem Plan zugrunde lag, war nicht zu erreichen, zum Teil weil die wirtschaftlichen Reserven Deutschlands dazu objektiv nicht ausreichten, vor allem aber weil die Regierung nicht imstande war, die dazu erforderliche Umverteilung des Sozialprodukts durchzusetzen."

62 Zit. in: Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, hrsg. und eingel. von Ernst Deuerlein, München 1974, S. 208.

63 Bericht des Landes-Inspekteurs Mitteldeutschland-Brandenburg vom 11. November 1952, S. 3, Bundesarchiv Koblenz, NS 22, verl. 347, unpag.

Präziser hatte es Wilhelm Frick nach seinen Erfahrungen als erster nationalsozialistischer Minister in Thüringen schon 1931 formuliert: „Die Masse der Arbeiter werden wir zweifellos erst gewinnen, wenn wir im Besitz der Macht sind.“[64]

Gerade die letzteren Zitate sind doch wohl sehr aufschlußreich und belegen folgende Tatsache: Imperialistische Macht und imperialistischer Masseneinfluß bedingen sich und stehen in Wechselwirkung zueinander. Ohne Einfluß unter den werktätigen Massen verfügt die Monopolbourgeoisie, gleich zu welcher Form ihrer Herrschaft sie greift, nicht über jenen Grad an politischer Macht, der notwendig ist, um alle ihre Ziele realisieren, um ihre Herrschaft stabil halten bzw. überhaupt erhalten zu können. Andererseits kann sie ohne die Anwendung ihrer politischen Macht weder eine umfangreiche Massenbasis aufbauen, noch diese sichern und ausnutzen. Daraus ergibt sich der m. E. für die Strategie und Taktik des antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes wichtige Gedanke, daß sich in dem Maße, wie durch den Kampf der Kommunisten und aller ihrer Verbündeten der politische und ideologische Einfluß des Imperialismus unter den werktätigen Massen eingeschränkt wird, zwangsläufig seine Machtpositionen verringern und günstigere Voraussetzungen für demokratisch-antiimperialistische Veränderungen, für die Durchsetzung des historischen Fortschritts entstehen. Will die revolutionäre Arbeiterklasse ihre historische Mission verwirklichen, muß sie – vor allem durch die Lösung der Machtfrage, aber auch im Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, im Ringen um Entspannung und Abrüstung – der scheinheiligen, skrupellosen und menschenfeindlichen Spekulation des Imperialismus mit den werktätigen Massen den Boden entziehen, muß sie die Voraussetzungen der für alle Ausbeuterordnungen typischen ständigen Produktion und Reproduktion von politischer Unreife, Rückständigkeit und Unerfahrenheit eines großen Teiles der werktätigen Massen beseitigen.

Die Tatsache, daß in der Vergangenheit größere Teile des werktätigen Volkes entgegen ihren objektiven Interessen für die Ziele der herrschenden Klasse formiert und mobilisiert worden sind und auch heute in manchen Teilen der Welt noch werden können, wird oft als Argument gegen die marxistische These von der Rolle der Volksmassen als Schöpfer der Geschichte benutzt. Dagegen ist von Marxisten-Leninisten nie bestritten oder außer acht gelassen worden, daß auch die Massen im Rahmen der geschichtlich gegebenen objektiven Möglichkeiten handeln müssen. Nur ausgesprochene Linkssektierer und Trotzkisten idealisieren die Volksmassen und vergessen, daß diese wie alle Teile der Gesellschaft unter den realen Bedingungen ihres gesellschaftlichen Seins leben. Nicht zuletzt sind von diesen Bedingungen der Bildungsgrad, die Informiertheit, die Organisiertheit und die Fähigkeit der Massen, bewußt gewordene Interessen durchzusetzen, abhängig.

Es darf einfach nicht übersehen werden, daß der Imperialismus als Ganzes (und damit auch seine extrem reaktionären Elemente) große Möglichkeiten besitzt, sich Gehör und Einfluß unter den Massen zu schaffen. Die Ergebnisse zahlreicher Wahlen und anderer bürgerlich-parlamentarischer Aktionen verdeutlichen das ebenso wie Ereignisse ‚ähnlich der breiten Kriegsbegeisterung in Deutschland des Jahres 1914. Das Beispiel der Massenbasis des faschistischen deutschen Imperialismus zeigte, wie umfangreich und intensiv solche Möglichkeiten waren und genutzt werden konnten. Andererseits genügt ein Blick in die Geschichte um zu erkennen, daß der imperialistische Masseneinfluß in sich sehr differenziert, in unterschiedlichem Maße stabil und qualitativ beschaffen ist. In seiner Rede vor dem Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sprach Lenin davon, daß nach bürgerlichen Begriffen dann von „Stärke“ eines Staates oder eines politischen Herrschaftssystems gesprochen werde, „wenn die Massen den Befehlen der imperialistischen Regierung gehorchen und blindlings zur Schlachtbank gehen. Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen.“[65] Solche weitreichende „Stärke“, im Sinne der Monopolbourgeoisie „vorzügliche“, das will heißen: außerordentlich profitable „Stärke“ erwächst jedoch nach meiner Auffassung nur aus der Existenz einer imperialistischen Massenbasis und unter Bedingungen, die einen skrupellosen Mißbrauch der Massenbasis möglich machen. Dazu reicht in der Regel

64 ZStA Potsdam, RMdl Nr. 26065, Bl. 16.

65 W. I. Lenin, Zweiter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, in: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 246.

der allgemein. disziplinierende, desorientierende oder neutralisierende Einfluß des Imperialismus auf die Massen nicht aus, selbst wenn die Massen gehorchen, um noch einmal Lenins Worte zu verwenden, aber nicht „blindlings zur Schlachtbank“ folgen.

Ohne die Diskussion auf vordergründige Typologie- und Definitionsstreitereien lenken zu wollen, muß an dieser Stelle einmal danach gefragt werden, was unter dem Begriff der Massenbasis eines imperialistischen Herrschaftssystems oder einer bürgerlichen Organisation überhaupt zu verstehen ist, zumal der Begriff in der Literatur oft und beinahe inflationär, in der Regel aber sehr unterschiedlich verwendet wird.[66]

Nach meiner Auffassung gehört dieser Begriff – obwohl er geschichtlich zunächst nur im Zusammenhang mit dem deutschen und italienischen Faschismus gebraucht wurde – zu den allgemeinen Kategorien, mit deren Hilfe das System der politischen Organisation der kapitalistischen Gesellschaft, insbesondere die politischen Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Klassenorganisationen bestimmt werden. Er ist mehrdeutig und meint in einem weiten, umfassenden Sinne generell eine Situation, in der die Mehrheit der werktätigen Massen sich nicht vom politischen und ideologischen Einfluß des Imperialismus lösen kann. Dafür dürfte auch Goethes Wort zutreffen, das nicht zufällig der ersten größeren Untersuchung von Hans Günther[67] über die faschistische Ideologie zugrunde gelegt wurde: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“

In einem engeren Sinne sollte darunter wohl eher ein bestimmtes Ergebnis des kombinierten Wirkens von Ausbeutung und Unterdrückung, von Macht und Ideologie, von Repression und Manipulation zu verstehen sein. Bei diesem Ergebnis ist das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den werktätigen Massen vor allem durch die Fähigkeit von Regierungen oder/und Parteien der Monopolbourgeoisie charakterisiert, die Mehrheit großer, von ihnen überhaupt erreichbarer Menschengruppen für eine gewisse Zeit so beeinflussen zu können, daß diese *erstens* fast völlig auf die objektiv eigenständigen, politischen, sozialen und ideologischen Aktivitäten verzichten, sich *zweitens* weitgehend mit den bestehenden Eigentums- und Machtverhältnissen identifizieren, sich *drittens* gegenüber den Herrschenden loyal verhalten sowie *viertens* sich besonders in Krisen- und Kriegszeiten selbst für die friedens- und menschenfeindlichsten Interessen des Monopolkapitals formieren und mobilisieren lassen. Voraussetzung einer imperialistischen Massenbasis ist es in jedem Fall, daß es Regierungen und Parteien der Monopolbourgeoisie gelingt, größere Teile der Massen in den Klassenauseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus zu desorientieren, zu neutralisieren und von der Beteiligung am politischen Klassenkampf auf der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung abzuhalten. In diesem Sinne ist die Massenbasis vielleicht vorrangig als Ziel aller imperialistischen Versuche zur politischen und ideologischen Beeinflussung der werktätigen Massen zu sehen, das nicht allzu oft und nur unter bestimmten Voraussetzungen erreicht werden konnte. Hitler hat auf seine Weise dieses Ziel vor dem Generalrat der Wirtschaft formuliert:

„Man muß ein Volk dazu erziehen, daß es durch Dick und Dünn mit seiner Regierung marschiert und daß es sich zeit seiner Regierung absolut verbunden fühlt, ein Volk, in das man die ganzen Momente psychologischer Art sofort hineingeben kann, das man aufputschen kann, das man begeistern kann und das man mitreißen kann.“ Mit düsterer Prophetie setzte er hinzu: „Wenn das nicht möglich ist, sind alle Maßnahmen vergeblich, muß man kapitulieren.“[68]

Umfang und Intensität einer imperialistischen oder faschistischen Massenbasis sind aber trotz notwendiger begrifflicher Verallgemeinerungen immer im jeweiligen historisch-konkreten Zusammen-

---

66 So spricht z. B. Dieter Mühle, Zur Rolle der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ in der BRD, in: IPW-Berichte, 5. Jg. (1976), H. 7, 3. 49, davon, daß der Rechtsextremismus in der BRD „über eine nicht unbeträchtliche traditionelle Massenbasis“ verfüge und diese „scheinbar aus dem Nichts entstehen“ könne. An anderer Stelle wird von der Massenbasis des kalten Krieges gesprochen. Vgl. T. T. Timofejew, Einige Tendenzen der Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 29. Jg. (1976), H. 3, S. 238.

67 Vgl. Hans Gunther, Der Herren eigener Geist, Moskau 1935.

68 Zit. in Timothy W. Mason, a. a. O., S. 100.

hang zu erfassen. Bezogen auf die Arbeiterbewegung verwies Lenin darauf, daß der Begriff Masse sich verändert, „je nachdem sich der Charakter des Kampfes ändert“. Es habe in der Geschichte Fälle gegeben, wo „einige tausend Arbeiter schon die Masse vertraten“. In revolutionären Zeiten ändere sich dagegen der Begriff der Masse „in dem Sinne, daß man darunter die Mehrheit zu verstehen hat, und zwar nicht nur die einfache Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausgebeuteten.“[69] Im übertragenen Sinne gilt das auch für die Konterrevolution, die mit der Masse von nur einigen tausend siegen, ihre Macht aber ohne Beeinflussung der Mehrheit des Volkes nicht behaupten und schon gar nicht dauerhaft, stabil einrichten kann.

Als politischer Faktor tritt die geschichtlich wirksame Energie der werktätigen Massen unter den Bedingungen der Ausbeuterherrschaft nicht ständig zutage, sondern vor allem in Befreiungskämpfen und revolutionären Umbruchzeiten. Es verwundert daher nicht, wenn gerade heute, im Zeichen unseres wachsenden Einflusses auf die Geschichte der Welt und des sich verstärkenden ideologischen Klassenkampfes, die antikommunistischen Apologeten des Monopolkapitals ihr propagandistisches und theoretisches Sperrfeuer insbesondere gegen die politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft, gegen die sozialistische Demokratie sowie gegen das grundsätzlich harmonische Verhältnis zwischen der marxistisch-leninistischen Partei und dem Volk richten. Dabei handelt es sich nicht nur um ideologische Exerzitien einiger bürgerlichen Ideologen. Sie fürchten letztlich nichts mehr als die politische Aktivität der Volksmassen, die Ausstrahlungskraft des geschichtlichen Beispiels, das der real existierende Sozialismus den Völkern der Welt bietet. Sie bangen um nichts mehr als um den gesetzmäßigen Zusammenbruch ihrer verzweifelten Bemühungen, die Massen vom gemeinsamen Kampf gegen Macht und Einfluß des Monopolkapitals abzuhalten.

Erst unter den Bedingungen der Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wird die mehrere tausend Jahre alte Diskrepanz zwischen dem materiellen Schöpfertum der werktätigen Massen und ihrem Anteil an der Politik, an der konkreten Gestaltung aller Überbauverhältnisse aufgehoben. Wie Lenin in seinem Werk „Staat und Revolution“ bereits hervorhob, setzt „erst mit dem Sozialismus die rasche, wirkliche, wahrhafte Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der *Mehrheit* der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung ein.[70] Erst im Sozialismus/Kommunismus werden die werktätigen Massen aus einem Objekt zu einem vollberechtigten und ständig wirksamen Subjekt der Politik.[71] Darin liegen nicht zuletzt die Stärke des Sozialismus und seine geschichtliche Überlegenheit begründet. In dem schon erwähnten Schlußwort zur Rede über den Frieden vor dem Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten erklärte Lenin, diese Stärke erläuternd:

„Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen und alles bewußt tun.“[72]

Die Tatsache – und mit diesem Gedanken möchte ich schließen –, daß bei uns die Volksmassen alle Seiten ihrer Rolle für die Geschichte schöpferisch und frei entfalten können, bedingt zugleich die Existenz einer wirklichen, umfassenden und von antagonistischen Gegensätzen befreiten Massenbasis des historischen Fortschritts.

Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“. Nr. 42, September 1977, S. 5-39.

---

69 W. I. Lenin, III. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale. 1. Juli (1921), in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 498 f.

70 Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 486.

71 G. A. Arbatow, a. a. O., S. 83; Das widerspiegelt sich auch in dem von Erich Honecker erstatteten Rechenschaftsbericht an den IX. Parteitag der SED, in dem es heißt: „Partei und Volk sind eine Einheit. Sie gehören für immer zusammen Die Politik unserer Partei verwirklicht sich in den Taten des werktätigen Volkes.“ IX. Parteitag der SED. Berlin 18. bis 22. Mai 1976. Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1976, S. 7 f.; Vgl. auch Heinrich Opitz, Die Stärke unserer Ordnung liegt im Bewußtsein der Massen. Zur wachsenden Rolle des subjektiven Faktors, in: Neues Deutschland, Berlin, 10./11.4.1976.

72 Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 246.

Neofaschistische „Karriere“ für Profit des Monopols

Beunruhigend sind die Nachrichten, die uns Woche für Woche, Tag für Tag und mitunter sogar stündlich aus bestimmten „braunen“ Gefilden westlicher Länder erreichen. Ob es sich um die Gründung von „Bürgerwehren“ im Stil der SA im niedersächsischen Weserbergland. um die Naziaufmärsche zum 13. August in sieben Städten der BRD, um Hakenkreuzschmierereien oder um das Spektakulum des berüchtigten Films „Hitler – eine Karriere“ handelt – alles hat ein schreckliches, gefährliches Ausmaß angenommen.

Nach Angaben eines sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlers treiben gegenwärtig extrem reaktionäre Organisationen in etwa 60 Ländern des imperialistischen Teils der Welt ihr Unwesen. In den USA sollen es rund tausend, in Japan etwa 500 sein. In der BRD existieren – noch offiziellen Angaben – über 150 solcher Parteien, Vereine und Terrorgruppen und erscheinen 121 nazistische Presseorgane mit jährlich mehr als 11,6 Millionen Exemplaren. Gleichzeitig häufen sich in jüngster Zeit die Bemühungen, selbst die barbarische Herrschaft der Hitlerdiktatur reinzuwaschen und für die geistige Manipulierung der Bevölkerung auszunutzen. Neben dem Fest-Film über Hitler glorifizieren die Bildschirme der BRD den SS-Mörder Heydrich und andere faschistische Verbrecher. Ein Ende dieser „neuen Phase“ in der Wertung des deutschen Faschismus und der „Revision des Hitler-Bildes“ ist noch nicht abzusehen.

Zufälle scheiden als Ursachen dieser Entwicklung, nach denen in diesen Tagen immer wieder gefragt wird, aus. Natürlich gibt es sehr viele Gründe. Auf einige sei hier verwiesen.

Drang nach Profit und Aggression

Wie die ganze Geschichte unserer Epoche zeigt bemühten, sich die herrschenden Kreise in den imperialistischen Ländern immer wieder, aus dem ständig dichter und komplizierter werdenden Geflecht ihrer inneren Widersprüche sowie aus ihren vielfältigen Krisen vor allem mit Hilfe eines aufgeblähten Rüstungsapparates, aggressiver Politik und militärischer Abenteuer herauszukommen. In den einzelnen Perioden der allgemeinen Krise des Kapitalismus hat sich dieser Drang des Monopolkapitals gesetzmäßig verstärkt. Dies ging stets mit Versuchen unterschiedlichster Art zur Stabilisierung seiner innenpolitischen Machtpositionen und zu antidemokratischen, autoritären Modifikationen seiner Herrschaftsform Hand in Hand. In der Regel erwiesen sich die Phasen akuter Krisen und sich zuspitzender Klassenkämpfe als Zeiten einer menschenfeindlichen, militanten und extrem reaktionären Negation des gesamten gesellschaftlichen Fortschritts und selbst der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, d. h. eines stärkeren Hervortretens organisierter ultrarechter und faschistischer Kräfte.

Gefördert, aber ohne großen Einfluß

So versuchen auch heute einflußreiche staatsmonopolistische Gruppen, mit militaristischen und rechtsextremistischen Mitteln der Vertiefung der allgemeinen Krise zu entgehen. Sie fördern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes, sie forcieren die Aufrüstung, sie bekämpfen die bisherigen Ergebnisse des Ringens der sozialistischen Staaten und der progressiven Kräfte um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz sowie der politischen und militärischen Entspannung.

Das bedeutet nicht nur eine Verschärfung der internationalen Beziehungen, sondern auch größeren Spielraum für rechtsextremistische und offen faschistische Kräfte. Manchen Teilen der Monopolbourgeoisie erscheint der Faschismus – natürlich modernisiert und modifiziert – wieder als ein möglicher Ausweg aus Situationen, in denen sie ihre Macht und die Höhe des Profits durch die inneren Probleme beispielsweise der lang anhaltenden, umfassenden Arbeitslosigkeit ernsthaft gefährdet sehen. Die Wurzeln liegen in der Existenz des Imperialismus, in seinem Expansionsstreben und in seiner Aggressivität.

Ja, es ist Tatsache, daß die Mehrheit der Monopolgewaltigen sich nicht mit den gegenwärtigen faschistischen Kräften identifiziert. Demnach erfreuen sich die Regimes und Organisationen des

gegenwärtigen Faschismus großer materieller, ideeller und juristischer Unterstützung. Ihnen dient vor allem jede Art von Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, jeder Schritt zur weiteren Beschneidung sozialer Errungenschaften und politischer Freiheiten, jede Aktion gegen progressive und friedliebende Kräfte, jede „Tendenzwende“ und Schwenkung nach rechts. Solche Schritte, die in der. Regel für sich genommen nicht faschistisch sind, begünstigen objektiv die dem Imperialismus wesenseigenen Tendenzen zum Faschismus. Der vorsorgliche Ausbau und die Perfektionierung eines terroristischen Apparates sowie faschistische Erscheinungen in Politik und Ideologie gehören heute auch zu den Voraussetzungen flexiblerer Varianten imperialistischer Herrschaftsausübung.

Offensichtlich vollziehen sich gegenwärtig wichtige Prozesse der Umgruppierung und Neuformierung der faschistischen Kräfte, die mit der Anpassung der „traditionalistisch“, das heißt, auf eine einfache Fortführung des Modells der zwanziger und dreißiger Jahre orientierten Gruppen an die neuen Existenzbedingungen des Imperialismus verbunden sind. Dabei geben sich die legalen politischen Organisationen mehr und mehr als „gemäßigt“, sie wollen sich nicht länger „in die braune Ecke“ “stellen lassen und suchen nach neuen Formen einer Zusammenarbeit mit den konservativen Parteien. Mit allen Mitteln des Antikommunismus und Antisowjetismus, mit militaristischer Abenteuerlichkeit und entspannungsfeindlicher Politik, mit sozialer Demagogie und vor allem mit Hilfe terroristischer Aktionen bemühen sich die extrem reaktionären Kräfte des Imperialismus, die ihnen immer noch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll zu nutzen.

Antifaschistischer Kampf – ein Gebot unserer Zeit

Viele Menschen fragen sich, was gegen die neue braune Gefahr und die mögliche „Karriere“ neuer Faschisten im Dienste des Monopolkapitals getan werden kann. Die Antwort findet sich in zahlreichen Dokumenten der internationalen Arbeiterbewegung und der weltweiten Friedensbewegung. Die umfassende und zugleich differenzierte Taktik des antifaschistischen Kampfes beinhaltet vor allem die Forderungen

- auf nationaler und internationaler Ebene alle offenen und versteckten Methoden der Propagierung der faschistischen Ideologie zu entlarven;
- in jedem Land eine geschlossene antifaschistische Bewegung zu schaffen;
- die Praktiken reaktionärer Diktaturen, die faschistische Methoden der Gewalt und Unterdrückung anwenden, zu verurteilen;
- wachsam zu sein und für das Verbot neofaschistischer Gruppierungen und anderer Aktivitäten rechtsextremer Kräfte einzutreten,
- die faschistischen Regimes international zu isolieren, um den antifaschistischen Kampf wirksam zu unterstützen, den die Völker dieser Länder unter den Bedingungen des Terrors führen; besonders wichtig ist es, alle Formen der Wirtschafts- und Militärhilfe zu entlarven, um die Regierungen, die sie gewähren, zu deren Einstellung zu zwingen.

Die Strategie und Taktik der revolutionären Kräfte in aller Welt geht davon aus, daß die Gefahr des Faschismus weder unterschätzt noch überschätzt werden darf und daß es folglich darauf ankommt, die allgemeinen Aufgaben des Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus mit den spezifischen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes zu verbinden. Das schließt die Notwendigkeit ein, alle Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Faschismus sorgfältig zu analysieren, die Erfahrungen und Lehren des bisherigen Kampfes gegen den Faschismus zu verallgemeinern, wobei in der Faschismus-Analyse durch die Kommunistische Internationale in den 20er und 30er Jahren ein festes marxistisch-leninistisches Fundament gelegt wurde.

Volkswacht, 10.09.1977, S. 4.

Aufbruch in die Zukunft der Menschheit

Vor dem 60. Jahrestag des Roten Oktober

Jahrtausendelang herrschten auf der Erde Ausbeutung und Unterdrückung, ersetzten Revolutionen lediglich eine alte Ausbeuterordnung durch eine neue. Die Geschichte kennt viele Revolutionen und andere Ereignisse von hohem Rang, die alle untilgbare Spuren in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hinterlassen haben. Sie kennt auch viele Dekrete, Deklarationen und Erklärungen von großer Bedeutung.

Vor 60 Jahren, mit dem Roten Oktober, begann jedoch etwas völlig Neues und Größeres, vollzog sich ein grundsätzlicher Wandel, begann das Kapitel II der Weltgeschichte. Das Leben der Menschheit wurde in solche Bahnen gelenkt, die erstmals und tatsächlich eine kämpferische und schöpferische Selbstverwirklichung der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Persönlichkeit ermöglichten. Den zehn Tagen, die die Welt erschütterten, folgten bereits sechs Jahrzehnte, die alle Existenzformen des gesellschaftlichen Lebens der Menschen so gründlich veränderten und erneuerten wie keine Revolution zuvor.

1917 begann die Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, in der unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei die Arbeiterklasse ihre historische Mission verwirklicht und damit zum Vollstrecker der Marxschen Forderung wird, daß „der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei“ und es folglich gelte, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“[1]

Bahnbrecher des historischen Fortschritts

Wenn wir in diesen Tagen das historische Jubiläum, den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begehen, so erfolgt das in Hochachtung und Dankbarkeit für die bahnbrechenden Leistungen der Partei und des Landes Lenins auf dem Wege zum gesellschaftlichen Fortschritt. Wenn wir den gesamten Verlauf der Weltgeschichte seit 1917 überschauen, so erfolgt das in der Erkenntnis, daß die Sowjetunion den Pionier des historischen Fortschritts der Menschheit darstellt. In der Gegenwart spüren wir überall die weltverändernde Kraft der Ideen des Roten Oktober und seiner revolutionären Dekrete, sei es im real existierenden Sozialismus der UdSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, sei es im Einfluß der Kräfte des Sozialismus und des Friedens auf die internationale Entwicklung und auf die Demokratisierung der internationalen Beziehungen zwischen allen gleichberechtigten Völkern, sei es im Kampf zur Sicherung des Friedens und um die Durchsetzung der Normen friedlicher Koexistenz in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, sei es im Aufschwung des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse und sei es nicht zuletzt auch im Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems. Die Welt hat ein neues, menschlicheres Gesicht erhalten, und das trotz der Tatsache, daß der Hauptfeind des Menschheitsfortschrittes, der Imperialismus, immer noch in einigen Teilen der Welt existiert und mit allen Mitteln nach einer gegenrevolutionären Antwort auf den Roten Oktober und seine Wirkung sucht.

Der II. und III. Gesamtrussische Sowjetkongreß nahm zwischen dem 25. Oktober (7. November) 1917 und dem 18. Januar (31. Januar) 1918 eine Reihe wichtiger Dekrete an, beispielsweise das Dekret über den Frieden, die Deklaration über die Rechte der Völker Rußlands und die Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes. Am 26. Oktober, einen Tag nach dem von der Partei der Bolschewiki erfolgreich geführten bewaffneten Aufstand in Petrograd, beschloß der II. Sowjetkongreß, daß „die ganze Macht ... allerorts an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten“ übergeht und diese „eine wirkliche revolutionäre Ordnung zu gewährleisten haben.“[2]

---

1 Karl Marx, Zur Kritik der Hegel-scheu Rechtsphilosophie, Einleitung, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1956, S. 385.

2 W. I. Lenin, Werke, Bd. 26, Berlin 1967, S. 237.

Dekrete für eine neue Epoche

Die Dekrete der Revolution nahmen rasch reale Gestalt an. Sie blieben nicht bloßes Papier und erlitten schon gar nicht jenes Schicksal. das allen vergleichbaren Dokumenten bürgerlicher Herkunft widerfuhr: für die werktätigen Menschen nicht einmal das Papier wert zu sein, auf dem sie gedruckt wurden. Mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats wurde ein neuer Typus der Macht und der Demokratie geschaffen, den die Geschichte bis dahin noch nicht gekannt hatte, wurden Macht und Demokratie erstmals in der Geschichte der Menschheit vereinigt, wurden staatlich-politische und gesellschaftlich-politische Macht organisch zum Nutzen der Menschen miteinander verschmolzen.

Die Dekrete der ersten siegreichen sozialistischen Revolution atmeten den Geist eines neuen Zeitalters der Menschheitsentwicklung. Sie wurden mit Leben erfüllt und damit zu Passierscheinen für den Weg der Menschheit in eine demokratische und menschenwürdige, weil sozialistische Zukunft. Da für ihr menschliches Anliegen zugleich menschenwürdige Bedingungen geschaffen werden konnten, bildeten sie damals und bilden sie auch heute noch die prinzipielle Richtschnur für den sozialistischen Aufbau und den weltweiten Klassenkampf gegen den Imperialismus. für die Umgestaltung des Systems der internationalen Beziehungen sowie für den Übergang der Völker in den jungen Nationalstaaten vom Ringen um politische Unabhängigkeit zum Kampf um die ökonomische Befreiung vom Imperialismus. In diesem Sinne hat die Oktoberrevolution wie kein anderes Ereignis das gesellschaftliche Leben der Menschen im 20. Jahrhundert revolutioniert und zugleich demokratisiert, wobei ihre Auswirkungen von vornherein nicht auf ein Land beschränkt bleiben konnten.

Lenin und die bolschewistische Partei wußten um die historische Tragweite und die internationale Bedeutung der sozialistischen Revolution. Sie liefen sich nicht nur in ihrem Aufbau des Sozialismus davon leiten, sondern trugen aktiv zum Prozeß der gesetzmäßig zunehmenden Internationalisierung des proletarischen Klassenkampfes bei. Selbstbewußt und fordernd zugleich erklärte Lenin anläßlich des vierten Jahrestages der Oktoberrevolution, daß den Bolschewiki „das Glück zuteil geworden ist, den Aufbau des Sowjetstaates *zu beginnen* und damit eine neue Epoche der Weltgeschichte *einzuleiten*, die Epoche der Herrschaft der *neuen* Klasse, die in allen kapitalistischen Ländern unterdrückt ist und die überall zu neuem Leben, zum Sieg über die Bourgeoisie, zur Diktatur des Proletariats, zur Erlösung der Menschheit vom Joch des Kapitals, von den imperialistischen Kriegen vorwirtsschreitet.“[3] Die Oktoberrevolution setzte der ungeteilten Herrschaft des Imperialismus ein Ende und legte das Fundament eines künftigen sozialistischen Weltsystems. Sie führte zu einer gewaltigen Beschleunigung, Bereicherung und Machtentfaltung des revolutionären Weltprozesses, in dem ihre Lehren sich täglich neu als allgemeingültig erweisen und bewähren.

Erprobte und bewährte Lehren

Der reale Sozialismus die Verkörperung der Hauptrichtung des sozialen Fortschritts in der Welt, wie Genosse Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU erklärte – formierte sich als Weltsystem in prinzipieller und schöpferischer Verwirklichung der Ideen und Lehren des Roten Oktober. Heute gehören die allgemeingültigen Erfahrungen der ersten sozialistischen Revolution und des Aufbaues einer neuen Gesellschaftsordnung in zahlreichen Ländern zum erprobten Allgemeingut der kommunistischen Weltbewegung. Die in sechs Jahrzehnten praktisch erwiesene internationale Vorbildwirkung der Oktoberrevolution erhärtete Lenins Feststellung aus dem Jahre 1920, daß der revolutionäre Prozeß in seinem Lande keineswegs ausschließlich spezifisch russische Züge trägt, sondern internationale Geltung besitzt, weil sich eine Reihe ihrer Grundzüge „mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Maßstab wiederholen“ werden.[4]

Gleichzeitig verstand Lenin die epochale Bedeutung der Revolution von 1917 nicht – übrigens schon damals in striktem Gegensatz zu allen rechten und linken Opportunisten – als eine schablonenhafte und gleichförmige Übertragung der „russischen Erfahrungen“, sondern als eine solche Anwendung ihrer Grundprinzipien, „bei der diese Prinzipien im *einzelnen richtig modifiziert* und

3 W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 35.
4 W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 5.

den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewandt werden.“[5]

Notwendiges Siegel der politischen Macht

Die revolutionären Veränderungen in der Welt während der letzten Jahrzehnte weisen mannigfaltige politische Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus aus, immer wieder aber gleichzeitig die Unumgänglichkeit der politischen Macht in den Händen der von ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten Arbeiterklasse. Der „erste Schritt in der Arbeiterrevolution“, so hieß es bereits im Kommunistischen Manifest in der Sprache von Marx und Engels, ist „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie.“[6]

Ohne den Wechsel der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände der Arbeiterklasse, ohne den Übergang von der bürgerlichen Herrschaft – und gebärde sie sich noch so demokratisch – zur sozialistischen Demokratie ist noch nirgends eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut worden. Das Tor zu einem grundsätzlich neuen Kapitel menschlicher Existenz und menschlichen Zusammenlebens bleibt verschlossen, wenn die Frage der Macht – so wie es die Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution lehren – nicht als die Grundfrage jeder Revolution verstanden wird. Die Passierscheine in die Zukunft der Menschheit – unabhängig von ihrer konkreten Gestaltung und Form, von ihrem Datum – müssen das Siegel der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten tragen.

Viele jener Revolutionen, Ereignisse und Erklärungen, von denen zu Beginn dieses Artikels die Rede war, verblassen und verlieren an Bedeutung für die Gegenwart, je weiter sie zurückliegen. Die ersten Dezennien unserer Epoche beweisen dagegen, daß die allgemeingültigen Lehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution nichts, aber auch gar nichts von ihrer Aktualität einbüßen. Im Gegenteil: Sie entfalten sich immer umfassender und lassen ihren universalen Charakter (wie am Beispiel der Frage der Macht angedeutet) immer deutlicher erkennen. Wer die geschichtliche Wegstrecke seit dem Oktober 1917 überdenkt, kann und darf nicht übersehen, daß alle Erfolge des Weltsozialismus unlöslich mit der Verwirklichung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, mit der schöpferischen Aneignung und Bereicherung der Lehren des Roten Oktober verbunden sind.

Volkswacht, 05.11.1977, S. 5.

5 Ebenda, S. 79.
6 Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481.

„... aber ausgerechnet den?!

Zur Aktualität einer Frage von 1942

Als Erich Weinert 1942 seinen beißenden Spott über den „größten Feldherrn aller Zeiten“ – wie sich Hitler gern nennen ließ – ergoß und jene berühmte Frage stellte, die als Titel über diesem Beitrag steht, da war das Ende der faschistischen Diktatur in Deutschland und das ihres „Führers“ schon abzusehen Da hatten die Soldaten der Sowjetarmee in der Schlacht vor Moskau bereits den Mythos der Unbesiegbarkeit des faschistischen Militärs zerstört, sich die Völker in der Antihitlerkoalition zusammengefunden und geeinigt, mit den faschistischen Verbrechern keinen Frieden zu machen, sondern das deutsche Volk zu befreien und die braune Barbarei völlig zu vernichten. Der Antifaschist und Dichter des kämpfenden Proletariats fragte aber nicht nur, warum 10 Jahre zuvor ausgerechnet der Naziführer zum obersten Repräsentanten des faschistischen deutschen Imperialismus auserkoren worden war, sondern zugleich auch, welchen Platz Hitler wohl im „Panoptikum“ der Geschichte einnehmen werde.

Das Volk der DDR gab darauf eine eindeutige Antwort

Nun, das Volk unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik gab darauf eine eindeutige Antwort: Mit der restlosen Beseitigung der Wurzeln des Faschismus und der Gestaltung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse wurde die unheilvolle Vergangenheit sicher und endgültig bewältigt. Es gibt für uns kein Problem Hitler. Wir wissen um die geschichtlichen Zusammenhänge zwischen Imperialismus und Faschismus, wir wissen um die Ziele der extrem reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals, die in der Weimarer Republik den Faschistenhäuptling und seine Partei förderten und ihn schließlich am 30. Januar 1933 an die Macht schoben.

Menschenfeindliche „Hitler-Welle“

Demgegenüber waren und sind die bürgerlichen Ideologen bemüht, Hitler als die hauptsächlichste Triebkraft der Geschichte zwischen 1919 und 1945 zu heroisieren oder auch zu dämonisieren, auf jeden Fall ihn allein für alle Verbrechen und nicht zuletzt auch für die Niederlage verantwortlich zu machen. In jüngster Zeit häuften sich in der BRD die Bestrebungen, den toten „Helden“ des extremen Antikommunismus und Antisowjetismus zu neuem Leben zu erwecken, mit ihm Politik gegen den historischen Fortschritt zu betreiben. Eine, neue „Hitler-Welle“ überrollt den Büchermarkt, geistert in den Medien und erobert sich Bühne und Fernsehschirm. Mit kräftigen Strichen wird an einem „neuen“ Hitler-Bild gezeichnet, wobei nicht nur das „Menschliche“ an Hitler hervorgehoben, sondern zugleich die Menschenfeindlichkeit des Faschismus übertüncht werden soll.

Davon brauchte man an und für sich nicht viel zu schreiben, wenn nicht die Frage bliebe, warum diese Art bürgerlicher Geschichtsbetrachtung ausgerechnet heute und ausgerechnet am Beispiel der Naziführer praktizier t wird. „Ausgerechnet wieder den?“, so könnte heute mit Weinerts Worten gefragt werden.

Allen ist offensichtlich, daß die Rechtsentwicklung in der BRD eine qualitativ neue Stufe erreicht hat. Dafür strebt man auch nach einer mehr oder weniger offenen Rehabilitierung des Faschismus, um unter den werktätigen Massen breite Zustimmung für die Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten sowie für neue autoritäre Machtformen gewinnen zu können. Die Diktatur der Jahre 1933.1945 wird daher mehr und mehr in freundlichem Ton und wohlwollender Beleuchtung dargestellt, so daß sie gar nicht mehr als so schlimm erscheint und ihre angebliche „Übereinstimmung“ mit den Interessen der Volksmassen hervortritt. Wer die Arbeitslosigkeit beseitigt, wer Ordnung und Sicherheit gewährt, wer den Terrorismus bekämpft sehen wolle, der müsse sich auch für den „starken Staat“, für einen „starken Mann“ engagieren. Das sind die Denkschablonen, die immer wieder publiziert und in die Köpfe der Bundesbürger eingetrichtert werden, aufs engste verknüpft mit der vehementen Hetzkampagne gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten.

Kronzeugen eines „deutschen Schicksals“?

Die entspannungsfeindliche Menschenrechtskampagne des Imperialismus wird in der BRD von einer sorgsam abgestimmten, vielgestaltigen Aktion zur Rehabilitierung nicht nur Hitlers, sondern auch

fast aller Naziführer begleitet. Eine der widerlichsten Sumpfblüten ist der Illustrierten „Stern“ (Auflage: 1,8 Millionen) zu entnehmen. Im Zusammenhang mit dem Vorabdruck der Tagebücher von Joseph Goebbels aus den Jahren 1943 bis 1945, die bis jetzt verschollen waren, avancierte der faschistische Propagandaminister sogar zum Kronzeugen eines angeblich „deutschen Schicksals“! In den einführenden Bemerkungen wird mitleidheischend erklärt, Goebbels habe sein ganzes politisches Leben lang fast immer das Gegenteil von dem getan, was er eigentlich wollte. Er sei eigentlich kein Antisemit gewesen – das „deutsche Schicksal“ habe ihn jedoch zum schärfsten Judenverfolger werden lassen; er sei kein Antibolschewist gewesen – dennoch, mußte (!) er zum fanatischen Einpeitscher des Vernichtungsfeldzuges gegen den Kommunismus werden; er sei gegen den Krieg gewesen – aber konnte ihn nicht verhindern und betrieb eine perfekte Kriegspropaganda; er sei durch und durch Zivilist gewesen – habe aber vom Militarismus schwärmen müssen; er habe sich immer als „Revolutionär“ und „Sozialist“ gefühlt – konnte aber ähnlich wie Göring (!) seinen „Hang zu Wohlleben und Luxus“ nicht überwinden ...

Alles das war Schicksal? Noch dazu ein deutsches? Nein, zu solchen Auffassungen kann offensichtlich nur kommen, wer ein ähnliches „Schicksal“ ansteuert und einen neuen imperialistischen Krieg im Sinn hat. Mit der Rehabilitierung der Naziführer soll davon abgelenkt werden, daß die politischen Führer der Monopolbourgeoisie nicht nur deren grundsätzliche Klasseninteressen widerspiegeln, sondern auch in ihrer Person und in ihrem Charakter alle Mängel und Fehler des imperialistischen Herrschaftssystems reproduzieren. Neue Legenden und Mythen sollen geschaffen werden, die in die gegenwärtige Offensive der entspannungsfeindlichen Rechtskräfte passen und diese unterstützen helfen. Doch so besorgniserregend diese Aktionen und die vielen Beispiele auch sein mögen: Hitler und seine Kumpane gehören in das Panoptikum der Geschichte, der Weg in ein Pantheon bleibt ihnen versperrt.

Volkswacht, 12.11.1977, S. 4.

Rezension

Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914. Hrsg. v. Fritz Klein. Berlin: Akademie-Verlag 1976. 290 S. gr. 8° (Akad. d. Wiss. d. DDR. Schriften d. Zentralinstituts f. Geschichte. Bd. 47.) M 25,00.

Der vorliegende Band ist in die große Zahl von Publikationen[1] einzureihen, die Ausdruck des intensiven Bemühens der marxistisch-leninistischen Geschichtsforschung der DDR um die Klärung der vielfältigen mit der Herausbildung und Entwicklung des deutschen Imperialismus verbundenen Fragen ist. Die Autoren bemühen sich, auf der Grundlage gesicherter Ergebnisse – z. B. über den Drang des deutschen Monopolkapitals nach ökonomischer und politischer Expansion sowie nach innenpolitischer Gewalt und Reaktion, über die bestimmende Rolle der Monopolbourgeoisie für die Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus u. ä. m. – den Blick auf neue, offene Fragen zu lenken. Angesichts des erreichten Standes der historischen Imperialismusforschung und der Notwendigkeiten in der ideologischen Klassenauseinandersetzung gelten die Überlegungen der überwiegend zur Diskussion gestellten und stehenden Beiträge vor allem den Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik, dem Funktionsmechanismus von Monopolkapital und Staat sowie dem Imperialismus als einem gesellschaftlichen System, das zwei Weltkriege hervorgebracht hat und dessen aggressivste Kräfte auch in der Gegenwart die Menschheit mit Krieg, Gewalt und Elend bedrohen. Völlig zutreffend geht F. Klein von der Leninschen Forderung aus, daß man „in erster Linie die Politik der europäischen Mächte als Ganzes betrachten" müsse um den ersten Weltkrieg verstehen zu können: darf keine Einzelbeispiele, keine Einzelfälle wählen, die stets leicht aus dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Erscheinungen zu reißen sind und keinerlei Wert haben, weil man ebensoleicht ein entgegengesetztes Beispiel anführen kann. Nein, man muß die gesamte Politik des ganzen Systems der europäischen Staaten in ihren ökonomischen und politischen Wechselbeziehungen betrachten, um zu verstehen, auf welche Weise aus diesem System folgerichtig und unvermeidbar der gegenwärtige Krieg entstanden ist."[2] K. sieht in diesen Fragen und insbesondere im Problem des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, wie er in seiner instruktiven Einleitung[3] schreibt, den „Schlüssel zum endgültigen Verständnis der Geschichte" und verweist auf die unbestreitbare Tatsache, daß „die mit der monopolkapitalistisch beherrschten Gesellschaft von heute verbundenen Historiker viel Mühe auf(wenden), um die Monopolkapitalisten von gestern und vorgestern von dem Vorwurf zu befreien, sie seien letztlich verantwortlich für den Imperialismus und seine menschheitsfeindliche Politik" (S. 11).

Im Zentrum des Bandes steht demzufolge der lesenswerte und anregende Beitrag von W. *Gutsche* „Probleme des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges" (S. 33-84). In ihm wird vor allem der Versuch einer Darstellung des Entwicklungsprozesses im Verhältnis zwischen Monopolkapital und Staat einschließlich seiner Periodisierung unternommen. Darüber hinaus wirft der Verf. viele Fragen des Zusammenhangs von ökonomischer und politischer Entwicklung sowie zwischen Konzentrationsprozeß, Krisenzyklus, horizontaler und vertikaler Differenzierung in der Bourgeoisie, Entwicklung der politischen Organisationen und Regierungspolitik auf. Anhand konkreter Vorgänge wird nachgewiesen, daß sozialimperialistische Erwägungen und Hoffnungen, die Volksmassen durch Expansionismus von innenpolitischen Forderungen ablenken zu können, allenfalls „ein zusätzliches Motiv der imperialistischen Expansionspolitik" (S. 41) und nicht, wie einige bürgerliche Historiker (H.-U. Wehler u. a.) meinen, die entscheidende Ursache des aggressiven Weltmachtstrebens darstellten. In einigen Arbeitsthesen (S. 72-76) sind die Ergebnisse bzw. die sich daraus ergebenden neuen Fragen fixiert. Die Wandlungen im konfliktreichen Verhältnis zwischen Monopolkapital und Staat sowie die bedeutende Steigerung des ökonomischen und politischen Einflusses der Monopolbourgeoisie innerhalb der herrschenden Klasse führt der Verf. primär auf die Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse innerhalb des deutschen Imperialismus zwischen 1897/98 und 1914 zurück. Die fortschrei-

---

1 Vgl. die Literaturübersicht bei Willibald Gutsche, Zur Erforschung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik im deutschen Imperialismus vor 1917, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 25, 1977, II. 6, S. 711 f.

2 W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 398.

3 Dabei handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrages über „Probleme der Erforschung des deutschen Imperialismus vor 1914" vom 13. 11.1973.

tende Monopolisierung bewirkte nach seiner Auffassung auch die Differenzierungsprozesse innerhalb der Bourgeoisie, vor allem die Herausbildung der Monopolbourgeoisie sowie die Tatsache, daß der Interessengegensatz zwischen monopolisierter und nichtmonopolisierter Bourgeoisie allmählich größeres Gewicht als der zwischen Junkern und Bourgeoisie erhielt. Gleichzeitig stellt G. fest, daß sich im ersten Jahrzehnt des 20. Jhs der „Widerspruch zwischen monopolisierter und nichtmonopolisierter Bourgeoisie immer mehr auf den Interessengegensatz zwischen der Monopolbourgeoisie und der nichtmonopolisierten Großbourgeoisie einerseits und dem mittleren und kleinen Bürgertum andererseits“ verlagerte (S. 75). Deutlich wird herausgearbeitet, wie sich der imperialistische Staat, der zunächst noch stark auf die Vertretung der Sonderinteressen von Junkern und Montanmonopolen orientiert war, immer stärker den Interessen des Monopolkapitals dienstbar machte. Allerdings kann der These, daß die Herausbildung einer einheitlichen Front der herrschenden Klasse auf der Basis monopolbourgeoiser Interessen „den Spielraum des Staates für eine relativ selbständige Politik“ verringert habe (S. 75), nicht zugestimmt werden, steht sie doch in einem offensichtlichen Gegensatz zu wesentlichen Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Staatstheorie. Dieser These im übrigen auch die richtigen Aussagen widersprechen im übrigen auch die richtigen Aussagen über die große Rolle des Staates bei der im gesamtimperialistischen Interesse erstrebten Sammlung der herrschenden Klasse (S. 48) und über die Tatsache, daß es nicht sosehr die Interessen einzelner Monopolgruppen, vielmehr die wirtschaftspolitische Gesamtsituation des deutschen Imperialismus und die Ausweglosigkeit der „friedlichen“ Expansion des deutschen Monopolkapitals waren, die die „entscheidende ökonomische Triebkraft für den Entschluß der Reichsregierung (bildeten), diesen gordischen Knoten um der Verteidigung der Profit- und Machtinteressen der herrschenden Klasse willen mit dem Schwert zu durchhauen“ (S. 71).

Von besonderer Bedeutung für das Verhältnis von Ökonomie und Politik sind immer wieder Fragen der inneren Struktur der herrschenden Klasse. Ihnen ist der verdienstvolle Beitrag des Wirtschaftshistorikers H. Handke „Einige Probleme der inneren Struktur der herrschenden Klasse in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg“ (S. 85-114) gewidmet. Mit detaillierten Angaben belegt er sowohl den vertikalen als auch den horizontalen Differenzierungsprozeß. Nach seiner Berechnung bestand die gesamte Klasse der Bourgeoisie am Anfang des 20. Jhs aus der Industriebourgeoisie (18,9%), der Bourgeoisie in Handel, Banken und Verkehr (7,8%), der ländlichen Bourgeoisie bzw. den Großbauern (21,9%), den Großgrundbesitzern (lediglich 2%) und aus umfangreichen bourgeoisen Randgruppen (49,4%). So paradox es erscheinen mag, daß sich die herrschende Klasse zur Hälfte aus „Randgruppen“ (höheren Beamten, Militärs, freiberuflich Tätigen u. a.) und sogar aus „nichtsystemeigenen“[4] Elementen zusammensetzte, so überzeugt aber doch das methodologische Vorgehen des Verfs, zur Bourgeoisie nicht nur die direkten kapitalistischen Unternehmer zu rechnen. Die marxistisch-leninistische Klassentheorie stützt sich keineswegs auf ein einziges Zuordnungskriterium. Der Verf. geht ferner davon aus, daß sich die herrschende Klasse in Deutschland beim Übergang zum Monopolkapitalismus bis 1914 aus „Elementen zweier ihrem ökonomischen Wesen nach unterschiedlicher Klassen“ zusammensetzte (S. 85). Damit berührt er eine seit langem geführte Diskussion, in der W. Gutsche neuerdings gegen H.s These vom Abschluß des Verbürgerlichungsprozesses der Großgrundbesitzer und Junker um die Jahrhundertwende Stellung genommen hat[5].

Wichtige Aspekte des Verhältnisses von Ökonomie und Politik beleuchten die Beiträge von B. Kaulisch „Centralverband Deutscher Industrieller und Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende. Zur Klassenkampftaktik der Bourgeoisie während der Entstehung und Ausbreitung von Opportunismus

---

4 Die Begriffe „systemeigene“ und „nichtsystemeigene“ Elemente in der Sozialstruktur einer Gesellschaftsformation übernimmt der Autor von V. S. Semjenov, Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, Berlin 1972, S. 81.

5 W. Gutsche, Zur Erforschung des Verhältnisses, a. a. O., S. 716 f. „... der von Widersprüchen nicht freie Verschmelzungsprozeß des Junkertums mit der Monopolbourgeoisie entfaltete sich eigentlich erst in vollem Maße im Zuge der fortschreitenden Monopolisierung und erstreckte sich bis in den ersten Weltkrieg.“ Dieser Vorwurf trifft deshalb nicht, weil Handke nur den Verbürgerlichungsprozeß beschreibt und die Herausbildung der Monopolbourgeoisie innerhalb der herrschenden Klasse aus seinen Analysen ausgeklammert hat.

und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie“ (S. 115-141) und A. Laschitza „Zur Rolle des Zentrismus 1911/1912. Ein Beitrag über den Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus“ (S. 143-180). Während sich K. hauptsächlich auf die „Verfügungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes Deutscher Industrieller“ sowie auf die „Deutsche Industriezeitung“ stützt und die Ursachen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der von anderen Teilen der herrschenden Klasse begrüßten, ja sogar geförderten „Mauserung“ der Sozialdemokratie analysiert, belegt L. mit eindrucksvollem Material vor allem zum Mehring-Kautsky-Konflikt den innenpolitischen Sozialreformismus und den außenpolitischen Sozialpazifismus Karl Kautskys als Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung und damit als eine „spezifische Ausdrucksform“ (S. 170) des Zusammenhangs von Imperialismus und Opportunismus.

H. Gottwald untersucht in seinem detailreichen, aus dem Nachlaß von Ernst Lieber, dem damaligen Vorsitzenden der Zentrumspartei, schöpfenden Beitrag „Der Umfall des Zentrums. Die Stellung der Zentrumspartei zur Flottenvorlage von 1897“ (S. 181-223) den Wandlungsprozeß einer bürgerlichen Partei „aus einem brüllenden Oppositionslöwen ‘in einen stubenreinen Salonpudel der Regierung“ (Clara Zetkin) und wertet die erste Zustimmung des Zentrums zur militaristischen Flottenpolitik als ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie sich mit dem Übergang zum Imperialismus die bürgerlichen Parteien „der veränderten sozialen Struktur anzupassen suchen, mit vielfältigen ideologischen und organisatorischen Bestrebungen bemüht sind, ihren Einfluß auf die Volksmassen zu erhöhen, um damit zur Stabilisierung der junkerlich-bourgeoisen Klassenherrschaft beizutragen“ (S. 181 f.). Der Leser findet zahlreiche interessante Angaben über das „Kompensationsgeschäft“ zwischen der Regierung und der Zentrumsführung, die frühen Tendenzen zur Abspaltung des bayerischen Zentrums sowie über die Reaktion der herrschenden Klasse auf den lautstark begrüßten „Umfall“ des Zentrums.

Mit speziellen, sehr interessanten außenpolitischen und -wirtschaftlichen Problemen befassen sich F. Klein: „Innere Widersprüche im Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu Beginn der imperialistischen Epoche (1897-1902)“ (S. 225-262) und H. Benneckenstein: „Transkaukasien – Expansionsziel des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg“ (S. 263-290). Ferner enthält der Band den Beitrag von H. Stoecker: „Bürgerliche Auslegungen des Imperialismusbegriffes in der Gegenwart“ (S. 17-31), der sich vor allem mit W. Mommsen, Böhme und Wehler befaßt und die Gemeinsamkeiten in den antimarxistischen Positionen des von ihnen verwendeten Imperialismusbegriffs herausarbeitet.

Der vorliegende Band gibt Historikern und Geschichtsinteressierten reichhaltiges Material in die Hand, um „anhand von Tatsachen aus der Gegenwart und Geschichte den Imperialismus als System der Ausbeutung, der Unfreiheit, der Unmenschlichkeit, der Aggressivität und des Krieges zu entlarven“[6]. Für Forschung und Geschichtspropaganda gleichermaßen wertvoll sind die vielfältigen methodischen und methodologischen Impulse des Hrsgs. und der Autoren, so z. B. zur weiteren Erforschung der Mitteleuropapolitik, an die ja die faschistische Konzeption der „Neuordnung Europas“ direkt anknüpfte und die auch heute noch in der BRD wirksam ist, zum Interessengegensatz von Junkern und Bourgeoisie, zu den notwendigen quantifizierenden und statistischen Methoden des Historikers, zum Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus, zur Vergleichbarkeit imperialistischer Herrschaftssysteme in verschiedenen Ländern, zum Begriff „Gesamtinteresse“ der Bourgeoisie sowie zu weiteren wesentlichen Problemen. Der Empfehlung, die Zweigleisigkeit der Forschung zur Wirtschafts- und politischen Geschichte zu überwinden (S. 34), sei noch hinzugefügt, daß es ebenso notwendig ist, viele der aufgeworfenen Fragen aus der Sicht der *gesamten* Geschichte des deutschen Imperialismus zu beantworten. Leider wurden die erfolgreichen Bemühungen der Imperialismusforschung in der DDR um eine systematisierend-theoretische Klärung der Fragen zur Entwicklung, Struktur und Rolle imperialistischer Herrschaftssysteme[7] nicht einbezogen. Dennoch ist unverkennbar, daß der vorliegende Sammelband mit seinen punktuellen Analysen und seinen

---

6 Beschluß des Politbüros des ZK der SED: Die weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit der Partei, Berlin 1977, S. 76.

7 Vgl. z. B. Max Schmidt, Zur Entwicklung des imperialistischen Herrschaftssystems. Thesen, in: IPW-Berichte, Berlin, 1. Jg., 1972, H. 3.

deutlichen Hinweisen auf die Lücken unserer Imperialismusforschung einen wichtigen Beitrag zur weiteren Diskussion sowie zur weiteren Ausarbeitung der dringend benötigten umfassenden Analyse des imperialistischen Herrschaftssystems in Deutschland darstellt.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 99, Heft 2/3 – Februar/März 1978, Spalte 176-180.

Neofaschismus – eine ernste und reale Gefahr

Es ist kein Zufall, daß die reaktionärsten Kreise der Monopolbourgeoisie gerade in solchen Zeiten zum Faschismus greifen und ihn regelrecht zu einem politischen und ideologischen Modeartikel erheben, wenn sich die Krise des Kapitalismus verschärft. So erleben wir es gegenwärtig auch mit dem Neofaschismus, der eine reale und ernste Gefahr darstellt.

Immer wieder wird daher in den jüngsten Dokumenten der internationalen Arbeiterbewegung und anderer progressiver Kräfte zu großer Wachsamkeit aufgerufen und die Notwendigkeit hervorgehoben, bereits den Anfängen zu wehren und das Übel eines neuen Faschismus im Keime zu ersticken. Jähe Wendungen in der Politik und Herrschaftsmethodik des Imperialismus sind angesichts seiner akuten Krisenprozesse, seines Profits und Expansionsstrebens und seiner unveränderten grundsätzlichen Fortschrittsfeindlichkeit keinesfalls auszuschließen. Die Realität der Gefahr des Faschismus beginnt in der Gegenwart bereits dort, wo eine Rechtsentwicklung, – die selbst noch nicht faschistisch zu sein braucht – angestrebt wird. Sie beginnt dort, wo schrittweise reaktionäre Modifikationen der imperialistischen Herrschaft zuungunsten der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen vorgenommen werden; also nicht erst dort, wo er sich wie im Chile Pinochets erneut als Machtsystem etabliert oder wo er sich in großen Parteien formiert hat. Sie ist bereits in der Existenz der vielen relativ kleinen rechtsextremistischen Organisationen, vor allem aber in deren Duldung und Förderung zu sehen.

Schützenhilfe der Behörden

Mit Recht reagiert die demokratische Weltöffentlichkeit empört auf den Polizeischutz für die Kundgebungen und Demonstrationen neonazistischer Parteien und Vereine. Ähnlich findet entschiedene Ablehnung, daß die Justizbehörden der BRD die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern sowie von Jungnazi-Untaten mehr be- und verhindern, und daß dies sogar in offenem Widerspruch zur Verfassung und ihres eindeutigen Artikels 139 erfolgen kann.

Mit Abscheu werden in allen Teilen der Welt die antisemitischen und rassistischen Exzesse von Offizieren der Bundeswehr zur Kenntnis genommen, wird gegen die faktische Straffreiheit für jene protestiert, die „symbolische Judenverbrennungen“ organisieren, den faschistischen Gruß „Heil Hitler“ mit dem erhobenen rechten Arm bei Wachablösungen verwandten oder sogenannte Kameradschaftstreffen der SS-Nachfolgeverbände besuchten und unterstützten. Kein noch so verharmlosendes Mäntelchen kann und darf darüber hinwegtäuschen, daß das von der BRD anerkannte Völkerrecht ein Verbot solcher Organisationen gebietet, die die Zwecke der vom Nürnberger Gerichtshof der Alliierten zur „verbrecherischen Organisation“ erklärten SS weiter verfolgen.

Als Wegbereiter und, in gewisser Hinsicht auch als ideologischer Reflex des gefährlichen und dem Faschismus dienlichen rechtsextremistischen Potentials in den Führungsschichten von Armee und Polizei, von Justiz und Bürokratie sowie in den rechten bürgerlichen Parteien muß auch die wachsende Zahl von Versuchen zur Rehabilitierung und erneuten Verherrlichung des Hitlerfaschismus einschließlich seiner Führer betrachtet werden.

Glorifizierung des Faschismus

In den letzten Jahren häuften sich gerade in der BRD die Bestrebungen, die toten „Helden“ des Antikommunismus und Antisowjetismus zu neuem Leben zu erwecken, mit ihnen Politik gegen den historischen Fortschritt und gegen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu machen. Es ist offensichtlich, daß die propagandistische „Vermarktung“ der Geschichte des Faschismus und die Hitler-Welle die werktätigen Massen zu einer breiten und bereitwilligen Zustimmung für die konservativ-autoritäre Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten führen soll. Daher verbreiten die Massenmedien solche Denkschablonen wie: Wer die Arbeitslosigkeit beseitigt, wer Ordnung und Sicherheit gewährleistet, wer den „Terrorismus“ (natürlich den sogenannter linker Kräfte!) bekämpft sehen wolle, der müsse sich auch für den „starken Staat“, für einen „starken Mann“ engagieren. Andererseits soll dem Leitbild eines obrigkeitsgläubigen und -hörigen Untertans erneut Geltung verschafft werden, nicht zuletzt durch die skandalöse Praxis des Berufsverbots.

Die große „Welle“ von 4000 Büchern, unzähligen Filmen, Schallplatten und Illustrierten-Serien ist inhaltlich sehe differenziert und reicht von partieller Rechtfertigung des „Dritten Reiches“ über die „Entteufelung“ des Faschismus bis zur Glorifizierung des Nazismus, von der Bagatellisierung der faschistischen Verbrechen bis zu deren völliger Leugnung. Diese „Welle“ verkörpert wesentlich mehr als eine Randerscheinung, von der viele Politiker der BRD gern sprechen. Nein, in ihrem Resultat soll der Faschismus wieder als akzeptabel und als möglicher oder sogar erstrebenswerter Ausweg aus der Krisenmisere des Imperialismus erscheinen.

Prozesse der Konzentration

Es entsprach der Taktik der Faschisten, sich nach ihrer Niederlage im Jahre 1945 in kleinen, illegalen Gruppen zu organisieren und „Gelegenheitsparteien“ zu schaffen, hinter deren bürgerlich-demokratischer und parlamentarischer Fassade die Untergrundorganisationen wirken sollten. Die meisten der heutigen rechtsextremistischen Organisationen – über 1000 in den USA, 500 in Japan, 250 in Italien, 200 in Großbritannien, 150 in der BRD – sind kleine Zirkel und terroristische Aktionsgruppen, die häufig Namen und Strukturen ändern. Gegenwärtig vollziehen sich aber wichtige Prozesse der Konzentration und der Sammlung des organisatorisch zersplitterten Potentials dieser Kräfte. Dabei überwiegt das Bestreben, über Vereinbarungen, Absprachen und Kompromisse zwischen den unterschiedlichen Gruppen zum Ziel zu gelangen. Während sich in Großbritannien die faschistisch-rassistische „National Front“ als dominierende Organisation durchgesetzt zu haben scheint, läßt sich in der BRD noch nicht richtig erkennen, ob und zugunsten welcher Organisation sich der Konzentrationsprozeß auswirken wird.

Aber: Ob zersplittert oder konzentriert – in jedem Falle bilden diese Organisationen ein zusätzliches und die staatsmonopolistischen Machtmechanismen ergänzendes Druckmittel gegenüber der Arbeiterklasse. Sie werden von der Monopolbourgeoisie zur Rechtfertigung ihres Rechtskurses benötigt und stellen eine erhebliche Reserve für den Fall dar, daß die ohnehin schon eingeschränkte bürgerliche Demokratie von ihr als ungeeignet zur weiteren Sicherung von Macht und Profit betrachtet wird.

Volkswacht, 19.04.1978, S. 4.

Der Traum vom wahren Vaterland, er wurde wahr

Von Heinrich Heine, dem großen demokratischen Dichter der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, stammen die bitteren Worte: „Ich hatte einst ein schönes Vaterland. Es war ein Traum!“ Und an anderer Stelle heißt es bei ihm: „Ach, ich vergesse, daß wir in einer sehr bürgerlichen Zeit leben.“ Schön und bürgerlich – das waren für Heine Gegensätze, die er seiner Auffassung über Patriotismus und Internationalismus zugrunde legte. Es ist also keine „Erfindung“ des Marxismus-Leninismus, daß der Begriff des Vaterlandes immer einen historisch-konkreten, klassenmäßigen und sozialen Inhalt besaß und auch heute besitzt.

Natürlich enthält die Liebe zum Vaterland – eine bedeutende, sehr stark emotional gefärbte Erscheinung des gesellschaftlichen Bewußtseins – auch ethnische, sprachliche und „allgemeinmenschliche“ Elemente. Dennoch besitzt der Patriotismus in seiner Gesamtheit Klassencharakter, hat doch jede Klasse ihre eigene Beziehung zum Vaterland.

Im Kapitalismus: zweierlei Vaterländer

In keinem kapitalistischen Land gibt es einen „einheitlichen“ Patriotismus aller Klassen, es sei denn, daß der Klassenkampf sich in einem sehr unentwickelten Zustand befindet. Wo dieser Klassenkampf aber, so erklärte G. W. Plechanow bereits 1905, einen „scharfen, revolutionären Charakter annimmt ... und wo die unterdrückten Klassen sich leicht davon überzeugen lassen, daß ihre Interessen den Interessen der unterdrückten Klasse fremder Länder sehr ähnlich und den Interessen der herrschenden Klasse des eigenen Landes entgegengesetzt“ sind, dort büße die Idee eines klassenneutraten, allgemeinen Vaterlandes in bedeutendem Maße „ihren früheren Zauber ein“.

In einem kapitalistischen Land kann es nur zweierlei geben: den bürgerlichen Patriotismus, der früher eine progressive Rolle in der Auseinandersetzung mit dem Feudalismus zu spielen vermochte, der in seiner Entwicklung aber immer mehr mit dem Nationalismus und Chauvinismus verschmolzen ist, und den proletarischen Patriotismus. Der eine dient dem Streben nach Macht und Profit, der andere dem historischen Fortschritt und den werktätigen Massen. Der Patriotismus der Bourgeoisie entwürdigt das Vaterland, wie Clara Zetkin formulierte, „zur milchenden Kuh, die sie mit Butter versorgt, und zum hütenden Drachen, der ihre zusammengeraubten Schätze bewacht“. Der proletarische Patriotismus dagegen ist revolutionär und bildet eine untrennbare Einheit mit dem proletarischen Internationalismus; der revolutionäre Kampf für die sozialistische Erneuerung des Vaterlandes ist sein höchster Ausdruck.

Seit Heinrich Heines bitteren Worten ist viel Zeit vergangen; viel Zeit, in der sich die Bitternis zunächst noch wesentlich vergrößerte, die Klagen eindringlicher wurden und in der das Monopolkapital und der Militarismus nicht nur Träume zerstörten, sondern die Völker und Länder immer wieder in Kriege verwickelten, in der sie der Menschheit unsagbares Leid zufügten. Seither unternahm die Bourgeoisie alles nur Denkbare zur Erweiterung ihres ökonomischen und politischen Machtbereichs, zur Eroberung fremder Territorien, zur Sicherung und Maximierung ihres Profits.

Demagogisch und gefährlich zugleich

Immer wieder bediente sich die Bourgeoisie dabei einer Losung, deren demagogischer und unehrlicher Charakter zwar offenkundig war, die aber dennoch große, ja furchtbare Wirkungen ausübte. Das war die Losung von der angeblich notwendigen „Verteidigung des Vaterlandes“. Die Bourgeoisie verschwieg, daß sie lediglich ihr bürgerliches Vaterland im Auge hatte. Sie verschwieg dabei auch, daß ihr diese Losung besonders geeignet erschien, um den werktätigen Massen die Augen zu verkleistern, damit diese die Machenschaften der Herrschenden nicht zu erkennen vermögen; um die Arbeiterklasse zu spalten und von ihrem revolutionären Kampf um ein wirkliches, eigenes, von Ausbeutung und Unterdrückung befreites Vaterland abzulenken.

Diese Realität ist verteidigungswürdig

Aus dem klassengebundenen Inhalt und dem bourgeoisen Mißbrauch des Vaterlandsbegriffes zog die revolutionäre Arbeiterbewegung die richtige Schlußfolgerung: Solange die Bourgeoisie ein Land

ökonomisch, politisch und ideologisch beherrscht, die Arbeiterklasse und die Werktätigen unterjocht, kann es für diese kein wahres Vaterland geben.

Die historische Größe unserer Entwicklung wird deutlich, wenn im Vergleich zur reaktionären, aggressiven und menschenfeindlichen Linie in der deutschen Geschichte über unsere sozialistische Gegenwart, gesagt werden kann: Wir, die Bürger der DDR, haben es nicht mehr nötig, von einem Vaterland zu träumen. Wir haben es erkämpft, wir besitzen es. Wir besitzen es, weil wir es erkämpft haben.

Für uns ist das sozialistische Vaterland eine tägliche und alltägliche, eine greifbare und begreifbare Realität, und daher eine so verteidigungswürdige Realität. Jeder hat in unserem Staat seine soziale und politische, seine geistige und nationale Heimstatt, in der er sein Leben und seine Persönlichkeit entfalten kann, in der ihm als Angehöriger seines Volkes eine gesicherte Perspektive gegeben ist.

Unser Vaterland und historischer Fortschritt

Die tiefgreifende Wende, die sich mit der Gründung und Entwicklung der DDR für unser Volk vollzogen hat, kommt gerade darin am stärksten zum Ausdruck, daß sich hier die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ein wahres Vaterland in Freiheit, Demokratie und Menschenwürde geschaffen haben. Sie konnten dies, weil sie unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei die Macht ausüben, weil die sozialistischen Produktionsverhältnisse gewährleisten, daß ihnen die Schätze des Landes und die Früchte ihrer gemeinsamen Arbeit selbst gehören.

Sie haben ein Vaterland geschaffen, das politisch stabil und wirtschaftlich gesund ist, das soziale Geborgenheit und historischen Fortschritt für alle Werktätigen verbürgt. Der Sozialismus entwickelt seine Potenzen in voller Übereinstimmung mit den sozialen. politischen, kulturellen und geistigen Interessen der Massen. Das verwirklichte Recht auf Arbeit und Bildung, auf Wertschätzung der Arbeitsleistung, auf Entfaltung der Persönlichkeit und vieles andere mehr gehören heute zur Selbstverständlichkeit einer gesellschaftlichen Realität, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Sozialistisches Vaterland ist keine nationalistische Phrase, kein Deckmantel volksfeindlichen Profitstrebens und kein Objekt eines säbelrasselnden Patriotismus mehr, sondern die „im revolutionären Kampf eroberte nationale Wirklichkeit“ – wie es im Aufruf zum 30. Jahrestag der DDR heißt.

Liebe zum sozialistischen Vaterland verlangt Taten, keine bloße Schwärmerei oder romantische Verklärung. Der sozialistische Patriotismus als „eines der tiefsten Gefühle“ (Lenin, Werke Bd. 28, S. 182) der Menschen verlangt verantwortungsbewußtes Lernen, zielstrebige Arbeit und wirksamen Schutz. So und nicht anders vermag er als ideologische, soziale und politische Triebkraft der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung zu wirken.

Volkswacht, 02.06.1978.

Die Kommunisten wählten sich einen sicheren Kompaß

Vor sechs Jahrzehnten schufen die deutschen Kommunisten eine Partei

Fern von aller Spielerei mit Zahlen und deren allegorischer Auslegung ist dennoch eine Feststellung unumgänglich: Zwischen dem Ereignis vor 60 Jahren, der Gründung der KPD, und dem 30. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik besteht ein untrennbarer und deutlich zu erkennender Zusammenhang. Der letztere wäre undenkbar ohne jene Partei, die damals im Feuer der Novemberrevolution entstand und in den knapp 28 Jahren ihrer Existenz unermüdlich, konsequent und ergebnisreich für die Interessen des werktätigen Volkes einstand.

Diese Feststellung läßt sich auch anders formulieren: Die Geschichte des Entstehens des Reifens und des Kämpfens der KPD verkörpert eine entscheidende historische Entwicklungslinie, die zu unserer sozialistischen DDR hinführt.

Die Kommunisten setzten damit in die Tat um, was Rosa Luxemburg am Vorabend des Gründungsparteitages am 29. Dezember 1918 – in der „Roten Fahne“ als die „spezifische Aufgabe des Spartakusbunden in der gegenwärtigen Auseinandersetzung zweier Welten bezeichnet hatte. Die Revolution mit ihren gewaltigen Perspektiven und den weltgeschichtlichen Problemen muß, so schrieb sie, „einen untrüglichen Kompaß haben, der in jedem Teilstadium des Kampfes, in jedem Siege und in jeder Niederlage unbeirrbar nachdemselben großen Ziele weist: nach der sozialistischen Weltrevolution, nach dem rücksichtslosen Machtkampf des Proletariats um die Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals.“[1]

Eben diese zielklare Orientierung war es, die die KPD zu ihren großartigen geschichtlichen Leistungen befähigte, auf denen wir nach dem zweiten Weltkrieg aufbauen konnten und auch heute noch in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus aufbauen. Eben dieser Kompaß ist es, den wir für unser Ringen um die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft benötigen und immer verwenden.

Ein klares Ziel

In diesem Sinne erklärte es Genosse Erich Honecker in seinem Schlußwort auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED zur Hauptsache, daß „die Partei einen klaren marxistisch-leninistischen Kurs steuert“, und er setzte diesen Gedanken fort: „... wenn sie ihre Politik überzeugend erklärt, wenn sie sich auf das feste Vertrauen der Massen stützen kann, dann erwächst daraus eine gewaltige Kraft für die Verwirklichung ihrer Ziele mmi Wohle des Volkes.“[2]

Welche sind die Leistungen, die die KPD trotz aller Verfolgungen, trotz der unsagbaren vielfältigen und teilweise sehr raffinierten Verleumdungen, trotz des blutigen faschistischen Terrors erreichte?

Um diese Frage beantworten zu können, sei hier auf eine Aussage Philipp Dengels verwiesen, der 1927 als Mitglied des Thälmannschen Zentralkomitees schrieb, die Gründer der KPD hätten sich von dem Bestreben leiten lassen, „den revolutionären Marxismus, der von den Revisionisten niedergetrampelt und von den Zentristen entmannt und ins Kleinbürgerliche umgebogen worden war, wieder zum Leben zu erwecken für die proletarische Bewegung in Deutschland.“[3]

Entsprechend dieser Orientierung konnte die KPD den Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung heimisch machen und durchsetzen. Die Kommunisten rüsteten die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse mit dem Marxismus des 20. Jahrhunderts aus. Um im Bilde zu bleiben: Sie verstanden es, einen richtigen Kompaß zu wählen, ihn auf der Grundlage der revolutionären Wissenschaft vom Sturz des Imperialismus und vom Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung zu erproben?

---

1 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 480.

2 Neues Deutschland, 15.12.1978, S. 4.

3 Zitiert in: Unser stärkstes Argument. Funktionäre der KPD über Werden und Wachsen des Sowjetlandes 1917-1945, Berlin 1977, S: 153.

Bleibende Errungenschaften

In ihrem Kampf beantwortete die KPD schwierige und grundlegende Fragen des Klassenkampfes in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dazu gehörte vor allem die Erkenntnis vom entscheidenden Platz der Machtfrage im Befreiungskampf der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Dazu zählte auch die konsequente Anerkennung der Lehre von der Diktatur des Proletariats sowie die ständige Beachtung der dialektischen Wechselbeziehungen zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus. Der Blick auf das sozialistische Ziel bestimmte ihr Herangehen an den Tageskampf. Die KPD beschwor keine abstrakten Ideale, von Freiheit und Demokratie und erst recht nicht irgendeinen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Im Programm des Gründungsparteitages hieß es bereits eindeutig: „Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“[4]

Auf dieser Grundlage kämpfte die KPD um die Einheit der Arbeiterklasse, die durch die Einheit der reformistischen SPD- und Gewerkschaftsführer mit dem Klassengegner schon lange vor der Gründung der KPD zerstört worden war. Die Krönung des Kampfes der KPD um die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse mit allen ihren leidvollen Folgen war die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Die KPD begründete darüber hinaus mit ihrem internationalistischen Kampf auch die heute so lebendige und fruchtbare Tradition fester, freundschaftlicher und unzerstörbarer Beziehungen zur Sowjetunion. Sie stellte sich an die Seite der KPdSU, eignete sich deren Erfahrungen an und vermochte dadurch, sich selbst folgerichtig zu entwickeln. Die Treue zum proletarischen Internationalismus war immer ein wesentlicher und bestimmender Leitsatz der deutschen Kommunisten. Schon auf dem Gründungsparteitag vor 60 Jahren charakterisierte Karl Liebknecht die Sowjetrepublik als die „erste gewaltige Leistung des Proletariats zur Verwirklichung des sozialistischen Endziels.“[5] Die unbeirrbare Parteinahme für die Sowjetunion ist seitdem das entscheidende Kriterium einer wirklich revolutionären Haltung und das Kernstück des proletarischen Internationalismus geblieben.

Für das Wohl des Volkes

In der Geschichte der KPD fehlte es nicht an Versuchen, die Partei vom Wege dies Leninismus zurückzuhalten, ihr das Wesentlichste zu rauben: eben jenen untrüglichen Kompaß. In der Regel waren sie damit verbunden, einen Kommunismus ohne Leninismus zu erfinden, einen sogenannten demokratischen, nationalen, gereinigtem, entdogmatisierten usw. Kommunismus als Gegenstück zum Kurs der Partei der Bolschewiki zu konstruieren, Die Geschichte der KPD lehrt jedoch, daß für Opportunisten jederlei Gestalt – auch wenn sie sich mit wohlklingendem Phrasen tarnen – in einer revolutionären Partei kein Platz sein darf. So wie die Begründer der KPD den entschiedenen Bruch mit dem Opportunismus für notwendig hielten, so mußte die revolutionäre Partei einen unversöhnlichen Kampf gegen jede Spielart opportunistischer Politik und Ideologie führen. Unabhängig von allen verbalen Beteuerungen stemmte sich der Opportunismus stets gegen die Revolution, blockierte er das historisch notwendige Fortschreiten der Gesellschaft zum Sozialismus.

Auf ihrem Essener Parteitag von 1927 erklärten daher die deutschen Kommunisten, daß jeder kleine Schritt weg vom Leninismus, weg von den Erfahrungen, die die Weltpartei gesammelt hat in Jahrzehnten revolutionären Kampfes, hineinführen muß in den opportunistischen Sumpf. Weil wir sehen, daß im Leninismus die Quelle, die Wurzel unserer Kraft ruht, deshalb werden wir dafür sorgen, daß keiner mehr den Versuch machen kann, die Theorie eines ‚westeuropäischen Kommunismus‘ in die Partei hineinzuschmuggeln.“[6]

---

4 Protokoll des Gründungsparteitages der KPD, Berlin 1972, S. 319.

5 Zitiert in: Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1978, S. 274.

6 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD (Sektion der KI), Essen vom 2. bis 7. März 1927, S. 28.

Die KPD duldete prinzipiell kein Nebeneinander von proletarischer Weltanschauung und bürgerlicher Ideologie. In ihren Reihen gab es kein Tätigkeitsfeld für solche Kräfte, die das Vokabular des Marxismus-Leninismus nur dazu benutzen wollten, um ihren Opportunismus drapieren zu können. Sie behielten die Mahnung Rosa Luxemburgs im Ohr: „Wahrer Marxismus kämpft auch gegen jene, die ihn zu verfälschen suchten ...“[7]

Sie wußten um die Richtigkeit jener Hoffnung, der die Kampfgefährtin Karl Liebknechts zwei Tage vor ihrer Ermordung Ausdruck verlieh: Auch wenn sich momentan Teile der werktätigen Massen von der Demagogie des Klassengegners einfangen lassen, „desto fester und treuer werden sie schon morgen, nach neuer Enttäuschung und Ernüchterung, wieder zu der einzigen Partei stehen. die keine Kompromisse, keine Schwankungen kennt, die ihren historisch vorgezeichneten Weg geht, ohne nach rechts oder links zu schauen, ohne den Feind und die Gefahren zu zählen – bis zum Siege.“[8]

In ihrem Kampf hat die KPD wichtige Teilergebnisse erreichen können, aber nicht nur diese. Sie trug schließlich und letzten Endes den Sieg davon! Die modernen Raubritter des faschistischem deutschen Imperialismus und Militarismus waren zwar ausgezogen, die KPD zu vernichten und die Arbeiterklasse total führerlos zu machen. Die deutschen Imperialisten mußten aber durch den historischen Sieg der Sowjetarmee über den Faschismus 1945 eine entscheidende Niederlage einstecken.

Und dank der KPD, die auch in der schlimmsten Zeit der hitlerfaschistischen Barbarei das Banner der Revolution und des Leninismus hochhielt und kämpfte, verfügte die deutsche Arbeiterklasse am Ende des zweiten Weltkrieges „über eine bewährte Partei mit großen Erfahrungen und kampfgestählten Kadern, mit einem wissenschaftlichen Programm zur Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und zur Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht.“[9]

Wer über einen solchen untrüglichen Kompaß verfügt, der hat die Gesetze der Geschichte auf seiner Seite. Mögen die tibetanischen Gebetsmühlen der notorischen Antikommunisten noch so sehr klappern, ihre Tiraden waren vergeblich und werden es auch künftig sein. Seit 60 Jahren eine revolutionäre Partei, seit 30 Jahren ein sozialistischer Staat – das sind unerschütterliche Grundlagen unseres auch weiterhin erfolgreichen Weges.

Volkswacht, 29.12.1978, S. 6.

7 Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 435.
8 Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 532.
9 Geschichte der SED. Abriß, Berlin 1978, S. 70.

Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien

Biographische Aspekte in der Geschichte der politischen Parteien des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945

[Mitautor: Hebert Gottwald]

Die Geschichtswissenschaft der DDR hat dem biographischen Genre einige Aufmerksamkeit gewidmet, vor allem im Rahmen der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Zahlreiche Lebensbeschreibungen, biographisch-monographische Skizzen bzw. Selbstdarstellungen und Schilderungen persönlicher Entwicklungswege leisten Beiträge zur Verbreitung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes[1], indem sie das Wechselspiel zwischen dem historisch handelnden Individuum und der vielschichtigen Gesellschaft, zwischen der historischen Persönlichkeit und dem Schöpfertum der Volksmassen zu einer lebendigen Synthese bringen. Sie erlauben ein Erfassen allgemeingeschichtlicher Zusammenhänge, in denen sich auch widerspiegelt, daß das Persönliche in der Geschichte keineswegs partikulär, daß das geschichtlich Notwendige keineswegs unpersönlich ist.[2] In ihnen wird nachgewiesen, wie die Leistungen revolutionärer Führer der Arbeiterbewegung fest im Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse verwurzelt waren und sind, wie diese in erster Linie als Repräsentanten ihrer Klasse und darüber hinaus als Träger von Klassenhaltungen und -eigenschaften begriffen werden müssen.[3] Die Arbeiten auf biographischem Gebiet sind wichtig für die Vermittlung revolutionärer Traditionen. Die Darstellung des Lebens und Wirkens revolutionärer, dem historischen Fortschritt verpflichteter Vorbilder kann politische Einstellungen und Verhaltensweisen prägen. Auch einige adlige, bürgerliche, kleinbürgerliche, humanistische und antifaschistisch-demokratische Persönlichkeiten des 19. und 20. Jh. erfuhren biographische Darstellung.“[4] Arbeiten über Führer der herrschenden Klasse im Imperialismus hingegen sind, abgesehen von den Biographien W. Ruges[5], seltener.[6] Biographien über Bismarck, Hitler, bürgerliche Spitzenpolitiker des 20. Jh. liegen nicht vor. Damit korrespondiert, daß in zahlreichen monographischen und Gesamtdarstellungen die Rolle der politischen Führer der Bourgeoisie nicht deutlich herausgearbeitet wird und daß die Geschichtswissenschaft der DDR bisher über kein biographietheoretisches Werk verfügt.[7] Biographische Aspekte spielen auf Kolloquien und Konferenzen eine zu geringe Rolle.

Auch in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und seinen reaktionären Geschichtskonzeptionen nimmt das Biographische noch einen zu geringen Raum ein. So ist – um nur ein Beispiel zu nennen – der Versuch bürgerlicher Sozialgeschichtsschreiber bisher kaum beachtet worden, die Biographik als eine „unschuldige Gattung“[8] sowohl vor der weiteren Ausnutzung durch den konservativen Historismus zu bewahren als auch für eine „Individualisation sozialer Begebenheiten“ zu retten[9]. G. Mann unterstellt, daß der marxistische Historismus mit seinem angeblichen „Grau in Grau soziologischer Analyse“ und der „Trennung von Strukturen und Ereignissen“ nicht in der Lage sei, politische Biographien mit darstellerischem Glanz und der „Freude am wirklichen Leben“ entstehen zu lassen.[10] Es muß in diesem Zusammenhang der Hinweis genügen, daß biographi-

---

1 Vgl. bibliographische Angaben bei A. Laschitza, Franz Mehring – ein Lehrmeister der marxistischen Biographik, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1976, H. 1, S. 65; vgl. auch die Rubrik „Biographische Skizze“ in der Zeitschrift „Beiträge zu Geschichte der Arbeiterbewegung“.

2 Vgl. H. Wessel: Marginalien zur MEGA nebst Randglossen über alte und neue „Marxologen“, Berlin 1977, S. 43.

3 Marxistisch-leninistisches Geschichtsbild und Weltanschauung der Arbeiterklasse, Berlin 1975, S. 131.

4 In dem Bd. „Männer der Revolution von 1848“; vgl. ferner die umfangreichen Biographien über Robert Blum (S. Schmidt), Claus Graf Schenk v. Stauffenberg (K. Finker), Pater Josef Metzger (K. Drobisch).

5 Über Gustav Stresemann , Paul von Hindenburg, Matthias Erzberger.

6 Zu nennen sind die Biographien über Theobald v. Bethmann Hollweg (W Gutsche), Charles de Gaulle (G. Fuchs und H. Henseke) und Alfred Hugenberg (G. Honigmann).

7 Einen ersten Ansatz stellt der in Anm. 1 erwähnte Beitrag dar.

8 J. Oelkers: Biographik-Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung, in: Neue Politische Literatur; 1974, H. 3.

9 So z. B. H. Soell: Fritz Erler. Eine politische Biographie, Bd. II, (West)Berlin/Bonn/Bad Godesberg 1976, S. 1003.

10 G. Mann: Pro domo oder Gedanken über Geschichtsschreibung, in: Neue Rundschau. 1972, Nr. 2, S. 230 f. Vgl. dazu E. Engelberg: Ereignis, Struktur und Entwicklung in der Geschichte, in: 1975, H. 6, S. 620 (abgedr. in: Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis. Hrsg. von E. Engelberg/W Küttler, Berlin 1977, S. 17 f.).

sche Arbeiten auch von Historikern der DDR diese These widerlegen. Im folgenden soll versucht werden, einige Überlegungen und Thesen – manche in hypothetischer Natur – zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien im imperialistischen Deutschland von der Jahrhundertwende bis 1945 zur Diskussion zu stellen.

Durch den dialektischen und historischen Materialismus sind Ursachen, Wesen und mögliche Ergebnisse des Wirkens politischer Führer der Bourgeoisie in ihren grundlegen Umrissen fixiert. Es bedarf jedoch noch weiterer Forschungen, Diskussionen und Erfahrungen, um zu konkreten und verallgemeinernden Darstellungen ihrer Rolle in der Geschichte des Imperialismus sowie in der Geschichte sowie in Geschichte der Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus gelangen zu können. Dabei sind zunächst die signifikanten Unterschiede im Auftreten und in der geschichtlichen Bedeutung von progressiven Persönlichkeiten auf der einen und von politischen Führern im Dienste der Reaktion der anderen Seite zugrunde zu legen. Das Handeln politischer Führer der Bourgeoisie und besonders der Monopolbourgeoisie steht grundsätzlich im Gegensatz zu den weltgeschichtlichen Entwicklungsgesetzen, ist daher gegen den Fortschritt und die objektiven Interessen der Volksmassen gerichtet. Es vermag den Kampf der unterdrückten Klassen und die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts zeitweilig zu hemmen, ohne diesen aber generell aufhalten zu können. Wohl vermag es, Einfluß auf folgenschwere Ereignisse wie Raubkriege, Konterrevolutionen und gesellschaftliche Stagnation zu nehmen, die von der reaktionären Klasse hervorgerufen werden, jedoch zeigt sich darin in keiner Weise eine Rolle als Triebkraft oder gar als Schöpfer der Geschichte.[11]

Auch die fähigsten und einflußreichsten Repräsentanten der bürgerlichen Klasse sind prinzipiell nicht in der Lage, weder die Totalität einer geschichtlichen Epoche zu erfassen noch zu umfassenden Einsichten in Wesen und Wirkungsweise der objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze zu gelangen und zur Grundlage ihres Handelns zu machen. Die Führer der Bourgeoisie werden in ihren Denk- und Handlungsweisen durch die Existenzbedingungen ihrer Klasse bestimmt und teilen damit deren soziale Erkenntnisgrenzen. Die Entfaltungsmöglichkeiten für individuelle Eigenschaften und Talente sind klassen- und systembedingt. Wie jeder revolutionäre Arbeiterführer als Repräsentant seiner Klasse in der Regel die besten und typischen Eigenschaften des Proletariats verkörpert, so repräsentiert jede Führerfigur der Bourgeoisie im wesentlichen Klassenhaltungen und -eigenschaften dieser Ausbeuterklasse und trägt deren ökonomisch, politisch, sozial, ideologisch und kulturell bedingte Züge. Bürgerliche Führerpersönlichkeiten sind durch Erziehung, Zeit- und Lebensumstände gleichsam in soziale und politische Strukturen hineingewachsen‘ sie sind – bewußt oder unbewußt – Bindungen eingegangen, innerhalb deren Grenzen es lediglich eine „Freiheit des Handelns“ gibt.[12] Dies muß ebenso wie die Tatsache berücksichtigt werden, daß der Antagonismus der Klassenpositionen von Ausbeutern und Ausgebeuteten sieh im Antagonismus der Klassenpositionen auch der jeweiligen Repräsentanten von Ausbeutern und Ausgebeuteten widerspiegelt. Das prägt das Wechselverhältnis z. B. von bürgerlichen Parteiführern und werktätigen Massen. Bei aller Beachtung der Dialektik von Notwendigkeit und Zufall widerspiegeln sieh die Ziele und Grundstrukturen des Imperialismus in den bürgerlichen Führern, und zwar sowohl auf der Ebene der individuellen Neigungen und Fähigkeiten als auch auf der Ebene von deren quasisymbolischer Nutzung für bestimmte Ziele und Prozesse. Ruge hat darauf verwiesen, daß es zum Arsenal jeder bürgerlichen Propaganda gehört, bestimmte Namen herauszustellen bzw. zu „vermarkten“ und mit beliebig verwendbaren Legenden zu verknüpfen.[13] Galt z. B. Moltke d. J. als Symbol der „unbesiegbaren deutschen Militärmaschine“, so Schlieffen als Protagonist einer „überlegenen Militärstrategie“ des deutschen Imperialismus[14], Stresemann als Symbolfigur „unermüdlicher Friedenspolitik“, und Ludwig Erhard wurde mit der Legende eines „Vaters des Wirtschaftswunders“ umgeben. Unter diesem Aspekt ist auch eine Analyse

---

11 Vgl. dazu R. Barthel: Klassenwiderspruch und historischer Fortsehritt. In: Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis.

12 Engelberg, Ereignis, Struktur und Entwicklung, S. 620 f.

13 W Ruge: Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin 1974, S. 9 f.

14 Vgl. auch H. Otto: Schlieffen und der Generalstab. Der preußisch-deutsche Generalstab unter der Leitung des Generals v. Schlieffen 1891-1905, Berlin 1966, S. 217 ff.

der gegenwärtigen Propagandawelle über Hitler und andere Führer des Faschismus in der BRD nicht nur aufschlußreich, sondern dringend notwendig.[15]

Wenn allgemein nach der Rolle der parteipolitischen Führer des Imperialismus in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sowie nach dem gesellschaftlichen Rahmen ihrer biographischen Darstellung gefragt wird, müssen vorrangig solche Faktoren berücksichtigt werden, die mit der Herausbildung und der Entfaltung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zusammenhängen. Die Vertiefung der Widersprüche im System der Kapitalherrschaft sowie der wachsende Gegensatz zwischen der Monopolbourgeoisie und den werktätigen Massen des Volkes erschütterten die Macht des Imperialismus und Militarismus. Sie riefen aber auch neue objektive Bedürfnisse der herrschenden Klasse hervor, diese Widersprüche dennoch zu ihren Gunsten zu lösen und den Niedergang der kapitalistischen Gesellschaftsformation aufzuhalten, und dies nicht zuletzt mit Hilfe neuer Herrschafts- und Führungsmethoden, neuer politischer Führertypen und neuer persönlicher Qualitäten von Führern. Auf politischer Ebene trat die mit dem Übergang zum Imperialismus unlösbar verbundene Wende zur „Reaktion auf der ganzen Linie“[16] noch deutlicher zutage als in der Ökonomie.[17] Die Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital verstärkten die Tendenz zur Zentralisierung der politischen Exekutivgewalt, die sich hauptsächlich gegen das Streben der Volksmassen richtet, die eigenen Geschicke selbst bestimmen zu können und nicht länger von der Leitung der Gesellschaft und des Staates ausgeschlossen zu sein.

Die neue Qualität der „politischen Führung“ einer zum Untergang verurteilten Ausbeuterklasse kam in vielfacher Weise – und nicht erst als Erscheinung innerhalb des deutschen Faschismus zum Vorschein. So erklärte 1909 Hugo Preuß: „Es gibt in unserem öffentlichen Leben vielleicht nur einen Punkt, über den eine vollkommene Einstimmigkeit herrscht, und das ist der verblüffende Mangel an politischen Führern großen Stils in Deutschland.“[18] Dies meinte auch Max Weber, als er im Sommer 1917 schrieb: „Der Wille zur Ohnmacht im Innern [...] ist mit dem ‚Willen zur Macht‘ in der Welt [...] nicht zu vereinigen.“[19] Der einflußreichste bürgerliche Soziologe seiner Zeit, der wie Preuß dem im Dezember 1918 gegründeten Ausschuß zur Vorbereitung einer Verfassung der Weimarer Republik angehörte, bemühte sich während der großen Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Konterrevolution, „Führungsverhältnisse“ sowie die Begriffe „Macht“ und „Herrschaft“ neu zu bestimmen und ihren eigentlichen Inhalt aus dem klassenmäßig bestimmten Rahmen zu lösen.[20] Macht und Herrschaft erscheinen bei ihm – losgelöst von allen ihren sozialen Grundlagen – lediglich als Funktion von Normen und Institutionen – sie werden völlig individualisiert und damit in ein vorwiegend anthropologisch und sozialpsychologisch zu analysierendes Problem umgewandelt.[21] In seinen idealtypischen Bestimmungen der Herrschaft weist Weber neben dem rationalen (institutionellen) und dem traditionalen Typ auch der sog. charismatischen Herrschaft grundsätzliche „Legitimitätsgel-

---

15 Vgl. z. B. die groteske Kennzeichnung von Goebbels als nahezu faustische Symbol-figur eines allgemeinen „deutschen Schicksals“ bei A. v. Manikowsky: Goebbels. Was der Mann neben Hitler dachte, was er tat – und wie er sich in seinen geheimen Tagebüchern enthüllt, in: Stern, 1977, Nr. 35.

16 W. I. Lenin, Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 22, S. 922.

17 Vgl. Die allgemeine Krise des Kapitalismus. Triebkräfte und Erscheinungsformen in der Gegenwart, Berlin 1976, S. 26.

18 Hugo Preuß: Recht und Freiheit. Aus vierzig Jahren deutscher Politik und Geschichte. Hrsg. von E. Preuß, Hildesheim 1964, S. 551.

19 Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordnete Deutschland, in: ders., Gesammelte politische Schriften, München 1921, S. 259.

20 Macht bedeutet nach Weber „jede Chance innerhalb einer sozialen Beziehung (das kann die zwischen Lehrer und Schüler, Eltern und Kinder, Vorarbeiter und Arbeiter genauso sein wie die zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Kapitalist und Arbeitern, M. W / H. G.) den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleich viel worauf diese Chance beruht“. Herrschaft heißt für ihn die „Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“ (M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Sozialökonomik, III. Abt., Tübingen 1922, S. 28).

21 Vgl. G. Haney: Die Demokratie. Wahrheit, Illusionen und Verfälschungen, Berlin 1971, S. 135 f.; J. Streisand, Max Weber: Politik, Soziologie und Geschichtsschreibung. In: Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung von der Reichseinigung von oben bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Hrsg. J. Streisand, Berlin 1965, S. 179 ff.

tung“ zu. Diese werde im Gegensatz zu den anderen von einem „Führer“ getragen und beruhe „auf der außeralltäglichen Hingabe an die Heiligkeit oder die Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie offenbarten und geschaffenen Ordnungen.[22]

Die in solchen Überlegungen reflektierten Bedürfnisse der deutschen Monopolbourgeoisie, die mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, mit dem Übergang von der Monarchie zur bürgerlich-parlamentarischen Republik und dem Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen eine Rücknahme der sozialen und politischen Errungenschaften der Novemberrevolution entstanden waren, bildeten für Weber keinen Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie: „In der Demokratie wählt das Volk seinen Führer, dem es vertraut. Dann sagt der Gewählte: ‚Nun haltet den Mund und pariert.‘ Volk und Parteien dürfen ihm nicht mehr hineinreden.“[23] Mit dieser Auffassung von einer „plebiszitären Demokratie“, die dem Reichspräsidenten der Weimarer Republik ein größeres Gewicht als dem Parlament zubilligte, und von der Rolle des persönlichen Charismas erfolgreicher plebiszitärer Politiker konstruiert Weber eine Nahtstelle zwischen den beiden Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie.[24]

Diese Elemente aus dem Gesamtwerk Webers erfreuen sich in der Gegenwart der besonderen Aufmerksamkeit imperialistischer Politologen und Soziologen. So ist für D. Goetze die Schaffung des Begriffs der „charismatischen Herrschaft“ einer der „wichtigsten Beiträge Max Webers zur soziologischen Theorie“. Weiter heißt es: „Dieser Begriff und der theoretische Hintergrund haben sich als außerordentlich wertvolle Mittel zur Analysen von sozialen und politischen Bewegungen erwiesen und sind für das Verständnis bestimmter Phänomene nahezu unentbehrlich geworden.“[25] F. W Stallberg bestätigt vor allem unter Hinweis auf die Arbeiten des amerikanischen Soziologen R. E. Tucker, daß „am Ausbau des Charisma-Konzeptes und seiner Anwendbarkeit auf moderne Fälle politischer Führung gearbeitet wird“. Eine der Veränderungen soll darin bestehen, daß Webers „schrankenloses System von Gehorsamsanspruch und -bereitschaft“ nun in seiner „Autoritätsbeziehung variabler“ gestaltet werden soll.[26] In seinem Aufsatz über die „plebiszitäre Führerdemokratie“ bei Max Weber gesteht W. Mommsen ein, daß Webers „elitistische Auffassung vom Wesen des politischen Führers [...] sich jedenfalls nicht *bruchlos* mit der klassischen demokratischen Lehre verträgt“, daß die „Stellung des Führers eine spezifische Überhöhung“ erfuhr und die „Frage der Legitimität des materiellen Verfassungssystems als solche hinter der Rolle des Führers ganz zurücktritt.“ Mommsen hält die Frage nach der Möglichkeit einer Umdeutung der Webersehen „Führerdemokratie“ im autoritären Sinne für legitim, da ein „autoritärer Zug der Theorie Max Webers“ sichtbar sei. Er will aber letztlich nicht in Frage stellen, „daß der Begriff der ‚plebiszitären Führerdemokratie‘ seiner Intention nach durchaus demokratischen Charakter“ besitze. Mommsen plädiert für „personalistische Formen demokratischer Herrschaftsausführung“, die angeblich „gegenüber inneren Krisen“ weniger anfällig seien.[27]

Große Teile der herrschenden Klasse erklärten sich sowohl die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus im ersten Weltkrieg als auch die Novemberrevolution aus einem angeblichen Versagen ihrer politischen Führer. Diese seien „willenlose, charakterschwache, unsichere, zagende Leisetreter, keine Männer der Tat“ gewesen.[28] Der Münchener Nervenarzt Julius R.

---

22 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 124.

23 Zit. nach Streisand, S 183.

24 Über Grundprobleme imperialistischer Herrschaftsmethodik vgl. W Gutsche, Einleitung, in: Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klasse des Deutschen Reiches, Berlin 1977.

25 D. Goetze: Einige Bemerkungen zu einer soziologischen Theorie charismatischer politischer Führerschaft. In: Die Dritte Welt. Vierteljahresschrift zum wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Wandel, 1972, Nr. 3, S. 315.

26 F. W. Stallberg: Herrschaft und Legitimität. Untersuchung zur Anwendung und Anwendbarkeit zentraler Kategorien Max Webers, Meisenheim am Glan 1975, S. 241, 234. Näher untersucht werden soll u. a. die „Befestigung von Charisma an die Existenz politischer Bewegungen“, die „Entstehungsgründe charismatisch geführter Bewegungen“ und die „Genesis der Führer und Anhänger-Beziehungen“ (ebenda, S. 235).

27 W. Mommsen: Die „plebiszitäre Führerdemokratie“ bei Max Weber. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1963, H. 2, S. 299 (erneut abgedr. in: W. Mommsen: Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte, Frankfurt a. M. 1974).

28 J. R. Roßbach: Die Massenseele. Psychologische Betrachtungen über die Entstehung der Volks-(Massen-)Bewegungen (Revolutionen), München 1919, S. 31.

Roßbach, von dem Hitler offensichtlich viele Gedankengänge übernommen hat[29], erklärte dazu in einem Vortrag am 29. Januar 1919: „Das ewige Schwanken, das ständige Hin- und Hertaumeln der Reichsleitung in den Kriegszielfragen, bald Machtpolitik, bald wieder Verständigung, verhinderten es, dem Volke das eine *unbedingte Ziel* immer wieder zu geben und zu erhalten, den unbeugsamen Willen zum *Sieg*: ein *Ziel* unabänderlich, so wie der Polarstern ewig an der gleichen Stelle leuchtet."[30]

Der vielfache „Schrei" nach neuen politischen Führern[31] war mit elitärer Volks- und Massenfeindlichkeit verbunden. Es galt solchen Führern der Bourgeoisie, die sich in der Beherrschung der revolutionierten werktätigen Massen zu „bewähren"[32] vermögen, sich gegen die Massen durchsetzen können und „den leidenschaftlichen Willen besitzen, dem Wort einst die Tat folgen zu lassen".[33] Bei Roßbach liest sich dies so: *„Die Massenseele zeigt sich intellektuell tiefstehend, von einer überwertigen Idee beherrscht, weibisch, primitiv, wandelbar, launisch, höchst suggestibel, von ihrer Macht und Kraft überzeugt, automatisch handelnd, von starken Affekten geleitet, unwiderstehlich, barbarisch, grausam, zu allen Taten zu bewegen, von der gemeinsten, rohesten, lüsternsten bis zu den edelsten. Ihr erfolgreicher Führer muß ein harter Willensmensch sein. Nur der unerbittliche Wille zwingt Völkermassen* [...] *Hoffentlich erwächst dem deutschen Volk nun ein Führer."*[34]

In der Zeit der Weimarer Republik fühlten sich viele bürgerliche Politiker und Militärs dazu berufen, ein solcher „Führer" zu sein. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, die den Widerspruch zwischen den Profit- und Herrschaftsinteressen der Monopole und den Lebensinteressen der Volksmassen zuspitzte, zu Labilitätserscheinungen im zentralen Machtmechanismus führte und die Tendenzen zum Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform verstärkte, erreichte der „Ruf nach einem machtvollen Führer"[35] eine neue Dimension. Imperialistische Ideologen deklarierten die Führerfrage als das „inhaltsreichste und folgenschwerste Problem in unserer deutschen Wirrsal"[36] und verfälschten die Bestrebungen maßgebender Kreise des Monopolkapitals zur Errichtung eines offen diktatorischen Regimes zur Unterdrückung der Volksmassen in einen „vieltausendstimmigen Chor deutscher Herzen nach dem einen Mann aus ‚Millionen', dem es beschieden sei, das Volk in seinen Tiefen aufzuwühlen zu gemeinsamer Gefolgschaft auf der Bahn zum Wiederaufstieg".[37] In zunehmendem Maße lehnten alle bürgerlichen Organisationen mehr oder weniger konsequent den Typ des sog. Honoratiorenpolitikers an ihrer Spitze ab, wobei dies von den extrem reaktionären Kräften eng mit ihren Vorwürfen an die „bloß debattierenden Parlamentarier", an die „ängstlichen", weil auf die rechten Sozialdemokraten Rücksicht nehmenden Liberalen sowie an die „korrupten Bonzen" verknüpft wurde. Nicht nur die NSDAP bemühte sich darum, in ihren eigenen Reihen die Disziplin zu

---

29 Vgl. A. Tyrell: Vom „Trommler" zum „Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 54 ff.

30 Roßbach, S. 26.

31 Der Jungkonservative Johannes Meru schrieb 1920 noch ganz unter dem Eindruck der Novemberrevolution: „Die Gewalten der Selbstvernichtung werden sich nicht von selbst regulieren, und auch mit allen Phrasen von Ruhe, Ordnung und Arbeit wird nichts erreicht werden, wenn nicht das Willenszentrum der Gesamtheit eine Stärkung erfährt. Dieses Zentrum liegt im Führerhirn. Nur Menschen mit Führergeist können Deutschland aus der bestehenden Not retten" (J. Meru: Wer soll unser Führer sein? Berlin 1920, S. 2).

32 „Über die Geltung des Charisa entscheidet die durch die *Bewährung* [...] gesicherte freie, aus Hingabe an Offenbarung, Heldenverehrung, Vertrauen zum Führer geborene *Anerkennung* durch die Beherrschten." Die Qualität eines Führers objektiv zu bewerten sei völlig gleichgültig, es komme allein darauf an, „wie sie tatsächlich von den charismatisch Beherrschten, den ‚Anhängern' bewertet wird" (Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 140).

33 Hitler (zit. nach: Tyrell, S. 220).

34 Roßbach, S. 31. Wie sich der Vf. den „harten Willensmenschen" vorstellte, geht aus seinen Vorschlägen über die Art des Auftretens imperialistischer Führer zur Manipulation der Massen hervor: „Der Redner und Lenker der Massen oder eines Volkes muß, da das Volk dauernd nur durch übermäßige Erregung in seiner Gefolgschaft bleibt, immerwährend ohne Ablassen mit den *allerstärksten* Äußerungen Mißbrauch treiben [...] Die Massenführer und Völkerführer müssen immer maßlos übertreiben, in einem fort das Gleiche wiederholen, ihren Ton der Rede immer in der gleichen Weise stimmen, ohne Ermüdung, niemals einen Beweis bringen, sondern stets nur in wilden Reden sich überschwenglich und volkstümlich ergehen" (ebenda, S. 15).

35 E. Schott: Der Ruf nach dem Führer, in: Der Türmer. Monatsschrift für Gemüt und Geist, 1930, H. 5, S. 429.

36 Ebenda, S. 430.

37 Ebenda.

festigen, den angestrebten Gehorsam ihrer Mitglieder zu erzwingen und die Autorität ihres Parteiführers zu verstärken. Offen bekannte die Bayerische Volkspartei 1929: „Alle Welt ruft nach Führung. Für die politischen Parteien ist das Führer-Problem zum zentralen Problem geworden.“[38] Bereits 1928 ließ Carl Cremer, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, keine Zweifel darüber, daß die „Führerkrise“ zu einer „Gefahr für das politische Leben der Nation“ geworden sei.[39] Das „faschistische Führertum“ und der aufwendige Kult um die „Führer“, was bürgerliche Historiker als allein dem Faschismus wesenseigene Strukturelemente betrachten,[40] sind organisch mit der bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, mit dem Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus verknüpft.

* * *

Wenn konkret nach der Rolle von Führern bürgerlicher Parteien im imperialistischen Deutschland wie nach der Spezifik der Gestaltung und Zielstellung der Biographie eines bürgerlichen Politikers gefragt wird, dann ist davon auszugehen, daß diese nicht nur die grundsätzlichen Klasseninteressen und die historische Defensivposition des Imperialismus widerspiegeln muß, sondern auch seine situationsbedingten strategischen und taktischen Zielsetzungen[41] sowie die wesentlichen Merkmale, „Vorzüge“ und Mängel des politischen Herrschaftssystems und des darin eingebetteten Parteiensystems. Jede konkrete Erscheinungsform der politischen Organisiertheit der Monopolbourgeoisie verlangt spezifische Formen der „Führung“ im Mechanismus der Monopoldiktatur; Führung ist ein unabdingbares, notwendig vorhandenes und insofern auch normales Korrelat einer zielgerichteten Assoziation. Indem einzelne Personen oder ganze Gruppen hervortreten und sich an die Spitze von Bewegungen, Aktionen und Organisationen stellen, widerspiegeln und erfüllen sie ein objektives Erfordernis. „Keine einzige Klasse in der Geschichte“, stellte Lenin fest, „ist zur Herrschaft gelangt, ohne ihre eigenen politischen Führer [...] hervorgebracht zu haben, die fähig waren, die Bewegung zu organisieren und zu leiten.“[42] Jede bürgerliche Partei verfügt daher auch an ihrer Spitze über einen Kreis von unterschiedlichen, insgesamt aber relativ gleichrangigen, gleich bedeutsamen Leitern bzw. Führern. Dies sind, so Lenin, die „autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen“.[43] Die herausragenden Individuen an der Spitze bürgerlicher Parteien sind in der Regel besonders befähigte, aber auch besonders herausgestellte Personen. Die Ursachen ihrer „Herausstellung“ liegen im Bereich der Wechselbeziehungen von objektiven Bedürfnissen, entsprechenden Situationen und subjektiven Fähigkeiten (Talente); sie sind im Zusammenhang mit den jeweiligen Herrschaftsmethoden des Imperialismus zu sehen und für jeden Einzelfall konkret zu untersuchen.[44]

Nicht jede bürgerliche Partei muß unter ihren Führern auch absolut herausragende Personen besitzen, also *den* Führer der Partei, der sich über den immer vorhandenen Kreis relativ gleichrangiger Führer erhebt oder sogar an deren Stelle tritt. Für die Bismarck-Zeit würde die Bezeichnung als außerordentlich wirksamer bürgerlicher Parteipolitiker auf den Zentrumsführer Ludwig Windthorst und mit Abstrichen für Karl Wilhelm Rudolf v. Bennigsen und Eugen Richter zutreffen, für die Weimarer

---

38 Zit. nach K. Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei 1924-1932. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 46, Düsseldorf 1972, S. 60.

39 C. Cremer: Führerkrise, in: Wille und Weg. Eine politische Halbmonatsschrift, 1928, H. 13, S. 291.

40 Vgl. z. B. R. Vierhaus: Faschistisches Führertum. Ein Beitrag zur Phänomenologie des europäischen Faschismus, in: Hist. Z., Bd. 198 (1964), H. 3, S. 61 ff.

41 Vgl. dazu den Vortrag Wilhelm Groeners vor Offizieren der Obersten Heeresleitung am 19. Mai 1919, in: Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. und eingeleitet v. W Schumann, L. Nestler unter Mitarbeit v. W Gutsche/W Ruge, Berlin 1975, S. 165.

42 Lenin, Werke, Bd. 31, S. 26.

43 Ebenda, Bd. 4, S. 369 f., 284.

44 In diesem Zusammenhang kann die Rolle „mittelmäßiger politischer Führer negiert werden, „die ihren Aufstieg auf die Oberfläche des politischen Lebens zufälligen Umständen zu verdanken hatten“ und „in der Regel Spielball der Ereignisse sind“ (W Kelle/M. Kowalson: Der historische Materialismus. Abriss der marxistischen Gesellschaftstheorie, Moskau 1975, S. 346).

Zeit auf Gustav Stresemann, Alfred Hugenberg und Adolf Hitler.[45] Dies soll keine „Rangliste“ darstellen, vielmehr interessieren die kausalen Aspekte für das Auftreten und für den Handlungsspielraum qualitativ unter schiedlicher Personen an der Spitze der Parteien des Imperialismus. Dazu gehört die bereits angedeutete Tatsache, daß jede bürgerliche Partei die Führer hat, die die Existenzbedingungen der herrschenden Klassen erlauben bzw. erfordern. Hier gilt, was Karl Marx unter Berufung auf den französischen Aufklärer Helvetius formulierte: „Jede Gesellschaftsepoche braucht ihre großen Männer, und wenn sie dieselben einmal nicht findet, erfindet sie sie.“[46] Jede bürgerliche Partei hat darüber hinaus im Prinzip aber auch die ihrem Wesen und ihrer eigenen Zielsetzung adäquaten Führer. So bemerkte bereits Franz Mehring zu der Erscheinung, daß in der Zentrumspartei „einem Führer von ausgeprägter Persönlichkeit, wie Windthorst ihn darstellte, ein „Führer von so verwaschener Individualität wie Lieber“ gefolgt sei, daß „die Führer einer Partei nicht dieser ihr Wesen aufprägen, sondern umgekehrt, daß jede Partei sich die Führer erzeugt, die sie braucht“. Weiter erklärte Mehring: „Nicht weil Windthorst ihr Führer war, trieb das Zentrum zu Windthorsts Zeit eine gescheitere Politik als zu Liebers Zeit, sondern als die Partei eine gescheitere Politik trieb, brauchte sie einen Führer wie Windthorst, während sie im letzten Jahrzehnt sich an einem Lieber genügen lassen konnte, ja in ihm ihr eigentliches Wesen verkörpert sah.“[47]

Trotz aller Bedeutung der Führer für ihre Parteien läßt sich also der Satz, daß jede bürgerliche Partei im Prinzip die ihr adäquaten Führer besitzt, nicht umkehren. Es gibt keine Partei *der* Führer oder *für* den Führer. Es gibt keine „Führer“-Partei im Sinne der verbreiteten bürgerlichen These von der NSDAP als „Führer“- bzw. „Hitlerpartei“. So herausragend die Person Hitlers auch war, sie verlangt zur grundsätzlichen Erfassung ihrer geschichtlichen Rolle im Prinzip methodologisch und biographisch-theoretisch nichts anderes als das, was auch etwa zu der von Stresemann oder Hugenberg erforderlich ist.

So wie die faschistische Diktatur organisch aus anderen Herrschaftsformen des Imperialismus hervorgegangen war und die NSDAP – trotz aller ihrer Spezifik – die Grundzüge des bürgerlichen Parteienwesens bis zur extrem reaktionären Konsequenz geführt hat[48] besteht auch ein enger, organischer Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Formen der politischen Führung und den Führern der Monopolbourgeoisie. In dieser Hinsicht brachte der Faschismus ebenfalls die reaktionärste Konsequenz einer im Wesen des Kapitalismus immanent enthaltenen und angelegten Erscheinung hervor. Alexander Abusch bezeichnete 1934, gestützt auf Marx[49], das faschistische Prinzip der politischen Führung als „eine Herrschaftsmethode“, die das kapitalistische „Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnis auf die Spitze treibt.“ Es sei nur der politische Abklatsch des zur äußersten Brutalität entwickelten Ausbeutungsverhältnisses im kapitalistischen Reproduktionsprozeß.“[50] Außerdem bedeutete das faschistische Führerprinzip (bedingungslose Autorität oben nach unten und absoluter Gehorsam von unten nach oben; Beseitigung aller Elemente einer wie auch immer gearteten Mitwirkung der werktätigen Massen an der an der Leitung von Gesellschaft und Staat; Beseitigung der in den bürgerlichen Parteien vorhandenen formalen innerparteilichen Demokratie; terroristische Durchset-

---

45 Im wirtschaftlichen und politischen Verbändesystem der herrschenden Klasse wäre etwa auf Henry Axel Bueck für die ersten Jahrzehnte des „Centralverbandes deutscher Industrieller“, auf Heinrich Claß für den „Alldeutschen Verband“, Stresemann im „Verband sächsischer Industrieller“ und das Gespann Gustav Roesicke/Frhr. Conrad v. Wangenheim im „Bund der Landwirte“ zu verweisen.

46 K. Marx/F. Engels, Werke, Berlin 1956 ff. (MEW), Bd. 7, S. 63.

47 F. Mehring: Das große Kesseltreiben, in: ders., Politische Publizistik 1891 bis 1904, Berlin 1972, S. 455.

48 Vgl. M. Weißbecker: Thesen zur Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, 1976, Nr. 37/38, S. 14; ders., Bemerkungen zur Rolle der NSDAP im politischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus. in: Abendroth-Forum. Marburger Gespräche aus Anlaß des Geburtstages von Wolfgang Abendroth. Hrsg. F. Deppe u. a., Marburg 1977, S. 366 ff.

49 „Der Kapitalist ist nicht Kapitalist, weil er industrieller Leiter ist, sondern er wird industrieller Befehlshaber, weil er Kapitalist ist. Der Oberbefehl in der Industrie wird Attribut des Kapitals, wie zur Feudalzeit der Oberbefehl in Krieg und Gericht Attribut des Grundeigentums war“ (MEW, Bd. 23, S. 352).

50 A. Abusch: „Führer“ und Führer. Über das faschistische „Führerprinzip“, die Rolle der Persönlichkeit und den revolutionären Arbeiterführer Ernst Thälmann, in: ders., Begegnungen und Gestalten. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Literatur 1933 bis 1971. Schriften, Bd. IV, Berlin 1971, S. 145.

zung der monopolbourgeoisen Interessen und demagogische Gleichsetzung dieser Interessen mit denen der Ausgebeuteten und Unterdrückten) eine Übertragung des militärischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips und damit eines wichtigen Aspekts der inneren Funktion des Militarismus auf das gesellschaftliche Leben schlechthin.

Diese objektiven Zusammenhänge werden von der bürgerlichen Geschichtsschreibung geleugnet und nicht nur von den konservativen Ideologen, für die sich der Faschismus geradezu als eine „zeitweilige Übereignung der deutschen Geschichte an Hitler“[51] und der oberste faschistische Führer als die „mediale Drehscheibe“ des Geschehens in Deutschland zwischen 1933 und 1945[52] darstellen. Auch Historiker, die sieh der sog. Sozialgeschichtsschreibung verpflichtet fühlen, greifen zu irrationalen Erklärungsmodellen So versucht H. A. Winkler, die strategischen Ziele des deutschen Faschismus – darunter versteht er den Antimarxismus den Antisemitismus und die Eroberung von Lebensraum – von ihren klassenmäßigen Wurzeln zu lösen, indem er behauptet: „Die Autonomie des nationalsozialistischen Führungskerns – in letzter Instanz: Hitlers selbst – bei der Festsetzung der säkularen Endziele ist unbestreitbar.“[53] Der Autonomie-Begriff wird von vielen bürgerlichen Historikern vor allem auf die Entstehung der faschistischen Partei angewandt, um eine „von direkt kapitalistischer Urheberschaft“[54] freie, eigengesetzliche und letzten Endes psychologisierende Deutung zu ermöglichen.

Für die notwendige Untersuchung des Zusammenhangs, der Wechselbeziehungen zwischen der jeweiligen imperialistischen Herrschaftsform und den entsprechenden Typ von Führern bürgerlicher Parteien ist auffällig, daß solche autoritativ-diktatorischen Typen wie Hugenberg und Hitler an der Spitze der jeweils reaktionärsten Rechtsparteien standen, während sich solche führenden Politiker wie Friedrich Naumann in der Deutschen Demokratischen Partei und Wilhelm Marx in der Zentrumspartei in hohem Maße den Entscheidungen der führenden Gremien unterordneten. Als sich Carl Friedrich v. Siemens und Hjalmar Schacht in der Führung der DDP nicht durchsetzen konnten, verließen sie 1924 bzw. 1926 die Partei. Das läßt möglicherweise den Schluß zu, daß eine bürgerliche Partei in dem Maße autoritäre und besonders herausgestellte Führer braucht, je reaktionärer ihr Programm ist und je weiter rechts sie steht. Das bedeutet nicht, daß die Führer der reaktionärsten Parteien zugleich auch herausragende, besonders befähigte Personen sein müssen. Zumindest ist offensichtlich, daß die autoritär-faschistische Herrschaftsform mit ihrer extremen Zentralisierung der Macht, mit der terroristischen Disziplinierung der Massen, mit dem „Führer-Kult“ und der Volksgemeinschaftsdemagogie einen anderen, massenwirksameren und zugleich autoritäreren Führertyp verlangt als die bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsform mit den ihr adäquaten Formen der Bindung der Massen, an den imperialistischen Machtmechanismus.

Diesen Zusammenhang sowie die Tatsache, daß die Führungsschicht der bürgerlichen Parteien – wenn auch mit unterschiedlichem Anteil – die für den deutschen Imperialismus entscheidenden Aufgaben nach 1918 mit Erfolg gelöst hatte, verkannten die rechtsextremen Kritiker mit ihrer besonders in der Zeit des Übergangs von der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zur Periode der Weltwirtschaftskrise erhobenen Klage über den „Führungsmangel“[55] bzw. über die mangelnde Qualität der Führer des Weimarer Staates. So kam der Historiker A. Wahl zu der Auffassung, daß „in der parlamentarischen Demokratie [...] fast ausnahmslos nur Mittelmäßigkeit in die Führerstellen“ käme, ja, er meinte sogar, daß „der elementarische Parlamentarismus eine instinktive Scheu vor der bedeutenden Persönlichkeit“ hab.[56] Für die völkisch-chauvinistische“ Deutsche Industriellenvereinigung“ lag eine der zentralen Schwächen des Weimarer Staates gerade darin, daß „in der Führerkreation und in der Schaffung von Zucht- und Erziehungsformen für die staatsführende Schicht das parla-

51 E. Lämmert, in: Germanistik – eine deutsche Wissenschaft, Frankfurt a. M. 1967, S. 21.

52 M. Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung der Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, S. 35.

53 H. A. Winkler: Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich. Hrsg. W Schieder, Hamburg 1967, S. 112.

54 E. Hennig: Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht, Frankfurt a. M. 1977, S. 146, 249.

55 H. Bechly: Die Führerfrage im neuen Deutschland. Schriftenreihe des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, 2., Nr. 17, Hamburg 1930, S. 7.

56 A. Wahl: Vom Führertum in der Geschichte, Bad Langensalza 1928, S. 17.

mentarisch-demokratische System versagt“ habe.[57] Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Friedrich Lent reihte sich in diese Gedankenkette ein, wenn er meinte, daß im Parlamentarismus, „um die Führung eines großen Mannes durchzusetzen, nur die Wahl zwischen besonderer Ermächtigung oder Revolution, also zwischen freiwilliger der erzwungener Beseitigung des Systems“[58] bleibe. Diese rechtsextreme „Führererwartung“ ließ von vornherein keinen Zweifel daran, daß ihr Ruf nach dem „starken Mann“ nicht nur auf die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung zielte, sondern gleichzeitig auch eine Kampfansage an das bürgerlich-parlamentarische System bedeutet: stand für sie doch die „Idee der Demokratie [...] mit der Idee des Führertums in Widerspruch. Die Wirklichkeit der Demokratie zeigt keine Führerpersönlichkeit und keine Möglichkeiten, solche zu verwirklichen.“[59]

Auf das Problem des „Führermangels“ wirkt auch die Krise des politischen Machtsystems und der bürgerlichen Ideologie ein. Diese zwingt die herrschende Klasse zu häufigerem „Auswechslung“ abgenutzter, d. h. für die Beeinflussung der werktätigen Massen unwirksam gewordener Methoden und Konzeptionen. Das ist zwangsläufig auch mit dem „Wechsel“ bzw. dem „Ersetzen“ von Personen sowie mit der Suche nach geeigneten neuen Führern, aber in der Regel mit keinen größeren, an die Substanz gehenden Komplikationen für die jeweilige Partei verbunden.[60] Allerdings kann der Abtritt dominierender Führerpersönlichkeiten (noch dazu unter den Bedingungen einer auf den „Führer“ zugeschnittenen Herrschaftsmethodik) mit größeren Risiken für die betreffende Partei verbunden sein; sei es, daß sich mehrere potentielle Anwärter um die Führungsfunktion streiten (so nach dem Tode Gustav Stresemanns und nach dem Abtreten Konrad Adenauers) oder daß latente krisenhafte Erscheinungen nun offener zutage treten, wie nach dem Tode Windthorsts. Als der im März 1891 verstarb, gab der spätere Reichskanzler Georg von Hertling seiner Ratlosigkeit in einem Privatbrief Ausdruck: „So hat uns also der schwerste Schlag getroffen! Obwohl man ihm seit Jahren entgegensehen mußte, hat er uns dennoch völlig unvorbereitet überrascht. Was werden wird, kann niemand sagen.“[61]

Es käme einer Personalisierung der bürgerlichen Parteiengeschichte gleich, wenn die Ursachen der krisenhaften Prozesse im Zentrum beim Übergang zum Imperialismus im Fehlen einer herausragenden Führerpersönlichkeit gesucht würden, doch es bleibt unbestritten, daß sich dieser Aspekt zusätzlich verschärfend auswirkte. K. Bachem macht in seiner Zentrumsgeschichte aus der Not eine Tugend, wenn er für das Zentrum des 20. Jahrhunderts das Fehlen eines „einzelnen überragenden“ Führers konstatiert, zugleich aber darauf verweist, daß die Partei „eine ganze Reihe von Mitgliedern (besaß), welche treffliche Führungseigenschaften aufwiesen. Wenn diese zusammenhielten und sich untereinander verständigten, war das Nichtvorhandensein eines allgemein anerkannten Einzelführers zu verschmerzen.“[62] Die hier anklingende Arbeitsteilung innerhalb der Führungsgremien bürgerlicher Parteien spiegelt Entwicklungsprozesse wider, die mit der Ablösung der sog. Honoratiorenparteien durch straff geleitete große „Massenparteien“, mit den vielfältigen Anforderungen der Parlamentsarbeit, mit der Anleitung der zahlreichen Hufs-, Frauen- und Jugendorganisationen der jeweiligen Partei in Zusammenhang stehen. Das vielfältige Beziehungsgeflecht zwischen dem im Vordergrund stehenden nominellen oder faktischen Parteiführer und dem mehr im Verborgenen arbeitenden Führungsgremium, von dem vielfach die entscheidenden strategischen Impulse ausgehen und in denen die Interessen der herrschenden Klasse direkt reflektiert werden, gehört zu den am wenigsten erforschten Problemkreisen in der Geschichtsschreibung über die bürgerlichen Parteien.

---

57 W Heinrich: Staatsform und Führerauslese, in: Nationalwirtschaft. Blätter für organischen Wirtschaftsaufbau, 1929/30, H. 5/6, S. 507.

58 F. Lent: Parlamentarismus und Führertum, Bad Langensalza 1929, S. 10.

59 J. Binder: Führerauslese in der Demokratie, Berlin 1929, S. 31.

60 Das gilt z. B. für den Übergang von Carl Petersen zu Erich Koch-Weser in der DDP 1924, von Ernst Scholz zu Eduard Dingeldey in der DVP 1930 oder von Friedrich Winckler zu Kuno Graf Westarp in der DNVP 1926.

61 Georg v. Hertling an Hermann Cardauns, 21. 3. 1891, in: Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Cardauns, Bd. 1, Bl. 51. Ähnlich auch Adolf Kirchhoff: „Daß die Tage der Einheit des Zentrums gezählt sind, fürchte ich auch. Windthorst ist alles gewesen, darum sind eben die anderen nichts. Es gehe wie bei der tüchtigen Hausfrau zu, die der Dienerschaft alles vortue und letztere deshalb verwöhne und unfähig mache“ (Adolf Kirchhoff an Georg Kopp. 19.3.189 1, in: Archivum archidieczjalne w Wroclawiu, Nachlass Kardinal Kopp, Nr. 73, unfol.).

62 K. Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, Bd. 6, Köln 1929, S. 145.

Einen richtungsbestimmenden und objektiv determinierten Rahmen für die Entfaltung der individuellen Wirksamkeit von Parteiführern bildet die relativ starke historische Kontinuität in der Gesamtstruktur des bürgerlichen Parteienwesens. In der Regel sind die Auswirkungen der persönlichen Fähigkeiten und Eigenschaften auf alle Parteien und deren Platz in der Gesellschaft zeitlich (z. B. von Wahl zu Wahl) und institutionell (von Satzungen, Geschäftsordnung usw.) begrenzt.[63] Bei der Gründung politischer Organisationen spielen die Führer in der Regel eine größere Rolle als im weiteren Entwicklungsprozeß dieser Organisationen, besonders wenn diese bereits eine gewisse gesellschaftliche Größe darstellen.[64] Aus der individuellen und subjektiven Widerspiegelung objektiver Bedürfnisse, Gesetzmäßigkeiten und Trends werden unter dem Zwang der Bewährung und des Erfolgs zunehmend verobjektivierte Faktoren, die für die jeweilige Organisation mehr und mehr den Charakter objektiver Anforderungen annehmen. Die Führer bürgerlicher Parteien sind für diese Anforderungen und deren Entwicklung im Rahmen der Realisierung ihres „gesellschaftlichen Auftrags“ von großer Bedeutung, wobei es im einzelnen unterschiedliche Alternativmöglichkeiten gibt.

Ferner ist die Tatsache zu beachten, daß eine wichtige Aufgabe der bürgerlichen Parteien in der Auswahl, Erziehung und Erprobung von Führern im Dienste des Monopolkapitals besteht. Diese Kader müssen aus der eigenen Klasse, aber auch aus anderen Klassen und Schichten gewonnen werden. Die Organisierung von „Karrieren“ gehört daher zum täglichen Geschäft und erhält spätestens seit der Weimarer Republik durch die Gründung von Parteischulen, Hochschulen für politische Bildung usw. systematischen Charakter. Der im faschistischen deutschen Imperialismus besonders starke Führerbedarf und -verschleiß war bedingt durch den Zwang zum ständigen Ausbau und zur Vervollkommnung des riesigen Organisationsapparates, aber auch generell durch die dem Faschismus wesenseigenen Existenzbedingungen. Die Faschisten gaben der Frage des Führernachwuchses einen gewichtigen Stellenwert. Nach Konstantin Hierl mußten die „oberen und obersten Führer [...] besonders darauf bedacht sein, junge Führer von überragendem Persönlichkeitswert und besonderer Begabung ausfindig zu machen, ihre weitere Entwicklung zu fördern und ihnen bei Bewährung den Weg nach oben zu ebnen. Die Auslese, die in bewegten, revolutionären Zeiten der Kampf vollzieht, muß in ruhigeren Zeitläufen die auf große Ziele gerichtete Personalleitung vollziehen.“[65]

* * *

Im Zusammenhang mit den hier behandelten Problemen erhebt sich notwendigerweise die Frage‘ durch welche *individuellen* Fähigkeiten, Denkweisen und Handlungen Führer einer Partei sich aus ihrer Organisation und oft auch ihrer Klasse herausheben und ihrer exponierten Stellung gerecht werden. Die primäre Rolle kommt jenen Fähigkeiten und Eigenschaften zu, die eine frühere und tiefere Erkenntnis der allgemeinen Interessen der herrschenden Klasse ermöglichen, als sie das Gros der Parteimitglieder besitzt. Solche Führer haben die Fähigkeit sich vorzustellen, was in konkreten oder künftigen Situationen mit Zielstrebigkeit und Entschlossenheit getan werden muß, um die grundlegenden Interessen der Ausbeuterklasse gegen die unterdrückten Werktätigen, insbesondere gegen die Arbeiterklasse, staatlich-rechtlich, politisch, ideologisch oder organisatorisch durchsetzen zu können. Diese „Weitsicht“ hebt sich von der Interessenvertretung allein bestimmter Gruppen und Fraktionen der herrschenden Klasse ab. So sprach der alldeutsche Expansions- und Annexionspolitiker Hugenberg bereits 1914 die Befürchtung aus: „Die Arbeiter, die aus dem Krieg zurückkommen, werden mit großen Ansprüchen an die Arbeitgeber herantreten, weil der Wandel gewisser Arbeiterkreise in Bezug auf ihre nationalen Anschauungen (Unterstützung der Kriegsanstrengungen) noch keineswegs die sozialen Gegensätze beseitigt hat.“ Als Lösung dachte er zunächst an eine weitherzige Lohnpolitik im Ergebnis eines großen Zuwachses an „Gebiet und wirtschaftlicher Kraft“.[66] Die Niederlage des deutschen Imperialismus ließ jedoch eine solche Variante nicht zu; das Medienmonopol Hugenbergs

---

63 Vgl. in diesem Zusammenhang die Erklärung des englischen Soziologen Scipio Sighele: „Je geringer die Regelmäßigkeit und Legitimität der Wahl des Führers ist, um so größer ist seine Autorität“ (zit. nach: C. Geyer: Führer und Masse in der Demokratie, Berlin 1926, S. 64).

64 Auf diesen Zusammenhang macht auch Geyer, S. 35 aufmerksam.

65 K. Hierl: Gedanken über Erziehen und Führen, Berlin 1944, S. 15.

66 Zit. nach G. Honigmann: Kapitalverbrechen oder der Fall des Geheimrats Hugenberg, Berlin 1976, S. 103.

in den zwanziger Jahren diente deshalb auch dazu, mit Hilfe umfangreicher Manipulationsmechanismen diese „sozialen Gegensätze“ zu verschleiern.

Bürgerliche Parteiführer zeichnen sich in ihrer Individualität weiterhin dadurch aus, das sie besser als andere in der Lage sind, den Platz der von ihnen vertretenen Klassen- und Gruppeninteressen im Klassenkampf, im Kräfteverhältnis der Klassen, im politischen Machtmechanismus und im Konkurrenzkampf zu bestimmen. Sie vermögen, gesellschaftliche Entwicklungsprozesse zwar nicht grundsätzlich, aber zumindest in einem solchen Umfang zu erkennen, der eine fördernde oder eine hemmende Einflußnahme ermöglicht. Sie sind fähig, dahingehend auf die objektiven Verhältnisse einzuwirken, daß die fortschrittlichen Klassenkräfte an der Verwirklichung ihrer Ziele zeitweise gehindert werden. Politische Führer der Bourgeoisie heben sich auch dadurch von der Masse der Angehörigen der herrschenden Klasse ab – soweit dies nicht arbeitsteilig bedingt ist –, daß sie sich in den taktischen Formen und Mitteln des Klassenkampfes besser auskennen. Sie verstehen es, in veränderter Situation die Formen und Mittel unverzüglich zu wechseln und die Kräfte umzugruppieren. Sie vermögen darüber hinaus, strategisch zu denken, d. h. über den unmittelbaren Tageskampf hinaus Aufgaben zu formulieren. Bismarck etwa war in der Lage, die „strategischen Hauptziele von den taktischen Methoden und von diesen wieder die wechselnden taktischen Manöver und Kunstmittel, kurz das Konstante vom Variablen, das Übergeordnete vom Untergeordneten zu unterscheiden“.[67]

In engem Zusammenhang mit diesen Fähigkeiten, die die politischen Führer aus ihrer Klasse herausheben, steht auch ihre deutlich formulierte und erkennbare „Kampfkraft“ gegen die progressiven Kräfte. So zeichnen sich die Führungskräfte dadurch aus, daß sie rechtzeitig und kaltblütig die objektiven und subjektiven Schwächen der Kräfte ihres Klassengegners, der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Werktätigen, zu nutzen verstehen. Beispielsweise begannen einzelne bürgerliche Politiker relativ frühzeitig die Anfänge des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung in neue strategische Konzeptionen zur Niederhaltung der Arbeiterklasse einzuarbeiten und die Spaltung der Arbeiterklasse zielgerichtet zu fördern.

Das Bestreben der fähigsten Führer der Bourgeoisie geht in der Regel dahin, in ihrem Verhältnis zu den werktätigen Massen eine solche Stellung zu beziehen, die der Stabilisierung und der Sicherung bürgerlicher Klassenherrschaft dient. Sie müssen deshalb fähig sein, einen bedeutenden Beitrag zur politischen Organisiertheit der herrschenden Klasse zu leisten.[68] Eine der letzten größeren politischen Aktionen von Windthorst in der klerikalen Geschichtsschreibung häufig als sein „Testament“ ausgegeben war die Gründung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“, der in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg zumindest in den katholischen Gebieten der Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterbewegung hartnäckigen Widerstand leistete. Die vielfältigen organisatorischen Aktivitäten von Stresemann und Hugenberg weisen in die gleiche Richtung.

Mit dem Übergang zum Imperialismus gewinnt ein wichtiges Merkmal bourgeoiser „Führerqualifikation“ wachsende Bedeutung: die Fähigkeit zur politischen und ideologischen Manipulation der Massen. Im 19. Jh. erfaßten die bürgerlichen Parteien vor allem die Angehörigen der eigenen Klasse, um diese für das Funktionieren des Staates als des wichtigsten Instruments ihrer Klassenherrschaft zu organisieren und zu mobilisieren. Der im Gefolge des Übergangs zum Imperialismus wachsende Widerspruch zwischen der kleinen Schicht ökonomisch-politischer Machtträger und der breiten Masse der Werktätigen führte zu einer neuen Qualität im Verhältnis zwischen Staat und herrschender Klasse sowie zwischen Staat und Gesellschaft. Angesichts der Tatsache, daß die Schaffung eines breiten Systems manipulierter Massenbeeinflussung für den Imperialismus zu einer Existenzfrage[69]

---

67 E. Engelberg: Rezension zu A. Palmer: Bismarck – Eine Biographie, Düsseldorf 1976, in ZfG, 1979, H. 5, S. 972.

68 Diese Seite bürgerlicher Führungstätigkeit wird bereits von der „führungswissenschaftlichen“ Literatur in der Weimarer Republik hervorgehoben. So betont Leopold Engelhart, daß Führer selbst ein Organisator sein (muß) [...] Weil der Führer Organisator ist, muß ihm auch die Art und Weise der organisatorischen Arbeit geläufig sein. Er ist wie ein Meister an der Orgel, der weiß, welche Register warum er sie zieht“ (L. Engelhart: Führertum. Gedanken an alle, die Führer sind oder die es werden wollen, München 1932, S. 77, 79).

69 Vgl. M. Weißbecker: Extremreaktionäre Organisationen des Imperialismus und werktätige Massen, in: ZfG, 1977, H. 3, S. 287).

und die Integrationsfähigkeit des bürgerlichen Parteienwesens gegenüber den Massen für die Monopolbourgeoisie zu einem ausschlaggebenden Faktor geworden war, konnten politische Führer der Bourgeoisie und ihrer Parteien im allgemeinen nur solche Persönlichkeiten sein, die auch die Voraussetzungen dafür mitbrachten, auf größere Teile der Massen zu wirken.

Die wachsende Konzentration der Führerfunktion auf die Aufgaben der Massenbindung und -manipulation spiegelte sich bereits in den vielfältigen Überlegungen bürgerlicher Ideologen und Parteipolitiker wider, die zunächst während der Novemberrevolution dann aber auch vor allem am Ende der Weimarer Republik angestellt worden sind. Kaum eine bürgerliche Partei hat sich nicht mit diesem Aspekt des sog. Führerproblems beschäftigt. In Fortführung von Max Weber definierte der Soziologe Leopold von Wiese 1933 den Führungsbegriff so: „Führung im weiteren Sinne ist dann festzustellen, wenn von einem oder mehreren Menschen der Wille anderer Menschen, Menschenmassen oder Menschengruppen in einem Maße beeinflußt wird, daß ihr Tun und Lassen mehr oder weniger als Folge dieses Einflusses anzusehen ist.“[70] Die Bindung von „Gemeinschaft“ an „Führertum“ wurde im autoritären Sinne verstanden, denn – so hieß es in einer jungkonservativen Schrift – „eine Führung, die sich nur auf das Vertrauen der Massen stützt, ein Regiment, das den Regierten nicht *gegenübertritt*, sondern sie *vertritt*, auf geheimnisvolle Weise mit ihnen eins ist, hat nur uneigentliche Legitimität“[71].

Die angebliche Notwendigkeit autoritären „Führertums“ wurde hauptsächlich mit politischen Erfordernissen, aber auch mit pseudowissenschaftlichen Argumenten gerechtfertigt. In der militärtheoretischen Zeitschrift „Wissen und Wehr“ wurde 1930 auf einen sog. Unterordnungstrieb hingewiesen, der unter den „sozialen Trieben [...] für den Feldherrn und Politiker seine besondere Bedeutung“ habe. Er verlange seiner Natur nach „nach Betätigung“, nach „Unterordnung unter leitende politische Ideen“. Der Beitrag gipfelte in der Feststellung: „Unbezähmbar ist im Menschen das Verlangen nach Führung. Der Staat muß nur lernen, dem Unterordnungstrieb des Menschen diejenigen Werte zu geben, die die Zeitumstände verlangen.“[72]

Der faschistische deutsche Imperialismus, der die höchste und umfassendste Form der direkten und einheitlichen organisatorischen Bindung von Massen an ein Regime war und der alle seine Möglichkeiten intensiv nutzte, sich Gehör und Einfluß unter den Massen zu schaffen, widmete dem Führerkriterium der „Volksgemeinschaft und Volksverbundenheit“[73] besondere Aufmerksamkeit. Der sog. Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl formulierte dies folgendermaßen: „Führen heißt: eine Gefolgschaft an ein vorgeschriebenes Ziel zu bringen, also bestimmte Leistungen mit ihr erzielen [...] Der Führer muß seiner Gefolgschaft den Weg zum Ziel weisen und sie auf diesem Wege mit sich reißen. Dazu muß er Macht besitzen über ihren Willen [...] Damit die Gefolgschaft dem Führer auf dem von ihm gewiesenen Weg folgen kann, muß er ständig erzieherisch auf sie einwirken.“[74]

Der persönliche Anteil, den die Führer der bürgerlichen Parteien vor 1933 und die Führer der NSDAP vor und zur Zeit der faschistischen Diktatur an der Disziplinierung und Mobilisierung großer Teile der Massen hatten, ist nicht gering zu veranschlagen. Dabei geht es nicht nur um die direkte parteipolitische Erfassung von werktätigen Massen, die freilich nicht überschätzt werden darf[75], sondern auch um die von den Parteiführungen gelenkten Hilfs- und Nebenorganisationen bzw. Vereinigungen, die nur mittelbar mit der „Mutterpartei“ verbunden sind.[76]

---

70 L. v. Wiese: System der allgemeinen Soziologie, München/Leipzig 1933, S. 265; vgl. auch W Vleugels: Die Massen, München 1930, S. 43; Engelhart, S. 10 f.

71 H. Bogner: Die Bildung der politischen Elite, Oldenburg 1932, S. 10.

72 E. Jäger: Der Unterordnungstrieb in seiner Bedeutung für die Führung von Heer und Volk, in: Wissen und Wehr, 1930, H. 10, S. 600 f., 612.

73 W Löbsack: Von den Pflichten und Aufgaben des politischen Führers. Schriften der Adolf-Hitler-Schule. Landesführerschule Deutscher Osten, Danzig, H. 4, Danzig 1935, S. 23.

74 Hierl, S. 6 f.

75 Vgl. Weißbecker, Extremreaktionäre Organisationen, S. 289.

76 So war Wilhelm Marx, von 1921 bis 1928 Vorsitzender der Zentrumspartei, gleichzeitig auch Führer der katholischen Schulorganisation, die mehrere Hunderttausende von Mitgliedern umfaßte, während die Zentrumsführer

* * *

Untersuchungen zur Rolle der Führer politischer Parteien im Imperialismus bestätigen die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Theorie und die Erkenntnis Plechanows, daß „Persönlichkeit kraft der gegebenen Besonderheiten ihres Charakters die Geschicke der Gesellschaft beeinflussen können", die Möglichkeiten dieser Beeinflussung und ihr Ausmaß aber „durch die Organisation der Gesellschaft, durch das Wechselverhältnis ihrer Kräfte bestimmt" sind. „Die persönlichen Besonderheiten der führenden Personen bestimmen das individuelle Gepräge der historischen Ereignisse, und das Element des Zufälligen [...] spielt stets eine gewisse Rolle im Verlauf dieser Ereignisse, deren Richtung in letzter Instanz bestimmt wird durch die sogenannten allgemeinen Ursachen, d. h. in Wirklichkeit durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die gegenseitigen Beziehungen der Menschen im gesellschaftlich-ökonomischen Prozeß der Produktion."[77]

Der extreme Gedanke Friedrich Nietzsches, daß ein Volk „der Umschweif der Natur ist, um zu sechs, sieben großen Männern zu kommen"[78], ist für das gegenwärtige bürgerliche Geschichtsdenken nicht typisch; zahlreiche Beispiele bestätigen jedoch, daß wesentliche Richtungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung nach wie vor dem Heroenkult eines Thomas Carlyle[79] verhaftet sind. Solche Historiker sind unfähig, der sozialen und ökonomischen Determiniertheit, der auch die großen Persönlichkeiten unterliegen, Rechnung zu tragen. Insofern ist die Stagnation und die Krise in der bürgerlichen Biographik Teil der Krise der bürgerlichen Historiographie überhaupt.[80]

Marxistisch-leninistische Forschungen und Darstellungen zur Rolle bürgerlicher Parteiführer können dazu beitragen, tiefer in das Wesen des Imperialismus einzudringen und grundlegende Prozesse und Ereignisse der Geschichte des deutschen Volkes im 20. Jh. besser in ihrer Dialektik zu erfassen. „Wer die Gegenkräfte kaum oder gar nicht wahrnimmt, gerät zu Fehleinschätzungen nicht allein im Objektiven, sondern auch im Subjektiven."[81] In Biographien bürgerlicher Führer kann der Klassengegner der Arbeiterklasse dann konkret faßbar werden, wenn er in seinen individuellen Wesenszügen und „mit derben rembrandtschen Farben"[82] geschildert wird.

Neben den hier angedeuteten Fragen scheinen für künftige biographische Forschungen über politische Führer der Bourgeoisie u. a. weitere Probleme untersuchenswert, wie die Relation von Notwendigem und Zufälligem in der Existenz und Wirksamkeit unterschiedlicher Typen von politischen Führern der Bourgeoisie; das Problem der „optischen Täuschung", da gegenüber den tatsächlichen Führern viele potentielle Kräfte nicht „aus der Möglichkeit in die Wirklichkeit übergegangen" sind[83]; Risiko und Risikobereitschaft beim Wechsel politischer Führer der Bourgeoisie in Abhängigkeit von tatsächlicher und subjektiv erfaßter Situation; die einen Führer auszeichnenden Charaktereigenschaften und deren konkreter Wirkung in jeder Etappe ihrer Entwicklung; Knotenpunkte von Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftlichen Konfliktsituationen; Vergleich politischer Führer der Bourgeoisie und ihrer Wirksamkeit; die Rolle von Führungsgremien in den bürgerlichen Parteien; die spezifischen Quellen, die zum Erfassen der tatsächlichen Rolle eines bürgerlichen Parteiführers heranzuziehen sind.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 4/1979, S. 299-315.

Karl Trimborn und Adolf Gröber jahrzehntelang dem Vorstand des „Volksvereins für das katholische Deutschland" angehörten und zu den eifrigsten Agitatoren dieses Vereins gehörten.

77 G. W. Plechanow: Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, Berlin 1951, S. 33 f., 46.

78 F. Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse, in: Nietzsches Werke, Bd. VII, Stuttgart 1921, S. 102.

79 Für Carlyle war die Weltgeschichte „im Grunde genommen die Geschichte der großen Menschen, die hier gewirkt haben" (Th. Carlyle : Über Helden, Heldenverehrung und das Heldentümliche in der Geschichte, in: ders., Ausgewählte Werke, Bd. 9, Leipzig 1895, S. 1).

80 Vgl. Laschitza, S. 64. Vgl. auch Mann , S. 230.

81 Engelberg, Rezension zu Palmer, S. 973.

82 MEW, Bd. 7, S. 266.

83 Plechanow, S. 41.

Die Menschheit besitzt heute die reale Chance, einen Weltkrieg zu verhindern

„Der Krieg ist ein Aufatmen der Völker von den Erstickungsanfällen der Zivilisation“ – diesen ungeheuerlichen Satz schrieb Willibald Hentschel, einer der zahlreichen Ideologen des wilheminischen Kaiserreiches und Vorläufer der deutschen Faschisten, im Jahre 1904. Zehn Jahre später war es Leuten seines Schlages gelungen, den ersten Weltkrieg herbeizuführen ...

Im Jahr 1939 versuchte sich ein anderer Apologet der Friedensfeinde in einer Analyse des 20. Jahrhunderts. Giselher Wirsing (der später in der BRD lange Jahre die reaktionäre Zeitung „Christ und Welt“ als Chefredakteur leitete) gab damals von sich: „Dieses Jahrhundert ist nun freilich als solches nicht behaglich. Wir können uns in ihm nur dann wirklich einrichten, und zwar jeder einzelne von uns, wenn wir endlich verstehen zu leben, ohne daß wir, auf jene lange Friedenszeit des 19. Jahrhunderts ... schielen, dies sei der geschichtliche Normalzustand gewesen. Es war eben ein Ausnahmezustand.“

Am 1. September 1939 –, morgen werden es 40 Jahre – entfesselte der faschistische deutsche Imperialismus den zweiten Weltkrieg. War damit wieder einmal, gleichsam im Gefolge eherner Naturgesetze, der „Normalzustand“ des menschlichen Zusammenlebens hergestellt? „Erstickten“ tatsächlich die werktätigen Massen am Frieden? Oder hätte der Krieg in den Bereich der Ausnahmen verwiesen, anders: Hätte er damals verhindert werden können?

Menschenfeindliche Mär von der „normalen Barbarei“ des Krieges

Keiner der beiden hier zitierten Schreiberlinge nahm auch nur die geringste Rücksicht auf die Friedenssehnsucht der Völker. Keiner sah den Frieden als das eigentlich Normale an oder etwa den Krieg als unnormal und als höchsten Ausdruck menschenfeindlicher Barbarei. Für die Profit- und Machtinteressen einer kleinen Schicht wurden die Massen auch mit Hilfe offen kriegsverherrlichender Propaganda auf die Schlachtfelder getrieben und gelockt. Dort blieben 1914-18 zehn Millionen, im zweiten Weltkrieg sogar über 50 Millionen zurück. Allein 20 Millionen Sowjetmenschen mußten ihr Leben opfern, um den scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch des Faschismus zu stoppen und die Welt vor einer modernen Sklaverei zu bewahren.

Es ist ein Gebot der Vernunft, gerade in der gegenwärtigen Situation, die ja auch durch eine Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen und eine äußerst gefährliche Zuspitzung des Wettrüstens gekennzeichnet ist, einen Blick in die Geschichte zu werfen und nach den tatsächlichen Ursachen beider Kriege zu fragen. Jedem ist sicher klar, daß eine solche Frage eine andere notwendig nach sich zieht: Hätten diese Kriege vermieden werden können?

Sowohl in der Zeit vor 1914 als auch vor 1939 war von allen imperialistischen Staaten in dieser oder jener Art der Krieg ins Visier genommen worden. Die Herrschenden hatten auf ihn hingearbeitet; Krieg galt als die ultima ratio ihrer Politik, als erfolgversprechender Ausweg aus den unlösbaren Widersprüchen ihrer Gesellschaft, als ein Mittel profitsteigernder Annexionen und nicht zuletzt auch als eine Möglichkeit, die Kraft der erwachenden Volksmassen durch nationalistische und rassistische Hetze in falsche Bahnen zu lenken.

Im August 1914 zogen viele begeistert ins Feld. Jubelgeschrei erklang, daß damals und später von reaktionären Ideologen häufig als Ausdruck einer „deutschen Revolution“ oder sogar eines „deutschen Sozialismus“ gewertet wurde. Im Zeichen einer solchen Revolution, das außerdem noch braun eingefärbt und als „nationalsozialistisch“ deklariert wurde, trieb man das deutsche Volk 25 Jahre danach erneut in den Krieg.

Blutiger Terror ergänzte braune militaristische Hetzpropaganda

Trotz intensivster Bemühungen gelang es den deutschen Faschisten 1939 jedoch nicht, eine ähnliche Woge der Kriegsbegeisterung wie 1914 zu entfachen. Die Massen gehorchten zwar, viele Menschen auch in völliger Verblendung. Aber was ein Krieg bedeutete, das hatten die Nazis nicht ganz aus dem Gedächtnis des Volkes tilgen können. Blutiger Terror hatte daher die demagogische, den Krieg rechtfertigende Propaganda zu ergänzen.

Gerade auch darin zeigte sich, welche Veränderungen nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und nach dem Ende des ersten Weltkrieges vor sich gegangen waren.

Völker zwangen Alliierte in die Antihitlerkoalition

Mit dem Sozialismus war ein bereits ernstzunehmender Faktor des Friedens in die internationale Politik eingezogen. Die Herren des Kapitals konnten schon nicht mehr so schalten und walten, wie sie eigentlich wollten. An der Politik der kollektiven Sicherheit, wie sie die Sowjetunion in den 30er Jahren betrieb, kamen die Westmächte nicht vorbei: Sie torpedierten sie zwar zunächst und halfen damit dem deutschen Faschismus, den zweiten Weltkrieg vom Zaune zu brechen; sie akzeptierten sie jedoch, als ihnen zu Beginn der 40iger Jahre das Wasser selbst bis zum Hals stand.

Obwohl der erste sozialistische Staat auf der Erde die Entfesselung des zweiten Weltkrieges nicht verhindern konnte, strahlte doch von den Ideen des Sozialismus, von der konsequenten sowjetischen Friedenspolitik und vom antifaschistischen Humanismus eine solche Kraft aus, die alle kriegslüsternen Mächte in Rechnung stellen mußten. Der starke Wille der Völker war es vor allem, der die Regierenden der westlichen Alliierten in die Reihen der Antihitlerkoalition zwang. Der Krieg endete schließlich mit dem völligen Bankrott seiner Urheber, wovon ja gerade in den letzten Wochen die beeindruckende Filmfolge über „Die entscheidende Front“ so mannigfaltig Zeugnis ablegte.

In den 40 Jahren, die seither dem 1. September 1939 gefolgt sind, vollzogen sich grundsätzliche Wandlungen. Dank der Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft, dank einer breiten Weltfriedensbewegung und dank vieler anderer zugunsten des Friedens wirkender Faktoren können wir sagen: Ein neuer Weltkrieg ist nicht mehr unvermeidbar, er kann verhindert werden!

Zur friedlichen Koexistenz gibt es keine Alternative

Diese Einschätzung besagt jedoch nicht, daß wir nun die Hände in den Schoß legen sollten. Im Gegenteil! Expansionsdrang, Aggressivität, Menschenfeindlichkeit und Machtgier kennzeichnen trotz aller Fortschritte in der Entspannung und trotz vieler mühsam errungener Verträge auch weiterhin das Wesen des Imperialismus. Aber in noch höherem Maße als in den 30er und 40er Jahren sind den Urhebern von Kriegen die Hände gebunden. Die internationale Politik und die allgemeine Entwicklung werden immer mehr durch den Aufschwung des real existierenden Sozialismus bestimmt, zu dem ja auch unsere sozialistische DDR seit fast 30 Jahren ihren Beitrag leistet. Zur Politik der friedlichen Koexistenz, zur Entspannung und zum Kampf gegen das Wettrüsten gibt es keine vernünftige Alternative.

Die Herren der Banken und Monopole wären aber keine Monopolisten, wenn sie nicht doch versuchen würden, einen dem Wesen ihres Gesellschaftssystems entsprechenden Ausweg zu finden, sich an der Entspannung vorbeizumogeln bzw. diese zu entstellen und für ihre klassenegoistischen Ziele zu mißbrauchen. Daher haben sie die ideologische Beeinflussung und Manipulation der Massen, den Kampf um die Köpfe der Menschen außerordentlich intensiviert. Zeugnis legen davon die heuchlerischen Kampagnen für den „Schutz der Menschenrechte“ (natürlich in den sozialistischen Staaten!), für die angeblichen „Werte“ der kapitalistischen Gesellschaft und vor allem die für den Mythos von der „Gefahr aus dem Osten“ ab. Jedoch künden diese Kampagnen in erster Linie von der Krise des Imperialismus und der bürgerlichen Ideologie, von deren historischer Defensivposition.

Eine offene Rechtfertigung des Krieges ist nun nicht mehr „in“

Auf der Titelseite der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, einem führenden Organ des Monopolkapitals in der BRD, konnten die aufmerksamen Leser zwei Artikeln zwei unterschiedliche Informationen entnehmen. In der ersten Meldung hieb es: „Seit Mittwoch um 16:25 Uhr herrscht zwischen Ägypten und Israel Frieden.“ Die Meldung Nummer 2 lautete: „Israelische Kampfflugzeuge überflogen gleichzeitig den gesamten libanesischen Küstenstreifen bis Beirut ... Seit Sonntag sind bei den Aktionen 16 Menschen im Libanon ums Leben gekommen.“

Hieran anknüpfend soll nicht zur Nahost-Problematik argumentiert werden. Beide Meldungen gehören auch in einem anderen Sinne zusammen und sagen mehr als manche Analyse über die zwiespälti-

ge Situation des Imperialismus aus. Um überhaupt noch Gehör finden zu können, muß vom Frieden gesprochen werden. Offene Verherrlichung und Rechtfertigung des Krieges sind nicht mehr „in“, der reißende Wolf ist voll und ganz auf den tarnenden Schafspelz angewiesen!

Die Beschlüsse vom Mai 1978, das größte Rüstungsprogramm aller Zeiten in Gang zu setzen, wurden ja beispielsweise, wie wir alle wissen, mit einer Flut von verbalen Bekenntnissen zur Entspannung, um Frieden und Sicherheit begleitet. Jede imperialistische Propaganda bemüht sich heute darum, selbst einen äußerlichen Anschein von Entspannungsfeindlichkeit zu vermeiden. Man geht damit auf Dummenfang ...

Das Gerede, so wohltönend es auch sein mag, läßt sich jedoch leicht vom aufmerksamen Zuhörer überprüfen. Die Diskrepanz zwischen den schönen Worten und den gleichzeitigen gefährlichen Taten ist deutlich zu erkennen. So erweisen sich insbesondere alle Thesen von einer angeblichen Bedrohung des Westens durch die Sowjetunion bzw. durch die Staaten des Warschauer Vertrages als haltlose Behauptungen und bloße Unterstellungen. Wie ist es beispielsweise unter einem Hut zu bringen, wenn USA-Präsident Carter in seiner letzten Rede zur Lage der Nation erklärte: „Unsere Abschreckung ist überwältigend“ und damit die militärische Überlegenheit der NATO zu demonstrieren bemüht war, und gleichzeitig, sozusagen in einem Atemzug, mit der angeblichen „Bedrohung durch den Warschauer Pakt“ neue, höhere Geldmittel für den Etat des Pentagon begründete? Seltsame Logik!

Unsere heutige Zeit veranlaßt zu historischem Optimismus

Die von den Imperialisten betriebene Rüstungspolitik bedroht den Frieden der Welt, verschärft die Konfrontation und birgt die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen mit menschheitsvernichtenden Waffen in sich. Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden. Und dennoch: Gerade der Rückblick am Vorabend des Weltfriedenstages 1979 und die Sicht auf unsere gewachsenen Möglichkeiten veranlassen nicht nur zum nötigen Ernst, sondern auch zu historischem Optimismus. Wenn wir den Kurs auf die Eindämmung des Wettrüstens und die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische verwirklichen, dann können alle Völker aufatmen. Dann wird sich der Frieden als der eigentliche, normale Zustand der menschlichen Gesellschaft erweisen.

Volkswacht, 31.08.1979, S. 4.

Rezension

Kritik der Ideologie des Neofaschismus. Autorenkollektiv unter Leitung v. *J. D. Modrshinskaja.* Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1978, 336 S.

Der zuerst 1976 in Moskau veröffentlichte Sammelband enthält Beiträge von 17 Autoren aus der UdSSR und sechs anderen Ländern. Er gliedert sich in einen systematisch-theoretischen Teil, der sich mit dem Gegenstand sowie mit aktuellen Problemen des Kampfes gegen die Ideologie des Neofaschismus befaßt, sowie in einen zweiten Teil der den Besonderheiten der Ideologie und der Politik des Neofaschismus in einzelnen Ländern gilt, darunter in der BRD, in Italien, in den USA, in der Republik Südafrika, in Chile und in Griechenland. Der Bd. widerspiegelt die große Aufmerksamkeit, die die internationale kommunistische Bewegung der Analyse neofaschistischer Politik und Ideologie widmet. Diese Untersuchungen bestätigen die Richtigkeit der grundsätzlichen theoretischen Aussagen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zum Faschismus. In vieler Hinsicht bauen die Untersuchungen ferner auf den Ergebnissen des Internationalen Symposiums von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aus 21 kapitalistischen Ländern auf, das 1973 in Essen (BRD) stattfand, und führen diese weiter. Die Vf. gehen davon aus, daß die Gefahr des Neofaschismus trotz des veränderten Kräfteverhältnisses und des auch auf jenen wirkenden Zwanges, sich den neuen Bedingungen des Klassenkampfes anzupassen, nicht unterschätzt werden darf und gegen sie ein breiter antimonopolistischer, antiimperialistischer Massenkampf geführt werden muß. Ohne die Massenbasis als ein konstitutives Merkmal des Faschismus aufzufassen, gehen die Autoren dennoch besonders der Frage nach, wie die faschistische bzw. neofaschistische Ideologie auf größere Teile der werktätigen Massen zu wirken vermag. Im einleitenden Beitrag von *Modrshinskaja* werden die wichtigsten Elemente des Systems der faschistischen ideologischen Manipulation bestimmt und nicht nur die Erscheinungsformen der Ideologie des Neofaschismus sowie ihre geistigen Quellen analysiert, sondern auch die „Kanäle und Methoden für ihr Eindringen in die Massen". Mit Recht werden die politische Unreife, die Rückständigkeit und Unerfahrenheit bestimmter Teile der Massen, deren Gutgläubigkeit und vor allem deren antikommunistische Vorbehalte als solche Erscheinungen beurteilt, die „vom Neofaschismus entfachte Massenpsychosen" (S. 39) erleichtern.

In den Kapiteln 2 bis 5 behandeln *B. A. Schabad, G. N. Chwatkow, L. A. Modshorjan* und *A. A. Frenkin* den Antikommunismus und die extreme Entspannungsfeindlichkeit, den Militarismus und den Kult der reaktionären Gewalt, die Geopolitik und die Elitetheorie sowie das antihumanistisch-biologistische Menschenbild als Wesenszüge der Ideologie des Neofaschismus. Die Vf. setzen sich mit pseudowissenschaftlichen Behauptungen sowohl faschistischer als auch anderer bürgerlicher Theoretiker auseinander. Anhand eines reichhaltigen Materials belegen sie verstärkte sozialdemagogische Tendenzen, raffinierter vorgetragene Argumentationen und scheindemokratische Manöver im Erscheinungsbild der neofaschistischen Ideologie. Sie zeigen das Zusammenspiel der reaktionärsten Teile der Monopolbourgeoisie, vor allem des militärisch-industriellen Komplexes, neofaschistischer und militaristischer Organisationen und der angesichts der modernen Massenvernichtungswaffen besonders gefährlichen Aggressionspolitik der imperialistischen Reaktion. Die Autoren vergleichen den alten, traditionellen mit dem neuen Faschismus. Im Ergebnis konstatieren sie eine grundsätzliche innere Übereinstimmung und Geistesverwandtschaft, denen gegenüber die Unterschiede zweitrangig sind.

In den Kapiteln 6 und 7 nehmen *W. A. Nikitin* und *W. G. Grigorjan* zum einheitlichen antifaschistischen Kampf der Arbeiterbewegung sowie zur Rolle der Intelligenz und der Mittelschichten im Kampf gegen den Neofaschismus Stellung. Die Vf. sehen im Antifaschismus sowohl einen Bestandteil des allgemeinen revolutionären Kampfes um den historischen Fortschritt als auch eine selbständige Aufgabe, die beide organisch verbunden werden müssen. Sie verknüpfen ihre Darlegungen zum Ringen der internationalen kommunistischen Bewegung um die Einheit aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte mit einer ausführlichen Widerlegung der bagatellisierenden, abstrakten und klassenindifferenten Faschismusauffassungen rechter sozialdemokratischer Theoretiker;

Der zweite Teil des Bd. enthält eine Fülle von Fakten und von methodologischen Überlegungen über die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen neofaschistischer Ideologie. U. a. arbeitet *D. Berg-*

ner konstante Grundzüge in der faschistischen und neofaschistischen Ideologie heraus und äußern sich *S. N. Frumkin* zur „Weltanschauung“ der Neofaschisten, *H. Lumer* zu faschistischen Organisationen in den USA, *A. Azad* zum aggressiven und ultrareaktionären Rassismus als dem prägenden Merkmal faschistischer Politik und Ideologie in der Republik Südafrika sowie *V. Teitelboim* zu den Besonderheiten der Politik und der Ideologie des chilenischen Militärfaschismus. Das Material bietet viele Möglichkeiten, die Besonderheiten der verschiedenen Faschismen auf der Grundlage einer generalisierenden Bestimmung des Klassencharakters und der Hauptmerkmale des Faschismus zu erfassen, sie miteinander zu vergleichen und eine marxistische Typologie des Faschismus auszuarbeiten. Es fehlen Beiträge über den Francismus in Spanien und über die Erfahrungen des Kampfes der portugiesischen Kommunisten gegen Salazar und Caetano. Zu kurz kommt die Behandlung des italienischen Neofaschismus. Vermißt werden auch Einschätzungen der Faschisierungsprozesse in Brasilien, Paraguay, Uruguay und in anderen lateinamerikanischen Ländern. Die Grundthesen des Bd., die mit wenigen Worten in der Schlußbemerkung von *Modrshinskaja* zusammengefaßt sind, hätten an den genannten Beispielen noch deutlicher demonstriert werden können.

Nicht alle Aussagen und Thesen des Bd. können völlig überzeugen. Dies gilt besonders dort (z. B. S. 126), wo nicht präzise genug zwischen der Politik und der Ideologie faschistischer Organisationen im Kampf um die Macht einerseits und ihrer Rolle in Faschisierungsprozessen sowie im Faschismus an der Macht andererseits unterschieden wird. Auf ein generelles Problem soll noch aufmerksam gemacht werden: Wenn die „innere organische Einheit“ (S. 49) von Antikommunismus und Neofaschismus aufgedeckt wird, darf nicht übersehen werden, daß der erstere auch das A und O in der gesamten Theorie und Praxis aller imperialistischen Herrschaftsvarianten darstellt. So bleibt die richtige Aussage, daß nicht „jeder, der irgendeinen antikommunistischen Unsinn nachplappert, ein Faschist“ ist (S. 48), zu allgemein und letztlich ohne die erforderliche Trennschärfe zwischen Faschismus und bürgerlich-parlamentarischer Demokratie als unterschiedlichen Herrschaftsformen des Imperialismus.

Ungeachtet solcher notwendigen Bemerkungen wird der, Bd. insgesamt der Aufgabe gerecht, den „Klassencharakter der Ideologie des Neofaschismus und dessen enge Verflechtung mit der Politik der reaktionärsten imperialistischen Kreise“ nachzuweisen und die „von den Neofaschisten wiederbelebten antikommunistischen, militaristischen, rassistischen und geopolitischen Dogmen“ (S. 11) anzuprangern.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XXVII. Jg., 1979, Heft 12, S. 1184-1186.

Rezension

Konservatismus als politische Strömung und politische Ideologie. Beratung des Wissenschaftlichen Rates für Grundfragen des ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus. (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften der DDR. Abteilung Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Räte. Nr. W 4/1978.) Akademie-Verlag. Berlin 1978. 89 Seiten

Ihrer Verantwortung für die zu verstärkende Offensive des Marxismus-Leninismus entsprechend, beschäftigen sich in den letzten Jahren marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaftler zunehmend auch mit Problemen des Konservatismus, der bei der gegenwärtigen Aktivierung der reaktionärsten und entspannungsfeindlichsten Kräfte der Monopalbourgeoisie sowie im verschärften ideologischen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus eine große Rolle spielt. Arbeiten wie die von L. Elm, J. Petzold, R. Steigerwald[1] u. a. sind. auf großes Interesse gestoßen und lösten ergebnisreiche Debatten aus. Gleiches läßt sich vom vorliegenden Heft sagen, das die wesentlichsten Resultate von Diskussionen des im Titel genannten Wissenschaftlichen Rates beinhaltet. Diese standen unter Leitung von *Manfred Buhr* und waren insgesamt von großer Sachkenntnis, kameradschaftlichem Meinungsstreit und konstruktiver interdisziplinärer Kritik getragen.

Der einleitende und grundlegende Beitrag „Traditionen, Wesen und Erscheinungsformen des Konservatismus – am Beispiel der BRD“ stammt von *Ludwig Elm.* In Weiterführung und Präzisierung seiner 1974 publizierten Auffassungen betrachtet Elm den Konservatismus als eine spezifische, „historisch gewachsene, in sich äußerst heterogene Strömung der politischen Ideologie, die die historisch-klassenmäßigen Existenzbedingungen überlebter, volks- und fortschrittsfeindlicher Klassen, Schichten und Gruppen reflektiert und die Interessen und Bestrebungen solcher Kräfte in weltanschaulich-ideologischer, programmatischer und politischer Hinsicht prononciert zum Ausdruck bringt“ (S. 13). Dabei berücksichtigt der Autor auch, daß die gesamte bürgerliche Ideologie und Politik in einem weiten Sinne des Begriffes konservativ ist. Ihm geht es jedoch um die entsprechende Charakterisierung einer der vier von Bergner und Mocek bestimmten Typen von Gesellschaftskonzeptionen der politischen Ideologie des Imperialismus.[2] Bedenken gegen diese Verwendung des Begriffs erhoben von den Teilnehmern der Beratung lediglich *Herbert Meißner* und *Bernd P. Löwe*. Die Warnung des letzteren vor ,,folgeschwere(r) Beschränktheit auf ideologieanalytische oder ideologiekritische Methoden" (S. 78) und sein Ignoranz-Vorwurf erscheinen jedoch wenig überzeugend.

Als Besonderheit gegenüber anderen politischen Strömungen (beispielsweise dem Liberalismus) wertet Elm die Diskontinuität der sozialen Basis des Konservatismus, die zunächst bei feudal-aristokratischen, dann bei großbürgerlich-nationalliberalen und im 20. Jahrhundert schließlich bei imperialistischen Kräften zu suchen sei. Daß gerade darauf die Kontinuität des Konservatismus „als virulente(r) politische(r) Ideologie“ basieren soll, wie der Verfasser an gleicher Stelle postuliert, ist allerdings nicht recht einzusehen. Seiner im Schlußwort erhobenen Forderung, daß die vielfältigen Wandlungen des Konservatismus noch weiter erforscht werden müssen, sowie den zahlreichen Diskussionsbemerkungen, die auf eine stärkere Berücksichtigung der dialektischen Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie orientierten (z. B. *Herbert Häber*, S. 74), ist voll und ganz zuzustimmen.

Demgegenüber ist es Elm gelungen, überzeugend eine Reihe von Grundpositionen konservativer Ideologie herauszuarbeiten. Sie seien hier zitiert, weil sie nach Meinung des Rezensenten von großer wissenschaftstheoretischer und methodologischer Bedeutung sind und keinesfalls als eine „Sammlung konservativer Attribute in einer katalogartigen Übersicht“ (S. 79) abgetan werden können. Als diese Grundpositionen charakterisiert Elm:

„Die bedingungslose Rechtfertigung und Verteidigung der historisch entstandenen Eigentums-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse der antagonistischen Klassengesellschaft; die grundsätzliche Gegnerschaft zu Revolutionen, ihren Triebkräften, Trägern und Repräsentanten sowie generell zu

---

1 Vgl.: L. Elm : Der „neue“ Konservatismus. Berlin 1974; J. Petzold : Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Berlin 1978; R. Steigerwald: Konservatismus heute. In: Marxistische Blätter. Heft 1/1978. S. 23 ff.

2 D. Bergner/R. Mocek: Bürgerliche Gesellschaftstheorien. Berlin 1976. S. 263 ff.

wissenschaftlich begründeten, auf sozialen Fortschritt gerichteten Bewegungen, Programmen und Ideologien;

die hohe Bewertung hierarchischer Schichtungen und Strukturen sowie ein darauf gegründetes markant antidemokratisches Autoritäts- und Ordnungsstreben;

die Leugnung der Gesetzmäßigkeit in der Geschichte, insbesondere die Geringschätzung der Rolle der Volksmassen und erklärt elitäre Führungs- und Ordnungsvorstellungen;

ein auf den anderen konservativen Prämissen beruhendes Traditions- und Geschichtsbewußtsein, das die Funktion einer historischen Rechtfertigung der jeweils aktuellen Positionen des Konservatismus erfüllt;

das Streben nach reaktionären Veränderungen, darunter durch Aushöhlung oder Erosion progressiver Errungenschaften sowie die Verbreitung und Durchsetzung spezifisch konservativer Auffassungen und Ziele;

die Wechselwirkung und Verflechtung mit den reaktionärsten Richtungen und Schulen der Philosophie, insbesondere deren irrationalen, pessimistischen und skeptizistischen Komponenten.“ (S. 13)

Diese Grundpositionen sind auch in der gegenwärtigen Mobilisierung des Konservatismus erkennbar, die von der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und insbesondere von der Krise der bürgerlichen Ideologie verursacht wird. Sie charakterisieren, trotz aller Modifikations- und Anpassungserscheinungen, das reaktionäre Wesen und die heute hauptsächlich antikommunistische Funktion des Konservatismus. Ausführlich untersucht Elm die beiden wichtigsten Strömungen der gegenwärtigen konservativen Politik und Ideologie in der BRD. Sorgfältig differenziert er zwischen der von Kohl, Biedenkopf, Geißler u. a. repräsentierten „konservativ-antidemokratischen Gesellschaftspolitik mit sozialreformistischem Anstrich“ sowie einer vor allem von Strauß vertretenen Linie, die Elm als rechtsextremistisch, prononciert konservativ und militaristisch bezeichnet und die „direkt auf die Vorbereitung und Durchsetzung autoritärer und repressiver Herrschaftsformen gerichtet ist und in ihren ultrarechten Gruppierungen unmittelbar in den Neofaschismus übergeht“ (S. 11). Unter den vom Verfasser angeführten Problemen der Erforschung des Konservatismus hat sicher die größte Aufmerksamkeit dessen Verhältnis zum Sozialreformismus bzw. zum Faschismus zu gelten, wobei der Platz von Terror und Gewalt im Konservatismus noch besonderer Untersuchungen bedarf. Dies gilt auch für die von Elm angeführten Komponenten und Züge des Konservatismus der Gegenwart, die ihn von früheren Erscheinungsformen unterscheiden und „letztlich selbst Elemente eines historisch-politischen Anpassungsprozesses“ (S. 21) sind.

Die Historiker *Gerhard Lozek* und *Konrad Irmschler* widmen ihre Aufmerksamkeit den zunehmenden Aktivitäten im Bereich der bürgerlichen ERD-Historiographie. Ihre Warnung vor einer Gleichsetzung konservativer Geschichtsideologie mit profaschistischen Auffassungen erscheint völlig berechtigt, vor allem angesichts der in der bürgerlichen Geschichtsschreibung dominierenden „liberalkonservativen“ Tendenz. Sie arbeiten heraus, daß für das konzeptionelle und inhaltliche Vorgehen der Konservativen die starke Betonung und die erneute Aufwertung der politischen Geschichte charakteristisch seien. Dies wird im einzelnen demonstriert an Aussagen über *erstens* die historische Stellung und Rolle des Staates der Ausbeuterklassen, *zweitens* die Leugnung der Gesetzmäßigkeiten des historischen Fortschritts und der Revolutionen sowie *drittens* über die Wiederbelebung des traditionellen bürgerlichen Historismus. Am Beispiel des Zusammenhangs von Biologismus und einer rein anthropologischen Erklärung des Wesens der Sprache analysiert *Erhard Albrecht* die Wiederbelebung solcher philosophischer Quellen konservativen Denkens wie der Anthropologie, des Irrationalismus und des Kulturpessimismus. *Hans-Georg Hofmann* beschäftigt sich mit dem Einfluß des politischen Konservatismus auf die imperialistische Bildungspolitik. Er weist nach, wie insbesondere mit Hilfe der „Losung von der Wiedergewinnung des Erzieherischen“ (S. 38) politisch systemkonformes Verhalten in noch umfassenderer Weise gelehrt und geübt werden soll und wie eine immer reaktionärere Neubestimmung der Erziehungsziele und -inhalte durch den pädagogischen Konservatismus erfolgt.

Der Beitrag *Robert Steigerwalds*[3] bietet eine anregende, materialreiche und sauber differenzierende Analyse der Ursachen für das gegenwärtige stärkere Hervortreten des Konservatismus. Diese sieht er vorrangig im „Zusammenfallen eines Phasenwechsels in der allgemeinen Krise des Kapitalismus mit einer zyklischen Krise“ (S. 59). Als obersten politischen Grundgedanken des Konservatismus bezeichnet er die Sorge um die Macht und um den angeblichen, immer wieder beklagten „Zerfall der Staatlichkeit“ (S. 60). Interessante Angaben macht Steigerwald zu den Versuchen, den Konservatismus philosophisch zu begründen. Dazu rechnet er die Neubelebung der sogenannten Wertphilosophie in der Grundwerte-Diskussion und der Menschenrechts-Demagogie, die weltanschauliche Untermauerung des Konservatismus durch die Anthropologie sowie die Renaissance der imperialistischen Lebensphilosophie, die mit irrationalistischen und biologistisch-organismischen Stereotypen arbeitet.

Das Heft wird durch die Veröffentlichung kleinerer Diskussionsbeiträge abgerundet, in denen Dieter *Bergner, Georg Domin, Eberhard Fromm, Herbert Häber, Harry Klug, Bernd P. Löwe, Karl Heinz Räder, Max Schmidt* und *Hans Schulze* auf wichtige Fragen und einzelne Aspekte des Themas aufmerksam machen. Auch dadurch gestaltet sich die vorliegende Publikation zu einem konzeptionellen Untersuchungsprogramm, anhand dessen die notwendige Fortsetzung der Forschungsarbeiten und der Diskussion sinnvoll geleitet werden kann. Ober die darin bereits enthaltenen Hinweise hinaus soll noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Verhältnis zwischen Konservatismus und Militarismus sowie nationalistisch-großdeutschen Ambitionen stärker beachtet werden müßte. Dies gilt auch für jene Fragen, die sowohl mit den manipulativen als auch mit vielen anderen Möglichkeiten konservativer Organisationen zusammenhängen, unter größeren Teilen der werktätigen Massen Einfluß zu gewinnen.

Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 27. Jg., 1979, Heft 12, S. 1529-1531.

[3] Es handelt sich um eine erweiterte Fassung des in Anm. 1 genannten Beitrags.

Personenregister

A

Abendroth, Wolfgang 151
Abusch, Alexander 281
Adam, Wilhelm 64
Adenauer, Konrad 61, 83, 137, 283
Adler, H. 177
Albrecht, Erhard 294
Allende, Salvador 149, 172
Almirante, Georgio 177, 178
Amerongen, Otto Wolff von 188
Andreas-Friedrich, Ruth 44, 47
Arendt, Hannah 78, 130, 227
Arnold, Ludwig 64
Augstein, Rudolf 145, 146, 147, 148
Azad, A. 292

B

Bachem, Karl 283
Baden, Max von 121
Barbusse, Henri 123
Bartel, Walter 162, 163
Barzel, Rainer 14
Bästlein, Bernhard 43, 95, 96
Bauer, Otto 134
Becher, Kurt 14
Beck, Ludwig 241
Benneckenstein, H. 266
Bennigsen, Karl Wilhelm Rudolf von 280
Bergner, Dieter 292, 293, 295
Bernhard, Georg 17, 27
Bernstein, Eduard 10, 11
Biedenkopf, Kurt 294
Bismarck, Otto von 148, 241, 275, 280, 285
Böhme, Helmut 266
Boldt, Gerhard 141
Bollmus, Reinhard 83, 137
Bordaberry, Juan María 176
Borghese, Valerio 177
Bormann, Martin 141
Bosch, Robert 232
Botz, Gerhard 227
Bracher, Karl Dietrich 78, 79, 130, 131, 144, 145, 146
Brandler, Heinrich 125
Brandt, Ernst 162
Brandt, Willy 4, 7, 10, 21, 22, 131
Braun, Eva 67, 141
Brecht, Bert 69, 109, 113, 140, 204, 235
Breschnew, Leonid Iljitsch 12, 90, 158, 260
Broszat, Martin 82, 85, 136, 139, 249
Brüdigam, Heinz 58
Buchheim, Hans 132
Buhr, Manfred 109, 293
Bünger, Wilhelm 70
Busse, Ernst 162

C

Caetano, Marcelo 174, 292
Carlebach, Emil 150
Carlyle, Thomas 287
Carter, Jimmy 290
Castro, Fidel 149
Churchill, Winston 130, 148
Chwatkow, G. N. 291
Coppi, Hans 43
Courths-Mahler, Hedwig 66, 111
Cremer, Carl 280
Crispien, Arthur 81, 134

D

Dahrendorf, Ralf 144, 145
Daniels, Paul A. 177
Däniken, Erich von 66, 111
Danneberg, Robert 35
De Felice, Renzo 231
Dengel, Philipp 272
Dietrich, Georg 21
Dimitroff, Georgi 53, 69, 70, 71, 75, 82, 88, 89, 113, 114, 115, 136, 163, 173, 174, 181, 236
Domin, Georg 295
Drath, Martin 79, 132
Dreyfus, Paul 27
Duncker, Käte 99

E

Ebert, Friedrich 20, 21
Eichborn, Eduard von 232
Eichholtz, Dietrich 226, 237
Elm, Ludwig 58, 293, 294
Emendörfer, Max 63
Engels, Friedrich 5, 30, 31, 45, 49, 50, 149, 157, 160, 168, 190, 191, 259, 261
Enzensberger, Hans Magnus 147
Erdmann, Gerhard 201
Erhard, Ludwig 61, 276
Erzberger, Matthias 13

F

Falkenhayn, Erich von 35
Fest, Joachim C. 143, 144, 145, 146, 147, 148
Fetscher, Iring 133, 182, 207, 210
Fischer, Hermann 14
Franco, Francisco 174, 198, 207
Frankenberg, Egbert von 48, 64
Franz-Willing, Georg 249
Frauendörfer, Max 252
Freisler, Roland 95
Frenkin, A. A. 291
Freud, Sigmund 142
Frick, Wilhelm 53, 254
Friedrich, Carl Joachim 78, 130

Fritsch, Werner 211
Frohwein, Abraham 218
Frumkin, S. N. 292

G

Galtung, Johan 227
Geißler, Heiner 294
Gerlach, Hellmuth von 26
Geyer, Curt 76, 129
Giersch, Reinhard 222
Globig, Fritz 35
Goebbels, Joseph 69, 71, 141, 263
Goerdeler, Carl 211, 241, 243, 247
Goethe, Johann Wolfgang von 71, 162, 255
Goetze, Dorothée 278
Göring, Hermann 53, 69, 263
Gossweiler, Kurt 87, 152, 158, 226, 235
Gottwald, Herbert 224
Grabert, Herbert 58
Graudenz, John 43
Grigorjan, W. G. 291
Grosser, Dieter 87, 151
Großmann, Kurt R. 24
Grotewohl, Otto 49, 50, 186
Guddorf, Wilhelm 43
Guiness, Alec 141
Günther, Hans 255
Gutsche, Willibald 264, 265

H

Habe, Hans 67, 112
Häber, Herbert 293, 295
Habermas, Jürgen 178
Handke, H. 265
Harnack, Arvid 43, 44, 48
Hassell, Ulrich von 241
Haußmann, Conrad 232
Heckert, Fritz 99, 123
Heidegger, Martin 135
Heiden, Konrad 144
Heilmann, Horst 43
Heine, Heinrich 270
Heller, Hermann 76, 128
Hennig, Eike 218
Hentschel, Willibald 288
Herder, Johann Gottfried 162
Hertling, Georg von 283
Heß, Rudolf 141, 251
Heydrich, Reinhard 257
Hierl, Konstantin 284, 286
Hilferding, Rudolf 10, 76, 129
Himmler, Heinrich 67
Hindenburg, Paul von 8, 52, 120, 237
Hitler, Adolf 5, 8, 9, 23, 26, 27, 29, 37, 43, 44, 47, 48, 52, 53, 54, 58, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 74, 77, 81, 82, 83, 84, 85, 91, 93, 94, 95, 98, 99, 100, 102, 103, 104, 105, 107, 110, 111, 112, 119, 128, 129, 130, 134, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 157, 158, 161, 165, 166, 167, 169, 170, 176, 178, 179, 181, 184, 185, 186, 197, 202, 203, 204, 209, 221, 236, 237, 242, 246, 249, 252, 253, 255, 257, 262, 263, 268, 274, 275, 277, 279, 281, 282
Hoffmann, Heinrich 19
Hoffmann, Heinz 62
Hofmann, Hans-Georg 294
Homann, Heinrich 64
Honecker, Erich 40, 41, 42, 56, 101, 102, 229, 272
Horkheimer, Max 193
Horn, Klaus 227
Horthy, Miklós 117, 149
Hößler, Albert 43, 44
Huerta, Ismael 206
Hugenberg, Alfred 281, 282, 284, 285
Husemann, Walter 43

I

Irmschler, Konrad 294

J

Jäckel, Eberhard 141
Jacob, Berthold 27
Jacob, Franz 43, 95, 96
Jacobsen, Hans-Adolf 83, 138

K

Kapp, Wolfgang 160, 217
Kappler, Herbert 209
Kaulisch, Baldur 265
Kautsky, Karl 10, 11, 76, 127, 128, 266
Kerfes, Otto 64
Kern, Erwin 14
Kevenhörster, Paul 178
Kiesinger, Kurt Georg 61
Kirdorf, Emil 221, 252
Klein, Fritz 264, 266
Klug, Harry 295
Kohl, Helmut 188, 294
König, Hartmut 19
Krämer, Walter 162
Kuczynski, Jürgen 226
Kügelgen, Bernt von 64
Kuhn, Axel 155
Kuhn, Harry 162
Kühnl, Reinhard 87, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158
Kuntz, Albert 162
Kurella, Alfred 16

L

Lamberz, Werner 57, 187
Langer, Walter C. 142
Langkau-Alex, Ursula 28
Laschitza, Anneliese 266
Lenin, Wladimir Iljitsch 4, 5, 30, 31, 33, 36, 45, 56, 81, 90, 91, 114, 115, 116, 117, 123, 126, 127, 134, 146, 148, 149, 150, 153, 156, 190, 194, 195, 198, 224, 249, 254, 256, 259, 260, 271, 280
Lent, Friedrich 283
Lewerenz, Hermann 64
Ley, Robert 201, 250

Lieber, Ernst 266
Lieber, Hans Joachim 79, 132
Liebknecht, Karl 13, 33, 34, 35, 36, 40, 41, 93, 99, 273
Liebknecht, Wilhelm 33
Lipset, Seymour Martin 178
Loewenstein, Karl 132
Löwe, Bernd P. 293, 295
Lozek, Gerhard 211, 294
Lubbe, Marinus van der 70
Ludendorff, Erich 120
Ludz, Peter Christian 79, 131
Lumer, H. 292
Luxemburg, Rosa 13, 34, 36, 40, 99, 272, 274

M

Mahraun, Arthur 244
Mann, Golo 144, 145, 146, 241, 251, 275
Mann, Heinrich 16, 17, 18, 25, 26, 48, 106
Mann, Thomas 144
Mannheim, Karl 227
Manuilski, Dmitri Sacharowitsch 125
Mao Tse-tung 148, 149, 178
Marx, Karl 5, 30, 31, 45, 49, 50, 129, 149, 153, 157, 160, 168, 190, 191, 200, 246, 259, 261, 281
Marx, Wilhelm 282
Maser, Werner 67, 112, 141, 142, 143
Mason, Timothy 87, 151, 253
Mavromatis, P. 175
Mehring, Franz 266, 281
Meinecke, Friedrich 248
Meißner, Herbert 293
Melnikov, Daniil Jefimovitsch 148
Meyer, Ernst 36
Michelini, Arturo 177
Miquel, Johannes von 224
Mocek, Reinhard 293
Modrshinskaja, J. D. 291, 292
Modshorjan, L. A. 291
Mohler, Armin 83, 137
Moltke, Helmuth Graf von (der Jüngere) 276
Mommsen, Hans 83, 84, 138, 241
Mommsen, Wolfgang 266, 278
Mosley, Oswald 141
Mussolini, Benito 117, 139, 149, 174, 177, 181
Mutschmann, Martin 201

N

Napoleon I. 145, 146, 148, 157
Napoleon III. 157
Narr, Wolf-Dieter 227
Neck, Rudolf 227
Neubauer, Theodor 71, 93, 160, 161, 162
Neumann, Alfred 106
Neumann, Franz L. 76, 128
Neumann, Sigmund 78, 130
Nikitin, W. A. 291
Nitti, Francesco 76, 129
Noce, Augusto del 135
Nolte, Ernst 76, 78, 80, 81, 82, 84, 87, 115, 129, 130, 133, 134, 135, 136, 139, 144, 151, 240
Norden, Albert 5

O

Ohlsen, Manfred 24
Opitz, Reinhard 154
Ortega y Gasset, José 248

P

Panndorf, Erwin 93
Papen, Franz von 52
Pascal, Blaise 31
Pascha, Kemal 149
Pätzold, Kurt 26
Petzold, Joachim 293
Pieck, Wilhelm 36, 101, 105, 184, 185, 186, 221
Pinochet, Augusto 208, 210
Plechanow, Georgi Walentinowitsch 270, 287
Plum, Günter 27, 28
Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch 74, 91, 112, 166
Poser, Lydia 19
Poser, Magnus 93, 161
Pötschke, H. 177
Preuß, Hugo 277

Q

Quidde, Ludwig 26, 27

R

Räder, Karl Heinz 295
Radkau, Joachim 77, 129
Rathenau, Walther 13, 14
Rein, Gustav Adolf 134
Reusch, Paul 53
Richter, Erika 19
Richter, Eugen 280
Ritter, Gerhard A. 78, 130, 178, 241
Rojas, Isaac 176
Romualdi, Pino 177
Röpke, Wilhelm 76, 128
Rosenberg, Arthur 154
Roßbach, Julius R. 279
Rudel, Hans-Ulrich 209
Ruge, Wolfgang 220, 226, 275

S

Saefkow, Anton 43, 95, 96
Salazar, António de Oliveira 174, 292
Sarodow, Konstantin Iwanowitsch 172, 173, 239, 246
Sauer, Wolfgang 133
Schabad, B. A. 291
Schacht, Hjalmar 52, 157, 201
Scheel, Walter 21
Scheidemann, Philipp 33
Schieder, Theodor 131, 145, 146
Schiller, Friedrich 162
Schlieffen, Alfred von 276
Schmidt, Helmut 7
Schmidt, Max 295
Schröder, Kurt von 52
Schücking, Walter 26, 27
Schulze, Hans 295

Schulze, Kurt 43
Schulze-Boysen, Harro 43, 44, 48
Schumacher, Elisabeth 43
Schumacher, Kurt 49
Schumacher, Kurt (Bildhauer) 43
Schwarz, Franz Xaver 251
Schwarzschild, Leopold 17, 27
Seeliger, Rolf 58
Seldte, Franz 201
Senghaas, Dieter 227
Sieg, John 43, 44
Siemens, Carl Friedrich von 282
Sobolew, Alexander I. 172
Sommer, Theo 62
Springer, Axel Caesar 4, 7, 20, 112, 144
Springorum, Fritz 53
Stalin, Josef 148
Stallberg, Friedrich W. 278
Stammer, Otto 79, 132
Stampfer, Friedrich 77, 129
Steidle, Luitpold 29, 64
Steigerwald, Robert 293, 295
Stellrecht, Helmut 141
Stirling, David 177
Stöbe, Ilse 43
Stoecker, Helmuth 266
Stoecker, Walter 162
Stoph, Willi 4, 7, 10
Strauß, Franz Josef 14, 15, 21, 22, 177, 294
Stresemann, Gustav 8, 276, 281, 283, 285
Stscherbak, Iwan Iwanowitsch 13

T

Tarnow, Fritz 21
Taube, Utz-Friedebert 27
Teitelboim, Volodja 292
Thalheimer, August 155, 156, 157
Thälmann, Ernst 13, 101, 125, 162, 184, 221, 272
Thöne, August 162
Thyssen, Fritz 52, 157
Tirpitz, Alfred vo 35
Togliatti, Palmiro 198, 237
Truman, Harry S. 130
Tschornaja, Ludmilla B. 148
Tucker, Robert E. 278
Turati, Filippo 76, 128
Turner jr., Henry Ashby 234, 246

U

Uhrig, Robert 43
Ulbricht, Walter 4, 16, 25, 26

V

Vogel, Hans-Jochen 20, 21, 22
Vögler, Albert 52

W

Wahl, Adalbert 282
Weber, Max 277, 278, 286
Wehberg, Hans 26, 27
Wehler, Hans-Ulrich 264, 266
Wehner, Herbert 10
Weigelt, Kurt 201
Weinert, Erich 262
Weinhold, Werner 209
Weißköppel, Alfred 19
Wels, Otto 76, 129
Wieland, Christoph Martin 162
Wienand, Karl 20
Wiese, Leopold von 286
Windthorst, Ludwig 280, 281, 283, 285
Winkler, Heinrich August 282
Winzer, Otto 61
Wippermann, Wolfgang 246
Wirsing, Giselher 288
Wirth, Joseph 14

Y

Yost, Charles 37

Z

Zehm, Günter 140, 145, 147, 149
Zetkin, Clara 81, 123, 124, 126, 134, 252, 266, 270
Zimmermann, Hartmut 79, 132
Zoglmann, Siegfried 14